Bismarck-Denkwürdigkeiten

Band II.

Fürst Otto von Bismarck
im 80. Lebensjahre.
Nach einer Originalaufnahme.

Carl

Bi k=

Ewi n

u. Reden

nach persöni

Paul Liman.

ausgabe in

i von ... aus 2 Tafeln Bern.

Band II.

[illegible] von [illegible]

[illegible]

[illegible]

Bismarck-Denkwürdigkeiten

aus seinen Briefen, Reden und letzten Kundgebungen, sowie nach persönlichen Erinnerungen

zusammengefaßt und erläutert

von

Dr. Paul Liman.

Neue Prachtausgabe in zwei Bänden.

Mit 62 Kopf- und Schlußleisten von Franz Staßen und 2 Tafelbildern.

Band II.

Berlin W. 1899.

Verlag von A. de Grousilliers

Geschäftsstelle des „Bismarck-Museum“.

Sr. Durchlaucht

dem

Fürsten Herbert von Bismarck

in tiefer Dankbarkeit und Verehrung

gewidmet

vom

Verfasser.

Inhalts-Verzeichnis von Band II.

Erstes Kapitel.

Differenzen mit Oesterreich.

Die alte Sehnsucht der deutschen Nation, die Befreiung Schleswig-Holsteins, war erfüllt. Die Herzogtümer waren frei von Dänemark und ihre Zukunft war in die Hände der deutschen Großstaaten gelegt. Aber schon lag in der Lösung zugleich der Keim für spätere Konflikte; das Bündnis zwischen Preußen und Oesterreich konnte nicht von dauerndem Bestande sein. Hatten beide Mächte auch in dem Kriege zusammengewirkt, so waren sie doch in ihren letzten Zielen auseinandergegangen. Nur durch die Gewalt der Umstände war Oesterreich dazu gekommen, seinen ursprünglichen Standpunkt preiszugeben und den Vertrag vom 1. August anzuerkennen. Die Herzogtümer wurden beiden Ländern zum gemeinsamen Eigentum abgetreten. Beide wollten nur im Einverständnis über die zukünftige Gestaltung entscheiden: Konnte eine Verständigung erfolgen bei dem Gegensatz der Wünsche?

Nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien begab sich Bismarck nach Gastein. Noch einmal versuchte England, durch eine arrogante Sprache die verlorene Position wiederzugewinnen. Auf eine nach London gerichtete Denkschrift Bismarcks antwortete Lord Russel in hochfahrender Weise, daß man es tief beklage, daß der Krieg zu einer Teilung Dänemarks geführt habe; von Billigkeit und

Mäßigung, wie Bismarck geschrieben habe, sei keine Rede. England wünsche nun vor allem, daß die Neigungen der Bewohner der annektierten Länder für die Wahl des künftigen Herrschers bestimmend seien und daß eine freie Verfassung werde gegeben werden. Bismarck antwortete mit einer scharfen Zurückweisung und schloß mit der Bemerkung, er sehe mit Genugthuung, daß die britische Regierung die Wünsche der Bevölkerung der Herzogtümer selbst mehr zu beachten geneigt scheine, als dies auf der Konferenz der Fall war, und er freue sich, wenigstens in diesem Punkte eine Annäherung der beiden Kabinette zu konstatieren. Zugleich sorgte Bismarck dafür, daß der definitive Frieden möglichst beschleunigt wurde. Graf Rechberg wünschte bisher, daß dem Bunde amtliche Mitteilung über die Präliminarien gemacht würde; Bismarck jedoch lehnte jeden derartigen Schritt ab. „Können wir", so bemerkte er, „das Einbringen von Anfragen beim Bunde nicht verhindern, so müssen wir die Verantwortung für die Ermutigung, welche Dänemark aus solchen Zänkereien schöpfen wird, den Fragern vor der Oeffentlichkeit überlassen." Trotzdem gab Rechberg mehreren mittelstaatlichen Gesandten die Zusage, bei der definitiven Regelung der Fragen den deutschen Bund nicht auszuschließen. Bismarck glaubte an einen derartigen Bruch des Vertrages vom 16. Januar vorläufig nicht. Er erwartete eine Aufklärung von dem Besuche, den König Wilhelm in seiner Begleitung in Wien machen sollte. In der That fanden alsbald in dem kaiserlichen Schlosse zu Schönbrunn ausführliche Beratungen zwischen den Monarchen und ihren Ministern statt. Kaiser Franz Joseph betonte mit Nachdruck, daß er auf die preußische Allianz ein hohes Gewicht lege; aber in den Einzelheiten zeigten sich auch hier wieder die schärfsten Differenzen. In Wien wünschte man die Verwaltung der Herzogtümer einem Kollegium zu übergeben, in dem neben dem preußischen und österreichischen Vertreter auch ein Kommissar des Bundestages Platz haben sollte. Bismarck lehnte diesen Gedanken von vornherein ab; Graf Rechberg wünschte möglichst bald das Thronfolgerrecht zu ordnen; Bismarck meinte, diese Frage der Zukunft überlassen zu können. In Wien nannte man es bedenklich für die europäische Lage, wenn die Herzogtümer mit Preußen vereint würden. Dies könne höchstens geschehen, wenn auch Oesterreich einen entsprechenden Gewinn erhalte, sei es durch Abtretung preußischen Gebietes, sei es durch preußische Garantie für den gesamten öster-

reichischen Länderstand. König Wilhelm wollte weder Land abtreten noch Verpflichtungen eingehen, die ihn dauernd an die Politik der Wiener Hofburg gekettet hätten. So kam man zu keinem positiven Ergebnis, und die äußerliche Eintracht konnte darüber nicht hinwegtäuschen, daß die Gegensätze gegen früher sich eher vermehrt als vermindert hätten.

Auch die Frage des Zollvertrages war während der Wiener Verhandlungen zur Sprache gekommen. Bei diesen Beratungen, deren sachlicher Teil von Delbrück geführt wurde, kam es zu einem charakteristischen Konflikt zwischen Bismarck und Graf Rechberg. Es handelte sich um die Wiederaufnahme des Artikels 25 des früheren Vertrages, den Oesterreich zu einem Zollverein zu entwickeln wünschte. Nach diesem Artikel sollte binnen 12 Jahren eine Verhandlung über jene Eventualität beginnen. Aber Delbrück war durchaus gegen diesen Artikel eingenommen, wie er stets sich als den überzeugten Freihändler zeigte. Als Rechberg erfuhr, daß an die Annahme dieser Bestimmungen nicht mehr zu denken sei, war er tief erschüttert und beschloß, noch einen persönlichen Versuch bei Bismarck zu machen. Beide Männer standen gut miteinander, obgleich zahlreiche kleine Episoden dieses Verhältnis zu trüben suchten. So erzählt Sybel aus der Frankfurter Zeit, allerdings in teilweisem Widerspruch zu den „Gedanken und Erinnerungen", folgenden Vorgang:

v. Sybel, Bd. III.

Einmal in Rechbergs Zimmer wurde der Streit so heftig, daß der Graf ausrief: „Ich werde Ihnen meine Sekundanten schicken." „Wozu diese Umstände", erwiderte Bismarck. „Sie haben hier ja wohl Pistolen, dann machen wir die Sache sogleich in Ihrem Garten ab. Während Sie das Schießgerät zurechtmachen, schreibe ich einen Bericht über den Handel, den ich eintretenden Falls nach Berlin zu schicken bitte." So geschah es. Als der Bericht geschrieben war, ersuchte Bismarck den Grafen, die Richtigkeit zu prüfen. Rechberg las und sagte, jetzt wieder kälteren Blutes: „Es ist alles richtig — aber", rief er dann aus, „uns deshalb die Hälse zu brechen, wäre doch über die Maßen thöricht." „Ganz einverstanden", schloß Bismarck. Etwas später kam Rechberg zu Bismarck, um diesem in einer Wiener Depesche den ihm erteilten Auftrag zu zeigen, in der nächsten Sitzung bei einer wichtigen Frage ebenso wie Preußen zu stimmen. Bismarck überflog das Schreiben und gab es mit den Worten zurück: hier ist wohl ein Irrtum vorgefallen. Rechberg sah in das Blatt hinein, erschrak, wurde blaß: es war ein vertraulicher Begleitbrief mit der Weisung, zwar selbst für Preußen zu stimmen, aber alles zu thun, um das gemeinsame Votum durch die übrigen Gesandten verwerfen zu lassen. Er hatte die beiden Schreiben verwechselt. „Beruhigen Sie sich", sagte Bismarck. „Sie haben mir den Brief nicht geben wollen, also haben Sie ihn mir nicht

gegeben, also ist sein Inhalt mir völlig unbekannt.“ In der That hat er ihn nie nach Berlin berichtet, um so mehr aber Rechbergs Vertrauen für alle Zeit gewonnen.

Auch jetzt knüpfte Graf Rechberg einen privaten Briefwechsel mit Bismarck an, um einen Ausgleich der Meinungen zu erzielen. Schon in dem ersten Brief bezeichnete es Bismarck als die notwendige Aufgabe der Zukunft, der preußisch-österreichischen Gemeinschaft das frische Leben einer aktiven gemeinsamen Politik zu erhalten, wie sie im letzten Jahre betrieben worden sei, und wie sie, konsequent fortgesetzt, zweifellos zur Einigkeit Deutschlands gegen innere und äußere Feinde, zur Wiederherstellung der Grundlagen monarchischen Regimentes, zur Unschädlichmachung der Revolution führen müsse. Von alledem aber werde nichts eintreten, wenn man auf halbem Wege stehen bleibe und sich dem alten Pfade wieder zuwende. In einem weiteren Brief sagt Bismarck:

v. Sybel, Bd. III.

Der König habe gewiß manche Beweise geliefert, daß es ihn nicht nach dem Gute seiner Nachbarn, nicht nach der Unterdrückung deutscher Fürsten gelüste. Preußen habe keinen Staat in die Lage gebracht, Schutz gegen seine Bestrebungen zu bedürfen. Es befinde sich in der Defensive gegen Uebergriffe und Ueberhebung der Bundesmehrheit und dieser Mitglieder. Ein Bund, in welchem die preußische Politik der Großstaaten dirigiert werden soll, sei schlimmer als keiner, und wenn er die Wahl hätte zwischen der Unterwerfung unter solche Ansprüche und der offenen Feindschaft der Mittelstaaten, so ziehe er die letztere vor. Preußen könne seine Unabhängigkeit nicht dem mittelstaatlichen Ehrgeiz opfern. Die kleineren Staaten sollten Gott für Einigkeit zwischen Wien und Berlin danken, denn ihre Sicherheit bestehe doch wohl nicht in den drei gemischten Bundeskorps. Schonen wir daher unsere gegenseitigen Beziehungen um jeden Preis; durch ihre Pflege und Stärkung dienen wir Deutschland, indem wir es gemeinsam beherrschen, nicht gewaltthätig, wie der Protektor den Rheinbund, sondern bundesfreundlich, wie die Ersten unter Unseresgleichen. Zu diesem Zwecke sehe ich uns als verbündet an. Verlieren wir aber den Zweck aus dem Auge, hören wir auf, ihn aktiv zu bethätigen, so vermindern wir die Lebenskraft unseres Bündnisses; die bloße Besorgnis vor Angriffen des Auslandes ist auf die Dauer weder bei Ihnen noch bei uns stark genug, um die innige Gemeinschaft der Politik zu erhalten, in welche uns die gemeinsame Aktion in der dänischen Sache so glücklich versetzt hat.

Bismarck hatte bei seiner Politik auch mit Widerständen im eigenen Hause, in dem Berliner Ministerium, zu rechnen. So schrieb er aus Reinfeld an seinen Freund Roon:

Brief vom 22. 9. 1864.

Mein alter nervös-rheumatischer Schmerz sitzt mir unter dem linken Schulterblatt quer durch den Leib, und ich wage ihn nicht hart zu be-

handeln, weil ich vor 5 Jahren so schlimme Erfolge damit gemacht habe. Es scheint, daß in der Ruhe zum Vorschein kommt, was die Anspannung so lange zurückdrängte. Mich zieht es sonst nach Berlin; es sitzt dort nahe an unserm politischen Herzen ein geheimrätlicher Rheumatismus im Handels- und Finanzministerium, für den uns bisher das richtige Senfpflaster fehlt. Die Herren sind sich darüber ganz klar, daß sie der jetzigen Regierung Verlegenheiten bereiten, wenn sie unsere Beziehungen zu Oesterreich und Bayern durch unnötige Schroffheiten erschweren, von denen wir nicht den mindesten realen Vorteil haben, höchstens den augenblicklichen Kitzel triumphierender Zeitungsartikel, die praktisch keinen Pfifferling wert sind, und die wir auf dem Felde der wirklichen Politik teuer zu bezahlen haben werden. Ich kann von hier aus gegen diesen politischen Fehler nicht mit Erfolg ankämpfen, weil ich die Gefühlsseite des Königs gegen mich habe, die durch die systematische Einwirkung Ihrer Majestät und der dienstbaren Geister auf diesem Punkte so wund gerieben ist, daß jeder auf Bestellung geschriebene Zeitungsartikel hinreicht, unseren Herrn schmerzlich zu berühren und Ihm den Eindruck einer Niederlage zu machen. Ich würde, wenn ich in Berlin gewesen wäre, mich für Bewilligung des 14tägigen Aufschubs, den Oesterreich wünschte, eingesetzt haben; von hier aus kann ich das nicht, wenn der König nicht von Hause aus mit mir einverstanden ist.

Ende September war die Zollvereinskrisis zu Ende gegangen. Eine Reihe bundesstaatlicher Minister nahmen ihren Abschied, weil hier wie in Wien ein Erfolg ihrer Wünsche nicht erreicht worden war. Bismarck ging damals nach Biarritz, um nach all den Anstrengungen eine Erholung zu finden.

Von dort schrieb er an Roon:

Lieber Roon,

Brief vom 7. 10. 1864.

allen Ihren Zweifeln zum Trotz sitze ich hier im Angesicht des Meeres und höre sein Brausen durch das offene Fenster in der wärmsten Sommernacht, die ich in diesem Jahre erlebt habe; mein erstes Bedürfnis bei der Ankunft waren Sommerkleider, von denen mir nicht träumte, als ich vorgestern früh fröstelnd durch das bereifte Baden fuhr. Ich habe mein erstes Bad genommen und befinde mich so wohl, daß (ich) auf dieser Welt kein Verlangen weiter habe als Nachricht, und zwar gute, von meiner Frau; die am Dienstag in Baden erhaltenen waren vollständig erwünschte, aber bei 300 Meilen Entfernung werde ich doch die Sorge nicht los, daß es inzwischen anders sein könnte. . . . 9. Oktober. Ich habe erst heut Gelegenheit, diese Zeilen abzusenden. . . . Ich weiß nicht, ob es bei uns noch so kalt ist wie vor acht Tagen; ich habe mir hier Sommerhosen kaufen müssen, sitze um die gewöhnliche Stunde von halb acht hier am offenen Fenster, und das Meer sieht im Sonnenlicht so blendend wie im Juli aus. Gestern Abend saßen wir um 10 Uhr noch an der See, und nach dem Bade wird auf einer Klippe im Freien gefrühstückt. Ich glaube

nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte.

Herzliche Grüße an die Ihrigen und die Herren Kollegen.

Ihr v. B.

Noch am selben Tage schrieb er an die Gattin:

Brief vom 9. 10. 1864.

. . . Wenn ich bedenke, wie emsig wir in Baden und selbst in Paris geheizt haben, und wie mir hier die Sonne den Paletot und die Tuchhosen abkomplimentierte, wie wir gestern bis nach zehn im Mondschein an der See saßen, heut im Freien frühstücken und ich Dir am offenen Fenster schreibe, den Blick auf die blaue, sonnige See und auf badende Leute, die ziemlich unbekleidet am Strande wandeln mit den bloßen Füßen im Wasser, so muß ich doch sagen, daß im Klima eine wunderbare Gnade Gottes gegen den Südländer liegt. Ich lasse es jetzt noch bei einem Bade, werde aber bald auf 2 übergehen, wenn auch nicht à la * auf mehr. Mir fehlt zum Behagen nur Nachricht von Dir. Wenn wir freie Leute wären, würde ich Dir vorschlagen, mit Kind und Kegel herzukommen und den ganzen Winter hier zu bleiben, wie es viele Engländer der Wohlfeilheit wegen thun, die im Winter hier herrscht. . . .

Der Schwester schrieb er aus Biarritz:

Brief vom 12. 10. 1864.

Meine geliebte Malle, ich bin so glücklich unbeschäftigt, daß ich einige Zeilen in der Richtung meiner Gedanken entsenden kann. Es geht mir wohl, besonders seit ich gestern und heut endlich Nachricht von Johannas fortschreitender Besserung erhalten habe. Ich kam am 7. vormittags hier an, hatte in Paris noch geheizt, von Bourdeaux ab angenehme Temperatur, und hier Hitze, so daß die Sommerkleidung Bedürfnis wurde. Seit gestern ist es Nordwind und kühler, aber immer noch wärmer, als ich es den Sommer über erlebt habe. Ein sehr leichter Sommerpaletot wurde mir bei abendlicher Strandpromenade zu heiß. Bisher habe ich 7 Bäder genommen und fahre jetzt mit täglich zweien fort. Ich schreibe Dir bei offenem Fenster mit flackernden Lichtern und das mondbeglänzte Meer vor mir, dessen Rauschen von dem Schellengeklingel der Wagen auf der Bayonner Straße begleitet ist; der Leuchtturm gerade vor mir wechselt mit rotem und weißem Licht, über mir spielt K. Beethoven, und ich sehe mit einigem Appetit nach der Uhr, ob die Essenszeit, 7, noch nicht voll ist. In so behaglichen Zuständen habe ich mich klimatisch und geschäftlich lange nicht befunden, und doch hat die üble Gewohnheit des Arbeitens schon so tiefe Wurzeln bei mir geschlagen, daß ich einige Gewissensunruhe über mein Nichtsthun fühle, fast Heimweh nach der Wilhelmstraße, wenigstens wenn die Meinen dort wären. „Monsieur, le diner est servi", meldet man eben.

Den 13.

Ich konnte gestern nicht weiter schreiben; nach dem Essen machten wir, d. h. beide Orlows, eine französische Cousine und der englische Gatte einer russischen, einen Mondscheinspaziergang am südlichen Strande, von dem wir um 11 sehr müde zurückkehrten. Ich schlief bis 9, badete um 10 bei 14 Grad im Wasser, aber wärmer, als ich die Ostsee jemals im August

gefunden, und jetzt fahren wir zusammen nach Fuenterrabia, jenseit der Grenze, essen auf dem Rückwege in St. Jean du Luz. Das Wetter ist himmlisch heut, das Meer still und blau, zum Gehen fast zu warm in der Sonne Der König läßt mir telegraphieren, daß er am 15. früh in Potsdam sein werde. Wenn Se. Majestät damit sagen will, daß er mich dort zu finden erwartet, so muß er mir mit einem stärkeren Zaunpfahl dazu winken, sonst gehe ich vor dem 20. bis 23. hier nicht fort und bleibe 1 bis 2 Tage in Paris. Herzliche Grüße an Oskar und Marie.

Von der Reise nach den Pyrenäen stammen noch zwei Briefe an die Gattin. Der erste ist datiert „Izazu", an dem Orte, der wohl in den Pyrenäen liegt:

Brief vom 17. 10. 1864.

Ich habe zwar heut früh mit dem Kurier einen Brief an Dich geschickt, aber pour la rareté du fait muß ich Dir von diesem wunderlichen Ort schreiben. Wir haben hier gefrühstückt, 3 Meilen östlich von Biarritz, im Gebirge, sitzen im reizenden Sommerwetter am Rande eines rauschenden Stromes, dessen Namen man nicht erfährt, weil niemand französisch spricht, alles baskisch; hohe, enge Felsen vor und hinter uns, mit allerhand Heidekraut, Farren und Kastanienbäumen. Man nennt das Thal Le pas de Roland, Westende der Pyrenäen. Wir nahmen vor der Abfahrt unser Bad, Wasser kalt, Luft wie im Juli, Kurier abgefertigt, reizende Fahrt durch Berge, Wälder und Wiesen. Nachdem wir gegessen, getrunken und uns müde geklettert haben, sitzen wir unserer 5, lesen einander vor und schreiben, ich auf dem Deckel der Kiste, in der die von uns gegessenen Trauben und Feigen waren. Um 5 fahren wir mit Sonnenuntergang und Mondschein nach Biarritz, essen um 8 Uhr. Es ist ein zu behagliches Leben, um dauern zu können; den 20: vorgestern Abend nach Pau. Es war lästig und schwül dort, abends Gewittersturm und Regen, wir in der Eisenbahn, von Bayonne bis hierher im Wagen, die See prächtig. Nachdem sie einige Tage bei Landwind still wie ein Ententeich gewesen, sieht sie heut wie ein brodelnder Kessel aus, dabei ist der Wind lau und feucht, Sonne wechselt mit Regen, sehr atlantisches Wetter.

Ich nehme heute das 14. Bad; schwerlich bringe ich es über fünfzehn, denn es scheint, daß ich diesen warmen Strand verlassen muß. Noch kämpfe ich zwischen Pflicht und Neigung, aber ich fürchte, die erstere siegt. Erst werde ich mein Bad nehmen und dann mich entscheiden, ob es das vorletzte sein soll. Jedenfalls haben mir die 14 Tage hier sehr gut gethan, und ich wollte nur, daß ich Dich ohne Reisebeschwerden hierher oder nach Pau versetzen könnte. . . .

An Frau v. Bismarck.

Paris, 25. Oktober 1864.

Brief vom 25. 10. 1864.

Bevor ich nach einem ermüdenden Tage zu Bett gehe, will ich Dir meine glückliche Ankunft hier melden. Gestern Mittag habe ich das geliebte Biarritz verlassen, man heuete die Wiesen, als ich in heißer Sonne abfuhr; die Freundschaft geleitete mich bis Bayonne; früh um 6 kam ich hier an, viel Politik, Audienz in St. Cloud, Visiten-Diner bei Drouyn de Lhuys, und jetzt geh' ich müde zu Bett. . . .

Noch in Biarritz empfing Bismarck ein Telegramm des Königs: „Werther telegraphiert gestern, der österreichische Ministerrat habe beschlossen, wegen Verweigerung des Artikels 25 die Unterhandlung abzubrechen. Rechberg kann dies rückgängig machen, wenn ihm der Artikel bewilligt wird. Sonst will er seine Entlassung einreichen, weil er jenem Beschlusse keine Folge geben will, bittet um Nachricht an Herrn v. Bismarck und um rasche Entscheidung. Der König fordert schleunigen Bericht von Berlin, ob eine Form zu finden, welche ohne Nachgeben in der Sache Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. Er würde Rechbergs Abgang als großes Uebel betrachten und hofft, daß der Kaiser wegen einer Bestimmung über ungewisse Zukunft nicht das politische Einverständnis gefährden werde." Bismarck antwortete noch am nämlichen Tage telegraphisch: „Auf das von Oesterreich gestellte Verlangen einer Zolleinigung ist einzugehen, soweit keine Aenderung des französischen Vertrages dadurch bedingt wird." Bismarck erklärte sich also für die Erfüllung der österreichischen Wünsche, vor allem auch, um den Sturz des Grafen Rechberg zu vermeiden. Ein Zugeständnis in der Handelsfrage könne keine Gefahr bringen, es könne nur als ein Beweis bundesfreundlicher Gesinnung gelten. In Wien sei die Vermutung erwacht, daß Preußen leicht bereit sei, auf ein freundliches Verhältnis zu verzichten, und man werde das Auge nach Frankreich wenden oder die Sympathien zu erlangen suchen, die ja ohnehin stets bereit wären, Preußen die Früchte seiner Siege zu entreißen. Die Größe der Gefahr stehe in grellem Mißverhältnis zu der Geringfügigkeit der verlangten Konzession.

Aber der König ließ sich nicht sofort überzeugen, so daß Bismarck sich schließlich an Roon wandte, um seine Vermittelung anzurufen. Rechberg wurde, wie Bismarck befürchtet hatte, thatsächlich gestürzt. Graf Mensdorff-Pouilly trat an seine Stelle gerade an dem Tage, an dem der Wiener Frieden mit Dänemark abgeschlossen wurde.

Bismarck war vor allem, um Rechberg im Amte zu erhalten, für ein freundliches Einvernehmen in der Zollfrage eingetreten. Die Ereignisse haben ihm Recht gegeben:

Ged. u. Er. I. Die Zolleinigung hielt ich für eine unausführbare Utopie wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile. Die Gegenstände, die im Norden des Zollvereins die finanzielle Unterlage bildeten, gelangen in dem größeren Teile des österreichisch-ungarischen

Gebietes gar nicht zum Verbrauch. Die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheiten der Lebensgewohnheiten und der Konsumtion zwischen Nord- und Süddeutschland schon innerhalb des Zollvereins bedingten, mußten unüberwinlich werden, wenn beide Regionen mit den östlichen Ländern Oesterreich-Ungarns von derselben Zollgrenze umschlossen werden sollten. Ein gerechter, der bestehenden Konsumtion zollpflichtiger Waren entsprechender Maßstab der Verteilung würde sich nicht vereinbaren lassen; jeder Maßstab würde entweder ungerecht für den Zollverein oder unannehmbar für die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn sein. Der bedürfnislose Slowake und Galizier einerseits, der Rheinländer und der Niedersachse andererseits sind für die Besteuerung nicht kommensurabel. Außerdem fehlte mir der Glaube an die Zuverlässigkeit des Dienstes auf einem großen Teile der österreichischen Grenzen.

Von der Unmöglichkeit der Zolleinigung überzeugt, hatte ich kein Bedenken, dem Grafen Rechberg den gewünschten Dienst zu erweisen, um ihn im Amte zu erhalten. Ich glaubte bei meiner Abreise nach Biarritz (5. Oktober) sicher zu sein, daß der König an meinem Votum festhalten werde; und mir sind noch heute die Motive nicht klar, welche meine Kollegen, den Finanzminister Karl v. Bodelschwingh und den Handelsminister Grafen Itzenplitz, und ihren freihändlerischen spiritus rector Delbrück bestimmt haben, während meiner Abwesenheit den König auf einem ihm ziemlich fremden Gebiete mit soviel Entschiedenheit zu bearbeiten, daß durch unsere Ablehnung die Stellung Rechbergs, wie er es vorhergesagt hatte, erschüttert und er in dem auswärtigen Ministerium durch Mensdorff ersetzt wurde.

Wie gleichgiltig im Grunde Bismarck der von Delbrück so eifrig bekämpften Frage gegenüberstand, ob in einer Reihe von Jahren über eine Zolleinigung verhandelt werden sollte, zeigt deutlich folgender Brief an Roon, in dem er sich von aller Verantwortung für den Eigensinn des Handelsministers v. Itzenplitz und seines Gehilfen Delbrück lossagt:

Lieber Roon!

Ich benutze einen Kurier, um einige Zeilen ohne postalische Einmischung zu schicken. Sie kennen wahrscheinlich die Frage, die zwischen uns und Wien schwebt, sonst wird Thile sie Ihnen vortragen. Es handelt sich um die an sich gleichgiltige Frage, ob in 6 oder wieviel Jahren mit Oesterreich verhandelt werden soll oder nicht, über Zolleinigung nämlich, die an sich unmöglich ist, da Frankreich auf jede Begünstigung, die wir Oesterreich gewähren, ein Recht hat. Nun erklärt Rechberg, und wahrscheinlich sagt er die Wahrheit, daß sein Verbleiben im Amte von dieser für uns unschädlichen Zusage abhänge. Delbrück und Pommer-Esche, und mit ihnen Itzenplitz und Bodelschwingh, sagen nun, es sei gleichgiltig, ob Rechberg und die Oesterreichisch-Preußische Allianz mit ihm fallen oder nicht, und wollen Wien abschläglich bescheiden. Geschieht dies, so sieht man dort so viel wenigstens klar, daß bei uns auf die Allianz so gut wie kein Wert mehr gelegt wird, und man nimmt seine Maßregeln danach. Zunächst in

Brief vom 16. 10. 1864.

der dänischen Sache, wo man sich, mit Schmerling an der Spitze, auf die Beust-Pfordtensche Seite wirft. Aber in allen anderen Richtungen ist der Bruch mit Oesterreich ein unzeitiger, und ich sage mich von aller Verantwortung für die Rückwirkung dieses Fehlers auf unsere auswärtige Politik los.

Es ist klar, daß Delbrück bei aller technischen Nützlichkeit doch nebst anderen Geheimräten einer politischen Farbe angehört, die es gern sieht, wenn das jetzige Ministerium Schwierigkeiten findet, und wo keine sind, sucht man welche zu schaffen.

Wollen Bodelschwingh und Itzenplitz Delbrücks Politik gegen mich durchführen, so mögen sie auch Delbrück zu ihrem Kollegen für das Auswärtige machen und mir nicht zumuten, daß ich den Fehler ausbade, der damit gemacht wird, wenn man Oesterreich jetzt, vor dem Friedensschluß, so behandelt, daß Rechberg und der Kaiser überzeugt sein müssen, wir hätten uns schon anderweit engagiert und der Bruch sei nur noch eine Zeitfrage.

Sonst geht es mir gut, die Bäder thun mir wohl, obschon seit vier Tagen kalter Ostwind weht; das Wasser hat doch noch 14 Grad. Ueber acht Tage hoffe ich den Heimweg anzutreten, 1 bis 2 Tage in Paris zu bleiben. Herzliche Grüße

Ihr

v. B.

Bismarck hat es damals und später oft ausgesprochen, daß es ein großer Fehler war, den Artikel nicht zu bewilligen und damit Rechberg zu erhalten. Er hatte alles aufgeboten, um den Krieg zu verhüten. „Freilich", setzte er hinzu, „einmal hätte der Krieg doch kommen müssen, und da war es vielleicht ein Glück, daß es damals — 1866 — unter verhältnismäßig günstigen Konstellationen geschah. Die friedliche Verständigung zwischen Wien und Berlin hat nicht lange den Sturz des leitenden Ministers überdauert. Das neue Ministerium sandte an Bismarck drei Denkschriften, verfaßt von Herrn v. Biegeleben, in denen erklärt wurde, daß die preußische Annexion der Herzogtümer unmöglich sei, daß aber auch die Gründung eines nur halbsouveränen Staates der heiligen Rechtsordnung des Bundes widerspräche, daß der neue Staat wesentlicher Hoheitsrechte nicht beraubt werden dürfe, weil sonst Oesterreich die Bundesakte dem preußischen Bündnis opfern würde. Man müsse ein selbständiges Holstein gründen. Es wurde ferner die Thronfolgerfrage erörtert und empfohlen, daß die Rechte Oesterreichs und Preußens, wenn auch keiner der Prätendenten berechtigte Ansprüche habe, doch auf den bestberechtigten übertragen würden, natürlich den Augustenburger. Gleichzeitig schlug man in aller Heimlichkeit dem König Wilhelm vor, die Herzogtümer zu annektieren gegen Preisgabe eines preußischen

Landesteiles. König Wilhelm lehnte diesen Gedanken natürlich auch jetzt ab. Ebenso wies Bismarck auch die Forderung zurück, ein paar Tausend Bundestruppen in den befreiten Ländern stehen zu lassen. Er sah in der Anwesenheit dieser Truppen eine wesentliche Stütze der Augustenburger Umtriebe, und so ließ er direkt nach Dresden und Hannover die Aufforderung richten, die Truppen zurückzuziehen. Hannover stimmte sofort zu; Herr v. Beust aber weigerte sich und erteilte dem Kommandeur der sächsischen Truppen den Befehl, nur der Gewalt zu weichen. König Wilhelm und Bismarck waren natürlich sofort einig darüber, dieser Haltung mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt, entgegenzutreten. Schon am 23. November schrieb Bismarck an Roon:

Brief vom 23. 11. 1864.

Ich lese mit Beunruhigung von unseren Truppenmärschen durch Lübeck und Mecklenburg, während die Oesterreicher zum Teil noch Kolding umschweben. Es wäre sehr bedenklich, irgend einen Moment eintreten zu lassen, in welchem unsere Streitkräfte nicht den vereinigten Bundesgenossen (Oesterreicher, Sachsen und Hannoveraner) zweifellos überlegen wären. Bei der Schwäche unserer Cadres kommen wir doch nicht etwa dahin? Bitte, beruhigen Sie mich. In Flensburg soll kein Mann von uns sein. In acht Tagen kann es auf Kraftentwickelung ankommen, und ich möchte lieber, daß wir uns lange und zahlreich in Holstein umhertrieben, den Exekutions-Sergeanten aus seinen Quartieren aufstören und sie für uns verlangen. Können wir dies nicht morgen besprechen? Ich komme auf die Parade um 11.

Roon ordnete darauf sofort an, daß die preußischen Truppen so lange in den Herzogtümern stehen bleiben sollten, bis die ablösenden Truppen eingetroffen seien. Für den Fall politischer Notwendigkeiten sollten auch die kriegsgedienten Mannschaften dort stehen bleiben. Am folgenden Tage ließ Bismarck eine bei Torgau angesammelte Abteilung gegen die sächsischen Grenzen vorrücken. Beust brachte schleunigst die Staatskasse auf den Königsstein in Sicherheit und rief die Urlauber zu den Fahnen ein, in der Hoffnung, daß Oesterreich ihm einen Schutz gewähren würde. Da machte Wien den Vermittelungsvorschlag, auf dem Wege des Bundestages die Sache zu erledigen. Noch am 27. November schrieb Roon an Bismarck:

In der gegenwärtigen Situation und weil die Angelegenheit unverzüglich entschieden werden muß, bitte ich um gefällige sofortige Rückäußerung, ob das 37. Regiment, welches von Mainz nach dem Großherzogtum Posen geht, den kürzeren und wohlfeileren Weg über Dresden einschlagen und Herrn v. Beust ängstigen soll oder nicht?

Bismarck erwiderte:

nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte.

Herzliche Grüße an die Ihrigen und die Herren Kollegen.

Ihr v. B.

Noch am selben Tage schrieb er an die Gattin:

Brief vom 9. 10. 1864.

. . . Wenn ich bedenke, wie emsig wir in Baden und selbst in Paris geheizt haben, und wie mir hier die Sonne den Paletot und die Tuchhosen abkomplimentierte, wie wir gestern bis nach zehn im Mondschein an der See saßen, heut im Freien frühstücken und ich Dir am offenen Fenster schreibe, den Blick auf die blaue, sonnige See und auf badende Leute, die ziemlich unbekleidet am Strande wandeln mit den bloßen Füßen im Wasser, so muß ich doch sagen, daß im Klima eine wunderbare Gnade Gottes gegen den Südländer liegt. Ich lasse es jetzt noch bei einem Bade, werde aber bald auf 2 übergehen, wenn auch nicht à la * auf mehr. Mir fehlt zum Behagen nur Nachricht von Dir. Wenn wir freie Leute wären, würde ich Dir vorschlagen, mit Kind und Kegel herzukommen und den ganzen Winter hier zu bleiben, wie es viele Engländer der Wohlfeilheit wegen thun, die im Winter hier herrscht. . . .

Der Schwester schrieb er aus Biarritz:

Brief vom 12. 10. 1864.

Meine geliebte Malle, ich bin so glücklich unbeschäftigt, daß ich einige Zeilen in der Richtung meiner Gedanken entsenden kann. Es geht mir wohl, besonders seit ich gestern und heut endlich Nachricht von Johannas fortschreitender Besserung erhalten habe. Ich kam am 7. vormittags hier an, hatte in Paris noch geheizt, von Bourdeaux ab angenehme Temperatur, und hier Hitze, so daß die Sommerkleidung Bedürfnis wurde. Seit gestern ist es Nordwind und kühler, aber immer noch wärmer, als ich es den Sommer über erlebt habe. Ein sehr leichter Sommerpaletot wurde mir bei abendlicher Strandpromenade zu heiß. Bisher habe ich 7 Bäder genommen und fahre jetzt mit täglich zweien fort. Ich schreibe Dir bei offenem Fenster mit flackernden Lichtern und das mondbeglänzte Meer vor mir, dessen Rauschen von dem Schellengeklingel der Wagen auf der Bayonner Straße begleitet ist; der Leuchtturm gerade vor mir wechselt mit rotem und weißem Licht, über mir spielt K. Beethoven, und ich sehe mit einigem Appetit nach der Uhr, ob die Essenszeit, 7, noch nicht voll ist. In so behaglichen Zuständen habe ich mich klimatisch und geschäftlich lange nicht befunden, und doch hat die üble Gewohnheit des Arbeitens schon so tiefe Wurzeln bei mir geschlagen, daß ich einige Gewissensunruhe über mein Nichtsthun fühle, fast Heimweh nach der Wilhelmstraße, wenigstens wenn die Meinen dort wären. „Monsieur, le diner est servi", meldet man eben.

Den 13.

Ich konnte gestern nicht weiter schreiben; nach dem Essen machten wir, d. h. beide Orlows, eine französische Cousine und der englische Gatte einer russischen, einen Mondscheinspaziergang am südlichen Strande, von dem wir um 11 sehr müde zurückkehrten. Ich schlief bis 9, badete um 10 bei 14 Grad im Wasser, aber wärmer, als ich die Ostsee jemals im August

gefunden, und jetzt fahren wir zusammen nach Fuenterrabia, jenseit der Grenze, essen auf dem Rückwege in St. Jean du Luz. Das Wetter ist himmlisch heut, das Meer still und blau, zum Gehen fast zu warm in der Sonne Der König läßt mir telegraphieren, daß er am 15. früh in Potsdam sein werde. Wenn Se. Majestät damit sagen will, daß er mich dort zu finden erwartet, so muß er mir mit einem stärkeren Zaunpfahl dazu winken, sonst gehe ich vor dem 20. bis 23. hier nicht fort und bleibe 1 bis 2 Tage in Paris. Herzliche Grüße an Oskar und Marie.

Von der Reise nach den Pyrenäen stammen noch zwei Briefe an die Gattin. Der erste ist datiert „Izazu", an dem Orte, der wohl in den Pyrenäen liegt:

Brief vom 17. 10. 1864.

Ich habe zwar heut früh mit dem Kurier einen Brief an Dich geschickt, aber pour la rareté du fait muß ich Dir von diesem wunderlichen Ort schreiben. Wir haben hier gefrühstückt, 3 Meilen östlich von Biarritz, im Gebirge, sitzen im reizenden Sommerwetter am Rande eines rauschenden Stromes, dessen Namen man nicht erfährt, weil niemand französisch spricht, alles baskisch; hohe, enge Felsen vor und hinter uns, mit allerhand Heidekraut, Farren und Kastanienbäumen. Man nennt das Thal Le pas de Roland, Westende der Pyrenäen. Wir nahmen vor der Abfahrt unser Bad, Wasser kalt, Luft wie im Juli, Kurier abgefertigt, reizende Fahrt durch Berge, Wälder und Wiesen. Nachdem wir gegessen, getrunken und uns müde geklettert haben, sitzen wir unserer 5, lesen einander vor und schreiben, ich auf dem Deckel der Kiste, in der die von uns gegessenen Trauben und Feigen waren. Um 5 fahren wir mit Sonnenuntergang und Mondschein nach Biarritz, essen um 8 Uhr. Es ist ein zu behagliches Leben, um dauern zu können; den 20: vorgestern Abend nach Pau. Es war lästig und schwül dort, abends Gewittersturm und Regen, wir in der Eisenbahn, von Bayonne bis hierher im Wagen, die See prächtig. Nachdem sie einige Tage bei Landwind still wie ein Ententeich gewesen, sieht sie heut wie ein brodelnder Kessel aus, dabei ist der Wind lau und feucht, Sonne wechselt mit Regen, sehr atlantisches Wetter.

Ich nehme heute das 14. Bad; schwerlich bringe ich es über fünfzehn, denn es scheint, daß ich diesen warmen Strand verlassen muß. Noch kämpfe ich zwischen Pflicht und Neigung, aber ich fürchte, die erstere siegt. Erst werde ich mein Bad nehmen und dann mich entscheiden, ob es das vorletzte sein soll. Jedenfalls haben mir die 14 Tage hier sehr gut gethan, und ich wollte nur, daß ich Dich ohne Reisebeschwerden hierher oder nach Pau versetzen könnte. . . .

An Frau v. Bismarck.

Paris, 25. Oktober 1864.

Brief vom 25. 10. 1864.

Bevor ich nach einem ermüdenden Tage zu Bett gehe, will ich Dir meine glückliche Ankunft hier melden. Gestern Mittag habe ich das geliebte Biarritz verlassen, man heuete die Wiesen, als ich in heißer Sonne abfuhr; die Freundschaft geleitete mich bis Bayonne; früh um 6 kam ich hier an, viel Politik, Audienz in St. Cloud, Visiten-Diner bei Drouyn de Lhuys, und jetzt geh' ich müde zu Bett. . . .

Noch in Biarritz empfing Bismarck ein Telegramm des Königs: „Werther telegraphiert gestern, der österreichische Ministerrat habe beschlossen, wegen Verweigerung des Artikels 25 die Unterhandlung abzubrechen. Rechberg kann dies rückgängig machen, wenn ihm der Artikel bewilligt wird. Sonst will er seine Entlassung einreichen, weil er jenem Beschlusse keine Folge geben will, bittet um Nachricht an Herrn v. Bismarck und um rasche Entscheidung. Der König fordert schleunigen Bericht von Berlin, ob eine Form zu finden, welche ohne Nachgeben in der Sache Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht. Er würde Rechbergs Abgang als großes Uebel betrachten und hofft, daß der Kaiser wegen einer Bestimmung über ungewisse Zukunft nicht das politische Einverständnis gefährden werde." Bismarck antwortete noch am nämlichen Tage telegraphisch: „Auf das von Oesterreich gestellte Verlangen einer Zolleinigung ist einzugehen, soweit keine Aenderung des französischen Vertrages dadurch bedingt wird." Bismarck erklärte sich also für die Erfüllung der österreichischen Wünsche, vor allem auch, um den Sturz des Grafen Rechberg zu vermeiden. Ein Zugeständnis in der Handelsfrage könne keine Gefahr bringen, es könne nur als ein Beweis bundesfreundlicher Gesinnung gelten. In Wien sei die Vermutung erwacht, daß Preußen leicht bereit sei, auf ein freundliches Verhältnis zu verzichten, und man werde das Auge nach Frankreich wenden oder die Sympathien zu erlangen suchen, die ja ohnehin stets bereit wären, Preußen die Früchte seiner Siege zu entreißen. Die Größe der Gefahr stehe in grellem Mißverhältnis zu der Geringfügigkeit der verlangten Konzession.

Aber der König ließ sich nicht sofort überzeugen, so daß Bismarck sich schließlich an Roon wandte, um seine Vermittelung anzurufen. Rechberg wurde, wie Bismarck befürchtet hatte, thatsächlich gestürzt. Graf Mensdorff-Pouilly trat an seine Stelle gerade an dem Tage, an dem der Wiener Frieden mit Dänemark abgeschlossen wurde.

Bismarck war vor allem, um Rechberg im Amte zu erhalten, für ein freundliches Einvernehmen in der Zollfrage eingetreten. Die Ereignisse haben ihm Recht gegeben:

Ged. u. Er. I. Die Zolleinigung hielt ich für eine unausführbare Utopie wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile. Die Gegenstände, die im Norden des Zollvereins die finanzielle Unterlage bildeten, gelangen in dem größeren Teile des österreichisch-ungarischen

Gebietes gar nicht zum Verbrauch. Die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheiten der Lebensgewohnheiten und der Konsumtion zwischen Nord- und Süddeutschland schon innerhalb des Zollvereins bedingten, mußten unüberwinlich werden, wenn beide Regionen mit den östlichen Ländern Oesterreich-Ungarns von derselben Zollgrenze umschlossen werden sollten. Ein gerechter, der bestehenden Konsumtion zollpflichtiger Waren entsprechender Maßstab der Verteilung würde sich nicht vereinbaren lassen; jeder Maßstab würde entweder ungerecht für den Zollverein oder unannehmbar für die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn sein. Der bedürfnislose Slowake und Galizier einerseits, der Rheinländer und der Niedersachse andererseits sind für die Besteuerung nicht kommensurabel. Außerdem fehlte mir der Glaube an die Zuverlässigkeit des Dienstes auf einem großen Teile der österreichischen Grenzen.

Von der Unmöglichkeit der Zolleinigung überzeugt, hatte ich kein Bedenken, dem Grafen Rechberg den gewünschten Dienst zu erweisen, um ihn im Amte zu erhalten. Ich glaubte bei meiner Abreise nach Biarritz (5. Oktober) sicher zu sein, daß der König an meinem Votum festhalten werde; und mir sind noch heute die Motive nicht klar, welche meine Kollegen, den Finanzminister Karl v. Bodelschwingh und den Handelsminister Grafen Itzenplitz, und ihren freihändlerischen spiritus rector Delbrück bestimmt haben, während meiner Abwesenheit den König auf einem ihm ziemlich fremden Gebiete mit soviel Entschiedenheit zu bearbeiten, daß durch unsere Ablehnung die Stellung Rechbergs, wie er es vorhergesagt hatte, erschüttert und er in dem auswärtigen Ministerium durch Mensdorff ersetzt wurde.

Wie gleichgiltig im Grunde Bismarck der von Delbrück so eifrig bekämpften Frage gegenüberstand, ob in einer Reihe von Jahren über eine Zolleinigung verhandelt werden sollte, zeigt deutlich folgender Brief an Roon, in dem er sich von aller Verantwortung für den Eigensinn des Handelsministers v. Itzenplitz und seines Gehilfen Delbrück lossagt:

Lieber Roon!

Brief vom 16. 10. 1864.

Ich benutze einen Kurier, um einige Zeilen ohne postalische Einmischung zu schicken. Sie kennen wahrscheinlich die Frage, die zwischen uns und Wien schwebt, sonst wird Thile sie Ihnen vortragen. Es handelt sich um die an sich gleichgiltige Frage, ob in 6 oder wieviel Jahren mit Oesterreich verhandelt werden soll oder nicht, über Zolleinigung nämlich, die an sich unmöglich ist, da Frankreich auf jede Begünstigung, die wir Oesterreich gewähren, ein Recht hat. Nun erklärt Rechberg, und wahrscheinlich sagt er die Wahrheit, daß sein Verbleiben im Amte von dieser für uns unschädlichen Zusage abhänge. Delbrück und Pommer-Esche, und mit ihnen Itzenplitz und Bodelschwingh, sagen nun, es sei gleichgiltig, ob Rechberg und die Oesterreichisch-Preußische Allianz mit ihm fallen oder nicht, und wollen Wien abschläglich bescheiden. Geschieht dies, so sieht man dort so viel wenigstens klar, daß bei uns auf die Allianz so gut wie kein Wert mehr gelegt wird, und man nimmt seine Maßregeln danach. Zunächst in

der dänischen Sache, wo man sich, mit Schmerling an der Spitze, auf die Beust-Pfordtensche Seite wirft. Aber in allen anderen Richtungen ist der Bruch mit Oesterreich ein unzeitiger, und ich sage mich von aller Verantwortung für die Rückwirkung dieses Fehlers auf unsere auswärtige Politik los.

Es ist klar, daß Delbrück bei aller technischen Nützlichkeit doch nebst anderen Geheimräten einer politischen Farbe angehört, die es gern sieht, wenn das jetzige Ministerium Schwierigkeiten findet, und wo keine sind, sucht man welche zu schaffen.

Wollen Bodelschwingh und Itzenplitz Delbrücks Politik gegen mich durchführen, so mögen sie auch Delbrück zu ihrem Kollegen für das Auswärtige machen und mir nicht zumuten, daß ich den Fehler ausbade, der damit gemacht wird, wenn man Oesterreich jetzt, vor dem Friedensschluß, so behandelt, daß Rechberg und der Kaiser überzeugt sein müssen, wir hätten uns schon anderweit engagiert und der Bruch sei nur noch eine Zeitfrage.

Sonst geht es mir gut,. die Bäder thun mir wohl, obschon seit vier Tagen kalter Ostwind weht; das Wasser hat doch noch 14 Grad. Ueber acht Tage hoffe ich den Heimweg anzutreten, 1 bis 2 Tage in Paris zu bleiben. Herzliche Grüße

Ihr

v. B.

Bismarck hat es damals und später oft ausgesprochen, daß es ein großer Fehler war, den Artikel nicht zu bewilligen und damit Rechberg zu erhalten. Er hatte alles aufgeboten, um den Krieg zu verhüten. „Freilich“, setzte er hinzu, „einmal hätte der Krieg doch kommen müssen, und da war es vielleicht ein Glück, daß es damals — 1866 — unter verhältnismäßig günstigen Konstellationen geschah. Die friedliche Verständigung zwischen Wien und Berlin hat nicht lange den Sturz des leitenden Ministers überdauert. Das neue Ministerium sandte an Bismarck drei Denkschriften, verfaßt von Herrn v. Biegeleben, in denen erklärt wurde, daß die preußische Annexion der Herzogtümer unmöglich sei, daß aber auch die Gründung eines nur halbsouveränen Staates der heiligen Rechtsordnung des Bundes widerspräche, daß der neue Staat wesentlicher Hoheitsrechte nicht beraubt werden dürfe, weil sonst Oesterreich die Bundesakte dem preußischen Bündnis opfern würde. Man müsse ein selbständiges Holstein gründen. Es wurde ferner die Thronfolgerfrage erörtert und empfohlen, daß die Rechte Oesterreichs und Preußens, wenn auch keiner der Prätendenten berechtigte Ansprüche habe, doch auf den bestberechtigten übertragen würden, natürlich den Augustenburger. Gleichzeitig schlug man in aller Heimlichkeit dem König Wilhelm vor, die Herzogtümer zu annektieren gegen Preisgabe eines preußischen

Landesteiles. König Wilhelm lehnte diesen Gedanken natürlich auch jetzt ab. Ebenso wies Bismarck auch die Forderung zurück, ein paar Tausend Bundestruppen in den befreiten Ländern stehen zu lassen. Er sah in der Anwesenheit dieser Truppen eine wesentliche Stütze der Augustenburger Umtriebe, und so ließ er direkt nach Dresden und Hannover die Aufforderung richten, die Truppen zurückzuziehen. Hannover stimmte sofort zu; Herr v. Beust aber weigerte sich und erteilte dem Kommandeur der sächsischen Truppen den Befehl, nur der Gewalt zu weichen. König Wilhelm und Bismarck waren natürlich sofort einig darüber, dieser Haltung mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt, entgegenzutreten. Schon am 23. November schrieb Bismarck an Roon:

Brief vom 23. 11. 1864.

> Ich lese mit Beunruhigung von unseren Truppenmärschen durch Lübeck und Mecklenburg, während die Oesterreicher zum Teil noch Kolding umschweben. Es wäre sehr bedenklich, irgend einen Moment eintreten zu lassen, in welchem unsere Streitkräfte nicht den vereinigten Bundesgenossen (Oesterreicher, Sachsen und Hannoveraner) zweifellos überlegen wären. Bei der Schwäche unserer Cadres kommen wir doch nicht etwa dahin? Bitte, beruhigen Sie mich. In Flensburg soll kein Mann von uns sein. In acht Tagen kann es auf Kraftentwickelung ankommen, und ich möchte lieber, daß wir uns lange und zahlreich in Holstein umhertrieben, den Exekutions-Sergeanten aus seinen Quartieren aufstören und sie für uns verlangen. Können wir dies nicht morgen besprechen? Ich komme auf die Parade um 11.

Roon ordnete darauf sofort an, daß die preußischen Truppen so lange in den Herzogtümern stehen bleiben sollten, bis die ablösenden Truppen eingetroffen seien. Für den Fall politischer Notwendigkeiten sollten auch die kriegsgedienten Mannschaften dort stehen bleiben. Am folgenden Tage ließ Bismarck eine bei Torgau angesammelte Abteilung gegen die sächsischen Grenzen vorrücken. Beust brachte schleunigst die Staatskasse auf den Königsstein in Sicherheit und rief die Urlauber zu den Fahnen ein, in der Hoffnung, daß Oesterreich ihm einen Schutz gewähren würde. Da machte Wien den Vermittelungsvorschlag, auf dem Wege des Bundestages die Sache zu erledigen. Noch am 27. November schrieb Roon an Bismarck:

> In der gegenwärtigen Situation und weil die Angelegenheit unverzüglich entschieden werden muß, bitte ich um gefällige sofortige Rückäußerung, ob das 37. Regiment, welches von Mainz nach dem Großherzogtum Posen geht, den kürzeren und wohlfeileren Weg über Dresden einschlagen und Herrn v. Beust ängstigen soll oder nicht?

Bismarck erwiderte:

Denkwürdigk. Roons, II.

„Wir könnten den Durchzug durch Sachsen immer nur in der Form und unter Rubrik einer „Gefälligkeit“ nachsuchen, und die Tonart dazu ist im Register unserer Beziehungen augenblicklich nicht zu finden. Eine andere würde einfach auf Ablehnung stoßen. Ich stimme deshalb nicht für den Durchzug.“ — Als aber die Abstimmung in Frankfurt ein für Preußen günstiges Resultat ergeben hatte, richtete Bismarck eine sehr energische Warnung nach Dresden und München, die mit der Versicherung schloß: „Wir sind nicht gewillt, unsere politische Selbständigkeit über das Maß unserer nachweisbaren Bundespflichten hinaus beeinträchtigen zu lassen.“

Im Dezember fand der Einzug der siegreichen Truppen statt. Bismarck benutzte die freudige Stimmung des Königs, um für einen politischen Gegner, den Redakteur des „Kladderadatsch“ Ernst Dohm, seine Gunst zu erwirken.

Die Redaktion des „Kladderadatsch“ war wegen eines Gedichtes auf die Fürstin Caroline von Reuß ältere Linie angeklagt und verurteilt worden. Der Redakteur Ernst Dohm hatte deshalb im November eine fünfwöchige Gefängnisstrafe angetreten. Das Blatt vom 20. November brachte darauf eine „Abschieds-Wehmuts-Ode“ nach Beethovens Adelaide; die folgende Nummer enthielt ein größeres Leitgedicht, „Dem gefangenen Freunde“, und am 4. Dezember erschien ein humoristisch-wehmutvolles Bild, auf welchem Dohm innerhalb eines Krinolinen-Gestells („Crino-caroline“) gefangen sitzt, betrauert von den umstehenden Kollegen des Blattes; darunter der „Gesang der Geister“ aus Goethes Faust:

Drinnen gefangen ist einer!
Bleibet haußen, folg' ihm keiner!
Könnt ihr ihm nützen,
Laßt ihn nicht sitzen!
Denn er that uns Allen
Schon viel zu Gefallen.

Das rührende Bild hatte die Begnadigung Dohms zur Folge, die ihm Bismarck mit Folgendem erklärte:

Brief vom 8. 12. 1864.

Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich privatim, daß S. M. der König soeben den Nachlaß der noch nicht abgelaufenen fünf Wochen vollzogen hat; das Amtliche erfolgt auf amtlichem Wege. Abgesehen von der gestrigen Feier, ist das hübsche Bild der letzten Nummer auf die Entschließung nicht ohne Einfluß geblieben. Darf ich eine persönliche Bitte an diese Mitteilung knüpfen, so ist es die, die arme Caroline nun ruhen zu lassen. Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Wohlgeboren ergebenster

v. Bismarck.

Am 14. Dezember veranlaßte Bismarck, daß von den Kron-Juristen ein Gutachten eingefordert wurde über die Ansprüche sämtlicher Prätendenten auf die Herzogtümer. Damit war, da die Prüfung natürlich eine lange Zeit in Anspruch nehmen mußte, die Entscheidung

auf eine recht ferne Zeit verschoben. In Wien war man hierüber auf das höchste verstimmt, und im Verlauf der Verhandlungen kam es sogar zu einer Drohung Oesterreichs mit dem Bruch der Allianz, wenn Preußen nicht auf das österreichische Programm eingehe. Bismarck stellte noch einmal die preußische Forderung fest in einer Audienz, die der österreichische Gesandte Graf Karolyi im Februar 1865 bei ihm hatte:

Sehen Sie, wir stehen da vor der Frage der Herzogtümer wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem anderen, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unserer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet.

Zugleich betonte Bismarck, daß man großen Wert auf das Bündnis mit Oesterreich lege, mit dem starken, wohlbewährten, konservativen Oesterreich. Auf die Bemerkung Karolyis, daß der europäische Frieden bedroht sei, so lange die Frage der Herzogtümer offen sei, bemerkte Bismarck: „Ein großer Irrtum! So lange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte!"

Gegen die preußische Forderung erhob sich ein allgemeiner Widerspruch, obwohl Bismarck eine ganze Reihe von Konzessionen gemacht und vor allem erklärt hatte, daß Preußen keine Herrschaftsrechte auf die Herzogtümer geltend machen werde. In Wien galten die Vorschläge Preußens für absolut unannehmbar. Man erklärte, daß auf der preußischen Grundlage eine Einigung unmöglich wäre. So blieb es trotz aller Bemühungen bei dem Provisorium des gemeinsamen Besitzes, eine Thatsache, die Bismarck zu großer Zufriedenheit gereichte, da er gerade hoffte, durch den einstweiligen Besitz auch ohne Gewalt zu definitivem Eigentum zu gelangen.

Auch nach Frankreich mußte Bismarck seine Blicke wenden. Dort bestanden in jener Zeit offenkundige Sympathien für Preußen, weil Napoleon noch immer auf eine Unterstützung in einem Kampfe gegen Oesterreich hoffte. Bismarck wiederum konnte, falls man in Paris eine feindselige Haltung gegen Preußen einzunehmen gedachte, auf die Möglichkeit hinweisen, für einen engeren Anschluß an Oesterreich unter Umständen auf einige Forderungen zu verzichten. So zeigte Napoleon sich sogar bereit, ein Bündnis mit Preußen zu schließen; Bismarck jedoch antwortete ausweichend, da es schwer sei,

für ein solches Bündnis eine Form zu finden. In seinem Briefe an den preußischen Gesandten in Paris führte er aus, daß ein solches Abkommen auf Jahrzehnte hinaus von Einfluß auf die europäische Geschichte sein müßte, daß Frankreich, wenn nicht allgemeine Verhältnisse und ein besonderes Interesse es erheischen sollten, der Erfüllung des Vertrages entschlüpfen und Preußen um die Früchte bringen würde. Napoleon selbst drang nicht zum Abschluß des Vertrages, erklärte vielmehr, daß er keinen Einwand dagegen zu erheben hätte, daß Preußen die beiden Herzogtümer annektiere.

Der gemeinsame Besitz führte natürlich zu immer größeren Weiterungen; vor allen Dingen sorgte der Bund dafür, daß die Schwierigkeiten nicht ausstarben. Von Sachsen und Bayern aus war ein erneuter Antrag hinsichtlich der Herzogtümer vorbereitet, dessen letztes Ziel in der Einsetzung des Augustenburgers bestand. Oesterreich stimmte diesem Antrage zu und befleißigte sich Bismarck gegenüber einer so doppelzüngigen Politik,. daß der preußische Staatsmann sich entschloß, mit einer entscheidenden That zu antworten. Am 24. März erging eine Ordre des Königs Wilhelm an Roon, welche die preußische Kriegsflottenstation von Danzig nach Kiel verlegte, zum Beweise dafür, daß Preußen sich durch keinerlei Umtriebe das Verfügungsrecht über die Herzogtümer nehmen lasse. Zugleich war der Gesandte in Frankfurt angewiesen, dem sächsisch-bayerischen Antrage im Plenum zu widersprechen und die Verweisung an die Ausschüsse zu beantragen.

Als am Bundestage Graf Karolyi erklärte, Oesterreich habe zugesagt, für die sofortige Beratung im Plenum zu stimmen, antwortete Bismarck:

> Wir gelangen damit an einen Scheideweg, für den ich wünsche, daß er uns nicht zu weit auseinanderführen möge; aber so, wie die Sachen stehen, lauten unsere Fahrbillets auf divergierende Linien, und wir können für diese Reise nicht in das Coupé steigen, welches Sie bereits mit anderen teilen.

Der Bund nahm natürlich Partei gegen die preußische Auffassung und „erwartete nunmehr vertrauensvoll die Einsetzung des Augustenburgers“, während Bismarck erklären ließ, daß Preußen dieses Vertrauen in keiner Weise erfüllen werde. Immerhin dienten diese Vorgänge dazu, der gehässigen Agitation der Augustenburger Partei in den Herzogtümern neue Nahrung zuzuführen. Man sprach dort ganz offen und deutlich von preußischen Unverschämtheiten. Im

Landtage aber erfolgte als unmittelbare Antwort die Einbringung einer Vorlage über Flottenbedürfnisse, in der auch die Kosten für die Kieler Station verlangt wurden. Als sie eingebracht wurde, erkärte Roon, Preußen werde niemals den Besitz des Kieler Hafens aufgeben. Mensdorff protestierte nachdrücklich gegen diese Maßregel und gegen jede einseitige Verfügung Preußens, erhielt jedoch von Bismarck nur die Antwort, jeder der beiden wäre Eigentümer und habe das Recht, die Buchten und Häfen des Landes für seine Schiffahrt zu benutzen, soweit dadurch das Recht des Genossen nicht verkümmert werde. Durch die preußische Flottenstation in Kiel geschähe das nicht; thatsächlich würde Preußen niemals den Besitz des Kieler Hafens preisgeben, nur mit hohem Befremden habe der König den österreichischen Protest vernommen. Unbekümmert führte auch Preußen seine Arbeiten in der Kieler Bucht ruhig fort, so heftig dagegen auch von Wien aus protestiert wurde, und es unterblieb auch jedes Einschreiten von seiten Oesterreichs.

Aber immer mehr zeigte sich, daß es zum Bruch kommen mußte, wenn das unerquickliche Verhältnis fortbestand. Die Wahrscheinlichkeit dieses Bruches veranlaßte Bismarck, frühzeitig dafür zu sorgen, daß bei seinem Eintreten die nationale Lage Preußens möglichst günstig sei. So gab er dem preußischen Gesandten in Paris den Auftrag, die Stimmung Napoleons recht genau zu erkunden und gleichzeitig die besten Friedensabsichten auszusprechen. Auch der Gesandte in Florenz erhielt die Aufforderung, zu berichten, ob Italien im Kriegsfalle eingreifen würde. Auch von hier erhielt er die günstigsten Berichte.

Immerhin suchte Bismarck den Bruch zu vermeiden. Er schlug die Einberufung des schleswig-holsteinschen Landtages vor und richtete den entsprechenden Vorschlag nach Wien. Von hier aus erfolgte jedoch die Antwort, daß Preußen ohne Oesterreichs Zustimmung keine Vorlage machen dürfe, und daß alle Beschlüsse des Landtages ohne die Genehmigung des künftigen Herzogs und des Bundes unverbindlich seien. Noch einmal faßte Bismarck am 12. Mai alle Beschwerden gegen Oesterreich zusammen und ließ durch den Gesandten in Wien erklären, daß ein bewaffneter Konflikt bei einer Fortsetzung des bisherigen Verfahrens unvermeidlich sei. Bismarck konnte um so energischer sprechen, als die Militärfinanzlage des Bundesgenossen durchaus ungünstig war. Eine Finanzkrisis schien sogar unausbleiblich.

So scheute der preußische Staatsmann selbst nicht vor dem Gedanken zurück, ein Ultimatum in Wien zu stellen, zu dessen Ueberreichung er den General v. Manteuffel ausersah.

Aber die Abneigung des Königs gegen den Bruch mit Oesterreich war noch nicht überwunden. Am 29. Mai berief er das gesamte Staatsministerium unter Teilnahme des Kronprinzen und Moltkes zu einer Beratung unter seinem eigenen Vorsitz. Hier stellte Bismarck die Annexion als sehr wünschenswert auf und erklärte, daß sie nur durch einen Krieg erreicht werden könne, der doch früher oder später unvermeidlich sei. „Den Rat dazu können wir jedoch Sr Majestät nicht erteilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien königlichen Ueberzeugung selbst hervorgehen. Würde ein solcher gefaßt, so würde das gesamte preußische Volk ihm freudig folgen.“ Die meisten Minister erklärten sich mit Bismarck einverstanden. In entschiedenen Gegensatz dazu stellte sich, nach dem Berichte Sybels, nur der Kronprinz, welcher meinte, der Krieg mit Oesterreich werde Deutschland zerfleischen und die Einmischung der Fremden herbeiführen, und außerdem versicherte, der Erbprinz von Augustenburg sei „durchaus preußisch“ gesinnt. Das widerlegte ihm Graf Eulenburg gründlich, und Bismarck erwiderte, ein österreichischer Krieg könne nicht als Bruderkrieg gelten, denn Oesterreich habe immer das französische Bündnis gesucht und werde es in derselben Stunde annehmen, in welcher Frankreich es bewillige. Ehe der König die denkwürdige Sitzung schloß, fragte er noch Moltke: „Was ist die Meinung der Armee?“ „Nach meiner persönlichen Ansicht“, entgegnete Moltke, „ist die Annexion die einzige heilsame Lösung für Preußen und Schleswig-Holstein. Der Gewinn ist so groß, daß er einen Krieg verlohnt. Auch die Meinung des Heeres geht auf Annexion. Ich halte eine siegreiche Durchführung des Krieges für möglich; auch die numerische Uebermacht am entscheidenden Punkte kann erreicht werden.“ Der König aber behielt sich die Entschließung vor. So blieb es denn vorläufig bei den Februarforderungen und bei dem bisherigen Gange der Verhandlungen. Einige Tage vorher hatte Bismarck an seinen Bruder geschrieben:

Brief vom 1. 6. 1865.

Politisch bin ich zufrieden, in stiller Kammerverachtung; die Beziehungen zu Oesterreich fangen an, faul zu werden, und Bruch nicht unmöglich.

Der Mangel einer Entscheidung durch den König führte die Notwendigkeit neuer Verhandlungen herauf, aber auch die blieben ohne Erfolg. Bestärkt wurde Oesterreich in seiner Haltung augenscheinlich durch den Widerstand, den das preußische Abgeordnetenhaus der Politik leistete, indem es der Regierung sämtliche Bedürfnisse versagte, denn auch die Siege von Alsen und Düppel hatten dem Konflikt kein Ende bereitet. Der Landtag war am 14. Januar von neuem eröffnet worden mit einer Thronrede, in der es hieß:

Thronrede v. 14. 1. 1865.

Der Friede mit Dänemark hat Deutschland seine bestrittenen Nordmarken, und diesen die Möglichkeit der lebendigen Beteiligung an unserem nationalen Leben zurückgegeben. Es wird die Aufgabe Meiner Politik sein, diese Errungenschaft durch Einrichtungen sicherzustellen, welche uns die Ehrenpflicht des Schutzes jener Grenzen erleichtern und die Herzogtümer in den Stand setzen, ihre reichen Kräfte für die Entwickelung der Land- und Seemacht wie der materiellen Interessen des gemeinsamen Vaterlandes wirksam zu verwerten. Unter Aufrechterhaltung dieser berechtigten Forderungen werde Ich die Erfüllung derselben mit allen begründeten Ansprüchen, so des Landes wie der Fürsten, in Einklang zu bringen suchen. — Es ist Mein dringender Wunsch, daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen Meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde. Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfnis der verbesserten Organisation des Heeres, die sich in einem siegreichen Kriege bewährt hat, aufzuklären. Die Rechte, welche der Landesvertretung durch die Verfassungsurkunde eingeräumt sind, bin Ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein, und kann sie das Einverständnis mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechterhaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit des Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist Mein ganzes Streben, Mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziele vor Augen, werden Sie, wie Ich nicht zweifle, den Weg zur vollen Verständigung mit Meiner Regierung zu finden wissen, und werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen.

Zehn Tage später hielt Bismarck im Herrenhaus eine bedeutsame Rede, in der er wiederum erklärte, daß die Basis des konstitutionellen Lebensprozesses der Kompromiß sein müsse. Dieser Weg sei verlassen worden durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. September, an dem Tage, als die Kosten der Armeereform abgelehnt wurden. Bismarck fuhr fort:

Rede vom 24. 1. 1865.

Die Herren wollen sich versichert halten, daß in den schwebenden Verhandlungen die diesseitigen Interessen mit Festigkeit vertreten werden, und

ich darf die Gewißheit aussprechen, daß das preußische Blut nicht umsonst geflossen sein wird! (Lebhaftes Bravo!)

Von der liberalen Seite ist uns bei der Kritik der auswärtigen Politik der Vorwurf gemacht worden — und wird auch im anderen Hause voraussichtlich gemacht werden —, daß wir die zukünftige Gestaltung der Herzogtümer uns dadurch erschwert hätten, daß wir in ein Bündnis mit Oesterreich eingegangen sind. Ich glaube, meine Herren, daß die Nützlichkeit dieses Bündnisses während der vergangenen Phase von der Zukunft in ein helleres Licht gestellt werden wird, als die bisherigen Ereignisse, soweit sie zu Tage liegen, es gethan haben, und als ich selbst im Augenblick im stande bin, es zu thun. Einstweilen erlaube ich mir zu bemerken, daß, wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, uns kein anderer regelmäßiger Weg übrig blieb, als der des Bundeskrieges.

Anders lagen die Dinge im Landtag. Hier stand die Mehrheit auf seiten des Augustenburgers. Sie hatte eine Erklärung veröffentlicht, in der sie das Recht des Prätendenten vertrat, alle inneren Angelegenheiten der Herzogtümer unabhängig zu ordnen. Der Kampf gegen Bismarck begann, als die Flottenvorlage eingebracht wurde. Schon in der Kommission war sie einstimmig verworfen, obgleich der leitende Minister erklärt hatte, daß die Regierung unter allen Umständen den Kieler Hafen behalten werde und einen großen Wert darauf lege, daß auch der Landtag sich einstimmig in diesem Sinne ausspräche. Als im Plenum dieser Standpunkt fest abgelehnt wurde, trat Bismarck auf, um sein Bedauern zu erklären, daß eine Verständigung immer wieder mißlinge:

Rede vom 1. 6. 1865.

Es hat wohl keine Frage die öffentliche Meinung in Deutschland in den letzten 20 Jahren so einstimmig interessiert wie gerade die Flottenfrage. Wir haben gesehen, daß die Vereine, die Presse, die Landtage ihren Sympathien Ausdruck gaben, diese Sympathien haben sich in Sammlung von verhältnismäßig recht bedeutenden Beträgen bethätigt. Den Regierungen, der konservativen Partei wurden Vorwürfe gemacht über die Langsamkeit und über die Kargheit, mit der in dieser Richtung vorgegangen würde; es waren besonders die liberalen Parteien, die dabei thätig waren. Wir glaubten deshalb, Ihnen eine rechte Freude mit dieser Vorlage zu machen. (Heiterkeit.)

Das Interesse daran, das muß ich aus den Aeußerungen des Herrn Vorredners annehmen, ist aber einigermaßen abgestumpft. Er ist der Meinung, daß Preußen zu schwach sei, um diese Last zu tragen, daß sie nur ertragen werden könne, wenn man andere deutsche Staaten in Mitleidenschaft zieht. So lange, bis uns dies gelungen wäre, schien er nicht nur den deutschen Handel der anderen Staaten, sondern auch den preußischen Handel in der verhältnismäßigen Schutzlosigkeit belassen zu wollen, in der er sich jetzt befindet. Wenn die Regierung das wollte, es wäre leichter — ich meine, das Unterlassen des Schutzes —, als nach der

Herstellung einer preußischen Flotte zu streben. Sehr schwierig aber ist es, ein freiwilliges Abkommen mit jemand zu treffen, das ihm Lasten zumutet, wenn man diesen jemand nicht zwingen, ihm keine Gewalt anthun darf. Letztere wird von den Herren, die uns gegenüberstehen, auf das schärfste verdammt. Wir sollen also nur gutmütige Ueberredung anwenden, die gemeinsamen Interessen auseinandersetzen, damit die Leute zahlen und leisten, mehr, als sie bisher thun.

Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen in Deutschland partikulare Interessen stärker sind als der Gemeinsinn. Der Satz ist in mehreren Formen hier schon ausgesprochen. Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen die Existenz auf der Basis der Phäaken bequemer ist, als auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber zahlt nicht gern, und am allerwenigsten giebt man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf. Ich glaube, der Herr Vorredner stellte uns da eine Zumutung, wenn wir auf richtigem Wege diese Ziele erreichen sollen, die selbst das geschickteste und gescheiteste Ministerium, wie es in seinem Ideale vorschwebt und wie er selbst es ohne Zweifel leiten würde (Heiterkeit), nicht zu verwirklichen im stande sein würde, ohne Gewalt anzuwenden.

Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfnis haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern, ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Kommission eine indirekte Apologie Hannibal Fischers zu finden (Heiterkeit), der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Auch diese deutsche Flotte scheiterte daran, daß in den deutschen Gebieten, ebenso in den höheren regierenden Kreisen wie in den niederen, die Parteileidenschaft mächtiger war als der Gemeinsinn. Ich hoffe, daß der unsrigen dasselbe nicht beschieden sei. Die Bedingungen, welche wir zu stellen beabsichtigen, sind so gemäßigt, daß wir wohl die Hoffnung hegen dürfen, sie auf friedlichem Wege verwirklicht zu sehen. Die Bedingungen sind bekannt. Wir fordern nichts als die Möglichkeit, Deutschland zur See wehrhaft zu machen in dem Umfange, in dem uns dies mit den Mitteln der Herzogtümer erlaubt sein wird, und gegen die Wahrscheinlichkeit, Düppel in nicht gar zu langer Zeit noch einmal belagern und stürmen zu müssen, diejenige Garantie zu gewinnen, die die Hilfsquellen der Herzogtümer geben können. Angesichts der Rechte, die sich in unsern Händen und in denen Oesterreichs befinden, und die unantastbar sind, so lange nicht einem der Herren Prätendenten es gelingt, zu unserer Ueberzeugung ein besseres Recht als das auf uns übergegangene des Königs Christian IX. von Dänemark nachzuweisen, angesichts der Rechte, welche in voller Souveränität von uns und Oesterreich besessen werden, sehe ich nicht ein, wie uns die schließliche Erfüllung unserer Bedingungen entgehen sollte, sobald wir nur nicht die Geduld verlieren, sondern ruhig abwarten, ob sich jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Weisheit des Königs ist groß genug, daß sie sich sagt, sollte das Land dabei zu Grunde gehen oder in Schulden kommen, so wird es ja der König nicht leiden. Die Leute unterschätzen eben die Bedeutung der Verfassung infolge der früheren Traditionen. Ich bin über-

zeugt, daß ihr in die Weisheit des Königs gesetztes Vertrauen sie nicht täuschen wird; aber ich kann doch nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Negative sich erheben kann. Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Scepter aus der Hand winden werden (Stimme: Das wollen wir auch nicht!), es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Am nächsten Tage nannte der Abgeordnete v. Bunsen die Politik Bismarcks in seiner Rede in wesentlichen Punkten erfolglos, inkonsequent und springend, unleidlich, schroff und im Dunklen tappend. Er bezog sich hierbei auf allerlei Preßnachrichten, die Bismarck in seiner Antwort als erlogen bezeichnete.

„Namentlich ist es vollständig erlogen, daß ich jemals gesagt hätte, Flensburg sei eine dänische Stadt. Ich halte Flensburg für eine deutsche Stadt, und selbst, wenn es eine dänische Stadt wäre, so würde ich sie nicht herausgeben."

Wenn von den Abgeordneten über das Hangen und Bangen in der Holsteiner Frage geklagt würde, so sei sicherlich das Bangen nicht auf seiner Seite. In einer persönlichen Bemerkung gab dann Bismarck eine humoristische Erklärung des Begriffes Reaktion:

Rede vom 2. 6. 1865.

.. Ich will nur sagen, daß die Reaktion immer eine Folge der Aktion ist: wie die Aktion ist, so wird auch die Reaktion sein; wie man in den Wald hineinschreit, so schreit es wieder heraus (Heiterkeit); gegen eine verständige Aktion wird auch nur eine verständige Reaktion erfolgen können. (Große andauernde Heiterkeit.)

Auch Virchow trat wieder feindselig gegen Bismarck hervor; in seinem Schlußworte bemerkte er, er wisse in der That nicht, was er von Bismarcks Wahrhaftigkeit halten solle. Der Angegriffene erwiderte darauf:

Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechsel unseres Verfahrens kritisiere ich lediglich mit einer einzigen Phrase, die er selbst gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir anderen.

Ich habe das Wort aber nicht deshalb ergriffen, sondern um einen Ausfall gegen meine Person von ganz spezifischem Charakter zu beantworten. Der Referent bemerkt, wenn ich den Bericht wirklich gelesen hätte, so wisse

er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe denken solle. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, daß er sich damit der technischen und spezialen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein persönliche Gebiet zu werfen pflegt, um denjenigen, gegen den man den Zweifel an seine Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, daß er sich persönliche Genugthuung fordert. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuriatier erledigen? (Heiterkeit). Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist.

Eine erneute Antwort Virchows führte zu Bismarcks scharfer Erwiderung, es würde ihm lieb sein, wenn er diese Beleidigung im stenographischen Bericht nicht wiederfände. Als aber Virchow erklärte: „Hiervon kann ich nichts zurücknehmen!" sandte ihm Bismarck am folgenden Tage eine Forderung auf Pistolen. Aber es ist nicht zum Duell gekommen. Bismarcks Kartellträger Herr v. Puttkamer erhielt eine ablehnende Antwort und Virchow drückte sich. Der Präsident des Landtages erklärte ihm zu Gefallen, daß ein Parlamentarier nicht gehalten sei, andere Vorschriften als die der Verfassung und der Geschäftsordnung anzuerkennen. Bismarck erklärte sich bereit, gern auf eine schriftliche oder mündliche Genugthuung von seiten Virchows zu verzichten.

Das Abgeordnetenhaus lehnte die Flottenforderung ab; es befinde sich nicht in der Lage, dem gegenwärtigen Ministerium, welches das verfassungsmäßige Budgetrecht mißachte, Anleihen zu bewilligen. Auch die Forderung, die Kosten für den siegreichen Krieg nachträglich zu bewilligen, fand Widerspruch.

Später aber hat noch der große Kanzler zu dieser Abstimmung bemerkt:

Es liegt im Rückblick auf diese Situation ein bedauerlicher Beweis, bis zu welchem Maße von Unehrlichkeit und Vaterlandslosigkeit die politischen Parteien bei uns auf dem Wege des Parteihasses gelangen. Es mag Aehnliches anderswo vorgekommen sein, doch weiß ich kein Land, wo das allgemeine Nationalgefühl und die Liebe zum Gesamtvaterlande den Ausschreitungen der Parteileidenschaft so geringe Hindernisse bereitet wie bei uns. Die für apokryph gehaltene Aeußerung, welche Plutarch dem Cäsar in den Mund legt, lieber in einem elenden Gebirgsdorfe der Erste, als in Rom der Zweite sein zu wollen, hat mir immer den Eindruck eines echt deutschen Gedankens gemacht. Nur zu viele unter uns denken im öffentlichen Leben so und suchen das Dörfchen, und wenn sie es geographisch nicht finden können, die Fraktion, resp. Unterfraktion und Koterie, wo sie die Ersten sein können. Diese Sinnesrichtung, die man nach Belieben Egoismus

Ged. u. Er. I.

oder Unabhängigkeit nennen kann, hat in der ganzen deutschen Geschichte, von den rebellischen Herzogen der ersten Kaiserzeiten bis auf die unzähligen reichsunmittelbaren Landesherrn, Reichs-Städte, Reichs-Dörfer, -Abteien und Ritter, und der damit verbundenen Schwäche und Wehrlosigkeit des Reiches ihre Bethätigung gefunden. Einstweilen findet sie im Parteiwesen, welches die Nation zerklüftet, stärkeren Ausdruck als in der rechtlichen oder dynastischen Zerrissenheit. Die Parteien scheiden sich weniger durch Programme und Prinzipien als durch die Personen, welche als Kondottieri an der Spitze einer jeden stehen und für sich eine möglichst große Gefolgschaft von Abgeordneten und publizistischen Strebern anzuwerben suchen, die hoffen, mit dem Führer oder den Führern zur Macht zu gelangen. Prinzipielle programmatische Unterschiede, durch welche die Fraktionen zu Kampf und Feindschaft gegen einander genötigt würden, liegen nicht in einer Stärke vor, die hinreichte, um die leidenschaftlichen Kämpfe zu motivieren, welche die Fraktionen gegen einander glauben ausfechten zu müssen und Konservative und Freikonservative in getrennte Lager verweisen. Auch innerhalb der konservatieven Partei haben wohl viele das Gefühl, daß sie mit der Kreuzzeitung und ihrem Zubehör nicht im Einverständnisse sind. Aber die prinzipielle Scheidelinie in einem Programme zu präzisieren und überzeugend auszudrücken, würden auch die Führer und Unterführer für eine schwere Aufgabe halten, gerade so wie konfessionelle Fanatiker, und nicht bloß Laien, in der Regel der Notwendigkeit ausweichen oder die Auskunft schuldig bleiben, wenn man sie nach den unterscheidenden Merkmalen der verschiedenen Bekenntnisse und Glaubensrichtungen und nach dem Schaden fragt, welchen sie für ihr Seltenheil befürchten, wenn sie eine der Abweichungen des Andersgläubigen nicht angriffsweise bekämpfen. Soweit die Parteien sich nicht lediglich nach wirtschaftlichen Interessen gruppieren, kämpfen sie im Interesse der rivalisierenden Führer der Fraktionen und nach deren persönlichem Willen und Strebertum; nicht Verschiedenheit von Prinzipien, sondern „Kephisch oder Paulinisch?“ ist die Frage.

Aber bald zeigte sich eine leichte Schwenkung nach dem Bismarckschen Standpunkt. Von liberaler Seite sogar wurde beantragt, die unlösliche Verbindung der Elbherzogtümer mit Preußen auszusprechen und die nötigen finanziellen und sonstigen Vorbereitungen anzuordnen. Bismarck hielt zu Gunsten dieser Anschauung eine packende Rede, in der er abermals erklärte:

Rede vom 13. 6. 1864.

Der Kommissionsbericht hebt als Motiv der damaligen Ablehnung der Anleihe hervor, es habe dem Hause das nötige Vertrauen zu den Personen gefehlt, welche die Politik leiten. Meine Herren! Ich glaube, Sie würden dieses Vertrauen gehabt haben, wenn Sie sich deutlich vergegenwärtigt hätten, daß die Person, welche die auswärtige Politik des preußischen Staates leitet, Seine Majestät der König ist, sowohl verfassungsmäßig als auch thatsächlich. (Sensation.)

Die Minister führen die Politik des preußischen Staates nach den bestimmten, genauen und speziellen Anweisungen Sr. Majestät des Königs. Hätten Sie sich dies klar gemacht, so, sage ich, würden Sie das Vertrauen

gehabt haben, und dieses Vertrauen würde Sie nicht getäuscht haben. Denn die Resultate, die Sie wünschten, sind erreicht, nur nicht auf den Wegen, die Sie eingeschlagen zu sehen wünschten: das ist der Hauptvorwurf, den ich in dieser retrospektiven Kritik uns gemacht finde. Sie sagen, auch auf Ihrem Wege hätte einer Störung des europäischen Friedens im großen vorgebeugt werden können; es hätte ihr vorgebeugt werden können, auch wenn wir, statt mit Oesterreich, mit dem Deutschen Bunde gegangen wären. Das ist möglich, aber es erschien der Königlichen Staatsregierung nicht in dem Grade wahrscheinlich wie die Vermeidung des Krieges auf dem Wege, den wir gingen, und jedenfalls habe ich den Erfolg anzuführen, daß er auf unserem Wege vermieden worden ist.

Die Frage, über die ich hier einen Ausspruch des Hauses noch mehr als über die finanzielle erwartet hätte, ist die politische, die Frage der Gegenwart und der Zukunft. Diese Frage nun, diejenige, die seit zwanzig Jahren in dem Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden hat, diese Frage harrt gegenwärtig der Lösung. Sie, meine Herren, sind durch die Vorlage der Regierung in die Lage gesetzt, sich zu äußern; Sie haben Gelegenheit, zu sprechen — ich möchte sagen, Sie sind en demeure gesetzt, zu reden. Das Land hat ein Recht, zu erfahren, was die Meinung seiner Landesvertretung über die Sache sei. Sie haben Gelegenheit, zu sprechen; diplomatische Bedenken stehen Ihnen nicht im Wege, und Sie haben sich auch sonst bei anderen Gelegenheiten nicht viel daran gekehrt. Wenn Sie nun dennoch bei dieser dringenden Aufforderung, zu reden, darüber schweigen, so steht es mir nicht zu, Ihre Motive darüber einer Kritik zu unterziehen. Wenn ich die Stimmung des ganzen Hauses nach den Aeußerungen des Abgeordneten Waldeck beurteilen sollte, so müßte ich annehmen, daß Sie entweder fürchten, mit der öffentlichen Meinung in Widerspruch zu treten, wenn Sie sich äußern, wie es Ihnen ums Herz ist, oder daß, wenn Sie mit dieser öffentlichen Meinung nicht in Widerspruch treten, Sie eine Regierung stärken, die Sie nicht mögen, die Ihrer Partei nicht angehört. Ich kann mir nicht denken, daß das die Meinung der Mehrzahl unter Ihnen ist. Denn Sie können sich darüber nicht täuschen, daß Sie, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik am allerwenigsten, daß Sie die vom König eingesetzte Regierung von der Politik Preußens im Auslande nicht zu trennen vermögen; Sie haben weder die Macht noch das Recht dazu. Es giebt thatsächlich keine andere preußische Politik als diejenige, welche die vom König eingesetzte Regierung betreibt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande. (Widerspruch und Unruhe, besonders links.)

In einer zweiten Rede wies Bismarck den Verdacht, als wolle er sich hinter der Person des Königs decken, energisch zurück:

Die Thatsache, daß Sr. Majestät der König die Politik Preußens, wie es sein verfassungsmäßiges Recht ist, selbst ergreift, existiert. Würde etwas befohlen werden, was ich nach meiner Ueberzeugung mit dem wahren Wohl des Landes unverträglich fände, so würde ich meinen Abschied nehmen. Mein Verweilen auf meinem Posten zeigt Ihnen also, daß ich allerdings

die von Sr. Majestät dem Könige befohlene Politik dem Wohle des Landes für zuträglich halte und derselben mit Bereitwilligkeit diene; aber die Thatsache bleibt immer bestehen, daß die Könige von Preußen ihre Politik nach selbsteigenem Willen betreiben, und ich freue mich, daß dem so ist! (Bravo! rechts.) Aber nicht für unsere Fehler habe ich die Verantwortung ablehnen wollen, sondern ich habe das Verdienst einer tapferen und konsequenten Politik — ich würde nicht so ruhmredig davon sprechen, wenn es meine eigene Politik wäre — dieses Verdienst und Ihr Vertrauen habe ich Sr. Majestät dem Könige vindizieren wollen. Ob das heißt, unsere Fehler auf die Krone abzuwälzen, sich hinter den Thron stecken, um damit die eigene Verantwortung zu decken, das überlasse ich Ihnen selbst zu beurteilen. Wenn Fehler gemacht werden und ich sie mitmache, dann erwarten Sie, daß ich sage: quand même, und doch dafür einstehe! Sollte es aber einmal dazu kommen, die Folgen solcher Fehler zu tragen, so kann ich dem Herrn Abgeordneten Loewe versichern, daß er mich auch im schlimmsten Falle vor dem Throne finden wird; ob ich dann ihn davor finden werde, ist mir zweifelhaft. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Abermals wurden die Anträge der Regierung abgelehnt, und am Schlusse des Landtages konnte Bismarck das herbe Urteil fällen, daß das Wohl des Vaterlandes nicht das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur während der Verhandlungen gewesen sei, und schließe die Tagung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte. Der Konflikt schritt weiter, aber nicht, wie die Volks-Vertreter hoffen mochten, zum Siege der Demokratie, sondern zu einem vollen und ganzen Siege Bismarcks und seines Königs.

Zweites Kapitel.

Gastein.

Die Dinge drängten immer mehr der Entscheidung entgegen, mehr und mehr gab Bismarck den Glauben an eine Doppelherrschaft Preußens und Oesterreichs in Deutschland auf, und immer näher trat ihm der Gedanke einer kriegerischen Entscheidung. Trotz aller Zwischenepisoden hat er durch Jahre den Krieg vorbereitet. Moltke hat später einmal geschrieben: „Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr entsprungen gegen die Bedrohung der eigenen Existenz; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung und materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut, für Machtstellung.“ Und Bismarck schrieb in seinem Dankesbrief für den ihm zu Weihnachten 1864 geschenkten Stock, er wünsche, daß Sr. Majestät Stab „im deutschen Lande blühen werde, wie der Stecken Aarons laut dem 4. Buch Mosis im 13. Kapitel, und daß er zur Not sich auch in eine Schlange verwandeln werde, welche die übrigen Stäbe verschlingt, wie es im 7. Kapitel des zweiten Buches erzählt ist.“

Aber König Wilhelm hatte sich noch nicht vertraut gemacht mit einer Entscheidung auf blutiger Halde, er wollte den Frieden bewahren,

solange es in Ehren möglich war. So trat wiederum an die Stelle des Schwertes die Feder, und die Aussicht zu friedlichem Ausgleich nahm zu, als von Wien aus, in Rücksicht auf die unselige Finanznot, eingelenkt wurde. Graf Mensdorff stellte sich plötzlich von neuem auf die eben erst bekämpften preußischen Februarforderungen, und man verstand sich sogar dazu, dem Augustenburger den Rat zu erteilen, die Herzogtümer zu verlassen. Hier allerdings war der Punkt gegeben, wo der Zorn des Königs Wilhelm aufloderte. Die Mehrheit der von ihm befragten Kronjuristen hatte sich gegen das Erbrecht des Prinzen entschieden, ihr Gutachten befestigte des Königs rechtliche Ueberzeugung und so ließ er, als ihm der Plan von Massendemonstrationen zu Gunsten des Augustenburgers zu Ohren kam, in Wien erklären, daß man gegen dieselben militärisch einschreiten werde.

Er war entschlossen, in dieser Frage energisch vorzugehen, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Oesterreich. Militärisch und finanziell war ja Preußen vorbereitet, überdies erhielt der Handelsminister Graf Itzenplitz den Auftrag, zwanzig Millionen Thaler bei der Köln-Mindener Bahn flüssig zu machen.

Da erbot sich Graf Mensdorff, zu vertraulichen Verhandlungen einen besonderen Gesandten nach Karlsbad oder Gastein zu schicken, jedoch erklärte Bismarck gleichzeitig, daß eine Verhandlung so lange nicht zum Ziele führen werde, als der Augustenburger nicht aus Holstein beseitigt wäre. Um einen letzten Entschluß zu fassen, berief darauf König Wilhelm einen Ministerrat nach Regensburg, wo er sich auf der Durchreise von Karlsbad nach Gastein aufhalten wollte. Dieser Ministerrat fand am 21. Juli statt. Welche Arbeitslast in jenen Tagen wieder auf Bismarcks Schultern ruhte, davon zeugen ein paar Briefe, die er damals schrieb.

So schreibt er der Schwester aus Karlsbad:

Mein liebes Schwesterherz!

Brief vom 12. 7. 186[illegible]

Ich schäme mich, daß ich Dir zu Deinem Geburtstage nicht geschrieben habe; aber es ist soviel Müssen in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme. Das Tretrad geht Tag für Tag seinen Weg, und ich komme mir vor wie der müde Gaul darauf, der es unter sich fortschiebt, ohne von der Stelle zu gelangen. Einen um den anderen Tag kommt ein Feldjäger, einen um den anderen geht einer, dazwischen zusätzliche von Wien, München, Rom; die Papierlast mehrt sich, die Minister sind versprengt, und ich muß von diesem Centrum aus an jeden einzelnen schreiben, um ihren passiven Widerstand zu brechen . . . .

Und abends spät fährt er fort:

Den ganzen Tag über habe ich geschrieben, diktiert, gelesen, den Berg herunter und wieder erstiegen wegen Vortrag beim König. Nun schließt der Kuriersack und ich den Brief. Ueber den Tisch sehe ich aufs Erzgebirge die Tepl entlang, ins Abendrot, recht schön, aber ich fühle mich ledern und alt. Die Anlage aus Reinfeld über Homburg wird Dir und Marie Spaß machen. Mir schreiben die Schlingel gar nicht. Der König geht am 19. von hier, in fünf Tagen nach Gastein, wo der Kaiser hinkommen will. Unterwegs werde ich irgendwo in Bayern Pfordten sehen. Keine Ruh bei Tag und Nacht. Mit dem Frieden sieht es faul aus: in Gastein muß es sich entscheiden.

Drei Tage später schreibt Bismarck an seinen alten Freund Moritz von Blanckenburg:

Brief vom 18. 7. 1865.

. . . Ich habe in der Hitze übermächtig zu thun, und die Sachen gehen faul, vom Standpunkt des friedliebenden Diplomaten gesehen. Die Firma Halbhuber-Augustenburg treibt es in den Herzogtümern so, daß wir werden nächstens einseitig Gewalt anwenden müssen, um die Basis des Wiener Friedens und die Anwendung der geltenden Landesgesetze herzustellen. Das wird in Wien böses Blut machen, und dann hängt sich Gewicht an Gewicht bis zum vollen Bruch. Es ist nicht, was ich wünsche, aber Oesterreich läßt uns nur die Wahl, in Holstein zum Kinderspott zu werden. Dann schon lieber Krieg, der bei einer solchen österreichischen Politik doch nur eine Zeitfrage bleibt.

In Regensburg wurde beschlossen, ein Ultimatum an Oesterreich zu senden, in dem jede Verhandlung über die Zukunft der Herzogtümer abgelehnt wurde, bis dort die Autorität hergestellt und die Agitation beseitigt sein würde. Werde dies verweigert, so befinde sich Preußen im Stande der Notwehr und werde militärisch vorgehen. Der König wünsche sogar, daß der Prinz selbst verhaftet und auf ein preußisches Kriegsschiff gebracht werde. In Oesterreich war man entgegenkommender, als gefürchtet worden war. Gerade damals hatte Graf Blome, der Oesterreich in München vertrat, den Vorschlag einer Teilung gemacht, Oesterreich solle Holstein, Preußen dagegen Schleswig annektieren. Dieser Plan wurde in Wien dahin umgeändert, daß Preußen beide Herzogtümer übernehmen solle, wenn eine angemessene Gegenleistung für Oesterreich gefunden sei. Blome, der das Wiener Kabinett in Gastein vertreten sollte, erhielt den Auftrag, zunächst für den Augustenburger zu wirken und nur bei dauerndem Widerstande den Teilungsplan vorzulegen. Natürlich wurde dieser Gedanke von Bismarck sofort zurückgewiesen. Ueber die anderen Vorschläge, erklärte jedoch Bismarck, lasse sich reden. Blome reiste darauf nach Ischl, um seinem Souverän Bericht zu

erstatten. Schon am 1. August konnte Bismarck an seinen Freund Blanckenburg schreiben:

Brief vom 1. 8. 1865.

. . . Politisch dauert die Schwebe zwischen Krieg und Frieden fort, Neigung für letzteren tritt aber in Wien doch mehr in den Vordergrund. Auf der Rückreise des Königs wahrscheinlich Begegnung mit dem Kaiser in Salzburg. Bis dahin muß ich lavieren; denn von hier aus können wir nicht grob werden. v. B.

Mit welchen Schwierigkeiten Bismarck bei seinem königlichen Herrn zu kämpfen hatte, beweist sein an den Monarchen gerichtetes Schreiben vom gleichen Tage:

Gastein, 1. August 1865.

Geb. u. Er. II.

Eure Majestät wollen mir huldreichst verzeihen, wenn eine vielleicht zu weit getriebene Sorge für die Interessen des allerhöchsten Dienstes mich veranlaßt, auf die Mitteilungen zurückzukommen, welche Eure Majestät soeben die Gnade hatten mir zu machen. Der Gedanke einer Teilung auch nur der Verwaltung der Herzogtümer würde, wenn er im Augustenburgischen Lager ruchbar würde, einen heftigen Sturm in Diplomatie und Presse erregen, weil man den Anfang der definitiven Teilung darin erblicken und nicht zweifeln würde, daß die Landesteile, welche der ausschließlich preußischen Verwaltung anheimfallen, für Augustenburg verloren sind. Ich glaube mit Eurer Majestät, daß J. M. die Königin die Mitteilungen geheim halten werde; wenn aber von Coblenz im Vertrauen auf die verwandtschaftlichen Beziehungen eine Andeutung an die Königin Victoria, an die kronprinzlichen Herrschaften, nach Weimar oder nach Baden gelangte, so könnte allein die Thatsache, daß von uns das Geheimnis, welches ich dem Grafen Blome auf sein Verlangen zusagte, nicht bewahrt worden ist, das Mißtrauen des Kaisers Franz Joseph wecken und die Unterhandlung zum Scheitern bringen. Hinter diesem Scheitern steht aber fast unvermeidlich der Krieg mit Oesterreich; Eure Majestät wollen es nicht nur meinem Interesse für den allerhöchsten Dienst, sondern meiner Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Person zu gute halten, wenn ich von dem Eindrucke beherrscht bin, daß Eure Majestät in einen Krieg mit einem anderen Gefühle und mit freierem Mute hineingehen werden, wenn die Notwendigkeit dazu sich aus der Natur der Dinge und aus den monarchischen Pflichten ergiebt, als wenn der Hintergedanke Raum gewinnen kann, daß eine vorzeitige Kundwerdung der beabsichtigten Lösung den Kaiser abgehalten habe, zu dem letzten für Eure Majestät annehmbaren Auskunftsmittel die Hand zu bieten. Vielleicht ist meine Sorge thöricht, und selbst wenn sie begründet wäre und Eure Majestät darüber hinweggehen wollten, so würde ich denken, daß Gott Euer Majestät Herz lenkt, und meinen Dienst deshalb nicht minder freudig thun, aber zur Wahrung des Gewissens doch ehrfurchtsvoll anheimgeben, ob Eure Majestät mir nicht befehlen wollen, den Feldjäger telegraphisch von Salzburg zurückzurufen.†) Die äußere Veranlassung dazu könnte die ministerielle Expedition bieten, und es könnte morgen ein anderer an seiner Statt oder derselbe rechtzeitig abgehen. Eine Abschrift dessen, was ich an Werther über die Verhandlung mit Graf Blome telegraphiert habe, lege ich alleruntertänigst bei. Zu Eurer Majestät

bewährter Gnade habe ich das ehrfurchtsvolle Vertrauen, daß Allerhöchst-dieselben, wenn Sie meine Bedenken nicht gutheißen, deren Geltendmachung dem aufrichtigen Streben verzeihen wollen, Eurer Majestät nicht nur pflicht-mäßig, sondern auch zu Allerhöchstdero persönlicher Befriedigung zu dienen.

An der mit †) bezeichneten Stelle dieses Schreibens hat der König an den Rand geschrieben:

Einverstanden. — Ich that der Sache deshalb Erwähnung, weil in den letzten 24 Stunden ihrer nicht mehr Erwähnung geschah und ich sie als ganz aus der Kombination fallen gelassen ansah, nachdem die wirkliche Trennung und Besitzergreifung an die Stelle getreten war. Durch meine Mitteilung an die Königin wollte ich den Uebergang dereinst anbahnen zur Besitzergreifung, die sich nach und nach aus der Administrations-Teilung entwickelt hätte. Indessen dies kann ich auch später so darstellen, wenn die Eigentumsteilung wirklich erfolgt, an die ich noch immer nicht glaube, da Oesterreich zu stark zurückstecken muß, nachdem es sich für Augustenburg und gegen Besitznahme, wenn freilich die einseitige, zu sehr avancierte.

Ein paar Tage darauf schreibt Bismarck an die Gattin:

Brief vom 4. 8. 1865.

Ich fange an die Tage zu zählen, die ich in dieser Nebelkammer ab-zusitzen habe. Wie die Sonne aussieht, davon haben wir nur noch dunkle Erinnerungen aus einer besseren Vergangenheit. Seit heut ist es wenigstens kalt, bis dahin schwüle feuchte Wärme, Abwechslung nur in der Form des Regens, und immer Ungewißheit, ob man von Regen oder Schweiß naß wird, wenn man die Promenadentreppen auf- oder abwärts im Schmutze patscht. Wie Leute ohne Geschäfte es hier aushalten, verstehe ich nicht. Mir bleibt mit Baden, Arbeiten, Diner, Vortrag und Thee bei Sr. Majestät kaum Zeit, mir die Scheußlichkeiten der Situation klarzumachen. Seit 3 Tagen ist ein komisches Theater hier, aber man schämt sich fast, drin zu sein, und die meisten scheuen den Weg durch den Regen. Ich befinde mich bei dem allen sehr wohl, besonders seitdem wir Kaltenhäuser Bier haben. * und * tief niedergeschlagen, weil sie nicht wissen, was sie trinken sollen. Der Wirt giebt ihnen schlechtes Bier, damit sie den schlechteren Wein trinken sollen. Sonst läßt sich nichts Merkwürdiges aus dieser Dampfwaschküche melden, wenn ich nicht in Politik verfallen will. . . .

Kaiser Franz Joseph sandte von Ischl thatsächlich ein durchaus entgegenkommendes Handschreiben an König Wilhelm. Oesterreich gestand die Teilung im Sinne Blomes zu und machte bedeutende Konzessionen hinsichtlich der preußischen Wünsche auf den Durchzug durch Holstein. Rendsburg sollte gemeinsam besetzt sein bei jährlich wechselndem Kommando, Lauenburg wurde gegen eine Geldsumme an Preußen abgetreten. Am 14. August konnte Bismarck an die Gattin schreiben:

Brief vom 14. 8. 1865.

Graf Blome ist wieder hier, und wir arbeiten eifrig an Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau. Vorgestern habe ich einen Tag der Jagd gewidmet, ich denke, daß ich Dir schrieb, wie erfolg-

los die erste war, diesmal habe ich wenigstens ein Kälbchen geschossen, mehr aber auch nicht gesehen während der 3 Stunden, wo ich mich regungslos den Experimenten der verschiedensten Insekten preisgab und die geräuschvolle Thätigkeit des unter mir fließenden Wassersturzes mich die tiefe Begründung des Gefühls erkennen ließ, welches irgend jemandem vor mir den Wunsch entriß: Bächlein, laß dein Rauschen sein! Auch in meinem Zimmer hat dieser Wunsch Tag und Nacht seine Berechtigung; man atmet auf, wenn man einen Ort erreicht, wo man den brutalen Lärm des Wasserfalls nicht hört. Schließlich war es aber ein recht hübscher Schuß, quer über die Schlucht, tot unter Feuer und stürzte kopfüber in den Bach einige Kirchturmlängen unter mir.

Am 15. September sollte der Vertrag in Geltung treten. Beide Herrscher trafen sich am 19. August in Salzburg und setzten, indem sie sich redliches Einvernehmen gelobten, ihre Unterschriften unter den Vertrag. König Wilhelm aber gab seiner Freude über die friedliche Ausgleichung dadurch Ausdruck, daß er Bismarck am 15. September in den Grafenstand erhob.

Folgender Brief des Königs begleitete die Ernennung:

Bismarck-Jahrbuch IV.

Mit dem heutigen Tage vollzieht sich ein Akt, die Besitzergreifung des Herzogtums Lauenburg, als eine Folge meiner, von Ihnen mit so großer und ausgezeichneter Umsicht und Einsicht befolgten Regierung. Preußen hat in den vier Jahren, seit welchen ich Sie an die Spitze der Staatsregierung berief, eine Stellung eingenommen, die seiner Geschichte würdig ist und demselben auch eine fernere glückliche und glorreiche Zukunft verheißt. Um Ihrem hohen Verdienste, dem ich so oft Gelegenheit hatte, meinen Dank auszusprechen, auch einen öffentlichen Beweis desselben zu geben, erhebe ich Sie hiermit mit Ihrer Descendenz in den Grafenstand, eine Auszeichnung, welche auch immerhin beweisen wird, wie hoch ich Ihre Leistungen um das Vaterland zu würdigen wußte.

Ihr wohlgeneigter König
Wilhelm.

Aber es war gesorgt, daß ein neuer scharfer Wind durch den diplomatischen Blätterwald fuhr: Es kann der Beste nicht in Ruhe bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Von Frankreich aus suchte Drouyn de L'Huys durch ein Rundschreiben an die französischen Vertreter im Auslande, das an massiver Grobheit kaum jemals übertroffen worden ist, die freundschaftlichen Neigungen zwischen Napoleon und Preußen zu zerstören, indem er zugleich für eine Veröffentlichung des Textes sorgte. Bismarck aber erreichte es alsbald, daß der französische Premier die Tonart änderte, er hielt es jedoch für nötig, Napoleon selbst in Biarritz aufzusuchen.

Hier hatte er eine Reihe von Unterredungen mit dem Kaiser. Schon am Tage nach seiner Ankunft wurde er in besonderer Audienz

empfangen. In seinem ersten Bericht an den König führt Bismarck aus:

Der Kaiser tadelte wiederholt die Veröffentlichung des Aktenstückes und die Uebereilung, mit welcher es, ohne vorgängigen Gedankenaustausch mit Ew. Majestät Vertreter, abgefaßt worden sei. Auf diese Weise habe man in Paris die Tragweite des Gasteiner Abkommens für die Gesamtpolitik Preußens überschätzt, zumal man nicht hätte glauben können, daß ein für Preußen so günstiges Resultat durch keine geheimen Zugeständnisse an Oesterreich erkauft worden sei. Der Kaiser ließ durchblicken, was Drouyn de L'Huys mir mit voller Bestimmtheit angedeutet hatte, daß die österreichischen Mitteilungen, welche durch ganz vertrauliche Kanäle (anscheinend Ihre Majestät die Kaiserin) an ihn gelangt seien, der Voraussetzung einer geheimen, gegen Frankreich gerichteten koalitionistischen Verständigung der deutschen Mächte Vorschub geleistet hätten. Se. Majestät legte mir nochmals mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vor, ob wir Oesterreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätten. Ich verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser meiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheim blieben, und ich das Bedürfnis hätte, bei ihm den Gedanken an meine Zuverlässigkeit zu erhalten; außerdem hielt ich auch für die Zukunft ein Abkommen für unmöglich, vermöge dessen wir Oesterreich in die Lage setzten, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vorteil zu dem seinigen zu machen gezwungen sein würde. Fast mit denselben Worten, mit welchen ich den Gedanken gegen den Minister Drouyn de L'Huys ausgesprochen und welche dieser ohne Zweifel inzwischen gemeldet hatte, sagte er: Man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben, und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, deren Interessen sie am meisten auf einander anwiesen, und daß er dann jeder Zeit bereit sein würde, die Freundschaft und die Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei. Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege wir glaubten, uns mit Oesterreich über Holstein auseinanderzusetzen. Ich erwiderte offen, daß wir wiederholt hofften, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Se. Majestät machte hierzu keine Einwendung und erklärte ausdrücklich sein Einverständnis zu den Motiven, mit welchen ich die Besorgnis des Ministers Drouyn de L'Huys wegen des Wachsens der preußischen Macht ohne Aequivalent für Frankreich widerlegte, indem er hervorhob, daß der Erwerb der Elbherzogtümer an sich noch keine Machtverstärkung Preußens sei, sondern im Gegenteil die Kräfte unseres Vaterlandes nach mehr als einer Richtung, behufs Entwickelung unserer Marine und unserer Defensivstellung gegen Norden hin, in einem Maße festlege, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen würde. Der Erwerb der Herzogtümer sei nur ein Angeld (arrhes) für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staat gestellt habe und bei deren weiterer Verfolgung wir freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürften. Es scheine mir im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Er-

v. Sybel, IV.

füllung nationaler Aufgaben zu ermutigen: denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmutigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Argumentation bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische.

Auch eine Begegnung in St. Cloud verlief außerordentlich befriedigend. Hier sprach Napoleon sein Einverständnis mit der Erwerbung der Herzogtümer von Preußen durch Geldabfindung Oesterreichs aus.

Am 7. November kehrte Bismarck nach Berlin zurück. Er hatte in Biarritz wie in Gastein nur Erfolge zu verzeichnen und er wußte sich auch für die Zukunft wenigstens von Westen aus gesichert. Diese Erfolge verwandelten auch in Deutschland allmählich die Stimmung zu seinen Gunsten. Die Doktrinäre der Kammer fühlten sich mehr und mehr verlassen, die monarchische Idee gewann neue begeisterte Anhänger. Man fühlte, daß ein anderer Geist eingezogen war als der, der in den letzten Jahrzehnten geweht hatte.

Drittes Kapitel.

Bis zum Kriege mit Oesterreich.

Zunächst ließen sich die Dinge freundlich an. Am 13. September ergriff der König Besitz von Lauenburg, die geforderte Summe von $2^1/_2$ Mill. zahlte er aus eigenem Vermögen.

Auf Grund dieser Abtretung fand zunächst am 15. September die feierliche Besitzergreifung von Lauenburg durch den dazu von Sr. Majestät dem König bestellten Kommissarius, den Staatsminister Graf Arnim-Boitzenburg, statt.

Am 25. September begab sich der König selbst mit Bismarck zur Erbhuldigung nach dem Herzogtum Lauenburg. An der Grenze des Landes, in Büchen, wurde der König von einer Deputation der Stände empfangen, deren Führer herzliche Worte an ihn richtete, worauf der König erwiderte:

„Ich freue mich, nachdem ungewöhnliche Verhältnisse uns zusammengeführt, Mich zum erstenmale in Ihrer Mitte zu befinden, und zwar früher, als ich es erwarten konnte, seitdem Ihre Vertreter Mir den Wunsch danach ausgesprochen hatten. Ich komme mit vollem Vertrauen Ihnen entgegen und freue Mich der Worte, aus denen ich vernommen, daß auch Sie Vertrauen in Mich und Meine Regierung setzen! Das verspricht Glück für die Zukunft, und es ist Mir eine gute Vorbedeutung, daß die Vereinigung Ihres schönen Landes mit Preußen in dasselbe Jahr fällt, wo vier Provinzen Mir gedankt, daß die Verheißungen, welche meine glorreichen

Vorfahren ihnen zur Zeit ihrer Vereinigung mit unserem, jetzt gemeinschaftlichen Vaterlande gegeben, so vollständig erfüllt worden sind. Die Blüte, Wohlhabenheit und Zufriedenheit dieser Provinzen läßt Mich mit um so größerer Zuversicht zu Ihnen kommen, als Ich Ihnen den besten Willen für Ihr Wohl entgegen trage. Möge dies auch eine gute Vorbedeutung für Sie sein."

Die feierliche Erbhuldigung fand am 26. September in der Sankt Petrikirche zu Ratzeburg statt. Graf Bismarck nahm dieselbe namens des Königs entgegen. Die Eidesformel, welche der Minister verlas, lautete wie folgt:

„Ihr sollt schwören zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden einen leiblichen Eid und thun eine rechte Erbhuldigung dem Allerdurchlauchtigsten Großmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Wilhelm, Könige von Preußen und Herzoge von Lauenburg, Eurem Allergnädigsten Herzoge als Eurem rechtmäßigen Landesherrn und Erbherzoge und dem gesamten königlichen Hause in der bestimmten Successionsordnung zu allen Zeiten treu, gehorsam, gewärtig und unterthänig zu sein, Höchstdero Bestes nach Vermögen zu fördern, Schaden und Nachteil aber abzuwenden, und Euch überhaupt so verhalten, wie es treuen Unterthanen gegen ihren rechtmäßigen Landesherrn überall eignet und gebührt."

In Wien hatte Bismarcks Reise nach Biarritz tiefen Verdruß und lebhaften Argwohn erregt. Man glaubte, er habe dem Kaiser den Abschluß eines Bündnisses vorgeschlagen; ebenso vermutete man, daß der preußische Staatsmann die Aufnahme einer österreichischen Anleihe vereitelt habe, um Oesterreich matt zu setzen. Auch den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien nahm man ihm in Wien außerordentlich übel. Um so leichter entschloß man sich, an der verwundbarsten Stelle in Holstein Revanche zu üben, indem man die Agitation des Augustenburgers, die ohnehin schon jedes Maß überschritt, heimlich noch zu verstärken suchte. Man billigte es sogar, daß die Gattin des Erbprinzen auf einer Reise von Altona nach Kiel überall mit amtlichem Gepränge und als Landesherrin gefeiert wurde. Es kam so weit, daß der Gouverneur von Schleswig Bismarck riet, in Wien die Wahl zu stellen, entweder mit Preußen oder Augustenburg zu brechen. Manteuffel drängte auch späterhin immer wieder zur Entscheidung. Am 18. Januar schrieb er an Bismarck: „Die drei Monate, welche wir damals in Gastein als Versuchszeit für Oesterreichs wahre Gesinnung in Betracht nahmen, sind herum; die letzte Probe dieser Gesinnung stehe jetzt zur Entscheidung, die Ausweisung des Augustenburgers." Bismarck erkannte

die Wahrheit dieses Standpunktes sofort. Er sandte zwar noch kein Ultimatum nach Wien, aber die Notwendigkeit des Krieges erhob sich für ihn immer drängender, und als das neue Jahr anbrach, da war in ihm die Ueberzeugung gereift, daß der Krieg unausbleiblich sei. Die Zeit, die jetzt nahte, war darum nicht so für ihn als wie für den König eine Zeit der schwersten Entscheidungen, denn für ihn nahte die Stunde heran, wo es galt, endgiltig „ja" oder „nein" zu sagen. Die preußische Macht stand auf dem Spiele und zugleich das Dasein der Krongewalt; denn der Konflikt ging ununterbrochen weiter und ein ruhmloser Rückzug im Aeußern bedeutete auch die moralische Niederlage im Innern. Der Kampf im Herzen des Königs war um so schwerer, als der eigene Sohn die Partei des Augustenburgers hielt und mit seinen Angehörigen in scharfe Gegnerschaft gegen Bismarcks Pläne trat. Auch die Königin Augusta war Bismarcks Gegnerin, und von den Konservativen wandten sich Gerlach und seine Freunde erschreckt von der revolutionären Thatkraft Bismarcks ab, als diese sich offen gegen Oesterreich und den Bund kehrte. Auch das ganze Wesen des greisen Königs sträubte sich gegen den Krieg. Er empfand die volle Verantwortung für das Blut, das vergossen werden sollte, für den Staat der Hohenzollern, den er aufs Spiel setzte. Die alten preußischen Kräfte, die er in sich trug, wurden durch seinen Staatsmann, der freilich selber ganz Preuße war und zunächst nichts wollte als preußische Zwecke, auf ein neues Feld hinausgeführt, das sich noch ganz fremd und unabsehbar dehnte. Sollte es König Wilhelm vermögen, sich diesem ungeheuren Zuge der Bismarckschen Politik hinzugeben? Das ist die Schicksalsfrage, vor der König Wilhelm stand. Aber König Wilhelm hat nach Bismarcks Rat entschieden. Schon im September hatte er in Merseburg bei der Feier der 50jährigen Vereinigung der Provinz Sachsen mit Preußen gesagt, als die Provinzialstände vorgestellt wurden und Bismarck als Besitzer von Schönhausen sich unter diesen befand: „Diesem Manne verdanke Ich und das Vaterland sehr viel."

Wie jene Krise sich in Bismarck entwickelt und gestaltet hat, stellt Sybel dar:

Es war die entscheidende Epoche in seinem mächtigen Lebensgang. v. Sybel, IV.
Wir erinnern uns hier einer schon früher gemachten Ausführung. Seitdem

Bismarck als Bundesgesandter die Wirklichkeiten der deutschen und der europäischen Politik erkannt hatte, stand der Entschluß in ihm fest, Preußen von den Fesseln des bisherigen Bundesrechtes und dem österreichischen Drucke zu befreien und die Unabhängigkeit und Sicherheit seines Vaterlandes auf neue, unerschütterliche Grundlagen zu stellen. Dieses Ziel also lag unverrückbar vor seinem Auge. Der Wege aber, welche dahin führen möchten, sah er viele, und er war mehrere Jahre hindurch bemüht, sich dieselben nicht zu verschließen, sondern in jedem Zeitpunkte die Richtung seiner Schritte und den Umfang seines Begehrens den jedesmal gegebenen Verhältnissen anzupassen. Ein neues Preußen war nicht denkbar ohne ein neues Deutschland: die Kräftigung Preußens also hing eng zusammen mit der Lösung der deutschen Frage. Hier aber boten sich dem Streben eines preußischen Staatsmannes mehrere Systeme: eine wirkliche Beherrschung Deutschlands gemeinsam mit Oesterreich, eine geographische Teilung wenigstens der deutschen Militärkräfte zwischen beiden Mächten, endlich ein Hinausdrängen Oesterreichs aus dem Bunde und Vereinigung des übrigen Deutschland unter preußischer Leitung. Ohne Frage war die letzte Alternative die glänzendste und gründlichste, und so hatte einst die Majorität der Paulskirche sie für ihr Programm erklärt. Aber sogleich hatte auch Preußen die Schwierigkeiten und Gefahren der Sache empfinden und die Unmöglichkeit des Gelingens ohne einen Kampf auf Leben und Tod mit Oesterreich einsehen müssen. Klarer noch als seine Vorgänger erkannte jetzt Bismarck die Unabsehbarkeit der europäischen Folgen eines solchen Zusammenstoßes, den allseitigen Argwohn gegen den preußischen Friedensstörer, die Möglichkeit fremden Eingreifens von mehr als einer Seite. Bei ihm fielen Vorsicht und Kühnheit, Vorwärtsdrängen und Mäßigung untrennbar zusammen, und so war er bereit, wenn ein großes Ergebnis sich im Frieden erreichen ließ, auf die kriegerische Erringung des Größten zu verzichten. Wir haben gesehen, wie er in Wien die Reform der Bundeskriegsverfassung, d. h. die Teilung der deutschen Militärhoheit unter die beiden Mächte, und dann wieder das Zusammenwirken der letzteren für eine kräftige Leitung Gesamtdeutschlands empfahl. Beides war fehlgeschlagen; Preußen sah sich dem Dilemmna gegenüber, entweder wie 1850 reumütig unter die Flügel des Bundestages zurückzukriechen, oder mit siegender Waffengewalt die Gedanken der Kaiserpartei von 1849 zu verwirklichen. Nun ist es schlagend, wie genau sich diese Lösungsversuche der großen deutschen Frage in dem engeren Kreise der schleswig-holsteinischen wiederholten. Zuerst hatte man dort die Gemeinsamkeit der Herrschaft eingerichtet und war damit binnen einem halben Jahre bis dicht an den Kriegsfall gelangt. Dann war man zur Teilung der Verwaltung geschritten, und wieder stand man, dieses Mal binnen noch kürzerer Frist, vor derselben Unmöglichkeit. Unaufhaltsam war man auf jedem der beiden bequemeren Wege vor den Rand des jähen Abgrunds geführt worden. Wollte man nicht feige verzichten, so blieb zur Erklimmung der Höhe nur der dritte, steilste Pfad: die kriegerische Aktion zur Beseitigung Oesterreichs. Der Schluß war einfach: wenn man Holstein erlangen wollte, so mußte man ganz Deutschland fordern. Entweder ein zweites Olmütz oder der Krieg mit Oesterreich; es gab keinen anderen Ausweg mehr. Bismarck hatte den Krieg nicht gewünscht, jetzt aber war

er zu einem Programm genötigt, welches die Niederwerfung Oesterreichs zur notwendigen Voraussetzung machte.

Am 28. Februar 1866 legte der preußische Ministerrat die Lage klar. Schon da war man bis auf den Kronprinzen und den Finanzminister einstimmig für den Krieg. Auch Moltke, Roon und Manteuffel vertraten die Ansicht Bismarcks. Der März war angefüllt von einer Flut von Schriften und Gegenschriften, die zwischen Wien und Berlin einherflogen. Die Spannung stieg immer mehr. Am 27. entschied sich der Ministerrat für alle militärischen Maßregeln, deren schleunigsten Vollzug durch den König Bismarck forderte. Im eigenen Lande allerdings war der Widerstand der Opposition noch nicht gebrochen. Schon der Anfang der neuen Session deutete darauf hin, daß die Feindschaft unentwegt weiter dauern werde. Am 15. Januar 1866 wurde der Landtag eröffnet; in der Thronrede wurde auf alle Erfolge der Regierung nach innen und nach außen hingewiesen und gesagt:

Thronrede v. 15. 1. 1866.

Der Geist, in welchem überall diese Jubelfeier begangen worden ist, hat Zeugnis gegeben von dem erhebenden Bewußtsein unseres Volkes, wie Großes Gott an dem preußischen Staate gethan, wie viel fortschreitende Entwickelung, wie viel Segen und Gedeihen auf allen Gebieten der öffentlichen Wohlfahrt unserem Vaterlande in jenem Zeitraum beschieden war. In Dank gegen Gott und mit dem Gelöbnis, die glücklichen Zustände aller Landesteile auch fernerhin fördern zu wollen, haben Se. Majestät die erneute volle Zuversicht ausgesprochen, daß ein Band des Vertrauens Fürst und Volk für jetzt und für alle Zukunft umschließen und daß über Preußen Gottes segnende Hand auch ferner walten werde. Die Regierung Sr. Majestät trägt das Bewußtsein in sich, daß ihr der Wille nicht fehlt, ihrem Königlichen Herrn nach diesem Seinem Sinne zu dienen. Sie lebt der Ueberzeugung, daß bei einer unbefangenen, leidenschaftslosen und rein sachlichen Prüfung dessen, was ihr zu erreichen vergönnt gewesen, wie dessen, was sie mit Hilfe der Landesvertretung noch erstrebt, genug der Zwecke und Ziele gefunden werden müßten, in denen alle Parteien sich eins wissen. Werden Sie, m. H., von dem Wunsche getragen, diese Einigungspunkte zu suchen und festzuhalten, so wird Ihren Beratungen Segen und Erfolg nicht fehlen.

Aber schon die Eröffnungsrede des Präsidenten Grabow war von Feindseligkeit erfüllt; er warf der Regierung die schwerste Verletzung der Verfassung vor und nahm so Rache für den „schweren Anklageakt", den Bismarck beim Schlusse der letzten Session durch die Thronrede erhoben hatte. Er forderte, daß Preußen, wenn es seinen deutschen Beruf erfüllen wolle, einen freisinnigen Entwickelungs-

gang einschlage, ehe es zu spät sei. Auch die Reden, die gefolgt sind, waren Kinder desselben Geistes. Sogar dagegen wurde, natürlich von Virchow, protestiert, daß der Anschluß von Lauenburg nicht verfassungsgemäß sei; er bedürfe zur Rechtsgiltigkeit der Zustimmung des Landtages.

Thatsächlich wurde jetzt der Antrag, die Vereinigung Lauenburgs für rechtsungiltig zu erklären, mit 251 gegen 44 Stimmen angenommen.

Weitere Streitigkeiten juristischer Art erschöpften die Geduld der Regierung, zumal als der Landtag wiederholt sich direkt in die Rechtsfragen einmischte. Bismarck lehnte daher am 18. Januar namens der preußischen Minister es ab, die Beschlüsse des Landtages dem Könige zu unterbreiten; diese Beschlüsse wurden daher dem Präsidenten Grabow wieder zugestellt. Herr Virchow stellte sofort den Antrag, über das Bismarcksche Schreiben zur Tagesordnung überzugehen, da „dieser Gegenstand überhaupt nicht würdig sei, von dem Hause behandelt zu werden". Alsbald erhob sich Bismarck zur Verlesung einer königlichen Botschaft, durch die zur allgemeinen Entrüstung und Ueberraschung die Sitzung des Landtages geschlossen wurde. In der am nächsten Tage folgenden Thronrede ließ Bismarck seinen Gefühlen freien Lauf: das Haus hätte grundlose und herausfordernde Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, stets sei seine Thätigkeit nicht dem Frieden, sondern dem Streite zugewandt. Es habe sich sogar auf Gebieten versucht, die ihm nicht zugehörten, darum sei alle Thätigkeit unfruchtbar geblieben. Auf solchen Wegen werde das Land ernsten Zerwürfnissen entgegengeführt und die Ausgleichung der bestehenden Schwierigkeiten auch für die Zukunft erschwert. So fand der Landtag sich in der fatalen Lage, dem Gange der Weltgeschichte während des ereignisreichen Jahres nur aus der Ferne lauschen zu dürfen. Erst am 17. August, als der Krieg gegen Oesterreich vollendet war, trat er wieder zusammen, und selbst die demokratischen Heißsporne mußten jetzt gestehen, daß nicht sie, sondern daß Bismarck recht gehabt hatte.

Bismarcks Aufgabe lag jetzt anderswo, als auf dem Gebiete unfruchtbaren Gezänkes; er mußte vor allem erkennen, welche Konstellation in Europa eintreten werde, falls es zur Entscheidung käme. Zunächst handelte es sich um Italien, wo Usedom die preußische Krone vertrat; der Haltung Frankreichs fühlte er sich

einigermaßen sicher, aber auch in Wien mußte er Klarheit schaffen. Der Prinz von Augustenburg war wieder in Holstein erschienen und hatte dort jede Förderung durch die österreichische Behörde erhalten. Bismarck ließ erklären, daß er hierin eine Verletzung des Vertrages erblicke und Abhilfe fordere. Von Wien aus wurde ein Einschreiten verweigert, die preußischen Vorstellungen schroff zurückgewiesen. Eine neue Demonstration des Augustenburgers brachte das Faß zum Ueberlaufen. Unter österreichischer Aegide wurde in Altona eine Massenversammlung veranstaltet, in der sämtliche Redner sich in den bittersten Angriffen gegen Preußen ergingen. Da sandte Bismarck wiederum eine schroffe Note nach Wien, in der er erklärte, jene Versammlung habe unter dem Schutze des kaiserlichen Doppeladlers getagt; Preußen werde es keinesfalls dulden, daß Holstein zum Herde revolutionärer Umtriebe werde. Eine ausweichende Antwort werde in Berlin den Beweis liefern, daß die kaiserliche Regierung auf die Dauer nicht gemeinsame Wege mit Preußen gehen wolle:

> Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der gesamten Politik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere gesamte Politik volle Freiheit verlangen und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir dem Interesse Preußens entsprechend halten.

Hahn, Bism. Bd. I.

Am 28. Februar wurde unter dem Vorsitz des Königs ein größerer Ministerrat in Berlin abgehalten, zu dem auch der Kronprinz, der Pariser Botschafter, General von Manteuffel als Gouverneur von Schleswig, ferner die Generale v. Moltke und v. Alvensleben eingeladen waren. Hier legte Bismarck einen glänzenden geschichtlichen Rückblick der gegen Preußen gerichteten Bestrebungen Oesterreichs dar; der Krieg werde jedenfalls erfolgen müssen. Es sei vorteilhafter, ihn in der jetzigen günstigen Lage zu unternehmen, als es Oesterreich zu überlassen, sich die passende Stunde auszusuchen; der Bruch sei vorhanden. Roon stimmte Bismarck durchaus zu. Auch Manteuffel redete für den Krieg, nur der Kronprinz erklärte sich dagegen. Nach Erwägung der vernommenen Voten entschied der König: der Besitz der Herzogtümer sei eines Krieges wert, doch dürfe der Ausbruch nicht übereilt werden, solange nur die geringste Möglichkeit eines friedlichen Ausgleiches bestehe. Die Schlußworte des Monarchen lauteten: er wünsche den Frieden, sei aber, wenn es sein müsse, zum Kriege ent-

schlossen, welchen er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte.

Ueber diese Sitzung hat Roon an seinen Neffen Moritz v. Blanckenburg geschrieben:

Denkwürdigk. Roons, Brief vom 7. 3. 1866.

Die, wie Du schreibst, unter den wilden Pommern umlaufenden Gerüchte über das Conseil vom 28. v. M. sind natürlich von dem übeln Willen gegen Bismarck erfunden. Wenn einer der Anwesenden, seinen Amtseid aus den Augen setzend, darüber geschwatzt hätte, so hätte er zugleich unverschämt lügen müssen, wenn er Bismarcks Ueberstimmung behauptet hätte. Ich kann Dir natürlich nichts Näheres mitteilen, das aber glaube ich aussprechen zu dürfen, daß in dem Conseil die allervollständigste Einmütigkeit der Ansichten und der Ziele zu Tage getreten ist; keine Spur eines Gegensatzes. Wir sind sehr einig, aber wir sind nicht immer zu schnellen Entschlüssen und Handlungen geneigt. Dieser Gegensatz, wenn es einer ist, hat indes bei dem beregten Conseil auch nicht die kleinste Rolle gespielt. Eure Gerüchte sind eitel Wind.

Am 3. März sandte König Wilhelm an Napoleon ein Schreiben, in dem er es aussprach, daß der von Bismarck bezeichnete Augenblick eines besseren Einvernehmens gekommen sei. Der preußische Gesandte in Paris legte Napoleon dar, daß Oesterreich zweifellos den Krieg wolle; Preußen müsse den günstigen Augenblick erfassen; dazu seien zwei Voraussetzungen nötig, die Verständigung mit Italien und Napoleons Einverständnis. Denn außer dem Besitz der Herzogtümer müsse Preußen jetzt auch eine engere Vereinigung der Norddeutschen Staaten unter preußischer Leitung anstreben. Napoleon billigte diese Politik, wünschte aber eine Kompensation zur Befriedigung des französischen Nationalstolzes. Immerhin versicherte er die preußische Regierung seiner wohlwollenden Neutralität; er hoffe, den Ausgleichsgegenstand später nennen zu können. In dieser letzteren Frage wandte Bismarck, wie später noch so oft, das dilatorische Verfahren an; er ließ sich auf nähere Verhandlungen nicht ein, da er wußte, daß die Zukunft ihm einen Ausweg aus dem Dilemma, Napoleon zu befriedigen oder durch vage Versprechungen seine Gunst zu erwerben, bieten werde.

Langwierige Unterhandlungen Bismarcks mit den italienischen Ministern und deren Abgesandten führten schließlich auch zu dem Abschluß eines Bündnisses mit Italien. Aber gerade hier hat der Einfluß des Generals La Marmora seine Wirkung geübt. Fort und fort wurde die Entscheidung verzögert, und erst in der letzten Stunde entschloß sich Italien zu leidlicher Energie.

In dem Vertrage mit Italien war vorausgesehen, daß der Bündnisfall auch einzutreten habe, wenn Preußen mit seinem Verlangen nach einer zeitgemäßen Reform des Bundes scheitern sollte; es war ferner bestimmt, daß weder Frieden noch Waffenstillstand ohne gegenseitige Zustimmung geschlossen werden dürfe. Die Zeitdauer des Vertrages war jedoch auf drei Monate beschränkt. Mit Recht sagt Sybel, daß für Italien aus diesem Vertrage nur Pflichten, aber nicht Rechte erwachsen seien; solange Preußen nicht aus eigenem Entschluß den Krieg erklärte, hatte es freie Hand, mochte im Süden der Alpen vorgehen, was da wollte. Es war ein politisches Meisterstück Bismarcks.

Und gerade in der Frage der Bundesreform lag der Keim des Kriegsfalls. Schon am 24. März hatte Bismarck einen entsprechenden Antrag angekündigt. Sein Plan war es, auf diesem Wege Oesterreich aus dem Bunde zu drängen und Preußen im Norden, Bayern im Süden die führende Stellung zu geben. Die Volksstimmung wollte Bismarck durch die Berufung eines allgemeinen deutschen Parlamentes und durch das allgemeine Stimmrecht gewinnen. Er sprach es damals aus, daß die Massen ehrlicher bei der Erhaltung der staatlichen Ordnung interessiert seien als die Führer derjenigen Klassen, welche man durch die Einführung eines Census in der aktiven Wahlberichtigung privilegieren möchte.

In einer Note an den Grafen Bernstorff führte Bismarck seine Gründe weiter aus:

Brief an Graf Bernstorff v. 19. 9. 1866.

„Ich darf wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Ueberzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie-Klassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen. In Preußen aber sind neun Zehntel des Volkes dem Könige treu, und durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmänner-Kollegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eins der wesentlichsten Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben.“ Zu dem Bericht des Grafen Bernstorff vom 26. April, der den Schrecken

Lord Clarendon über das Vorhaben der Einführung des allgemeinen Stimmrechts schilderte, machte Bismarck dann folgende Randbemerkung: „In England sind eben nur die höheren Klassen dem Königtum und der Verfassung anhänglich, welche ihre Vorrechte, ihre Herrschaft über das Land darstellen. Die Massen sind roh, unwissend und ihre Anhänglichkeit an die Krone ist nicht von der Art wie in Preußen." Auch in der Denkschrift Preußens vom 9. April, mit welcher Bismarcks Bundesreform dem Bunde unterbreitet wurde, hieß es: „Das allgemeine Stimmrecht muß für den im Auge gehabten Zweck und bei der Notwendigkeit, die verschiedensten partikularen Verhältnisse einem Maßstab dienstbar zu machen, als das allein Mögliche bezeichnet werden, und nimmt die königliche Regierung um so weniger Anstand, diese Form der Wahl in Vorschlag zu bringen, als sie dieselbe für das konservative Prinzip förderlicher erachtet, wie irgend einen anderen auf künstlichen Kombinationen beruhenden Wahlmodus."

Später hat Bismarck es offen ausgesprochen, daß er nicht „ganze Bibliotheken" studieren konnte, um ein besseres Wahlrecht auszuklügeln. Ueberdies war das allgemeine Wahlrecht ein vom Volke langersehntes Ziel, und gerade durch die Bewilligung dieses Rechtes konnte Bismarck hoffen, die deutschen Sympathien, die etwa durch den „Bruderkrieg" gegen ihn eingenommen werden würden, sich zu gewinnen. Ueberdies war jenes Wahlrecht eine Hinterlassenschaft der Paulskirche, es wurde von Bismarck nicht erschaffen, sondern als Erbe übernommen. „Die Karte war ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft vorgefunden."

Am 9. April brachte Herr v. Savigny, der preußische Gesandte beim Bundestag, die Bismarckschen Anträge ein. In ganz Deutschland erstand ein gewaltiges Staunen, aber diesem Staunen gesellte sich ein tiefes Mißtrauen gegen den „Junker". Fast in allen größeren Bundesstaaten erklärte man sich gegen diese Vorschläge, selbst in Karlsruhe überwog die Abneigung. In dem Sturm der Erregung blieb nur einer ruhig — Bismarck. Ihn kümmerten nicht die Londoner und Pariser Warnungen, nicht die Abneigung der Bundesstaaten, er ging vorwärts. In Frankfurt war man anfangs sogar geneigt, den Antrag ohne Ausschußberatung abzulehnen, doch überwog schließlich die Besonnenheit; aber man wählte in den Ausschuß fast ausschließlich Gegner des Vorschlages. Ehe es jedoch zur endgiltigen Abstimmung kam, ließ Bismarck einen ausführlichen, wider Erwarten gemäßigten Entwurf vorlegen:

v. Sybel, IV. Eine periodisch einzuberufende Nationalversammlung wird zur Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung und zur Ersetzung der bisher in ge-

wissen Fällen erforderten Einstimmigkeit geschaffen. Zur Zuständigkeit dieser neuen Bundesgewalt gehören die in der Wiener Schlußakte bezeichneten gemeinnützigen Anordnungen, ferner die Regelung des Verkehrswesens, Freizügigkeit, allgemeines, deutsches Heimatsrecht, allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung unter dem Gesichtspunkte einer regelmäßigen gemeinsamen Fortentwickelung, die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, Ordnung der Konsularvertretung Gesamtdeutschlands, gemeinschaftlicher Schutz der deutschen Schiffahrt und Seeflagge, Gründung einer deutschen Kriegsflotte und der zur Küstenverteidigung erforderlichen Kriegshäfen, Revision der Bundeskriegsverfassung in der Richtung, daß durch bessere Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte die Gesamtleistung erhöht, die Wirkung gesteigert, die Leistung des Einzelnen erleichtert werde. Bezüglich des zur Beratung der Bundesverfassung zu berufenden Parlamentes soll das aktive Wahlrecht das gleiche, allgemeine und direkte Stimmrecht sein und ein Abgeordneter auf je 100 000 Seelen gewählt werden. Bezüglich des passiven Wahlrechts erwartet Preußen die Vorschläge des Ausschusses, bezeichnet aber schon jetzt die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes von 1849 für sich als annehmbar. In diesem Sinne wäre sofort ein Wahlgesetz ad hoc zu vereinbaren.

Die Abstimmung wurde ausgesetzt — sie ist nie vollzogen worden. Die Ereignisse gingen einen raschen Weg. Aber blieb auch das Reformwerk ein Torso, so wurde es doch, wie Sybel, der eben noch in der Reihe der Konflikts-Opposition gestanden war, ausführt, gegenüber dem tobenden Unglauben der Parteien das feste Wahrzeichen, daß Deutschlands Einheit unter Preußens Führung auf dem Boden politischer Freiheit gegründet werden sollte. Es war der Tropfen demokratischen Oeles, mit dem einst Uhland die Stirn des künftigen deutschen Kaisers gesalbt wissen wollte.

Für die Arbeitslast aber, die damals auf Bismarcks Schultern ruhte, ist ein Brief Roons an Blanckenburg bezeichnend:

Denkwürdigk. Roons, Brief vom 26. 3. 1866.

Auch hier steht's nicht gut. Unser Freund Otto B., in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt, in seinem grandiosen Bedürfnis nach Erstattung verbrauchter Kräfte voll rücksichtsloser Ansprüche an seine Verdauungsorgane, hat jetzt mit der Rebellion seines bis dahin treuesten und gehorsamsten Unterthanen, seines Magens, zu kämpfen. Er litt vorgestern an so heftigen Magenkrämpfen und war gestern infolgedessen so außerordentlich herabgestimmt, so reizbar und verärgert — angeblich um Kleinigkeiten —, daß ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin, da ich weiß, was auf dem Spiele steht, und daß er gerade jetzt aller Kräfte seiner Seele, ungestört von körperlichen Einflüssen, dringend bedarf. Vollständige Geistesfreiheit und ein schlechter Magen und gereizte Nerven sind schwer zu vereinigen. Inzwischen geht jetzt alles gut, d. h. König und Ministerium sind einig. B.'s krankhafte Ungeduld und Bodelschw.'s bureaukratische Difteleien und Bedenklichkeiten halten gleichwohl nicht alle Mißtöne

fern. Wann kommst Du her? Wärest Du jetzt hier, so wäre es mir um Bismarcks und seiner Frau willen sehr lieb.

Noch kam es nicht zum Bruch, so sehr Bismarck auch zur Entscheidung trieb. So sandte er am 2. Mai an den König einen Brief, in dem es hieß:

Brief vom 2. 5. 1866.

Ich unterbreite Eurer Majestät ehrfurchtsvoll eine Mitteilung aus Wien, welche soeben eingetroffen ist. Sie eröffnet keine Aussicht, daß Oesterreich entwaffnen will, sondern sie scheint nur anzudeuten, daß es eine Verzögerung von einigen Tagen zu bewirken wünscht, um seine Rüstungen zu vollenden und dann einen anderen Ton gegen Eure Majestät anzuschlagen in dem Glauben, dann vor uns einen Vorsprung erlangt zu haben, den wir nicht einholen könnten. Ich erhalte von der Börse Mitteilungen, wonach finanzielle Maßregeln von ruinierender Art beabsichtigt seien, und daß hier der Handelsstand, einschließlich seiner Vertretungskörper, die Unthätigkeit der Königlichen Familie angesichts der überlegenen Rüstungen Oesterreichs als unverständlich und im höchsten Grade beunruhigend und nachteilig für das Land erachtet. Diese Empfindung, welche bei Eurer Majestät Ministern schon vorher bestand, ist nunmehr in der Stadt allgemein geworden, seit die Thatsachen, welche vorher nur der Regierung bekannt waren, ihren Weg in die Oeffentlichkeit gefunden haben. Diese Empfindung würde sicherlich heftigen Ausdruck finden, sofern, was Gott verhüten möge, der Ausgang zeigen sollte, daß thatsächlich irgend etwas versäumt worden, um für den Schutz des Landes zu sorgen.

Während Preußen und Oesterreich mit aller Macht rüsteten, betonten sie ihre warme Friedensliebe in höflichen Noten. Am 31. Mai erging zunächst von Wien aus eine Anfrage nach Berlin, in der auf die Bemühungen Preußens bei den kleineren Höfen hingewiesen wurde, sie über ihr Verhalten bei einem österreichischen Angriff zu sondieren; dem Kaiser liege ein Friedensbruch vollkommen fern. Bismarck antwortete freundlich, daß auch sein Souverän von der gleichen Gesinnung beseelt sei, daß er jedoch hoffe, Oesterreich werde durch Handlungen seinen wohlwollenden Gesinnungen Ausdruck geben; warum rüste man denn in Oesterreich? Von Wien kam eine recht erregte Antwort zurück, in der Preußen die Schuld an den Rüstungen zugeschoben wurde. Noch einmal machte Bismarck einen Entwaffnungsvorschlag, forderte jedoch die Initiative von dem Gegner, da die eigene Maßregel nur durch Oesterreichs Vorgehen erzwungen sei. Selbstverständlich kam es zu einer praktischen Durchführung nicht. Oesterreich machte alsbald seine letzten Streitkräfte mobil. In einer Depesche nach Berlin forderte zugleich Graf Mensdorff, daß die Frage der Elbherzogtümer dem Bunde vorgelegt und

die schleswig-holsteinschen Landstände einberufen würden. Gleichzeitig machte man von Wien aus Napoleon den Vorschlag, Venetien abzutreten, sobald Oesterreich Schlesien erobert haben würde. Dagegen sollten Italien und Frankreich während des Krieges neutral bleiben.

Bismarck beantwortete das Schreiben, das den Bund zum Richter machen wollte über den Streitfall, zunächst gar nicht, er begnügte sich festzustellen, daß eine thatsächliche Abrüstung Oesterreichs nicht stattgefunden habe und daß Preußen nicht in der Lage sei, durch eigene Demobilisierung das Gleichgewicht preiszugeben. Graf Mensdorff erklärte hiernach die Verhandlungen für erschöpft, und bald erfüllte Waffenlärm ganz Oesterreich. Am 3. Mai wurde auch in Italien die allgemeine Kriegsbereitschaft angeordnet, innerhalb acht Tagen war in Bayern und Württemberg, Nassau und Hessen die Mobilisierungsordre erlassen, und am 14. Mai fand in Bernburg eine Konferenz der Kleinstaaten statt, in der ein Antrag beim Bundesrat auf allgemeine Entwaffnung beschlossen wurde. Am 20. Mai verlangte Preußen von Hannover und Kurhessen vertragsmäßig Zusage unbewaffneter Neutralität. Als beide ablehnten, ließ Bismarck erklären, Preußen werde fortan Hannover und Kurhessen als seine Gegner ansehen. Auch in Sachsen wurde erklärt, als hinreichende Aufklärungen nicht erfolgten, Preußen werde nunmehr Truppen an die Grenze schicken, und was diese dort thun würden, sei eine Sache für sich.

Ueberhaupt sorgte Bismarck mit großartiger Energie und Umsicht an den norddeutschen Höfen für unbedingte Klarheit. Wir haben aus der Feder des anhaltischen Vertreters Dr. Sintenis einen ausführlichen Bericht, den man als typisch betrachten kann.

Am 20. Mai, dem ersten Pfingstfeiertage 1866, abends kurz nach 7 Uhr, empfing ich eine in Bitterfeld 6 Uhr 52 Minuten dem Eisenbahntelegraphen aufgegebene Anfrage des in Dresden residierenden Königl. preußischen Gesandten für Sachsen und Anhalt, v. d. Schulenburg, ob er mich heute Abend um 8 Uhr antreffe. Nach Zeit und Umständen schien bei der unverkennbaren großen Eile etwas sehr Wichtiges erwartet werden zu müssen.

Poschinger, Bism. Portef.

Bald nach 8 Uhr erschien der Gesandte im einfachen Reisekostüm, geführt von meinem Diener, den ich zu seinem Empfange auf den Bahnhof geschickt hatte. Er kam von Altenburg, wo er zu demselben Zwecke, wie dem hier beabsichtigten, gewesen war, und hatte, wie er mir mitteilte, den Telegraphen im Königreich Sachsen nicht zu benutzen gewagt, indem seine Abreise von Dresden, wohin er auch möglichst schleunig zurückkehren wollte,

eine ganz verstohlene sei. Er reiste dem Hofe gegenüber halb inkognito, hatte auch nicht die Absicht, persönlich dem Herzog aufzuwarten, und kam mit dem offenen Vorgeben, hiesige Verwandte, die Familie v. Lattorff, zu besuchen. Wir waren schon von seinen früheren Besuchen am hiesigen Hofe miteinander bekannt, indessen nur ganz äußerlich. Welcher politischen Gesinnung er übrigens bei mir gewärtig sein könne, darüber war er, wenn nicht schon anderwärts, so doch sicherlich vom altenburgischen Minister v. Larisch unterrichtet worden, den er soeben erst verlassen, da ich mich mit jenem im Jahre 1863 auf dem Fürstentage in Frankfurt ganz offen und entschieden ausgesprochen hatte.

Der Gesandte teilte mir nach kurzer Einleitung über die Lage Preußens dem deutschen Bunde resp. Oesterreich und dessen Genossen gegenüber, ein Stück einer an ihn gerichteten Note des Grafen Bismarck mit, welches also lautete:

— — — Es ist notwendig, das Verhältnis derjenigen Staaten zu Preußen, welche innerhalb der Sphäre unserer militärischen Aktion liegen, klarzustellen. Wir wünschen, daß dies in vertraulicher, mündlicher Erörterung und in freundschaftlicher Weise geschehe, und dabei alles vermieden werde, was verletzen könnte.

Seine Majestät der König betrachten die bezeichneten Staaten als Preußens natürliche Bundesgenossen und wollen sowohl bei dem friedlichen Verlauf der in Anregung gebrachten Bundesreform, als auch, wenn die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse sich durch einen Krieg vollziehen sollte, ihre Rechte und Interessen achten und berücksichtigen. Seine Majestät der König rechnen aber auch darauf, daß Allerhöchst Ihnen von diesen Staaten eine gleich vertrauensvolle Gesinnung entgegengetragen und der Anschluß ihrer Kontingente an die preußische Armee für den Kriegsfall erfolgen werde.

Ew. u. s. w. u. s. w. wollen mit Hindeutung auf die Eventualität der Lösung des Bundes durch den Krieg und die oben angedeuteten allerhöchsten Absichten die Alternative bei den einzelnen Regierungen nach den obwaltenden Modalitäten in den Verhältnissen stellen und sich eine mündliche Antwort auf die Frage erbitten, ob wir auf ihre Bundesgenossenschaft zählen können. Jedenfalls ist uns Klarheit darüber wünschenswert, ob die Regierungen mit uns über die Feststellung ihrer Beziehungen zu Preußen in Verhandlung treten wollen.

Ich ersuche Ew. u. s. w. u. s. w., sich von den einzelnen Höfen, an welchen Sie beglaubigt sind, Auskunft hierüber erbitten zu wollen.

Damit standen wir also (so fährt Sintenis fort) wie alle anderen norddeutschen Kleinstaaten dicht vor der Frage vom Sein oder Nichtsein. So nahe vor mir hatte ich diese freilich nicht geglaubt. Auch dachte ich damals noch nicht, daß der Krieg bald ausbrechen könne, so wenig wie der Prinz Friedrich Karl von Preußen (der Schwiegersohn des damaligen Herzogs Leopold von Anhalt), und der Gesandte selbst. Konnte ich für meinen Teil auch keinen Augenblick zweifelhaft sein, was ich dem Herzog bei solcher Chance zu raten habe, so war doch bei ihm wenigstens keine Neigung zu vermuten, sich vom Bunde losgelöst Preußen in die Arme zu werfen und von Oesterreich ganz loszusagen.

Von meiner persönlichen Ansicht machte ich dem Gesandten nicht das geringste Hehl; ich sagte ihm, daß bei solcher Sachlage die kleinen Staaten Preußen sehr dankbar für das Anerbieten sein, ja, ein angetragenes Bündnis sich zur Ehre rechnen müßten, ich müßte aber dem Herzog erst Vortrag darüber halten — was der Gesandte als selbstverständlich betrachtete.

Nach langem Gespräch verließ er mich um Mitternacht. Beim Abschied händigte er mir die Abschrift der obigen Note mit dem Anheimgeben aus, von ihr genauere Einsicht zu nehmen und bei der Unterredung mit dem Herzog davon Gebrauch zu machen.

Am anderen Morgen hatte dann der Minister eine eingehende Beratung mit dem völlig frappierten Herzog und dem nicht minder bestürzten Erbgroßherzog (jetzigen Herzog Friedrich). Man schlug alle möglichen Auswege und Vorwände vor. Aber die Bismarckische Note war bei aller zarten Schonung in der Form doch so bestimmt in der Sache, daß an ein Ausweichen ernstlich nicht gedacht werden konnte; man stand eben vor der Alternative: für oder gegen Preußen, Sein oder Nichtsein! Endlich einigte man sich über folgende Antwort:

Anhalt ist Preußen für das bewiesene Vertrauen und die zugesagte Beachtung seiner Rechte und Interessen aufrichtig dankbar. Freilich muß Anhalt wünschen, auf dem bundesrechtlichen Boden, so lange er besteht, zu beharren. Es hält auch die Zuversicht fest, daß eine Lösung des Bundes in Erinnerung an die gegenseitigen Verheißungen der Monarchen von Oesterreich und Preußen, nicht aggressiv vorgehen zu wollen, nicht zu besorgen sei.

Für den entgegengesetzten Fall erklärt sich Anhalt zu den angetragenen Verhandlungen bereit.

Mit dieser Instruktion, berichtet Sintenis weiter, eilte ich nach Hause, worauf der Gesandte (zwischen 12 und 1 Uhr) zu mir kam, die Erklärung, welche ich diktierte und er mit Bleistift niederschrieb, in Empfang nahm und sich befriedigt erklärte. Er reiste abends ab, nachdem er noch mit Lattorff verabredet, seine Korrespondenz mit mir unter dessen Adresse gehen zu lassen und dankte mir schon tags darauf von Dresden für „mein freundliches Entgegenkommen".

So befriedigt, wie Herr v. d. Schulenburg, war aber Graf Bismarck durch die Erklärung Anhalts nicht. Es ist bezeichnend für die Schnelligkeit, mit der bei größter Sorgfalt und Umsicht im Berliner Ministerium des Auswärtigen gearbeitet wurde, daß auf diese am 21. Mai dem Gesandten abgegebene Erklärung schon am 26. ein neues aus Berlin vom 24. Mai datiertes Schreiben seitens des Herrn v. d. Schulenburg in Dessau einlief. Der Gesandte schrieb nach dem Sintenis'schen Berichte:

In Gemäßheit der diesseitigen (d. h. Dessauer) Erklärung habe er seiner Regierung gemeldet, der Herzog sei geneigt, bezüglich des Anschlusses seiner Truppen an Preußen in Verhandlungen zu treten. Hiervon sei man zwar sehr befriedigt, doch sei das Bedenken erwachsen, ob nicht der Herzog, so lange der Bund bestehe, diesem seine Truppen stellen und erst nach Ausbruch des Krieges oder Erklärung der Auflösung des Bundes mit Preußen unterhandeln wolle. Diese Reserve würde die preußische Regierung

als Nichtannahme ihrer Vorschläge betrachten. Er selbst teile diese Bedenken durchaus nicht, müsse aber um Erläuterung deshalb bitten.

Darauf wurde aus Dessau nach erneuter Beratung folgende notgedrungene Erklärung erteilt: Anhalt wolle nicht erst nach Eintritt des Krieges und der Auflösung des Bundes mit Preußen verhandeln, sondern schon jetzt für den von Preußen vorausgesetzten Fall des Krieges und der Lösung des Bundes. Anhalt könne kaum annehmen, daß es in die Lage kommen würde, dem Bunde, so lange er bestehe, sein Kontingent stellen zu sollen; würde es dazu aufgefordert, so würde es seinen Entschluß nicht ohne Preußens Rat fassen.

Damit war Anhalts Stellung im Prinzip entschieden. Am 14. Juni fand die entscheidende Abstimmung in Frankfurt statt; am 17. Juni bat König Wilhelm in eigenhändigem Briefe den Herzog Leopold, seine Truppen zu mobilisieren und zu den preußischen stoßen zu lassen, Anhalt trat aus dem Bunde aus, und am 3. Juli marschierte sein 918 Mann starkes Bataillon aus zu den Preußen.

Charakteristisch war die Art, wie sich das Schicksal Hessens erfüllte. Bismarck hat darüber erzählt:

Ged. u. Er. II. Mit dem Thronfolger in Kurhessen, Prinzen Friedrich Wilhelm, hatte ich in Berlin noch am 14. Juni eine Besprechung, in der ich ihm empfahl, mit einem Extrazuge nach Kassel zu fahren und die Neutralität Kurhessens oder doch der dortigen Truppen sicherzustellen, sei es durch Beeinflussung des Kurfürsten, sei es unabhängig von diesem. Der Prinz weigerte sich, früher als mit dem fahrplanmäßigen Zuge zu reisen. Ich stellte ihm vor, er würde dann zu spät kommen, um den Krieg zwischen Preußen und Hessen zu hindern und den Fortbestand des Kurstaates zu sichern. Wenn die Oesterreicher siegten, so würde er immer vis major geltend machen können, seine neutrale Haltung ihm sogar vielleicht preußische Landesteile einbringen; wenn wir aber siegten, nachdem er sich geweigert, neutral zu bleiben, so würde der Kurstaat nicht fortbestehen; der hessische Thron sei immer einen Extrazug wert. Der Prinz machte der Unterredung ein Ende mit den Worten: „Wir sehen uns wohl noch einmal in diesem Leben wieder, und 800 000 gute österreichische Truppen haben auch noch ein Wort mitzureden." Hatte doch auch die von dem Könige noch aus Horsitz am 6. und aus Pardubitz am 8. Juli in dem freundschaftlichsten Tone an den Kurfürsten gerichtete Aufforderung, ein Bündnis mit Preußen zu schließen und seine Truppen aus dem feindlichen Lager zurückzurufen, keinen Erfolg.

In jener Zeit der mühevollsten Arbeit richtete sich gegen Bismarck die Mordwaffe eines Fanatikers. Schon vielfach waren gegen ihn Todesdrohungen ausgesprochen worden; die von der Demokratie mißleitete Menge sah in ihm den Urheber eines Bruderkrieges, der nur schweres Unheil über Deutschland heraufführen könnte. Am 7. Mai hatte nun Bismarck Vortrag beim Könige gehalten; er schritt die Linden entlang, als er plötzlich in der Nähe der Schadowstraße

zweimal hinter sich schießen hörte. Er blickte sich um und sah, wie ein kleiner Mensch von jüdischem Aussehen einen Revolver auf ihn anlegte. Bismarck sprang hinzu und packte ihn mit ehernem Griff am Faustgelenk, so daß auch der dritte Schuß fehl ging. Der Attentäter wurde ergriffen, während Bismarck, der nur leichte Kontusionen erlitten hatte, ruhig nach Hause ging. Erst nach Tisch sagte er der Gattin: „Es ist vorhin auf mich geschossen worden, aber ich bin unversehrt.“ Der Thäter hieß Carl Cohen, er war der Stiefsohn des bekannten badischen Flüchtlings Carl Blind. Später erzählte Bismarck von jenem Vorgange: „Ich hatte Mühe, den kräftigen jungen Mann von mir abzuwehren, und lange hätte das Ringen mit ihm nicht dauern dürfen, denn ich fühlte mich einer Ohnmacht nahe. In diesem entscheidenden Augenblick erhob sich ein Gewehrkolben über meinem Haupte, ein Soldat einer gerade vorbeimarschierenden Abteilung des 2. Garde-Regiments wollte intervenieren. Da wurde eine lederbehandschuhte Hand sichtbar, welche den Gewehrkolben faßte, und eine Stentorstimme, die einem Offizier gehörte, schrie: „Rindvieh“. — Die Erregung in Berlin war groß. Unmittelbar nach der That erschienen der König, Prinz Karl, der Kronprinz und Wrangel in seiner Wohnung. Die Glückwunsch-Adressen aus Deutschland zählten über 300 000 Unterschriften. Am nächsten Tage wurde ihm eine große Ovation dargebracht, bei der halb Berlin mitwirkte. Nachdem der Choral „Lobe den Herren“ und die Preußenhymne verklungen waren, ergriff Bismarck das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren und Landsleute! Nehmen Sie meinen Dank für diesen Beweis Ihrer Teilnahme. Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuern König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es auf dem Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts Besseres und erflehe als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Sie werden dies patriotische Gefühl mit mir teilen, darum ersuche ich Sie, daß Sie mit mir ausrufen: Se. Majestät, unser teurer Herr und König, er lebe hoch!

Dem Marquis v. Wielopolski, der gleichfalls das Ziel mehrerer Mordversuche gewesen war und ihm seinen Glückwunsch ausgesprochen hatte, antwortete Bismarck am 14. Mai:

Brief vom 14. 5. 1866.

Herr Marquis! Trotz meiner Geschäfte, die mir Tag und Nacht keinen Augenblick Ruhe lassen, kann ich mir nicht versagen, Ihnen persönlich zu danken für die Gratulation und die Wünsche, mit denen Sie so gütig

als Nichtannahme ihrer Vorschläge betrachten. Er selbst teile diese Bedenken durchaus nicht, müsse aber um Erläuterung deshalb bitten.

Darauf wurde aus Dessau nach erneuter Beratung folgende notgedrungene Erklärung erteilt: Anhalt wolle nicht erst nach Eintritt des Krieges und der Auflösung des Bundes mit Preußen verhandeln, sondern schon jetzt für den von Preußen vorausgesetzten Fall des Krieges und der Lösung des Bundes. Anhalt könne kaum annehmen, daß es in die Lage kommen würde, dem Bunde, so lange er bestehe, sein Kontingent stellen zu sollen; würde es dazu aufgefordert, so würde es seinen Entschluß nicht ohne Preußens Rat fassen.

Damit war Anhalts Stellung im Prinzip entschieden. Am 14. Juni fand die entscheidende Abstimmung in Frankfurt statt; am 17. Juni bat König Wilhelm in eigenhändigem Briefe den Herzog Leopold, seine Truppen zu mobilisieren und zu den preußischen stoßen zu lassen, Anhalt trat aus dem Bunde aus, und am 3. Juli marschierte sein 918 Mann starkes Bataillon aus zu den Preußen.

Charakteristisch war die Art, wie sich das Schicksal Hessens erfüllte. Bismarck hat darüber erzählt:

Ged. u. Er. II.

Mit dem Thronfolger in Kurhessen, Prinzen Friedrich Wilhelm, hatte ich in Berlin noch am 14. Juni eine Besprechung, in der ich ihm empfahl, mit einem Extrazuge nach Kassel zu fahren und die Neutralität Kurhessens oder doch der dortigen Truppen sicherzustellen, sei es durch Beeinflussung des Kurfürsten, sei es unabhängig von diesem. Der Prinz weigerte sich, früher als mit dem fahrplanmäßigen Zuge zu reisen. Ich stellte ihm vor, er würde dann zu spät kommen, um den Krieg zwischen Preußen und Hessen zu hindern und den Fortbestand des Kurstaates zu sichern. Wenn die Oesterreicher siegten, so würde er immer vis major geltend machen können, seine neutrale Haltung ihm sogar vielleicht preußische Landesteile einbringen; wenn wir aber siegten, nachdem er sich geweigert, neutral zu bleiben, so würde der Kurstaat nicht fortbestehen; der hessische Thron sei immer einen Extrazug wert. Der Prinz machte der Unterredung ein Ende mit den Worten: „Wir sehen uns wohl noch einmal in diesem Leben wieder, und 800 000 gute österreichische Truppen haben auch noch ein Wort mitzureden." Hatte doch auch die von dem Könige noch aus Horsitz am 6. und aus Pardubitz am 8. Juli in dem freundschaftlichsten Tone an den Kurfürsten gerichtete Aufforderung, ein Bündnis mit Preußen zu schließen und seine Truppen aus dem feindlichen Lager zurückzurufen, keinen Erfolg.

In jener Zeit der mühevollsten Arbeit richtete sich gegen Bismarck die Mordwaffe eines Fanatikers. Schon vielfach waren gegen ihn Todesdrohungen ausgesprochen worden; die von der Demokratie mißleitete Menge sah in ihm den Urheber eines Bruderkrieges, der nur schweres Unheil über Deutschland heraufführen könnte. Am 7. Mai hatte nun Bismarck Vortrag beim Könige gehalten; er schritt die Linden entlang, als er plötzlich in der Nähe der Schadowstraße

zweimal hinter sich schießen hörte. Er blickte sich um und sah, wie ein kleiner Mensch von jüdischem Aussehen einen Revolver auf ihn anlegte. Bismarck sprang hinzu und packte ihn mit ehernem Griff am Faustgelenk, so daß auch der dritte Schuß fehl ging. Der Attentäter wurde ergriffen, während Bismarck, der nur leichte Kontusionen erlitten hatte, ruhig nach Hause ging. Erst nach Tisch sagte er der Gattin: „Es ist vorhin auf mich geschossen worden, aber ich bin unversehrt." Der Thäter hieß Carl Cohen, er war der Stiefsohn des bekannten badischen Flüchtlings Carl Blind. Später erzählte Bismarck von jenem Vorgange: „Ich hatte Mühe, den kräftigen jungen Mann von mir abzuwehren, und lange hätte das Ringen mit ihm nicht dauern dürfen, denn ich fühlte mich einer Ohnmacht nahe. In diesem entscheidenden Augenblick erhob sich ein Gewehrkolben über meinem Haupte, ein Soldat einer gerade vorbeimarschierenden Abteilung des 2. Garde-Regiments wollte intervenieren. Da wurde eine lederbehandschuhte Hand sichtbar, welche den Gewehrkolben faßte, und eine Stentorstimme, die einem Offizier gehörte, schrie: „Rindvieh". — Die Erregung in Berlin war groß. Unmittelbar nach der That erschienen der König, Prinz Karl, der Kronprinz und Wrangel in seiner Wohnung. Die Glückwunsch-Adressen aus Deutschland zählten über 300000 Unterschriften. Am nächsten Tage wurde ihm eine große Ovation dargebracht, bei der halb Berlin mitwirkte. Nachdem der Choral „Lobe den Herren" und die Preußenhymne verklungen waren, ergriff Bismarck das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren und Landsleute! Nehmen Sie meinen Dank für diesen Beweis Ihrer Teilnahme. Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuern König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es auf dem Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts Besseres und erflehe als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Sie werden dies patriotische Gefühl mit mir teilen, darum ersuche ich Sie, daß Sie mit mir ausrufen: Se. Majestät, unser teurer Herr und König, er lebe hoch!

Dem Marquis v. Wielopolski, der gleichfalls das Ziel mehrerer Mordversuche gewesen war und ihm seinen Glückwunsch ausgesprochen hatte, antwortete Bismarck am 14. Mai:

Brief vom 14. 5. 1866.

Herr Marquis! Trotz meiner Geschäfte, die mir Tag und Nacht keinen Augenblick Ruhe lassen, kann ich mir nicht versagen, Ihnen persönlich zu danken für die Gratulation und die Wünsche, mit denen Sie so gütig

waren, mich zu beehren. Sie kennen aus Erfahrung, wie mein Leben beschaffen ist: seine Gefahren, seinen Undank, seine Entbehrungen, die Unzulänglichkeit der Zeit und Kräfte, wobei man nur den einen Trost hat, seine Pflicht zu thun, dem Berufe zu entsprechen, den Gott uns gegeben hat. Sie haben dies auch kennen gelernt, und ich bin Ihrer Sympathie sicher. Glauben Sie nicht, daß Entmutigung mich so sprechen macht; ich glaube an den Sieg, ohne zu wissen, ob ich ihn sehen werde; aber manchmal überfällt mich eine Erschöpfung.

Am 9. Mai kam es beim Bunde zur Verhandlung. Sachsen hatte eine Erklärung hinsichtlich der Rüstungen gefordert. Bismarck ließ hierauf ausführen, daß die Ehre des Vortritts allein Oesterreich und Sachsen zukomme und daß man von preußischer Seite erwarte, daß diese beiden Länder die Rüstungen möglichst bald auf Veranlassung des Bundes einstellen würden. Sollte der Bund hiervon Abstand nehmen, so würde sich Preußen gezwungen sehen, das Bedürfnis der eigenen Sicherheit und der Erhaltung seiner europäischen Stellung in erster Linie als maßgebend zu betrachten und sein Verhältnis zu einem Staatenbunde, der die Sicherheit seiner Mitglieder nicht vermehrt, sondern gefährdet, den gebieterischen Forderungen der Selbsterhaltung unterzuordnen. Dennoch wurde der sächsische Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen.

Noch einmal zog ein Schimmer der Friedenshoffnung herauf. Anfang Mai erschien Anton v. Gablenz bei Bismarck, um ihm einen Plan der Verständigung mit Oesterreich vorzulegen. Dieser Plan ging dahin, die Herzogtümer unter der Souveränität eines preußischen Prinzen unabhängig zu machen: für den Kieler Hafen solle Preußen 5 Millionen Thaler an Oesterreich zahlen; ferner solle Oesterreich 20 Millionen aus den Herzogtümern empfangen. Endlich solle Oesterreich den Oberbefehl über die ganze süddeutsche, Preußen über die ganze norddeutsche Truppenmacht erhalten. Fast gleichzeitig schlug Napoleon die Einberufung einer europäischen Konferenz vor. Gerade dieser Umstand und eine gewisse Trübung der Beziehungen zu Napoleon, der noch immer das linke Rheinufer zu erlangen wünschte und durch die Bereitschaft Oesterreichs, ihm Venetien ohne Schwertstreich zu überlassen, schwankend geworden war, mochten Bismarck bewegen, den Gablenzschen Vorschlägen näherzutreten. Jede Vermittelung des Bundes lehnte er zwar ab, doch war er zu einer direkten Verhandlung bereit. In den weiteren Beratungen wurde Prinz Albrecht von Preußen als Regent vorgesehen und zur

Durchführung der Bundesreform eine Versammlung der deutschen Fürsten und ihrer Minister in Weimar geplant. Aber auch diese zunächst nur rein vertraulichen Verhandlungen hatten keinen Erfolg; sie wurden von Wien aus durch eine schroffe Ablehnung durchkreuzt. Graf Mensdorff schickte alsbald Unterhändler nach Hannover und Kassel, um die dortigen Höfe zur „Bundestreue" zu mahnen. Noch einmal suchte hier Bismarck die Stimme der Vernunft zur Geltung zu bringen, aber hier wie dort blieben die Fürsten verblendet und trieben dem Untergange entgegen.

Inzwischen gewannen Napoleons Konferenzpläne nähere Gestaltung, am 14. Mai ergingen die amtlichen Einladungen an die interessierten Mächte; Preußen, Italien und der Bundestag erklärten sich zur Beschickung der Konferenz bereit. Oesterreich jedoch erklärte, nur dann teilnehmen zu können, wenn von keinem Gebietszuwachs für eine der streitenden Mächte die Rede sein könne. An dieser Stellungnahme scheiterte zwar der Kongreß, gleichzeitig aber fanden zwischen Napoleon und der Wiener Hofburg geheime Verhandlungen statt, in denen Oesterreich vollständig für Napoleons Pläne eingenommen wurde. Danach sollte der deutsche Dualismus fortbestehen, Oesterreich sollte für Venetien Schlesien erhalten, dagegen sollten die Rheinlande an Frankreich abgetreten werden. So gab Frankreich, indem es zugleich die Unverletzlichkeit des Kirchenstaates forderte, Italiens Einheit dem Wiener Hofe, Oesterreich die Selbständigkeit Deutschlands den Franzosen preis.

Bismarck hatte das Scheitern des Kongresses mit einem freudigen „Vive le roi" begrüßt. Ueber die heimtückische Politik der Franzosen war er bald orientiert, auch die Versuche Napoleons, Italien zum Vertragsbruch zu verleiten, wurden ihm durch den redlichen König Victor Emanuel bekannt. Die Tagebuchblätter Theodor v. Bernhardi's, der damals als preußischer Militärbevollmächtigter nach Florenz geschickt wurde, erschließen uns einen vollen Einblick in die zahllosen Lügen und Intriguen der französischen Politik.

Am 1. Juni fiel im Bunde die erste wichtige Entscheidung. Unter den gröblichsten Vorwürfen gegen Preußen forderte Oesterreich, daß die Schleswig-Holsteinsche Frage, aus welcher der gegenwärtige Konflikt hervorgegangen sei, nicht nach den einseitigen Ansprüchen Preußens, sondern nach Recht und Gesetz des deutschen Bundes gelöst werde, und es erklärte zugleich, daß dem kaiserlichen Statt-

halter in Holstein soeben die Vollmacht zur Einberufung der Ständeversammlung erteilt worden sei. Hiermit war der Gasteiner Vertrag gebrochen. Am 3. Juni erfolgte Bismarcks Antwort: Die Erklärung Oesterreichs sei nach Form und Fassung neu in der Geschichte der Bundesverhandlungen, ihr Inhalt sei wahrheitswidrig, und da mit ihr die Loslösung von dem Vertrage erfolgt sei, betrachte Preußen auch seinerseits die hier getroffenen Vereinbarungen als hinfällig. Man stehe somit wieder auf dem Wiener Vertrage vom 30. Oktober 1864, und der König von Preußen werde den General v. Manteuffel mit der Wahrung seiner Souveränitätsrechte in Holstein beauftragen. Gleichzeitig erließ Bismarck ein Rundschreiben an alle preußischen Gesandten, in dem er die Anklage des Friedensbruchs gegen Oesterreich schleuderte. Am 9. Juni wurde auch am Bunde durch Herrn v. Savigny eine entsprechende Erklärung abgegeben. Unmittelbar darauf sandte Bismarck an alle deutschen Regierungen seinen Entwurf einer künftigen deutschen Bundesverfassung. Folgendes waren die Grundzüge:

v. Sybel, IV.

Ausschluß Oesterreichs und der Niederlande; Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch den Bundestag in Gemeinschaft mit einer in regelmäßigen Zeiträumen zu berufenden Nationalvertretung, wobei zur Giltigkeit der Beschlüsse die Uebereinstimmung der Mehrheit des Bundestages mit der Mehrheit der Volksvertretung erforderlich und ausreichend ist. Hinsichtlich des allgemeinen Wahlrechtes und der Grenzen der Bundesgesetzgebung bleibt es bei den in dem früheren preußischen Bundesreformentwurfe gegebenen Grundsätzen. Die Bundesgewalt hat das Recht über Krieg und Frieden, über Bündnisse und Verträge und die diplomatische Vertretung des Bundes; außer im Falle feindlicher Invasion des Bundesgebietes, bedarf es zur Kriegserklärung der Zustimmung der Souveräne von mindestens zwei Dritteln der Bundesbevölkerung. Es wird eine Bundeskriegsflotte geschaffen unter preußischem Oberbefehl. Die Landarmee wird in zwei Bundesheere geteilt, die Nordarmee und die Südarmee; über jene führt Preußen, über diese Bayern den Oberbefehl. Endlich werden die Beziehungen des Bundes zu den deutschen Landesteilen des österreichischen Kaiserstaates, nach erfolgter Vereinbarung über dieselben, mit dem zunächst einzuberufenden Parlamente durch besondere Verträge geregelt.

Ueber diesen Entwurf spricht sich Bismarck in einem Brief an den Herzog Ernst von Coburg-Gotha aus. Der Herzog hatte in einem Schreiben an Bismarck folgendes ausgeführt:

Der Zeitpunkt dürfte gekommen sein zum Vorschreiten mit einem Manifeste an das deutsche Volk. Von allen Seiten erwartet man etwas

vergleichen. Da, wie ich vermute, nur noch kurze Zeit vor dem Ausbruche der Feindseligkeit ist, so würde jene Ansprache an die deutsche Nation wohl eine Notwendigkeit werden, wenn man in Berlin noch Wert darauf legt, daß die Bevölkerungen des südwestlichen Deutschlands gewonnen würden.

Das Mißtrauen und die Ungewißheit des Augenblicks thut am meisten Schaden. Mit Ausnahme der ultramontanen Kreise ist wohl niemand österreichisch gesinnt.

Der Krieg wird eine andere Aufnahme beim Publikum finden, wenn dieses genau weiß, wofür er geführt wird. Jenes Manifest dürfte ganz allgemein gehalten sein in patriotisch erwärmender Sprache. Ew. Excellenz werden genau ermessen können, inwieweit ich recht gesehen habe ꝛc. ꝛc.

Callenberg, 6. Juni 1866. Ernst.

Hierauf erwiderte Bismarck:

Brief vom 9. 6. 1866.

Mit gehorsamstem Dank für Eurer Hoheit gnädiges Schreiben vom 6. cr. beehre ich mich, in der Anlage den Entwurf eines Zusatz-Programms zur bisherigen Bundes-Akte ehrerbietigst vorzulegen. Die darin enthaltenen Vorschläge sind nach keiner Seite hin erschöpfend, sondern das Resultat der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen kompromittiert werden mußte: intra muros et extra. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenznetz, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist unbillig, zu verlangen, daß eine Generation oder sogar ein Mann, sei es auch mein allergnädigster Herr, an einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. Erreichen wir jetzt, was in der Anlage steht oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und polieren.

Wir können Oesterreich den bisherigen Bund gewähren, aber ein besseres Verhältnis mit Oesterreich gemeinsam auszubilden, halte ich für schwieriger als die Zirkelquadratur, denn die Aufgabe ist nicht einmal annähernd zu lösen.

Daß der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht, denn für den deutschen Landsmann genügt im allgemeinen die Thatsache, daß jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben; ich begnüge mich mit dem Worte: qui trop embrasse, mal étreint, und mit dem anderen, daß Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, wenn es auch schon in den ersten Anfängen durch Raub der Sabinerinnen erhebliches Odium auf sich lud. Ich glaube, daß auch dem germanischen Rom der Zukunft, falls Gott ihm überhaupt eine beschert, einige Gewaltthat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird, und ich möchte sie auf ein Minimum reduzieren, der Zeit das Weitere überlassend.

Oesterreich hat in Holstein einstweilen den Handschuh nicht aufgenommen, aber vielleicht ist die morgen oder übermorgen stattfindende Bundestagssitzung, in welcher die Exekution gegen Preußen beantragt werden wird, der erste Ton des glas funèbre (Totengeläut) für den bis-

herigen Bund, und wir werden rufen: le Roi est mort, vive le Roi! Hoffentlich bleibt dann noch soviel Frist, daß Eurer Hoheit Kontingent nicht die Leichenwache bei dem toten Könige in Rastatt zu verrichten genötigt wird, sondern frische Lorbeeren im Bunde mit dem lebenden suchen darf.

Gleichzeitig mit diesen Kundgebungen trieben die Ereignisse unaufhaltsam zum Kriegsausbruch. Das Vorspiel begann in Holstein, denn hier berief Gablenz der Wiener Vollmacht entsprechend die Stände ein. Zwei Tage vorher hatte Bismarck an Manteuffel folgenden drängenden, zu Entschlossenheit mahnenden Brief geschrieben:

Brief vom 6. 6. 1866.

Excellenz! In Anbetracht der Ueberzeugung, welche Sie mir bei Gelegenheit der jüngsten vertraulichen österreichischen (Gablenz) Friedensverhandlungen ausdrückten, nämlich, daß wir aus allen politischen, militärischen und finanziellen Gründen sofort die Entscheidung des Krieges, wo sie sich auch bieten möge, annehmen müßten, fühlte ich mich sicher, daß mein Ihre Instruktionen andeutendes Telegramm Sie veranlassen würde, in obigem Sinne zu handeln, und ich sah wichtigen Nachrichten im Laufe des gestrigen Tages entgegen. Die Ankündigung des gegenseitig freundschaftlichen Tones der Musikanten in dem militärischen Chassez-croisez stimmt nicht im geringsten zu dem Gemütszustande, in welchem wir hier die Nachricht vom ersten Kanonenschuß zu hören erwarteten. Sie sagen, daß eine Okkupation die öffentliche Meinung als ein Gewaltakt aufregen würde, und ich erwidere mit Devereur: „Freund, jetzt ist es Zeit zu lärmen", und wenn wir es nicht thun, dann stürzen sie nicht nur den ganzen europäischen Kram aus militärischer Höflichkeit gegen Gablenz um, sondern Sie werden auch keine Seele in der Armee finden, außer den Württembergern, die Ihre Haltung versteht. Alle drei Tage kosten uns zwei Millionen, und das können wir nicht lange aushalten, weil wir nicht wie die Oesterreicher auf Kosten unserer Gläubiger leben. Jeder dritte Tag bedeutet eine Verstärkung von fünftausend Bundestruppen für die Oesterreicher. Der Wind ist uns heut über ganz Europa günstig. Jeder erwartet von uns, daß wir handeln, und hält es für natürlich, daß wir handeln müssen. In acht Tagen kann das vielleicht nicht mehr der Fall sein. Vor drei Tagen teilten wir die Einladung an die befreundeten Höfe mit, und jetzt werden wir von denselben wegen unserer Höflichkeits-Kampagne in Holstein interpelliert. In Anbetracht all dieser Umstände hatte ich gehofft, daß Sie dort sogar ein bischen York spielen würden, doch jetzt haben Sie die präzisen Befehle des Königs, zu handeln, und wenn Sie dieselben nicht so schleunigst ausführen, wie die Erfordernisse unserer allgemeinen Politik es erheischen, werden Sie meiner Meinung nach Preußen ernsten Schaden zufügen. Wenn wir in den Morast halber Maßregeln und des Kondominiums zurückfallen, wird es schwer für uns werden, im rechten Moment wieder einen so günstigen casus belli zu finden wie im gegenwärtigen. Wenn die Möglichkeit eines ehrenhaften Friedens dadurch gefördert wäre, würde ich mich von Herzen freuen, aber alle Hoffnung

darauf ist verschwunden. Die Wiener spielen nur mit uns, bis sie und ihre Bundesgenossen bereit sind, um dann entweder loszuschlagen, oder uns als Streitsuchende hinzustellen, sobald der jetzt in London, Paris und Petersburg durch ihren Treubruch hervorgerufene Eindruck gewichen ist. Einige Aeußerungen von Gablenzens Bruder lassen mich fast befürchten, daß die Maßregel der Einberufung des holsteinschen Landtags vor Montag zurückgezogen werden wird, und dann verlieren wir den schlagendsten Beweis, daß wir zum Handeln berechtigt waren. Entweder ist der Vertrag von Gastein verletzt, oder er ist nicht verletzt. Wenn er nicht verletzt ist, haben wir kein Recht, in Holstein einzumarschieren; wenn er verletzt ist, haben wir auch das Recht, weiterzugehen. Jedermann glaubt das letztere zu Haus, im Ausland und selbst in Wien. Wenn wir warten, wird die österreichische Lügenpresse wieder die Oberhand gewinnen. Ich habe soeben aus Süddeutschland zuverlässige Informationen erhalten, daß Oesterreich mit seinen eigenen Rüstungen noch nicht fertig ist, und daß deshalb von Wien Befehle an Gablenz ergangen sind, Zeit zu gewinnen und freundschaftlich zu thun. Ich werde daher Seiner Majestät raten, daß wir, abgesehen von der Okkupation Holsteins, welche Sie sicher ausgeführt haben werden, ehe Sie dieser Brief erreicht, Gablenz zur Räumung auffordern sollen, sobald der Landtag am Montag zusammentritt. Falls der Landtag beschließt, den Prinzen von Augustenburg zu proklamieren, wird es Ihre Aufgabe sein, dies zu verhindern, nötigenfalls mit Gewalt; andernfalls werden Sie versäumen, das Recht des Königs zu wahren. Ich hoffe jedoch, vor Montag Abend für Sie, falls Sie es wünschen, den positiven Befehl zu erlangen, die Räumung Holsteins durch die Oesterreicher zu erzwingen. Ich muß schließen; entschuldigen Sie den flüchtigen Stil meines Briefes, aber Ihr Telegramm von heute Morgen hat meine Nerven erschüttert, und jetzt hat die Reaktion begonnen. Ich schließe ein, was am 5. an Goltz geschrieben worden ist. Derselbe hat schon in diesem Sinne zu Kaiser Napoleon gesprochen. In Eile, aber in alter Freundschaft Ihr v. Bismarck. — Mit zögerndem Entschluß, mit wankendem Gemüt Zog ich das Schwert, ich that's mit Widerstreben, Da es in meine Wahl noch war gegeben. Notwendigkeit ist da, der Zweifel flieht, Jetzt fecht' ich für mein Haupt und für mein Leben."

Am folgenden Tage erließ Manteuffel eine Bekanntmachung, in der er erklärte, daß er Holstein besetzt habe und genötigt sei, die Regierung in die Hand zu nehmen; die österreichischen Truppen hatten sich bereits vorher nach Altona zurückgezogen. Als Manteuffel, um den Versuch einer ständischen Versammlung zu hintertreiben, sich Altona näherte, zogen sich die österreichischen Truppen nach Harburg und von dort über Hannover, Hessen und Bayern nach Böhmen zurück.

Nun führte Oesterreich auch am Bunde die Entscheidung herbei. Es stellte den Antrag, die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres, die Ernennung eines Bundesfeldherrn, der Korpskommandanten und

der Stäbe zu verfügen, und begründete diesen Antrag mit der Behauptung, Preußen habe den Wiener Frieden verletzt. Der Bund beschloß schon nach 3 Tagen, über diesen Punkt abzustimmen, ohne daß Bismarck sich veranlaßt sah, Protest zu erheben, doch erklärte er in einem Rundschreiben an alle preußischen Gesandten in Deutschland, daß seine Regierung jede Zustimmung zu dem Antrage als Kriegserklärung betrachten müsse. Den Vertreter am Bundestage instruierte Bismarck dahin, gegen jede geschäftliche Behandlung des Antrages als bundeswidrig zu stimmen und ausdrücklich Protest einzulegen, im übrigen aber sich der Beratung und Abstimmung zu enthalten. Werde der Antrag angenommen, so habe er zu erklären: „Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied sieht das preußische Kabinett den Bundesbruch als vollzogen, den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr verbindlich an, wird denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln. Indessen will Se. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten. Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die letzteren den angemessenen Ausdruck zu finden. Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform abgeänderten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen."

In Berlin fand der entscheidende Ministerrat bereits am 12. Juni statt. In einer ausführlichen Denkschrift legte hier Bismarck dar, wie das Verhalten gegen die einzelnen Bundesstaaten zu regeln sei. Die Länder, die sofort ihre Rüstungen einstellen, ihre mobilen Truppen entlassen und der Bundesreform zustimmen würden, sollten Garantien ihres Besitzes erhalten, eine Ablehnung oder ausweichende Antwort solle mit der Kriegserklärung beantwortet werden. In Frankfurt nahmen alsdann die Dinge den bekannten Verlauf; mit 9 gegen 6 Stimmen wurde der österreichische Antrag angenommen. Herr v. Savigny gab die ihm vorgeschriebenen Erklärungen ab, erklärte den Bund für aufgelöst und lud die Freunde der nationalen

Sache ein, die preußische Bundesreform, die er vorlegte, anzunehmen.

Damit endete die letzte Sitzung des Bundestages: er starb ruhmlos, wie er ruhmlos gelebt hatte. Für König Wilhelm war jetzt die Stunde des letzten Entschlusses gekommen. Er fand die Entscheidung nicht leicht, selbst als Bismarck die amtliche Nachricht brachte, die letzte Friedenshoffnung sei erloschen, und er bitte nun um seines Herrn und Königs Befehle für den Krieg. Ehe der König die Entscheidung gab, welche Bismarck am Schlusse seines Vortrages begehrte, erklärte er dem Minister, wie Hans Blum nach Aeußerungen Bismarcks berichtet, den Wunsch, sich auf kurze Zeit in sein Zimmer zurückziehen zu wollen. Als Bismarck allein war, warf er von ungefähr einen Blick in den Spiegel, in welchem ein Teil des Nebengemaches sich abzeichnete, da der König beim Eintritt in dieses Zimmer die Verbindungsthüre nicht völlig geschlossen hatte. Da erblickte Bismarck ein herzbewegendes Bild! Sein König lag auf den Knieen und flehte in heißem Gebet zu dem Herrn aller Heerscharen, zum König aller Könige. Bismarck wandte das Haupt ab und Thränen rollten über dieses eherne Antlitz. Inzwischen trat der König wieder lautlos ein, und seine milde Stimme sprach jetzt zu Bismarck: „Ich habe die Entscheidung getroffen. Ich genehmige Ihre Vorschläge."

An die Befehlshaber der preußischen Truppen erging alsbald der Befehl zur Offensive. Der König aber sprach es in einem Aufruf an das deutsche Volk aus:

> Nur die Grundlage des Bundes, die lebendige Einheit der deutschen Nation, ist geblieben, und es ist die Pflicht der Regierungen und des Volkes, für diese Einheit einen neuen lebenskräftigen Ausdruck zu finden. Möge das deutsche Volk, im Hinblick auf dieses hohe Ziel, Preußen mit Vertrauen entgegenkommen und die friedliche Entwickelung des gemeinsamen Vaterlandes fördern und sichern helfen!

Und weiter rief König Wilhelm seinen Preußen zu:

> So sei es denn! Nicht Mein ist die Schuld, wenn Mein Volk schweren Kampf kämpfen und vielleicht harte Bedrängnis wird erdulden müssen; aber es ist uns keine Wahl mehr geblieben! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf um Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und

Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Flehen wir den Allmächtigen, den Lenker der Geschicke der Völker, den Lenker der Schlachten an, daß er unsere Waffen segne! Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuen.

Viertes Kapitel.

Der Krieg.

Schon im April hatte Roon in einem Briefe an Perthes einmal geschrieben: „Ich zweifle nicht, daß unsere Wege zu erwünschten Zielen führen unter der Voraussetzung, daß Graf Bismarcks Gesundheit ihn nicht lahm legt. Das freilich heißt nach meiner Ueberzeugung die Schlacht von Kollin zum zweitenmale verlieren." Aber Bismarck blieb gesund, sein Körper versagte nur dann, wenn seiner rastlosen Energie und seiner dämonischen Leidenschaft sich das Hindernis der Zaghaftigkeit entgegenstellte. Während der Stunden des Schwankens schrieb Roon die bezeichnenden Worte an Blanckenburg:

„Außerdem will ich Dir zu Deiner Beruhigung mitteilen, daß ich seit Montag wieder an des Königs Zuversicht glaube, seitdem ich Veranlassung zu der allerschärfsten und schneidigsten Aussprache gegeben über das, was wir wollen, und das, was wir entschieden nicht wollen. Otto (Bismarck) ist darüber fast gesund geworden, hat wenigstens zwei Nächte hindurch gut und viel geschlafen und, man kann wieder hoffen, daß es bald wieder gut mit ihm gehen werde, besonders wenn er das nächtliche Arbeiten aufgeben wollte."

Denkwürdigk. Roons, I.

Hindernisse aber kamen von allen Seiten, des Königs Entschluß zu lähmen. Noch in letzter Stunde bat ihn ein Führer der Konser-

vativen, Bismarck zu entlassen, und Gerlach schrieb an Roon einen wehmütig klagenden Brief:

Denkwürdigk. Roons, I.

Gestern nicht persönlich mich vorstellen zu können, habe ich sehr bedauert. Im Vertrauen auf die Güte und Nachsicht, welche Sie mir so oft bewiesen, würde ich Sie, bei allem, was mir heilig ist — was Ihnen und mir heilig ist, will ich sagen —, würde ich Sie beschworen haben, das ganze Gewicht Ihres ehrenhaften Charakters und Ihrer hohen Stellung einzulegen, um diesen „unheilvollen" Krieg, wie unser Kronprinz ihn vor einiger Zeit genannt hat, von uns abzuwenden. Auch den Sieg vorausgesetzt, steht die Zerrüttung des Vaterlandes, des preußischen und des deutschen, in Aussicht. Die Herrschaft des Auslandes — des Bonaparte und des italienischen Revolutionswesens — und, was das allerschlimmste, die Befleckung des Gewissens des greisen Königs und des gesamten Landes sind Erfolge, die in nächster Nähe drohen. Schon bahnt sich im Innern das Eindringen derjenigen Elemente in die Regierung an, welche Ew. Excellenz und Graf Bismarck drei Jahre lang, mit Hilfe aller Ihrer treuen Verehrer — zu denen auch ich mich zählen darf — so tapfer und erfolgreich bekämpft haben. Hören Sie ruhig und freundlich die Warnung des 71 jährigen Greises an, der auf Erden nichts mehr sucht, und der Ew. Excellenz von Herzen alles irdische und ewige Heil erbittet.

Bismarck war von vornherein entschlossen, seinen König ins Hauptquartier zu begleiten und selbst auf dem Kriegsschauplatz zu erscheinen. Am Abend noch, ehe er abreiste, wurde ihm von den einst so feindlich gesinnten Berlinern eine begeisterte Ovation dargebracht. Die ersten Siegesnachrichten waren bereits eingetroffen, der preußische Elan war erwacht und in den Gehirnen begann es zu dämmern, daß thatsächlich jetzt durch Blut und Eisen das ersehnte Ziel erreicht werden würde. Auf die Huldigung der Berliner antwortete Bismarck vom Balkon seines Hauses herab:

Rede vom 29. 6. 1866.

Gott hat uns gestern und vorgestern Siege gegeben. Nächst Gott verdanken wir diese Siege aber unserem Allerhöchsten Kriegsherrn, dem Könige. Er hat von Jugend auf sich bemüht, uns eine tapfere Armee zu schaffen; als er sie hatte, hat es ihm viel Mühe und Kampf gekostet, sie zu erhalten. Jetzt sehen Sie, daß Er Recht gehabt hat. Ohne des Königs Pläne wäre es nicht möglich gewesen, solche Siege zu erstreiten. Darum danken wir Gott, und lassen Sie uns den König, den Schöpfer dieses Kriegsheeres, loben — der Himmel gebe seinen Segen dazu!" Nach dem stürmisch erwiderten Hoch auf den König und die Armee, das Bismarck nun ausbrachte, setzte er noch hinzu: „M. H, gedenken wir auch in Liebe der Verwundeten und der Zurückgebliebenen, der Witwen und Waisen! Die Not, in welche uns der Feind und sein monatelang vorbereiteter Verrat gebracht hat, machte es notwendig, ein starkes Heer zu entfalten. Mancher Soldat ist Familienvater und kehrt nicht zu den Seinigen zurück. Oeffnen

wir darum den Verwundeten, den Witwen und Waisen unser Herz und unsere Beutel; Berlin war stets groß in Mildthätigkeit; mag es auch jetzt diese Tugend üben. Darum bitte ich Sie!

Am 30. Juni reiste Bismarck mit dem Könige ab. Spät abends traf er mit dem Hauptquartier in Reichenberg ein. Schon am nächsten Tage schreibt er an die Gattin aus Sichrow:

Brief vom 1. 7. 1866.

Wir sind heut von Reichenberg aufgebrochen, eben hier eingetroffen, noch ungewiß, ob wir hier oder in Turnau bleiben. Die ganze Reise war eine gefährliche. Die Oesterreicher konnten gestern, wenn sie Kavallerie von Leitmeritz geschickt hätten, den König und uns alle aufheben. Leider ist Karl, der Kutscher, eben sehr schwer gestürzt mit der Fuchsstute, die ihm durchgegangen ist. Er galt erst für tot. Er liegt im Lazarett hier bei Sichrow, im nächsten Dorf. Kurt soll für ihn kommen. Wir begegnen überall Gefangenen, es sollen schon über 15 000 sein nach den hier vorliegenden Angaben. Jitschin ist gestern von uns mit dem Bajonett genommen, Frankfurter Division, General Tümpling an Hüfte schwer verwundet, nicht tödlich. Hitze furchtbar. Zufuhr von Proviant schwer; unsere Truppen leiden von Mattigkeit und Hunger. Im Lande bis hier nicht viel Spuren des Krieges, außer zertretenen Kornfeldern. Die Leute fürchten sich nicht vor den Soldaten, stehen mit Frau und Kind im Sonntagsstaat vor den Thüren und wundern sich. In Trautenau haben die Einwohner 20 wehrlose Hautboisten von uns ermordet, die nach dem Durchmarsch ihrer Regimenter dort hinter der Front geblieben. Die Thäter in Glogau vor Kriegsgericht. Bei Münchengrätz hat ein Brauereibesitzer 26 unserer Soldaten in den Spirituskeller gelockt, betrunken gemacht, angezündet. Die Brennerei gehörte einem Kloster. Außer dergleichen erfahren wir hier weniger als in Berlin; dies Schloß, beiher sehr stattlich, gehört Fürst Rohan, den ich in Gastein jährlich sah.

Die Thatsache, daß das Hauptquartier und mit ihm der König von einer ernsten Gefahr bedroht war, ist Bismarck in lebhafter Erinnerung geblieben, noch nach Jahrzehnten erzählt er davon:

Ged. u. Er. II.

Am 30. Juni 1866 abends traf Se. Majestät mit dem Hauptquartier in Reichenberg ein. Die Stadt von 28 000 Einwohnern beherbergte 1800 österreichische Gefangene und war nur von 500 preußischen Trainsoldaten mit alten Karabinern besetzt; nur einige Meilen davon lag die sächsische Reiterei. Diese konnte in einer Nacht Reichenberg erreichen und das ganze Hauptquartier mit Sr. Majestät aufheben. Daß wir in Reichenberg Quartier hatten, war telegraphisch publiziert worden. Ich erlaubte mir, den König hierauf aufmerksam zu machen, und infolge dieser Anregung wurde befohlen, daß die Trainsoldaten sich einzeln und unauffällig nach dem Schlosse begeben sollten, wo der König Quartier genommen hatte. Die Militärs waren über diese meine Einmischung empfindlich, und um ihnen zu beweisen, daß ich um meine Sicherheit nicht besorgt sei, verließ ich das Schloß, wohin Se. Majestät mich befohlen hatte, und behielt mein Quartier in der Stadt.

Am 2. Juli schrieb Bismarck wiederum nach Hause:

Brief vom 2. 7. 1866.

Eben von Sichrow her angekommen; auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen. Unsere Siege sind viel größer, als wir glaubten; es scheint, daß wir jetzt schon über 15000 Gefangene haben, und an Toten und Verwundeten wird der österreichische Verlust noch höher, gegen 20000 Mann, angegeben. Zwei ihrer Korps sind ganz zersprengt, einige Regimenter bis zum letzten Mann vernichtet. Ich habe bisher mehr österreichische Gefangene als preußische Soldaten zu sehen bekommen. Schicke mir durch den Kurier immer Cigarren, zu tausend Stück jedesmal, wenn es geht, Preis 20 Thlr., für die Lazarette. Alle Verwundeten sprechen mich darum an. Dann laß durch Vereine, oder aus eigenen Mitteln, auf einige Dutzend Kreuzzeitungsexemplare für die Lazarette abonnieren, z. B. für das in Reichenberg, die anderen Ortsnamen suche vom Kriegsministerium zu erfahren. Was macht Clermont-Tonnerre? kommt er nicht? Mir fehlt bisher Postnachricht. Schicke mir doch einen Revolver von grobem Kaliber, Sattelpistol. Mit Karl, Kutscher, geht es besser, er wird wohl keinen bleibenden Schaden haben, aber noch einige Zeit dienstunfähig sein. Karl B. ist sehr zu loben, dies thätige Prinzip unserer reisenden Häuslichkeit. Grüße herzlich. Schicke mir einen Roman zum Lesen, aber nur einen auf einmal.

Soeben Deinen Brief mit der Homburger Einlage erhalten, tausend Dank. Ich kann Dir die Abreisestille so nachfühlen. Hier in dem Treiben kommt man nicht zum Gefühl der Lage, höchstens nachts im Bett. . . .

Am Tage nach diesem Schreiben fiel bei Königgrätz die Entscheidung. Am Nachmittag auf dem Schlachtfelde konnte Roon dem langjährigen Kampfgenossen zurufen: „Bismarck, diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen.“ Zwanzig Jahre später, an seinem 70. Geburtstage, als Roon schon längst heimgegangen war, erinnerte (so erzählen irrtümlich Roons Denkwürdigkeiten, die Aeußerung stammt von General v. Steinäcker!) Fürst Bismarck bei dem Empfang der die Glückwünsche der Armee darbringenden Generale an diesen Zuruf seines Freundes und fügte hinzu: Der König hat sich am Tage von Königgrätz ungemein exponiert. In seinem Briefe aus Hohenmauth sechs Tage später schreibt Bismarck hierüber an die Gattin:

Brief vom 9. 7. 1866.

Weißt Du noch, mein Herz, wie wir vor 19 Jahren auf der Bahn von Prag nach Wien hier durchfuhren? Kein Spiegel zeigte die Zukunft, auch nicht als ich 1852 mit dem guten Lynar diese Eisenbahn passierte. Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind, und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein

in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn. Die Oesterreicher stehen in Mähren, und wir sind schon so kühn, daß für morgen unser Hauptquartier da angesagt wird, wo sie heute noch stehen. Gefangene passieren noch immer ein, und Kanonen seit dem 3. bis heute 180. Holen sie ihre Südarmee hervor, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistande auch schlagen; das Vertrauen ist allgemein. . . . Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letztenmale, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingeraten waren. Er hat aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst beruhigt sein; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht.

Wenn Ihr von jemand keine Nachricht habt, so könnt Ihr unbedingt annehmen, daß er lebt und gesund ist, denn alle Verwundungen von Bekannten erfährt man in längstens 24 Stunden. Mit Herwarth und Steinmetz sind wir noch gar nicht in Berührung gekommen, ich habe also auch Sch. nicht gesehen, weiß aber, daß beide gesund sind. G. führt ruhig seine Schwadron mit dem Arm in der Binde. Leb wohl, ich muß in Dienst.

Zwei Tage später kam Bismarck noch einmal auf die Gefahr zurück, in der er geschwebt hatte:

Brief vom 10. 7. 1866.

Mir fehlt ein Tintenfaß, da alle besetzt, sonst geht es mir gut, nachdem ich auf Feldbett und Luftmatratze gut geschlafen und durch Brief von Dir um 8 geweckt. Ich war um 11 zu Bett gegangen. Bei Königgrätz ritt ich den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, schrak weder vor Schüssen noch vor Leichen, fraß Aehren und Pflaumenblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Horic, ohne Stroh, mit Hilfe eines Wagenkissens. Es lag alles voll Verwundeter; der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und teilte sein Zimmer dann mit mir, R(oon) und zwei Adjutanten, was mir des Regens wegen sehr erwünscht kam. Was König und Granaten anbelangt, schrieb ich Dir schon. Die Generale hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem König von Gefahr nicht reden, und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab. — Bei dem Revolver deckte der aufsteigende Hahn die Visirlinie, und die Kimme oben im Hahn visierte nicht in gerader Linie mit Visier und Korn. Laß das T. sagen. Leb wohl, mein Herz, ich muß zu S.

Als Moltke am Abend der Schlacht über das Leichenfeld ritt, sagte er zum König: „Ew. Majestät haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen.“ Bismarck aber fügte hinzu: „Die Streitfrage ist also entschieden, jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen.“ Welche Fernsicht! Welche weitgehende Berechnung! Fünf Tage später war das Hauptquartier bis nach Brünn vorgerückt. Noch einmal erhielt die Gattin von hier aus einen Feldzugsbrief:

(Isidor Vinc. Flesch u. Co., Brünn.)

Brünn, 16. Juli 1866.

Mein geliebtes Herz!

Brief vom 16. 7. 1866.

Nach dreitägiger Ruhe bin ich wieder ins Berliner Leben verfallen, bis 2 Uhr auf, bis 10 geschlafen; ich hoffte, mich dieser ungesunden Einteilung etwas entwöhnt zu haben. Herzlichen Dank für Deinen Brief ohne Datum; was steht in meinem, der Dich so erfreut hat? ich weiß es nicht mehr. Gestern fuhr ich mit Roon spazieren nach einem einsamen Vergnügungsorte, Wald, Felsen, Vögel, Sonnenuntergang, alles tiefer Frieden und Muße.

Heut ist die Hitze sehr drückend. Der Kronprinz hat gestern ein kleines Gefecht gehabt, was ihm aber doch 16 Kanonen einbrachte. Die Oesterreicher scheinen sich nach Ungarn zu ziehen. Ich glaube aber, daß es nun bald, wenn nicht zum Frieden, doch zum Waffenstillstand kommt.

Den 18. Ich habe etwas Rheuma gehabt; aber es ist wieder vorüber; es war ein Nervenbankerott; ich hätte am Sonntag Abend 9 Uhr zu Bett gehen müssen, um von den 50 Stunden Schlaf, die ich in 14 Tagen zu wenig gehabt, nachzuholen. Ich that es auch, war aber im Einschlafen, als Léfèvre von Wien zurückkam. Verhandlung bis 3 Uhr und früh wieder. Das fuhr mir ins linke Bein. Gummistrumpf half, jetzt ist's besser. Wir gehen heute nach Nikolsburg, Schloß der Gräfin Mensdorff, geb. Dietrichstein.

Warum werden eigentlich unsere Kammern nicht berufen? Frage Eulenburg danach und sage ihm, daß es dringlich sei, das Parlamentskorps in den Krieg eingreifen zu lassen, bevor die Friedensbedingungen ernstlich diskutiert werden.

Ich komme zu den Kammern, wenn ich hier aus den Verhandlungen fortkann; kann ich nicht, so muß ohne mich eröffnet werden. Leb wohl, mein Herz. Ich bin ganz munter wieder und werde es mit Gottes Hilfe bleiben. Grüße die Kinder und die Damen herzlich.

Dein treuester
v. B.

Für Bismarck begann erst jetzt nach der kriegerischen Entscheidung die eigentliche Mühe und Arbeit. Schon am Abend des 3. erschien General v. Gablenz im Hauptquartier, um für die keines Widerstandes fähige österreichische Armee um Waffenstillstand zu bitten.

Bismarck lehnte die Bitte ab, weil er keinen Waffenstillstand ohne annehmbare Friedensgrundlage gewähren wollte. Zu gleicher Zeit aber fand bereits eine Einmischung seitens Napoleon statt. In der Nacht vom 4.—5. Juli teilte Napoleon dem Könige mit, daß der Kaiser Franz Joseph ihm Venetien abgetreten und seine Vermittelung angerufen habe. Bismarck hat später über diese Episode geschrieben:

Ged. u. Er. II.

Der glänzende Erfolg der Waffen des Königs nötigte Napoleon, aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Die Einmischung war hervorgerufen durch unseren Sieg, nachdem Napoleon bis dahin auf unsere Niederlage und Hilfsbedürftigkeit gerechnet hatte. Wenn unsererseits der Sieg von Königgrätz durch Eingreifen des Generals v. Etzel und durch energische Verfolgung des geschlagenen Feindes vermittelst unserer intakten Kavallerie vollständig ausgenutzt worden wäre, so würde wahrscheinlich die Sendung des Generals v. Gablenz in das preußische Hauptquartier schon zu dem Abschluß nicht nur eines Waffenstillstandes, sondern auch der Basen des künftigen Friedens geführt haben, bei der Mäßigung, welche unsererseits und damals auch noch bei dem Könige in Bezug auf die Bedingungen des Friedens vorwaltete; eine Mäßigung, die damals Oesterreich doch schon mehr als nützlich beanspruchte und uns als künftige Genossen alle bisherigen Bundesglieder, aber alle verkleinert und verletzt, gelassen hätte. Auf meinen Antrag antwortete Se. Majestät dem Kaiser Napoleon dilatorisch, aber doch mit Ablehnung jedes Waffenstillstandes ohne Friedensbürgschaften. Ich fragte später in Nikolsburg den General v. Moltke, was er thun würde, wenn Frankreich militärisch eingreife. Seine Antwort war: Eine defensive Haltung gegen Oesterreich, mit Beschränkung auf die Elblinie, inzwischen Führung des Krieges gegen Frankreich. Dieses Gutachten befestigte mich noch mehr in meinem Entschlusse, Sr. Majestät den Frieden auf der Basis der territorialen Integrität Oesterreichs anzuraten. Ich war der Ansicht, daß wir im Falle der französischen Einmischung entweder sofort unter mäßigen Bedingungen mit Oesterreich Frieden und womöglich ein Bündnis schließen müßten, um Frankreich anzugreifen, oder daß wir Oesterreich durch raschen Anlauf und durch Förderung des Konflikts in Ungarn, vielleicht auch in Böhmen, schnell vollends lahm zu legen und bis dahin gegen Frankreich, nicht, wie Moltke wollte, gegen Oesterreich, uns nur defensiv zu verhalten hätten. Ich war des Glaubens, daß der Krieg gegen Frankreich, den Moltke, wie er sagte, zuerst und schnell führen wollte, nicht so leicht sein, daß Frankreich zwar für die Offensive wenig Kräfte übrig haben, aber in der Defensive nach geschichtlicher Erfahrung im Lande selbst bald stark genug werden würde, um den Krieg in die Länge zu ziehen, so daß wir dann vielleicht unsere Defensive gegen Oesterreich an der Elbe nicht siegreich würden halten können, wenn wir einen Invasionskrieg in Frankreich, mit Oesterreich und Süddeutschland feindlich im Rücken, zu führen hätten. Ich wurde durch diese Perspektive zur lebhafteren Anstrengung im Sinne des Friedens bestimmt. Eine Beteiligung Frankreichs am Kriege hätte damals vielleicht nur 60 000 Mann französischer Truppen sofort nach Deutschland in das Gefecht geführt, vielleicht noch weniger: diese Zuthat

zu dem Bestande der süddeutschen Bundesarmee wäre jedoch ausreichend gewesen, um für die letztere die einheitliche und energische Führung, wahrscheinlich unter französischem Oberkommando, herzustellen. Allein die bayerische Armee soll zur Zeit des Waffenstillstandes 100 000 Köpfe stark gewesen sein, und mit den übrigen verfügbaren deutschen Truppen, an sich guten und tapferen Soldaten, und 60 000 Franzosen wäre uns von Südwesten her eine Armee von 200 000 Mann unter einheitlicher, kräftiger französischer Leitung anstatt der früheren, schüchternen und zwiespältigen entgegengetreten, der wir vorwärts Berlin keine gleichwertigen Streitkräfte gegenüberzustellen hatten, ohne Wien gegenüber zu schwach zu werden. Mainz war von Bundestruppen unter dem Befehl des bayerischen Generals Grafen Rechberg besetzt: wären die Franzosen einmal darin gewesen, so würde es harte Arbeit gekostet haben, sie daraus zu entfernen. Unter dem Drucke der französischen Intervention und zu einer Zeit, als es sich noch nicht übersehen ließ, ob es gelingen würde, sie auf dem diplomatischen Gebiete festzuhalten, entschloß ich mich, dem Könige den Appell an die ungarische Nationalität anzuraten. Wenn Napoleon in der angedeuteten Weise in den Krieg eingriff, Rußlands Haltung zweifelhaft blieb, namentlich aber die Cholera in unserer Armee weitere Fortschritte machte, so konnte unsere Lage eine so schwierige werden, daß wir zu jeder Waffe, die uns die entfesselte nationale Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und Böhmen, darbieten konnte, greifen mußten, um nicht zu unterliegen.

Damals schon tauchte das verleumderische Gerücht auf, daß Bismarck mit Napoleon paktiert und ihm einen Teil deutschen Gebietes zugesichert habe. Das lügenhafte Buch des Generals La Marmora „Un poco piu di luce“ verstärkte diese Ansicht, und der ultramontane v. Mallinckrodt richtete am 16. Januar an Bismarck die Frage: „Leugnen Sie etwa, daß der Mann, der an der Spitze unserer Regierung steht, erklärt hat, er wäre viel weniger deutsch als preußisch, und ihm würde es so schwer gar nicht werden, einen Teil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten, den Teil des linken Rheinufers, den die bayerische Pfalz, der Regierungsbezirk Koblenz und Trier auf der rechten Moselseite bildet — ja oder nein, meine Herren! (Nein! Nein!) — Schön! Sind Sie bei der Unterredung des Generals Govone (1866) mit dem Ministerpräsidenten zugegen gewesen?“

Darauf gab Bismarck eine Antwort, die für alle Zeiten dieser Legende ein Ende machte.

Rede vom 16. 1. 1874.

Ich habe gehört, daß von dem Abgeordneten v. Mallinckrodt behauptet worden ist, ich hätte bei früheren Verhandlungen dem italienischen General Govone die Abtretung eines preußischen Bezirks — ich weiß nicht genau, wo — an der Mosel oder an der Saar in Aussicht gestellt. Ich bin genötigt (mit erhobener Stimme), dies mit den stärksten Ausdrücken für eine

dreiste lügenhafte Erfindung zu erklären, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Aber der Herr Abgeordnete sollte doch vorsichtiger sein im Wiedererzählen solcher Behauptungen, die diese scharfe Kritik verdienen. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden, es ist auch nicht eine Silbe davon wahr! Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder auch nur eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber cirkuliert oder behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte, für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist! (Stürmisches Bravo! Abgeordneter Windthorst: Ich bitte ums Wort!) Ich bin noch nicht fertig! . . .

Die Sorge vor der Einmischung Napoleons, die selbstverständlich für Preußen eine Schmälerung seiner Siegesfrüchte oder die Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich herbeigeführt hätte, blieb einer der leitenden Gedanken in der weiteren Thätigkeit Bismarcks.

Darum war er es, der stets auf eine möglichst schleunige Erledigung der militärischen Operationen drängte. Der bekannte Vorschlag einer Depression nach Preßburg ist auf das gleiche Motiv zurückzuführen:

Am 12. Juli fand in dem Marschquartier Czernahora Kriegsrat statt. Zu den unter Vorsitz des Königs stattfindenden Beratungen, die anfangs regelmäßig, später in größeren Abständen stattfanden, wurde ich 1866 zugezogen, wenn ich erreichbar war. An jenem Tage handelte es sich um die Richtung des weiteren Vorgehens gegen Wien; ich war verspätet zur Besprechung erschienen, und der König orientierte mich, daß es sich darum handle, die Befestigungen der Floridsdorfer Linien zu überwältigen, um nach Wien zu gelangen, daß dazu nach der Beschaffenheit der Werke schweres Geschütz aus Magdeburg herbeigeführt werden müsse und daß dazu eine Transportzeit von 14 Tagen erforderlich sei. Nachdem Bresche gelegt, sollten die Werke gestürmt werden, wofür ein mutmaßlicher Verlust von 2000 Mann veranschlagt wurde. Der König verlangte meine Meinung über die Frage. Mein erster Eindruck war, daß wir 14 Tage nicht verlieren durften, ohne die Gefahr mindestens der französischen Einmischung sehr viel näher zu rücken, als sie ohnehin lag. Ich machte meine Besorgnis geltend und sagte: „Vierzehn Tage abwartender Pause können wir nicht verlieren, ohne das Schwergewicht des französischen Arbitriums gefährlich zu verstärken." Ich stellte die Frage, ob wir überhaupt die Floridsdorfer Befestigungen stürmen müßten, ob wir sie nicht umgehen könnten. Mit einer Viertelschwenkung links könnte die Richtung auf Preßburg genommen und die Donau dort mit leichterer Mühe überschritten werden. Entweder würden die Oesterreicher dann den Kampf in ungünstiger Lage mit Front nach Osten südlich der Donau aufnehmen, oder vorher auf Ungarn ausweichen; dann sei Wien ohne Schwertstreich zu nehmen. Der König ließ

Geb. u. Er. II

sich eine Karte reichen und sprach sich zu Gunsten dieses Vorschlags aus; die Ausführung wurde, wie mir schien, widerstrebend in Angriff genommen, aber sie geschah.

Die Verstimmung, die mein Verhalten mir in militärischen Kreisen eintrug, habe ich als die Wirkung einer militärischen Ressortpolitik betrachtet, der ich den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik und deren Zukunft nicht einräumen könnte.

Gerade deshalb drängte er auf einen möglichst beschleunigten Abschluß des Friedens, selbst gegen die Auffassung der Generale, die den Sieg nach Kräften ausnutzen, den Einmarsch in Wien vollziehen und Oesterreich vollkommen gedemütigt sehen wollten. Die Gegnerschaft Bismarcks gegen diese Auffassung der Generale wurde noch verstärkt durch ein weithinschauendes Kalkül. Er rechnete schon jetzt, als das Blut der Kämpfer noch nicht verdampft war, mit der kommenden Notwendigkeit, ein Bündnis mit den Besiegten zu schließen: Auf dem Schlachtfelde von Königgrätz ist der Dreibund geboren worden. Auch in seinen Forderungen innerhalb der deutschen Grenzen war Bismarck der weithinschauende Staatsmann; er trat gegen jede Gebietsabtretung Bayerns und Sachsens auf, weil er damit rechnete, diese Länder dereinst eng mit Preußen zu verbinden. Später einmal hat er zu Hans Blum sich über die Gesichtspunkte, die ihm für die Erhaltung Sachsens besonders maßgebend schienen, geäußert:

Hans Blum, Bd. II.

König Wilhelm war geneigt, ein Stück von Sachsen zu nehmen, aber auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen, die für unsere Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreise. Entscheidend für eine andere — die geschichtlich jetzt feststehende — Lösung der Angelegenheit war für mich die Frage nach der Bundestreue der Fürsten, um deren Land es sich hier handelte. Diese Bundestreue hätten wir bei den Herren von Hannover und Kurhessen nach 1866 keineswegs mit völliger Sicherheit gefunden. Dagegen war sie sicher zu erwarten von dem ehrwürdigen, aufrichtigen Könige von Sachsen. Zudem hätte, wenn wir Sachsen genommen hätten — außer Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt — von einem norddeutschen „Bunde“ eigentlich nicht mehr die Rede sein können. Denn dann hätte ein sehr großes Preußen einer Anzahl Kleinstaaten gegenübergestanden. Auch wäre die französische Kriegslust ebenso wie die Neigung Oesterreichs, ein zweites Mal das Glück der Waffen gegen uns zu versuchen, bei weitem größer gewesen, wenn wir Sachsen genommen hätten. Ja, Graf Karolyi erklärte mit wackerer Gesinnung geradezu, daß Oesterreich den Krieg fortsetzen werde, wenn wir nicht Sachsens Selbständigkeit und Integrität zusagten. Oesterreich erhielt deshalb von uns in den Friedensverhandlungen von Nikolsburg diese Zusage bezüglich Sachsens. Durch das Ungeschick der österreichischen Unterhändler war allerdings die Zusage nicht so scharf

formuliert worden, daß es nicht in unserer Hand gelegen hätte — auch dieser Vorschlag tauchte damals auf —, das Unrecht, welches einst der Ernestinischen sächsischen Linie zur Zeit Karls V. und des Kurfürsten Moritz zugefügt worden, wieder gut zu machen, indem man etwa den Großherzog von Weimar oder den Herzog von Coburg-Gotha auf den sächsischen Königsthron setzte. Aber so zweifelhaft die betreffende Klausel auch lauten mochte, wir hielten uns an eine ehrliche Auslegung gebunden, und dazu verpflichtet, die Klausel so auszuführen, wie Oesterreich sie zweifellos verstanden hatte, und Preußen und Deutschland hat es nie zu bereuen gehabt!

Bei dem Besuch der Leipziger in Friedrichsruh im Mai 1895 bemerkte der Fürst:

Die Selbständigkeit Sachsens beruhte im Jahre 1866 im wesentlichen auf der Zuverlässigkeit des Königs und des Prinzen Albert. Wir hatten die Wahl, ob Sachsen annektieren oder Hannover. Auch die Welfen haben keine schlechte Gesinnung, aber sie sind nicht zuverlässig. Aber schließlich brauchten wir Hannover dringender, weil es ja in Preußen liegt und weil es auch sicherer war, sich auf die Zuverlässigkeit der sächsischen Fürsten zu stützen. König Johann hat uns ja auch einmal Schwierigkeiten gemacht, besonders durch Damen, auch durch die Königin Elisabeth (Friedrich Wilhelms IV. Witwe); aber wenn er sich entschieden hatte, so war er zuverlässig im höchsten Grade. Bei Ihrem jetzigen Könige ist das noch anders, der ist mit Leib und Seele national und von solcher Gleichmäßigkeit und Liebenswürdigkeit, daß er alle Herzen gewinnt.

Leipz. N. N. v 24. 5. 1895.

Aus der Erinnerung erzählte Bismarck von den Verhandlungen zu Nikolsburg:

Inzwischen hatte ich in den Konferenzen mit Karolyi und Benedetti, dem es dank dem Ungeschick unserer militärischen Polizei im Rücken des Heeres gelungen war, in der Nacht vom 11. zum 12. Juli nach Zwittau zu gelangen und dort plötzlich vor meinem Bette zu erscheinen, die Bedingungen ermittelt, unter denen der Friede erreichbar war. Benedetti erklärte für die Grundlinie der Napoleonischen Politik, daß eine Vergrößerung Preußens um höchstens vier Millionen Seelen in Norddeutschland, unter Festhaltung der Mainlinie als Südgrenze, keine französische Einmischung nach sich ziehen werde. Er hoffte wohl, einen süddeutschen Bund als französische Filiale auszubilden. Oesterreich trat aus dem deutschen Bunde aus und war bereit, alle Einrichtungen, die der König in Norddeutschland treffen werde, vorbehaltlich der Integrität Sachsens, anzuerkennen. Diese Bedingungen enthielten alles, dessen wir bedurften: freie Bewegung in Deutschland. Ich war nach allen vorstehenden Erwägungen fest entschlossen, die Annahme des von Oesterreich gebotenen Friedens zur Kabinettsfrage zu machen. Die Lage war eine schwierige; allen Generalen war die Abneigung gemeinsam, den bisherigen Siegeslauf abzubrechen, und der König war militärischen Einflüssen im Laufe jener Tage öfter und bereitwilliger zugänglich als den meinigen; ich war der einzige im Hauptquartier, dem

Ged. u. Er. II.

eine politische Verantwortlichkeit als Minister oblag und der sich notwendig der Situation gegenüber eine Meinung bilden und einen Entschluß fassen mußte, ohne sich für den Ausfall auf irgend eine andere Autorität in Gestalt kollegialischen Beschlusses oder höherer Befehle berufen zu können. Ich konnte die Gestaltung der Zukunft und das von ihr abhängige Urteil der Welt ebensowenig voraussehen wie irgend ein anderer, aber ich war der einzige Anwesende, der gesetzlich verpflichtet war, eine Meinung zu haben, zu äußern und zu vertreten. Ich hatte sie mir in sorgsamer Ueberlegung der Zukunft unserer Stellung in Deutschland und unserer Beziehungen zu Oesterreich gebildet, war bereit, sie zu verantworten und bei dem Könige zu vertreten. Es war mir bekannt, daß man mich im Generalstabe den „Questenberg im Lager“ nannte, und die Identifizierung mit dem Wallensteinschen Hofkriegsrat war mir nicht recht schmeichelhaft. Am 23. Juli fand unter dem Vorsitze des Königs ein Kriegsrat statt, in dem beschlossen werden sollte, ob unter den gebotenen Bedingungen Friede zu machen oder der Krieg fortzusetzen sei. Eine schmerzhafte Krankheit, an der ich litt, machte es notwendig, die Beratung in meinem Zimmer zu halten. Ich war dabei der einzige Civilist in Uniform. Ich trug meine Ueberzeugung dahin vor, daß auf die österreichischen Bedingungen der Friede geschlossen werden müsse, blieb aber damit allein; der König trat der militärischen Mehrheit bei. Meine Nerven widerstanden den mich Tag und Nacht ergreifenden Eindrücken nicht, ich stand schweigend auf, ging in mein anstoßendes Schlafzimmer und wurde dort von einem heftigen Weinkrampf befallen. Während desselben hörte ich, wie im Nebenzimmer der Kriegsrat aufbrach. Ich machte mich nun an die Arbeit, die Gründe zu Papier zu bringen, die m. E. für den Friedensschluß sprachen, und bat den König, wenn er diesen meinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wolle, mich meiner Aemter als Minister bei Weiterführung des Krieges zu entheben. Mit diesem Schriftstück begab ich mich am folgenden Tage zum mündlichen Vortrag. Im Vorzimmer fand ich zwei Obersten mit Berichten über das Umsichgreifen der Cholera unter ihren Leuten, von denen kaum die Hälfte dienstfähig war. Die erschreckenden Zahlen befestigten meinen Entschluß, aus dem Eingehen auf die österreichischen Bedingungen die Kabinettsfrage zu machen. Ich befürchtete neben politischen Sorgen, daß bei Verlegung der Operationen nach Ungarn die mir bekannte Beschaffenheit dieses Landes die Krankheit schnell übermächtig machen würde. Das Klima, besonders im August, ist gefährlich, der Wassermangel groß, die ländlichen Ortschaften mit Feldmarken von mehreren Quadratmeilen weit verstreut, dazu Reichtum an Pflaumen und Melonen. Mir schwebte als warnendes Beispiel unser Feldzug von 1792 in der Champagne vor, wo wir nicht durch die Franzosen, sondern durch die Ruhr zum Rückzuge gezwungen wurden. Ich entwickelte dem Könige an der Hand meines Schriftstücks die politischen und militärischen Gründe, die gegen die Fortsetzung des Krieges sprachen. Oesterreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanchebedürfnis mehr als nötig zu hinterlassen, mußten wir vermeiden, vielmehr uns die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen mit demselben als

einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehen. Wenn Oesterreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern. Auf der anderen Seite könnte ich mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die österreichische Monarchie bildeten, denken, falls letztere durch ungarische und slawische Aufstände zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollte. Was sollte an die Stelle Europas gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tirol bis zur Bukowina bisher ausfüllt? Neue Bildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutsch-Oesterreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preußischen Staates durch Erwerbung von Provinzen wie Oesterreich-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Oesterreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein. Wenn der Krieg fortgesetzt würde, so wäre der wahrscheinliche Kampfplatz Ungarn. Die österreichische Armee, die, wenn wir bei Preßburg über die Donau gegangen, Wien nicht würde halten können, würde schwerlich nach Süden ausweichen, wo sie zwischen die preußische und die italienische Armee geriete und durch ihre Annäherung an Italien die gesunkene und durch Louis Napoleon eingeschränkte Kampflust der Italiener neu beleben würde; sondern sie würde nach Osten ausweichen und die Verteidigung in Ungarn fortsetzen, wenn auch nur in der Hoffnung auf die in Aussicht stehende Einmischung Frankreichs und die durch Frankreich vorbereitete Desinteressierung Italiens. Uebrigens hielte ich auch unter dem rein militärischen Gesichtspunkte nach meiner Kenntnis des ungarischen Landes die Fortsetzung des Krieges dort für undankbar, die dort zu erreichenden Erfolge für nicht im Verhältnis stehend zu den bisher gewonnenen Siegen, also unser Prestige vermindernd — ganz abgesehen davon, daß die Verlängerung des Krieges der französischen Einmischung die Wege ebnen würde. Wir müßten rasch abschließen, ehe Frankreich Zeit zur Entwickelung weiterer diplomatischer Aktion für Oesterreich gewönne. Gegen alles dies erhob der König keine Einwendung; aber die vorliegenden Bedingungen erklärte er für ungenügend, ohne jedoch seine Forderungen bestimmt zu formulieren! Nur so viel war klar, daß seine Ansprüche seit dem 4. Juli gewachsen waren. Der Hauptschuldige könne doch nicht ungestraft ausgehen, die Verführten könnten wir dann leichter davonkommen lassen, sagte er und bestand auf den schon erwähnten Gebietsabtretungen von Oesterreich. Ich erwiderte: Wir hätten nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben; Oesterreichs Rivalitätskampf gegen uns sei nicht strafbarer als der unserige gegen Oesterreich; unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen. Auf die deutschen Staaten übergehend, sprach er von verschiedenen Erwerbungen durch Beschneidung der Länder aller Gegner. Ich wiederholte, daß wir nicht vergeltende Gerechtigkeit zu üben, sondern Politik zu treiben hätten, daß ich vermeiden wolle, in dem künftigen deutschen Bundesverhältnis verstümmelte Besitze zu sehen, in denen bei Dynastie und Bevölkerung der Wunsch nach Wiedererlangung des früheren Besitzes mit fremder Hilfe

nach menschlicher Schwäche leicht lebendig werden könnte; es würden das unzuverlässige Bundesgenossen werden. Dasselbe würde der Fall sein, wenn man zur Entschädigung Sachsens etwa Würzburg oder Nürnberg von Bayern verlangen wollte, ein Plan, der außerdem mit der dynastischen Vorliebe Sr. Majestät für Ansbach in Konkurrenz treten würde. Ebenso hatte ich Pläne zu bekämpfen, die auf eine Vergrößerung des Großherzogtums Baden hinausliefen, Annexion der bayerischen Pfalz und eine Ausdehnung in der unteren Maingegend. Das Aschaffenburger Gebiet Bayerns wurde dabei als geeignet angesehen, um Hessen-Darmstadt für den durch die Maingrenze gebotenen Verlust von Oberhessen zu entschädigen. Später in Berlin stand von diesen Plänen nur noch zur Verhandlung die Abtretung des auf dem rechten Mainufer gelegenen bayerischen Gebiets einschließlich der Stadt Bayreuth an Preußen, wobei die Frage zur Erörterung kam, ob die Grenze auf dem nördlichen roten oder südlichen weißen Main gehen sollte. Vorwiegend schien mir bei Sr. Majestät die von militärischer Seite gepflegte Abneigung gegen die Unterbrechung des Siegeslaufes der Armee. Der Widerstand, den ich den Absichten Sr. Majestät in Betreff der Ausnutzung der militärischen Erfolge und seiner Neigung, den Siegeslauf fortzusetzen, meiner Ueberzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war und ich mit dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, das Zimmer verließ mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten. In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen, und ich sah mich nicht um, als ich die Thür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: „Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin, Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortlichkeit dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten." Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: „Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt." Diese Zustimmung hatte ihren Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhaltes: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außer stande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen." — Ich glaube mich nicht im Wortlaut zu irren, obschon mir das Aktenstück gegenwärtig nicht zugänglich ist; der Sinn war jedenfalls der angegebene und mir damals trotz der Schärfe der Ausdrücke eine erfreuliche Lösung der für mich unerträglichen Spannung. Ich nahm die

königliche Zustimmung zu dem von mir als politisch notwendig Erkannten gern entgegen, ohne mich an ihrer unverbindlichen Form zu stoßen. Im Geiste des Königs waren eben die militärischen Eindrücke damals die vorherrschenden, und das Bedürfnis, die bis dahin so glänzende Siegeslaufbahn fortzusetzen, war vielleicht stärker als die politischen und diplomatischen Erwägungen. Von dem erwähnten Marginale des Königs, das mir der Kronprinz überbrachte, blieb mir als einziges Residuum die Erinnerung an die heftige Gemütsbewegung, in die ich meinen alten Herrn hatte versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlandes für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte. Noch heut haben diese und analoge Vorgänge bei mir keinen anderen Eindruck hinterlassen als die schmerzliche Erinnerung, daß ich einen Herrn, den ich persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen müssen.

König Wilhelm selbst hat eine andere Stimmung gewonnen, in seinem ruhig nachdenklichen Gemüte wirkten die Gründe, die Bismarck angab, nach, und am 28. Juli konnte Roon nach Hause schreiben:

Brief vom 28. 7. 1866.

Die Friedenspräliminarien sind heute unterzeichnet worden in unserer Gegenwart. Als er dies vollbracht, sprang der Herr auf, umarmte und küßte dankend und weinend mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, indem er diesem und mir den Schwarzen Adlerorden, Bismarck das Großkreuz des Hohenzollern verlieh. Im Jubel seines Herzens schreibt er weiter, als er neben den österreichischen Unterhändlern an der Tafel des Königs saß: Niemand wird uns Schwachheit und Neigung für einen faulen Frieden Schuld geben mögen; der Herr hat aber, wiewohl keine Passion für die Fortsetzung des Krieges, einen solchen Respekt vor „faulem Frieden“, daß er immer noch ein bißchen mehr verlangt als billig und möglich. Gestern waren die österreichischen Bevollmächtigten bei der königlichen Tafel; ich hätte nicht an ihrer Stelle sein mögen. Der berüchtigte „Gang nach Olmütz“ kann als Vergnügungspartie daneben gelten.

Auch jetzt wieder zeigte sich dieselbe Erscheinung, auf die wir oben hingewiesen haben: in den Tagen des Widerstandes wirkte die geistige Erregung und die Gemütsaffektion auf Bismarcks Gesundheitszustand schädigend zurück. So schreibt Roon am 17. Juli:

Brief vom 17. 7. 1866.

Seit gestern Nachmittag hat Bismarck plötzlich wieder seinen nervösen Rheumatismus im Bein bekommen, was ich, wenn der Zustand andauert, für ein Unglück großer Art halten würde. Ich hatte gehofft, er würde sich während des Feldzuges eine andere Lebensweise angewöhnen, die seinen Nerven aufhülfe; aber er ist unverbesserlich, arbeitet die Nächte, weil er die halben Tage verschläft.

Die Präliminarien zu dem Frieden mit Oesterreich waren unter heißen Kämpfen Bismarcks geschlossen worden. Noch im letzten Augenblick, als Bismarck eben unterzeichnen wollte, ließ sich Benedetti

bei ihm melden, um für Frankreich abermals eine Entschädigung zu fordern. Bismarck erwiderte mit großer Freundlichkeit, daß er bereit sei, diese Vorschläge mit dem Botschafter zu erwägen. Als aber Benedetti vom linken Rheinufer zu reden anfing, fiel ihm Bismarck ins Wort: „Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art.“ Darauf wandte er sich zur Unterzeichnung der Präliminarien. Er hatte „die Stirnlocke Fortunas“ mit fester Hand ergriffen.

Fünftes Kapitel.

Das Nachspiel des Krieges.

In einem Briefe an seine Gattin aus Nikolsburg schrieb Roon:

Jetzt kommen die Büßenden alle, Bayern hat seinen Premierminister, der Herzog von Meiningen seinen ersten Adjutanten hergesandt; ebenso der König von Hannover und der württembergische Minister v. Varnbüler ist zu Bismarcks Aerger angekündigt.

Denkwürdigk. Roons, Brief vom 28. 7. 1866.

Ja, die Büßenden kamen alle, Gnade und Ungnade wurde in wohlberechnetem Maße zugeteilt, und auch die preußische Opposition war unter den Büßenden. Hier gehörte Bismarck zu den großmütig Verzeihenden, denn auch als Sieger über die Opposition kehrte er zurück; es lag in seiner Hand, sie zu demütigen, er konnte die Rolle des Diktators spielen, aber gerade auch hier zeigte in weiser Mäßigung und Gerechtigkeit sich Bismarcks Meisterschaft. Neue Landtagswahlen hatten stattgefunden, zahlreiche Gegner der Regierung hatten maßvollen und überzeugten Anhängern der nationalen Idee weichen müssen, wenn auch der Stimmenzahl nach die Opposition noch die Mehrheit besaß. Bismarck wollte die Indemnität fordern für die budgetlose Finanzverwaltung der letzten Jahre. Er wußte, daß er seine konservativen Freunde mit diesem Vorschlage tief verletzen würde, aber er wußte auch, daß eine staatsrechtliche Kontro-

verse nicht den Anlaß geben dürfe, bei einem etwa bevorstehenden Kriege mit Frankreich das deutsche Volk innerlich zu entzweien. Die Thronrede wurde im Sinne der Indemnität vorbereitet. Bismarck aber sah weiter. Aus Prag schreibt er der Gattin:

Brief vom 3. 8. 1866.

Soeben komme ich von einer Spazierfahrt mit Sr. M. über Hradschin, Belvedere, alle Schönheiten der Prager Landschaft gesehen. In wenig Tagen sind es 19 Jahre, daß wir dies alles zusammen besichtigten. Wieviel Wunderliches mußte geschehen, um mich heute in dieser Art wieder an dieselbe Stelle zu führen, ohne B. Hei cerstwa! hatte ich zur Freude meines Kutschers noch behalten! Morgen denken wir in Berlin zu sein. Großer Zwist über die Thronrede. Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt.

Auch die Konservativen gehörten zum großen Teil zu denen, die nichts „als ihre Nase" sehen.

Sie hatten bei den Wahlen eine erhebliche Anzahl von Sitzen gewonnen und wollten ihren Sieg ausnutzen, vor allem aber waren sie gegen ein Indemnitätsgesetz eingenommen, das einzelnen fälschlich wie eine „Abbitte" erschien. Bismarck blickte weiter; er wollte vor allem Deutschland konsolidieren, um der von ihm vorausgesehenen Entwickelung der äußeren Angelegenheiten entgegentreten zu können:

Ged. u. Er. II.

Mit der Suspendierung und Revision der Verfassung, mit der Demütigung der Landtagsopposition wäre allen mit den Erfolgen von 1866 Unzufriedenen in Deutschland und Oesterreich eine wirksame Waffe gegen Preußen für die vorauszusehenden künftigen Kämpfe gegeben worden. Man hätte sich darauf gefaßt machen müssen, einstweilen in Preußen gegen Parlament und Presse ein Regierungssystem durchzuführen, das von dem ganzen übrigen Deutschland bekämpft wurde. Maßregeln, die bei uns gegen die Presse zu ergreifen gewesen sein würden, würden in Dessau keine Giltigkeit gehabt haben, und Oesterreich und Süddeutschland würden ihre Revanche einstweilen dadurch genommen haben, daß sie die von Preußen verlassene Führung auf liberalem und nationalem Gebiete übernahmen. Die nationale Partei in Preußen selbst würde mit den Gegnern der Regierung sympathisiert haben; wir konnten dann innerhalb der verbesserten preußischen Grenzen staatsrechtlich eine Stärkung des Königtums gewinnen, aber doch in Gegenwart stark dissentierender einheimischer Elemente, denen sich die Opposition in den neuen Provinzen angeschlossen haben würde. Wir hätten dann einen preußischen Eroberungskrieg geführt, aber der nationalen Politik Preußens würden die Sehnen durchschnitten worden sein. In dem Bestreben, der deutschen Nation die Möglichkeit

einer ihrer geschichtlichen Bedeutung entsprechenden Existenz durch Einheit zu verschaffen, lag das gewichtigste Argument zur Rechtfertigung des geführten deutschen „Bruderkrieges“; die Erneuerung eines solchen wurde unabwendbar, wenn der Kampf zwischen den deutschen Stämmen lediglich im Interesse der Stärkung des preußischen Sonderstaates fortgesetzt wurde. Vor dem Siege würde ich nie von „Indemnität“ gesprochen haben; jetzt, nach dem Siege, war der König in der Lage, sie großmütig zu gewähren und Frieden zu schließen, nicht mit seinem Volke — der war nie unterbrochen worden, wie der Verlauf des Krieges gezeigt hat —, sondern mit dem Teile der Opposition, welcher irre geworden war an der Regierung, mehr aus nationalen, als aus parteipolitischen Gründen.

Dies waren ungefähr die Gedanken und Argumente, mit denen ich während der viele Stunden langen Fahrt von Prag nach Berlin (4. August) die Schwierigkeiten zu bekämpfen suchte, die die eigenen Ansichten, noch mehr aber andere Einflüsse, namentlich auch der Einfluß der konservativen Deputation, in dem Könige hinterlassen hatten. Es kam dazu eine staatsrechtliche Auffassung Sr. Majestät, die ihm ein Verlangen nach Indemnität als ein Eingeständnis begangenen Unrechts erscheinen ließ. Ich suchte vergeblich diesen sprachlichen und rechtlichen Irrtum zu entkräften, indem ich geltend machte, daß in Gewährung der Indemnität nichts weiter liege als die Anerkennung der Thatsache, daß die Regierung und ihr königlicher Chef rebus sic stantibus richtig gehandelt hätten; die Forderung der Indemnität sei ein Verlangen nach dieser Anerkennung. In jedem konstitutionellen Leben, in dem Spielraum, den es den Regierungen gestatte, liege es, daß der Regierung nicht für jede Situation eine Zwangsroute in der Verfassung angewiesen sein könne. Der König blieb bei seiner Abneigung gegen Indemnität, während es mir notwendig schien, den parlamentarischen Gegnern, von denen doch höchstens diejenigen, die später die freisinnige Partei bildeten, böswillig, die anderen aber nur verrannt waren, sei es politisch, sei es sprachlich, eine goldene Brücke zu bauen, um den inneren Frieden Preußens herzustellen und von dieser festen preußischen Basis aus die deutsche Politik des Königs fortzusetzen. Die viele Stunden lange und für mich sehr angreifende Unterredung, weil sie meinerseits stets in vorsichtigen Formen geführt werden mußte, fand im Eisenbahncoupé zu Dreien statt, mit dem Könige und dem Kronprinzen. Der letztere aber unterstützte mich nicht, obschon er in dem leichtbeweglichen Ausdruck seines Mienenspiels mich wenigstens durch Kundgebung seines vollen Einverständnisses seinem Herrn Vater gegenüber stärkte.

Durch eine Korrespondenz, die ich von Nikolsburg aus mit den übrigen Ministern geführt hatte, war der Entwurf der Thronrede zu stande gekommen und von Sr. Majestät genehmigt worden mit Ausnahme des auf die Indemnität bezüglichen Satzes. Schließlich gab der König mit Widerstreben auch dazu seine Einwilligung, so daß der Landtag am 5. August mit einer Thronrede eröffnet werden konnte, die ankündigte, daß die Landesvertretung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung um nachträgliche Verwilligung angegangen werden solle. In verbis simus faciles!

Am 5. August eröffnete König Wilhelm im Weißen Saale an der Spitze der Prinzen seines Hauses den Landtag, begrüßt von begeistertem Jubel. In seinem und seines Volkes Namen dankte er Gott für die kriegerischen Erfolge, und versöhnlich klang es von seinen Lippen: „Viel teueres Blut ist geflossen, viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben, bis unsere Fahnen sich in einer Linie von den Karpathen bis zum Rheine entfalteten. In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müssen." Dann aber folgte der mit großer Spannung erwartete Passus: „Ueber die Feststellung des Staatshaushaltes hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Art. 99 der Verf.-Urkunde alljährlich zwischen Meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn Meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen des Staates waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Notwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß Meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig erteilt und damit der bisherige Konflikt um so sicherer zum Abschluß gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig getragen werden."

Die Bewegung im Lande war groß. Ueberall flogen der Regierung die Herzen zu. Aus dieser Stimmung heraus mag auch Fritz Reuter, der einst in den Kasematten seine Begeisterung für Deutschlands Einheit so bitter hatte büßen müssen, an Bismarck geschrieben haben:

Es treibt mich, Ew. Excellenz, als dem Manne, der die Träume meiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenschein glänzenden Wahrheit verwirklicht hat, ich meine die Einheit Deutschlands, meinen tiefgefühlten Dank zu sagen. Nicht Autoren-Eitelkeit, sondern nur der lebhafte Wunsch, für so viel schöne Realität, die Ew. Excellenz dem Vaterlande geschenkt haben, auch etwas Reales zu bieten, veranlaßt mich, diesem Danke den Inhalt des beifolgenden Pakets beizufügen. Möchte Ew. Excellenz diesen meinen etwas zudringlichen Kindern ein bescheidenes Plätzchen in Ihrer Bibliothek gönnen, und möchten die dummen Jungen im stande sein, mit ihren tollen Sprüngen Sie auf Augenblicke die schweren Sorgen und harten Mühen Ihres Lebens vergessen zu lassen. Gott segne Sie für Ihr Thun! Sie haben sich mehr Herzen gewonnen, als Sie ahnen, so z. B. auch das

Ihres ergebensten Fritz Reuter, Dr.

Am 17. September traf bei dem norddeutschen Dichter die Antwort ein:

Ew. Hochwohlgeboren

sage ich herzlichen Dank für die freundliche Sendung, mit welcher Sie Ihre inhaltsvolle Zuschrift vom 4. d. M. begleiteten. Als alte Freunde habe ich die Schar Ihrer Kinder begrüßt und sie alle willkommen geheißen, die in frischen, mir heimatlich vertrauten Klängen von unseres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend erhoffte, nicht Wirklichkeit geworden; mit der Gegenwart aber versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert vorschaut, der er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war.

v. Bismarck.

Brief vom 17. 9. 1866.

Auch im Landtage erwachte alsbald ein freundliches Echo, es vollzog sich damals die Trennung zwischen den späteren Nationalliberalen und den Fortschrittlern, an Stelle Grabows wurde der maßvolle Forckenbeck zum Präsidenten gewählt. An demselben Tage aber, der in Deutschland die Versöhnung einleitete, erhielt Bismarck ein Schreiben Benedettis, dem ein Entwurf zu einem geheimen Vertrage beilag, welcher für Frankreich das ganze linke Rheinufer, Luxemburg und Limburg forderte. Wie Bismarck diese Forderung aufnahm, hat er selbst in einer Rede vom 2. Mai 1871 dargelegt:

Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um

Rede vom 2. 5. 1871.

mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. (Hört! Hört!) Ich bin natürlich nicht einen Augenblick zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg! (Bravo!) Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden.

In der That hat Bismarck auf Benedettis Drängen den Vorschlag Napoleons auch dem König vorgelegt, der selbstverständlich gleichfalls die Abtretung jedes Fuß breiten Bodens Deutschlands verweigerte. Ueber die Unterredung, die jetzt zwischen den beiden Staatsmännern folgte, liegt folgender Bericht vor:

v. Sybel V.

Bismarck begann: Sie müssen doch wissen, daß für uns die Abtretung deutscher Erde unmöglich ist. Ließen wir uns dazu herbei, so hätten wir trotz aller Triumphe Bankerott gemacht. Vielleicht könnte man andere Wege finden, Sie zu befriedigen, aber wenn Sie auf diesen Forderungen bestehen, so gebrauchen wir, darüber täuschen Sie sich nicht, alle Mittel: wir rufen nicht bloß die gesamte deutsche Nation auf, sondern wir machen auch sofort Frieden mit Oesterreich auf jede Bedingung, überlassen ihm ganz Süddeutschland, lassen uns selbst den Bundestag wieder gefallen. Aber dann gehen wir auch vereinigt mit 800 000 Mann über den Rhein und nehmen Euch den Elsaß ab; unsere beiden Heere sind mobil, das Eurige ist es nicht, die Folgen denken Sie sich selbst. — Wie? rief Benedetti, Ihr meint, Oesterreich würde Frieden schließen, wenn wir gegen Euch aufträten? — Es ist kein neuer Gedanke, den ich eben ausspreche, versetzte Bismarck. Unmittelbar vor dem Kriege haben wir darüber verhandelt, und heute, versichere ich Sie, schließt Oesterreich den Frieden. Also, wenn Sie nach Paris kommen, so verhüten Sie einen Krieg, welcher sehr leicht verhängnisvoll werden könnte. — Wie gern thäte ich das, entgegnete Benedetti, doch schon etwas beklommener als in seinem „entschiedenen" Schreiben vom 5. August, aber ich werde nicht umhin können, dem Kaiser aus eigener Ueberzeugung die Aufrechterhaltung seiner Forderung zu empfehlen, weil ich selbst glaube, daß die Existenz der Dynastie in Gefahr ist, wenn die öffentliche Meinung in Frankreich nicht durch eine derartige Konzession Deutschlands beruhigt wird. — Darauf that Bismarck die letzte Aeußerung, welche der Botschafter nach Paris mitnahm. Sie lautete: Machen Sie Se. Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Eventualitäten ein Krieg mit revolutionären Donnerschlägen (à coups révolutionaires) werden könnte, und daß angesichts revolutionärer Gefahren die deutschen Dynastien doch wohl eine größere Festigkeit bewähren würden als die des Kaisers Napoleon.

Bald darauf erklärte Napoleon den ganzen Antrag für ein Mißverständnis, er sei bereit, die preußischen Annexionen amtlich anzuerkennen. Auch in Petersburg zerstreuten sich die Wolken, die

Gortschakow künstlich heraufgeführt hatte, und die sich verdichten mußten durch die Abneigung des Zaren, deutsche Dynastien von ihren Thronen gestürzt zu sehen. In einem freundlichen Briefe erklärte schließlich Alexander, Rußland werde sich nie den Widersachern Preußens zugesellen. Zahllose Verhandlungen wurden natürlich auch nötig, als es galt, mit den kleineren deutschen Staaten zu einer Entscheidung zu kommen. Namentlich für Bayern waren am Anfang harte Bedingungen, sogar Landabtretungen, vorgesehen. In der Verhandlung mit dem bayerischen Vertreter v. d. Pfordten verzichtete jedoch Bismarck plötzlich auf seine Forderungen, zeigte ihm Benedettis Anträge und fragte ihn, ob Bayern zu treuer Bundesfreundschaft mit Preußen bereit sei. Am 25. Oktober gab er im Landtage folgende Aufklärung:

Rede vom 25. 10. 1867.

Ich erinnere mich sehr genau, daß ein Mann von deutscher Gesinnung und lange Zeit der Gegner Preußens, der Freiherr v. d. Pfordten, in dem Augenblicke, als ich ihm bei den Friedensverhandlungen erklärte, daß wir auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken verzichteten, unter der Bedingung, daß das ihm dem Prinzip nach bekannte Bündnis von Bayern angenommen werde — daß der Freiherr v. d. Pfordten unter der lebhaftesten Bethätigung seiner inneren Bewegung mit Feierlichkeit erklärte, hieran sähe er, wie sehr meine deutschen Gesinnungen verleumdet würden, und wie ein deutsches Herz in meinem Busen schlüge, so gut wie in dem seinigen. (Bravo!)

Einen schnellen Abschluß mit den deutschen Staaten herbeizuführen, sah Bismarck um so mehr als eine Notwendigkeit an, als die Intriguen Napoleons in Florenz mit der Vereinzelung Preußens drohten und neue von Benedetti überreichte Vorschläge die Aktionslust Frankreichs außer Zweifel stellten. Wieder begehrte Napoleon die Grenzen von 1814 sowie die Erlaubnis, auf Grund eines geheimen Bündnisses mit Preußen sich Belgien anzueignen. Bismarck behandelte jetzt jedoch die Frage „dilatorisch". Er wollte zunächst den Frieden mit Oesterreich abschließen. Am 23. August wurde er auch glücklich in Prag unterzeichnet. In der Verhandlung mit Benedetti aber vollzog Bismarck jenes Meisterstück, das ihm im Jahre 1870 noch so große Dienste leisten sollte, das von Benedettis Hand selbst geschriebene Entwurfskonzept behielt er in der Hand, um es im Juli des Kriegsjahres in die Welt zu schleudern und die heuchlerische Politik Napoleons der allgemeinen Entrüstung preiszugeben. Denn schon im Jahre 1866 sah Bismarck die Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich voraus:

Ged. u. Er. II.

Ich nahm als sicher an, daß der Krieg mit Frankreich auf dem Wege zu unserer weiteren nationalen Entwickelung, sowohl der intensiven als der über den Main hinaus extensiven, notwendig werde geführt werden müssen, und daß wir diese Eventualität bei allen unseren Verhältnissen im Innern wie nach Außen im Auge zu behalten hätten .... Ich nahm an, daß ein Gesamt-Deutschland nur eine Frage der Zeit, und daß zu deren Lösung der Norddeutsche Bund die erste Etappe sei, daß aber die Feindschaft Frankreichs und vielleicht Rußlands, das Revanchebedürfnis Oesterreichs für 1866 und der preußisch-dynastische Partikularismus des Königs nicht zu früh in die Schranken gerufen werden dürfe. Ich war nicht zweifelhaft, daß ein deutsch-französischer Krieg werde geführt werden müssen, bevor die Gesamteinrichtung Deutschlands sich verwirklichte. Diesen Krieg hinauszuschieben, bis unsere Streitkräfte durch Anwendung der preußischen Wehrgesetzgebung nicht bloß auf Hannover, Hessen und Holstein, sondern, wie ich damals schon nach der Fühlung mit den Süddeutschen hoffen durfte, auch auf diese, gestärkt wären, war ein Gedanke, der mich damals beherrschte .... Mein Bestreben, diesen Krieg hinauszuschieben, bis die Wirkung unserer Wehrgesetzgebung und militärischen Erziehung auf alle nicht altpreußischen Landesteile sich vollständig hätte entwickeln können, war also natürlich, und dieses mein Ziel war 1867 bei der Luxemburger Frage nicht annähernd erreicht. Jedes Jahr Aufschub des Krieges stärkte unser Heer um mehr als 100 000 gelernte Soldaten. Bei der Indemnitätsfrage dem Könige gegenüber und bei der Verfassungsfrage im preußischen Landtage aber stand ich unter dem Drucke des Bedürfnisses, dem Auslande keine Spur von vorhandenen oder bevorstehenden Hemmnissen durch unsere innere Lage, sondern nur die einige nationale Stimmung zur Anschauung zu bringen, um so mehr, als sich nicht ermessen ließ, welche Bundesgenossen Frankreich im Kriege gegen uns haben werde. Die Verhandlungen und Annäherungsversuche zwischen Frankreich und Oesterreich in Salzburg und anderswo bald nach 1866 konnten unter Leitung des Herrn v. Beust erfolgreich sein, und schon die Berufung dieses verstimmten sächsischen Ministers zur Leitung der Wiener Politik ließ darauf schließen, daß sie die Richtung der Revanche einschlagen würde.

Jetzt konnte sich Bismarck den Verhandlungen des Landtages mit größerer Energie widmen. In seiner großen Rede über die Frage der Indemnität erklärte er:

Rede vom 1. 9. 1866.

Je aufrichtiger die königliche Regierung den Frieden wünscht, um so mehr fühlen ihre Mitglieder die Verpflichtung, sich jedes Eingehens auf retrospektive Kritik zu enthalten, sei es Abwehr, seien es Angriffe. Wir haben in den letzten vier Jahren unseren Standpunkt von beiden Seiten häufig mit mehr oder weniger Bitterkeit oder Wohlwollen vertreten, keiner hat es in den vier Jahren vermocht, den anderen zu überzeugen, jeder hat geglaubt, recht zu handeln, wenn er so handelte, wie er es that. Ein Friedensschluß würde auch in den auswärtigen Verhältnissen schwerlich zu stande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Teilen vorhergehen sollte das Bekenntnis: „Ich sehe es jetzt ein, ich habe unrecht gehandelt." Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampf-

unfähig sind in diesem innern Kampf; im Gegenteil, die Flut fließt in diesem Augenblick mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren; wir wünschen ihn auch nicht, um einer etwaigen künftigen Anklage auf Grund eines künftigen Verantwortlichkeits-Gesetzes zu entgehen; ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird, ich glaube nicht, daß, wenn es geschieht, man uns verurteilen wird, und wie dem auch sein möge: — man hat dem Ministerium viel Vorwürfe gemacht, den der Furchtsamkeit noch nicht! (Heiterkeit.)

Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher; wir wünschen ihn und suchen ihn namentlich deshalb, weil wir glauben, ihn im gegenwärtigen Moment zu finden, wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir früher hätten hoffen können, ihn zu finden; wir glauben ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in Ihrer Mehrzahl erstreben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte. (Bravo!)

Deshalb, meine Herren, ist unsere Aufgabe noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der That nach und dem Eindruck nach.

Wenn man oft gesagt hat: „Was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verdorben“, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden! (Lebhafter Beifall.)

Mit 230 gegen 75 Stimmen wurde die Indemnität im Landtag, einstimmig im Herrenhaus angenommen. Auch in der Debatte über die Annexion der Elbherzogtümer errang Bismarck den Sieg; denjenigen, die ihm vorwarfen, er habe die Siege des Heeres auf dem politischen Gebiete nicht genügend ausgenutzt, gab er die Antwort:

Rede vom 12. 9. 1866.

Die Abschätzung der Tragweite eines militärischen Sieges in dem Momente, wo er erfochten wird, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Politik. Man kann sich sehr leicht irren — ob wir geirrt haben, kann vielleicht die Zukunft zeigen, ob wir den Moment richtig gewählt haben, um den Frieden oder Waffenstillstand abzuschließen, und ob wir wohlgethan haben, uns mit den Bedingungen zu begnügen, die wir damals erreichen konnten. Es muß einer späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie sie alle kennen, so glaube ich, werden Sie der Regierung das Zeugnis nicht versagen, daß die Benutzung der Siege eine ziemlich kühne war.

Man kann sehr leicht die Linie überschreiten, bei der eine weitere Ausbeutung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die alle Errungenschaften aufs Spiel setzt, und je größer diese Errungenschaft schon ist, desto schwieriger entschließt man sich zu einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr den Charakter des Mutes, sondern den der Waghalsigkeit haben würde. (Bravo!)

Im September machte sich bei dem Grafen Bismarck infolge der großen Anstrengung ein sich steigerndes Nervenleiden bemerkbar, so daß er schon krank war, als er am 20. September sich als neu ernannter Generalmajor an dem Siegeseinzug der Truppen beteiligte und ganz Berlin ihm in heller Begeisterung zujauchzte. Am 26. reiste Bismarck zur Heilung nach Karlsburg, der Besitzung eines Verwandten, und von dort nach Putbus auf Rügen, wo er an einem heftigen Magenkrampf erkrankte. Als er am 22. Dezember wieder im Herrenhaus erschien, unterbrach Graf Rittberg die eben begonnene Rede, alle Mitglieder erhoben sich von den Sitzen und der Präsident Graf Stollberg sprach: „Meine Herren! Wie Sie sehen, haben wir den Vorzug, den verehrten Herrn Ministerpräsidenten nach längerem Unwohlsein in unserem Hause zu sehen. Ich brauche Sie nicht aufzufordern, ihn durch Erheben von den Sitzen zu begrüßen, da wir alle dasselbe Gefühl der Freude teilen, daß dieser preußische Staatsmann mit altem Mute und frischer Kraft seine Dienste unserem königlichen Herrn, den preußischen und deutschen Landen wieder widmen kann.“ Bismarck erwiderte: „Ich sage dem Herrn Präsidenten und dem hohen Hause meinen herzlichsten Dank und hoffe, daß wir wie bisher miteinander dem Könige so treu dienen werden, wie der Herr Präsident dies eben bezeichnet hat. Den Erfolg kann nur Gott geben, er wird dem redlichen Streben nicht fehlen.“

In denselben Räumen des Herrenhauses hat wenige Monate darauf der konstituierende norddeutsche Reichstag getagt.

Sechstes Kapitel.

Der Norddeutsche Bund.

Die heißen Kämpfe der Konfliktszeit sind vorüber. Der Junker, den man mit Groll und mit Geringschätzung empfangen hatte, hat den Weg über Düppel und Königgrätz zurückgelegt, und der Jubel des Volkes hat ihn, als er heimkehrte von den Schlachtfeldern Böhmens, begrüßt; die ersten Strahlen der Volkstümlichkeit fallen auf seine Gestalt. Aber nur ein kleiner Teil des Weges war zurückgelegt, die kommende Zeit mußte der Sicherung und dem Ausbau des Errungenen gelten, und wenn auch in dem innerpolitischen Leben der norddeutschen Gemeinschaft ein Wandel entstanden war, seitdem das Zündnadelgewehr die Argumente der Doktrinäre widerlegt hatte, so erhoben sich doch auch jetzt der Parteien Hader und der Parteien Haß, um dem erfolggekrönten Mann den Weg zu neuen Erfolgen zu erschweren. In einem anderen Lande würde ein Mann wie Bismarck, den schon damals ein Treitschke, ein Sybel, ein Reuter als den künftigen Schöpfer der deutschen Einheit ahnten, geleitet worden sein von dem Jubel der Zustimmung; Bismarck mußte auch jetzt Schritt für Schritt und in zerreibender Arbeit sich das Terrain sichern, dessen er für die Riesenpläne der Zukunft bedurfte, und die kommenden Jahre mußten

zugleich gewidmet sein der Einführung des neuen, im Norddeutschen Bunde verkörperten Staatsgebildes in die Reihe der europäischen Großmächte. Es galt vor allem, Zeit zu gewinnen für die innere Konsolidation, damit in dem künftigen Kampfe die deutsche Kraft sich nicht zersplittere. Es mußte die Ueberlegenheit auf militärischem Gebiete gesichert werden; es mußten die Keime des Nationalgefühls gepflegt werden; es galt, zu vermeiden, daß zu ungelegener Stunde, ehe das Werk noch vollendet war, ein Krieg das Geschaffene in Frage stelle. Die Schöpfung der Verfassung, der Streit um Luxemburg, die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten und dem Zollparlament bilden die markanten Punkte in einer Fülle der Mühen.

Das deutsche Reich wurde als Torso gegründet. Nur der Boden war zunächst geebnet und ein mächtiges Fundament gelegt. Alsbald begannen die inneren Fragen den ganzen Umfang des politischen Thuns zu erfüllen. Die neuen Provinzen mußten geordnet, die Bewohner an die Selbstgestaltung ihrer Lage gewöhnt werden. Die Hauptarbeit aber galt vorerst der Verfassung. Sie hat das eigenste Werk des großen Staatsmannes gebildet, der am Nachmittag des 13. Dezember sie aus dem Kopfe seinem vertrauten Rate Lothar Bucher diktierte und im Gegensatz zu aller Schulmeinung die Bedingungen schuf, die auch heute noch den Kern und Inhalt unseres Verfassungslebens bilden. Die eigentlich konstituierenden Artikel über den Bundesrat, dessen Name seinem eigenen Kopfe entsprang, über das Bundespräsidium und den Reichstag sind ausschließlich das Eigentum Bismarcks gewesen. Und er selbst hat in kraftvollen Zügen die Notwendigkeit seiner Vorschläge vor den Bevollmächtigten der Regierungen wie vor dem neuen Reichstag bewiesen. Schon in seiner Rede vom 15. Dezember stellte er als die Hauptmängel des alten Bundes hin die fehlende Sicherheit nach außen und die Unfähigkeit zur Hebung der inneren Wohlfahrt durch gemeinnützige Einrichtungen:

v. Sybel IV. Die unbedingte Selbständigkeit der dynastischen Gebiete, sagte er, war der wesentliche Grund der politischen Unmacht unserer großen Nation, weil ihr die wirksamen Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten; die gegenseitige Abgeschlossenheit aller Bruchteile bildete ein wirksames Hindernis der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können. Die preußische Regierung hat sich in dem vorliegenden Entwurfe auf die Berücksichtigung der allseitig anerkannten Bedürfnisse beschränkt, ohne über dieselben hinaus

die Bundesgewalt in die Autonomie der einzelnen Staaten eingreifen zu lassen. Nichtsdestoweniger verkennt sie nicht, daß die Durchführung der hier unerläßlichen Aenderungen gewohnter Zustände den einzelnen Regierungen schwierige Aufgaben stellt und daß die Opfer für die Herstellung allseitig gleicher Rechte und Pflichten von den bisher leichter Belasteten schwer werden empfunden werden. Sie zweifelt aber nicht, daß der einmütige Wille ihrer Verbündeten, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen dauernd verbürgt zu sehen, alle Hindernisse überwinden werde.

Schon hier prägt sich das Streben Bismarcks aus, das charakteristisch geblieben ist für alle späteren Zeiten. Sorgsam will er das Selbständigkeitsgefühl der einzelnen Stämme und Gaue schonen, er fordert nur dort die Aufhebung von Rechten, wo sie unbedingt notwendig ist als Voraussetzung des Gedeihens, und er vertraut der Zukunft, die das Unzuträgliche in leichtem Entschluß von selbst beseitigen werde. Durch solche Beschränkung hat er sich die Verstimmung und oft sogar die Gegnerschaft gerade der Kreise zugezogen, die schon früher die Stürmer und Dränger in dem Kampfe um den nationalen Einheitsstaat waren; sie wollten alles und waren bereit, selbst das Erreichbare preiszugeben, wenn ihnen nicht das Ganze bewilligt wurde. Auch hier tritt Bismarck in Fehde mit dem Doktrinarismus. Zugleich mußte er den Kampf aufnehmen gegen die demokratischen Erben der Konfliktszeit, die nunmehr die neue Verfassung umgestalten wollten zu einem Gebäude der Volksrechte, denen das Fürstenrecht in möglichst geschwächter Kraft gegenüber treten sollte. Und wiederum schuf er in den Reihen derer, die vor allen seine Gehilfen sein mußten, sich heimliche und offene Gegner durch den Tropfen demokratischen Oeles, mit dem er das neue Staatsgebilde salbte. Denn er, der hochkonservative Staatsmann von einst, fügte sich stets und willig den Forderungen einer neuen Zeit; er blieb auch hier nicht starr am Alten haften, und er hat es erreicht, daß selbst das gefährliche Experiment des allgemeinen Stimmrechtes ausgeführt wurde. Ihn kümmerte es wenig, daß die neue Verfassung sich nicht einreihen ließ in die von der Wissenschaft eingesetzten Fächer, und auch das war ihm gleichgiltig, daß ein solches System alle bestehenden Verhältnisse berührte und vielfach in Frage stellte; denn er fühlte in sich die Kraft des Meisters, der wohl im stande ist, die Geister, die er rief, zu bannen, während ein Schwächerer, gleich dem Zauberlehrling, zu Grunde gehen mußte an der Größe

des Unternehmens. In dem Streit der Fraktionen sprach er den Satz aus: „Ein großer Staat regiert sich nach freien Ansichten, man müßte die Gesamtheit der Parteien, die im Lande vorhanden sind, in Bewegung bringen und aus dem Resultate dieser sich eine Linie ziehen, der eine Regierung als solche folgen kann.“ Und in der gleichen, wiederum in Preußen nicht erhörten Auffassung sprach er das Wort: „Das Verfassungsleben kann nicht nach mathematischen, nicht einmal nach juristischen Regeln beurteilt werden; es ist eben ein beständiger Kompromiß.“ Die zögernden Theoretiker aber mahnte er: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können.“ Die Energie jener Jahre hat ihre Begründung und ihren Lohn gefunden in den Erfolgen des Tages von Versailles.

Es ist Bismarck gelungen, nur durch die eigene Begeisterung auch den zögernden, von Bedenken schwer zu trennenden König Wilhelm mit sich fortzureißen, und selbst die demokratischen Gesichtspunkte des neuen Verfassungslebens gewannen die Billigung des Herrschers. In der Thronrede vom 24. Februar 1867 machte König Wilhelm bereits den Standpunkt seines Ministers sich zu eigen:

v. Sybel IV. Die frühere Größe Deutschlands sei durch Uneinigkeit versunken. Die Sehnsucht nach den verlorenen Gütern habe nie aufgehört, unsere Zeit sei erfüllt von solchen Bestrebungen. Diese haben bisher die Zerrissenheit nur gesteigert, weil man sich durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen verwirren ließ. Es sei notwendig, die Einigung an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern. So haben die Regierungen im Anschluß an gewohnte Verhältnisse sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, die im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen. Der Selbständigkeit der Einzelstaaten werden nur die Opfer zugemutet, die unentbehrlich für den Schutz des Friedens, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwickelung der Volkswohlfahrt sind. Unseren Verbündeten sei für die Bereitwilligkeit zu solchen Opfern um so wärmer zu danken, je mehr bei den Verhandlungen die Schwere der Aufgaben hervorgetreten sei, eine volle Uebereinstimmung so vieler Regierungen zu erzielen, die noch dazu die Meinung ihrer Landtage zu beachten haben.

Bismarck selbst hat bis zur Proklamierung der Bundesverfassung nicht weniger als 27 mal das Wort ergriffen, um sein Werk zu verteidigen, und schon damals mußte er den Groll alter Freunde ertragen, die, wie die Herren v. Senfft-Pilsach und v. Kleist-Retzow ihm vorwarfen, daß er die Bundesgenossen aus der Konfliktszeit im

Stiche lasse. Was er so oft aussprach, daß er nicht ein Mann des Parteiwesens sei, daß er über den Parteien stehe, daß nicht er sich losgerissen habe, sondern die Konservativen, das galt schon damals. Der Konflikt aber, dessen Keime jetzt entstanden, hat später dem eisernen Kanzler noch viel Ungemach bereitet, und gerade die einstigen Freunde haben ihm in der Deklarantenzeit „am bittersten wehgethan“. An die spätere herrliche Rede vom deutschen Völkerfrühling, von Hödur und Loki klingt schon an, was er am 4. März 1867 aussprach:

Rede vom 4. 3. 1867.

Es liegt ohne Zweifel, meine Herren, etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren oder hätten sie bald wiedergewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, die erste Kaiserzeit, zurückblicken, so finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter von dem russischen Reiche der Rurikschen Fürsten bis zu den westgotischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die größte Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wieder zu gewinnen? Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Ueberschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welcher in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen als auf die der Gesamtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen, meine Herren, haben Ihnen, glaube ich, im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen. Liefern auch wir den Beweis, meine Herren, daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt, daß wir — und wir alle, die wir hier sind, wir haben es selbst erlebt — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und von Erfurt ziehen mußten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit, der Unzufriedenheit herbeigeführt, der sechzehn Jahre lang gedauert hat, und der schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres — nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel — seinen Abschluß finden mußte. Das deutsche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer solchen Katastrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts näher am Herzen zu liegen haben, als diese gerechten Erwartungen des deutschen Volkes zu erfüllen! (Lebhaftes Bravo von allen Seiten.)

Und ein anderes Mal führte Bismarck aus:

Rede vom 11. 3. 1867.

Nicht einem theoretischen Ideal habe man nachgestrebt, bei dem die deutsche Einheit auf ewig verbürgt und zugleich den Einzelstaaten unbedingte Freiheit gesichert sei. Dieser Quadratur des Kreises um einige Dezimalstellen näher zu kommen, überlasse man der Zukunft. Für die Gegenwart habe man, der Hindernisse gedenkend, an welchen Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, diese Widerstandskräfte nicht wieder herauszufordern gestrebt und also den Einzelstaaten nur das Minimum der Opfer auferlegt, ohne welches die Festigkeit und Sicherheit des Bundes unmöglich geblieben wäre. Man hat dagegen Einwendungen von zwei Seiten her erhoben, von der unitarischen und der partikularistischen. Von jener ist die Forderung einer konstitutionellen Monarchie mit verantwortlichen Ministern erschienen. „Aber wie sollen 22 Regierungen ein solches Ministerium ernennen? Schließen Sie 21 derselben von jeder Teilnahme an der Exekutive aus, so sind sie mediatisiert, und noch haben die deutschen Fürsten keine Lust, ihre Stellung mit jener der englischen Pairs zu vertauschen. Unsere Macht, meinen Sie, sei groß genug, sie dazu zu zwingen; aber die Grundlage unseres Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber; sie soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dies Vertrauen darf nicht erschüttert werden, so lange man uns die Verträge hält.“ Und den Partikularisten rief er zu: „Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahr die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth zum Kampfe geführt hat, zu dem eisernen Würfelspiel, wo um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Millionen deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben, daß die Tausende und Abertausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit dem Beschlusse eines Landtages zu den Akten geschrieben werden können? Dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation.“

Am schwierigsten war natürlich der Kampf für das allgemeine direkte Wahlrecht. Hier sprach Bismarck das vielcitierte Wort aus vom preußischen System:

Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden!

Auch Bismarck hat seine Ansichten über das allgemeine Wahlrecht modifiziert, vor allem hat er sich gegen die geheime Stimmabgabe erklärt, die, ursprünglich gar nicht in das Gesetz aufgenommen, durch den konstituierenden Reichstag eingefügt wurde. Er erzählt über die früheren Motive und die spätere Modifikation seiner Ansicht:

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Kampfe gegen eine Uebermacht des Auslandes im äußersten Notfall auch zu revolutionären Mitteln greifen zu können, hatte ich auch kein Bedenken getragen, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Cirkulardepesche vom 10. Juni 1866 mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale omelette zu stecken. Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen.

Ged. u. Er. II.

Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war eine Waffe im Kampfe gegen Oesterreich und weiteres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen. In einem Kampfe derart, wenn er auf Tod und Leben geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, und die Werte, die man durch ihre Benutzung zerstört, nicht an: der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes, die Rettung der Unabhängigkeit nach außen; die Liquidation und Aufbesserung der dadurch angerichteten Schäden hat nach dem Frieden stattzufinden. Außerdem halte ich noch heut das allgemeine Wahlrecht nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt wird, die außerdem einen Charakter hat, der mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch steht.

Die Einflüsse und Abhängigkeiten, die das praktische Leben der Menschen mit sich bringt, sind gottgegebene Realitäten, die man nicht ignorieren kann und soll. Wenn man es ablehnt, sie auf das politische Leben zu übertragen, und im letzteren den Glauben an die geheime Einsicht aller zu Grunde legt, so gerät man in einen Widerspruch des Staatsrechts mit den Realitäten des menschlichen Lebens, der praktisch zu stehenden Friktionen und schließlich zu Explosionen führt und theoretisch nur auf dem Wege sozialdemokratischer Verrücktheiten lösbar ist, deren Anklang auf der Thatsache beruht, daß die Einsicht großer Massen hinreichend stumpf und unentwickelt ist, um sich von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer unter Beihilfe eigener Begehrlichkeit stets einfangen zu lassen.

Das Gegengewicht dagegen liegt in dem Einflusse der Gebildeten, der sich stärker geltend machen würde, wenn die Wahl öffentlich wäre, wie für den preußischen Landtag. Die größere Besonnenheit der intelligenteren Klassen mag immerhin den materiellen Untergrund der Erhaltung des Besitzes haben; der andere des Strebens nach Erwerb ist nicht weniger berechtigt, aber für die Sicherheit und Fortbildung des Staates ist das Uebergewicht derer, die den Besitz vertreten, das nützlichere.

Ein Staatswesen, dessen Regiment in den Händen der Begehrlichen, der novarum rerum cupidi, und der Redner liegt, welche die Fähigkeit, urteilslose Massen zu belügen, in höherem Maße wie andere besitzen, wird stets zu einer Unruhe der Entwickelung verurteilt sein, der so gewichtige Massen, wie staatliche Gemeinwesen sind, nicht folgen können, ohne in ihrem Organismus geschädigt zu werden. Schwere Massen, zu denen große

Nationen in ihrem Leben und ihrer Entwickelung gehören, können sich nur mit Vorsicht bewegen, da die Bahnen, in denen sie einer unbekannten Zukunft entgegenlaufen, nicht geglättete Eisenschienen haben. Jedes große staatliche Gemeinwesen, in welchem der vorsichtige und hemmende Einfluß der Besitzenden, materiellen oder intelligenten Ursprungs, verloren geht, wird immer in eine der Entwickelung der ersten französischen Revolution ähnliche, den Staatswagen zerbrechende Geschwindigkeit geraten. Das begehrliche Element hat das auf die Dauer durchschlagende Uebergewicht der größeren Masse. Es ist im Interesse dieser Masse selbst zu wünschen, daß dieser Durchschlag ohne gefährliche Beschleunigung und ohne Zertrümmerung des Staatswagens erfolge. Geschieht die letztere dennoch, so wird der geschichtliche Kreislauf immer in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Diktatur, zur Gewaltherrschaft, zum Absolutismus zurückführen, weil auch die Massen schließlich dem Ordnungsbedürfnis unterliegen, und wenn sie es a priori nicht erkennen, so sehen sie es infolge mannigfaltiger Argumente ad hominem schließlich immer wieder ein und erkaufen die Ordnung von Diktatur und Cäsarismus durch bereitwilliges Aufopfern auch des berechtigten und festzuhaltenden Maßes von Freiheit, das europäische staatliche Gesellschaften vertragen, ohne zu erkranken.

Eine unendliche Fülle von Einzelheiten mußte in hartnäckigem und oft erbittertem Kampfe durchgesetzt werden, denn der weite Blick ist wohl den erwählten Rüstzeugen des Herrn eigen, aber die Weisheit war noch niemals bei der Majorität. Die rechtliche Stellung der Organe der Bundesgewalt, des Bundesrates, des Präsidiums, des Reichstages mußten festgestellt werden. Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wurde erregt debattiert, die Frage des allgemeinen Wahlrechtes rief die Gegnerschaft der Konservativen hervor, die Stellung der Beamten zur Wählbarkeit mußte erörtert werden, die Einsetzung eines Oberhauses wurde beantragt, die Länge der Legislaturperiode, die Frage der Diäten gaben zu Mißstimmungen Anlaß. An die Erörterungen über das Kriegswesen und die Bundesfinanzen schlossen sich monatelange Kämpfe, ein Bundesgericht wurde gefordert und abgelehnt, am 17. April 1867 aber konnte Graf Bismarck die Annahme der Verfassung durch die norddeutsche Regierung proklamieren und den Reichstag zu feierlichem Schlusse in das königliche Palais entbieten.

In diesem allseitigen Entgegenkommen, sagte König Wilhelm, in der Ausgleichung und Ueberwindung der Gegensätze, ist zugleich die Bürgschaft für die weitere fruchtbringende Entwickelung des Bundes gewonnen, mit dessen Abschluß auch die Hoffnungen, welche uns mit unseren Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung nähergerückt werden. Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamt-

kraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im stande ist. Das nationale Selbstbewußtsein, welches im Reichstag zu erhebendem Ausdruck gelangt ist, hat in allen Gauen des deutschen Vaterlandes kräftigen Wiederhall gefunden. Nicht minder aber ist ganz Deutschland in seinen Regierungen und in seinem Volke darüber einig, daß die wieder gewonnene nationale Macht vor allem ihre Bedeutung in der Sicherstellung der Segnungen des Friedens zu bewähren hat.

Die königlichen Worte, sagt Sybel, wurden weithin durch Deutschland und Europa vernommen. Sie sprachen mit unverkennbarem Nachdruck den Willen aus, mit jedermann in Frieden zu leben, Deutschlands weitere Entwickelung sich ruhig vollziehen zu lassen, aber schlechterdings keinen Eingriff des Auslandes in unser nationales Leben zu gestatten. Die Verfassung hat sich bald ein Menschenalter hindurch weit genug gezeigt, um sowohl eine fruchtbare Entwickelung der partikularen Eigentümlichkeiten als der konstitutionellen Volksrechte zuzulassen. Weder ein preußischer noch ein monarchischer Eigenwille hat den Einen oder den Anderen Eintrag gethan. Auf der anderen Seite hat sich die Bundes-Centralgewalt, selbst nach ihrer starken Beschränkung durch die Verträge von 1871, in Bismarcks Händen stark genug bewiesen, die gesamte Nation zu einem deutschen Reiche fest zusammenzufassen und ihr eine gesicherte und ruhmreiche Stellung unter den Völkern der Erde zu verschaffen. Haben auch viele Kärrner an dem Wegbau geschafft, so ist doch das Gesamtwerk das Eigentum seines Meisters, und es trägt vor allem in der großartigen Einfachheit der Linien das Gepräge des Bismarckschen Geistes.

Neben der Verfassungsfrage hat vor allen Dingen der Streit um Luxemburg die Kraft und diplomatische Geschicklichkeit des Grafen Bismarck erfordert. Die Luxemburger Frage hatte bereits während der Verhandlungen in Nikolsburg ihre Rolle gespielt; sie warf ihre Schatten weit hinüber über die folgenden Jahre.

Napoleon hatte sicher darauf gerechnet, daß in dem Kampf zwischen Preußen und Oesterreich ihm Gelegenheit geboten würde, das sinkende Ansehen seiner Dynastie im französischen Volke zu steigern durch Erfolge auf dem Boden der auswärtigen Politik. Er hatte geglaubt, daß die beiden kriegführenden Mächte aus dem Kriege nach einem langen Ringen derart geschwächt hervorgehen würden, daß ihm selbst als Lohn für die Vermittlerrolle das linke Rheinufer zufallen müsse. Die Enttäuschung über den raschen Siegeslauf, den Preußens Heere bis Königgrätz zurückgelegt haben, wurde nicht nur von ihm,

sondern auch von seinem Volke wie eine Niederlage der eigenen Heere empfunden, so daß der Ruf: „Revanche pour Sadowa“ in Preßartikeln wie in den Debatten der Kammer immer von neuem erklang. Napoleon hatte allerdings seine Vermittelung noch angeboten; der erhoffte Lohn bestand jedoch nur in einer kühlen Zurückweisung und in der Ablehnung jeder Konzession in territorialer Hinsicht. Die Hoffnung, im Laufe weiterer Verhandlungen, die bereits von Benedetti geführt wurden, eine Kompensation durch die Abtretung belgischen Gebietes zu erlangen, schlug gleichfalls fehl; mußte doch eine Verletzung der Neutralität dieses Landes die Garantiemächte auf den Waffenschauplatz locken. Von Belgien war der Blick Napoleons nach Luxemburg geschweift, das, in Personalunion mit den Niederlanden vereint, aus seiner Verbindung mit Deutschland gelöst war. Er bot dem König von Holland an, ihm dieses Ländchen käuflich zu überlassen. In Deutschland erzeugten diese Verhandlungen die äußerste Aufregung und Erbitterung, je größer die Geneigtheit Hollands wurde, auf den Vorschlag einzugehen; im Reichstage aber brachte der Abgeordnete Schraps die Frage auf das Tapet zu einer Zeit, als die Volksstimmung keinen Zweifel mehr darüber lassen konnte, daß man bereit sei, gegen die Abtretung Luxemburgs selbst auf dem Schlachtfelde Protest zu erheben. Bismarck selbst hatte bereits in seinen Antworten an Benedetti das anfängliche Entgegenkommen aufgegeben und keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß die Abtretung des Landes niemals im Einverständnis mit Preußen erfolgen werde. In der Presse war ein heftiger Kampf entbrannt; hüben und drüben erscholl der Ruf, daß an feige Nachgiebigkeit nicht zu denken sei; der preußische Gesandte meldete aus Paris, die Vorbereitungen würden mit atemlosem Eifer betrieben, und ebenso wurde den Franzosen von ihren Agenten berichtet, daß Preußen eine Anzahl neuer Armeekorps ausrüste. In seiner großen Reichstagsrede, die veranlaßt wurde durch Interpellationen des Abgeordneten von Bennigsen, führte Bismarck aus: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerung beeinträchtigen werde; sie hoffen im stande zu sein, unsere Rechte zu wahren und zu schützen.“ Im übrigen wirkte Bismarcks Rede mäßigend und beruhigend nach beiden Seiten hin; er fand in dieser Haltung auch den Beifall Roons, der im Gegensatz zu den meisten Militärs entschieden dagegen war, den hin-

geworfenen Handschuh schon jetzt aufzunehmen. So kam zuletzt durch Bismarcks Eingehen auf die vermittelnden Schritte der anderen Mächte ein Ausgleich zu stande, der in dem Londoner Vertrag vom 11. Mai seinen Ausdruck fand. Die Neutralität Luxemburgs wurde von sämtlichen Mächten garantiert und die Festung geschleift, während Preußen sein Besatzungsrecht aufgab.

Medings Memoiren II.

Im Juni bereits ist Bismarck mit König Wilhelm nach Paris gereist; er hat dort neun Tage zum Besuche der Ausstellung geweilt. Sein Empfang durch den Pöbel war wenig erfreulich, so daß die besonnene Presse an den ritterlichen Sinn des Volkes appellieren mußte. Um so freundlicher war der Empfang durch Napoleon und am Hofe der Tuilerien. Prachtvolle Feste wechselten mit einander, und eine fromme Sage erzählt, daß Bismarck damals seinen letzten Walzer getanzt habe. Napoleon suchte selbst ein eingehendes Gespräch mit dem Minister, dessen Name allmählich in ganz Europa einen besonderen Nimbus erlangt hatte; er fragte ihn sogar um Rat über die innere französische Politik. Man rate ihm, sagte der Kaiser, das absolutistische Regiment aufzugeben und liberale Einrichtungen einzuführen, um das Kaisertum gegen alle Wechselfälle der Zukunft zu schützen. Bismarcks Antwort auf die hieran geknüpfte Frage ging dahin: auch ihm erscheine die Einführung liberaler Einrichtungen gut; zugleich aber müsse der Kaiser sich mit einem völlig sicheren, ihm treu ergebenen Heere umgeben; denn nur so werde er in der Lage sein, alle Ausschreitungen nachdrücklich zurückzuweisen. Daß Napoleon diesen Rat nicht befolgt hat, erweist die Geschichte.

Die Hauptaufgabe, die Bismarck nach dem Beschluß der Bundesverfassung zu erledigen hatte, war der weitere Ausbau der deutschen Einheit. Darum wurden mit einem großen Teile der norddeutschen Staaten Militärkonventionen geschlossen, welche die Wehrkraft ihrer Länder unter preußischen Oberbefehl stellten; es wurde das Bundeskanzleramt errichtet, an dessen Spitze Graf Bismarck selbst berufen wurde; das norddeutsche Eisenbahnnetz wurde im militärischen Interesse ausgebaut, und vor allen Dingen wurden die Zollverhältnisse geregelt. Schon am 3. Juni eröffnete Bismarck die Verhandlungen über ein Zollparlament mit den süddeutschen Ministern. Es folgte der förmliche Abschluß des Zollvertrages bereits am 8. Juli: Das Zollparlament sollte bestehen aus den Mitgliedern des Reichstages und den nach Maßgabe des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu

wählenden süddeutschen Abgeordneten; sämtliche Regierungen sollten Vertreter zu einem Zoll-Bundesrat ernennen, das Präsidium stand der Krone Preußens zu. So war hier das Vorbild geschaffen für die späteren Einrichtungen, und der erste deutsche Reichstag versammelte sich unter den glücklichsten Auspizien schon drei Jahre, ehe der Reifen thatsächlich um Deutschland geschmiedet wurde.

Vor diesem Parlament sprach Bismarck das bekannte Wort, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet. Dort sprach er auch das charakteristische Wort von dem Pfeifchen des armen Mannes.

Durch den Zollvertrag war ein gutes Stück der Arbeit vollbracht worden an der Brücke, die über den Main führen sollte; auf der wirtschaftlichen Großgrundlage erst konnte sich der politische Bau erheben. Das Zollparlament hatte die feindlichen Brüder, bei denen doch die Nachwirkungen des Krieges von 1866 noch immer nicht überwunden waren, einander näher geführt. Man lernte sich kennen und einander schätzen; man verstand einander, und überall lebte das Gefühl auf, daß in zukünftigen Gefahren der Norden und der Süden Schulter an Schulter neben einander stehen müssen. Unter den süddeutschen Abgeordneten war es besonders Völk, der für die nationale Einigung eintrat. Bezeichnend dafür, daß Bismarck nicht etwa dem Zufall die Entwickelung der Dinge überließ, sondern mit weitschauendem Auge seine Pläne entworfen hatte und entschlossen zu Ende führte, ist ein Gespräch, das er mit dem wackeren süddeutschen Abgeordneten an einem seiner Parlamentsabende führte. Beim Glase Bier, im heitersten Gespräch, wurde Bismarck plötzlich tief ernst, als die Frage an ihn gerichtet wurde, warum er in dem Luxemburger Konflikte nicht losgeschlagen habe, und er antwortete, während Blitze aus seinen Augen zuckten:

Blum, Bd. IV.

Ich bin eine lange, schwere Woche — sie hat aber von Dienstag bis Freitag gedauert — über der Frage des Krieges mit Frankreich gesessen. Nicht die Möglichkeit einer Niederlage war es, was mich beschäftigte — denn Moltke hatte versichert, daß wir siegen werden. Aber die Frage war zu entscheiden, ob wir Krieg mit Frankreich anfangen sollten, selbst im Falle der Gewißheit oder höchsten Wahrscheinlichkeit des Sieges. Diese Frage haben wir verneint und uns entschlossen, den Krieg nur zu führen, wenn wir dazu gezwungen würden. Wir haben all die ungeheuren Verluste, all den Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien erwogen. Ja, meine Herren, schauen Sie mich immer groß an, meinen

Sie, ich habe nicht auch ein Herz? Glauben Sie mir, ich habe ein Herz, das genau so fühlt wie das Ihrige. Krieg bleibt immer Krieg — das Elend der vom Kriege ausgesogenen Länder, all der Jammer der Witwen und Waisen — das ist alles so schrecklich, daß ich für meine Person nur im alleräußersten Notfalle zu diesem Mittel greife.

Nach einem tiefen Zug fuhr er fort: Wir glaubten, es könne der Krieg, je länger er verschoben werde, vielleicht ganz vermieden werden, sei es durch gewisse Ereignisse in Frankreich oder indem das französische Volk zu der Einsicht komme, daß die beiden großen Nationen wahrlich Besseres zu thun hätten, als sich um Grenzen zu streiten. Wir glaubten namentlich, daß Gebietserwerbungen nur den Keim zu neuen Kämpfen enthielten, und daß die beiden Völker — wenn man sie einmal widereinander führte — sich wie Bulldoggen ineinander verbeißen und verbluten könnten. Wir wollen Herren sein im eigenen Hause, aber die einmal gewonnenen Grenzen nicht weiter vorrücken.

Endlich sagte er mit der ihm eigenen zornigen Kurzatmigkeit, wenn er besonders erregt ist: Wenn man freilich unsere Friedensliebe nicht anerkennen will, und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, so werden wir ihn mit aller Kraft führen, und Sie — die Bayern — dürfen und werden sich sehr beeilen, daß Sie bei der Entscheidungsschlacht, die voraussichtlich bei Metz geschlagen wird, schon dabei sein können. Wir aber werden schon in dieser Schlacht den Franzosen an Zahl wie an anderen Dingen bedeutend überlegen sein.

Schon in den ersten Phasen der neuen Zeit erhob sich für Bismarck die Notwendigkeit, dem neu sich sammelnden Ultramontanismus und mit ihm zugleich dem Welfen- und Polentum entgegenzutreten. Den Wortführern des Königs Georg rief er zu: „Ich rate auf das dringendste Ihnen und Ihren Freunden ab, daß Sie uns nicht herausfordern, Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind." Dem Klerikalen v. Mallinckrodt, der Bismarcks Ausdruck bemängelte, daß Deutschland eine 600jährige Leidensgeschichte aufzuweisen habe, rief er zu:

Ich habe vom Sturze der Hohenstaufen an gerechnet, und wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat eine kleine Seitenwendung zu Gunsten der Raubritter einfließen lassen. Woher kamen die Raubritter? Von der Zerrüttung des Deutschen Reiches während des Interregnums! Woher kam diese Zerrüttung? Vom Abfall der Welfen und dem Siege der Ultramontanen!

Vor allem aber mußte Bismarck Stellung nehmen gegen die hinterhaltige Politik, die Herr v. Beust, der im Oktober 1866 als Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs nach Wien gekommen war, gegen Preußen eröffnete. Der frühere sächsische Minister besorgte eigentlich nur die Geschäfte Frankreichs, indem er Zwietracht zwischen dem Südbund und dem deutschen Norden zu

säen versuchte. In Salzburg trafen vom 18. bis 23. August Kaiser Franz Joseph und Napoleon zusammen und hier betrieb Beust den Abschluß eines förmlichen Bündnisses mit Frankreich. Wir werden später sehen, zu welchen Folgerungen die Beust'schen Pläne geführt haben.

Wir werfen zunächst noch einen kurzen Blick auf die persönlichen Erlebnisse des großen Staatsmannes. Bismarck hatte aus den Mitteln, die ihm die Dotation des Jahres 1866 zugeführt hatte, Varzin erstanden. Dort weilte er gern, wann immer ihm die Arbeitslast ein paar freie Tage gewährte oder wenn die Gesundheit ihn zwang, die erfrischende Landluft aufzusuchen. Gerade in diesen Jahren suchten ihn häufig körperliche Leiden heim. So erkrankte er am 29. Mai 1868 an rheumatischer Affektion des Rippenfelles, so daß er, der zu Pferde an einer Parade auf dem Tempelhofer Felde teilgenommen hatte, zu Wagen heimfahren mußte. Ein besonders schlimmer Unfall traf ihn am 22. August, als er in Gesellschaft Keudells und Blanckenburgs von Varzin aus einen Spazierritt machte. Die drei Reiter bewegten sich im Trab längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenwege — Bismarck voran, unmittelbar hinter ihm Blanckenburg, dann Keudell. „Denke Dir mein Erstarren", schreibt Blanckenburg am 24. August an Roon, „als ich ganz plötzlich folgendes Bild vor mir abspinnen sehe: der kleine breite Fuchs, den er (Bismarck) ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase die Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte — nämlich, daß der Fuchs vollständig „heesterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Zentner Gewicht) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte ebenso schnell — nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß, ohne Atem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend umherging. Ich war in dem Augenblicke vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren", — indessen waren drei Rippen gebrochen — „auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so

daß wir bis jetzt hoffen, alles sei ohne weitere Folgen abgegangen. Er ritt noch Schritt eine Viertelstunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. Der Arzt kann nichts finden. — Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade sehr stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagte. Er trank, wie er sagt, am Tage vor dem Sturz zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Cigarren. Es machte ihm viel Freude, mir alles selbst auf dieser Herrschaft zu zeigen; augenblicklich interessierte er sich mehr für Schonungen und Kulturen als für Staatssachen. Er hatte eine krankhafte Freude daran, alle Verwüstungen an Wald und Wiesen wieder gut zu machen, die tierischer Unverstand hier angerichtet hat.

Roon schrieb am 26. dem Neffen: „Habe herzlichen Dank, daß Du an mich gedacht auch ohne das Telegramm von „Aron". Es ist doch gut, wenn ein Mensch dauerhaft gearbeitet ist! Mich hat die erste Nachricht von der „Lerche" (die Bismarck bei dem Unfall schoß) sehr alteriert. Gott sei gepriesen, der die Hand zwischen die beiden Rücken gehalten! Gestern abend war auch Keudell bei mir, und ich bin jetzt ganz beruhigt, besonders weil B. nach dem Sturze besser schläft als vor demselben. Für die Nerven, denen der bessere Schlaf sicherlich aufhelfen wird, ist diese Kurmethode jedenfalls neu!" Blanckenburg war inzwischen nach Zimmerhausen zurückgekehrt und sandte von dort das Schlußbulletin an Roon ein, ein Telegramm aus Varzin und die Briefzeilen: „Bismarcks Frau schrieb mir gestern, daß er fortwährend nach dem Sturz besser schläft wie vorher. Er ist und bleibt der Meinung, daß Gott ihm diesen Sturz geschickt hat, damit seine Nerven besser werden."

Schon mehrere Monate vorher hatte Bismarck nur mit Mühe und Not seinen Freund Roon davon abhalten können, vom Amte zurückzutreten. Roon hatte wiederholt über körperliche Hinfälligkeit geklagt und seine Thätigkeit nur noch als ein Mitgeschlepptwerden bezeichnet, aber wenn er auch äußerte, er fühle sich „entsetzlich stumpf", so hatte er doch immer wieder seine Zuversicht zu Bismarck ausgesprochen:

Gott erhalte uns diesen Mann, der, von den Erfolgen gehoben und getragen, an Sicherheit, Umsicht, geordneter Thätigkeit und Lauterkeit und Klarheit sichtlich gewonnen hat, das mousseux verliert sich, und der Wein

Denkwürdigk. Roons III.

7*

wird besser. Wer seine Kraft und seine Jahre hätte! Seine Gesundheit hat sich offenbar wesentlich gebessert. Zwar klagt er noch über dies und das gelegentlich, aber es sind doch eigentlich nur Seufzer nach der Ungebundenheit des Landjunkers und über die Unzulänglichkeit seiner geschäftlichen Unterstützung.

Am 30. Oktober schrieb Bismarck dem Freunde:

Brief vom 30. 10. 1869.

Ich habe es gestern und heut nicht durchgesetzt, zu Ihnen zu kommen, und bin jetzt so erkältet, daß ich den Versuch, auszugehen, beim Ankleiden aufgab.

Es wird mir sehr schwer, auf Ihren Brief zu antworten, weil ich ein herzloser Egoist in diesem Strudel geworden bin, dicke Steinkruste politischer Erwägung angesetzt, die meine von Jugendheimweh getragene Freundschaft für Sie erst mit einem pommerschen Fußtritt sprengen muß, damit ich Ihnen ganz ehrlich beistimmen kann mit dem Votum auf 6 Monat Urlaub. Ich fürchte nicht, daß das Kriegsministerium in der Zeit Schaden leidet; dazu haben Sie zu gute Schule herangezogen, aber im Kollegium der Gespielen bleibe ich „unter Larven die einzige fühlende Brust“, und dem Könige gegenüber ist der Beistand Ihrer politischen Autorität gar nicht zu ersetzen, da niemand so viel Salz mit dem Herrn gegessen hat, wie Sie.

Aber es wäre schlechter, als ich geworden bin, wenn ich auf Ihre treue Hingebung für den „Dienst“ spekulierte, und es wäre unklug, da ich hoffe, daß der Frühling, wenn wir beide leben, uns wieder neben einander in Front sieht. Ich möchte Sie nur um Aenderung eines Passus in Ihrem Schreiben an den König bitten, ich habe ihn angemerkt. Ich halte diesen Personenwechsel im Ministerium nicht ratsam und fürchte, daß er meine Stellung sehr viel mühsamer und schwerer machen würde; aber von allen solchen Wechseln kann ich nicht dasselbe sagen, da kommt mehr das Beharrungsvermögen Sr. Majestät in Betracht.

Wie dem auch sei, Gott helfe Ihnen zu alter Rüstigkeit und gebe Ihnen allen reichen Segen in Leib und Seele, den ich Ihnen allezeit von ganzem Herzen wünsche.

Bismarck wurde am 18. Oktober 1868 zum Chef des 1. Magdeburger Landwehrregiments ernannt und à la suite des Magdeburger Kürassierregiments Nr. 7 gestellt. Seit jener Zeit sind wir gewohnt gewesen, ihn in der historischen Uniform zu erblicken mit Helm und Küraß. Von Juni bis Dezember 1869 nahm Bismarck, nachdem er den König auf einer Reise durch Hannover begleitet hatte, Urlaub. Aus dieser Zeit sind ein paar liebenswürdige Briefe familiären Charakters datiert. An Motley schrieb er am 7. August 1869 aus Varzin:

Lieber Motley

Brief vom 7. 8. 1869.

daß Du mir schriebst, war einer der besten Einfälle, die Du seit langer Zeit gehabt hast, und gewiß wirst Du viele gute haben. Deine Beschuldigung aber, daß ich Dir nicht geantwortet haben sollte, klingt mir ganz unglaublich;

Du sagst es, also muß es wahr sein, aber das Bewußtsein meiner Tugend ist so stark in mir, daß ich lieber die Regelmäßigkeit des meiner Leitung anvertrauten norddeutschen Postdienstes anzweifle, als an meine persönliche Nachlässigkeit glaube. Keine Post taugt heutzutage etwas, die Welt wird überhaupt immer schlechter. „Doubt that the stars are fire" u. s. w., aber zweifle nicht an meiner Tugend. Seit drei Wochen lag das Papier fertig, um Dir nach London zu schreiben und Dich zu fragen, ob Du nicht eine Woche oder zwei für mich übrig hättest; zur Genugthuung für Deine heimliche Flucht über See solltest Du uns die Freude machen, alle Tinte, Häusermieten und Engländer auf einige Zeit aus Deinem Sinne zu verbannen, und Dein Wigwam in die pommerschen Wälder zu verlegen. Die Sache ist heut so leicht für einen oceanischen Reisenden, wie es früher war von Berlin nach Göttingen zu fahren. Du giebst Deiner Frau Gemahlin den Arm, besteigst mit ihr ein Cab, bist in 20 Minuten auf dem Bahnhofe, in 30 Stunden in Berlin, und von dort in einem halben Tage hier; um 9 Uhr aus Berlin fahrend, bist Du zu Mittag bei uns. Es wäre reizend; meine Frau, Tochter, ich und die Söhne, die ich in zwei Tagen erwarte, würden sich kindisch freuen, und wir wollen dann einmal wieder ganz so lustig sein wie in alter Zeit. Ich selbst kann augenblicklich nicht reisen, ohne alle Gründe umzustoßen, aus denen ich Urlaub habe. Sonst sucht' ich Dich auf, um Dich hier in die Backwoods abzuholen; aber bitte komm, wirf alle Sorgen und Bedenken hinter den Ofen, die findest Du da unversehrt wieder bei Deiner Rückkehr, und richte Dich ein auf kurze oder lange Zeit, je länger je lieber, aber mache uns die Freude und komm her. Ich bin so in den Gedanken schon eingelebt, daß ich krank werde, wenn Du nein sagst, und das würde die übelsten Einflüsse auf die ganze Politik haben. Empfehle mich Deiner Frau Gemahlin zu Gnaden.

Dein treuer Freund
v. B.

und an die Schwester schrieb er:

Mein geliebtes Schwesterherz,

Brief vom 28. 10. 1869.

ich bin leider verurteilt, einsam das Haus zu hüten; Johanna wird es Dir sagen, wie es im Punkte der Gesundheit steht. Ich bin mit Gottes Hilfe in der Erholung, aber doch noch in solcher Verfassung, daß die gestern vollendete Krise Heydt-Camphausen ohne mich abgespielt werden mußte; sie ging brieflich glatter ab, als ich gehofft hatte. Ich hätte Dich so gern als Großmutter und Silberbraut im Staate gesehen und Dir das Zeugnis gegeben, daß Du die vorzeitigen Ehren des Alters trägst wie unsere Rosen den heutigen Oktoberschnee, sie sehen nur um so frischer unter ihm aus. Ich hätte so gern mit Dir Oskars Brautfahrt in Kniephof und Naugard, Antonie und Schönhausen und alle toten Hochzeitsgäste mit Dir beredet und ganz abgetragene Betrachtungen über traumhafte Flüchtigkeit des Lebens mit Dir neu aufgebügelt. Man verzichtet so spät auf die Illusion, daß das Leben nun bald anfangen soll, und hält sich so lange bei der Vorbereitung auf, daß es solcher Meilensteine von 25 Jahren bedarf, um sich durch den Rückblick klar zu machen, wie lang die zurückgelegte Strecke ist,

und wie viele gute und schlechte Stationen man passiert hat. Ist es ein Beweis unserer Ungenügsamkeit oder der Dankbarkeit unseres Erinnerungs-vermögens, oder ist es nur mein Fehler, daß mir die gegenwärtige Station immer unbehaglicher erscheint als alle früheren, und daß man nicht aufhört, rastlos vorwärts zu treiben in Hoffnung auf eine bessere? Ich wünsche Dir von Herzen, daß Du wenigstens übermorgen Dein Fest mit der befriedigten Stimmung feierst, in der man dem Zeit-Postillon zurufen möchte: Schwager, fahr' sachte! Ich finde mich recht undankbar gegen Gott, daß ich zu dieser Stimmung des Behagens niemals gelange und doch nach meiner eigenen Einsicht soviel Grund dazu hätte, wenn ich an Frau und Kinder denke und vor allem an meine Schwester und an so manches andere in Staat und Haus Erstrebte, und wenn es erreicht war, nicht Gewürdigte. Ich hoffe, daß ich besser werde, wenn ich nicht mehr Minister bin, darauf muß ich alle vertrösten, die an mir zu tragen haben. Grüße O. und Deine Kinder herzlich.

Dein treuer Bruder
v. B.

Am 10. Oktober schrieb er wieder an Motley:

Brief vom 10. 10. 1869.

Mein lieber Motley, da ich sehr stolz darüber bin, daß Deine Damen mich photographiert zu sehen wünschen, so beeile ich mich, Dir zwei melancholische Civilisten und einen fetten malancholischen Herrn, der nicht ein bißchen bekümmert scheint durch all die Plage, der Minister und parlamentarische Thätigkeit unterworfen sind, zuzusenden. Ich müßte überaus zufrieden sein mit der Ehre ihrer Zulassung in die Albums der Damen; aber wenn Du so gut sein wolltest, mir eine Gegenleistung in männlichen und weiblichen Porträts zu machen, so würde ein solcher Akt von Herzensgüte meine häusliche Autorität vermehren und befestigen. Ich bin Dir für Dein rasches Vorgehen in der Sache Bancrofts sehr verbunden. Von Berlin schreibt man mir, daß nach seiner eigenen Meinung seine heimatliche Stellung eine sichere sei; aber es ist Thatsache, daß französischer Einfluß gegen ihn am Werke ist, und daß man in Paris glaubt, es sei gelungen, ihn abzusetzen. Ich verliere so sehr die Gewohnheit, englisch zu sprechen, da Loftus in Berlin der einzige Mensch ist, der mir dazu Gelegenheit giebt, und schreiben könnte ich es nie ohne Wörterbuch, da ich es nach dem Schall und aus der Uebung erlernt hatte. Entschuldige obigen Versuch, den ich als Schulexercitium für mich ansehe. Ich weiß nicht, ob ich bald nach Berlin gehe, vor dem 1. Dezember schwerlich. Ich möchte gern abwarten, ob mir der Landtag den Gefallen thut, einige meiner Kollegen zu erschlagen; wenn ich unter ihnen bin, so kommt die Schonung, die man mir gewährt, den anderen auch zu gut. Unsere Verhältnisse sind so sonderbar, daß ich zu wunderlichen Mitteln greifen muß, um Anbindungen zu lösen, die gewaltsam zu zerreißen mir manche Rücksichten verbieten. Jedenfalls hoffe ich, sobald ich wieder in der Stadt bin, Näheres über Deinen Urlaub zu hören und Gewißheit über die Zeit Deines Besuches zu bekommen; dann wollen wir uns einander einmal wieder in Logiers Haus an eine Schachpartie setzen und darüber streiten, ob Byron und Goethe miteinander in Vergleich zu stellen sind. Wir waren damals,

glaube ich, bessere Menschen in besseren Zeiten, d. h. jünger. Empfehle mich Deinen Damen.

Bismarcks Gesundheitszustand ließ dauernd zu wünschen übrig. So schreibt er an Roon:

Ich befinde mich in einem Zustande, den die Aerzte als Karlsbader Krisis bezeichnen und der mich vollständig erschöpft. Ich komme von dem Orte der Erleichterung gar nicht mehr los seit 2 Tagen, und ich werde zur leeren Flasche, wenn das morgen so beibleibt. Sitzen und Schreiben ist mehr, als ich ohne Uebermüdung heute leisten kann, und der königliche Herr, durch badische Familien-Korrespondenz gestachelt, schreibt mir eigenhändige Briefe, deren Beantwortung einen politisch-historischen Doktor-Kursus manu propria von mir verlangt. Diese badische Unruhe tölpelt in jede politische Berechnung störend hinein.

Brief vom 20. 11. 1869.

Eifrig ermahnt Roon den Freund:

Zum Schluß nur noch ein Wort freundlicher Ermahnung aus vollem Herzen. Wenn Sie nun durch das Karlsbader Wasser wirklich wieder zur Reinigung Ihres inwendigen Menschen und zur körperlichen Gesundheit gelangen, so dürfen Sie ohne grobe Versündigung nicht wieder in Ihr altes Lasterleben (Aufstehen zu Mittag, Schlafengehen nach Mitternacht, Massenspeisen am Tage, Arbeiten bei Nacht u. s. w.) verfallen. Sie sollen vielmehr Gott danken und dem Lande dienen mit der ganzen Fülle Ihrer Ressourcen — was Sie aber nicht vermögen, wenn Sie wiederum in den alten Pfuhl geraten. Sollte Ihre Energie nicht hinreichen, um Ihrer extravaganten Natur die Lebensführung eines ehrsamen deutschen Hausvaters aufzunötigen? Das müssen Sie können! Und das erbitte ich mit dem warmen Eifer wahrer Freundschaft als Ihr alter Roon.

Denkwürdigk. Roons III.

Und am 28. November antwortet Bismarck:

Die Karlsbader Mattigkeit verliert sich langsam, aber seit gestern reite ich doch wieder und habe mehr Zutrauen. Meine Frau schalt neulich, daß Sie kein Wort von den Ihrigen geschrieben, und meinte, Sie pflegten doch sonst nicht so ein herzloser Geschäftsmann zu sein: deshalb füge ich hinzu, daß es meinen Damen gut geht, meinem Schwiegervater etwas matt, Herbert einen Hieb über den Kopf hat und noch liegt, von Bill nichts bekannt.

Brief vom 28. 11. 1869.

So ging das Jahr 1869 zu Ende, das Schicksalsjahr brach an.

Schon in die Zeiten des Norddeutschen Bundes ragen tief hinein die Ahnungen der künftigen Entscheidung, die zwischen Deutschland und Frankreich fallen sollte. Das deutsche Vaterland war von schweren Wunden getroffen worden, die es sich mit eigener Hand hatte zufügen müssen, auf daß sein Schicksal sich erfülle. Diese Wunden zu heilen, die Entzweiten zu vereinen, die Brücke der Verständigung zu schlagen, die Empfindlichkeit des Besiegten zu schonen und den Gedanken an die preußische Führung volkstümlich zu machen,

das Haus, das gebaut war, wohnlich einzurichten auch für die, die noch außen standen, die wirtschaftliche Kraft zu stärken, die Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen zu heben — das war das Programm, das Bismarck sich vorgenommen hatte, und das er verwirklichte mit einer wunderbaren Kraft und mit jenem feinen Verständnis für die Imponderabilien der Volksseele, das nur einem gottbegnadeten Staatsmann eigen sein konnte. Vielleicht — wer kann die Möglichkeiten ermessen! — hätte schon damals, als die Luxemburger Frage den Krieg auf des Messers Schneide geführt hatte, die letzte Entscheidung gefällt werden können; sicher aber ist es, daß jetzt, wo die Arbeit von fast vier Jahren ihre Wirkung ausgeübt hatte, der Sieg nicht mehr zweifelhaft sein konnte, sondern so weit gesichert war, wie menschliche Kraft die Zukunft sichern kann. Alle Voraussetzungen waren gegeben; als der Frühling des Schicksalsjahres heraufzog, stand Deutschland gewaffnet da, nicht nur durch seine militärischen Schöpfungen, sondern auch durch den neuen Geist, der aus Bismarcks nationaler Heldenseele hinübergeflutet war über das Volk bis hinauf an die Gestade der Ostsee und tief hinab zu den ragenden Firnen der Alpen.

Siebentes Kapitel.

Vorspiel zum Kriege.

Im Frühling des Jahres 1870 hat Bismarck in einer Unterredung mit dem bekannten Staatsrechtslehrer Bluntschli sich über die allgemeine politische Lage ausführlich ausgesprochen.

Er sagte damals:

Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd! Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsere Generale haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Ueberfall bis nach Mainz und Coblenz kommen. Dann aber ist's aus, und sie stoßen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300 000 Mann zum Angriff, und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine größere Macht entgegensetzen. Im letzten Kriege hatten wir 640 000 Mann in Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren alle, bis auf die 36 jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es ist etwas anderes, für den eigenen Herd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

Möglich, daß die Franzosen durch Ueberraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Fall brauchen sie dafür doch jedenfalls 50 000 Mann, die sie dann an anderen Orten entbehren müssen, wo es zur Entscheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können,

aber geben Sie Ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äußersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schließlich gewinnen, und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden. Wenn nicht Gott uns ungünstig und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die größte Macht der Welt und hat nichts zu fürchten.

Oesterreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen, kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutschösterreicher wissen, daß der Krieg, der für Oesterreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre nationalen und parlamentarischen Errungenschaften bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, daß ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slawen sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Rußland Oesterreich gänzlich im Schach. Sie werden nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Oesterreich für ein Interesse, seine Existenz aufs Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müßte thun, was dieser vorschriebe.

Der Anlaß oder vielmehr der Vorwand zum Kriege konnte allerdings nicht vorausgesehen werden, wenn auch bereits im Jahre 1869 zum erstenmale der Gedanke an eine spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern auftauchte. Aber Bismarck ahnte das Nahen des Krieges bestimmt voraus, und er hat alles gethan, was im menschlichen Ermessen stand, zu sorgen, daß er mit dem Siege der preußischen Waffen endete. Das wichtigste aber war die Festigung der Brücke, die über den Main führte, und dieser Absicht war seine Thätigkeit bis zu dem Tage der Entscheidung gewidmet.

Neben Frankreich erhob sich mit Aufgebot aller Kräfte nur ein Gegner, Rom. Denn daß es sich bei Verkündung des Unfehlbarkeitsdogmas nicht allein um eine kirchliche Frage, sondern um eine Machtfrage ersten Ranges handelte, daß die thatkräftigen Sympathien des Klerikalismus sich vollständig auf die Seite Frankreichs stellten, hat Bismarck 5 Jahre später ausgesprochen:

Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das Konzil deshalb abgekürzt worden ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung, in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom wie auch anderswo auf den Sieg

der Franzosen wie auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise – ich will nicht sagen „katholischen“, sondern die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort berechtigter oder unberechtigter Weise thätig waren, den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Friede dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist: — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß.

Bis zuletzt war Bismarcks Thätigkeit der Erhaltung des Friedens geweiht. Noch am 1. Juni 1870 reiste er mit dem König Wilhelm nach Ems, um dort zugleich mit dem Zaren zusammenzutreffen. Der Eindruck der Versicherungen dieses mächtigen Mannes war so groß, daß der Staatsmann am Tage nach der Rückkehr an Roon beruhigt schreiben konnte:

Lieber Roon,

Brief vom 7. 6. 1870.

ich entfliehe morgen früh den Schlingen, die sich mit jedem Tage meines Bleibens stets von neuem um meine heimwärts strebenden Füße legen. Ich hoffe, daß wir uns Anfang August hier so wohl wiedersehen, wie wir es uns gegenseitig wünschen. Ich habe formell 6 Wochen Urlaub. Mit herzlichen Grüßen in Reisehast Ihr

v. B.

Als Bismarck diese Zeilen schrieb, waren also die Aussichten so freundlich als möglich. Noch am 30. Juni erklärte ja auch der französische Minister Ollivier im gesetzgebenden Körper: „Zu keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man nirgends eine Frage entdecken, die Gefahr bringen könnte.“

Da wurde die Hohenzollernsche Kronkandidatur von Spanien noch einmal angeregt; Bismarck sprach sich entschieden für die Annahme aus. Dennoch erfolgte abermals eine Ablehnung durch den Prinzen Leopold. Auch den Spaniern riet Bismarck, die Kandidatur nicht auf dem Umwege durch König Wilhelm zu betreiben, sondern lediglich mit dem Hohenzollern-Prinzen zu verhandeln. Am 14. Juni ging ein neuer Unterhändler zum Fürsten Anton nach Sigmaringen; jetzt wurde das Anerbieten angenommen, ohne daß die Meinung des

Königs eingeholt wurde. Nur als ein Akt der Courtoisie wurde König Wilhelm von der vollendeten Thatsache verständigt.

Ged. u. Er. II. Ein völkerrechtlicher Vorwand, urteilt Bismarck, für Frankreich, in die Freiheit der spanischen Königswahl einzugreifen, war schwer zu finden; er wurde, seitdem man es in Paris auf den Krieg mit Preußen abgesehen hatte, künstlich gesucht in dem Namen Hohenzollern, welcher an sich für Frankreich nichts Bedrohlicheres hatte als jeder andere deutsche Name. Im Gegenteil konnte man in Spanien sowohl als in Deutschland annehmen, daß der Prinz Leopold wegen seiner persönlichen und Familienbeziehungen in Paris eher persona grata sein werde als mancher andere deutsche Prinz.

Die Einmischung Frankreichs galt in ihren Anfängen spanischen, nicht preußischen Angelegenheiten, die Fälschung der Napoleonischen Politik, vermöge deren die Frage zu einer preußischen werden sollte, war eine international unberechtigte und provozierende und bewies mir, daß der Moment gekommen war, wo Frankreich Händel mit uns suchte und bereit war, dafür jeden Vorwand zu ergreifen, der brauchbar schien.

Von seiten unseres Auswärtigen Amtes waren die ersten schon unberechtigten Anfragen Frankreichs über die spanische Thronkandidatur am 4. Juli der Wahrheit entsprechend in der ausweichenden Art beantwortet worden, daß das Ministerium nichts von der Sache wisse. Es traf das insofern zu, als die Frage der Annahme der Wahl durch den Prinzen Leopold von Sr. Majestät lediglich als Familiensache behandelt worden war, die weder Preußen noch den Norddeutschen Bund etwas anging, bei der es sich nur um die persönliche Beziehung des Kriegsherrn zu einem deutschen Offizier und des Hauptes nicht der Kgl. Preußischen, sondern der Hohenzollernschen Gesamtfamilie zu den Trägern des Namens Hohenzollern handelte.

In Paris entstand sofort eine lebhafte Erregung, obwohl von vornherein kein Zweifel daran bestehen konnte, daß die preußische Regierung den privaten Unterhandlungen fern stand. Am 5. Juli folgte in der Kammer zu Versailles eine Interpellation, am Tage darauf antwortete der neue Minister des Auswärtigen, Herr von Gramont, unter stürmischem Beifall: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes (Spanien) uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht (Preußen), indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch zu ihrem Vorteil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte derangiere und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird. Sollte es aber anders kommen, so würden wir unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen haben." Und Ollivier fügte hinzu: „Wenn Sie über diese Erklärung nachgedacht haben, so werden Sie

sich überzeugen, daß sie keine Ungewißheit über den Gedanken der Regierung läßt, insofern es sich darum handelt, ob sie den Frieden will oder den Krieg herbeiführt." Ganz Paris tönte von Kriegsgeschrei wieder, Bismarck dagegen, der in Varzin weilte, dachte nicht im geringsten an diese Möglichkeit. Er meinte, daß Napoleon sich lediglich mit den Spaniern über die Kandidatur auseinanderzusetzen habe, nicht aber mit Deutschland. Um so erstaunter war er, als er Gramonts Rede kennen lernte, die doch in gröblichster Weise die Wahl zwischen Verzicht oder Krieg stellte, aber noch blieb er ruhig abwartend in Varzin.

Am 8. Juli abends traf Benedetti aus Wildbald in Ems ein. Er hatte die Ordre, den König aufzufordern, wenn nicht durch einen Befehl, so doch durch einen Ratschlag den Prinzen zum Rücktritt zu bewegen. Ein Geheimschreiben Gramonts erklärte jedoch gleichzeitig, die einzige Antwort, welche den Krieg verhindern könne, wäre diese: die königliche Regierung billigt die Annahme des Prinzen nicht und befiehlt ihm, diesen Entschluß zurückzunehmen, den er ohne ihre Erlaubnis gefaßt hat. Als Benedetti sich zum Könige begab und ihm Erklärungen gemäß der ihm aus Paris zugegangenen Ordre vorgetragen hatte, erklärte ihm der König mit würdevoller Bestimmtheit, er habe als Familienhaupt nur eine negative Rolle gespielt, indem er dem Prinzen die Annahme nicht untersagt habe, er könne jetzt seine Stellung als Familienhaupt nicht dahin geltend machen, den Prinzen zum Rücktritt zu nötigen. Unter der Hand erklärte sich jedoch der König bereit, sich mit dem Vater des Prinzen in Verbindung zu setzen. Von Paris erhielt Benedetti jedoch fortdauernd widersprechende Instruktionen. Die Hitze, die in den Köpfen der Pariser herrschte, schlug ihre Glutwellen auch in die Ministerien hinüber. Besonders Herr von Gramont drängte immer wieder auf eine schnelle Entscheidung, weil er glaubte, hinsichtlich der Mobilmachung mehrere Tage Vorsprung zu haben, die durch ein Hinauszögern verloren gehen könnten. „Wir sind durch die öffentliche Meinung von allen Seiten überflutet; wir zählen die Stunden; Sie müssen unbedingt darauf bestehen, die Antwort vom König zu erhalten, ja oder nein. Wir brauchen sie für morgen, übermorgen wäre es zu spät." So telegraphierte Gramont am 11. Juli. Benedetti verstärkte daher am nächsten Tage seine Sprache dem Könige gegenüber, aber der König blieb ruhig und antwortete nur: das Drängen Frankreichs

mache ihm den Eindruck, als sei es auf einen Konflikt abgesehen. Gleichzeitig ordnete der König an, daß der preußische Gesandte Herr von Werther sofort nach Paris auf seinen Posten zurückkehre und daß Bismarck so bald als möglich nach Ems komme. Bismarck reiste sogleich von Varzin ab. In Berlin hatte er alsbald eine Unterredung mit Roon und dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg, den er sofort nach Ems voraussandte. Am Abend dieses Tages, den 12. Juli, traf eine Botschaft des Herrn von Werther ein, nach welcher der spanische Gesandte amtlich dem Herzog von Gramont den Verzicht Leopolds angezeigt haben sollte. So gab Bismarck die Reise nach Ems auf, weil er den Kriegsfall für erledigt hielt. An die Gattin schrieb er daher, sie möge nicht nachkommen, vermutlich werde er in wenigen Tagen nach Varzin zurückkehren, ob noch als Minister, sei eine andere Frage. Denn Bismarck fürchtete immerhin, daß vielleicht doch in Ems eine allzugroße Nachgiebigkeit bewiesen worden sei, als daß er weiter als der Leiter der preußischen Politik bestehen könne.

Ged. u. Er. II. Ich entschloß mich, berichtet Bismarck, am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Sr. Majestät die Berufung des Reichstages behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Thür des Pfarrhofes und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend, und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provocationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Ich hielt diese Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden. . . . Ich glaubte nunmehr an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen. In gleichem Sinne sprach ich auch mit dem Kriegsminister v. Roon: wir hätten die französische

Ohrfeige weg und wären durch die Nachgiebigkeit in die Lage gebracht, als Händelsucher zu erscheinen, wenn wir zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten. Meine Stellung sei jetzt unhaltbar und das eigentlich schon dadurch geworden, daß der König den französischen Botschafter unter dem Drucke von Drohungen während seiner Badekur vier Tage hintereinander in Audienz empfangen und seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen fremden Agenten ohne geschäftlichen Beistand exponiert habe. Durch diese Neigung, die Staatsgeschäfte persönlich und allein auf sich zu nehmen, war der König in eine Lage gedrängt worden, die ich nicht vertreten konnte; meines Erachtens hätte Se. Majestät in Ems jede geschäftliche Zumutung des ihm nicht gleichstehenden französischen Unterhändlers ablehnen und ihn nach Berlin an die amtliche Stelle verweisen müssen, die dann durch Vortrag in Ems oder, wenn man dilatorische Behandlung nützlich gefunden, durch schriftlichen Bericht die Entscheidung des Königs einzuholen gehabt haben würde. Daß der König sich nicht mit dem ihm in so großem Maße eigenen Gefühle seiner hoheitvollen Würde der Benedettischen Aufdringlichkeit von Hause aus entzogen hatte, davon lag die Schuld zum großen Teile in dem Einflusse, den die Königin von dem benachbarten Coblenz her auf ihn ausübte. Er war 73 Jahre alt, friedliebend und abgeneigt, die Lorbeeren von 1866 in einem neuen Kampfe auf das Spiel zu setzen; aber wenn er vom weiblichen Einflusse frei war, so blieb das Ehrgefühl der Erben Friedrichs des Großen und des preußischen Offiziers in ihm stets leitend. Gegen die Konkurrenz, welche seine Gemahlin mit ihrer weiblich berechtigten Furchtsamkeit und ihrem Mangel an Nationalgefühl machte, wurde die Widerstandsfähigkeit des Königs abgeschwächt durch sein ritterliches Gefühl der Frau und durch sein monarchisches Gefühl einer Königin und besonders der seinigen gegenüber. Man hat mir erzählt, daß die Königin Augusta ihren Gemahl vor seiner Abreise von Ems nach Berlin in Thränen beschworen habe, den Krieg zu verhüten im Andenken an Jena und Tilsit. Ich halte die Angabe für glaubwürdig bis auf die Thränen.

Die Dinge gingen anders. Als der Rücktritt Leopolds in der Kammer bekannt wurde, erfolgte die Interpellation darüber, welche Bürgschaft sich das Kabinett ausbedungen habe, um die Wiederkehr ähnlicher Verwickelungen mit Preußen zu verhüten. Gleichzeitig forderte Gramont von Benedetti, er solle alle Geschicklichkeit aufbieten, um festzustellen, daß der Verzicht des Prinzen ihm durch den König oder seine Regierung angekündigt sei, die Beteiligung des Monarchen müsse um jeden Preis zugestanden werden. Er wollte also durch neue Zumutungen Preußen demütigen oder zum Kriege treiben. Dem preußischen Gesandten in Paris erklärte er, er sehe die Entsagung des Prinzen als Nebensache an, vielmehr müsse König Wilhelm dem Kaiser Napoleon in seinem Briefe es aussprechen, daß

er nicht beabsichtigt habe, den Interessen oder der Würde des französischen Volkes zu nahe zu treten. Gramont setzte den Entwurf sofort auf, und Werther war schwach genug, denselben entgegenzunehmen. Als die Depesche Werthers anlangte, sagte der alte Abeken nur: „Das hätte ich nicht geglaubt, daß der arme Werther ein solches Ende nehmen würde; diese Depesche kann ich dem Könige gar nicht vortragen."

Wir folgen in der Darstellung der weiteren Vorgänge in Ems zunächst den Denkwürdigkeiten Heinrich Abekens, der damals nicht nur zur nächsten Umgebung des Königs gehörte, sondern durch dessen Hand auch sämtliche Schriftstücke gingen, der also der sicherste Zeuge für einen Teil der Ereignisse jener Tage ist. Nach Empfang der politischen Depesche nahm er seinen Hut und ging zu Graf Eulenburg, welcher inzwischen angekommen war. Dieser konnte zwar nicht viel mehr thun, als zusehen, wie andere arbeiteten, da er die Fäden der Dinge nicht in der Hand gehabt. Jedenfalls aber war es dem Könige angenehm und notwendig, in diesem kritischen Augenblick einen Minister um sich zu haben, dessen Gesellschaft ihm lieb war:

H. Abeken, Ein schlichtes Leben.

Graf Eulenburg stimmte Abeken bei, daß die Depesche nicht geeignet sei, dem Könige vorgetragen zu werden. Da indes mitgeteilt werden mußte, daß Nachrichten von Paris eingegangen seien, begaben sich beide zu Sr. Majestät.

Abeken sagte nun, er habe eine Depesche von Werther, sie sei aber nicht geeignet, dem Könige von Preußen vorgetragen zu werden; er könne sie in seinem Amte nicht vortragen, da er sicher sei, daß es Graf Bismarck nicht thun würde. „Nun", meinte der König, „dann nehmen Sie an, wir seien für einige Zeit Privatleute."

Bald darauf kam ein Telegramm von Bismarck, die Werthersche Depesche sei dem Könige nicht vorzutragen; die letztere selbst ist nachher durch alle Zeitungen gegangen.

Am 13. Juli folgte der berühmte Vorgang auf der Emser Promenade. Die Depesche, welche hierbei eine Rolle spielte, steht auf einem Extrablatt der Kölnischen Zeitung, dessen Inhalt lautet:

Sigmaringen, den 12. Juli 1870.

Als bestimmt wird gemeldet: Prinz Leopold entsagt der Kronkandidatur Spaniens, den Gefühlen folgend, welche es ihm als preußischem und deutschem Offizier unmöglich machen, um seiner Person willen Deutschland in den Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen.

Paris den 12. Juli 1870, nachmittags.

Hausse: Rente 69/75. Man hält den Frieden für gesichert.

Darunter steht von Abekens Hand geschrieben:

„Dies Blatt wurde mir am Mittwoch den 13. Juli morgens auf der Brunnenpromenade in Ems von dem Badeinspektor, Revisionsrat Baumann, gegeben: ich gab es sogleich Seiner Majestät dem König, und dieser gab es dem Prinzen Anton Radziwill, dem Generaladjutanten des Königs, um es dem ebenfalls auf der Promenade befindlichen Grafen Benedetti zu bringen. Letzterer benutzte dann diesen Anlaß, um Seine Majestät den König anzureden und ihm die unverschämten Vorschläge wegen einer Garantie zu machen. Das Blatt wurde mir am Tage vor der Abreise von Seiner Majestät dem Könige mit dem Bemerken zurückgegeben, daß ich es der historischen Erinnerung wegen vielleicht würde aufbewahren wollen."

Unter den zahllosen Telegrammen, welche einliefen, war ein sehr langes, aus welchem Abeken sich mit Mühe entziffern mußte, Bismarck fände sein letztes Telegramm an ihn zu lang. Er steckte den Verweis ganz bescheiden ein und sagte: „Bismarck hat recht, es war zu lang und darum nicht einmal klar, nachher fand ich es selbst, aber im Augenblick hatte ich keine Zeit, ein kürzeres zu machen." Ebenso mißverstand Abeken nie die Korrekturen, die Bismarck in seinen politischen Arbeiten machte, sondern meinte, er habe durch jede neue Verbesserung von ihm gelernt. Erfreut hat es ihn freilich, wenn in den letzten Jahren wenig oder nichts geändert wurde.

Abeken berichtete ausführlich an Bismarck telegraphisch am 13. Juli 3 U. 50 M. nachmittags:

„Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Brunnenpromenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich mich für alle Zukunft verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten Karl Anton bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch seinen Adjutanten sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unserem Gesandten als der Presse mitgeteilt werden sollte."

In dem veröffentlichten Auszuge lautet das Telegramm: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spani-

schen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Die Redaktion der Emser Depesche durch Bismarck hat eine Flut von Schmähungen auf ihn wachgerufen; vor allem hat sozialdemokratische Niedertracht es versucht, dem Staatsmanne eine Fälschung des Aktenstückes vorzuwerfen. Abekens Darstellung widerlegt diese Auffassung am sichersten. Auch Sybel und mit ihm die gesamte deutsche Geschichtsschreibung erklärt, daß die Natur der Sache selbst den Abdruck aller in Abekens Depesche erwähnten Einzelheiten verbot. Bismarcks Depesche blieb durchaus innerhalb der Grenzen der königlichen Weisung, aber freilich war der Eindruck durch die kürzere Fassung der Form und die Weglassung aller motivierenden Umstände gründlich verwandelt. Seit acht Tagen hatte Frankreich mit lärmenden Kriegsdrohungen eine Demütigung des Königs gefordert; jetzt erschien ohne Erläuterung noch Begründung die Abfertigung durch den deutschen Monarchen vor den Augen aller Welt als der definitive Abschluß der ganzen Verhandlung.

Das empfand Bismarck mit großer Befriedigung und er hat es sicherlich gewollt. Als Abekens Depesche eintraf, saß Bismarck mit Roon und Moltke bei Tisch und entwickelte ihnen seine Ansichten. Weiter schildert der Kanzler die denkwürdige Scene:

Ged. u. Er. II. Beide waren sehr niedergeschlagen und machten mir indirekt Vorwürfe, daß ich die im Vergleiche mit ihnen größere Leichtigkeit des Rückzuges aus dem Dienste egoistisch benutzte. Ich vertrat die Meinung, daß ich mein Ehrgefühl nicht der Politik opfern könne, daß sie beide, als Berufssoldaten wegen der Unfreiheit ihrer Entschließung nicht dieselben Gesichtspunkte zu nehmen brauchten als ein verantwortlicher auswärtiger Minister. Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnere, von ungefähr 200 Gruppen, aus Ems, von dem Geheimrat Abeken unterzeichnet, in der Uebersetzung begriffen sei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majestät redigiert und unterzeichnet hatte, las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß

sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenstückes verweilte ich bei der einen Auftrag involvierenden Ermächtigung Seiner Majestät, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitzuteilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in Bezug auf das Maß seines Vertrauens auf den Stand unserer Rüstungen, respektive auf die Zeit, deren dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden. Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruches keinen Vorteil für uns erwarte; selbst wenn wir zunächst nicht stark genug sein sollten, sofort alle linksrheinischen Landesteile gegen französische Invasion zu decken, so würde unsere Kriegsbereitschaft die französische sehr bald überholen, während in einer späteren Periode dieser Vorteil sich abschwächen würde; er halte den schnellen Ausbruch im ganzen für uns vorteilhafter als eine Verschleppung . . .

Nachdem ich die Depesche redigiert hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen anderen Klang, vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung." Ich erläuterte: „Wenn ich diesen Text, welcher keine Aenderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrages sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhaltes, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und anderen ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffenen seien, und die gallische Ueberhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Oeffentlichkeit, so weit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten" . . .

Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen." Moltke trat soweit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: „Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher ‚die alte Karkasse' der Teufel holen." Er war damals hinfälliger als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzugs überleben werde.

Am 14. Mai 1891 veröffentlichte Roons Sohn eine Erklärung aus den Aktenstücken seines Vaters, in der er feststellt, daß der König selbst Bismarck ermächtigt habe, den Text nach Ermessen ganz oder teilweise zu veröffentlichen.

Nicht Bismarck, sondern Gramont hatte, wie sich der preußische Staatsmann einmal ausdrückte, „die Laus zum Skorpion aufgeblasen".

Sogar Herr v. Caprivi hat sich am 22. November 1892 genötigt gesehen, öffentlich festzustellen, daß Bismarck richtig gehandelt habe. Bismarck hat sich über diese Vorgänge später wiederholt ausgesprochen, vor allem zu dem Franzosen des Houx:

Leipz. N. N. v. 14. 12. 1892.

Es war mir nicht in den Sinn gekommen, daß die Wahl des Prinzen von Hohenzollern Napoleon beleidigen könne. Der Vater des Prinzen war der Freund des Kaisers, sein Großvater durch die Heirat einer Prinzessin Murat mit der Familie Bonaparte verwandt, und so glaubte ich im Gegenteil, daß die Nachbarschaft der kaiserlichen Regierung angenehm sein würde. Für uns Deutsche war der Vorteil, in Madrid einen König unserer Nation zu haben, von sehr mittelmäßiger Bedeutung. Zwischen Deutschland und Spanien liegen nicht nur die Pyrenäen, sondern auch Frankreich; wir können von Spanien nie etwas anderes als Handelsvorteile erwarten, und niemals habe ich in meinen Beziehungen mit diesem Lande etwas anderes gesucht, als einen leichteren Warenmarkt für unsere nationale Produktion. Wenn man in Frankreich glaubte, wir suchten die Allianz Spaniens, um Frankreich an seiner Südostgrenze Verlegenheiten zu bereiten, so täuschte man sich vollständig, ebenso wie man in Paris in Alfonso XII. weniger den König von Spanien als den preußischen Offizier auspfiff. Ich habe niemals geglaubt, daß im Kriegsfalle zwischen uns Spanien eine Diversion gegen die französischen Grenzen schaffen könne, welche wichtig genug wäre, um uns zu interessieren. Zwei Divisionen genügen, um die Pyrenäen-Uebergänge zu bewachen, und das ist nicht der Rede wert. Ich verstehe Ihren Schrecken dieserhalb in Frankreich nicht. In jenem Falle wie in dem anderen, haben Sie dort nicht das richtige Gefühl Ihrer Stärke? Herr v. Freycinet, der gewandteste Kriegsminister, den Sie jemals gehabt haben, wird mir nicht widersprechen.

Ich war also weit entfernt davon, zu denken, daß die Annahme des Prinzen Hohenzollern zum Vorwande für einen Krieg mit Frankreich werden könne. Am 6. Juli 1870 befand ich mich hier in Varzin ruhig wie in Arkadien. Da schickte man mir den Bericht über die Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Ich glaubte zu verstehen, angesichts der Nichtigkeit des angerufenen Motivs, daß in Frankreich die Absicht bestehe, uns zu bekriegen. Ich war vom Kopf bis zu den Füßen erschüttert. Es drängte mich, den König aufzufinden, ihm den Ernst der Lage darzulegen, die Notwendigkeit, Rüstungen vorzunehmen und den offenbaren Entschluß der kaiserlichen Regierung, mit uns Streit zu suchen. Ich war durch zwei Dinge besonders irritiert: erstens mißfiel es mir, daß Graf Benedetti in Ems direkt mit dem Könige unterhandelte. Außerdem erhielt ich aus Paris Nachrichten, welche mich reizten. Unser Botschafter dort war Freiherr v. Werther, der auch 1866 Botschafter in Wien war. Er zog den Blitz an, aber nicht nach Art der Blitzableiter. Ich erfuhr, daß er den Text eines Briefes entgegengenommen, dessen Unterzeichnung man dem König aufdrängen wollte. Dieser Brief war in solchen Ausdrücken abgefaßt, daß

man sagen konnte: „Preußen buckt sich“ (wörtlich: La Prusse cane; caner = heulend den Schwanz zwischen die Beine nehmen und davonlaufen).

Die Fürstin, welche der Unterhaltung beiwohnte, unterbrach uns hier. „Welche wunderbare Sprache Sie sprechen?! Was bedeutet das Wort? Wie schreibt es sich?“ Und ich mußte der Fürstin eingehend diesen spezifisch Pariser Ausdruck erklären.

Ja, fuhr der Fürst fort, Preußen durfte sich nicht bucken. Ich war der Ansicht, daß man alle mit der Ehre vereinbare Zugeständnisse mache, um den Augenblick des Krieges noch hinauszuschieben, obwohl wir vollständig bereit waren. Ich habe diese Veranlassung niemals als genügend betrachtet, um daraufhin den Krieg zu erklären; aber andererseits hatten wir keine Ursache, vor der Drohung zurückzuweichen. Wir wußten uns stark genug, um Herren unserer eigenen Entschlüsse zu sein. Ich berief sofort Herrn v. Werther ab. Man hat das für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen gehalten. Das war es durchaus nicht. Ich berief ihn zurück, weil er die Unterhandlungen in St Cloud eine Wendung nehmen ließ, welche mir nicht zusagte und die erniedrigend für mein Land war. Inzwischen war, wie Sie wissen, Herr Benedetti beauftragt, vom Könige dessen Unterschrift für ein die Zukunft bindendes Engagement zu fordern: „Die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern.“ Der König weigerte sich, wie bekannt, und dieser Vorgang wurde durch eine sehr lange, recht dunkle Depesche mitgeteilt, welche mir zukam, ehe sie an die übrigen Regierungen gesandt wurde. Diese Depesche ist es, deren Redaktion ich geändert, wie es mein Recht als Minister des Auswärtigen war, und zwar, indem ich sie kürzer, kategorischer und klarer machte, ohne aber irgendwie den eigentlichen Inhalt zu berühren, ohne irgend ein Wort anzufügen, das nicht wahr gewesen wäre. Ich erinnere mich nicht mehr der genaueren Ausdrücke meiner Depesche, aber sie enthielt die Zustimmung des Königs, mit welchem ich mich an jenem Tage nicht in Meinungsverschiedenheit befand. Ich habe das Bewußtsein, daß ich damals, soweit es in meiner Macht stand, die Würde meines Souveräns und diejenige meines Landes geschützt habe. Waren die Debatten des gesetzgebenden Körpers und volkstümliche Manifestationen von ganz Paris und Frankreich nicht Drohungen und Herausforderungen? Konnten wir unter solchen Umständen befehlshaberische Forderungen unterschreiben?!?

Glauben Sie, der Krieg wäre vermieden worden, wenn ich diese Depesche unverändert gelassen? Glauben Sie, das Schicksal der Welt hätte an einer redaktionellen Frage gehangen? Wurde etwa der Grund der Dinge durch die Worte eines Telegramms geändert?

Niemals standen die beiden Persönlichkeiten des ersten Kaisers und seines Kanzlers in so plastischer Würde und Größe vor uns wie in jenen Tagen. Gerade damals, als die Emser Depesche wie ein Blitzstrahl niederfuhr, hat die Eigenart der beiden Männer, die sich so herrlich ergänzten, sich am deutlichsten bewährt. In ernster Würde, aber stets in der sehnenden Hoffnung, den Frieden zu erhalten, hat König Wilhelm gehandelt; aber in jeder Handlung, in

jedem Worte, das er sprach, lag auch der feste Wille, seine Ehre und die Ehre der Nation entschlossen zu verteidigen. Aber einen jähen Abbruch wollte er nicht vollziehen, er wollte vor allem die Stellung der Abwehr nicht preisgeben. Sein Kanzler aber sah in jenem entscheidenden Augenblick weiter, er wollte das notwendig Gewordene zu einer Zeit vollziehen, da sein Vaterland stärker war als der Feind. Er hatte im höheren Sinne stets recht gehabt, auch unter der Voraussetzung, daß er diesen Krieg von vornherein gewollt und angelegt haben sollte; in dieser Stunde aber hatte er unter allen Voraussetzungen recht. Und so hat der Historiker recht, der zusammenfassend das Urteil fällt, daß in jener Zeit großer Entscheidung König und Kanzler überaus glücklich zusammenwirkten: Was der erste versäumte, holte noch eben im richtigen Zeitpunkte der zweite nach. Behauptet hat damals auch Wilhelm seinen Stand, indem er bis zu der äußersten Grenze würdiger Nachgiebigkeit ging; da Bismarck die befreiende That durch die flammende Fassung der Depesche vollbrachte, schuf er den hohen Vorteil, daß dank dem Verhalten seines Königs dieser selbst und sein Volk und die ganze Welt Deutschland recht gaben und in Deutschland den maßlos Herausgeforderten erblickten.

Die Geschichte der Emser Tage ist typisch für die Geschichte der beiden herrlichen Männer, die ein gütiges Geschick einst zu Deutschlands Heile nebeneinander gestellt hat. Sie gehören zusammen, der Herr wie sein treuer deutscher Diener, und zusammen werden sie fortleben durch die Jahrtausende, nicht einander in den Schatten stellend, sondern mit dem eigenen Lichte den Glanz des anderen noch mehrend.

Achtes Kapitel.

Bis Sedan.

Auf die Frage, die Jules Favre in Versailles an Bismarck richtete, mit wem Deutschland denn nach Sedan noch Krieg führe, antwortete der Staatsmann: „Mit Ludwig XIV." In der That galt der Krieg, der so schwere Blutopfer kostete, nicht nur dem Frankreich der Gegenwart, sondern auch dem Frankreich der Vergangenheit, das seit Jahrhunderten ein Recht zu haben glaubte, von der deutschen Schwäche und Zerklüftung alles zu fordern.

In der französischen Kammer versicherte der Kriegsminister Leboeuf, daß das französische Heer archiprête, „erzbereit" sei. Die Kaiserin Eugenie betonte triumphierend „c'est ma guerre à moi." In den Veröffentlichungen Bismarcks erblickte Herr v. Gramont eine schwere Beleidigung. Benedetti, der am 15. Juli in Paris eintraf, wurde zu dem Ministerrat hinzugezogen, und in der Kammer wurden Erklärungen abgegeben, die durch eine ungeheure Lügenhaftigkeit den Eindruck der Depesche noch verstärkten. Bismarck hat sich hierüber in der Reichstagssitzung vom 20. Juli ausführlich ausgesprochen, dort stellte er auch fest, daß die preußische Regierung

von Frankreich in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten habe, die Kriegserklärung.

Die Wirkung der Emser Depesche ist bekannt; der nationale Strom erbrauste und ergriff alle. Am 15. Juli kehrte König Wilhelm von Ems nach Berlin zurück, die ganze Reise war ein beispielloser Triumphzug. Der Kronprinz, Bismarck, Roon und Moltke reisten ihm bis Brandenburg entgegen, um über die Lage Vortrag zu halten. Inzwischen sammelten sich auf dem damaligen Perron des provisorischen Potsdamer Bahnhofs diejenigen Personen, welche den König bei seiner Heimkehr zu empfangen hatten, an ihrer Spitze der greise Feldmarschall Wrangel. Außerhalb des Bahnhofs aber drängte sich eine begeisterte Volksmasse Kopf an Kopf. Da trat Unterstaatssekretär von Thile an den alten Marschall heran, er brachte die neuesten offiziellen Depeschen, welche das auswärtige Amt soeben aus Paris erhalten hatte. Das war zwar noch keine Kriegserklärung — offiziell wurde sie erst am 19. Juli überreicht, aber materiell waren die Nachrichten einer solchen völlig gleich zu achten.

Denkwürdigk. Roons.

In noch erhöhter, beispielloser Spannung, so erzählt Roons Sohn, der Augenzeuge dieser Scene war, erwartete man nun die Ankunft des Königs, welcher selbst von diesen Depeschen noch keine Kenntnis haben konnte, da seit Brandenburg die Fahrt nicht unterbrochen worden war.

Beim Einlaufen des Zuges eilte Herr v. Thile dem Könige entgegen; und da er diesen sowie Bismarck, welche von den Umstehenden umringt waren, zuerst nicht erreichen konnte, um seine Meldungen zu machen, so wandte er sich zunächst an Roon, der eben den Wagen verließ, und machte ihm leise obige Mitteilungen. „Nun, dann wollen wir es ihnen bestens besorgen“ — war Roons von den Umstehenden vernommene Antwort darauf. Und nun folgte in dem unscheinbaren Raume, welchen der provisorische Bahnhof als königliches Wartezimmer dargeboten hatte, und zwar in der Mitte desselben, unter dem historischen Kronleuchter eine kurze Beratung. Um den König waren Bismarck, Roon und Moltke gruppiert, Thile in der Nähe des ersteren; der Kronprinz, halb seitwärts neben dem Könige, stand da wie ein flammender Kriegsgott, das Urbild des teutonischen Zornes, mit zurückgeworfenem Haupte und drohend erhobener Rechten. Die meisten der dort gewechselten Worte blieben freilich unhörbar für die Fernerstehenden; doch zuweilen vernahm man Roons so besonders tiefe und dröhnende Stimme: „Jawohl, Majestät!“ — „das hat keine Schwierigkeiten“ — „es ist alles vorbereitet, Majestät!“ — und nun sah man den Kronprinzen leuchtenden Auges hinauseilen zu der brausenden Menge da draußen, welche seinen Zuruf: „Die Mobilmachung der Armee ist befohlen!“ mit Tausenden von Stimmen weiter fortpflanzte. Und in der That hatte der greise Kriegsherr soeben diese Entscheidung ausgesprochen. Die zweifelhafte Hoffnung, welche seine Friedensliebe bisher und auch während der Fahrt

von Brandenburg nach Berlin noch festgehalten hatte, — sie mußte, davon hatte der Monarch sich jetzt überzeugt, nach den soeben eingetroffenen Depeschen völlig aufgegeben werden, und nun zögerte er auch keinen Moment mehr, den so frevelhaft hingeworfenen Handschuh aufzuheben.

Während der König in tiefer Bewegung und zugleich erquickt durch die jubelnden Zurufe der in treuer Zuversicht begeisterten Volksmassen sein Palais erreichte, trat Roon zunächst im Kriegsministerium mit den Generalen v. Moltke, v. Podbielski und einigen anderen Offizieren zu einer Besprechung und Vorbereitung der erforderlichen Maßregeln zusammen. Alsdann erfolgte in den Abendstunden der letzte entscheidende Vortrag bei des Königs Majestät; und bald nachdem Moltke und Roon gegen Mitternacht das Palais verlassen hatten, flog der von des letzteren Hand geschriebene kurze Befehl — als das Resultat jener Beratung — durch den Telegraphen hinaus in alle deutschen Gaue:

„Die Armee ist planmäßig mobil zu machen."

Auf den 19. Juli war der Reichstag einberufen. Schon vorher hatte Bismarck im Bundesrat erklärt:

Hahn, Bismarck.

Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der französischen Regierung obliegende Bürgschaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohung des Friedens und der Wohlfahrt Europas. Und der sächsische Minister v. Friesen erklärte darauf im Namen seiner Regierung und aller übrigen Bundesregierungen: „das Einverständnis mit allen bisherigen Schritten des Bundespräsidiums und mit der von Preußen kundgegebenen Auffassung der Sachlage. Frankreich will den Krieg. Möge derselbe denn möglichst schnell und kräftig geführt werden!"

Am 60. Jahrestage des Todes der Königin Luise wurde der Reichstag mit einem Gottesdienst eröffnet. Der Text der Predigt lautete: „Mit Gott wollen wir Thaten thun", dann fand die Verlesung der Thronrede, die Bismarck verfaßt hatte, im Weißen Saale des Schlosses statt. Der König verlas sie mit tiefbewegter Stimme, neunmal vom Jubel der Abgeordneten und der Tribüne unterbrochen. Die Rede schloß mit den Worten:

Thronrede vom 19. 7. 1870.

Die spanische Thronkandidatur hat dem Gouvernement des Kaisers der Franzosen den Vorwand geboten, in einer dem diplomatischen Verkehre seit langer Zeit unbekannten Weise den Kriegsfall zu stellen und denselben, auch nach Beseitigung jenes Vorwandes, mit jener Geringschätzung des Anrechtes der Völker an die Segnungen des Friedens festzuhalten, von welcher die Geschichte früherer Beherrscher Frankreichs analoge Beweise bietet. Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug sie es nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung

mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Je mehr die verbündeten Regierungen sich bewußt sind, alles was Ehre und Würde gestatten, gethan zu haben, um Europa die Segnungen des Friedens zu bewahren, und je unzweideutiger es vor aller Augen liegt, daß man uns das Schwert in die Hand gezwungen hat, mit um so größerer Zuversicht wenden wir uns, gestützt auf den einmütigen Willen der deutschen Regierungen des Südens wie des Nordens, an die Vaterlandsliebe und die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mit dem Aufrufe zur Verteidigung seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war.

Um 2¼ Uhr eröffnete der Präsident Simson die erste Sitzung und erteilte nach Ernennung des provisorischen Bureaus das Wort „zu einer Mitteilung“ dem Reichskanzler. Bismarcks Rede war kurz:

Rede vom 19. 7. 1870.

Ich teile dem hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat. (Stürmisches, nicht endenwollendes Bravo, Hochrufen und Händeklatschen von allen Seiten des Hauses und den Tribünen.)

Nach den Worten, die Se. Majestät der König soeben an den Reichstag gerichtet hat, füge ich der Mitteilung dieser Thatsache nichts weiter hinzu! (Begeistertes Bravo! auf allen Seiten.)

Am nächsten Tage nahm der Reichstag ohne Diskussion die von Miquel verfaßte Adresse an, am Nachmittag hielt Bismarck die berühmte Rede, in der er die Schuld und die Fälschungen und Lügen Frankreichs nachwies. Einstimmig wurde auch die Kriegsanleihe von 120 Millionen bewilligt, nur Liebknecht und Bebel hatten sich ausgeschlossen. Der Präsident Simson aber fügte die Schlußworte hinzu:

Die Arbeit der Volksvertretung ist soweit für diesesmal vollbracht. Nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen! Möge der Segen des allmächtigen Gottes auf unserem Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege! Der oberste Bundesfeldherr, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch — und abermals hoch — und immerdar hoch!!!

Die Abstimmung des Reichstages war nur der Abglanz der im ganzen Deutschland herrschenden Stimmung. Eine bezeichnende Scene ereignete sich schon unmittelbar nach König Wilhelms Ankunft: Als er unter brausendem „Hurra“ nach seinem Palais gefahren war, drängte auch hier die Menge hochrufend und die Preußenhymne

singend. Da erschien gegen 11 Uhr ein Offizier auf der Rampe: „Se. Majestät halten Kriegsrat und lassen um Ruhe bitten." Sofort ertönte es drunten: „der König will Ruhe haben" und in 2 Minuten war die Menge wie weggeweht, und der weite Platz lag in stiller Einsamkeit. Noch in der Nacht gingen die Befehle zur Mobilmachung hinaus an die Truppen und die Depeschen an die süddeutschen Verbündeten. Bis in die entlegensten Gehöfte verbreitete sich der Ruf „zu den Waffen", er drang zu den Hütten und Palästen, und überall weckte er den gleichen mutigen Aufschwung. Der ideale Gedanke der deutschen Einheit wirkte zusammen mit der realen Gefährdung aller privaten Verhältnisse. Auch in Bayern erwachte patriotische Begeisterung; in der Kammer herrschte zwar eine ultramontane Majorität, deren publizistische Organe sich heftig gegen einen Krieg an Preußens Seite erklärten, aber unter dem Eindruck der Thatsachen stimmten 101 gegen 47 Stimmen dennoch für den Krieg, und so wie hier siegte überall der nationale Gedanke.

Noch eines that Bismarck. König Georg von Hannover hatte den Gedanken gehabt, eine „Legion" gegen Deutschland mobil zu machen. Eine Reihe früherer hannoveranischer Offiziere befand sich in Frankfurt. Ihnen schaffte Bismarck nicht nur volle Amnestie, sondern er sorgte auch dafür, daß ihnen eine lebenslängliche Pension vom Könige zugesichert wurde.

Es ist ein Zeichen der klugen von Bismarck befolgten Politik, daß der Krieg gegen Frankreich geführt werden konnte ohne das Eingreifen irgend einer anderen Macht, und daß vor allen Dingen die preußischen Kräfte nicht zersplittert zu werden brauchten durch eine Aufstellung nach Osten hin. Gerade Rußland hielt sich durchaus in den Grenzen einer freundlichen Neutralität. Wir werden später sehen, wie dieses Land die Zufälle des Krieges benutzte, um am Schwarzen Meere die unleidliche Stellung, die ihm der Krimkrieg zugewiesen hatte, zu verbessern. Auch Italien verhielt sich ruhig; drei Jahre später erklärte Victor Emanuel dem König Wilhelm bei einem Besuch in Berlin, er sei thatsächlich im Begriff gewesen, die Waffen zu ergreifen, aber der Widerwille seines Volkes und die Schnelligkeit der Siege Preußens hätten die Ausführung der Absicht unmöglich gemacht. Die Veröffentlichung der bereits erwähnten perfiden Vorschläge Napoleons durch Bismarck, die um so beweiskräftiger war, als sie im Facsimile erfolgte, erweckte nicht nur die Entrüstung der

Völker, sondern auch die der Regierungen; das Märchen, daß Benedetti den Entwurf unter dem Diktat Bismarcks geschrieben habe, fand nirgends Glauben, obwohl Gramont und sein Gesandter in amtlicher Darlegung diese Behauptung aufstellten. Die französischen Staatsmänner wurden vollständig zermalmt, als der eiserne Kanzler in einem Rundschreiben den Begleitbrief in photographischer Nachbildung mitteilte, in dem Benedetti erklärte, jenen Vertragsentwurf von Napoleon aus Vichy erhalten zu haben.

Der 27. Juli war ein Bettag für ganz Deutschland. Herzog Ernst von Coburg, der in diesen Tagen nach Berlin geeilt war, schreibt die wenigen Worte: „So traf ich den König, den Kronprinzen, Bismarck, Moltke und Roon, alle in einem großen ernsten Geiste einig und vereint, im Rechtsgefühl erstarkt, im Pflichtbewußtsein hoch, in begeisterter Entschlossenheit mit Hunderttausenden verbunden, das Leben einzusetzen für des Reiches Ehre."

Am 31. Juli 1870, nachmittags $5^1/_2$ Uhr, fuhr der Kanzler, nachdem er einige Tage vorher auf seinem Zimmer das heilige Abendmahl genommen, begleitet von Gemahlin und Tochter nach dem Bahnhof, um sich mit dem Könige zunächst nach Mainz und dann auf den Kriegsschauplatz zu begeben. Die beiden Söhne weilten bei ihren Regimentern, sie nahmen als Kämpfer am Kriege teil. Am 2. August erfolgte der Armeebefehl des Königs: „Ich ziehe getrost in einen Kampf, den unsere Väter in gleicher Lage einst ruhmvoll bestanden. Mit Mir blickt das ganze Vaterland vertrauensvoll auf Euch. Gott der Herr wird mit unserer gerechten Sache sein."

Am 4. August schon traf die Nachricht vom ersten ruhmvollen Kampfe bei Weißenburg ein, am 6. August war der Tag von Spichern und schnell folgten einander die Siege der deutschen Waffen. Am 11. überschritt das große Hauptquartier und mit ihm Bismarck die französische Grenze. In St. Avold war Bismarcks erstes Quartier. Die Besitzer fast sämtlicher Grundstücke waren geflohen, auch Bismarcks Quartierwirt. Ueber dieses erste Quartier in der Fremde erzählt ein Begleiter:

Abends nach 7 Uhr aßen wir mit dem Grafen in der an dessen Zimmer anstoßenden kleinen Stube, deren Fenster sich auf den mit Blumenbeeten geschmückten schmalen Hof öffneten. Die Unterhaltung bei Tische war lebhaft, doch sprach vorwiegend der Minister. Er hielt einen Ueber=

fall nicht für unmöglich; denn, wie er sich auf einem Ausfluge überzeugt, standen unsere Vorposten nur drei Viertelstunden Wegs von der Stadt und sehr weit auseinander. Er hatte eine Feldwache gefragt, wo die nächste wäre, aber die Leute hatten es nicht gewußt. Dann erzählte er: „Bei dem Gange sah ich, wie mir einer auf den Fersen folgte, der eine Axt auf der Schulter hatte — ich hielt die Hand am Degen — man weiß nicht, was unter Umständen — aber ich wäre wohl eher fertig geworden als er.“ Später bemerkte er, unser Hauswirt habe bei seiner Flucht alle Schränke voll Wäsche zurückgelassen, und fügte hinzu: „Wenn nach uns etwa ein Lazarett hierher kommt, wird man die schönen Hemden seiner Frau zu Charpie und Binden zerschneiden und zwar von Rechts wegen. Dann aber wirds heißen, der Graf Bismarck hat sie mitgenommen.“

Man kam dann auf den Abmarsch der Truppen zu reden, und der Minister sagte, Steinmetz habe sich dabei eigenwillig und ungehorsam gezeigt. „Er wird“, so schloß er, „mit seiner Eigenmächtigkeit trotz seiner Lorbeeren von Skalitz noch Schaden nehmen.“

Wir hatten vor uns Cognac, Rotwein und Mainzer Schaumwein. Jemand sprach vom Bier und meinte, daß uns das fehlen werde. Der Minister erwiderte: „Das schadet nichts. Die weite Verbreitung des Bieres ist zu beklagen. Es macht dumm, faul und impotent. Es ist Schuld an der demokratischen Kannegießerei, zu der sie sich dabei zusammensetzen. Ein guter Kornbranntwein wäre vorzuziehen.“

Am 15. August unternahm Bismarck mit dem König zusammen eine Art Rekognoszierungstour bis ungefähr $^3/_4$ Meilen vor Metz.

Beim Thee am Abend erzählte er davon, daß er zweimal, in San Sebastian und bei Schlüsselburg, in Gefahr gewesen, von Schildwachen erschossen zu werden, wobei man erfuhr, daß er auch etwas Spanisch versteht. Von der Schlüsselburger Affaire kam er auf folgende Anekdote, die ich als eine von ihm selbst erlebte nacherzähle, obwohl ich dabei einiges nicht genau hörte und so nicht verbürgen kann, daß sie ihm selbst und nicht einem andern passiert ist. Der Graf war einmal im Sommergarten zu Petersburg und traf dort den Kaiser. Sie gingen eine Strecke mit einander und kamen dabei an einen freien Rasenplatz, in dessen Mitte eine Schildwache stand. Bismarck erlaubte sich die Frage, was die da solle. Er wußte es nicht. Der Kaiser wendete sich an den Adjutanten, der es aber auch nicht wußte. So fragen Sie die Schildwache. Die Schildwache sagte nur: — er brauchte hier die russischen Worte — „Es ist befohlen.“ Damit war uns ebensowenig geholfen, und der Adjutant muß sich weiter erkundigen, auf der Wache bei dem Offizier und dann weiter hinauf. Aber immer dieselbe Antwort: Es ist befohlen. Es wird in den Akten nachgesehen und nichts über die Sache gefunden — es hat immer eine Schildwache da gestanden. Endlich findet sich ein alter Lakai, der sich erinnert, daß sein Vater, auch ein alter Lakai, ihm einmal gesagt hat, die Kaiserin Katharina habe dort einst ein frühzeitiges Schneeglöckchen entdeckt und Befehl gegeben, zu sorgen, daß es nicht abgepflückt werde. Man wußte sich nicht besser zu helfen, als daß man eine Schildwache dazu stellte, und das pflanzte sich so fort.

Am nächsten Tage ertönte von Metz her heftiger Kanonendonner, man hatte bei Vionville und Mars la Tour gefochten:

Bismarck erzählte bei Tische, daß er seinen während eines Massenangriffs von Reiterei bei Mars la Tour durch einen Gewehrschuß in den Oberschenkel verwundeten ältesten Sohn, Graf Herbert, besucht habe, der im Feldlazarett von Mariaville untergebracht war. Nach ihm ausreitend, hatte ihn der Minister endlich in einem Gehöft auf einem Hügel gefunden, wo auch andere Verwundete in ziemlicher Anzahl lagen. Die Besorgung derselben hatte ein Oberarzt in den Händen gehabt, der kein Wasser zu beschaffen gewußt und die Puten und Hühner, die auf dem Hofe herumgewandelt, aus einer Art Prüderie nicht für seine Kranken habe in Anspruch nehmen wollen. „Er sagte, er dürfe nicht", berichtete der Minister weiter. „Vorstellungen in Güte, die ihm gemacht wurden, halfen nichts. Da drohte ich ihm erst, die Hühner mit dem Revolver totzuschießen; dann gab ich ihm 20 Franken, dafür sollte er 15 Stück kaufen. Zuletzt besann ich mich, daß ich ja preußischer General war, und jetzt befahl ich ihm, worauf er gehorchte. Das Wasser aber mußte ich selber suchen und in Fässern heranschaffen lassen."

Bismarcks Sohn Herbert hatte thatsächlich im Kampfgewühl 3 Schüsse erhalten; einen durch das Bruststück des Rockes, einen, der durch die Uhr gehemmt wurde, und den dritten durch das Fleisch des Oberschenkels; der zweite Sohn, von dem dem Vater gleichfalls berichtet worden war, daß er schwer verwundet sei, war unverletzt geblieben, er war nur mit seinem Pferde bei dem berühmten Todesritt gestürzt. Bismarck erzählte mit Stolz, daß Graf Bill bei der Umkehr einen seiner Kameraden, der am Bein verwundet war, mit kräftigen Armen aus dem Getümmel herausgezogen und davonreitend mit sich fortgeschleppt habe, bis beide gerettet waren.

Am 18. August geriet Bismarck selbst in ernste Lebensgefahr. Der König hatte sich zu weit nach der Richtung von Gravelotte vorwärts begeben, als plötzlich ein fürchterliches Granatenfeuer gegen ihn und seine Umgebung gerichtet wurde. Bismarck hatte seine Pferde gerade zur Tränke geschickt und konnte nicht folgen; bei einem Vorstoß der Franzosen wäre er Gefangener geworden oder er hätte auf dem Protzkasten einer Batterie, neben der er stand, die Flucht ergreifen müssen. „Aber wir waren aus dem Regen in die Traufe geraten. An der Stelle, wo wir hinritten", erzählt Bismarck, „schlugen gerade die Granaten ein, die vorher über uns weggeflogen waren. Am anderen Morgen sahen wir die Schweinskuhlen, die sie gewühlt hatten. So mußte denn der König noch weiter zurück, was ich ihm sagte, nachdem die Offiziere mir das vorgestellt hatten."

Am Abend fand dann das berühmte „Rendez-vous“ statt. König Wilhelm saß auf einer Leiter, deren eines Ende auf einem toten Pferde lag und diktierte Bismarck das Telegramm an die Königin, das der Welt Kunde von dem Siege gab. Dann aber gestand der König, daß er Hunger leide und gern etwas essen möchte. Doch nur Wein und schlechter Rum von einem Marketender nebst trockenem Brot war zur Stelle. Endlich trieb man im Dorfe Rézonville ein paar Kotelettes für ihn auf, aber nichts für seine Umgebung. Bismarck hatte den ganzen Tag nur etwas Soldatenbrot und Speck gehabt. Als endlich ein paar Eier kamen, zerschlug er sie an seinem Degenknopf und schlürfte sie roh. Da in Rézonville alle Häuser mit Verwundeten angefüllt waren, erlangte der Kanzler erst nach langem Suchen eine Unterkunft in einem Oberstübchen, dessen drei Strohmatratzen er mit seinem Vetter Bismarck-Bohlen und dem tags zuvor im Hauptquartier eingetroffenen amerikanischen General Sheridan teilte. Der letztere murmelte während des Schlafes in hingebender Bismarck-Verehrung wiederholt: „O dear count.“ Am Morgen des 19. erhielt Bismarck seit 36 Stunden durch General Göben den ersten „warmen Löffel“, allerdings „nur eine Erbswurstsuppe, sie schmeckte aber ganz vortrefflich.“ Erst am späten Abend des 19. kehrten der König und der Kanzler nach Pont-à-Mousson zurück, von wo sie am frühen Morgen des 18. ausgeritten waren.

Vor Bar le Duc gab Bismarck folgendes Erlebnis zum besten:

> Vorige Nacht fragte ich die Schildwache draußen vor der Thür, wie es ihr ginge und wie es mit dem Essen stünde, und da erfuhr ich, daß der Mann seit vierundzwanzig Stunden nichts gegessen hatte. Da ging ich hinein und suchte die Küche und schnitt ihm einen tüchtigen Knust Brot herunter und trugs ihm hinaus, was ihn sehr vergnügt zu stimmen schien.

Das Quartier Bismarcks in Clermont war schlecht. Bismarck hatte die Nacht auf einfacher Matratze am Fußboden geschlafen, seinen Revolver neben sich, und er arbeitete an einem Tischchen, auf dem kaum beide Ellbogen ruhen konnten, in der Ecke neben der Thür. Die Stube war auf das notwendigste ausgestattet, von Sofa, Lehnsessel u. dgl. war nicht die Rede. Der, welcher seit Jahren die Weltgeschichte machte, in dessen Kopfe ihre Strömungen sich konzentrierten, um nach seinen Plänen verwandelt wieder daraus hervorzugehen, hatte kaum, wo er sein Haupt hinlegte, während stupide

Hofschranzen in bequemen Himmelbetten vom Nichtsthun ausruhten, und selbst Monsieur Stieber sich viel behaglicher zu betten verstanden hatte als der Meister.

Auf dem Wege nach Clermont war Bismarck einem Trupp gefangener Freischärler begegnet, die einen Ulanoffizier tags zuvor meuchlings erschossen hatten. Er las ihnen sehr ernstlich die Leviten und schloß: „Ihr werdet alle gehangen werden, Ihr seid Mörder." „Der Eine fing dann laut zu flennen an."

Am 29. August gelangte Bismarck nach Grand Pré.

Auch hier zeigte er, so erzählt einer seiner Begleiter, daß er an die Möglichkeit eines meuchelmörderischen Angriffs auf seine Person nicht dachte. In der Dämmerung ging er unbefangen ohne Begleitung durch die Gassen des Städtchens, auch wo sie einsam und sonst zu einem Attentat geeignet waren. Ich sage das aus Erfahrung, denn ich folgte ihm in einiger Entfernung mit meinem Revolver. Es schienen mir Fälle möglich, wo man etwas für ihn thun konnte. Und derselbe Begleiter, einer seiner Bureaubeamten, berichtet von dem Abend, der der Schlacht von Beaumont folgte; mit Einbruch der Dunkelheit, als die Schlacht entschieden war, kehrte das Hauptquartier nach Busancy zurück. Bismarck war am anderen Morgen erkältet. Er habe, erzählte er, die Nacht Krampf im Beine bekommen, was ihm häufig begegne. Er helfe sich dann damit, daß er aufstünde und mit bloßen Füßen eine Weile in der Stube auf und abginge, und dabei erkälte er sich. So auch diesmal. Am 31. August wurde zwischen 9 und 10 Uhr aufgebrochen. Während der Fahrt erzählte Bismarck dem auf seine Einladung ihn im Wagen begleitenden Busch, die Franzosen seien gestern „am hellen Morgen von einer Schleichpatrouille schwerer Artillerie im Lager überfallen" worden. „Wir werden's heute sehen: die Pferde liegen erschossen an den Piquetpfählen, viele Tote in Hemdsärmeln, ausgepackte Koffer, Schüsseln mit gekochten Kartoffeln, Kessel mit halbgarem Fleische und dergleichen mehr." In der That sahen sie alsbald die ersten grauenvollen Spuren dieses den Franzosen völlig unerwarteten Ueberfalles mit Granaten. Nahe an Beaumont stieg man zu Pferde, und Bismarck schloß sich nun dem Könige an zur Besichtigung des Schlachtfeldes vom vorigen Tage. „Bei der Kirche bemerkte der König", erzählte Bismarck später, „einen Musketier, der verwundet war. Obwohl der Mann von der Arbeit des vorigen Tages ziemlich unsauber aussah, reichte er ihm die Hand — ohne Zweifel zur großen Verwunderung der dabeistehenden französischen Offiziere — und fragte, was er für einen Beruf habe. — Er wäre Doktor der Philosophie. — „Nun, dann werden Sie gelernt haben, Ihre Verwundung mit philosophischer Ruhe zu ertragen", sagte der König. — Ja, antwortete der Musketier, das habe er sich schon vorgenommen." Später holte Bismarcks Wagen in einem Dorfe marode Bayern ein, die sich in der Sonnenglut langsam fortschleppten. „Heda, Landsmann!" rief der Bundeskanzler dem einen zu. „Wollen Sie einmal Kognak trinken?" Natürlich wollte er, und ein Zweiter machte auch sehnsüchtige Augen, ein Dritter nicht minder, und so tranken sie und andere

denn aus Bismarcks Feldflasche und dann aus der von Busch und erhielten männiglich noch eine „rechtschaffene Cigarre".

Allmählich drängten die Dinge dem Gipfelpunkt von Sedan entgegen, dem Tage, den die Welt auch für den Gipfelpunkt des Lebens Bismarcks hält. Mit dem Morgengrauen des 1. September begann die Schlacht, mit dem Morgengrauen brach auch der König mit Bismarck auf, um Zeuge der Entscheidung zu sein. Mit ihnen zusammen standen auf der Höhe von Fresnois Moltke, Roon und zahlreiche Prinzen und Generale.

So war es 1 Uhr geworden. Unsere Feuerlinie umfaßte jetzt die größere Hälfte der feindlichen Stellung auf dem Höhenzuge jenseits der Stadt. In weitem Bogen stiegen Wolken von Pulverdampf auf und erschienen und zersprangen die wohlbekannten weißen Nebelkugeln der Schrapnels; nur links war noch immer eine stille Lücke. Der Kanzler saß jetzt auf einem Stuhle und studierte ein mehrere Bogen starkes Aktenstück. Ich fragte, ob er etwas zu essen und zu trinken wünsche, wir wären damit versehen. Er lehnte ab: „Ich möchte wohl, aber der König hat auch nichts", erwiderte er.

Gegen Abend war das gewaltige Ringen zu Ende. Um 6½ Uhr erschien der General Reille als Parlamentär seines Kaisers, von dessen Anwesenheit in Sedan die Deutschen erst am Nachmittag Gewißheit erlangt hatten, mit dem bekannten Briefe Napoleons an König Wilhelm: „Mein Herr Bruder! Nachdem mir nicht vergönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, bleibt mir nur noch übrig, meinen Degen in die Hände Eurer Majestät niederzulegen. Ich bin Eurer Majestät Vetter Napoleon." Der König reichte das Schreiben zunächst Bismarck und ersuchte diesen, die Antwort zu entwerfen. Bismarck las den Brief dem Kronprinzen, Roon und Moltke vor und diktierte dann dem Grafen Hatzfeldt die Antwort: „Mein Herr Bruder! Mit Bedauern über die Umstände, unter denen wir zusammentreffen, nehme ich den Degen Ew. Majestät an und bitte Sie, einen Ihrer Offiziere ernennen zu wollen, der bevollmächtigt wird, über die Ergebung der Armee zu unterhandeln, die sich unter Ihren Befehlen so tapfer geschlagen hat. Meinerseits habe ich den General v. Moltke dazu bestimmt. Ew. Majestät Bruder Wilhelm."

Als Reille mit dieser Antwort fort war, umarmte der König den Kronprinzen und reichte dann Bismarck die Hand mit den Worten: „Dies weltgeschichtliche Ereignis, fürchte ich, bringt uns den Frieden

noch nicht.“ Bismarck fuhr mit Moltke nach Donchéry, um hier die französischen Unterhändler zu erwarten.

Um 10 Uhr eröffnete ihnen Bismarck die Bedingung: Niederlegung der Waffen und Kriegsgefangenschaft. Auf die entrüstete Ablehnung der Franzosen erwiderte Bismarck:

Ihre Schlußfolgerung, Herr General, ist in Wahrheit nur bestechend und hält keiner Prüfung stand! Im allgemeinen muß man auf Dank sehr wenig, auf die Dankbarkeit eines Volkes aber gar nicht rechnen. An die Dankbarkeit eines Souveräns, im Notfall an die seiner Familie kann man glauben, unter Umständen sogar mit aller Zuversicht darauf zählen, aber ich wiederhole, von der Dankbarkeit der Nation muß man nichts erwarten. In Frankreich sind außerdem seit achtzig Jahren die Regierungen so wenig dauerhaft, so buntscheckig gewesen, sie haben so rasche und unberechenbare Wechsel durchgemacht, daß man in Ihrem Lande auf nichts bauen kann. Ueberdies wäre es ja sinnlos, sich einzubilden, Frankreich könne uns jemals unsere Erfolge verzeihen. Sie sind ein reizbares, neidisches Volk, eifersüchtig und neidisch bis zum Uebermaß. Seit 200 Jahren hat Frankreich dreißigmal an Deutschland den Krieg erklärt, und diesmal haben Sie ihn uns erklärt, wie immer aus Eifersucht, weil Sie uns unseren Sieg bei Sadowa nicht vergeben konnten, und doch hat Sadowa Ihnen nichts gekostet und konnte Ihren Ruhm nicht schmälern. Aber es schien Ihnen, als wäre der Sieg ein Erbe, auf das außer Ihnen niemand ein Recht hätte; als wäre der Waffenruhm für Sie ein Monopol. Sie konnten nicht ertragen, daß an Ihrer Seite eine Nation entstand, ebenso stark wie Sie. Sadowa haben Sie uns nicht verziehen, wo weder Ihre Interessen noch Ihr Ruhm im Spiel waren. Und Sie sollten uns Ihren Zusammenbruch bei Sedan vergeben? Niemals! Heute ist es endlich genug! Frankreich muß gezüchtigt werden für seinen Dünkel und seine ewig friedhässige Angriffslust. Endlich wollen wir die Sicherheit unserer Kinder feststellen, und dazu brauchen wir ein Glacis zwischen Frankreich und uns; wir brauchen ein Land, Festungen und Grenzen, die uns für immer gegen jeden Ueberfall von seiner Seite sicherstellen.

Man trennte sich, nachdem eine Frist bis 9 Uhr morgens festgesetzt war, ohne eine Einigung erzielt zu haben. Frühmorgens gegen 6 Uhr wurde Bismarck von seinem getreuen Kammerdiener Engel mit den Worten erweckt: „Excellenz, Excellenz, ’s ist ein französischer General da, unten vor der Thür; ich verstehe nicht, was er will.“ Darauf scheint der Minister rasch aufgestanden zu sein und aus dem Fenster mit dem Franzosen (es war wieder der General Reille) kurz verhandelt zu haben. Die Folge war, daß er sich hastig anzog, sich ebenso schleunig und ohne zu frühstücken zu Pferde setzte und eiligst davon ritt, dem gewaltigsten Augenblicke

entgegen, den der gewaltige Mann erlebt hat. Er trabte auf den Markt zu. In der Stube war alles in Unordnung umhergeworfen. Am Boden lagen die „Täglichen Losungen und Lehrtexte der Brüdergemeinde für 1870", auf dem Nachttischchen befand sich ein anderes Andachtsbuch: „Die tägliche Erquickung für gläubige Christen" — Schriften, in denen der Kanzler, wie Engel sagte, des Nachts zu lesen pflegte. Wahrlich ein Zug in dem Charakter des Staatsmannes, der tief ergreifend ist!

Etwa achthundert Schritt von der Maasbrücke bei Donchéry steht rechts von der mit Pappeln bepflanzten Chaussee ein einzelnes Haus, das damals von einem Weber aus Belgien bewohnt war. Es ist gelblich angestrichen und einstöckig, hat vier Fenster in der Front, im Erdgeschoß weiße Läden, im ersten Stock Jalousien von gleicher Farbe, und ist mit Schiefer gedeckt wie die meisten Häuser von Donchéry. Daneben befand sich links ein weißblühendes Kartoffelfeld, während rechts über dem Wege nach dem etwa fünfzehn Schritt von der Straße entfernten Hause einige Büsche standen. Vor dem Weberhäuschen befinden sich sechs höhere französische Offiziere, von denen fünf rote, mit Goldtressen besetzte Mützen aufhaben, während der sechste eine schwarze trägt. Auf der Chaussee hält eine viersitzige Kutsche, anscheinend ein Mietwagen. Den Franzosen gegenüber, so berichtet ein Augenzeuge, stehen Bismarck, sein Vetter, Graf Bohlen, ein Stück davon Leverström, sowie ein brauner und ein schwarzer Husar. Um acht Uhr kommt Moltke mit einigen Offizieren vom Generalstabe, entfernt sich aber nach kurzem Verweilen wieder. Bald nachher tritt ein kleiner untersetzter Mann, der eine rote, mit Goldborte verzierte Mütze, einen schwarzen, rot gefütterten Paletot mit Kapuze und rote Hosen trägt, hinter dem Hause hervor und spricht zunächst mit den zum Teil auf dem Rain neben den Kartoffeln sitzenden Franzosen. Er hat weiße Glacéhandschuhe an und raucht eine Papiercigarre. Es ist der Kaiser.

Ueber die nächsten Vorgänge hat Bismarck selbst erzählt:

Am zweiten, früh gegen sechs Uhr, erschien vor meiner Wohnung in Donchéry der General Reille und sagte mir, der Kaiser wünsche mich zu sprechen. Ich ziehe mich gleich an und setze mich, beschmutzt und staubig, wie ich bin, in alter Mütze und mit meinen großen Schmierstiefeln zu Pferde, um nach Sedan zu reiten, wo ich ihn noch vermutete. Ich traf ihn aber schon bei Fresnois, drei Kilometer von Donchéry, auf der Chaussee. Er saß mit drei Offizieren in einer zweispännigen Kutsche, und drei andere waren zu Pferde bei ihm. Ich kannte davon nur Reille, Castelneau, Moscova und Vaubert. Ich hatte meinen Revolver umgeschnallt, und sein Auge haftete einen Moment daran. — — — Ich grüßte militärisch, er nahm die Mütze ab, und die Offiziere thaten das gleichfalls, worauf ich sie auch zog, obwohl das gegen das Reglement ist. Er sagte: „Couvrez-vous donc." Ich behandelte ihn durchaus wie in Saint-Cloud und fragte nach seinen Befehlen. Er erkundigte sich, ob er den König

9*

sprechen könne. Ich sagte ihm, das sei unerfüllbar, da Seine Majestät zwei Meilen von hier entfernt sein Quartier habe. Ich wollte aber nicht, daß er eher mit ihm zusammenkäme, als bis wir wegen der Kapitulation mit ihm ins Reine wären. Dann fragte er, wo er bleiben könne, was darauf hindeutete, daß er nicht nach Sedan zurückkehren konnte, indem er dort Unannehmlichkeiten erfahren hatte oder befürchtete. Die Stadt war voll betrunkener Soldaten, die den Einwohnern sehr beschwerlich fielen. Ich bot ihm mein Quartier in Donchéry an, welches ich sogleich räumen wollte. Er nahm das an. Aber ein paar hundert Schritte vor dem Orte ließ er halten und meinte, ob er nicht in dem Hause, das dort war, bleiben könnte. Ich schickte meinen Vetter hinein, der mir inzwischen nachgeritten war, und sagte nach dessen Bericht, es wäre sehr ärmlich. Er antwortete, das schadete nichts. Ich stieg nun, nachdem er hinübergegangen und wieder zurückgekommen war, da er wahrscheinlich die Treppe, die hinten hinaufging, nicht gefunden hatte, mit ihm hinauf in den ersten Stock, wo wir in ein kleines einfenstriges Zimmer traten. Es war das beste im Hause, hatte aber nur einen fichtenen Tisch und zwei Binsenstühle.

Hier hatte ich nun eine Unterredung mit ihm, die fast drei Viertelstunden dauerte. Er beklagte zuerst diesen unseligen Krieg, den er nicht gewollt habe. Er sei zu ihm durch den Druck der öffentlichen Meinung genötigt worden. Ich entgegnete, auch bei uns hätte niemand und am wenigsten der König einen Krieg gewünscht. Wir hätten die spanische Frage eben als eine spanische angesehen und nicht als eine deutsche, und wir hätten von den guten Beziehungen des fürstlich hohenzollernschen Hauses zu ihm erwartet, daß dem Erbprinzen eine Verständigung mit ihm leicht fallen würde. Dann kam er auf die gegenwärtige Lage zu sprechen. Er wollte dabei vor allem eine günstigere Kapitulation. Ich erklärte, auf Verhandlungen hierüber nicht eingehen zu können, da dies eine rein militärische Frage sei, bei der Moltke entscheiden müsse. Dagegen ließe sich über einen etwaigen Frieden sprechen. Er antwortete, er sei Gefangener und folglich nicht in der Lage, hier sich zu entscheiden, und als ich darauf fragte, wen er hierin für kompetent hielte, verwies er mich an die Pariser Regierung. Ich bemerkte ihm, daß sich dann die Dinge seit gestern nicht geändert hätten und daß wir darum auf unseren alten Forderungen in Betreff der Armee in Sedan bestehen müßten, um ein Pfand dafür zu haben, daß die Resultate der gestrigen Schlacht uns nicht verloren gingen. Moltke, der mittlerweile, von mir benachrichtigt, eingetroffen war, war derselben Meinung und begab sich zum Könige, um ihm das zu sagen.

Draußen vor dem Hause lobte der Kaiser unsere Armee und ihre Führung, und als ich ihm darauf zugab, daß die Franzosen sich ebenfalls gut geschlagen hätten, kam er auf die Kapitulationsbedingungen zurück und fragte, ob es nicht möglich sei, daß wir die in Sedan eingeschlossenen Korps über die belgische Grenze gehen und dort entwaffnen und internieren ließen. Ich versuchte ihm nochmals begreiflich zu machen, daß dies eine Sache der Militärs sei und nicht ohne Einverständnis mit Moltke entschieden werden könne. Auch habe er soeben erklärt, als Gefangener die Regierungsgewalt nicht ausüben zu können, und so könnten Verhand-

lungen über derartige Fragen nur mit dem in Sedan kommandierenden Obergeneral geführt werden.

Inzwischen hatte man nach einem besseren Unterkommen für ihn gesucht, und die Offiziere des Generalstabes hatten gefunden, daß das Schlößchen Bellevue bei Fresnois, wo ich ihm zuerst begegnet war, zu seiner Aufnahme geeignet, auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich sagte ihm das und riet ihm, dahin überzusiedeln, da es in dem Weberhause unbequem sei und er vielleicht der Ruhe bedürfe. Wir würden den König benachrichtigen, daß er dort sei. Er ging darauf ein, und ich ritt nach Donchéry zurück, um mich umzukleiden. Dann geleitete ich ihn mit einer Ehreneskorte, welche eine Schwadron des ersten Kürassierregiments stellte, nach Bellevue. Bei den Verhandlungen, die hier begannen, wollte der Kaiser den König haben — er dachte wohl an Weichheit und Gutmütigkeit —, doch wünschte er auch, daß ich teilnehme. Ich dagegen war entschlossen, daß die Militärs, die härter sein können, das allein abmachen sollten, und so sagte ich, als wir die Treppe hinaufgingen, zu einem Offizier leise, er möge mich nach fünf Minuten abrufen — der König wollte mich sprechen, was denn auch geschah. In Betreff des Königs teilte man ihm mit, daß er diesen erst nach Abschluß der Kapitulation sehen könne. So wurde die Angelegenheit zwischen Moltke und Wimpffen geordnet, ungefähr wie wir es am Abend vorher gewollt hatten. Dann kamen die beiden Majestäten zusammen. Als der Kaiser danach wieder heraustrat, standen ihm die dicken Thränen in den Augen. Gegen mich war er ruhiger und durchaus würdig gewesen.

Bismarck sandte aus Vendresse eine Schilderung der Vorgänge auch an seine Frau, die ihre Adresse nie erreichte. Der Brief wurde von Franktireurs aufgefangen und nach Paris gesandt. Am 6. August 1872 wurde er vom Figaro veröffentlicht. Er ist wohl das rührendste Dokument menschlicher Demut und schlichter Seelengröße, das eine Weltgeschichte kennt:

Mein liebes Herz!

Brief vom 2. 9. 1870.

Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehre heut zurück und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan am 1. erlebt, in der wir gegen 30000 Gefangene machten und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar-le-Duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußte. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generalen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß S. M. 3 Meilen davon, an dem Orte, wo ich

jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich der Gegend unkundig, mein Quartier in Donchéry an, einem kleinen Ort an der Maas dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen 6 Franzosen, von mir und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen n. ch unserer Seite zu. Vor dem Ort wurde es ihm leid, wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein; „N'importe", meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtnen Tische und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde, die Anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen zu kommen. Wir schickten dann einen der ersten auf Rekognoszierung und entdeckten eine halbe Meile davon in Fresnois ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Eskorte vom Leib-Kürassierregiment, und dort schlossen wir mit dem französischen Obergeneral Wimpffen die Kapitulation, vermöge derer 40- bis 60000 Franzosen, genauer weiß ich es noch nicht, mit allem, was sie haben, unsere Gefangenen wurden. Der vor- und gestrige Tag kosten Frankreich 100000 Mann und einen Kaiser. Heut früh ging letzterer mit allen seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöh bei Kassel ab.

Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott dem Herrn in Demut danken wollen, und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich noch fortführen müssen.

Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heut aus Deinen und Maries Briefen Herberts Eintreffen bei Euch. Bill sprach ich gestern, wie schon telegraphiert, und umarmte ihn angesichts Sr. M. vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Hans und Fritz Karl sah ich, beide Bülow b. 2. G. Dr. wohl und munter.

Leb wohl, mein Herz. Grüße die Kinder.

Dein v. B.

Ueber seine Begegnung mit Bill erzählte Bismarck noch an seiner Tafelrunde:

„Ich entdeckte an ihm eine neue rühmliche Eigenschaft: er besitzt ausnehmende Geschicklichkeit im Schweinetreiben. Er hatte sich das fetteste ausgesucht, da die am langsamsten gehen und nicht leicht entwischen. Zuletzt trug er's fort auf dem Arme wie ein Kind . . . Es wird den gefangenen französischen Offizieren komisch vorgekommen sein, einen preußischen General einen gemeinen Dragoner umarmen zu sehen."

Am Tage der Kapitulation wurde Herbert zum Offizier ernannt. Der König aber ließ zum erstenmale während dieses Feldzuges Cham-

pagner vorsetzen, der ursprünglich für Napoleon bestimmt gewesen war, und hielt die denkwürdige Ansprache:

Wir müssen heut aus Dankbarkeit auf das Wohl Meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister v. Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General v. Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf v. Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von Mir Genannten und jedes Einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat.

In derselben Stunde hauchte Roons tapferer Sohn Bernhard, der in der Schlacht von Sedan schwer verwundet worden war, seine Heldenseele aus.

Neuntes Kapitel.

Vor Paris.

Die Kapitulation von Sedan hatte, wie Kaiser Wilhelm es ahnte, das Ende des Krieges nicht gebracht. Zwar wurde die Dynastie Napoleons entthront, und die Kaiserin mußte mit ihrem Sohne nach England ziehen, aber die neue Republik führte den Krieg fort, und ihr Wahlspruch lautete: Wir überlassen keinen Finger breit Erde, keinen Stein unserer Festungen.

Die Haltung Frankreichs mochte beeinflußt sein durch die Hoffnung auf die Einwirkung der neutralen Mächte. Vor allem war es Beust, der eine freundliche Miene annahm und die Hoffnung hegte, den Deutschen den Siegespreis vermittelst eines Kongresses zu beschneiden. Auch England zeigte sich den Deutschen gegenüber wenig freundlich, es hatte schon zu Anfang erklärt, daß es die Ausfuhr von Kohlen und Waffen nach Frankreich für vereinbar halte mit den Pflichten einer neutralen Macht. Bald nach Sedan regte Beust ein gemeinsames Vorgehen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens an, um, wie er sagte, die Forderungen der Sieger zu mäßigen und die Gefühle des Besiegten zu schonen. Diese Bemühungen hatten zunächst keinen Erfolg, das Schwert war rascher als die Feder, aber sie

wurden wieder aufgenommen in den Tagen von Versailles, in denen sie thatsächlich drohten, Deutschland die Frucht seiner Kämpfe zu entreißen.

Der Siegeszug führte weiter nach Paris. Am 5. September befand sich das Hauptquartier in Reims. Hier sprach bereits Bismarck seine Gedanken aus für die Zukunft; er meinte, das Klügste sei, Elsaß und Lothringen weder Preußen noch einem süddeutschen Staate anzugliedern, noch ihnen einen besonderen Souverän zu geben, sondern sie zu Reichslanden zu machen; dann würden sie nicht ein Gegenstand des Neides und der Verstimmung Preußens, sondern ein Vereinigungsmittel des Nordens mit dem Süden sein. Wie richtig er die Vorgänge in Frankreich auffaßte, beweist seine Bemerkung, dieses Land zerfalle gewissermaßen in zwei Nationen, Pariser und Provinziale. Und diese seien die freiwilligen Heloten der anderen: „es gilt jetzt die Emanzipation Frankreichs, die Befreiung Frankreichs von der Herrschaft der Pariser. Frankreich ist eine Nation von Nullen, eine Herde; sie haben Geld und Eleganz, aber keine Individuen, kein individuelles Selbstgefühl. Es waren dreißig Millionen gehorsamer Kaffern, jeder einzelne von ihnen ohne Klang und Wert."

Am 13. September erließ Bismarck das berühmte Rundschreiben an die deutschen Vertreter im Auslande, in dem er zum erstenmale die Friedensforderungen namhaft machte. Er sagte darin, daß man sich nicht darüber täuschen dürfe, daß Deutschland auch nach Ablauf des Krieges sich nicht auf einen dauernden Frieden gefaßt machen dürfe; auch wenn die siegreichen Heere ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Kriegsentschädigung aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß und dieselbe Rachsucht bleiben. Deutschland müsse sichere Bürgschaften für die Verteidigung der westlichen Grenzen haben. In Meaux erfuhr Graf Bismarck von der Rundreise des Herrn Thiers, die angetreten worden war, um eine diplomatische Einmischung herbeizuführen. Aber er konnte, wie er sich selbst ausgedrückt hat, „Europa nicht finden". Ein neues Rundschreiben an die deutschen Vertreter im Auslande sorgte dafür, daß die Aufnahme des französischen Diplomaten thatsächlich von vornherein als erfolglos gelten mußte. Zu gleicher Zeit erschien auch Herr Jules Favre zur Unterhandlung bei Bismarck, aber die Besprechung verlief absolut erfolglos, da dieser Mann kein Verständnis dafür besaß, daß die Rückgabe von

Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung als die von Landau oder Saarlouis haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwigs XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs. Auch weitere Versuche, einen Waffenstillstand oder den Frieden herbeizuführen, mißlangen; so erschien am 20. September die neue Proklamation der Republik, in der es zum Schlusse hieß: „Gott, der uns richtet, wird über unsere Geschicke entscheiden, ich glaube an seine Gerechtigkeit.“ Bismarck hat über seinen Besucher vor seiner Tafelrunde sehr angeregt geplaudert, worüber einer seiner damaligen Begleiter berichtet:

In dem vertrauten Kreise seiner Tafelrunde erzählte Bismarck den Getreuen belustigt, daß Favre sich bei der Erwähnung von Landverlust höchst erregt gebärdet, Seufzer ausgestoßen, die Augen gen Himmel gewendet und patriotische Thränen zu vergießen versucht und anscheinend weggewischt habe. Da Favre dieser Thränen sich in seinem amtlichen Berichte vom 21. September besonders rühmte, so sagte Bismarck am 27. vor seinen Tafelgästen weiter: „Es ist wahr, er sah so aus, und ich versuchte ihn einigermaßen zu trösten. Wie ich mir ihn aber genauer betrachtete — ich glaube ganz bestimmt, daß er nicht eine Thräne herausgebracht hatte. Er dachte vermutlich, mit Schauspielerei auf mich zu wirken wie die Pariser Advokaten auf ihr Publikum. Ich bin fest überzeugt, daß er in Ferrières auch weiß geschminkt war — besonders das zweite Mal. An diesem Morgen sah er viel grauer aus, um den Angegriffenen und Tiefleidenden vorzustellen. Es ist auch möglich, daß es ihm wirklich nahe geht, aber er ist kein Politiker, er sollte wissen, daß Gefühlsausbrüche nicht in die Politik gehören. Als ich was von Straßburg und Metz fallen ließ, machte er ein Gesicht, als ob das Scherz von mir wäre. Ich hätte ihm da erzählen können, wie ich einmal mit meiner Frau zu dem großen Kürschner in Berlin ging — wie heißt er gleich? — um nach einem Pelz zu fragen, und da nannte er mir für den, der mir gefiel, einen hohen Preis. Sie scherzen wohl, versetzte ich. Nein, erwiderte er, ins Geschäft nie.“

Noch eine andere Bemerkung Bismarcks ist für ihn und sein Ehrgefühl charakteristisch. Es wurde erwähnt, daß ein bei Sedan in Gefangenschaft geratener General Ducrot zum Danke dafür, daß man ihm gegen sein Ehrenwort mehr Freiheit als anderen gestattet, auf dem Wege nach Deutschland schmählicherweise durchgebrannt sei. Er bemerkte dazu: „Wenn man solche Schurken, die ihr Wort gegeben haben — andere, die ausreißen, sind nicht zu tadeln —, wiederkriegt, so sollte man sie hängen in ihren roten Hosen und auf das eine Bein parjure und auf das andere infame schreiben.

In Ferrières war Bismarck einquartiert in dem Schlosse des Herrn von Rothschild. Aber der Glanz, der ihn dort umgab, imponierte ihm wenig, wie denn überhaupt in dem großen Kanzler durch alle Jahre seines Lebens eine starke Abneigung gegen Glanz und Gepränge vorhanden war; er liebte es, bequem, komfortabel zu leben im Stile des wohlhabenden pommerschen Landadels, aber er verschmähte allen Schein, alles Unechte und jeden falschen Schimmer. Auch die Villa Rothschilds imponierte ihm nicht:

„Alles recht teuer, aber wenig schön und noch weniger behaglich. So ein ausgebautes, fertiges Besitztum, wie das hier, könnte mir keine Befriedigung gewähren. Es wäre von anderen gemacht, nicht von mir. Es ist zwar manches daran recht schön, aber es fehlt die Freude des Neuschaffens, des Umgestaltens. Auch ist es ganz was anderes, wenn ich fragen muß: sollst du fünf- oder zehntausend Thaler auf diese oder jene Verbesserung verwenden? als wenn man nicht auf die Mittel zu sehen hat. Immer genug und mehr als genug haben, ist langweilig zuletzt.“

Herr von Rothschild hat später behauptet, sein Koch sei von den Preußen geprügelt worden, weil die Fasanen, die er ihnen vorsetzte, nicht getrüffelt gewesen seien. Auch sonst hat Herr von Rothschild sich bemüht, durch allerlei Ausstreuungen und kleine, dem französischen Chauvinismus schmeichelnde Erfindungen den Ruf seiner Gastlichkeit zu untergraben.

Bekannt — wenn auch historisch keineswegs gesichert — ist die Anekdote von dem Koch des Millionärs, der dem Bundeskanzler die Lieferung von Wein verweigerte mit der Versicherung, derselbe sei fortgeschafft worden, um schließlich doch klein beizugeben und das Gewünschte zu liefern.

Am 5. Oktober rückte das große Hauptquartier nach Versailles weiter. Hier nahm Bismarck für lange Zeit Quartier im Hause der wohlhabenden Witwe Jessé, die mit ihren Söhnen geflüchtet war und zum Schutze ihres Eigentums nur ihren Gärtner und dessen Frau zurückgelassen hatte. Die Villa war nicht groß, sie hatte nur fünf Fenster Straßenfront, ein hohes Parterre, einen ersten Stock und eine Mansarde. In diesem Hause vollzog Bismarck die ungeheure Arbeit, die sich für ihn aus den Kämpfen um das Bombardement von Paris, aus den Verhandlungen über die Erhebung seines Königs zum Deutschen Kaiser, über die Einmischung des Auslandes und die Friedensbedingungen ergab. Hier pflegte aber auch der Kanzler eine

freundliche Geselligkeit, an der vielfach die bedeutendsten Männer des Erdteiles teilnahmen, hier entstanden zum großen Teil jene köstlichen Gespräche, die ein helles Licht auf das joviale Wesen und die liebenswürdige Plauderkunst des großen Staatsmannes werfen. Charakteristisch ist folgendes Geschichtchen:

Im „Avenir de Loir et Cher“ las man im März 1871 folgende Niederträchtigkeiten:

Ueber die wahrhaft schändliche Räuberei der Preußen vom gemeinen Soldaten an bis hinauf zum Kaiser-König, der aus seiner Wohnung in Versailles die Leuchter mitnahm, kann man unzählige Geschichten erzählen. Eine ziemlich merkwürdige, die wir aus glaubhafter Quelle haben, teilen wir im Nachstehenden mit: Herr v. Bismarck bewohnte in Versailles ein Haus in der Rue de Provence. Als der Kanzler abreisen wollte, machte er der Frau J., der Eigentümerin seiner Wohnung, einen Besuch und drückte ihr den lebhaften Wunsch aus, die Pendeluhr, welche sein Arbeitszimmer schmückte, mitnehmen zu dürfen. Frau J. schlägt es ihm rund ab, indem sie bemerkt, die Uhr sei ihr sehr wert und teuer, sie habe sie schon seit langer Zeit und wünsche sie ihren Kindern zu hinterlassen. Herr v. Bismarck aber besteht darauf. „Es würde mir sehr lieb sein“, sagt er, „wenn ich diese Uhr mitnehmen könnte, welche die Stunde zeigte, in der ich mit Herrn Thiers diesen für mein Land so ruhmreichen Frieden verhandelte und unterzeichnete.“ Frau J., die so in ihrem Besitztum und zugleich in ihrer Vaterlandsliebe bedroht ist, erteilt von neuem eine abschlägige Antwort. Herr v. Bismarck zieht sich nach wiederholtem vergeblichen Bitten zurück. Bald darauf kommen zwei Beamte, die zu dem Gefolge des Kanzlers gehören, zu Frau J., machen ihr Vorwürfe, daß sie auf die Bitten ihres Herrn und Meisters nicht eingegangen sei, und erklären ihr, daß sie Unrecht gethan habe, ihn so zu reizen. Die Hausbesitzerin läßt sich dadurch nicht beirren. Nun denn, die Uhr hat sie behalten. Dagegen sind ihr alle ihre Wäsche und ihr Silberzeug von den Beamten im Gefolge des Kanzlers gestohlen worden.

Der wahre Sachverhalt war folgender:

Madame Jessé ließ sich erst in den letzten Tagen vor unserer Wiederabreise sehen und machte, wie bemerkt, keinen vorteilhaften Eindruck. Sie hat dann allerhand Räubergeschichten über uns verbreitet, die von der französischen Presse, und zwar selbst von solchen Blättern, die sonst Kritik üben und Gefühl für Anstand besitzen, mit Wohlgefallen nacherzählt worden sind. Unter anderm sollten wir ihr Silberzeug und ihre Tischwäsche eingepackt und mitgenommen haben. Auch habe ihr Graf Bismarck eine wertvolle Pendule abdrücken wollen. Die erste Behauptung war eine einfache Abgeschmacktheit, da das Haus kein Silberzeug enthielt, es müßte sich denn in einer vermauerten Ecke des Kellers befunden haben, die auf ausdrücklichen Befehl des Chefs ungeöffnet blieb. Die Geschichte von der Pendule aber verlief in ganz anderer Weise, als Madame sie unter die Leute gebracht hat. Die Uhr war die mit dem kleinen bronzenen Dämon im

Salon. Die Jessé bot dieses an sich ziemlich wertlose Möbel dem Kanzler in der Voraussetzung, es werde ihm als Zeuge und Zeitmesser bei wichtigen Verhandlungen von Wert sein, zu einem exorbitanten Preise an. Ich glaube, sie verlangte fünftausend Franken dafür. Sie erreichte aber ihre Absicht, damit ein gutes Geschäft zu machen, nicht, da das Anerbieten der habgierigen und für die rücksichtsvolle Behandlung ihres Hauses durchaus nicht dankbaren Frau abgelehnt wurde. „Ich erinnere mich", so erzählte der Minister später in Berlin, „daß ich dabei die Bemerkung machte, das koboldartige Bildchen an der Uhr, welches eine Grimasse schnitt, könnte ihr als Familienporträt ein liebes Besitztum sein, und eines solchen wollte ich sie nicht berauben."

Fürst Bismarck hat übrigens dem Verfasser diese kleine Geschichte noch in anderer Weise erzählt:

In dem Arbeitsraum des Ministers stand eine kleine Bronzefigur auf dem Kaminsims, die einen sitzenden Teufel mit großen Flügeln darstellte, der sich die Nägel benagte: der reuige Teufel. Diese Statuette, nicht die Uhr, wünschte Graf Bismarck käuflich zu erwerben. Madame Jessé ging aber darauf nicht ein und gab vor, daß sich eine Familienerinnerung an diese Figur knüpfte, worauf der Bundeskanzler von dem beabsichtigten Ankaufe natürlich Abstand nahm. Allerdings steht jetzt auf dem Friedrichsruher Kaminsims ebenfalls jene Statuette, aber es ist nicht die der Madame Jessé, sondern sie ist von einem Pariser Händler gekauft, der die ursprüngliche Figur seinerzeit in das Jesséсhe Haus geliefert hatte und dessen Adresse durch den Grafen Bismarck ermittelt worden war. Bei dieser Gelegenheit wurde auch erwähnt, daß der jetzt in Friedrichsruh stehende Mahagoni-Klapptisch, auf dem seinerzeit die Unterzeichnung der Versailler Friedensbedingungen stattfand, der Madame Jessé nicht „einfach fortgenommen" ist, sondern auf Anlaß von Landsleuten des Kanzlers im Jesséschen Hause durch einen vollkommen gleichen ersetzt worden ist, während das Original zu späterer Zeit von den Erwerbern dem Fürsten Bismarck zum Geschenk gemacht worden ist.

Leipz. N. N. v. 7. 12. 1897.

Bismarck hatte nicht nur in Versailles, sondern während des ganzen Krieges unter der Abneigung der Militärs zu leiden, ihm einen Einblick in den Gang der Operationen zu gewähren. Diese Abneigung stammte bereits aus dem österreichischen Kriege; sie wurde nicht von Roon und Moltke gepflegt, sondern von den Halbgöttern, den höheren Generalstabsoffizieren. Diese Abneigung machte sich für ihn bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartierung bemerkbar, so daß sich Bismarck schon im August bitter bei Roon beschweren mußte. Bismarck erzählt darüber:

Die Abneigung würde noch weiter gegangen sein, wenn sie nicht in der sich immer gleichbleibenden, weltmännischen Höflichkeit des Grafen Moltke ein Korrektiv gefunden hätte. Roon war im Felde nicht in der

Ged. u. Er. II.

Lage, mir als Freund und Kollege Beistand zu leisten; er bedurfte im Gegenteil schließlich in Versailles meines Beistandes, um im Kreise des Königs seine militärischen Ueberzeugungen geltend zu machen.

Schon bei der Abreise nach Köln erfuhr ich durch einen Zufall, daß beim Ausbruch des Krieges der Plan festgestellt war, mich von den militärischen Beratungen auszuschließen. Ich konnte das aus einem Gespräch des Generals v. Podbielski mit Roon entnehmen, dessen unfreiwilliger Ohrenzeuge ich dadurch wurde, daß es in einem Nebencoupé stattfand, dessen Scheidewand von einer breiten Oeffnung über mir durchbrochen war. Der erstere äußerte laut seine Befriedigung, etwa in dem Sinne: „Diesmal ist also dafür gesorgt, daß uns dergleichen nicht wieder passiert." Bevor der Zug sich in Bewegung setzte, hörte ich genug, um zu verstehen, welches „damals" im Gegensatz gegen diesmal der General im Sinne hatte, nämlich meine Beteiligung an militärischen Beratungen in dem böhmischen Feldzuge und besonders die Aenderung der Marschrichtung auf Preßburg anstatt auf Wien.

Die durch diese Reden gekennzeichnete Verabredung wurde mir praktisch wahrnehmbar; ich wurde nicht nur zu den militärischen Beratungen nicht zugezogen, wie 1866 geschehen war, sondern es galt mir gegenüber strenge Geheimhaltung aller militärischen Maßregeln und Absichten als Regel. Dieses Ergebnis der unseren amtlichen Kreisen innewohnenden Rivalität der Ressorts war ein so augenfälliger Schaden für die Geschäftsführung, daß der in Angelegenheiten des Roten Kreuzes im Hauptquartier anwesende Graf Eberhard Stolberg bei der freundschaftlichen Intimität, in der ich mit diesem leider zu früh verstorbenen Patrioten stand, den König auf die Unzuträglichkeiten der Ausschließung seines verantwortlichen politischen Ratgebers aufmerksam machte. Nach dem Zeugnisse des Grafen hatte Se. Majestät darauf erwidert: „Ich sei in dem böhmischen Kriege in der Regel zu dem Kriegsrate zugezogen worden, und es sei dabei vorgekommen, daß ich im Widerspruche mit der Majorität den Nagel auf den Kopf getroffen hätte; daß das den anderen Generalen ärgerlich sei und sie ihr Ressort allein beraten wollten, sei nicht zu verwundern" — ipsissima verba regis, nach dem Zeugnisse des Grafen Stolberg nicht nur mir, sondern auch anderen gegenüber. Das Maß von Einfluß, welches der König mir 1866 verstattet hatte, stand allerdings im Widerspruche mit militärischen Traditionen, sobald der Ministerpräsident allein nach den Abzeichen der Uniform klassifiziert wurde, die er im Felde trug, als Stabsoffizier eines Kavallerie-Regiments; und es blieb 1870 mir gegenüber bei dem militärischen Boykott, wie man heut sagen würde.

Wenn ich mich auch in Versailles beschied, in militärischen Dingen zu einem Votum nicht berufen zu sein, so lag mir doch als dem leitenden Minister die Verantwortlichkeit für die richtige politische Ausnutzung der militärischen wie der auswärtigen Situation ob, und ich war verfassungsmäßig der verantwortliche Ratgeber des Königs in der Frage, ob die militärische Situation irgend welche politische Schritte oder die Ablehnung irgend welcher Zumutung anderer Mächte ratsam machte. Ich habe damals die Nachrichten über die militärische Lage, deren ich für die Beurteilung der politischen bedurfte, so weit als möglich mir dadurch zu ver-

schaffen gesucht, daß ich mich mit einigen der unbeschäftigten hohen Herren, welche die „zweite Staffel" des Hauptquartiers bildeten und im Hôtel des Réservoirs zusammenkamen, in vertraulichen Beziehungen hielt, denn diese fürstlichen Herren erfuhren über die militärischen Vorgänge und Absichten erheblich mehr als der verantwortliche Minister des Auswärtigen und machten mir manche für mich sehr wertvolle Mitteilung, von der sie annahmen, daß sie für mich natürlich kein Geheimnis sei. Auch der englische Korrespondent im Hauptquartier, Russell, war in der Regel über die Absichten und Vorgänge in demselben besser wie ich unterrichtet und eine nützliche Quelle für meine Informationen.

Mit Recht hat Bismarck betont, daß nach der Auffassung der Generale der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erst dann zu Worte kommen sollte, wenn sie „den Janustempel" geschlossen hätten, daß in Wirklichkeit aber die Regierung eines kriegführenden Staates auch nach anderen Richtungen zu sehen habe, als nach dem Kriegsschauplatze. Denn wenn es Aufgabe der Heeresleitung sei, die feindlichen Streitkräfte zu vernichten, so sei doch der Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung dieser Ziele sei eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung könne von Einfluß sein auf die Art der Kriegführung. So hat vor allen Dingen die Frage, ob Paris bombardiert werden solle oder nicht, ihren tiefen Einfluß ausgeübt auf die politischen Verhältnisse. Ja sie ist in gewissem Sinne so, wie sie nach Bismarcks und Roons Vorschlag gelöst wurde, entscheidend gewesen für den glücklichen Abschluß des Völkerkampfes.

Denn wiederum regten sich in den Tagen von Versailles mit aller Kraft die Bemühungen der Neutralen, eine Einwirkung auszuüben, um den Krieg so zu begrenzen, daß Preußen seine Forderungen möglichst einzuschränken gezwungen sei. Regten sich doch in Rußland, unterstützt besonders durch die alte Abneigung Gortschakows gegen den Mann, den er einst als seinen Schüler betrachtet hatte und der nun so weit über ihn hinaus gewachsen war, allmählich Strömungen, die für eine europäische Intervention eintraten.

Eine Einmischung konnte nur die Tendenz haben, uns Deutschen den Siegespreis vermittelst eines Kongresses zu beschneiden. Diese mich Tag und Nacht beunruhigende Gefahr erzeugte in mir das Bedürfnis, den Friedensschluß zu beschleunigen, um ihn ohne Einmischung der Neutralen herstellen zu können. Daß dies vor der Eroberung von Paris nicht

Ged. u. Er. II.

thunlich sein würde, ließ sich nach dem herkömmlichen Vorgewicht der Hauptstadt in Frankreich voraussehen. So lange Paris sich hielt, war auch von den leitenden Kreisen in Tours und Bordeaux und von den Provinzen nicht anzunehmen, daß sie die Hoffnung auf einen Umschwung aufgeben würden, mochte derselbe von neuen levées en masse, wie sie in der Schlacht an der Lisaine zur Geltung kamen, oder von der endlichen „Auffindung Europas“, oder von dem Glanznebel erwartet werden, der die englischen resp. westmächtlichen Schlagworte: „Humanität, Civilisation“ in deutschen, namentlich weiblichen Gemütern an großen Höfen umgab — so lange bot sich an den auswärtigen Höfen, die über die Situation in Frankreich doch mehr durch französische als durch deutsche Berichte orientiert waren, die Möglichkeit, den Franzosen in ihrem Friedensschlusse beiständig zu sein. Für mich spitzte sich daher meine Aufgabe dahin zu, mit Frankreich abzuschließen, bevor eine Verständigung der neutralen Mächte über ihre Einflußnahme auf den Frieden zu stande gekommen wäre, gerade so, wie es 1866 unser Bedürfnis war, mit Oesterreich abzuschließen, bevor französische Einmischung in Süddeutschland wirksam werden konnte.

Die Möglichkeit einer europäischen Intervention war für mich eine Ursache der Beunruhigung und der Ungeduld angesichts der Stagnation der Belagerung. Kriegerische Wechselfälle sind in Situationen, wie die unsrige vor Paris war, bei der besten Leitung und der größten Tapferkeit nicht ausgeschlossen; sie können durch Zufälligkeiten aller Art herbeigeführt werden, und für solche bot unsere Stellung zwischen der numerisch reichlich starken belagerten Armee und den nach Zahl und Oertlichkeit schwer zu kontrollierenden Streitkräften der Provinzen ein reiches Feld, auch wenn unsere Truppen vor Paris, im Westen, Norden und Osten Frankreichs vor Seuchen bewahrt blieben. Die Frage, wie der Gesundheitszustand des deutschen Heeres sich in den Beschwerden eines so ungewöhnlich harten Winters bewähren werde, entzog sich jeder Berechnung. Es war unter diesen Umständen keine übertriebene Aengstlichkeit, wenn ich in schlaflosen Nächten von der Sorge gequält wurde, daß unsere politischen Interessen nach so großen Erfolgen durch das zögernde Hinhalten des weiteren Vorgehens gegen Paris schwer geschädigt werden könnten. Eine weltgeschichtliche Entscheidung in dem Jahrhunderte alten Kampfe zwischen den beiden Nachbarvölkern stand auf dem Spiele und in Gefahr, durch persönliche und vorwiegend weibliche Einflüsse ohne historische Berechtigung gefälscht zu werden, durch Einflüsse, die ihre Wirksamkeit nicht politischen Erwägungen verdankten, sondern Gemütseindrücken, welche die Redensarten von Humanität und Civilisation, die aus England bei uns importiert werden, auf deutsche Gemüter noch immer haben; war uns doch während des Krimkrieges von England aus nicht ohne Wirkung auf die Stimmung gepredigt worden, daß wir „zur Rettung der Civilisation“ die Waffen für die Türken ergreifen müßten. Die entscheidenden Fragen konnten, wenn man wollte, als ausschließlich militärische behandelt werden, und man konnte das als Vorwand nehmen, um mir das Recht der Beteiligung an der Entscheidung zu versagen; sie waren aber doch solche, von deren Lösung die diplomatische Möglichkeit in letzter Instanz abhing, und wenn der Abschluß des französischen Krieges ein weniger günstiger für Deutschland

gewesen wäre, so blieb auch dieser gewaltige Krieg mit seinen Siegen und seiner Begeisterung ohne die Wirkung, die er für unsere nationale Einigung haben konnte. Es war mir niemals zweifelhaft, daß der Herstellung des Deutschen Reiches der Sieg über Frankreich vorhergehen mußte, und wenn es uns nicht gelang, ihn diesmal zum vollen Abschluß zu bringen, so waren weitere Kriege ohne vorherige Sicherstellung unserer vollen Einigung in Sicht.

Nach der russischen Seite suchte und fand Bismarck eine Ablenkung, als plötzlich die sogenannte Pontusfrage auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Wir haben gesehen, daß am Ende des Krimkrieges den Russen eine Art unerträglicher Vormundschaft auferlegt worden war, indem ihnen verboten wurde, auf dem Schwarzen Meere mehr als eine bestimmte, geringfügige Anzahl von Schiffen zu halten. Es ist natürlich, daß diese Bestimmung in Rußland als eine schwere Demütigung empfunden wurde. Einer Nation von 100 Millionen kann man aber die Ausübung der natürlichen Rechte ihrer Souveränität an ihren Küsten nicht dauernd untersagen. Hier suchte und fand Bismarck die Handhabe, um sich die freundliche Haltung Rußlands zu sichern. Auf seine, nicht auf Rußlands Initiative ist es zurückzuführen, daß Rußland die lästige Bestimmung beseitigte und den Mächten erklärte, daß man sich an die Verpflichtungen des Pariser Vertrages, soweit sie die Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere betreffen, nicht mehr für gebunden ansehe. Auf der Londoner Konferenz wurde das Vorgehen Rußlands sanktioniert.

Aber die Sorge vor dem Eingreifen der Neutralen blieb dennoch bestehen und mußte bestimmend wirken auf Bismarcks Verhalten. Diese Sorge wurde verstärkt durch die merkwürdige Verzögerung, die das Bombardement fand. Hier war es die Damenpolitik, die einen so unerträglichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausübte, daß Bismarck nahe daran war, seine Entlassung zu fordern. Zunächst war es die Königin Victoria von England, die für eine Schonung von Paris ihren Einfluß geltend machte. So konnte am 2. Oktober der Kronprinz in sein Tagebuch schreiben:

„Die Königin Victoria, die unseren Thaten mit rührender Teilnahme folgt, hat Sr. Majestät telegraphiert, um ihn angesichts der Favreschen Friedensversuche zur Seelengröße zu ermahnen, ohne daß sie jedoch irgend ein praktisches Mittel anzugeben vermochte."

Das Verhalten der Königin fand seinen Niederschlag in den Konflikten, die im Hauptquartier ausbrachen. Es wurde von Ver-

sailles eine dauernde und wenig erfreuliche Verbindung mit London unterhalten, die später noch zu ganz eigentümlichen Konsequenzen geführt hat. Als es sich im Jahre 1884 nach dem Tode Lord Ampthalls um die Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Berlin handelte und Sir Morier als sein Nachfolger ausersehen war, kam eine Aeußerung Bazaines zur Sprache, wonach derselbe im August 1870 die erste Nachricht über den Vormarsch der deutschen Heere durch eine Meldung des damaligen englischen Geschäftsträgers in Darmstadt, desselben Morier, über London und Paris erhalten habe. Zweifelhaft ist nur das eine geblieben, ob Morier seine militärische Mitteilung dem Marschall unmittelbar über London hat zugehen lassen, oder ob er dieselbe an den Hof zu London gerichtet hat, von wo sie den Weg nach Metz fand, ohne daß Morier dies beabsichtigte oder wußte. So wird auch die Aeußerung verständlich, die Bismarck am 23. September 1888 in seinem Immediatbericht über das Tagebuch des Kronprinzen that:

„Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über die intimen Fragen unserer Politik mit Sr. Königl. Hoheit zu sprechen, weil Se. Majestät einerseits Indiskretionen an dem von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigung unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Königl. Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren.“

Der Abscheu vor einem gegen Paris gerichteten Bombardement fand die ganze Damenwelt einig. Ihre Einflüsse verstärkten die Abneigung gegen die Vorschläge Bismarcks und Roons derart, daß lange Monate in Unthätigkeit vergingen. Allerdings standen auf der Seite der „Antibombardeurs“ auch Autoritäten wie die Generale von Moltke und von Blumenthal; Moltke gab seinen Standpunkt eigentlich erst gegen Mitte Dezember in gewissem Grade auf. Er blieb auch dann bei der Ansicht, daß auf das Bombardement, welches ohnehin nicht nachhaltig sein könne und auch technisch allzugroßen Schwierigkeiten bei der Ausführung begegnen würde, kein besonderer Wert zu legen sei, sondern daß es höchstens in zweiter Linie als Einschüchterungsmittel mitwirken sollte. Roon dagegen bestritt aufs äußerste die technischen Bedenken, vornehmlich aber richtete sich sein Unmut gegen andere, nichtmilitärische Einflüsse.

Und auch darum drängte er auf das Bombardement, weil man den Einschließungstruppen die Genugthuung verschaffen müsse, daß nicht immer nur auf sie geschossen würde, was thatsächlich fast drei Monate lang geschehen ist. Auch meinte Roon, indem er auf den beweglichen Sinn der Pariser Bevölkerung rechnete, daß auf diese die Beschießung einen großen moralischen Eindruck machen würde. Seiner Ungeduld gab er in zahlreichen Briefen nach der Heimat Ausdruck. So schreibt er schon am 6. November:

Denkwürdigk. Roons.

Die Pariser haben zu viel zu essen und zu wenig zu verdauen, nämlich Eisenpillen, die noch immer nicht in genügender Zahl herangeführt sind. Wenn gewisse Weiberintriguen uns hier in den Weg treten, so hoffe ich doch, daß sie nicht reüssieren. Man müsse sich zu sehr schämen, und alle Glorie des Krieges ginge damit zum Teufel.

Am Tage darauf schrieb Roon:

. . . Die Welt ist eben aus den Angeln gerückt; es geschehen lauter unerhörte Dinge, und andere, die nicht geschehen, sind noch unerhörter. Dazu gehört die Verzögerung in der Beschießung von Babylon, wegen welcher ich mich oft und gründlich geärgert habe; indes der Unsinn wird nicht siegen.

In weiteren Briefen schrieb Roon:

26. 11. 1870.

Ja, auch ich wünsche, daß dieser Krieg ein baldiges, ehrliches Ende finde. Die Spuren von unberechtigten, unpreußischen Einflüssen, denen ich täglich begegne, ohne daß ich ihnen zu wehren vermag, erregen mir immer wieder Nerven und Galle. Sprich davon nicht, aber bete für uns, daß wir über solchen Schwachheiten nicht zu Grunde gehen.

28. 11. 1870.

Hier schießen wir noch immer nicht! Weshalb? . . . Es wird jetzt eben ein letzter Versuch gemacht, die Angelegenheit in Gang zu bringen, um ein würdiges Punktum zu setzen und nicht statt dessen einen kolossalen schmutzigen Klex, der die glorreiche Geschichte dieses Feldzuges verunzieren und die errungenen Lorbeeren der deutschen Waffen verunglimpfen würde.

Für die Könige von Sachsen, Bayern und Württemberg werden hier Quartiere gemacht. Es scheint, da fast alle übrigen Bundesfürsten hier sind, daß die Kaiserkrone hier geschmiedet werden soll — im Angesichte des — unbesiegten Paris! Gott wolle der menschlichen Schwachheit wie bisher gnädig beispringen und über Vermögen spenden, was sonst nicht zu erringen sein würde.

1. 12. 1870.

So wird der pflichtmäßig und überzeugungstreu widersprechende Untergebene nach und nach sehr unbequem, und der Vorgesetzte, besonders wenn er sich im Unrecht fühlt, leicht ungeduldig und unfreundlich. Hat nun der erstere solches wiederholt erfahren, so kommt er in das traurige Dilemma: entweder ganz still zu schweigen mit dem Bewußtsein, dadurch

Unrecht gut zu heißen, oder nötigenfalls ferner — möge es gefallen oder nicht — zu vertreten, was er für Recht hält, und sich dadurch neuen Zurückweisungen auszusetzen. Du begreifst, daß dies allmählich als ganz unerträglich empfunden wird, besonders wenn man selbst alt und reizbar ist und eine bessere Behandlung verdient zu haben glaubt, die durch äußere Gnadenzeichen — und werden sie auch dutzendweise verliehen — nicht ersetzt werden kann. In wenigen Tagen sind es 11 Jahre, daß ich die Ehren und Lasten meines jetzigen Postens zu tragen habe, und ich blicke mit dankbarer Rührung auf die vielen denkwürdigen — herben und süßen — Momente zurück, die ich als einer der nächsten Diener des Königs an seiner Seite durchleben und teilweise zu gestalten durch Gottes Güte gewürdigt worden bin. Was ist natürlicher und gerechter als der Wunsch, bei zunehmenden Jahren und abnehmenden Kräften aus einer solchen Stellung in Frieden, d. h. mit gegenseitiger Befriedigung, zu scheiden.

8. 12. 1870.

Ungeachtet der wiederholten Niederlagen der französischen Loire-Armee hat sich bisher noch kein Zeichen von der Unterwerfung von Paris bemerklich gemacht. — So lange sie warm und sicher sitzen und die Ratten, ein Tier, das sich fortwährend fortpflanzt wie die Kaninchen, noch nicht ausgestorben sind, werden sie auch nicht an Uebergabe denken — also Geduld!

10. 12. 1870.

Hier alles beim Alten; ein neuer Durchbruchsversuch der Pariser Garnison ist aber wohl möglich. Inzwischen sind die Aussichten auf den lange verschobenen Artillerie-Angriff immer noch weit aussehend, und die Lust zum Knacken dieser harten Nuß scheint in gewissen Kreisen noch immer — Unlust zu sein. — Ich will mich darüber nicht fürder echauffieren, da ich das Meinige gethan zu haben glaube. — Genug davon — ich habe vielleicht ohnehin schon zuviel gesagt, weil man nicht alles sagen darf, was wahr ist. — —

Wie, wann und wo auf diese Weise der Krieg endigen wird — Gott weiß es! Wir hier erweisen uns als kurzsichtig, trotz aller großen Meinungen, die wir über unsere ungeheuren Erfolge teils mit Recht — teils aber auch nicht mit Recht — in uns tragen. Etwas weniger suffisance und etwas mehr Bescheidenheit wäre gar manchem nütze. In dieser Hinsicht wird Moltkes Beispiel nicht von allen seinen Jüngern nachgeahmt!"

23. 12. 1870.

Jetzt endlich ist der Widerstand gegen das Bombardement hier gebrochen. Hätten wir schon vor 8 Wochen Ernst gezeigt, so wären wir zu Weihnachten auch vielleicht zu Hause gewesen. Heute habe ich den König bestimmt, die ganze Angelegenheit in bessere Hände zu legen, aber warum war dies vor 8 Wochen nicht möglich? Weil mir alles widersprach und den König dadurch abhielt, sich mit voller Entschiedenheit zu entschließen.

Bismarck nahm in der gewohnten leidenschaftlichen Weise für das Bombardement Partei, so daß er eine Zeitlang sogar körperlich

krank wurde. Den sentimentalen Mahnungen, die mit Gründen der Menschlichkeit operierten, stellte er die Ansicht gegenüber, daß gerade aus diesem Grunde, aus Fürsorge für die armen deutschen Soldaten, die Beschießung notwendig sei. Und immer wieder klagt er darüber, wie unendlich schwer es ihm sei, mit der Einmischung Unberufener fertig zu werden. Nach seiner Ueberzeugung waren es auch nicht rein militärische Gesichtspunkte, aus denen die Generale außer Roon sich gegen das Bombardement aussprachen. Denn die preußische Stellung zwischen der in Paris eingeschlossenen Armee und den französischen Streitkräften in der Provinz war strategisch eine bedrohte, und das Bedürfnis, der Lage ein Ende zu machen, mußte auch in militärischen Kreisen vorhanden sein. Für den Staatsmann kam die Frage hinzu, ob das Ansehen und der politische Eindruck, die das Ergebnis der ersten raschen und großen Siege an den neutralen Höfen gewesen waren, nicht vor der scheinbaren Schwäche der Haltung vor Paris verblassen und ob die Begeisterung anhalten würde, in derem Feuer sich eine haltbare Einheit schmieden ließ. Später hat Bismarck erzählt:

Da die Beschießung nicht begonnen werden konnte, bevor das für wirksame Durchführung ohne Unterbrechung erforderliche Quantum Munition zur Hand war, so wurde in Ermangelung von Bahn-Material nun eine erhebliche Anspannung von Pferden und für diese ein Aufwand von Millionen erforderlich. Mir sind die Zweifel nicht verständlich, die darüber obwalten konnten, ob diese Millionen verfügbar wären, sobald das Bedürfnis für kriegerische Zwecke vorlag. Es erschien mir als ein erheblicher Fortschritt, als Roon, schon nervös aufgerieben und erschöpft, mir eines Tages mitteilte, daß man jetzt ihm persönlich die Verantwortlichkeit mit der Frage zugeschoben habe, ob er bereit sei, die Geschütze in absehbarer Zeit heranzuschaffen; er sei in Zweifel in Betreff der Möglichkeit. Ich bat ihn, die ihm gestellte Aufgabe sofort zu übernehmen, und erklärte mich bereit, jede dazu erforderliche Summe auf die Bundeskasse anzuweisen, wenn er die vielleicht 4000 Pferde, die er als ungefähren Bedarf angab, ankaufen und zur Beförderung der Geschütze verwenden wolle. Er gab die entsprechenden Aufträge, und die in unserem Lager lange mit schmerzlicher Ungeduld erwartete und mit Jubel begrüßte Beschießung des Mont Avron war das Ergebnis dieser wesentlich Roon zu dankenden Wendung. Eine bereitwillige Unterstützung fand er für das Heranschaffen und die Verwendung der Geschütze bei dem Prinzen Krafft Hohenlohe.

Ged. u. Er. II.

Wenn man sich fragt, was andere Generale bestimmt haben kann, die Ansicht Roons zu bekämpfen, so wird es schwer, sachliche Gründe für die Verzögerung der gegen die Jahreswende ergriffenen Maßregeln aufzufinden. Von dem militärischen wie von dem politischen Standpunkte erscheint das zögernde Vorgehen widersinnig und gefährlich, und daß die

Gründe nicht in der Unentschlossenheit unserer Heeresleitung zu suchen waren, darf man aus der raschen und entschlossenen Führung des Krieges bis vor Paris schließen. Die Vorstellung, daß Paris, obwohl es befestigt und das stärkste Bollwerk der Gegner war, nicht wie jede andere Festung angegriffen werden dürfe, war aus England auf dem Umwege über Berlin in unser Lager gekommen, mit der Redensart von dem „Mekka der Civilisation“ und anderen in dem cant der öffentlichen Meinung in England üblichen und wirksamen Wendungen der Humanitätsgefühle, deren Bethätigung England von allen anderen Mächten erwartet, aber seinen eigenen Gegnern nicht immer zu Gute kommen läßt. Von London wurde bei unseren maßgebenden Kreisen der Gedanke vertreten, daß die Uebergabe von Paris nicht durch Geschütze, sondern nur durch Hunger herbeigeführt werden dürfe. Ob der letztere Weg der menschlichere war, darüber kann man streiten, auch darüber, ob die Greuel der Kommune zum Ausbruch gekommen sein würden, wenn nicht die Hungerzeit das Freiwerden der anarchischen Wildheit vorbereitet hätte. Es mag dahingestellt bleiben, ob bei der englischen Einwirkung zu Gunsten der Humanität des Aushungerns nur Empfindsamkeit und nicht auch politische Berechnung im Spiele war. England hatte kein praktisches Bedürfnis, weder uns noch Frankreich vor Schädigung und Schwächung durch den Krieg zu behüten, weder wirtschaftlich noch politisch. Jedenfalls vermehrte die Verschleppung der Ueberwältigung von Paris und des Abschlusses der kriegerischen Vorgänge für uns die Gefahr, daß die Früchte unserer Siege uns verkümmert werden könnten. Vertrauliche Nachrichten aus Berlin ließen erkennen, daß in den sachkundigen Kreisen der Stillstand unserer Thätigkeit Besorgnis und Unzufriedenheit erregte, und daß man der Königin Augusta einen brieflichen Einfluß auf ihren hohen Gemahl im Sinne der Humanität zuschrieb. Eine Andeutung, die ich dem Könige über Nachrichten derart machte, hatte einen lebhaften Zornesausbruch zur Folge, nicht in dem Sinne, daß die Gerüchte unbegründet seien, sondern in einer scharfen Bedrohung jeder Aeußerung einer derartigen Verstimmung gegen die Königin.

Die Initiative zu irgend einer Wendung in der Kriegführung ging in der Regel nicht von dem Könige aus, sondern von dem Generalstabe der Armee oder des Höchstkommandierenden am Orte, des Kronprinzen. Daß diese Kreise englischen Auffassungen, wenn sie sich in befreundeter Form geltend machten, zugänglich waren, war menschlich natürlich: die Kronprinzessin, die verstorbene Frau Moltkes, die Frau des Generalstabschefs, späteren Feldmarschalls Grafen Blumenthal, und die Frau des demnächst maßgebenden Generalstabsoffiziers v. Gottberg waren sämtlich Engländerinnen.

Ende November äußerte Bismarck gegen seine Umgebung:

Gebe man mir den Oberbefehl auf 24 Stunden, und ich nehme die Verantwortung auf mich. Ich würde dann bloß einen einzigen Befehl geben: Es wird gefeuert! Die Villa Coublay ist ein Ort, nicht weit von hier, wo der herbeigeschaffte Belagerungspark noch immer steht, statt in die Schanzen und Batterien gebracht zu sein. Auch habe ich bereits in einer Immediatvorstellung um Beschleunigung des Bombardements gebeten. . . .

Ich habe mit Artilleristen gesprochen, die sagen, bei Straßburg hätten sie nicht die Hälfte gebraucht von dem, was hier schon aufgehäuft ist, und Straßburg war gegen Paris ein Gibraltar. . . . . Sie haben dreihundert Kanonen beisammen, so fuhr er fort, und fünfzig oder sechzig Mörser und für jedes Geschütz fünfhundert Schuß. Daß ist gewiß genug. . . . . Eine Kaserne auf dem Mont Valerien wäre vielleicht in Brand zu schießen, und wenn man die Forts Issy und Vanvres gehörig mit Granaten überschüttete, daß sie herauslaufen müßten — die Enceinte ist von geringer Stärke, ihr Graben war sonst nicht breiter, als dieses Zimmer lang ist — ich bin überzeugt, wenn wir ihnen hier vier oder fünf Tage lang Granaten hineinwerfen in die Stadt selber und sie gewahr werden, daß wir weiter schießen als sie — neuntausend Schritt nämlich — so werden sie in Paris klein beigeben. Freilich liegen auf dieser Seite die vornehmeren Quartiere, und da ist es denen in Belleville ganz einerlei, ob die zusammengeschossen werden, ja, sie freuen sich darüber, wenn wir die Häuser der reichen Leute zerstören. . . . . Wir hätten überhaupt wohl Paris liegen lassen und weiter gehen können; nun wir's aber einmal angefangen haben, sollte auch Ernst gemacht werden. Mit dem Aushungern kann es noch lange dauern, vielleicht bis zum Frühjahr, jedenfalls haben sie Mehl bis zum Januar. . . . . Hätten wir vor vier Wochen angefangen zu bombardieren, so wären wir jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach in Paris, und das ist die Hauptsache. So aber bilden die Pariser sich ein, es ist uns von London, Petersburg und Wien verboten zu schießen, und die Neutralen wieder glauben, daß wir's nicht können. Die wahren Ursachen aber werden wohl einmal bekannt werden.

Die Stimmung in Deutschland selbst stand durchaus auf seiten Bismarcks. Man konnte es nicht begreifen, warum die Beschießung verzögert wurde. Charakteristisch ist folgendes Gedicht, das Moltke zugeschickt wurde:

Lieber Moltke, gehst so stumm
Immer um den Brei herum!
Bester Moltke, nimm's nicht krumm:
Mach doch endlich Bumm, bumm, bumm!
Teurer Moltke, schau Dich um!
Deutschland will das Bumm, bumm, bumm!

Aus der Fülle der Zeitungsstimmen greifen wir folgenden Artikel heraus:

Vielleicht will man Paris schonen, obwohl man weder Straßburg noch Diedenhofen, weder Schlettstadt noch Breisach geschont, sondern diese deutschen Städte ganz tüchtig eingeäschert hat. Ist dem so, so ist Viktor Hugo allerdings nicht der einzige, dem Paris eine ganz besondere und heilige Scheu einflößt. Er nennt diese Stadt ausdrücklich das Heiligtum der Menschheit, das Mekka der Gesittung, der Italiener Guerazzi nennt dieselbe Stadt den großen Tempel und Wallfahrtsort der Liederlichkeit oder, wie man etwas nachsichtiger sagen könnte, des Vergnügens, und es

stände jetzt nur noch in Frage, ob den Deutschen, die nicht schießen wollen, Paris als Herd der Gesittung oder als Herd der Liederlichkeit heilig und teuer im Gedächtnis ist. Blücher, welcher sagte, er scheue so wenig Napoleon wie seine Marschälle, Blücher würde eben so wenig die Türme von Notre-Dame wie die Dächer der feinsten Kaffeehäuser oder die der vornehmsten Welt von St. Germain gescheut haben; doch ist hier nicht von 1815, sondern von 1870, nicht von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft zu reden. In der Zukunft aber werden dies die Franzosen für ausgemacht halten, daß den Deutschen, sofern sie zu schießen sich scheuten, Paris aus irgend einer Rücksicht heilig gewesen sein müsse. Und ob die künftigen Franzosen uns für Schüler Viktor Hugos oder Guerazzis ansehen werden, das wird wenig verschlagen. Genug, sie werden der Gewißheit leben, daß Paris als heilige Stadt, als europäisches Mekka förmlich anerkannt ist, eine Stadt, die, selbst wenn sie nicht außer dem Bereiche der Kanonen läge, doch unantastbar wäre für die Andächtigen. Das wäre aber in allem Ernste keine Kleinigkeit, wenn die Franzosen fortan glaubten, eine unangreifbare Hauptstadt zu besitzen. Vor drei Monaten lachte man, als sie prahlten, Paris sei uneinnehmbar; jetzt kommt heraus, Paris ist sogar unangreifbar. Ob es diese Eigenschaft schon der Stärke und dem Umfang seiner Mauern oder ob es sie der Ehrfurcht zu verdanken hat, die es der Welt einflößt, gleichviel, die Stärke der Mauern und die Ehrfurcht ergänzen und verstärken einander, um den Ruhm der Unantastbarkeit hervorzubringen.“

Trotz aller Aergernisse und Mühseligkeiten trieb der Humor Bismarcks die herrlichsten Blüten. So erzählte er einmal ein paar hübsche Anekdoten vom alten Rothschild in Frankfurt:

Rothschild habe einmal in seiner Gegenwart mit einem Getreidehändler über einen Weizenverkauf gesprochen. Dabei sagte der Händler zu ihm, als reicher Mann habe er doch nicht nötig, den Preis des Weizens so hoch zu stellen. — Was, reicher Mann? erwiderte der alte Herr. Ist mein Weizen darum weniger wert, weil ich ein reicher Mann bin? — Er gab übrigens, plauderte der Staatsmann weiter, Diners, die seinem Reichtum alle Ehre machten. Ich erinnere mich: einmal war der jetzige König in Frankfurt, und ich lud ihn zu Tische. Darauf hatte ihn Rothschild auch einladen wollen. Der Prinz aber hatte ihm gesagt, das möchte er mit mir ausmachen, er äße sonst ebenso gern bei ihm als bei mir. Er kam nun und wollte, ich sollte ihm Seine Königliche Hoheit abtreten, ich könnte ja bei ihm mitessen. Ich schlugs ihm ab. Da hatte er die Naivität zu meinen, sein Diner könnte ja zu mir ins Haus gebracht werden, er äße doch nicht mit — er genoß nämlich nur Koscheres. Ich lehnte auch diesen Vorschlag zur Güte ab — natürlich, obwohl sein Diner ohne Zweifel besser war als das meinige. — Ferner habe ihm der alte Metternich — der mir beiläufig sehr wohl wollte, schaltete Bismarck ein — mitgeteilt, als er einst bei Rothschild gewohnt, habe er ihm bei der Abreise nach dem Johannisberg ein Dejeuner mit auf den Weg gegeben, bei dem sich auch sechs Flaschen Johannisberger Schloß befunden. Auf dem Johannisberg

wären sie ungeöffnet ausgepackt worden, und der Fürst hätte seinen Weinverwalter kommen lassen und ihn gefragt, was die Flasche bei ihm koste. — Zwölf Gulden, hätte er geantwortet. — So, nun dann schicken Sie dem Baron Rothschild die sechs bei der nächsten Bestellung wieder zu, berechnen Sie sie ihm aber zu fünfzehn Gulden, weil sie dann älter geworden sind.

Als Garibaldi geschlagen war und zahlreiche Italiener in deutsche Gefangenschaft geraten waren, sagte Bismarcks Vetter Bohlen: man solle sie in Käfige setzen und öffentlich zeigen. „Nein", erwiderte der Kanzler, „ich hätte einen anderen Plan. Man sollte die Gefangenen nach Berlin bringen, dort müßte ihnen ein Plakat von Pappe angehängt werden, auf dem stünde: „Dankbarkeit" — oder „Venedig — Spandau" — und so würden sie durch die Stadt geführt" und dann nach Spandau geschafft.

Aus der Zeit des Vertrages von Gastein, als die Verhandlungen mit Blome schwebten, erzählte Bismarck:

Es war, wie ich den Vertrag mit Blome schloß. Damals habe ich zum letztenmal in meinem Leben Quinze gespielt. Obwohl ich sonst gar nicht mehr spiele — schon lange nicht mehr —, spielte ich da so leichtsinnig darauf los, daß sich die anderen nicht genug verwundern konnten. Ich wußte aber, was ich wollte. Blome hatte gehört, daß man beim Quinze die beste Gelegenheit hätte, die Menschen kennen zu lernen, und wollte das jetzt versuchen. Ich dachte, sollst ihn schon kennen lernen. Ich verlor damals ein paar Hundert Thaler, die ich eigentlich, als im Dienste Seiner Majestät verwendet, hätte liquidieren können. Aber ich machte ihn damit irre, er hielt mich für waghalsig und gab nach. — Eine andere Geschichte spielte in Nikolsburg 1866 während der dortigen Friedensverhandlungen. Da ging Graf Bismarck eines Tages in Civil aus und stieß auf zwei Gendarmen, die einen Mann arretierten. „Ich fragte, was er verbrochen hätte, bekam aber als Civilist natürlich gar keine Antwort", erzählte er. „Da erkundigte ich mich bei ihm selber, und er sagte mir, es wäre, weil er sich über den Grafen Bismarck unehrerbietig geäußert hätte. Beinahe hätten sie mich auch mit fortgenommen, weil ich sagte, das hätten wohl viele gethan." — „Das erinnert mich daran, daß ich mir einmal selbst habe ein Hoch ausbringen müssen. Es war 66, nach dem Einzug der Truppen, abends. Ich war gerade krank, und meine Frau wollte mich nicht ausgehen lassen. Ich ging aber doch — heimlich — und wie ich beim Palais des Prinzen Friedrich Karl wieder über die Straße (nach dem eigenen Palais an der Wilhelmstraße hinüber) will, ist da ein großer Haufen Menschen beisammen, der mir eine Ovation bringen will. Ich war in Civil und muß ihnen in meinem breiten Hute, den ich in die Stirn gedrückt hatte, ich weiß nicht wessen verdächtig vorgekommen sein, und welche machten eine feindliche Miene, so daß ich fürs beste hielt, in ihr Hurra einzustimmen."

Ueber die Unglücksfälle, die ihn bedroht hatten, plauderte Bismarck einmal in folgender Weise:

Ich glaube, so bemerkte er, daß es nicht reicht, wenn ich sage, daß ich wohl 50mal vom Pferde gestürzt bin. Vom Pferde fallen ist nichts, aber mit dem Pferde, so daß es auf einem liegt, das ist schlimm. Zuletzt noch in Varzin, wo ich drei Rippen brach. Da dachte ich: jetzt ists aus. Es war nicht so viel Gefahr, wie es schien, aber es that doch ganz erschrecklich weh. — Früher aber, da hatte ich einen merkwürdigen Zufall, der zeigt, wie das Denken des Menschen doch von seinem körperlichen Gehirn abhängt. Ich war mit meinem Bruder eines Abends auf dem Heimwege, und wir ritten, was die Pferde laufen wollten. Da hört mein Bruder, der etwas voraus ist, auf einmal einen fürchterlichen Knall. Es war mein Kopf, der auf die Chaussee aufschlug. Mein Pferd hatte vor der Laterne eines uns entgegenkommenden Wagens gescheut und war mit mir rückwärts überschlagen und auch auf den Kopf gefallen. Ich verlor die Besinnung, und als ich wieder zu mir kam, da hatt' ich sie nur halb wieder. Das heißt, ein Teil meines Denkvermögens war ganz gut und klar, die andere Hälfte war weg. Ich untersuchte mein Pferd und fand, daß der Sattel gebrochen war. Da rief ich den Reitknecht und ließ mir sein Pferd geben und ritt nach Hause. Als mich da die Hunde anbellten — zur Begrüßung — hielt ich sie für fremde Hunde, ärgerte mich und schalt auf sie. Dann sagte ich, der Reitknecht sei mit dem Pferde gestürzt, man solle ihn doch mit einer Bahre holen, und war sehr böse, als sie das auf einen Wink meines Bruders nicht thun wollten. Ob sie denn den armen Menschen auf der Straße liegen lassen wollten? Ich wußte nicht, daß ich ich war, und daß ich mich zu Hause befand, oder vielmehr, ich war ich selber und auch der Reitknecht. Ich verlangte nun zu essen, und dann ging ich zu Bette, und als ich ausgeschlafen hatte am Morgen, war alles gut. — Es war ein seltsamer Fall: den Sattel hatte ich untersucht, mir ein anderes Pferd geben lassen und dergleichen mehr — alles praktisch Notwendige that ich also. Hierin war durch den Sturz keine Verwirrung der Begriffe herbeigeführt. Ein eigentümliches Beispiel, wie das Gehirn verschiedene Geisteskräfte beherbergt; nur eine davon war durch den Fall länger betäubt worden. —

Ich erinnere mich noch eines anderen Sturzes. Da ritt ich rasch durch junges Holz in einem großen Walde, weit weg von zu Hause. Wie ich über einen Hohlweg weg wollte, stürze ich mit dem Pferde und verliere das Bewußtsein. Ich muß wohl 3 Stunden ohne Bewußtsein dagelegen haben; denn es war schon dämmerig, als ich aufwachte. Das Pferd stand neben mir. Die Gegend war, wie gesagt, weit weg von unserem Gute und mir ganz unbekannt. Ich hatte meine Geisteskräfte noch nicht ordentlich wieder. Aber das Notwendige that ich auch hier. Ich machte die Martingal ab, die entzwei war, steckte sie ein und ritt auf einem Wege, der, wie ich dann erfuhr, der nächste war — es ging da auf einer ziemlich langen Brücke über einen Fluß — nach einem nahe gelegenen Gute, wo die Pachtersfrau, als sie den großen Mann mit dem Gesichte voll Blut vor sich stehen sah, davonlief. Der Mann kam dann herbei und wusch mir das Blut ab, und ich sagte ihm, wer ich wäre, und daß ich die 2 oder 3 Meilen nach Hause wohl nicht würde reiten können; er möchte mich fahren, was er denn auch that. — Ich muß wohl 25 Schritt fortgeflogen

sein bei der Lerche, die ich schoß, und war an eine Baumwurzel gefallen, und als der Doktor den Schaden besah, sagte er, es wäre gegen alle Regeln der Kunst, daß ich nicht den Hals gebrochen hätte. —

Auch sonst bin ich noch ein paar mal in Lebensgefahr gewesen, fuhr der Graf fort. Zum Beispiel, als die Semmeringbahn noch nicht fertig war — ich glaube, es war 1852 — da ging ich mit einer Gesellschaft durch einen von den Tunneln oben. Ich erinnere mich, Graf Octavio Kinsky war dabei, etwas älter als ich, mit gelockten Haaren. Es war ganz finster drin. Ich ging den anderen mit einer Laterne voran. Nun zog sich da quer über den Boden eine Schlucht oder Spalte hin, die war wohl 50 Fuß tief und etwa anderthalbmal so breit wie der Tisch hier. Darüber hatten sie ein Brett gelegt, welches zu beiden Seiten Leisten hatte, damit die Karren nicht abrutschten. Dieses Brett mußte morsch sein; denn wie ich in der Mitte bin, bricht es ein, und ich fahre hinunter, bleibe aber, da ich unwillkürlich die Arme ausgebreitet hatte, an den Leisten hängen. Die hinter mir kamen, dachten nun — die Laterne war mir nämlich entfallen und erloschen — ich wäre hinabgestürzt, und waren nicht wenig erstaunt, als sie fragten: „Leben Sie noch?“ statt von tief unten her ganz oben vor sich — die Antwort zu erhalten: „Ja, hier bin ich.“ — Ich hatte mich inzwischen auch mit den Beinen angeklammert und fragte, ob ich zurück oder hinüber sollte. Der Führer meinte, es wäre besser, hinüber, und so arbeitete ich mich denn dahin. Der Arbeiter, der uns führte, zündete nun ein Licht an, suchte ein anderes Brett und brachte so die Gesellschaft nach. — Man sah mit dem Brette recht, wie liederlich und leichtsinnig solche Dinge zu der Zeit genommen wurden. — — — Hernach, als wir aus dem Tunnel heraus waren, fuhren wir in einem niedrigen Karren sausend die Bahn hinab. Wir hatten dicke Stöcke, um zu hemmen, und thaten es auch, wenn es um die Kurven ging. Bei der stärksten brachten wirs aber nur mit großer Mühe fertig, daß der Karren nicht aus dem Geleise geriet und in einen der beiden Abgründe fiel, die da waren. In den ganz tiefen konnten wir freilich nicht hinunterfahren, aber in den anderen gings auch gegen 60 Fuß hinab.

Zahlreich und überaus schwierig waren auch Bismarcks Verhandlungen mit den deutschen Einzelstaaten über die Gestaltung der Zukunft. König Ludwig von Bayern hatte schon im September seine Geneigtheit ausgesprochen, dem norddeutschen Bunde beizutreten und die süddeutschen Staaten folgten ihm nach. Am 19. Oktober trafen ihre Minister zu Verhandlungen mit Bismarck in Versailles ein. Die Beratungen erstreckten sich natürlich nicht nur über die Bedingungen des Beitritts, sondern auch über die künftige Gesamtverfassung Deutschlands. Die Verhandlungen wurden gesondert geführt. Selbstverständlich ergaben sich gewisse Differenzen von vornherein; das freiheitlich regierte Baden, dessen Großherzog schon frühzeitig liberalen Ideen zugänglich und für den Gedanken eines

einigen Reiches unter preußischer Führung eingenommen war, war leicht zu gewinnen; auch mit Württemberg und Hessen war eine Verständigung schnell erzielt. Die eigentlichen Hemmnisse in den vorbereitenden Stadien wie in der Folgezeit bestanden einerseits in gewissen Velleitäten des Königs von Bayern, dessen außerordentliches Souveränitäts-Bewußtsein sich nur schwer mit dem Gedanken befreunden konnte, einem „gleichgestellten“ Monarchen einen Teil der ererbten Rechte preiszugeben, andererseits in den freisinnigen Anschauungen des preußischen Thronerben, zugleich aber auch in den konservativen Neigungen des Altpreußentums, das ebenso wie Bismarck in den Zeiten des Frankfurter Parlamentes die Besorgnis hegte, daß der alte Königsstaat Preußen zu kurz kommen könnte vor dem neuen deutschen Kaisertum. Und gerade diese letzten Anschauungen fanden ihren höchsten und ernstesten Vertreter in dem König Wilhelm selbst, der hiermit wieder in einen direkten Gegensatz zu seinem Sohne trat. Dem einen war Bismarck vielleicht zu sehr Phantast, dem anderen zu wenig, der eine hatte in einer schmerzenreichen und vielbewegten Vergangenheit eine Abneigung, vielleicht ein Vorurteil gegen großdeutsche Ideen gewonnen, die an ihn herantraten, als er bereits zum Manne gereift war, der andere sah gerade in diesen Ideen das Ideal seiner Jugend. Der eine stand unter dem Einfluß der Erziehung Friedrich Wilhelms III., und der Einfluß der Weimarischen Prinzessin, mit der er vermählt war, hatte, so groß er war, diesen Einfluß nie zu überwinden vermocht; auf den anderen hatten die Ideen der Coburgischen Prinzen gewirkt, die frühzeitig sich in zerflossene Träumereien gestürzt hatten, ohne die Kraft zu besitzen, über schöngeistige Briefe und gesinnungstüchtige Feste hinauszugelangen. In dem Kampfe, den Bismarck durchzufechten hatte, war schließlich der Kronprinz der leichter zu besiegende Gegner, denn im Grunde erstrebten beide Männer das gleiche Ziel, wenn auch der Realpolitiker Rücksicht zu nehmen hatte auf das, was der Idealist in warmer Begeisterung übersah. Und der Kronprinz ebenso wie Bismarck hatten einen treuen Verbündeten in den Traditionen, in den Wünschen und in den Hoffnungen des deutschen Volkes. Schon als sie auszogen in den neuen Krieg und als die ersten Siegesnachrichten kamen, da sangen die Dichter vom Kyffhäuser und dem begrabenen Kaiser, der wiedererstehen soll, wenn die Raben den Gipfel des Berges verlassen. Und als gar bei

Sedan das Unglaubliche und Niegehoffte geschah, als es hieß wie im Liede von den Grenadieren: Der Kaiser, der Kaiser gefangen, da war es wie eine heiße Welle durch alle Herzen gegangen, und keine Staatsraison und keine kühle Ueberlegung konnte den Beweis erbringen, daß es unrecht sei, wenn von den Schlachtfeldern der greise preußische König als Kaiser Weißbart wiederkehrte. Es war wie eine Art Märchenstimmung durch das ganze Volk gegangen, man wußte, daß Großes geschehen sei, und man wollte, daß Größeres folge. Und man sah vor sich die Gestalt König Wilhelms und man ahnte, daß in ihm alles erfüllt sei, was von einem Heerkönige die Alten forderten und was von einem Erneuerer des Reiches die Späteren hofften: die Gestalt des sagenumwobenen Herrschers im Kyffhäuser, in ihrer Treue und in ihrer Kraft, in ihrem königlichen Wesen und in ihrem Heldenmut sah man verkörpert in dem preußischen Könige, der durch mehr als 6 Jahrzehnte Unterthan war, bis er das Scepter ergriff, der ohne Makel war in allem Thun, der von Sieg zu Sieg fortgeschritten war, als Greis noch ein Held. Aber derselbe König Wilhelm sah die Wurzeln seiner Erfolge im Preußentum, nur schwer vermochte er sich an den Gedanken zu gewöhnen, die alte Heimstätte preiszugeben um der neuen Wohnung willen; die Imponderabilien der Volksseele, für deren leise Schwingungen Bismarck ein zartes Verständnis besaß, übten auf ihn keine direkte Wirkung, und als dennoch die Kaiserkrone sich auf sein silbernes Haupt senkte, da war er niedergeschlagen und erzürnt und ging grollend an Bismarck vorüber.

Man hat nach doktrinärer deutscher Weise gestritten darüber, ob der deutsche Kaisergedanke, wie er in Versailles zur Erfüllung gelangte, das Eigentum Bismarcks oder des Kronprinzen war. Der Streit ist müßig. Denn längst ehe sie beide waren, haben Staatsmänner und Dichter von dem gleichen Ziele geträumt. Der Gedanke war gegeben und nur eines war in Frage: wie er sich fügen würde in die Realität der Verhältnisse. Hier aber ist das eine bestimmt: der Mann des kundigen Blickes, der die Dinge sah wie sie waren, der nicht um des Besseren willen das Gute preisgab, der die Arbeit vollbrachte und alle Saiten auf den gleichen Ton stimmte, der das Verletzende vermied, um das Ganze zu sichern, war Bismarck; in schöngeistigen Unterhaltungen, im Sonnenlicht freundlicher Träume hat auch Kronprinz Friedrich Wilhelm die verheißenen Lande vor-

sich liegen sehen. Aber die That ist es, die in Rechnung gezogen wird vor der Geschichte und vor dem Weltgericht, nicht das Träumen, nicht das Hoffen und Wollen. Bismarck war es, der die Widerstände besiegte und dem Schatten die Kraft der Wirklichkeit verlieh; es ist kein Vorwurf gegen den Kronprinzen, und es ist keine Verkleinerung seiner Verdienste, wenn auch er hier nur als der Gehilfe, nicht als der Meister erscheint. Bismarcks war die That.

Kronprinz Friedrich Wilhelm war der Mann der hoffnungsfrohen Zukunft, Otto Bismarck war der Mann der Gegenwart, der das Künftige in Rechnung ziehen mochte, der aber auch die positiven Faktoren in sein Exempel einstellen mußte. Er wußte es frühzeitig, daß die Annahme des Kaisertitels durch den König von Preußen, wenn der Norddeutsche Bund erweitert werden sollte, ein politisches Bedürfnis war, weil er ein werbendes Element für die Centralisation bildete; er war überzeugt, daß der festigende Druck auf die deutschen Reichsinstitutionen um so nachhaltiger sein mußte, je mehr der Träger desselben das gefährliche Bestreben vermied, den anderen Dynastien die Ueberlegenheit der eigenen Dynastie unter die Augen zu rücken. König Wilhelm, so hat Bismarck selbst geurteilt, war nicht frei von solcher Neigung, und sein Widerstreben gegen den Titel war nicht ohne Zusammenhang mit dem Bedürfnis, gerade das angestammte Ansehen des preußischen Königstums mehr als das des Kaisertitels zur Anerkennung zu bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragenen modernen Amtes, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war und den Großen Kurfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen sagte er: „Was soll mir der Charakter-Major?“ worauf ich erwiderte: „Ew. Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, ‚das Präsidium‘?“ In dem Ausdruck Präsidium liegt eine Abstraktion, in dem Worte Kaiser eine große Schwungkraft. Ihm schien es, als ob ein mit der Führung eines Regimentes beauftragter Offizier definitiv zum Kommandeur ernannt würde, für sein dynastisches Gefühl war es schmeichelhafter, gerade als geborener König von Preußen und nicht als erwählter und „durch ein Verfassungsgesetz hergestellter Kaiser die betreffende Macht auszuüben, analog wie ein prinzlicher Regiments-Kommandeur es vorzieht, nicht Herr Oberst, sondern Königliche Hoheit genannt zu werden, und der gräfliche Lieutenant nicht Herr Lieutenant, sondern Herr Graf“.

Ueber die Haltung des Thronfolgers hat Bismarck erzählt:

Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaisertitel herzustellen, welches nicht einer preußisch-dynastischen Eitelkeit, sondern allein dem Glauben an seine Nützlichkeit für Förderung der nationalen Einheit entsprang, im Anfange der günstigen Wendung des Krieges nicht immer Anklang gefunden. Seine Königliche Hoheit hatte von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wiedererweckten „römischen" Kaisertums sei das Unglück Deutschlands gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesunder Gedanke. So nachweisbar letzteres auch geschichtlich sein mag, so unpraktisch war die Bürgschaft gegen analoge Gefahren, welche des Prinzen Ratgeber in dem Titel „König" der Deutschen sahen. Es lag heut zu Tage keine Gefahr vor, daß der Titel, welcher allein in der Erinnerung des Volkes lebt, dazu beitragen würde, die Kräfte Deutschlands den eigenen Interessen zu entfremden und dem transalpinen Ehrgeize bis nach Apulien hin dienstbar zu machen. Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindrucke ein völlig ernstes und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde. Mein Einwand, anknüpfend an die Koexistenz der Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg mit dem intendierten Könige in Germanien oder Könige der Deutschen, führte zu meiner Ueberraschung auf die weitere Konsequenz, daß die genannten Dynastien aufhören müßten, den Königstitel zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Ueberzeugung aus, daß sie sich dazu gutwillig nicht verstehen würden. Wollte man dagegen Gewalt anwenden, so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtrauen und Haß ausstreuen.

Ged. u. Er. II.

Der Kronprinz war der Meinung, daß man von seiten Preußens viel zu wenig fordere, daß man in dem entscheidenden „weltgeschichtlichen Augenblick das, was man wolle, auch zweifellos könne, daß man aber, Gott sei es geklagt, nicht wisse, was man will". Bismarck aber klagte:

Ich dachte eben wieder einmal, was ich oft schon gedacht habe, wenn ich doch nur einmal auf fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: So wird es und so nicht. Daß man sich nicht mit Warum und Darum abzuquälen, zu beweisen und zu bitten hätte bei den einfachsten Dingen. Dieses ewige Reden- und Bettelnmüssen!

Am 15. November traten Baden und Hessen dem „Deutschen Bunde" bei, bald darauf auch Bayern und Württemberg. Vor allem machte die Entscheidung in Bayern einen tiefen Eindruck auf Bismarck. Darauf deutet folgende Erzählung, die in gewisser Beziehung auch ihre Ergänzung in dem Tagebuche des Kaisers Friedrich findet:

Der Bundeskanzler war mit den drei bayerischen Bevollmächtigten im Salon. Nach einer Viertelstunde etwa öffnete er die Flügelthür, steckte den

Kopf mit freundlichster Miene herein und kam dann, als er noch Gesellschaft sah, mit einem Becher an den Tisch, wo er Platz nahm. „Nun wäre der bayerische Vertrag fertig und unterzeichnet“, sagte er bewegt. „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch.“ Einen Moment herrschte Stille. Dann sagte der Kanzler: „Es ist ein Ereignis.“ Dann bemerkte er nach einigem Nachsinnen: „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen, er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann Recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren — was sind Verträge? wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind.“ — „Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesem Jahre erreicht haben.“ — „Was den Kaiser betrifft, so habe ich ihnen den bei den Verhandlungen damit annehmbar gemacht, daß ich ihnen vorstellte, es müsse für ihren König doch bequemer und leichter sein, gewisse Rechte dem deutschen Kaiser einzuräumen, als dem benachbarten Könige von Preußen.“

Ueberhaupt war es Bismarck, der auf den König Ludwig von Bayern einen außerordentlichen Einfluß besaß und diesen Einfluß in so zarter Weise geltend machte, daß niemals ein Mißklang zwischen ihm und dem leicht empfindlichen Könige entstand. Außerdem verstand es Bismarck, auf die Eigenheiten König Ludwigs einzugehen und auf seine Gefühle und Anschauungen die äußerste Rücksicht zu nehmen. Und seltsam genug: Während König Ludwig noch lange Zeit dem Neugeschaffenen zweifelnd und fast argwöhnisch gegenüberstand, hat er dem großen Staatsmann bis an sein Lebensende die innigsten Sympathien, die ehrlichste Bewunderung gezollt. Die feine künstlerische Seele ahnte in Bismarck ein Verwandtes, sie fühlte, daß dieser Mann im idealsten Sinne ein Staats„künstler“ war.

Der „Mittels- und Vertrauensmann“ in jenen Tagen der Entscheidung ist Graf Holnstein gewesen. Er stand als Oberstallmeister dem Könige persönlich nahe, er hat zweimal quam citissime die Reise von Paris nach München gemacht, und das war keine Kleinigkeit; denn es war zu der Zeit, wo noch auf zwanzig Meilen die Eisenbahnverbindung fehlte. Graf Holnstein war es, der in dem entscheidenden Moment, in dem Augenblick, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms zu scheitern drohte, die Ueberbringung eines Schreibens an König Ludwig übernahm, das Bismarck „sofort an einem ab-

gedeckten Eßtische auf durchschlagendem Papier und mit widerstrebender Tinte" schrieb. Das Schreiben und die Antwort lauteten:

Versailles, 27. November 1870.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König,
Allergnädigster Herr!

Für die huldreichen Eröffnungen, welche mir Graf Holnstein auf Befehl Eurer Majestät gemacht hat, bitte ich Allerhöchstdieselben, den ehrfurchtsvollen Ausdruck meines Dankes entgegennehmen zu wollen. Das Gefühl meiner Dankbarkeit gegen Eure Majestät hat einen tieferen und breiteren Grund als den des persönlichen in der amtlichen Stellung, in welcher ich die hochherzigen Entschließungen Eurer Majestät zu würdigen berufen bin, durch welche Eure Majestät beim Beginn und bei Beendigung dieses Krieges der Einigkeit und der Macht Deutschlands den Abschluß gegeben haben. Aber es ist nicht meine, sondern die Aufgabe des deutschen Volkes und der Geschichte, dem durchlauchtigsten bayerischen Hause für Eurer Majestät vaterländische Politik und für den Heldenmut Ihres Heeres zu danken. Ich kann nur versichern, daß ich Eurer Majestät, so lange ich lebe, in ehrlicher Dankbarkeit anhänglich und ergeben sein und mich jederzeit glücklich schätzen werde, wenn es mir vergönnt wird, Eurer Majestät zu Diensten zu sein. In der deutschen Kaiserfrage habe ich mir erlaubt, dem Grafen Holnstein einen kurzen Entwurf vorzulegen, welchem der Gedankengang zu Grunde liegt, der meinem Gefühl nach die deutschen Stämme bewegt: der deutsche Kaiser ist ihrer aller Landsmann, der König von Preußen ein Nachbar, dem unter diesem Namen Rechte, die ihre Grundlage nur in der freiwilligen Uebertragung durch die deutschen Fürsten und Stämme finden, nicht zustehen. Ich glaube, daß der deutsche Titel für das Präsidium die Zulassung desselben erleichtert, und die Geschichte lehrt, daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, Preußen eingeschlossen, die Existenz des von ihnen gewählten Kaisers niemals als eine Beeinträchtigung ihrer eigenen europäischen Stellung empfunden haben.

Geh. u. Er. I Brief vom 27. 11. 1870.

v. Bismarck.

Mein lieber Graf!

Mit lebhaftem Vergnügen habe ich bemerkt, daß Sie trotz zahlreicher und dringender Geschäfte Muße gefunden, Ihren Gefühlen gegen mich Ausdruck zu verleihen.

Ich sende Ihnen deshalb meinen wärmsten Dank, denn ich lege hohen Wert auf die hohe Gesinnung eines Mannes, nach dem das ganze Deutschland freudigen Stolzes seine Blicke richtet.

Mein Brief an Ihren König, meinen vielgeliebten hochverehrten Oheim, wird morgen in dessen Hände gelangen. — Ich wünsche von ganzem Herzen, daß mein Vorschlag beim Könige, den übrigen Bundesmitgliedern, welchen ich geschrieben, und auch bei der Nation vollsten Anklang finde, und ist es mir ein befriedigendes Bewußtsein, daß ich vermöge meiner Stellung in Deutschland wie beim Beginne so beim Abschlusse dieses ruhmreichen Krieges in der Lage war, einen entscheidenden Schritt zu Gunsten der nationalen Sache thun zu können. Ich hoffe

aber auch mit Bestimmtheit, daß Bayern seine Stellung fortan erhalten bleibt, da sie mit einer treuen, rückhaltlosen Bundespolitik wohl vereinbarlich ist und verderblicher Centralisation am sichersten steuert.

Groß, unsterblich ist das, was Sie für die deutsche Nation gethan haben, und ohne zu schmeicheln, darf ich sagen, daß Sie in der Reihe der großen Männer unseres Jahrhunderts den hervorragendsten Platz einnehmen. Möge Gott Ihnen noch viele, viele Jahre verleihen, damit Sie fortfahren können zu wirken für das Wohl und Gedeihen unseres gemeinsamen Vaterlandes. Meine besten Grüße Ihnen sendend, bleibe ich, mein lieber Graf, stets

Hohenschwangau, den 2. Dezember 1870.

Ihr aufrichtiger Freund

Ludwig.

Ueber seine in der Geschichte entscheidenden Briefe hat Bismarck erzählt:

Ged. u. Er. I. Ich entwickelte darin den Gedanken, daß die bayerische Krone die Präsidialrechte, für die die bayerische Zustimmung geschäftlich bereits vorlag, dem Könige von Preußen ohne Verstimmung des bayerischen Selbstgefühls nicht werde einräumen können; der König von Preußen sei ein Nachbar des Königs von Bayern, und bei der Verschiedenheit der Stammesbeziehungen werde die Kritik über die Konzessionen, welche Bayern mache und gemacht habe, schärfer und für die Rivalitäten der deutschen Stämme empfindlicher werden. Preußische Autorität innerhalb der Grenzen Bayerns ausgeübt, sei neu und werde die bayerische Empfindung verletzten, ein deutscher Kaiser aber sei nicht der im Stamme verschiedene Nachbar Bayerns, sondern der Landsmann; meines Erachtens könne der König Ludwig die von ihm der Autorität des Präsidiums bereits gemachten Konzessionen schicklicher Weise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem Könige von Preußen machen. Dieser Hauptlinie meiner Argumentation hatte ich noch persönliche Argumente hinzugefügt, in Erinnerung an das besondere Wohlwollen, welches die bayerische Dynastie zu der Zeit, wo sie in der Mark Brandenburg regierte (Kaiser Ludwig), während mehr als einer Generation meinen Vorfahren bethätigt habe. Ich hielt dieses argumentum ad hominem einem Monarchen von der Richtung des Königs gegenüber für nützlich, glaube aber, daß die politische und dynastische Würdigung des Unterschieds zwischen kaiserlich deutschen und königlich preußischen Präsidialrechten entscheidend ins Gewicht gefallen ist. Der Graf trat seine Reise nach Hohenschwangau binnen zwei Stunden, am 27. November, an und legte sie unter großen Schwierigkeiten und mit häufiger Unterbrechung in vier Tagen zurück. Der König war wegen eines Zahnleidens bettlägerig, lehnte zuerst ab, ihn zu empfangen, nahm ihn aber an, nachdem er vernommen hatte, daß der Graf in meinem Auftrage und mit einem Briefe von mir komme.

König Ludwig hat im Bette zweimal das Schreiben Bismarcks sorgfältig durchgelesen und sofort das von ihm erbetene und im Konzept entworfene Schreiben zu Papier gebracht.

Darin war das Hauptargument für den Kaisertitel, so erzählt Bismarck, mit der koerzitiven Andeutung wiedergegeben, daß Bayern die zugesagten, aber noch nicht ratifizierten Konzessionen nur dem deutschen Kaiser, aber nicht dem Könige von Preußen machen könne. Ich hatte diese Wendung ausdrücklich gewählt, um einen Druck auf die Abneigung meines hohen Herrn gegen den Kaisertitel auszuüben. Am siebenten Tage nach seiner Abreise, am 3. Dezember, war Graf Holnstein mit diesem Schreiben des Königs wieder in Versailles; es wurde noch an demselben Tage durch den Prinzen Luitpold, jetzigen Regenten, unserem Könige offiziell überreicht und bildete ein gewichtiges Moment für das Gelingen der schwierigen und vielfach in ihren Aussichten schwankenden Arbeiten, die durch das Widerstreben des Königs Wilhelm und durch die bis dahin mangelnde Feststellung der bayerischen Bestrebungen veranlaßt waren. Der Graf Holnstein hat sich durch diese in einer schlaflosen Woche zurückgelegte doppelte Reise und durch die geschickte Durchführung seines Auftrags in Hohenschwangau ein erhebliches Verdienst um den Abschluß unserer nationalen Einigung durch Beseitigung der äußeren Hindernisse der Kaiserfrage erworben.

Die persönliche Zuneigung des mißtrauischen Königs zu Bismarck stammte jedenfalls aus alter Zeit, und doch stand der große Staatsmann nur wenig in persönlichem Verkehr mit dem Monarchen, beide Männer haben sich wohl nur ein einziges Mal gesehen. Das freundliche Verhältnis aber hat bis in die spätesten Zeiten gedauert, vor allem weil Bismarck die äußerste Schonung ausübte gegen die sensiblen Anschauungen des Bayernkönigs. Ueber die erste Begegnung beider Männer hat Bismarck einmal erzählt:

Poschinger, N. Tischgespr.

König Ludwig habe als Kronprinz sich wohl unterrichtet gezeigt. Er, Bismarck, sei damals mit ihm zusammengekommen und habe in dem Lustschloß Nymphenburg bei München an der Tafel mit ihm gesessen, als er etwa 17 Jahre alt gewesen sei. Seine Unterhaltung sei keineswegs die gewohnte Prinzenunterhaltung gewesen, wie sie am Hofe bei Cercle geführt werde: „Sind Sie schon lange in Berlin?“ „Wann reisen Sie wieder ab?“ „Was macht Ihre Frau Mama?“ rc. Seine Unterhaltung sei die eines sehr gebildeten jungen Mannes, aber sehr unstet gewesen. Aufgefallen sei ihm, daß der Kronprinz sehr viel Sekt getrunken und dem einschenkenden Lakai immer das geleerte Glas hingehalten habe, damit es wieder gefüllt werde. Der Diener habe einen Blick nach der Königin geworfen, ob er im Einschenken noch fortfahren dürfe, es wäre aber nichts dagegen geschehen, und man habe dem Kronprinzen überhaupt sehr viel freien Willen gelassen. Bei der Unterhaltung wäre es aufgefallen, daß sein Auge stets nach oben gerichtet gewesen sei.

Wann immer den Kanzler des neuen Reiches später die Rücksicht auf seine Gesundheit auf bayerisches Gebiet, nach Kissingen, führte, hat König Ludwig ihm das herzlichste Wohlwollen bewiesen. Bismarck

hat vor allen Dingen sich stets bemüht, die föderative Grundlage des Reiches ihm gegenüber zu betonen. So schrieb er dem König am 10. August 1874:

Ged. u. Er. I. Brief vom 10. 8. 1874.

Ich bin hoch beglückt durch das Vertrauen, welches Eure Majestät mir aussprechen, und werde stets bestrebt sein, dasselbe zu verdienen; aber auch unabhängig von persönlichen Bürgschaften, dürfen Eure Majestät mit voller Zuversicht auf diejenigen rechnen, welche in der Reichsverfassung selbst liegen. Letztere beruht auf der föderativen Grundlage, welche sie durch die Bundesverträge erhalten hat, und kann nicht ohne Vertragsbruch verletzt werden. Darin unterscheidet sich die Reichsverfassung von jeder Landesverfassung. Die Rechte Eurer Majestät bilden einen unlöslichen Teil der Reichsverfassung und beruhen daher auf denselben sicheren Rechtsgrundlagen wie alle Institutionen des Reichs. Deutschland hat gegenwärtig in der Institution seines Bundesrates, und Bayern in seiner würdigen und einsichtigen Vertretung im Bundesrate, eine feste Bürgschaft gegen jede Ausartung und Uebertreibung der einheitlichen Bestrebungen. Eure Majestät werden auf die Sicherheit des vertragsmäßigen Verfassungsrechtes auch dann volles Vertrauen haben können, wenn ich nicht mehr die Ehre habe, dem Reiche als Kanzler zu dienen.

Auf einen anderen Brief, in dem Bismarck sich über verfassungsrechtliche Fragen äußerte, antwortete der König am 7. Juli 1877:

Ged. u. Er. I.

.... Es drängt mich bei diesem Anlasse, Ihnen, mein lieber Fürst, zu sagen, mit welcher lebhaften Besorgnis mich vor einiger Zeit die Nachricht von der Möglichkeit Ihres Rücktrittes erfüllte. Je größer meine persönliche Verehrung für Sie und mein Vertrauen zu der föderativen Grundlage Ihres staatsmännischen Wirkens ist, desto schmerzlicher hätte ich ein solches Ereignis für mich und mein Land empfunden. . . .

In Ihrer Stellung zu der immer wieder auftauchenden Frage verantwortlicher Reichsministerien erscheinen Sie als der starke Hort der Rechte der Bundesfürsten, und mit wahrhafter Beruhigung nehme ich von Ihnen, mein lieber Fürst, das Wort entgegen, daß das Heil der deutschen Zukunft nicht in der Centralisierung zu suchen ist, welche mit der Schaffung solcher Ministerien eintreten würde. Seien Sie überzeugt, daß ich es an nichts fehlen lassen werde, um Ihnen in dem Kampfe für Aufrechterhaltung der Grundlagen der Reichsverfassung die offene und vollste Unterstützung meiner Vertreter im Bundesrate, welchen sich gewiß auch die Bevollmächtigten der anderen Fürsten anschließen werden, für alle Zukunft zu sichern.

Fürst Bismarck hat es niemals versäumt, dem Könige über die wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik seine Anschauungen mitzuteilen, und der König hat bis zuletzt mit dem lebhaftesten Interesse die Bestrebungen des Kanzlers verfolgt und seine Gesinnungen geteilt. So schreibt er ihm am 10. August 1881:

Die Darstellung der äußeren und inneren Lage, welche ich Ihrem mir so willkommenen hochgeschätzten Schreiben verdanke, war mir im höchsten Grade interessant. Wie Großes Sie nach beiden Seiten hin leisten, ist der Gegenstand meiner Bewunderung. Für die Friedensaussichten bin ich ebenso empfänglich, als für Ihr festes Standhalten gegen die Gelüste nach parlamentarischer Majoritätsregierung, welche gegenwärtig auch in Bayern, wenn auch von anderer Seite her, auftauchen. Ich werde dafür sorgen, daß ihr Ziel, das mit dem monarchischen Prinzip nicht zu vereinigen ist und endlose Unruhe und Unfrieden herbeiführen würde, unerreicht bleibt. — Den bevorstehenden Wahlen sehe ich mit dem größten Interesse entgegen. Wenn sie auch nicht nach Wunsch ausfallen, so glaube ich doch fest daran, daß es Ihrer Beharrlichkeit gelingen wird, die finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, welche notwendig sind, um die Wohlfahrt der deutschen Lande und insbesondere die Lage der Arbeiter auf eine befriedigende Stufe zu bringen; der ehrlichen Mitwirkung von seiten meiner Regierung sind Sie gewiß. — Andererseits bin ich der vertrauensvollen Ueberzeugung, daß Sie, mein lieber Fürst, bei der Durchführung Ihrer großen Ideen von dem föderativen Prinzip ausgehen, auf welchem das Reich und die Selbständigkeit der Einzelstaaten bestehen. —

Geb. u. Er. I

Wir kehren zu dem Tage von Versailles zurück. Der Briefwechsel zwischen König Ludwig und Bismarck kann als Beweis dafür dienen, daß es die Persönlichkeit Bismarcks war, die auf der gefährlichsten Strecke in Bayern die Wege ebnete. Es bestand zwischen den beiden Männern eine tiefinnere unbewußte Sympathie. Sie waren beide Herrscher in ihrem Reich von des Genius Gnaden, wenn sie auch die entgegengesetzten Pole vertraten. Denn in dem Einen war die robuste Energie vertreten, die Natur des Anderen war passiv, der Eine handelte, der Andere duldete, der Eine kämpfte, der Andere litt, der Eine forderte Kaiser und Reich vor die Schranken seines Verdienstes, als der Undank ihn traf, der Andere starb im Starnberger See.

Das zweite Hindernis, das sich Bismarck auf seinem Wege zum Ziele entgegenstellte, lag in der konservativen Auffassung des Monarchen, die ihr Gegenbild fand in der Anschauung der altpreußischen Kreise. Selbst ein Mann wie Roon schrieb damals nach Hause: „Ob ich dieser Titelvermehrung zujuble? Ach nein, ich glaube indessen, daß sie eine unvermeidliche Konsequenz unserer seit Jahren getriebenen Politik war, und daß man sich darüber jetzt weder zu wundern noch zu beklagen hat. . . . Wenn ich aber an die fernere Entwickelung in Gegenwart und Zukunft gedenke, so dränge ich alle meine schweren Bedenken mit aller meiner Macht

zurück mit der Ergebung, daß Gott, der unsere Geschicke seit 1848 bisher so wunderbar gefügt und gelenkt, auch ferner das Seinige thun werde, um schließlich alles wohl hinauszuführen.

Und noch am 6. Februar 1871 schrieb Roon an Blanckenburg:

Denkwürdigk. Roon's III.

Das soll das letzte Stück sein, in dem ich mitspiele. Mag ein anderer Akteur meine Rolle übernehmen. Ein alter Kerl wie ich kann sich nur schwer in dem neu auf-, aber noch nicht ausgebauten kaiserlichen Schauspielhause zurechtfinden, in welchem Dekorationen, Bühne, Stichworte, Licht, Luft u. s. w. dem bisher Gewohnten und erträglich Befundenen widersprechen. Denn die National- und sonstigen Liberalen haben ganz recht, daß mit dem nun zu Ende gehenden Kampfe und dem errungenen Siege eine „neue Aera“ — wie sie es nennen — „freiheitlicher Entwickelung“ anheben muß, in welcher die alten Fahnen und Schlagworte nichts mehr bedeuten als eine geschichtliche Erinnerung. Ich vermisse den Boden, auf dem eine konservative Partei der Zukunft fußen könnte, nachdem die bisherigen Vorkämpfer derselben wissend oder unwissend mit Blut und Leben dahin gewirkt haben, die alten Heiligtümer zu zerstören und den neuen Tempel zu bauen, dessen Oberpriester (Bismarck) selbst den alten Kultus aufzuopfern trachtet, um neuen Gottheiten Altäre zu bauen. Mit dem Hauptregisseur der neuesten Aera (Bismarck) bin ich daher vielfach grundsätzlich nicht im Einverständnis, aber dennoch ebensowenig in Uneinigkeit und Hader. Das will sagen: wiewohl ich fernere Lebensfähigkeit der patriarchalisch-konservativen Staatsidee, die uns einst gemeinsam war, bezweifeln muß, so wurzele ich doch mit meinem ganzen Fühlen und Denken zu sehr darin, als daß ich die Lossagung davon praktisch mitmachen könnte! Ich kann daher in einer meiner Vergangenheit nicht entsprechenden Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse wohl noch mitleben, aber nicht mitschaffen.

Ueber die Haltung des Königs Wilhelm hat uns Bismarck selbst berichtet:

Ged. u. Er. II.

Eine neue Schwierigkeit erhob Se. Majestät bei der Formulierung des Kaisertitels, indem er, wenn schon Kaiser, Kaiser von Deutschland heißen wollte. In dieser Phase haben der Kronprinz, der seinen Gedanken an einen König der Deutschen längst fallen gelassen hatte, und der Großherzog von Baden mich, jeder in seiner Weise, unterstützt, wenn auch keiner von beiden der zornigen Abneigung des alten Herrn gegen den „Charakter-Major“ offen widersprach. Der Kronprinz unterstützte mich durch passive Assistenz in Gegenwart seines Herrn Vaters und durch gelegentliche kurze Aeußerungen seiner Ansicht, die aber meine Gefechtsposition dem Könige gegenüber nicht stärkten, sondern eher eine verschärfte Reizbarkeit des hohen Herrn zur Folge hatten. Denn der König war noch leichter geneigt, dem Minister, als seinem Herrn Sohne Konzessionen zu machen, in gewissenhafter Erinnerung an Verfassungseid und Ministerverantwortlichkeit. Meinungsverschiedenheiten mit dem Kronprinzen faßte er von dem Standpunkte des pater familias auf.

In der Schlußberatung am 17. Januar 1871 lehnte er die Bezeichnung Deutscher Kaiser ab und erklärte, er wolle Kaiser von Deutschland oder gar nicht Kaiser sein. Ich hob hervor, wie die adjektivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Kaiser von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt; der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch „gesamtrussischer" (wserossiski) Kaiser. Das Letztere bestritt der König mit Schärfe, sich darauf berufend, daß die Rapporte seines russischen Regiments Kaluga stets „pruskomu" adressiert seien, was er irrtümlich übersetzte. Meiner Versicherung, daß die Form der Dativ des Adjektivums sei, schenkte er keinen Glauben und hat sich erst nachher von seiner gewohnten Autorität für russische Sprache, dem Hofrat Schneider, überzeugen lassen. Ich machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Thalern Borussorum, nicht Borussiae rex erscheine, daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nichtpreußischen Gebiete involviere, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären; daß in dem Schreiben des Königs von Bayern in Anregung gebracht sei, daß „die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde"; endlich daß derselbe Titel auf Vorschlag des Bundesrates in die neue Fassung des Artikel 11 der Verfassung aufgenommen sei.

Die Erörterung ging über auf den Rang zwischen Kaisern und Königen, zwischen Erzherzogen, Großfürsten und preußischen Prinzen. Meine Darlegung, daß den Kaisern im Prinzip ein Vorrang vor Königen nicht eingeräumt werde, fand keinen Glauben, obwohl ich mich darauf berufen konnte, daß Friedrich Wilhelm I. bei einer Zusammenkunft mit Karl VI., der doch dem Kurfürsten von Brandenburg gegenüber die Stellung des Lehnsherrn hatte, als König von Preußen die Gleichheit beanspruchte und durchsetzte, indem man einen Pavillon erbauen ließ, in den die beiden Monarchen von den entgegengesetzten Seiten gleichzeitig eintraten, um einander in der Mitte zu begegnen.

Die Zustimmung, die der Kronprinz zu meiner Ausführung zu erkennen gab, reizte den alten Herrn noch mehr, so daß er auf den Tisch schlagend sagte: „Und wenn es so gewesen wäre, so befehle ich jetzt, wie es sein soll. Die Erzherzoge und Großfürsten haben stets den Vorrang vor den preußischen Prinzen gehabt, und so soll es ferner sein." Damit stand er auf, trat an das Fenster, den um den Tisch Sitzenden den Rücken zuwendend. Die Erörterung der Titelfrage kam zu keinem klaren Abschluß; indessen konnte man sich doch für berechtigt halten, die Ceremonie der Kaiserproklamation anzuberaumen, aber der König hatte befohlen, daß nicht von dem Deutschen Kaiser, sondern von dem Kaiser von Deutschland dabei die Rede sei.

Diese Sachlage veranlaßte mich, am folgenden Morgen, vor der Feierlichkeit im Spiegelsaale, den Großherzog von Baden aufzusuchen, als den ersten der anwesenden Fürsten, der voraussichtlich nach Verlesung der Proklamation das Wort nehmen würde, und ihn zu fragen, wie er den neuen Kaiser zu bezeichnen denke. Der Großherzog antwortete: „Als Kaiser von Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät." Unter den Argumenten,

die ich dem Großherzoge dafür geltend machte, daß das abschließende Hoch auf den Kaiser nicht in dieser Form ausgebracht werden könne, war das durchschlagendste meine Berufung auf die Thatsache, daß der künftige Text der Reichsverfassung bereits durch einen Beschluß des Reichstags in Berlin präjudiziert sei. Die in seinen konstitutionellen Gedankenkreis fallende Hinweisung auf den Reichstagsbeschluß bewog ihn, den König noch einmal aufzusuchen. Die Unterredung der beiden Herren blieb mir unbekannt, und ich war bei Verlesung der Proklamation in Spannung. Der Großherzog wich dadurch aus, daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte.

Bismarck schließt seine Darlegung:

Se. Majestät hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platze davor stand, ignorierte, an mir vorüberging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählich die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen.

Es liegt ein tieftragisches Moment in der Darstellung, die Bismarck giebt: in dem Augenblick, als das Ziel erreicht war, das von dem deutschen Volke erträumt und ersehnt war durch Jahrhunderte, als Bismarcks Kraft und Weisheit, als die Treue des Lehnsmannes dem Lehnsherrn eine Krone zum Geschenke gab, als das Herz dieses Mannes erfüllt war von dem Vollgefühl dessen, was er geleistet, als auch er glauben konnte, nach mühseliger Saat die Ernte heimzubringen, da ging sein König ungnädig an ihm vorüber. Und keine Mißstimmung entstand in ihm; auch in diesem Moment, in dem alle froh waren und nur einer trauerte, fühlte er nur das, was seine Grabschrift sagt: er war ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.

Ist darum König Wilhelm kleiner, weil er zögernd nur den Schritt zum Kaisertum antrat? Wahrlich nicht. Gerade aus solchen Zügen setzt sich ein neues, schönes Bild zusammen, nicht das Bild eines großen, wohl aber das Bild eines in seiner Gewissenhaftigkeit doppelt verehrungswürdigen Monarchen, eines Herrschers, wie ihn Deutschland durch Jahrhunderte ersehnte, bis in Wahrheit der Traum vom Kyffhäuser sich erfüllte.

Am Mittag desselben Tages war Bismarck zum Reichskanzler ernannt worden. Der Kaiser hatte diese Ernennung in eigentümlicher Weise vollzogen. Er pflegte die Briefumschläge, in denen die Minister

ihm dienstliche Mitteilungen sandten, in seiner sparsamen Art zu benutzen, indem er die Aufschrift nur durch Umstellung der Worte „an“ und „von“ änderte. Bismarck hatte ihm die auf die Ereignisse des Tages bezüglichen Papiere in einem Umschlag gesandt, der die Aufschrift trug: „An des Kaisers Majestät vom Bundeskanzler“. Der Kaiser sandte sie ihm zurück, indem er die Aufschrift dahin abänderte: „Von des Kaisers Majestät an den Reichskanzler“. Dieser Titel war Bismarck schon tags zuvor in den Beratungen über die neuen Titulaturen zugeteilt worden, und da hatte er mit seiner gewohnten Offenheit geäußert: „Eine mit dem Grafen Beust gleichnamige Bezeichnung sei ihm höchst widerwärtig; er käme dadurch in eine zu schlechte Gesellschaft.“

Am 23. Januar erschien Jules Favre bei Bismarck, um mit ihm über die Kapitulation von Paris und über einen Friedensabschluß in Unterhandlung zu treten. Bismarck war hierzu bereit. Noch um 11 Uhr abends begab er sich nach der ersten Unterredung zum Könige, und als er zurückkehrte, sah er ungemein vergnügt aus, ließ sich eine Tasse Thee einschänken und aß ein paar Bissen trockenes Brot dazu. Nach einer Weile fragte er seinen Vetter Bismarck-Bohlen, der anwesend war, indem er eine kurze Melodie pfiff: „Kennst Du das?“ Der Andere antwortete: „Ja, gute Jagd“. Hierauf der Kanzler: „Nein, das geht so“, worauf er eine andere Weise pfeift. „Es war das Halali“, sagte er dann. „Ich denke, die Sache ist gemacht.“ Bismarck-Bohlen meinte dann, Favre habe „recht ruppig“ ausgesehen. Der Kanzler erwiderte: „Ich finde, daß er viel grauer geworden ist als in Ferrières — auch dicker, vermutlich vom Pferdefleisch. Sonst aber sieht er aus wie einer, der in der letzten Zeit viel Verdruß und Aufregung erlebt hat, und dem jetzt alles Worscht ist. Uebrigens war er sehr aufrichtig und gestand zu, daß es schlecht gehe drinnen.“

Am nächsten Tage wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Hierbei ereignete sich folgende Episode. Nach dem Mittagessen bot Bismarck auf einer Untertasse Havannacigarren an. Favre erklärte, er rauche nie. Bismarck entgegnete: „Sie haben unrecht. Die Cigarre ist eine Ablenkung; der blaue Rauch, der in Ringeln aufsteigt, erfreut uns, stimmt uns versöhnlicher, man ist glücklich, das Auge ist gefesselt, die Hand ist beschäftigt, der Geruchssinn befriedigt. Man ist geneigt, sich Zugeständnisse zu machen. Und unser, der

Diplomaten ganzes Geschäft besteht ja darin, sich fortwährend gegenseitig Zugeständnisse zu machen. Wenn Sie nicht rauchen, haben Sie vor mir einen Vorteil: Sie sind geweckter; Sie haben aber auch einen Nachteil vor mir: „Sie sind geneigter aufzubrausen und der ersten Bewegung nachzugeben." Nach diesen Worten kam die Rede auf Garibaldi und dessen bei Dijon stehende Armee. Mit blitzenden, zornfunkelnden Augen verlangte Bismarck, ihm „den da und seine Armee zu überlassen. Er ist keiner der Ihrigen. Möge er sich gegen unsere Truppen allein herauswickeln." Favre rief, das sei unmöglich. Man habe Garibaldis freiwillig angebotene Dienste anfangs abgelehnt, aber nachdem er nun einmal zum französischen General ernannt und in die Falten der dreifarbigen Fahne aufgenommen sei, könne man ihn nicht im Stiche lassen. Bismarck wurde erregter. Er legte die Cigarre weg, schlug mit dem Zeigefinger auf den Tisch und rief: „Und ich muß ihn doch haben, denn ich will ihn in Berlin umherführen lassen mit der Inschrift auf dem Rücken: Das ist die Dankbarkeit Italiens. Wie! Nach allem, was wir für diese Leute gethan haben. Es ist unanständig!" Da reichte Graf d'Hérisson, Favres Begleiter, dem Zürnenden, mit halb lächelndem, halb bittendem Ausdruck, die Untertasse mit den zwei übrigen Cigarren hin. Einige Augenblicke sah Bismarck erstaunt auf diese Bewegung. Dann verstand er, was der Graf meinte. Die Zornesflamme erlosch in seinem Auge. „Sie haben recht, Herr Hauptmann", sagte er, „es ist überflüssig, sich zu ärgern. Das führt zu nichts — im Gegenteil!" Bekanntlich wurde dann der südöstliche Kriegsschauplatz, also die Armee Garibaldis und Bourbakis, in der That vom Waffenstillstand ausgenommen, wenigstens bis zum 1. Februar, wo sich ihr Schicksal bereits entschieden hatte.

Am 26. Januar gelangten die Verhandlungen zu dem vorläufigen Ergebnis, daß die Beschießung von Paris auf sechs Stunden eingestellt wurde. Zwei Tage darauf wurden die Bedingungen des Waffenstillstandes festgestellt und unterschrieben. Voraussetzung war natürlich, daß ebenso wie die Pariser Regierung auch die Nebenregierung des Herrn Gambetta in Bordeaux den Vertrag anerkennen würde. Der leidenschaftliche Südfranzose aber suchte die Verhandlungen zu durchkreuzen, indem er eine französische Nationalversammlung einberief und durch rigorose Bestimmungen für eine Mehrheit

zu sorgen versuchte, die bereit war, den Krieg bis aufs Messer fortzusetzen. Bismarcks Protest gegen dieses Vorgehen sorgte dafür, daß die Wahl in vollkommener Freiheit vorgenommen und so eine Mehrheit geschaffen wurde, die für Vernunft und Frieden sorgte. Von der neuen Nationalversammlung wurde Herr Thiers, der in 26 Departements gewählt worden war, zum Haupt der vollziehenden Gewalt der französischen Republik ernannt. Am 21. Februar kam er nach Versailles, wo er von Bismarck ohne weiteres eine Verlängerung des Waffenstillstandes bewilligt erhielt, zugleich aber auch als Friedensbedingungen die Abtretung des Elsaß mit Belfort, der Stadt und Festung Metz und eines beträchtlichen Teiles von Lothringen, die Zahlung von sechs Milliarden und den Einzug der Deutschen in Paris, erfuhr. Bekanntlich gelang es den Franzosen, eine Milliarde abzuhandeln und die Deutschen zu dem Verzicht auf Belfort zu bewegen.

Einer der Teilnehmer an diesen Verhandlungen, der badische Staatsminister Jolly, hat uns eine anschauliche Darstellung hinterlassen:

Poschinger, Bismarck im Bundesrat III.

26. Februar. Als wir, der bayerische Minister und ich, gestern um 12 Uhr bei Bismarck erschienen, teilte er uns mit, er habe sich tags zuvor mit den französischen Unterhändlern mündlich über den Inhalt der Friedenspräliminarien geeinigt, die nun heute schriftlich festgestellt werden sollten. Die süddeutschen Minister sollten als Vertreter solcher Staaten, die selbständig den Krieg erklärt hatten, in dieser Eigenschaft mitwirken, wie er euphemistisch sich ausdrückte, d. h. zuhören und mit unterschreiben. So kalt mich diese Art Einschmuggelung in die Unsterblichkeit läßt, so unvergleichlich anregend und ergreifend war mir die wenn auch nur passive Assistenz bei einem der gewaltigsten Dramen, das sich denken läßt, so gewaltig, wie es nicht jedes Jahrhundert erlebt.

Nachdem wir etwa dreiviertel Stunden mit Bismarck de bon humeur trotz heftigen Hexenschusses konversiert und dann noch ein Viertelstündchen allein geplaudert hatten, erschienen Thiers und Favre, und nun folgte eine lange Konferenz von reichlich 5 Stunden in engem Gemach. Die Verhandlungen, natürlich in französischer Sprache, wurden zwischen Bismarck und hauptsächlich Thiers geführt. Favre sprach sehr wenig, mein bayerischer Kollege streute halbstündig eine kurze Phrase ein, ich befleißigte mich nur des Zuhörens, und der während der Verhandlungen eingetroffene württembergische Kollege machte es wie ich.

Thiers ist ein sehr kleiner, alter, ungemein beweglicher Herr von unglaublichem Wortreichtum. Sein Gesicht, nur durch eine sehr scharf gewölbte Nase ausgezeichnet, macht keinen angenehmen, überhaupt keinen bestimmten Eindruck. Es spiegelte sich in seinem ganzen Wesen eine große Erregung ab, welche die peinliche Gemütsstimmung des Unterhändlers

erkennen ließ. Favre hat einen Charakterkopf, wie ihn der Maler sich wünschen muß. Er war sichtlich von tiefem Seelenschmerz zerrissen, daß man ihn nur mit Sympathie betrachten konnte. Er war bei seiner Wortkargheit präziser als Thiers, der ihn an Unermüdlichkeit und Gewandtheit weit übertrifft, aber an Würde ebensoweit hinter ihm zurücksteht und, nach absolutem Maßstab gemessen, doch weit mehr durch die Quantität als die Qualität seiner Leistungen imponierte.

Ueber das Sachliche der in der That für Frankreich furchtbar schweren Bedingungen wurde kein Wort mehr gewechselt, und an den Modalitäten — erfolglos — genörgelt. Bismarck war geradezu bezaubernd, von großartiger Liebenswürdigkeit und liebenswürdiger Größe. Wenn Thiers sich zu sehr in langen Klageliedern erging, ohne bestimmte Gegenvorschläge zu machen, kam zu rechter Zeit ein seufzendes Stöhnen über die unerträglichen nervösen Schmerzen, die ihn fürchten ließen, die Verhandlungen nicht fortführen zu können; oder auch einmal in verbindlichster Form ein scharfer Sarkasmus, z. B.: Ich würde mich im Vertrauen auf Herrn Thiers gerne mit geringeren Garantien begnügen, wenn er erblicher König von Frankreich wäre; oder: Herr Thiers ist durch seine Beredsamkeit verwöhnt, durch welche er stundenlang große Versammlungen fesseln kann; wir werden aber, wenn wir uns nicht einigen, in 30 Stunden wieder schießen, und dergleichen mehr. Wirklich imponierend war aber der Hüne zwei-, dreimal, wenn er vollkommen chevaleresk und ohne jegliche persönliche Härte, um zum Abschluß zu kommen, erklärte, nicht der Sieger, sondern der Besiegte hat nachzugeben. Es ist doch ein ganz eminenter Mensch, der trotz manchem wunderlich Bizarren doch als echtes Genie bei aller Kraft innerlich maßvoll ist.

Die stundenlangen Debatten bewegten sich zunächst um die Grenze bei Belfort — ohne Erfolg für die Franzosen. Dann um die Modalitäten der Kriegsentschädigung — noch nicht erledigt. Dann um die zu besetzenden Teile von Paris — vergeblich für die Franzosen. Ferner die Art der allmählichen Räumung der besetzten Gebiete — nach unendlichem Hin- und Herreden eine von Thiers vorgeschlagene neue Wortfassung, die sachlich mit dem Vorschlag Bismarcks vollkommen übereinstimmt. Endlich die Verpflegung der Okkupationstruppen — dabei wurde ohne Resultat abgebrochen, und heute soll fortgefahren werden.

27. Februar. Nach der langen Diskussion am Samstag Nachmittag nahmen wir am Diner im Bundeskanzleramt teil, die Franzosen hatten gedankt. Die Unterhaltung war im höchsten Grade interessant, die verschiedensten Richtungen und Wünsche äußerten sich: das brutalste Borussentum, vertreten durch den zufällig anwesenden Grafen Renard, das herrische Selbstgefühl des Bankiers Bleichröder mit einer unvergleichlichen Judenphysiognomie; die ruhige Geschäftsbetrachtung des klugen Geheimrats Schaydtmann und anderer; die weltmännische Feinheit des Grafen Henckel und vor allem die liebenswürdige Größe Bismarcks. Nach Tisch sollte die Konferenz fortgesetzt werden; es kam aber nicht dazu, indem die Finanzfachmänner nicht die von ihnen verlangten Vorschläge machen konnten. Rothschild behauptete, es seien ihm von Thiers nicht genügende Unterlagen angegeben. Bismarck hatte darüber noch, wie er uns gestern er-

zählte, eine kleine Privatscene mit Herrn Thiers, schließlich kam aber nicht Anderes heraus, als die Verabredung, Sonntags 11 Uhr wieder zusammen zu kommen.

Die Scene im Versammlungssaal im Bundeskanzleramt, in welchem sich die ganze oben beschriebene Gesellschaft mit den Räten und Attachés des Kanzlers zwanglos herumbewegte, noch bereichert durch Hinzutritt des über einzelne Punkte zu Rat gezogenen Generals v. Stosch, eines äußerst besonnenen, festen Mannes, dann des Barons Rothschild und endlich auch von Thiers und Favre, ist das Grandioseste, was die Phantasie eines Dichters ersinnen, der Pinsel des genialsten Meisters darstellen könnte. Letzterer müßte sich als Mittelpunkt den Augenblick wählen, wie Rothschild, ein kleines, schmächtiges Männchen, mit schlotternden Knien vor dem etwas geneigten Bismarck steht, der, ärgerlich, daß die Sache nicht fertig wird, mit lauter Stimme und trotz Herenschuß hoch aufgerichtet erklärt: „Wenn der Herr Baron keine Neigung hat, die gewünschten Vorschläge zu machen, müssen wir sehen, wie wir sonst fertig werden.“ Stammelnde Antwort: „Excellenz, ich bin geneigt.“ Mein bayerischer Kollege war sehr ängstlich, die Sache könnte scheitern; die wildesten Borussen fingen an zu hoffen, sie werde scheitern. Das deutsche Lager fühlte sich sicher, das herrliche Ziel werde morgen erreicht sein, trotz der letzten schmerzlichen Zuckungen des machtlosen Gegners; die Franzosen wahrten mühsam die Fassung. Gebe Gott, daß nie ein deutscher Staatsmann ähnliches zu erleben habe. —

Gestern machte Bismarck nach Rückkunft der Franzosen in zwei bis drei Stunden mit diesen die Sache allein ab; wir wohnten nur noch der Unterzeichnung bei, nachdem er uns vorher von dem schließlichen Verlauf der Verhandlung unterrichtet hatte. Er wollte jedenfalls gestern abschließen, weil er nach seinen früheren kategorischen Erklärungen den Waffenstillstand nicht mehr verlängern konnte und täglich eine ungeschickte Einmischung Englands ohne sachlichen Zweck, nur zum Frommen seiner parlamentarischen Diskussion, fürchtete. Bismarck begnügte sich deshalb damit, daß in diesem Jahre Frankreich nur eine Milliarde, den Rest binnen drei Jahren zu zahlen hat, legte dabei aber den Franzosen solche Daumenschrauben an, daß sie sicher in ihrem eigenen Interesse früher zahlen werden. Er war mit Thiers und dessen kleinlichen Nörgeleien sehr unzufrieden, hat ihn aber total besiegt, die Franzosen hätten bei geschickterer Operation bessere Ausführungsbestimmungen erhalten können. Noch bei der Unterzeichnung, die Bismarck triumphierend mit der vorher den Franzosen als patriotisches Geschenk aus Pforzheim vorgezeigten goldenen Feder vollzog, spielte eine höchst ergötzliche Scene. Die süddeutschen Minister unterzeichneten mit der Bemerkung, sie träten dem Vertrag besonders bei, mit Rücksicht darauf, daß die süddeutschen Staaten ursprünglich selbständig Krieg führten. Thiers schlug eine etwas abweichende, mehr in partikularistischem Sinne gehaltene Fassung vor. Bismarck: „Sie zerpflücken mir ja wieder die deutsche Einheit.“ Thiers: „Ah, c'est nous qui l'avons faite!“ („Wir haben sie ja gerade gemacht!“) Bismarck achselzuckend: „Peut être.“

Gestern Nachmittag 4 Uhr 12 Minuten war der glorreichste Vertrag, den Deutschland geschlossen, unterzeichnet. Die Franzosen eilten sofort weg, Thiers, den Bismarck beim Weggehen wegen aller ungern ihm bereiteten

Qualen verbindlichst um Entschuldigung bat, in erbittertem Ungestüm, Favre in stillem Schmerz.

Am 1. März fand der Einzug der deutschen Truppen in Paris statt. Auch Bismarck nahm an dem Einzuge teil und wurde vom Volke erkannt. Ein Mensch schnitt ihm dabei ein besonders finsteres Gesicht. Sofort ritt er freundlich auf ihn zu und bat ihn um Feuer zur Cigarre. Bereitwillig wurde dem Wunsche entsprochen. Am selben Tage aber wurde von der französischen Nationalversammlung der Versailler Vorfrieden mit 546 gegen 107 Stimmen angenommen. Der Kaiser meldete der Gemahlin das Ereignis und fügte hinzu: „Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in Seiner Gnade gelingen lassen. Ihm sei die Ehre! Der Armee und dem Vaterlande mit tief erregtem Herzen Meinen Dank.“

So konnte Bismarck sich zur Heimreise rüsten. Am 6. März verließ er Versailles, um in die Heimat zurückzukehren und sich mit den Seinigen zu vereinigen. An jedem Haltepunkte wurden ihm begeisterte Ovationen dargebracht und am 9. März früh morgens konnte er auf dem Bahnhof zu Berlin Gattin und Tochter begrüßen.

Bald genug drängten neue Berufslasten auf ihn ein. Der Reichstag war wieder zusammengetreten, die Vorlagen für ihn mußten fertiggestellt werden, es galt die handelspolitischen Beziehungen zu Frankreich zu ordnen und all jene Vorbereitungen zu treffen, die für die Zukunft nötig waren. Am 17. März traf Kaiser Wilhelm in Berlin ein und Bismarck konnte mit ihm, Roon und Moltke teilnehmen an dem Jubel, mit dem die Hauptstadt des neuen Reiches den Kaiser begrüßte. Am 21. März, am Tage der Reichstagseröffnung, wurde Bismarck zum Fürsten ernannt. Bismarck wurde der neuen Gnade nicht recht froh:

Ged. u. Er. II. Als mir am Morgen des 21. März 1871 ein eigenhändiges Handschreiben des Kaisers die Erhebung in den Fürstenstand anzeigte, war ich entschlossen, Se. Majestät um Verzicht auf seine Absicht zu bitten, weil diese Standeserhöhung in die Basis meines Vermögens und in meine ganzen Lebensverhältnisse eine mir unsympathische Aenderung bringe. So gern ich mir meine Söhne als bequem situierte Landedelleute dachte, so unwillkommen war mir der Gedanke an Fürsten mit unzulänglichem Einkommen nach dem Beispiel von Hardenberg und Blücher, deren Söhne die Erbschaft des Titels nicht antraten — der Blüchersche wurde Jahrzehnte später (1861) erst infolge einer reichen und katholischen Heirat erneuert. In Erwägung aller Gründe gegen eine Standeserhöhung, die ganz außer-

halb des Bereichs meines Ehrgeizes lag, langte ich auf den oberen Stufen der Schloßtreppe an und fand dort zu meiner Ueberraschung den Kaiser an der Spitze der königlichen Familie, der mich herzlich und mit Thränen in seine Arme schloß, indem er mich als Fürsten begrüßte und seine Freude, mir diese Auszeichnung gewähren zu können, laut äußerte. Dem gegenüber und unter den lebhaften Glückwünschen der königlichen Familie blieb mir keine Möglichkeit, meine Bedenken anzubringen. Das Gefühl, daß man als Graf wohlhabend sein kann, ohne unangenehm aufzufallen, als Fürst aber, wenn man letzteres vermeiden will, reich sein muß, hat mich seitdem nie wieder verlassen.

Prunkvoll wurde der Reichstag eröffnet. Abschließend mit der Kampfeszeit und den Blick lenkend in die Zukunft, führte die Thronrede aus:

„Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde, die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung. Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen, bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.“ Die Thronrede schloß: „Möge dem deutschen Reichskriege, dn wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfreden folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen. Das walte Gott!“

Die Hoffnung, daß nach so vielen Kämpfen der Friede erhalten bleibe, hat Bismarcks Weisheit und kluge Voraussicht zur Erfüllung gebracht. Mehr als ein Vierteljahrhundert ist vergangen und es blieb gesichert, was in drei Ländern auf dem Schlachtfelde Blut und Eisen gewann.

Durch drei Kriege war das deutsche Volk hindurchgeschritten, auf zahllosen Schlachtfeldern hatten seine Söhne geblutet, ehe das erreicht war, was anderen Nationen ein gütigeres Geschick als natürliches Angebinde verleiht: die nationale Einigung. Das Werk von Eisen und Blut, mit dem Otto v. Bismarcks an Thaten reichste Zeit erschlossen wurde, hatte seine Erfüllung gefunden, jetzt war der Raum frei für den friedlichen Ausbau. Bewundernd aber wird die Geschichte es anerkennen, daß der große Staatsmann, nicht berauscht durch seine unvergleichlichen Erfolge, auch in Zukunft nur nach dem Erreichbaren, nach dem Nützlichen strebte: Nur die Kraft, die sich selbst zu beschränken weiß, schafft wahrhaft Dauerndes!

Zehntes Kapitel.

Der Ausbau des Reiches.

Das Reich war errichtet, die Mauern hatten sich gefügt zum ragenden Bau. Aber der alte Stammessinn der Deutschen war nicht ausgelöscht. Wenn auch das gemeinsam vergossene Blut einen Kitt bildete, der für alle Zukunft sie aneinanderschließen muß, so galt es doch, das Neugeschaffene und Ungewohnte bequem und wohnlich zu machen, damit das Neue einen siegreichen Vergleich aushalte mit dem Aufgegebenen. Denn Bismarck wußte, daß die Dynastien schwere Opfer gebracht hatten, und daß auch die Bewohner der einzelnen Länder dies fühlten; er wußte überdies, daß ein alter Gegensatz bestand zwischen dem Norden und dem Süden, der auch dann noch nicht ausgeglichen wurde, als die Mainbrücke geschlagen war. So wurde es einer seiner leitenden Grundsätze, die äußerste Rücksicht zu nehmen auf die partikulare Eigenart der Stämme, zugleich aber auch auf die einzelnen Dynastien, die plötzlich in dem Könige von Preußen den Gleichgestellten über sich erhoben sahen. Noch am 20. August 1893 sprach er es vor den Thüringern in Kissingen aus:

Rede vom 20. 8. 1893.

Ich habe von Anfang an gesagt: Wir müssen unsere Kleinstaaten, mit denen wir leben, schonen und erhalten, wir müssen sie heranziehen zu dem gemeinsamen Werke, und wenn man das Gegenteil thun wollte, wie heute in mehr oder weniger offiziösen Kreisen angedeutet wird, wenn man eine unitarische Centralmacht, eine kaiserliche Regierung in Deutschland schaffen will, die bisher verfassungsmäßig nicht existiert, dann sehe ich mit Besorgnis auf diese Symptome hin. Für Ihre Zufriedenheit als Thüringer würde es kaum förderlich sein, wenn Ihre acht Fürstenresidenten verschwänden aus ihrem Berglande und deren Macht sich konzentrierte in einem kaiserlichen Oberpräsidium, das in Erfurt residierte. Der Deutsche hängt an seinen Dynastien, und die Dynastien haben gezeigt, daß sie auch an Deutschland hängen; sie sind mit den Rechten und Bürgschaften, die ihnen geblieben sind, zufrieden, mehr als ich erwartet hätte. Das ist ein positiver Wert. Die Dynastien, welche wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen.

Und in seinen Gedanken und Erinnerungen spricht Bismarck es aus:

Ged. u. Er. I.

Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um thätig und wirksam zu werden, der Vermittelung dynastischer Anhänglichkeit; unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung, wenn auch theoretisch täglich, in Parlamenten, Zeitungen und Versammlungen; in praxi bedarf der Deutsche einer Dynastie, der er anhängt, oder einer Reizung, die in ihm den Zorn weckt, der zu Thaten treibt. Letztere Erscheinung ist aber ihrer Natur nach keine dauernde Institution. Als Preuße, Hannoveraner, Württemberger, Bayer, Hesse ist er früher bereit, seinen Patriotismus zu dokumentieren, wie als Deutscher; und in den unteren Klassen und in Parlaments-Fraktionen wird es noch lange dauern, ehe das anders wird. Man kann nicht sagen, daß die hannöversche, die hessische Dynastie und andere sich besonders bemüht hätten, sich das Wohlwollen ihrer Unterthanen zu erwerben, aber dennoch wird der deutsche Patriotismus der letzteren wesentlich bedingt durch ihre Anhänglichkeit an die Dynastie, nach welcher sie sich nennen. Es sind nicht Stammesunterschiede, sondern dynastische Beziehungen, auf denen die centrifugalen Elemente ursprünglich beruhen. Es kommt nicht die Anhänglichkeit an schwäbische, niedersächsische, thüringische Eigentümlichkeit zur Hebung, sondern die durch die Dynastien Braunschweig, Brabant, Wittelsbach zu einem dynastischen Anteil an dem Körper der Nation gesonderten Konvolute der Herrschaft einer fürstlichen Familie. Der Zusammenhang des Königreichs Bayern beruht nicht nur auf dem bajuvarischen Stamme, wie er im Süden Bayerns und in Oesterreich vorhanden ist, sondern der Augsburger Schwabe, der Pfälzer Alemanne und der Mainfranke, sehr verschiedenen Geblüts, nennen sich mit derselben Genugthuung Bayern wie der Altbayer in München und Landshut, lediglich weil sie mit den letzteren durch die gemeinschaftliche Dynastie seit drei Menschenaltern verbunden sind. Die am meisten ausgeprägten Stammeseigentümlichkeiten, die niederdeutsche, plattdeutsche, sächsische, sind durch dynastische Einflüsse schärfer und tiefer als die übrigen Stämme geschieden. Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich

ihre Anhänglichkeit konzentriert. Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsdörfer. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt. . . . . .

Dynastische Interessen haben in Deutschland insoweit eine Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Reichsinteresse anpassen; sie können mit diesem sehr wohl Hand in Hand gehen, und ein reichstreuer Herzog im alten Sinne ist dem Ganzen unter Umständen nützlicher als direkte Beziehungen des Kaisers zu den herzoglichen Hintersassen. So weit aber die dynastischen Interessen uns mit neuer Zersplitterung und Ohnmacht der Nation bedrohen sollten, müßten sie auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Das deutsche Volk und sein nationales Leben können nicht unter fürstlichen Privatbesitz verteilt werden. Ich bin mir jederzeit klar darüber gewesen, daß diese Erwägung auf die kurbrandenburgische Dynastie dieselbe Anwendung findet, wie auf die bayerische, die welfische und andere; ich würde gegen das brandenburgische Fürstenhaus keine Waffen gehabt haben, wenn ich ihm gegenüber mein deutsches Nationalgefühl durch Bruch und Auflehnung hätte bethätigen müssen; die geschichtliche Prädestination lag aber so, daß meine höfischen Talente hinreichten, um den König und damit schließlich sein Heer der deutschen Sache zu gewinnen. Ich habe gegen den preußischen Partikularismus vielleicht noch schwierigere Kämpfe durchzuführen gehabt als gegen den der übrigen deutschen Staaten und Dynastien, und mein angeborenes Verhältnis zu dem Kaiser Wilhelm I. hat mir diese Kämpfe erschwert. Doch ist es mir schließlich stets gelungen, trotz der starken dynastischen, aber dank der dynastisch berechtigten und in entscheidenden Momenten immer stärker werdenden nationalen Strebungen des Kaisers seine Zustimmung für die deutsche Seite unserer Entwickelung zu gewinnen, auch wenn eine mehr dynastische partikularistische von allen anderen Seiten geltend gemacht wurde. . . .

Ich habe stets den Eindruck des Unnatürlichen von der Thatsache gehabt, daß die Grenze, welche den niedersächsischen Altmärker bei Salzwedel von dem kurbraunschweigischen Niedersachsen bei Lüchow, in Moor und Heide dem Auge unerkennbar, trennt, doch den zu beiden Seiten plattdeutsch redenden Niedersachsen an zwei verschiedene, einander unter Umständen feindliche völkerrechtliche Gebilde verweisen will, deren eines von Berlin, und das andere früher von London, später von Hannover regiert wurde, das eine Auge rechts nach Osten, das andere Auge links nach Westen bereit stand, und daß friedliche und gleichartige, im Connubium verkehrende Bauern dieser Gegend, der eine für welfisch-habsburgische, der andere für hohenzollernsche Interessen, auf einander schießen sollten. Daß dies überhaupt möglich war, beweist die Tiefe und Gewalt des Einflusses dynastischer Anhänglichkeit auf den Deutschen. Daß die Dynastien jederzeit stärker geblieben sind als Presse und Parlament, hat sich durch die Thatsache bestätigt, daß 1866 Bundesländer, deren Dynastien im Bereich des österreichischen Einflusses lagen, ohne Rücksicht auf nationale Bestrebungen

mit Oesterreich, und nur solche, welche „unter den preußischen Kanonen“ lagen, mit Preußen gingen. Von den letzteren machten allerdings Hannover, Hessen und Nassau Ausnahmen, weil sie Oesterreich für stark genug hielten, um alle Zumutungen Preußens siegreich abweisen zu können. Sie haben infolgedessen die Zeche bezahlt, da es nicht gelang, dem Könige Wilhelm die Vorstellung annehmbar zu machen, daß Preußen, an der Spitze des Norddeutschen Bundes, einer Vergrößerung seines Gebietes kaum bedürfen würde. Gewiß aber ist, daß auch 1866 die materielle Macht der Bundesstaaten den Dynastien und nicht den Parlamenten folgte, und daß sächsisches, hannöveriches und hessisches Blut nicht für die deutsche Einheit, sondern dagegen vergossen ist.

Die Dynastien bildeten überall den Punkt, um den der deutsche Trieb nach Sonderung in engeren Verbänden seine Krystalle ansetzte.

Gerade der Partikularismus in seiner gefährlichen Form, in seiner Unzufriedenheit und in seinen centrifugalen Neigungen fand eine starke Stütze an dem neu erstarkenden Klerikalismus, dessen Wortführer in Bayern bereits Opposition gemacht hatten wegen des Krieges mit Frankreich, und dessen Führer in der neu beginnenden Aera ein Welfe war, der Vertrauensmann des Königs Georg, Ludwig Windthorst. Um ihn krystallisierten sich die Reichsverdrossenen aller Farben, die Protestler der Reichslande, die Polen und Dänen. Wo immer es den Ausbau des Reiches galt, da finden wir diese Gruppen vereinigt zur Opposition, sie wurden zum schwersten Hemmnis der Bismarckschen Politik, als die Fortschrittler, in denen noch immer der alte Haß gegen den Staatsmann der Konfliktszeit loderte, ihre eigenen Grundsätze preisgaben und sich mit den Gegnern des Reiches verbanden. Der Kampf, der jetzt begann, unmittelbar, nachdem die Sieger zurückgekehrt waren, lebt unter dem Namen „Kulturkampf“ in dem Andenken der Geschichte. Dieser Kampf hat fortgedauert bis tief hinein in die folgenden Jahrzehnte, und die Gegnerschaft Windthorsts hat zu jenen Faktoren gehört, die zum Sturze des großen Kanzlers und zu der Aera des neuen Kurses führten. Dieser Kampf war um so schwieriger, weil die Bestrebungen der Ultramontanen am Hofe Unterstützung fanden, nicht nur in Persönlichkeiten wie dem Grafen Stillfried und dem Prinzen Radziwill, sondern auch in der Kaiserin Augusta und dem ihr vertrauten Kreise. Ueber die ultramontanen Neigungen der Kaiserin hat sich Bismarck wiederholt geäußert:

Ged. u. Er. I. Das moderne konfessionelle Selbstgefühl auf dem Grunde geschichtlicher Tradition, das in dem Prinzen die protestantische Sympathie nicht selten

mit Schärfe hervortreten ließ, war seiner Gemahlin fremd. Welchen Erfolg ihr Bemühen um Popularität im Rheinlande gehabt hatte, zeigte sich u. a. darin, daß der Graf v. d. Recke-Volmerstein mir am 9. Oktober 1863 schrieb, wohlgesinnte Leute am Rhein rieten, der König möge nicht zum Dombaufest kommen, sondern lieber Ihre Majestät schicken, „die mit Enthusiasmus würde empfangen werden". Ein Beispiel der wirksamen Energie, mit der sie die Wünsche der Geistlichkeit vertrat, lieferte die Modifikation, zu welcher der Bau der sogenannten Metzer Eisenbahn genötigt wurde, weil die Geistlichkeit sich eines katholischen Kirchhofs, der berührt werden sollte, angenommen hatte und darin von der Kaiserin so erfolgreich unterstützt wurde, daß die Richtung geändert und schwierige Bauten ad hoc hergestellt wurden.

Unter dem 27. Oktober 1877 schrieb mir der Staatssekretär v. Bülow, die Kaiserin habe von dem Minister Falk eine Reiseunterstützung für einen ultramontanen Maler verlangen lassen, der nicht nur selbst nicht darum bitten wolle, sondern mit Gemälden zur Verherrlichung von Marpingen beschäftigt sei. Unter dem 25. Januar 1878 berichtete er mir: „Vor seiner Abreise (nach Italien) hat der Kronprinz eine sehr heftige Scene mit der Kaiserin gehabt, welche verlangte, daß er, der künftige Herrscher über acht Millionen Katholiken, den alten ehrwürdigen Papst besuchen solle. Als der Kronprinz nach der Rückkehr sich beim Kaiser meldete, war auch die Kaiserin (aus ihren Zimmern) hinuntergekommen. Als das Gespräch eine Wendung nahm, die ihr nicht gefiel, betreffend die Stellung des Königs Humbert, und dann stockte, ist sie mit den Worten aufgestanden: „Il parait que je suis de trop ici", und der Kaiser hatte dann ganz wehmütig zum Kronprinzen gesagt: „Ueber diese Dinge ist Deine Mutter in dieser Zeit wieder unzurechnungsfähig."

In dem ersten Reichstage, der nach dem Kriege gewählt wurde, befanden sich bereits 57 Ultramontane, die schon in dem ersten Stadium ihr Wesen enthüllten, indem sie gegen die von den nationalen Parteien beantragte Adresse an den Kaiser sprachen und stimmten, weil diese Adresse den Satz enthielt: „Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren." Sie hatten gerade den Wunsch, durch Deutschland den Kirchenstaat des Papstes wieder hergestellt zu sehen. Hatten sich klerikale Tendenzen schon bemerkbar gemacht in den Tagen Friedrich Wilhelms IV., so traten sie verstärkt hervor, seitdem das ökumenische Konzil zusammengetreten war und die päpstliche Unfehlbarkeit dekretiert hatte. Darum lud schon am 9. April 1869 der damalige bayerische Ministerpräsident und spätere Reichskanzler Fürst Hohenlohe in einer Cirkularnote die Mächte ein, ob nicht auf einer europäischen Konferenz ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen wäre, um den römischen Hof über ihre, dem Konzil

gegenüber einzunehmende Haltung im voraus nicht im Ungewissen zu lassen. Bismarck hatte abgelehnt, weil er einen Mißerfolg des Kongresses voraussah. In privaten Unterhaltungen mit Hohenlohe gab er wohl seinem Wunsche nach Frieden Ausdruck, zugleich aber auch seiner Ueberzeugung, daß dennoch der Kampf beginnen werde:

Es giebt in Rom eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu stören bestrebt ist, in der fanatischen Ueberzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erfahrungen von 1848 und auf der psychologischen Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte. Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Angriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn sich der Konflikt zwischen beiden durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt.

Nachdem dann am 3. Januar 1870 369 Mitglieder des Konzils an den Papst die Bitte gerichtet hatten, die Unfehlbarkeit zu beschließen, gab Bismarck dem diplomatischen Vertreter in Rom noch die besonnene Instruktion:

Dem Konzil und der Kurie gegenüber eine vollkommen ruhige und abwartende Stellung zu bewahren, und vertraulich, in Uebereinstimmung mit Ihren gleichgesinnten Kollegen, eine möglichst ermutigende und stärkende Einwirkung auf die Bischöfe geltend zu machen.

Später hat Fürst Bismarck seiner bestimmten Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß auch der französische Krieg im Einverständnis mit der römischen Kurie unternommen worden sei:

Rede vom 16. 3. 1875.

Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise thätig waren, den eigentlichen Ausschlag gaben für den kriegerischen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Grundsätzen nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß.

Obwohl die Kenntnis der vatikanischen Treibereien bei Bismarck sicherlich schon während des Krieges vorhanden war, behandelte er doch den Papst mit äußerster Schonung. So antwortete er auf die Anfrage Antonellis, ob der Papst, falls er Rom verlassen wolle, auf die Unterstützung des Königs von Preußen rechnen könne, daß man ihn ungehindert und in schicklicher Weise abreisen lasse, von Versailles bejahend. Und er that auch Schritte in diesem Sinne bei der italienischen Regierung. Vom 5. bis 9. November hatte er dann den Besuch des Grafen Ledochowski, Erzbischofs von Posen und Gnesen; die Verhandlungen bezogen sich vorwiegend auf die territorialen Interessen des Papstes:

Gemäß dem Sprichwort „Eine Hand wäscht die andere" machte ich ihm den Vorschlag, die Gegenseitigkeit der Beziehungen zwischen dem Papste und uns zu bethätigen durch päpstliche Einwirkung auf die französische Geistlichkeit im Sinne des Friedensschlusses, immer in Sorge, wie ich war, daß eine Einmischung der neutralen Mächte uns die Früchte der Siege verkümmern könne. Ledochowski und in engern Grenzen Bonnechose, Kardinal-Erzbischof von Rouen, machten bei verschiedenen Mitgliedern des hohen Klerus den Versuch, sie zu einer Einwirkung in dem bezeichneten Sinne zu bestimmen, hatten mir aber nur von einer kühlen, ablehnenden Aufnahme ihrer Schritte zu berichten, woraus ich entnahm, daß es der päpstlichen Macht entweder an Stärke oder an gutem Willen fehlen müsse, uns im Sinne des Friedens eine Hilfe zu gewähren, wertvoll genug, um die Verstimmung der deutschen Protestanten und der italienischen National-partei und der letztern Rückwirkung auf die zukünftigen Beziehungen beider Völker in den Kauf zu nehmen, die das Ergebnis eines öffentlichen Eintretens für die päpstlichen Interessen bezüglich Roms sein mußte. Ged. u. Er. II.

Die Verhandlungen hatten zum Schluß die Frage eines Asyls für den Papst, falls er gezwungen sei, Rom zu verlassen, zum Gegenstand. Bismarck erzählte darüber an seiner Tafelrunde:

Der Papst wird vielleicht doch aus Rom gehen müssen. Wohin aber? Nach Frankreich kann er nicht, da ist Garibaldi. Nach Oesterreich mag er nicht. Nach Spanien? Ich habe ihm — Bayern vorgeschlagen. Nach einem Augenblick des Nachsinnens fuhr er fort: Es bleibt ihm nichts als Belgien — oder Norddeutschland. Es ist in der That schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden — Köln oder Fulda. Es wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich, und für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte und wollte. Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf — in Belgien, in Bayern. Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung. In Deutschland, wo man den Papst vor Augen

hätte, als hilfesuchenden Greis, als guten alten Herrn, als einen der Bischöfe, der wie die anderen ißt und trinkt, eine Prise nimmt, wohl gar auch seine Cigarre raucht — da hat's keine große Gefahr. Na, und schließlich, wenn nun auch etliche Leute in Deutschland wieder katholisch würden — ich werd's nicht — so hätte das nicht viel zu bedeuten, wenn sie nur gläubige Christen wären. Die Konfessionen machen's nicht, sondern der Glaube. Man muß toleranter denken.

Die Verhandlungen verliefen resultatlos, ebenso wie die Besprechungen mit dem Bischof von Mainz, Herrn von Ketteler. Die Ansichten, die Bismarck hier äußerte, blieben für ihn maßgebend während des ganzen folgenden Kulturkampfes. Bismarck berichtet darüber:

Ged. u. Er. II. 1871 stellte er mir im großen und ganzen das Verlangen, in die Reichsverfassung die Artikel der preußischen aufzunehmen, welche das Verhältnis der katholischen Kirche im Staate regelten und von denen drei (15, 16, 18) durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehoben worden sind. Für mich war die Richtung unserer Politik nicht durch ein konfessionelles Ziel bestimmt, sondern lediglich durch das Bestreben, die auf dem Schlachtfelde gewonnene Einheit möglichst dauerhaft zu festigen. Ich bin in konfessioneller Beziehung jederzeit tolerant gewesen bis zu den Grenzen, die die Notwendigkeit des Zusammenlebens verschiedener Bekenntnisse in demselben staatlichen Organismus den Ansprüchen eines jeden Sonderglaubens zieht. Die therapeutische Behandlung der katholischen Kirche in einem weltlichen Staat ist aber dadurch erschwert, daß die katholische Geistlichkeit, wenn sie ihren theoretischen Beruf voll erfüllen will, über das kirchliche Gebiet hinaus den Anspruch auf Beteiligung an weltlicher Herrschaft zu erheben hat, unter kirchlichen Formen eine politische Institution ist und auf ihre Mitarbeiter die eigene Ueberzeugung überträgt, daß ihre Freiheit in ihrer Herrschaft besteht, und daß die Kirche überall, wo sie nicht herrscht, berechtigt ist, über Diokletianische Verfolgung zu klagen.

In diesem Sinne hatte ich einige Auseinandersetzungen mit Herrn von Ketteler bezüglich seines genauer accentuierten Anspruchs auf ein verfassungsmäßiges Recht seiner Kirche, das heißt der Geistlichkeit, auf Verfügung über den weltlichen Arm. Er verwandte in seinen politischen Argumenten auch das mehr ad hominem gehende, daß bezüglich unseres Schicksals nach dem irdischen Tode die Bürgschaften für die Katholiken stärker seien, als für andere, weil, angenommen, daß die katholischen Dogmen irrtümlich seien, das Schicksal der katholischen Seele nicht schlimmer ausfalle, wenn der evangelische Glaube sich als der richtige erweisen sollte, im umgekehrten Falle aber die Zukunft der ketzerischen Seele eine entsetzliche sei. Er knüpfte daran die Frage: „Glauben Sie etwa, daß ein Katholik nicht selig werden könne?“ Ich antwortete: „Ein katholischer Laie unbedenklich; ob ein Geistlicher, ist mir zweifelhaft; in ihm steckt ‚die Sünde wider den heiligen Geist‘, und der Wortlaut der Schrift steht ihm entgegen.“ Der Bischof beantwortete diese in scherzhaftem Tone gegebene Erwiderung lächelnd durch eine höflich ironische Verbeugung.

Ehe indessen die Flammen des Kulturkampfes aufloderten, handelte es sich für Bismarck darum, die neue Verfassung des Deutschen Reiches zu sichern. Am 1. April 1871, an seinem 56. Geburtstage, ergriff er das Wort, um sich gegen den polnischen Antrag zu erklären, der die ehemaligen polnischen Landesteile von der Einverleibung in das Deutsche Reich ausschließen wollte. Hier rief er den Polen zu:

Rede vom 1. 4. 1871.

Sie, meine Herren, Sie sind wirklich kein Volk, auch vertreten Sie kein Volk, Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Fiktionen und Ihre Illusionen, und zu denen gehört unter anderem, daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten.

Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk im Großherzogtum Posen und in Westpreußen am allerwenigsten; es teilt nicht die Fiktionen, die Sie verteidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen!

Wichtiger aber als die Abweisung dieses Vorstoßes waren seine Reden über die Gestaltung der Zukunft, vor allem über das Schicksal der Reichslande. Hier gingen die Wünsche nach den verschiedensten Seiten: Sollte Elsaß-Lothringen mit Preußen oder einem der benachbarten süddeutschen Staaten vereinigt werden? War nicht zu befürchten, daß ein Streit entbrennen und so das Gewonnene die Quelle neuen Haders werden würde? Der Entwurf, den Bismarck vorlegte, vereinigte die beiden Länder für immer mit dem Deutschen Reiche, dessen Verfassung am 1. Januar 1874 auch noch in Kraft treten sollte. In seiner großen Rede zur Verteidigung dieses Antrages führte Bismarck aus:

Rede vom 2. 5. 1871.

Wenn wir uns ein Jahr — oder genauer zehn Monate — zurückversetzen, so werden wir uns sagen können, daß Deutschland einig war in seiner Liebe zum Frieden; es gab wohl kaum einen Deutschen, der nicht den Frieden mit Frankreich wollte, so lange er mit Ehren zu halten war. Diejenigen krankhaften Ausnahmen, die etwa den Krieg wollten in der Hoffnung, ihr eigenes Vaterland werde unterliegen, — sie sind des Namens nicht würdig, ich zähle sie nicht zu den Deutschen. (Bravo!)

Ich bleibe dabei, die Deutschen in ihrer Einstimmigkeit wollten den Frieden. Ebenso einstimmig aber waren sie, als der Krieg uns aufgedrängt wurde, als wir gezwungen wurden, zu unserer Verteidigung zur Wehr zu greifen, wenn Gott uns den Sieg in diesem Kriege verleihen sollte, den wir mannhaft zu führen entschlossen waren, nach Bürgschaften zu

suchen, welche eine Wiederholung eines ähnlichen Krieges unwahrscheinlicher und die Abwehr, wenn er dennoch eintreten sollte, leichter machen. Jedermann erinnerte sich, daß unter unseren Vätern seit dreihundert Jahren wohl schwerlich eine Generation gewesen ist, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und jedermann sagte sich, daß, wenn bei früheren Gelegenheiten, wo Deutschland zu den Siegern über Frankreich gehörte, die Möglichkeit versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg in Gemeinschaft mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen eben nicht die unserigen waren. Jedermann war also entschlossen, wenn wir jetzt, selbständig und rein auf unser Schwert und unser eigenes Recht gestützt, den Sieg erkämpften, mit vollem Ernste dahin zu wirken, daß unseren Kindern eine gesichertere Zukunft hinterlassen werde.

Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte, da sie vermöge der Zerrissenheit Deutschlands fast stets zu unserem Nachteile ausfielen, eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche an sich für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war.

Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch anzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung, in diesem vorgeschobenen Bastion, welches Straßburg gegen Deutschland bildete, der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach außen nützlich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen. (Sehr wahr!)

Nachdem dann Bismarck den Gedanken, die Reichslande zu neutralisieren oder die dortigen Festungen zu schleifen, abgelehnt hatte, sprach er über die Gründe, warum sich die Elsässer in Frankreich wohlgefühlt hätten und von der Rückkehr zu der Staatsgemeinschaft mit ihren altdeutschen Landsleuten nichts hätten wissen wollen. „Thatsache ist, daß diese Abneigung vorhanden war und daß es unsere Pflicht ist, sie mit Geduld zu überwinden. Wir haben meines Erachtens viele Mittel dazu; wir Deutsche haben im ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeschickter, aber auf die Dauer doch wohlwollender und menschlicher zu regieren, als es die französischen Staatsmänner thun (Heiterkeit); es ist das ein Vorzug des deutschen Wesens, der in dem deutschen Herzen der Elsässer bald anheimeln und erkennbar werden wird. Wir sind außerdem im stande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Ueberlieferungen dies je vermochten; einen freieren Spielraum von Hause aus, der allmählich so erweitert wird, daß er dem Ideal zustrebt, daß jedes Individuum, jeder kleinere Kreis das Maß der Freiheit besitzt, das überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist. Das

zu erreichen, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunst. Ich glaube deshalb, daß es uns mit deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet....

Die parlamentarischen Unterhandlungen wurden unterbrochen, Bismarck begab sich nach Frankfurt, wo der Friede abgeschlossen werden sollte. Er war begleitet vom Grafen Hatzfeld, Lothar Bucher und dem Grafen von Wartensleben und nahm seine Wohnung im Hotel zum Schwan. Hier wurde der Frieden geschlossen, dessen einzelne Bestimmungen ja hinreichend bekannt sind. Am 20. Mai erfolgte dann die Ratifikation. Am 12. Mai bereits erschien jedoch Bismarck wieder im Reichstag, von der Versammlung mit stürmischem Jubel begrüßt. Hier legte er die Friedensbedingungen dar und schloß mit folgenden Worten:

Rede vom 12. 5. 1871.

Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, das ist indessen bei so großen Abmachungen zwischen zwei Völkern überhaupt nicht möglich. Trennung alter Verbindungen, Schließung neuer Verbindungen sind ohne Verluste und geschäftliche Nachteile niemals durchzuführen, aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch die Landabtretung gesichert, wir haben unsere Kriegsentschädigung so weit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen, muß man sich gegenwärtig halten, wäre für uns mit erheblich größeren Kosten und Anstrengungen verknüpft, wir würden nicht nur Geld opfern, sondern, was viel schwerer empfunden wird, die Abwesenheit der Truppen aus dem Lande und so mancher Arbeitskräfte würden auf die Dauer schwerer empfunden werden. Indessen, ich habe das Vertrauen, daß es die Absicht der gegenwärtigen französischen Regierung ist, den Vertrag auch ohne solche Bürgschaften redlich auszuführen, und ich habe die Ueberzeugung, wie die Herren sie selbst hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden sind, und daß die Behauptung, die Kriegsentschädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete ist, die von den französischen Finanzmännern und Staatsmännern nicht geteilt wird.

Ich erlaube mir die Mitteilung mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geschützt zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Immer wieder hat sich Bismarck an den Verhandlungen beteiligt, selbst in die Details griff er bestimmend ein. Mit besonderer Wärme

sprach er jedoch, als es sich um Verleihung von Dotationen an verdiente Generale handelte. Da bat er um die Erlaubnis „von der konstitutionellen Ueberlieferung abweichen“ und „von dem kaiserlichen Feldherrn reden“ zu dürfen, doch „auch von ihm nicht direkt, denn es würde mir nicht ziemen, ich würde das in meiner Stellung nicht wagen“:

Rede vom 13. 6. 1871.

Ich will Sie nur indirekt bitten, sich die Frage zu stellen, wie etwa diese ganzen Verhältnisse hätten verlaufen können, wenn auf dem Throne Preußens sich ein anderer Monarch als Seine jetzt regierende Majestät befunden hätte. War es nicht möglich, daß dieser große Krieg, der größte unseres Zeitalters, der ein Menschenalter, eine halbes Jahrhundert hindurch wie eine drohende Wolke am Horizonte Deutschlands schwebte, bei dem Monarchen, der auf dem mächtigsten deutschen Throne saß, nicht die gleiche Entschlossenheit, den gleichen Mut, diesen hohen Mut, der Krone, Reich und Leben einsetzt, vereinigt fand? War es nicht möglich, daß infolgedessen dieser Krieg im Augenblick vermieden wurde unter Umständen, die das deutsche Nationalgefühl tief geschädigt und gekränkt hätten? War es nicht möglich, daß er aufgeschoben worden wäre, bis der Feind Bundesgenossen gegen uns gefunden hätte? War es nicht möglich, daß dieser Krieg mit weniger Geschick, mit weniger Entschlossenheit, vor allen Dingen mit weniger sorgfältig gewählten Mitteln geführt wurde? Daß der Krieg so geführt wurde, wie geschehen, verdanken wir in erster Linie unserem kaiserlichen Feldherrn, dem Könige von Preußen, in zweiter Linie der echt deutschen entschlossenen Hingebung seiner erhabenen Bundesgenossen für die nationale Sache (Beifall).

Wenn ein Monarch, an Jahren und an Ehren reich, mit dieser Entschlossenheit seine nach irdischem Maßstab bemessen glückliche, befriedigte, ruhmvolle Existenz einsetzt für sein Volk, wenn er in seinem hohen Alter einen Kampf durchkämpft, der ganz anders verlaufen konnte, wenn er dann zurückkehrt und sich fragt: wem verdanke ich, daß ich siegreich zurückkehre, daß unser Volk geschützt worden ist vor den Leiden und Drangsalen des Krieges im Lande, von dem Druck des Eroberers, ja daß darüber hinaus Gott seinen Segen gegeben hat, das deutsche Volk in diesem Kriege, wo man es böse mit uns vorhatte, und es gut wurde durch Gottes Hilfe, zu einigen und ihm Kaiser und Reich wieder zu geben? Ich sage, wenn dieser erste deutsche Kaiser zurückkehrt, nach einem langen Interregnum im Besitze der größten Vollgewalt, der größten Macht, die augenblicklich in der Welt dasteht, und sich fragt: wie, durch welche Werkzeuge hat Gott dies alles verwirklicht? wie habe ich dies gewonnen? wem bin ich Dank schuldig? so trifft sein Dank natürlich zuerst sein Heer, die Tapferkeit der Truppen, die Intelligenz der Führer, und es muß ihm ein Herzensbedürfnis sein, hier zu lohnen, hier zu danken. Tapferkeit, m. H., läßt sich im einzelnen nicht belohnen; sie ist, Gott sei Dank, ein Gemeingut der deutschen Soldaten, daß man sie alle und jeden einzelnen dafür zu belohnen hätte, wenn man sie belohnen wollte (Beifall). Aber die Tapferkeit, m. H., allein reicht nicht hin zu diesem Erfolge. Mut haben auch die Franzosen

bewiesen, tapfer haben auch die französischen Soldaten sich geschlagen; was ihnen fehlte, war die Führung, war die Pflichttreue und die Einsicht der Führer, war die entschlossene Leitung eines kaiserlichen, eines monarchischen Feldherrn, der in voller Verantwortung und sich bewußt, daß er um Krone und Reich schlug, an ihrer Spitze stand. Jene Führer zu belohnen, muß ein Herzensbedürfnis des Kaisers sein. In diesem Sinne möchte ich bitten, m. H., denken Sie daran, dieses Herzensbedürfnis Sr. Majestät des Kaisers zu befriedigen, geben Sie ihm die Zufriedenheit, die er durch seine Hingabe, durch seinen Mut um Deutschland wohl verdient hat. (Lebhafter Beifall.)

Am 15. Juli wurde der Reichstag geschlossen. Noch vorher aber hatte Fürst Bismarck die Freude, einen ganz besonderen Gnadenakt seines Kaisers zu erleben. Am 24. Juni richtete der greise Monarch folgenden Erlaß an seinen Kanzler: „Ich habe Mich veranlaßt gefunden, den zu dem Domanium des Herzogtums Lauenburg gehörigen Grundbesitz im Amte Schwarzenbeck, welcher Mir zum freien und unbeschränkten Eigentum durch den mit der Ritter- und Landschaft des Herzogtums unterm 19. d. M., von Mir am 21. d. M. genehmigten Receß überlassen worden ist, mit allen daraus sich ergebenden Privatrechten und Verbindlichkeiten dem Kanzler des Deutschen Reiches, Fürsten v. Bismarck, in Anerkennung seiner Verdienste als eine Dotation zum Eigentum zu übereignen."

So hat Bismarck ein neues Heim gefunden, die Stätte, die schon umwoben ist von der Poesie der Lebenden, die noch in ferner Zukunft der Wallfahrtsort treuer Männer sein wird, die Stätte, wo ihm die Abendsonne des Lebens leuchtete und wo sein Sterbliches im Schatten der Buchen und Eichen seinen Ruheplatz fand.

* * *

Die Frage, die fortan die Herrschaft führen sollte, war die Stellung des Staates zur römischen Kirche. Ueber die Motive, die ihn in den Kampf führten, hat Bismarck sich ausgesprochen:

Der Beginn des Kulturkampfes war für mich überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite. Seit dem Verzicht auf die Politik der Flottwell und Grolman, seit der Konsolidierung des Radziwillschen Einflusses auf den König und der Einrichtung der „katholischen Abteilung" im geistlichen Ministerium stellten die statistischen Data einen schnellen Fortschritt der polnischen Nationalität auf Kosten der Deutschen in Posen und Westpreußen außer Zweifel, und in Oberschlesien wurde das bis dahin stramm preußische Element der „Wasserpolacken" polonisiert; Schaffranek wurde dort in den Landtag gewählt, der uns das Sprichwort von der Unmöglichkeit der Ver- (Ged. u. Er. II.)

brüderung der Deutschen und der Polen in polnischer Sprache als Parlamentsredner entgegenhielt. Dergleichen war in Schlesien nur möglich auf Grund der amtlichen Autorität der katholischen Abteilung. Auf Klage bei dem Fürstbischof wurde dem Schaffranek untersagt, bei Wiederwahl auf der Linken zu „sitzen"; infolgedessen stand dieser kräftig gebaute Priester fünf und sechs Stunden und bei Doppelsitzungen zehn Stunden am Tage vor den Bänken der Linken, stramm wie eine Schildwache, und brauchte nicht erst aufzustehen, wenn er zu antideutscher Rede das Wort ergriff. In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich „Polen" genannt worden. Nach der Kompetenz, welche der Abteilung verliehen worden war, ließ sich ohne Aufhebung derselben hierin nicht abhelfen. Diese Aufhebung war also nach meiner Ueberzeugung als nächstes Ziel zu erstreben. Dagegen war natürlich der Radziwillsche Einfluß am Hof, nicht natürlich mein Kultus-Kollege, dessen Frau und Ihre Majestät die Königin. Der Chef der katholischen Abteilung war damals Krätzig, der früher Radziwillscher Privatbeamter gewesen und dies im Staatsdienst auch wohl geblieben war. Der Träger des Radziwillschen Einflusses war der jüngere beider Brüder, Fürst Boguslaw, auch Stadtverordneter von Einfluß in Berlin. Der ältere, Wilhelm, und sein Sohn Anton waren zu ehrliche Soldaten, um sich auf polnische Intrigen gegen den König und dessen Staat einzulassen. Die katholische Abteilung des Kultusministeriums, ursprünglich gedacht als eine Einrichtung, vermöge derer katholische Preußen die Rechte ihres Staates in den Beziehungen zu Rom vertreten sollten, war durch den Wechsel der Mitglieder nach und nach zu einer Behörde geworden, die inmitten der preußischen Bureaukratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat. Ich habe mehr als einmal dem Könige auseinandergesetzt, daß diese Abteilung schlimmer sei als ein Nuntius in Berlin. Sie handle nach Anweisungen, die sie aus Rom empfinge, vielleicht nicht immer vom Papste, und sei neuerdings hauptsächlich polnischen Einflüssen zugänglich geworden. In dem Radziwillschen Hause seien die Damen deutschfreundlich, der ältere Bruder Wilhelm durch das Ehrgefühl des preußischen Offiziers in derselben Richtung gehalten, ebenso dessen Sohn Anton, bei dem die persönliche Anhänglichkeit an Se. Majestät hinzukomme. Aber in dem treibenden Elemente des Hauses, den Geistlichen und dem Fürsten Boguslaw und dessen Sohn, sei das polnische Nationalgefühl stärker als jedes andere und werde gepflegt auf der Basis des Zusammengehens der polnischen mit den römisch-klerikalen Interessen, auf der einzigen im Frieden gangbaren, aber auch sehr geläufig gangbaren Basis. Nun sei der Chef der katholischen Abteilung, Krätzig, so gut wie ein Radziwillscher Leibeigner. Ein Nuntius würde die Interessen der katholischen Kirche, aber nicht die der Polen zu vertreten als seine Hauptaufgabe ansehen, werde nicht die intimen Verbindungen mit der Bureaukratie besitzen wie die Mitglieder der katholischen Abteilung, die in der Garnison der ministeriellen Citadelle unseres Verteidigungssystems gegen revolutionäre Anläufe als staatsfeindliche Parteigänger säßen, ein Nuntius endlich werde als Mitglied des diplomatischen Korps an der Erhaltung

guter Beziehungen zu seinem Souverän und an der Pflege des Verhältnisses zu dem Hofe, an dem er beglaubigt, persönlich interessiert sein.

Wenn es mir auch nicht gelang, die übrigens mehr äußerliche und formelle Abneigung des Kaisers gegen einen Nuntius in Berlin zu überwinden, so überzeugte er sich doch von der Gefährlichkeit der katholischen Abteilung und gab seine Genehmigung zu ihrer Abschaffung trotz des Widerstandes seiner Gemahlin. Unter ehelichem Einfluß wehrte sich Mühler gegen die Abschaffung, über die alle übrigen Minister einverstanden waren. Zur dekorativen Platierung seines Abganges wurde eine Differenz über eine die Verwaltung der Museen betreffende Personalfrage benutzt; in der That fiel er über Krätzig und den Polonismus, trotz des Rückhaltes, den er und seine Frau durch Damenverbindungen am Hofe hatten.

Auch später hat Fürst Bismarck es stets ausgesprochen, daß er durch die Polenfrage in den Kulturkampf getrieben werde, und gerade in der katholischen Abteilung sah er, wie er am 28. Januar 1886 erklärte, „ein rein den Charakter eines politisierenden Organs tragendes Institut". Ihre Aufhebung war der erste Schritt in dem neu eröffneten Feldzug. Aber ehe Bismarck selbst in den Kampf weiter eintrat, suchte und fand er Erholung in Friedrichsruh und Varzin, und gerade dieser Zeit entsprangen zahlreiche Kundgebungen des begeisterten Dankes und der Anerkennung, die ihm von allen Seiten aus der Mitte des Volkes zuströmten. Aus dieser Zeit stammt auch ein Schreiben des Fürsten an den Komponisten der Wacht am Rhein, den Musikdirektor Karl Wilhelm in Schmalkalden:

Brief vom 23. 6. 1871.

„Sie haben durch die Komposition von Max Schneckenburgers Gedicht „Die Wacht am Rhein" dem deutschen Volk ein Lied gegeben, welches mit der Geschichte des eben beendeten Krieges untrennbar verwachsen ist. Entstanden zu einer Zeit, wo die deutschen Rheinlande in ähnlicher Weise wie vor einem Jahre von Frankreich bedroht erschienen, hat „Die Wacht am Rhein" ein Menschenalter später, als die Drohung sich verwirklichte, in der begeisterten Entschlossenheit, mit welcher unser Volk den ihm aufgedrungenen Kampf aufgenommen und bestanden hat, ihren vollen Anklang gefunden. Ihr Verdienst, Herr Musikdirektor, ist es, unserer letzten großen Erhebung die Volksweise geboten zu haben, welche daheim wie im Felde dem nationalen Gemeingefühle zum Ausdruck gedient hat. Ich folge mit Vergnügen einer mir von dem geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Sängerbundes gewordenen Anregung, indem ich der Anerkennung, welche Ihnen von allen Seiten zu teil geworden ist, auch dadurch Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, die Summe von eintausend Thalern aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzleramts anzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, Ihnen alljährlich den gleichen Betrag anbieten zu können. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, Ihnen die für das laufende Jahr bestimmte Summe alsbald gegen Quittung auszuzahlen. v. Bismarck."

Aber die Erholungszeit wurde unterbrochen durch die Notwendigkeit, infolge einer ungehörigen Einmischung des Herrn von Manteuffel in die Verhandlungen mit Frankreich, nach Gastein zum Kaiser zu fahren. Hier traf er mit Beust zusammen, der ihn im Jahre 1865 zum letztenmale gesehen hatte. Beust berichtet aus dieser Zeit:

Beust, aus ¾ Jahrhund.

Die drei Wochen, welche ich damals mit Fürst Bismarck in Gastein zubrachte, haben mir die angenehmsten Erinnerungen zurückgelassen. Wir wohnten beide bei Straubinger und sahen uns fast täglich. Wenn man mit Bismarck in guten Beziehungen steht, giebt es auf der Welt keinen besseren Gesellschafter. Die Originalität der Gedanken wird nur von der Originalität des Ausdrucks übertroffen. Dabei eine ungesuchte, daher ansprechende Bonhommie, welche das oft scharfe Urteil über andere mildert. Ein Lieblingswort war: „Der ist ein ganz dummer Kerl", ohne ihn damit kränken zu wollen. Verschiedene seiner Aeußerungen waren zu charakteristisch und teilweise zu interessant, um sie hier nicht zu erwähnen. „Was thun Sie", — fragte er einmal — „was thun Sie, wenn Sie sich ärgern? Ich glaube, Sie ärgern sich nicht so viel wie ich." — „Nun", erwiderte ich, „bloß über die Dummheit der Menschen, über deren Bosheit nie." — „Nein", fuhr er fort, „finden Sie nicht, daß es dann eine große Erleichterung ist, einen Gegenstand zu zerstören?" — „Wie gut", entgegnete ich, „daß Sie nicht an meinem Platze sind, dann bliebe im Hause kein Möbel ganz!" — „Sehen Sie", dies war der Schluß, „ich war einmal drüben" — dabei wies er auf die mir gegenüber im Badschloß befindlichen Zimmer des Kaisers Wilhelm — „und habe mich schwarz geärgert; ich schließe die Thür heftig, der Schlüssel bleibt mir in der Hand, ich trete bei Lehndorff" (dem Generaladjutanten des Kaisers) „ein und werfe den Schlüssel in das Waschbecken, das in tausend Stücke geht." „Mein Gott", sagt dieser, „sind Sie krank?" — „Gewesen, jetzt bin ich wieder ganz wohl." Unter den damaligen Gasteiner Badegästen befand sich auch ein Herr Christ, verheiratet mit einer Nichte der Gräfin von Meran, Witwe des Erzherzogs Johann. Dieser Herr Christ war ein wohlhabender und wohllebender Frankfurter und hatte in der Zeit, als Bismarck Bundestagsgesandter war, viel mit ihm verkehrt. Herr Christ gab ihm nun in der Restauration von Hofgastein ein Diner, zu dem ich und noch einige andere Oesterreicher geladen waren. Gegen den Schluß des Diners richtete unser Wirt an Bismarck im besten Frankfurter Dialekt die Frage: „Aber, sage Sie, warum sind Sie 1866 nicht nach Wien neingange?" — Eine etwas mürrische Antwort hielt ihn nicht ab, fortzufahren: „Ja, Sie hawwe es ja uns in Frankfurt immer gsagt, es würd der schönste Tag Ihres Lebens, wenn Sie in Wien einreite würde!" — Tableau ist leicht auszumalen.

Und zu gleicher Zeit hatte Bismarck auch ernste Unterhandlungen mit seinem einstigen Rivalen, die das künftige Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich und die Möglichkeit eines Bündnisses betrafen. In seinem Immediatbericht an den Kaiser Franz Joseph bemerkte Beust:

Daß ein solches (Freundschafts-) Verhältnis nicht von uns angestrebt zu werden braucht, sondern uns entgegengebracht wird, haben wir wohl Ursache, nicht gering zu achten. Vergessen dürfen wir nicht, daß dieses Entgegenkommen erfolgt, nachdem unser Nachbar in riesigem Maßstabe mächtiger geworden ist, und nachdem die einzige europäische Macht, die neben ihm eine starke genannt werden kann (Rußland), sich ihm freundlich, uns aber feindselig gezeigt hat, und daß endlich jenes Anerbieten der (deutschen) Freundschaft in eine Epoche fällt, wo unsere inneren Verhältnisse der deutschen Regierung eine leichte Handhabe zu feindlichen Einwirkungen bieten.

Beust, aus 3/4 Jahrhund

Am 6. September verließ Bismarck Gastein, um an der in Salzburg stattfindenden Zusammenkunft der beiden Kaiser teilzunehmen. Auch hier wurde der Bündnisgedanke erörtert und von Bismarck mit Entschiedenheit verteidigt. Nach der Rückkehr zur Heimat erwarteten den Reichskanzler zahllose Arbeiten. Zuerst griff er im Reichstage in die Debatte über den Reichskriegsschatz ein, eingehend begründete er seine Auffassung über die Stellung der Botschafter und Gesandten, die Münzfrage fand in ihm einen beredten Anwalt. Schwieriger aber waren die Kämpfe, die seiner im Landtage harrten. Die Bischöfe hatten in Fulda mobil gemacht, sie hatten die katholische Kirche in Preußen als recht- und schutzlos bezeichnet und vom Könige Recht und Abhilfe gefordert gegen alle und jede Eingriffe in das innere Glaubensgebiet der katholischen Kirche. Zugleich hatten sie den Kampf begonnen gegen alle Glaubensgenossen, die sich dem Dogma von der Unfehlbarkeit nicht fügten. In diesem Kampfe gegen Rom bedurfte aber Bismarck eines starken Helfers. Er fand ihn in dem bisherigen vortragenden Rat im Justizministerium, Dr. Falk, der im Januar 1872 Herrn von Mühler ersetzte. Am 22. Januar wurde die Ernennung dieses tapferen Mannes vollzogen. Ueber die Stellung der beiden Männer ist viel gefabelt worden, man hat die eigentliche Schuld von der Achsel Falks nehmen und sie vollkommen dem Fürsten Bismarck aufbürden wollen. Dem ist Bismarck schon früher wiederholt entgegengetreten. Und auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nimmt er das Wort, um nach dieser Richtung hin Klarheit zu schaffen:

Auf die juristische Detailarbeit der Maigesetze würde ich nie verfallen sein; sie lag mir ressortmäßig fern, und weder in meiner Absicht noch in meiner Befähigung lag es, Falk als Juristen zu kontrollieren oder zu korrigieren. Ich konnte als Ministerpräsident überhaupt nicht gleichzeitig den Dienst des Kultusministers thun, auch wenn ich vollkommen gesund ge-

Ged. u. Er. II

wesen wäre. Erst durch die Praxis überzeugte ich mich, daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig gegriffen waren. Der Mißgriff wurde mir klar an dem Bilde ehrlicher, aber ungeschickter preußischer Gendarmen, die mit Sporen und Schleppsäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Priestern durch Hinterthüren und Schlafzimmer nachsetzten. Wer annimmt, daß solche in mir auftauchende kritische Erwägungen sofort in Gestalt einer Kabinettskrisis zwischen Falk und mir sich hätten verkörpern lassen, dem fehlt das richtige, nur durch Erfahrung zu gewinnende Urteil über die Lenkbarkeit der Staatsmaschine in sich und in ihrem Zusammenhange mit dem Monarchen und den Parlamentswahlen. Diese Maschine ist zu plötzlichen Evolutionen nicht im stande, und Minister von der Begabung Falks wachsen bei uns nicht wild. Es war richtiger, einen Kampfgenossen von dieser Befähigung und Tapferkeit in dem Ministerium zu haben, als durch Eingriffe in die verfassungsmäßige Unabhängigkeit seines Ressorts die Verantwortlichkeit für die Verwaltung oder Neubesetzung des Kultusministeriums auf mich zu nehmen. Ich bin in dieser Auffassung verharrt, solange ich Falk zum Bleiben zu bewegen vermochte. Erst nachdem er gegen meinen Wunsch durch weibliche Hofeinflüsse und ungnädige königliche Handschreiben derartig verstimmt worden war, daß er sich nicht halten ließ, bin ich an eine Revision seiner Hinterlassenschaft gegangen, der ich nicht näher treten wollte, so lange das nur durch Bruch mit ihm möglich war.

Falk unterlag derselben Taktik, die am Hofe gegen mich, nicht mit demselben Erfolge, aber mit gleichen Mitteln, in Anwendung gebracht worden war; er unterlag ihr, teils weil er für Hofeinbrücke empfindlicher war als ich, teils weil ihm die Sympathie des Kaisers nicht in gleichem Maße zur Seite stand wie mir. Die antiministerielle Thätigkeit der Kaiserin fand ihre ursprüngliche Quelle in der Unabhängigkeit des Charakters, welche es ihr erschwerte, mit einer Regierung zu gehen, die nicht in ihren eigenen Händen lag, und welche ihr ein Menschenalter hindurch den Weg der Opposition gegen die jedesmalige Regierung anziehend machte. Sie war nicht leicht der Meinung eines anderen. Zur Zeit des Kulturkampfes wurde diese Neigung gefördert durch die katholische Umgebung Ihrer Majestät, welche aus dem ultramontanen Lager Information und Anweisung erhielt. Die Einflüsse nutzten mit Geschick und Menschenkenntnis die alte Neigung der Kaiserin aus, auf die jedesmalige Staatsregierung verbessernd einzuwirken. Ich habe Falk wiederholt seine beabsichtigten Abschiedsgesuche ausgeredet, die sich an kaiserliche Handschreiben ungnädigen Inhalts, welche wohl nicht der eigenen Initiative des hohen Herrn entsprungen waren, und an verletzendes Benehmen gegen seine Frau am Hofe knüpften. Ich empfahl ihm, sich den ungnädigen, aber auch unkontrasignierten Allerhöchsten Erlassen gegenüber, die weniger an den Kulturkampf, als an die Beziehungen des Kultusministers zum Oberkirchenrat und zur evangelischen Kirche anknüpften, passiv zu verhalten, allenfalls seine Beschwerden an das Staatsministerium zu bringen, dessen Anträge, wenn sie einhellig waren, der König zu berücksichtigen pflegte. Endlich aber wurde er dadurch, daß er Kränkungen ausgesetzt war, die seinem Ehrgefühl empfindlich waren, doch bestimmt, seinen Abschied zu nehmen. Alle Erzählungen, nach denen ich ihn aus dem Ministerium verdrängt haben soll, beruhen auf Erfindung, und ich

habe mich gewundert, daß er selbst ihnen niemals in der Oeffentlichkeit widersprochen hat, obschon er mit mir stets in befreundeten Beziehungen geblieben ist. Aus den Vorgängen, die für seinen Rücktritt entscheidend wurden, ist mir erinnerlich, daß es die Streitigkeiten mit dem Oberkirchenrat und den ihm nahestehenden Geistlichen waren, welche den Bruch mit Sr. Majestät herbeiführten, nicht ohne daß aus der Zuspitzung der Entwickelung des vorhandenen Streitmaterials gegen Falk sich die Mitwirkung geschickterer Hände und feinerer Arbeit erkennen ließ, als den formellen Ratgebern des Kaisers in seiner Eigenschaft als summus episcopus eigen war.

Die kirchlichen Vorlagen, vor allem das Gesetz über die Schulaufsicht und die Civilehe, machten das Centrum mobil, ehe noch die Vorlagen eingebracht waren. Schon in seiner ersten Rede, in der er auf die Angriffe Reichenspergers und Windthorsts erwiderte, sprach der Reichskanzler den lapidaren Satz aus:

Rede vom 30. 1. 1872.

Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüberstellen müßte: dann wären wir allerseits auf einem inkommensurabeln Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstande der Tribünendiskussion zu machen.

Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkte des Vorredners begingen, daß sie diese Fraktion überhaupt bildeten, eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem Sie Ihre Glaubensgenossen aus den verschiedensten Fraktionen durch die Einflüsse, die Ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich Ihnen anzuschließen.

Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat. Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und soviel Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein.

Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken — damit wir nebeneinander Platz haben, damit wir in Ruhe miteinander leben können, damit wir so wenig wie möglich genötigt werden, uns hier um Theologie zu bekümmern.

Am 8. Februar begann die Debatte über das Schulaufsichtsgesetz und am Tage darauf hielt Bismarck, als auch ein konservativer Ab-

geordneter die Vorlage bekämpft und so den Konflikt der Rechten mit dem Kanzler eröffnet hatte, eine seiner bedeutendsten Reden, die zu heftigen Auseinandersetzungen, besonders mit Herrn Windthorst, Ursache gab:

Rede vom 9. 2. 1872.

Es ist ja möglich, daß sehr viele der Herren, die sonst die Regierung zu unterstützen pflegen, in diesem Falle aber es nicht zu thun entschlossen sind, die Dinge besser kennen als die Staatsregierung, und daß sie dieselben besser übersehen, daß die Gefahr von ihnen mit der Sicherheit wie von dem Herrn Abgeordneten Strosser für unbedeutend und die Regierung für schwarzsehend und ängstlich mit Recht gehalten werde. Nun, dann mögen die Herren kommen und selbst einmal regieren und probieren — dann werden sie mehr darüber erfahren, als sie in ihren Provinzen zu hören bekommen. . . . Wie kommt es eigentlich, daß wir seit einem Jahr in einem unbehaglichen kampfartigen Zustande uns gegenseitig befinden, während die meisten von Ihnen bis kurz vorher noch das Befriedigende der Zustände der katholischen Kirche in Preußen nicht genug rühmen konnten? — Und ich glaube, Sie hätten noch heute Recht, dasselbe mit Dank zu der preußischen Regierung zu sagen, die jeder Konfession eine Freiheit der Bewegung giebt, von der Sie sehr vollständigen Gebrauch machen. Wie ist das gekommen? . . . . Zu den Aufgaben der katholischen wie jeder christlichen Kirche gehört die Pflege des Friedens und eines gesicherten Rechtszustandes des Landes, wo sie besteht; das bestreiten Sie auch nicht, selbst der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst giebt eine zustimmende Kopfbewegung. Aber deshalb wäre es meines Erachtens ihre Aufgabe gewesen, sich von dem Einfluß solcher Faktoren frei zu halten, deren Element der Kampf ist, deren Zukunft allein im Kampf und in der Unsicherheit der gegenwärtigen Zustände liegt. Der Herr Abgeordnete Windthorst beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Oel seiner Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt, Flammen des Zornes. Ich habe selten gehört, daß der Herr Abgeordnete zu überreden oder zu versöhnen bemüht war, vielleicht gegen seinen Willen, oder ich will mich objektiver ausdrücken, seine Reden waren selten geeignet, zur Versöhnung zu führen, wohl aber häufig von der Beschaffenheit, daß, wenn sie außerhalb dieser Räume bekannt werden, sie einen beunruhigenden und befremdlichen Eindruck auf die Gemüter weniger urteilsfähiger Leute machen können, sie können den Eindruck machen, als ob hier auch von der Regierung des Königs aus dem Hause Hohenzollern Dinge bestritten und bekämpft würden, die ganz selbstverständlich sind. Sie werden mir alle Recht geben, daß wir mitunter darüber erstaunt sind, daß der Herr Abgeordnete eine zweifellose, bis zur Gemeinplätzigkeit zweifellose Wahrheit ganz besonders energisch betont, als müsse er, und nur er, dafür eintreten, und als ob alle übrigen, namentlich die gegnerische Partei und die Regierung, sie bestritten. Es mag das eine Gewohnheit sein (Heiterkeit); außerhalb des Hauses, im Volke, macht es aber den Eindruck, als wenn so ruchlose Leute in der Regierung unseres Königs säßen, daß sie ganz natürliche und ganz zweifellose Dinge bestritten, als wenn hier wirklich eine Regierung säße, die den heidnischen Staat anstrebe.

Hier liegt ein Gesetz vor mit der Unterschrift Seiner Majestät des Königs, wohl erwogen und genehmigt von allen Behörden des Staates. Denjenigen, welche die Reden des Herrn Abgeordneten Windthorst lesen, könnte es sehr wohl den Eindruck machen, als sei dieses Gesetz nun wirklich bestimmt, das Heidentum bei uns einzuführen — der gemeine Mann hat nicht den Beruf und oft nicht die Fähigkeit, das zu prüfen —, als solle hiermit wirklich mit des Königs aus dem Hause Hohenzollern Unterschrift ein Staat ohne Gott eingeführt werden, als seien der Herr Abgeordnete für Meppen und die Seinigen hier noch die alleinigen Verteidiger Gottes. Der Gott, an den ich glaube, möge mich davor bewahren, daß der Herr Abgeordnete für Meppen je die Disposition über die Spendung seiner Gnaden für mich haben könnte. Ich würde dabei nicht gut wegkommen. (Heiterkeit.) . . . Ich komme damit auf den Bundesgenossen, den Sie haben, der des Streites und Kampfes bedarf. Das sind die Bestrebungen des polnischen Adels. Ich habe bisher keine Fälle registriert, wo Sie hier diese Fraktion — ich sage ausdrücklich nicht die polnische, sondern die Fraktion des polnischen Adels — in seinen Bestrebungen, die er ja ganz offenkundig im Reichstage und hier bekannt hat, direkt unterstützt hätten; aber die Thatsache, die auch der Herr Abgeordnete Strosser, wenn ich ihm die Akten, die mir zu Gebote stehen, zur Einsicht gäbe, nicht leugnen wird, ist die, daß im allgemeinen die katholische Geistlichkeit — auch deutscher Zunge — die Bestrebungen des polnischen Adels, sich von dem Deutschen Reiche und der preußischen Monarchie zu lösen und das alte Polen in seinen früheren Grenzen wiederherzustellen, begünstigt, mit Wohlwollen behandelt und, soweit es ohne Verletzung der Strafgesetze geschehen kann, gefördert hat, und das ist einer der empfindlichsten Punkte, in denen der Kampf von seiten der katholischen Kirche gegen die Staatsregierung zuerst eröffnet worden ist, und wo jeder Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, dahin sehen muß, daß der Staat in Zukunft davor bewahrt werde.

Was die Bestrebungen des polnischen Adels betrifft, so brauche ich dieselben gar nicht zu charakterisieren, die Herren machen ja gar kein Hehl daraus, sie sind fortwährend bereit, mit der einen Hand die Wohlthaten der Civilisation und der regelmäßigen Rechtspflege, der Freiheit, die ihnen die preußische Verfassung gewährt, anzunehmen und mit der anderen Hand das Schwert zu schwingen und offen zu sagen: hiermit werde ich auf dich einhauen, sobald mir irgend eine gute Gelegenheit wird, denn ich bin mit dem jetzigen Zustande unzufrieden, ich will ihn lösen. Ein rein prinzipielles theoretisches Bekenntnis, daß der preußische Staat zersetzt werden müsse, und die früheren Bestandteile von ihm getrennt werden, wird, soviel ich weiß, von unserem Strafrecht nicht getroffen, wenigstens nicht verurteilt. Wir haben das nun in Beziehung auf einzelne Landesteile hundert Jahre lang mit angesehen, und wir würden ohne die Parteinahme der Geistlichkeit für diese Bestrebungen es auch noch hundert Jahre mit ansehen; so aber müssen wir wenigstens die Keime dessen, aus dem Staatsgefährliches sich entwickeln kann, zu hindern suchen, soviel in unserer Macht liegt und soviel die parlamentarischen Mehrheiten, ohne die wir Gesetze eben nicht erreichen können, uns dazu helfen.

Am folgenden Tage sprach Herr v. Mallinckrodt mit äußerster Schärfe gegen Bismarck und erwähnte u. a. in der Verteidigung seines Freundes Windthorsts, man habe eine Perle annektiert und das Centrum habe sie in die richtige Fassung gebracht. Darauf erwiderte Bismarck:

Der Herr Vorredner nannte den Herrn Abgeordneten für Meppen eine Perle. Ich teile dies in seinem Sinne vollständig; für mich aber hängt der Wert einer Perle sehr von ihrer Farbe ab, ich bin darin etwas wählerisch.

Weiter erwiderte Bismarck:

Rede vom 10. 2. 1872.

Der Herr Vorredner hat an Reden erinnert, die ich vor 23 Jahren, im Jahre 1849, gehalten habe. Ich könnte diese Bezugnahme einfach mit der Bemerkung abfertigen, daß ich in 23 Jahren, namentlich wenn es die besten Mannesjahre sind, etwas zuzulernen pflege, und daß ich überhaupt, ich wenigstens, nicht unfehlbar bin (Bewegung). Aber ich will weiter geben. Was in jenen meinen Aeußerungen an lebendiger Erkenntnis und Bekenntnis zu dem lebendigen christlichen Glauben liegt, dazu bekenne ich mich noch heute ganz offen und scheue dieses Bekenntnis weder vor der Oeffentlichkeit, noch in meinem Hause an irgend einem Tage; aber gerade dieser mein lebendiger, evangelischer christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren; und wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden Sie mich auch da zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christentum und mein Glaubel (Lebhafter Beifall.)

Die Ablehnung des Regierungsantrages durch die Konservativen führte zum offenen Bruch. In Wirklichkeit ging dieser Bruch schon zurück bis auf die Tage des Krieges mit Oesterreich, als die konservative Partei es dem Bundesgenossen verargte, daß er die Indemnitätsvorlage im Landtage eingebracht habe. Eine volle Heilung ist eigentlich nie erfolgt; noch lange nach seiner Entlassung hat Fürst Bismarck darüber geklagt, daß gerade die einstigen Freunde ihm am meisten weh gethan hätten. Schon im Jahre 1868 hatte Bismarck der Rechten warnend zugerufen:

„Es ist eine konstitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht

nicht durchweg gefallen, — wenn nicht diese Partei das Facit ihrer Rechnung dahin zieht: wir gehen im großen und ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch bisher noch weniger Thorheiten brachte als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zu gute halten. Hat eine Regierung nicht wenigstens eine Partei im Lande, die auf ihre Auffassungen und Richtungen in dieser Art eingeht, dann ist ihr das konstitutionelle Regiment unmöglich, dann muß sie gegen die Konstitution manövrieren und paktisieren; sie muß sich eine Majorität künstlich schaffen oder vorübergehend zu erwerben suchen. Sie verfällt dann in die Schwäche der Koalitions-Ministerien, und ihre Politik gerät in Fluktuationen, die für das Staatswesen und namentlich für das konservative Prinzip von höchst nachteiliger Wirkung sind."

Die Warnung fruchtete nicht, die konservative Partei blieb was sie war, der Konflikt dauerte mehr oder weniger latent fort.

In der Rede des 13. Februar klingt es schon wie eine Fanfare, als Bismarck auf eine Bemerkung Laskers hinzufügte:

Rede vom 13. 2. 1872.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei ihm und den Seinigen undenkbar gewesen, daß in einer Frage von dieser prinzipiellen und von uns für die Sicherheit des Staates wichtig erklärten Frage, in einer Frage von der Bedeutung die bisherige konservative Partei der Regierung offen den Krieg erklärt hat. Ich will mir diesen letzten Ausdruck nicht aneignen, aber ich darf das wohl bestätigen, daß es mir undenkbar gewesen ist, daß diese Partei die Regierung in einer Frage im Stiche lassen werde, in welcher die Regierung ihrerseits entschlossen ist, jedes konstitutionelle Mittel zur Anwendung zu bringen, um sie durchzuführen.

Bismarck sah in dem Vorgehen der Konservativen auch eine persönliche Spitze:

Ged. u. Er. II.

Ich begreife, daß meiner Politik die mit dem vulgären Namen Kreuzzeitung bezeichnete konservative Richtung feindlich war, in manchen Mitgliedern aus achtbaren, prinzipiellen Gründen, die in dem einzelnen eine stärkere Triebkraft ausübten, als ihr mehr preußisches wie deutsches Nationalgefühl. In andern, ich möchte sagen in meinen Gegnern zweiter Klasse, lag das Motiv der Opposition im Strebertum — ôte-toi, que je m'y mette — deren Prototyp Harry Arnim, Robert Goltz und andere waren. Als dritte Klasse möchte ich meine Standesgenossen im Landadel bezeichnen, die sich ärgerten, weil ich in meinem exceptionellen Lebenslauf aus dem mehr polnischen als deutschen Begriff der traditionellen Landadelsgleichheit herausgewachsen war. Daß ich vom Landjunker zum Minister wurde, hätte man mir verziehen, aber die Dotationen und vielleicht auch den mir

sehr gegen meinen Willen verliehenen Fürstentitel verzieh man mir nicht. Die „Excellenz“ lag innerhalb des gewohnheitsmäßig Erreichbaren und Geschätzten; die „Durchlaucht“ reizte die Kritik.

Aehnlich sprach sich Bismarck im Jahre 1897 aus:

Zukunft 1. 9. 1897.

Wir haben die Herren von der Kreuzzeitungfarbe das ministerielle Leben recht sauer gemacht; ich war nie ihr Mann und die schlimmsten Verdächtigungen sind immer von dieser Seite gekommen. Sie ließen mich im Stich, als es darauf ankam, zunächst einmal das deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen; manches wäre anders geworden, wenn ich damals konservative Hilfe gefunden hätte, aber ich hätte viel eher noch mit Herrn Richter paktiert als mit den Freunden der Nathusius-Ludom und Konsorten. Es war viel Neid dabei, weil ich es weiter gebracht hatte als andere Junker, aber auch doktrinäre Beschränktheit und protestantisch-jesuitischer Eifer. Als ich dann weggeschickt wurde, hatten wieder dieselben Leute ihre Hand im Spiel: siehe Scheiterhaufenbrief und ähnliche Sachen.

Der Kampf um das Schulaufsichtsgesetz setzte sich im Herrenhause fort und hier verließen selbst die ältesten Freunde den Minister:

In einem Hause von 202 stimmten 76 gegen das Gesetz. Ich hatte noch am Abend vorher mit großer Anstrengung versucht, Herrn v. Kleist die mutmaßlichen Folgen der Politik darzustellen, zu der er seine Freunde verleitete, fand mich aber einem parti pris gegenüber, bezüglich dessen Unterlage ich keine Konjektur machen will. Der Bruch mit mir wurde von jener Seite mit einer Schärfe äußerlich vollzogen, aus der ebenso viel persönliche als politische Leidenschaft hervorleuchtete. Die Ueberzeugung, daß dieser mir persönlich nahestehende Parteimann das Land und die konservative Sache schwer geschädigt hat, währt bis auf den heutigen Tag.

Wenn die konservative Partei, anstatt mit mir zu brechen und mich mit einer Bitterkeit und einem Fanatismus zu bekämpfen, worin sie keiner staatsfeindlichen Partei etwas nachgab, der Regierung des Kaisers geholfen hätte, in ehrlicher gemeinsamer Arbeit die Reichsgesetzgebung auszubauen, so würde der Ausbau nicht ohne tiefe Spuren solcher konservativer Mitarbeit geblieben sein. Ausgebaut mußte werden, wenn die politischen und militärischen Errungenschaften vor Zerbröckelung und centrifugaler Rückbildung geschützt werden sollten.

Ich weiß nicht, wie weit ich konservativer Mitwirkung hätte entgegenkommen können, jedenfalls weiter, als es in den durch den Bruch entstandenen Verhältnissen geschehen ist.

Ich hielt für die damalige Zeit bei den Gefahren, die unsere Kriege geschaffen hatten, die Unterschiede der Parteidoktrinen für untergeordnet im Vergleiche mit der Notwendigkeit der politischen Deckung nach Außen durch möglichst geschlossene Einheit der Nation in sich. Als erste Bedingung galt mir die Unabhängigkeit Deutschlands auf Grund einer zum Selbstschutz hinreichend starken Einheit, und ich hatte und habe zu der Einsicht und Besonnenheit der Nation das Vertrauen, daß sie Auswüchse und Fehler der nationalen Einrichtungen heilen und ausmerzen wird, wenn sie daran nicht durch die Abhängigkeit von dem übrigen Europa und von inneren Fraktions-

und Sonderinteressen verhindert wird, wie es bis 1866 der Fall war. In dieser Auffassung kam es mir auf die Frage, ob liberal, ob konservativ, in der damaligen Kriegs- und Koalitionsgefahr so wenig wie heut in erster Linie an, sondern auf die freie Selbstbestimmung der Nation und ihrer Fürsten.

Ich gebe auch heut diese Hoffnung nicht auf, wenn auch ohne die Gewißheit, daß unsere politische Zukunft nicht noch durch Mißgriffe und Unfälle im weiteren Ausbau geschädigt werden wird.

Es ist den Konservativen ein schwerer Vorwurf aus ihrer damaligen Haltung zu machen, es war ihre Pflicht, dem alten Führer die unbedingte Heeresfolge zu leisten, auf die er nach seinen Erfolgen ein unbedingtes Recht hatte. Mehr aber noch muß gegen jenen Teil der Rechten Anklage erhoben werden, die in den Kampf jene ungeheure Verbitterung und jenen leidenschaftlichen Haß trugen, der seine Träger in den Perrot, Diest-Daber und den Deklaranten fand. Hier hat die Fraktionsbeschränktheit sich mit dem Neide vermählt. Die ungeheure Schwierigkeit für Bismarck ergab sich gerade daraus, daß er gleichzeitig den Kampf gegen zwei Fronten führen mußte, daß er ebenso wie gegen die Konservativen, so auch gegen die Klerikalen auf der Wache stehen mußte. Und doch fühlte er, daß die Bundesgenossen, die jetzt auf seiner Seite standen, zum guten Teile nicht verläßlich waren, denn zu ihnen gehörten neben den Nationalliberalen und den freikonservativen Anhängern des Herrn v. Kardorff auch die erbittertsten Feinde von einst, die Fortschrittler unter Herrn Virchow. Sie jubelten ihm wohl zu, wenn er den Sturmlauf begann gegen die Ultramontanen und wenn er für liberale Gesetze das Wort ergriff; aber niemals war Bismarck bereit, ihnen auf dem Wege nach dem ersehnten parlamentarischen Regimente zu folgen, und so ist die Freundschaft kühl und kurz geblieben.

Aber Bismarck ließ sich nicht entmutigen, er ging seinen Weg gerade und fest, selbst über die Bedenklichkeiten eines Roon hinweg. Er hätte die Verteidigung gegen die Klerikalen Falk überlassen können, aber er verschmähte es, sich hinter dem Schilde eines anderen zu decken, und so hielt er am 14. Mai seine gewaltige Rede, die in dem Ausruf gipfelte: Nach Kanossa gehen wir nicht!

Rede vom 14. 5. 1872.

Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaziert würde, die das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. (Sehr wahr!)

Seien Sie außer Sorge: Nach Kanossa gehen wir nicht — weder körperlich noch geistig!

Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz!

Ich habe dem Herrn Vorredner (Windthorst) als Minister in dieser Beziehung weiter nichts zu sagen; als evangelischer Christ aber habe ich ihm noch zu sagen: wenn er glaubt, daß die Trennung der evangelischen Kirche vom Staate für die evangelische Kirche tödlich sei, so muß ich ihm, was ich seiner ganzen Haltung nach voraussehen konnte, entgegnen, daß ihm zu meinem Bedauern der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen ist!

Am selben Tage richtete Bismarck den berühmten Erlaß über die künftige Papstwahl an die Vertreter im Auslande, in dem er ausführte:

Blum V. Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist für alle Regierungen, innerhalb deren Länder diese Kirche eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten erscheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen. . . . Vor allem aber hat das vatikanische Konzil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes die Stellung des letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert und das Interesse der letzteren an der Papstwahl aufs höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, auch eine um so festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der bischöflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Ehe die Regierungen irgend einem neuen Papste eine solche Stellung einräumen und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien bieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind. . . . Aus diesen Erwägungen scheint es mir wünschenswert, daß diejenigen europäischen Regierungen, welche bei der Papstwahl interessiert sind, sich rechtzeitig mit den dieselbe betreffenden Fragen beschäftigen und womöglich sich untereinander über die Art und Weise verständigen, wie sie sich derselben gegenüber verhalten wollen, und über die Bedingungen, von welchen sie eventuell die Anerkennung einer Wahl abhängig machen würden.

Bald darauf begab sich Bismarck zur Erholung nach Varzin, so daß er an der Beratung des Jesuitengesetzes nicht mehr teilnahm. Hier fand er auch seinen alten Humor wieder, und freudig begrüßte er die Ankündigung eines Besuchs durch seinen alten Freund Motley, dem er sofort die fröhliche Antwort gab:

Mein lieber Motley,

ich war um so angenehmer überrascht, Deine Handschrift zu sehen, als ich vor Oeffnung des Briefes erriet, daß er das Versprechen eines Besuches hier enthalten würde. Du bist tausendmal willkommen und doppelt, wenn Du von Deinen Damen begleitet bist, die sicherlich noch niemals einen Pommern auf dem Boden seiner Heimat gesehen haben. Wir leben hier etwas hinter den Wäldern, ist aber Berlin erst erreicht, so ist die Reise keine beschwerliche mehr. Der beste Zug verläßt Berlin morgens zwischen 8 und 9 Uhr, ich glaube 8.45 Stettiner Bahnhof, 15 oder 20 Minuten zu fahren von jedem Hotel Unter den Linden. Du fährst mit Eisenbahn bis Schlawe, wo Du gegen 4 Uhr nachmittags ankommst, und von wo Dich ein hornblasender Postillon gerade recht zur Essenszeit, vor 6 Uhr, nach Varzin bringt. Wenn Du so gut sein willst, mir bei Eurer Abreise von Berlin, am Abend vorher, ein Telegramm zu senden, so werde ich alles für Dich in Schlawe fertig machen lassen, so daß Du bloß vom Waggon in den Wagen zu steigen brauchst. Die pommerschen Götter mögen mir gnädig sein, Dir einen sonnigen Tag zu geben, und in diesem Falle werde ich einen offenen Wagen bestellen und einen fürs Gepäck. Nur laß mich durch das Telegramm Deinen Willen hierüber wissen, sowie darüber, wieviel Innen- oder Außenplätze nötig sind.

Brief vom 6. 7. 1872.

Meine Frau ist noch in Soden. Ich erwarte sie am 9. d. zurück, aber la donna è mobile! Jedenfalls wird sie durch weibliche Schwäche nicht über das Ende dieser Woche zurückgehalten werden. Sie wird gleichfalls erfreut sein, Dich wiederzusehen; Dein Name ist ihren Lippen vertraut und kam nie aus ihrem Munde ohne ein freundliches Lächeln. Der erste Tag, über den Du verfügen kannst, ist jedenfalls der beste uns zu besuchen, obwohl wir hier bis zum Ende des Sommers zu bleiben gedenken. Du erwähnst nicht, daß Mrs. Motley Dich begleiten wird, und bei diesem Schweigen nehme ich's für ausgemacht an, daß sie es wird, da Mann und Weib sind ein Leib. Wir werden glücklich sein, sie mit Dir zu sehen, und en attendant richte ihr und Mrs. Ives meine aufrichtigsten Empfehlungen aus. Getreulichst

Dein alter Freund
v. Bismarck.

Motley kam gerade zurecht, um mit Bismarck am 28. Juli die silberne Hochzeit zu feiern. Wir besitzen aus seiner Feder aus jenen Tagen reizende Schilderungen, die er an seine Gattin richtete. So schreibt er am 25. Juli:

Liebe Mary! Wir verließen Berlin gestern morgen ³/₄9 Uhr und kamen auf Station Schlawe um ¹/₂5 Uhr an. Wir hatten bis Varzin

Motleys Briefwechsel II.

anderthalb Stunden zu fahren. Als der Postillon sein Horn blies und an der Thüre vorfuhr, kamen Bismarck, seine Frau, Marie und Herbert alle heraus und bewillkommneten uns schon am Wagen in der herzlichsten Weise. Ich fand seine Erscheinung wenig verändert seit 1864, was mich überrascht hat. Er ist etwas stärker geworden und sein Gesicht verwitterter, aber ebenso ausdrucksvoll und gewaltig wie immer. Frau v. Bismarck hat sich noch weniger verändert in den vierzehn Jahren, seit ich sie gesehen. Sie sind beide so gütig und liebenswürdig gegen Lilli, daß es ihr vorkommt, als hätte sie sie zeit ihres Lebens gekannt. Marie ist ein niedliches Mädchen mit schönem dunklem Haar und grauen Augen — einfach, ungeziert und gleich Vater und Mutter voll Uebermut. Die Lebensweise ist höchst ungeniert, wie Du Dir denken wirst, wenn ich Dir sage, daß wir direkt vom Wagen in den Speisesaal geführt wurden (nach einer staubigen, heißen Reise, in Eisenbahn und Wagen 10 Stunden unterwegs) und uns niedersetzen und das Essen nachholen mußten, welches schon halb vorüber war, da wir durch irgend ein contretemps eine Stunde später anlangten, als wir erwartet wurden. Nach Tische machte Bismarck mit mir einen Spaziergang in den Wald, wobei er die ganze Zeit in der einfachsten, lustigsten und interessantesten Weise über alles sprach, was sich in diesen furchtbaren Jahren ereignet hat; aber er sprach davon, wie alltägliche Leute von den alltäglichsten Dingen reden, ohne jede Affektion. Und gerade weil er so einfach ist, sich so gehen läßt, muß man innerlich zu sich selbst sagen: Das ist der große Bismarck, der größte der jetzt lebenden Menschen und einer der größten Charaktere, die es je gegeben hat. Wenn man im vertrauten Umgange mit Brobbignacs (Riesen aus Gullivers Reisen von Swift) lebt, so scheint es augenblicklich, als wären wir alle auch Brobbignacs, und das wäre überhaupt so die Regel, man vergißt den Vergleich mit der eigenen Kleinheit. Es giebt dagegen viele Leute in gewissen Dörfern, die uns bekannt sind, welche über ihre Umgebung einen viel erkältenderen Hauch wegblasen, als wenn sie Bismarck wären.

Am Abend saßen wir wieder als gemischte Gesellschaft beisammen, indem die einen Thee tranken, die anderen Bier und einige Selterwasser, während Bismarck eine Pfeife rauchte. Er raucht jetzt aber wenig und nur ganz leichten Tabak in der Pfeife. Früher, als ich ihn kannte, rauchte er unaufhörlich die stärksten Cigarren, und jetzt, sagte er, könne er nicht mehr, um sein Leben zu retten, Cigarren rauchen, solchen Widerwillen erregen sie ihm. Ein Gutsnachbar, Herr v. Thadden und Frau, waren die einzigen Gäste, und sie gehen heute nachmittag wieder fort. Dieser Freund hatte die Schlacht von Königgrätz mitgemacht, und Bismarck erzählte eine Menge Anekdoten von jener Schlacht. . . . Ich wünschte, Du hättest ihm zuhören können. Du kennst seine Art und Weise. Von allen Männern, die ich je gesehen, klein oder groß, ist er am wenigsten poseur. Alles kommt so nebenbei und nachlässig heraus. Ich fragte ihn, ob er nun mit dem Kaiser von Oesterreich gut Freund wäre. Er sagte ja, und der Kaiser wäre im vorigen Jahre in Salzburg ausnehmend höflich gegen ihn gewesen und durch den ganzen Saal sogleich auf ihn zugekommen, als er sich in der Thüre gezeigt. Er sagte, als er noch jünger war, habe er sich

für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig oder groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt. Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwägen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Hatte er recht geraten, so rief alle Welt, welche Weisheit, welche Prophetengabe! hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen.

Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt. Ganz gewiß lebte nie ein Sterblicher, der so unaffektiert war, und auch kein genialerer. Er sieht aus wie ein Koloß, aber seine Gesundheit ist schon erschüttert. Er kann nie vor 4 oder 5 Uhr morgens einschlafen. Natürlich folgt ihm seine Arbeit hierher nach, doch schien sie ihn wenig zu belästigen. Er sieht aus wie ein Landedelmann, der vollkommen Muße hat. . . .

Von seinem alten Herrn erhielt Bismarck zu seinem Silberfeste eine kostbare Vase in Begleitung des folgenden Handschreibens aus Koblenz vom 26. Juli: „Sie werden am 28. ein schönes Familienfest begehen, das Ihnen der Allmächtige in seiner Gnade beschert. Daher darf und kann ich mit meiner Teilnahme an diesem Feste nicht zurückbleiben, und so wollen Sie und die Fürstin, Ihre Gemahlin, hier meinen innigsten und herzlichsten Glückwunsch zu diesem erhebenden Feste entgegennehmen! Daß Ihnen beiden, unter so vielen Glücksgütern, die Ihnen die Vorsehung erkoren hat, doch immer das häusliche Glück obenan stand, das ist es, wofür unsere Dankgebete zum Himmel steigen! Unsere und meine Dankbarkeit gehen aber weiter, indem sie den Dank in sich schließen, daß Gott Sie mir in entscheidender Stunde zur Seite stellte und damit eine Laufbahn meiner Regierung eröffnete, die weit über Denken und Verstehen gehet. Aber auch hierfür werden Sie Ihre Dankgebete nach oben senden, daß Gott Sie begnadigte, so Hohes zu leisten! Und in und nach allen Ihren Mühen fanden Sie stets in der Häuslichkeit Erholung und Frieden, — das erhielt Sie Ihrem schweren Berufe! Für diesen sich zu erhalten und zu kräftigen, ist mein stetes Anliegen an Sie, und ich freue mich, aus Ihrem Briefe durch Oberst Graf Lehndorff und von diesem selbst zu hören, daß Sie jetzt mehr an sich als an die Papiere denken werden. — Zur Erinnerung an Ihre silberne Hochzeit wird Ihnen eine Vase übergeben werden, die eine dankbare Borussia darstellt, und die, so zerbrechlich ihr Material

auch sein mag, doch selbst in jeder Scherbe dereinst aussprechen soll, was Preußen Ihnen durch die Erhebung auf die Höhe, auf welcher es jetzt steht, verdankt. Ihr treuergebener, dankbarer König Wilhelm."

In seiner Antwort aber sagte Bismarck:

Brief vom 28. 7. 1872.

Ich habe im Rückblick auf mein Leben so unerschöpflichen Anlaß, Gott für seine unverdiente Barmherzigkeit zu danken, daß ich oft fürchte, es könne mir so gut nicht bis zu Ende gehen. Für eine besonders glückliche Fügung aber erkenne ich es, daß Gott mich auf Erden zum Dienste eines Herrn berufen hat, dem ich freudig und mit Liebe diene, weil die angestammte Treue des Unterthanen unter Eurer Majestät Führung nie zu besorgen hat, mit einem warmen Gefühl für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes in Widerstreit zu geraten. Möge Gott mir auch ferner zu dem Willen die Kraft geben, Eurer Majestät so zu dienen, daß ich mir die Allerhöchste Zufriedenheit erhalte, von der ein so gnädiges Zeugnis vor mir liegt in Gestalt des Handschreibens vom 26.

Anfang September kehrte Bismarck nach Berlin zurück und stürzte sich mitten in den Trubel, den der Besuch der Kaiser von Oesterreich und Rußland und ihrer Minister in Berlin heraufbeschwor. In täglichen Beratungen erreichte er ein außerordentlich herzliches Verhältnis zu den beiden Monarchen und es gelang ihm, die Beziehungen zu ihren Regierungen auf das günstigste zu beeinflussen. Damals erhielt er auch die höchsten russischen und österreichischen Auszeichnungen. Bald aber nahm ihn wieder der kirchliche Kampf lebhaft in Anspruch, mehr aber noch der Kampf gegen die Konservativen, der namentlich durch die neue Kreisordnung wachgerufen worden war. Zwar hatte Kaiser Wilhelm sich persönlich für die Vorlage und ihr Zustandekommen eingesetzt, aber mit 145 gegen 18 Stimmen wurde sie im Herrenhause abgelehnt, und darauf wurde sofort der Landtag geschlossen. Sicherlich wurde das körperliche Uebelbefinden, das Bismarck bald darauf zu erneuter Rückkehr nach Varzin zwang, beeinflußt durch die tiefe Verstimmung, die in ihm die Feindseligkeit der Konservativen erweckte. Während seiner Abwesenheit eröffnete Graf Roon die neue Landtagssession, um jedoch bald, verletzt durch gewisse Intriguen seiner Kollegen, den König um seinen Abschied zu bitten. Er teilte diesen Entschluß dem Fürsten Bismarck amtlich mit und erhielt darauf folgende aus der damaligen Stimmung nur allzu verständliche Antwort:

Denkwürdigk. Roons III. Brief vom 13. 12. 1872.

Lieber Roon, auf Ihren amtlichen Brief vom 10. antworte ich jetzt nicht, sondern melde Ihnen nur, daß ich morgen in Berlin einzutreffen hoffe. Ich reise nicht, weil ich mich gesund fühle, sondern weil ich für

Pflicht halte, die Lage mit Seiner Majestät und mit Ihnen mündlich zu besprechen. — Mein Gefühl sagt mir seit Monaten, daß ich die alte Gesundheit nicht wieder erlange und also auch den alten Geschäftskreis nicht wieder übernehmen kann. So lange der König es befiehlt, will ich ihm als auswärtiger Minister gern weiter dienen, da ich die mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der europäischen Politik und das Vertrauen der fremden Höfe nicht auf einen anderen übertragen kann. Aber die auswärtigen Angelegenheiten der stärksten Großmacht nehmen einen vollen Mannesdienst in Anspruch, und es ist eine unerhörte Anomalie, daß der auswärtige Minister eines großen Reiches daneben die Verantwortung für die innere Politik desselben tragen soll. Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es zehn Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt. . . . Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die . . . Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Ueberzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazutritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Ueberspannung erlahmt; der König als Reiter im Sattel weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur. Ich glaubte es noch einige Monate bis zu mündlicher Verständigung hinhalten zu können. Aber Ihr Brief vom 10., lieber Roon, hat meinen Entschluß zur Reise gebracht. Ich kann des Königs preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Se. Majestät mich als Reichskanzler und Auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweisen Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die Ueberhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit dem letzten Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den Rednern wie K(leist-Retzow) und den Intriganten wie B(odelschwingh), gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altenteil oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift. Wir werden, wenn Gott uns Leben giebt, uns der großen Zeit, die wir gemeinsam durcharbeiteten, als alte Freunde gern erinnern und behäbigeren Nachfolgern mit weniger aufreibendem Diensteifer wohlwollend nachblicken. In herzlicher und unwandelbarer Freundschaft Ihr v. Bismarck.

Die Roonkrisis führte zu einem merkwürdigen Ergebnis: zu einer Bismarckkrisis. Denn der große Staatsmann forderte seine Enthebung von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten und erhielt für diesen Entschluß die königliche Genehmigung. Da aber Roon sein Entlassungsgesuch zurückgenommen hatte und unter den Ministern allein das volle königliche Vertrauen genoß, so übernahm er jetzt an Bismarcks Stelle den Vorsitz im Ministerrat und somit die Leitung der preußischen Staatsgeschäfte. Damals wäre sicher die günstigste Gelegenheit für die Konservativen gewesen, das Kriegsbeil zu begraben und eine Versöhnung mit dem großen Kanzler anzustreben. Aber solche Schritte unterblieben, die Aktion gegen Bismarck wurde fortgesetzt und mit erneuter Heftigkeit geführt. Jetzt suchte man vor allen Dingen dort einzusetzen, wo man bisher vergebens sich gemüht hatte, man suchte das Vertrauen des Königs gegen seinen Kanzler zu untergraben.

Aber diese Versuche wie alle späteren mißlangen, König Wilhelm hielt seinem ersten Diener die Treue bis ans Ende. Und gerade in den Tagen der Krise schrieb Kaiser Wilhelm an seinen Kanzler, unter Uebersendung der brillantenen Insignien des Schwarzen Adlerordens:

Sie wissen, mit wie schwerem Herzen ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten, und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen. — Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rat und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu teil geworden. Wenn ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzlerstellung im engsten Zusammenhange bleiben. — Durch die Verleihung der brillantenen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben! Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und mir Ihre bewährten Dienste leisten können. Ihr treuergebener dankbarer König Wilhelm.

Wenige Tage vorher, am Weihnachtsheiligabend, hatte Bismarck seinem königlichen Freunde für die Uebersendung einer Nachbildung des Standbildes Friedrichs des Großen mit den tiefempfundenen Worten gedankt:

Brief vom 24. 12. 1873.

Ich habe jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front als hinter dem Schreibtisch meine Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu bethätigen. Auch heute, nachdem Ew. Majestät mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Eure Majestät am heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eigenen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Eure Majestät gewonnen, wie die Generale, die das Denkmal zieren, als diplomatische Kampagnen. Nach Gottes Willen und nach Eurer Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Eurer Majestät glorreiche Regierung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer, auf Wegen, wie Friedrich II. und Eure Majestät nach Gottes Ratschluß gegangen sind, in rücksichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letzten Atem Eurer Majestät gehören. v. Bismarck.

In dem Frieden jener Tage trat bereits ein Mann hervor mit einem Namen, der später noch viel genannt ist, Graf Harry v. Arnim. Von ihm hat Bismarck folgende Schilderung hinterlassen:

Ged. u. Er. II.

Graf Harry Arnim vertrug wenig Wein und sagte mir einmal nach einem Frühstücksglase: „In jedem Vordermanne in der Karriere sehe ich einen persönlichen Feind und behandle ihn dementsprechend. Nur darf er es nicht merken, so lange er mein Vorgesetzter ist.“ Es war dies in der Zeit, als er nach dem Tode seiner ersten Frau aus Rom zurückgekommen, durch eine italienische Amme seines Sohnes in rot und gold Aufsehen auf den Promenaden erregte und in politischen Gesprächen gern Macchiavell und die Werke italienischer Jesuiten und Biographen citierte. Er posierte damals in der Rolle eines Ehrgeizigen, der keine Skrupel kannte, spielte hinreißend Klavier und war vermöge seiner Schönheit und Gewandtheit gefährlich für die Damen, denen er den Hof machte. Diese Gewandtheit auszubilden, hatte er frühzeitig begonnen, indem er als Schüler des Neustettiner Gymnasiums von den Damen einer wandernden Schauspielertruppe

sich in die Lehre nehmen ließ und das mangelnde Orchester am Klavier ersetzte.

Unter den Persönlichkeiten, die neben ausländischen Einflüssen, neben der „Reichsglocke" und ihren Mitarbeitern in aristokratischen und Hofkreisen und in den Ministerien meiner Kollegen, neben dem verstimmten Junkertume und dessen Aera-Artikeln in der Kreuzzeitung, daran arbeiteten, mir das Vertrauen des Kaisers zu entziehen, spielte Graf Harry Arnim eine hervorragende Rolle.

Am 23. August 1871 wurde er auf meinen Antrag zum Gesandten, demnächst zum Botschafter in Paris ernannt, wo ich seine hohe Begabung trotz seiner Fehler im Interesse des Dienstes nützlich zu verwerten hoffte; er sah in seiner Stellung dort aber nur eine Stufe, von der aus er mit mehr Erfolg daran arbeiten konnte, mich zu beseitigen und mein Nachfolger zu werden. Er machte in Privatbriefen an den Kaiser geltend, daß das preußische Königshaus gegenwärtig das älteste in Europa sei, das sich in ununterbrochener Regierung erhalten habe, und daß dem Kaiser, als dem doyen der Monarchen, durch diese Gnade Gottes eine Verpflichtung erwachse, die Legitimität und Kontinuität anderer alter Dynastien zu überwachen und zu schützen. Die Berührung dieser Seite im Gemüte des Kaisers war psychologisch richtig berechnet, und wenn Arnim allein ihn zu beraten gehabt hätte, so wäre es ihm vielleicht gelungen, das klare und nüchterne Urteil dieses Herrn durch ein künstlich gesteigertes Gefühl von angestammter Fürstenpflicht zu trüben. Aber er wußte nicht, daß Se. Majestät mir in seiner geraden und ehrlichen Weise die Briefe mitteilte und dadurch Gelegenheit gab, der politischen Einsicht, man könnte sagen, dem gesunden Verstande des Herrn die Schäden und Gefahren der Ratschläge darzulegen, denen wir auf dem von Arnim empfohlenen Wege der Herstellung der Legitimität in Frankreich entgegengehen würden.

Meine schriftlichen Auslassungen in diesem Sinne erlaubte der Kaiser später Arnimschen Schmähschriften gegenüber zu veröffentlichen. In einer derselben ist Bezug darauf genommen, daß dem Könige bekannt sei, daß Arnims Aufrichtigkeit in maßgebenden Kreisen angezweifelt werde, und daß man ihn am englischen Hofe als Botschafter nicht gewünscht habe, „weil man ihm kein Wort glauben würde". Graf Arnim hat wiederholt Versuche gemacht, ein Zeugnis des englischen Kabinetts gegen diese meine Andeutung zu erlangen, und von den ihm mehr als mir wohlwollenden englischen Staatsmännern die Versicherung erhalten, daß ihnen nichts derart bekannt sei. Doch war die von mir angedeutete präventive Zurückweisung Arnims in einer Gestalt an den Kaiser gelangt, daß ich mich öffentlich auf Sr. Majestät Zeugnis über die Thatsache berufen konnte.

Nachdem Arnim sich 1873 in Berlin überzeugt hatte, daß seine Aussichten, an meine Stelle zu treten, noch nicht so reif waren, wie er angenommen hatte, versuchte er einstweilen das frühere gute Verhältnis herzustellen, suchte mich auf, bedauerte, daß wir durch Mißverständnisse und Intriguen anderer auseinandergekommen wären, und erinnerte an Beziehungen, die er einst mit mir gehabt und gesucht hatte. Zu gut von seinem Treiben und von dem Ernst seines Angriffes auf mich unterrichtet, um mich täuschen zu lassen, sprach ich ganz offen mit ihm, hielt ihm vor,

daß er mit allen mir feindlichen Elementen in Verbindung getreten sei, um meine politische Stellung zu erschüttern, in der irrigen Annahme, er werde mein Nachfolger werden, und daß ich an seine versöhnliche Gesinnung nicht glaube. Er verließ mich, indem er mit der ihm eigenen Leichtigkeit des Weinens eine Thräne im Auge zerdrückte. Ich kannte ihn von seiner Kindheit an.

Das neue Jahr 1873 führte von Anfang an zu weiteren erbitterten Kämpfen gegen den Klerikalismus. Der Papst selbst hatte es für nötig gehalten, Stellung zu nehmen und mit scharfen Aeußerungen die herrschende Erregung aufzustacheln; in einer Allokution an deutsche Pilger hatte er gesagt, im Reiche herrsche eine Verfolgung gegen die Kirche, an deren Spitze der erste Minister stehe, und er hatte geschlossen mit den Worten: „Wer weiß, ob nicht bald das Steinchen sich von der Höhe loslöst, daß es den Fuß des Kolosses zertrümmert.“ Die diplomatische Vertretung Deutschlands beim Vatikan wurde infolge dieser Herausforderung aufgehoben und eine Reihe von Gesetzesmaßregeln durch Falk den Abgeordneten vorgelegt. In den ersten Phasen des Kampfes überließ der Kanzler dem Kultusminister die vorderste Reihe in der Schlachtordnung. Er selbst ergriff zunächst nur das Wort, um mit voller Offenheit die Gründe für den Wechsel in der Leitung des Staatsministeriums darzulegen und vor allem das freisinnige Verlangen nach Parlamentsministern abzulehnen. In der Auffassung dieser Frage ist er stets konsequent geblieben. So sagte er damals ähnlich wie vor fünfzehn Jahren:

Sowie wir in Parteiministerien hineingeraten, so werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die Emanation, die von ihm und Seiner politischen Auffassung ausgeht, bleibt parteilos, und in dieser Stellung über den Parteien, auf dieser Höhe der Krone, muß, meines Erachtens, die Regierung in Preußen gehalten werden.

In den Kulturkampf trat Bismarck eigentlich erst mit seiner Rede vom 10. März ein. Hier wie in der nächsten Zeit trat allerdings das erste und ursprünglichste Motiv seiner Beteiligung, die polnische Gefahr, zurück; aber mehr und mehr hatte sich in ihm die Ueberzeugung gefestigt, daß es sich nicht nur um einen geistigen Kampf, sondern auch um weltliche Entscheidungen handle, daß die römische Kirche mit ihrer ganzen Macht sich gegen das protestantische Kaisertum der Hohenzollern stemme. Diese Ueberzeugung teilte mit ihm auch der hochkonservative Roon, der ihm am 16. Januar schrieb: „Die große Falkenjagd hat heute begonnen. Den Gesetzen wird doch

von verschiedenen Seiten mehr Opposition gemacht werden, als ich erwartete. Aber der Kampf selbst ist eine Stärkung, sogar ohne den Sieg.“ Bismarck selbst hat schon damals wohl empfunden, daß die Falkschen Vorschläge über ihr Ziel hinausschossen, und er hat, wie wir sahen, diese Auffassung noch in seinem letzten Werke zum Ausdruck gebracht. Aber er trat dennoch für seinen Ressortminister ein, weil politische Gründe ihm eine Trennung von diesem tapferen Manne untersagten. Am 10. März hielt er die berühmte Rede über den uralten Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, in die er zugleich eine scharfe Absage an die Konservativen verflocht. „Sie, meine Herren“, rief er ihnen zu, „haben wesentlich dazu beigetragen, mich, der ich glaubte, die Geschäfte an der Spitze einer konservativen Partei von einiger Bedeutung und einigem Gewicht führen zu können, herauszudrängen aus meiner darauf berechneten Stellung im Ministerium.“

In seiner großen Rede sagte Bismarck:

Rede vom 10. 3. 1873.

Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälscht, und das Licht, in dem wir sie betrachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, in dem Agamemnon in Aulis mit seinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter kostete und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtstreit, der die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beile eines französischen Eroberers auf dem Schaffot starb, und daß dieser französische Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papste stand. Wir sind der analogen Lösung der Situation sehr nahe gewesen, übersetzt immer in die Sitten unserer Zeit. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Publikation der vatikanischen Beschlüsse koinzidierte, erfolgreich war, so weiß ich nicht, was man auch auf unseren kirchlichen Gebieten in Deutschland von den gestis Dei per Francos zu erzählen haben würde. Aehnliche Pläne haben vorgelegen vor dem letzten Kriege mit Oesterreich, ähnliche Pläne haben vorgelegen vor Olmütz, wo ein ähnliches Bündnis bestand gegenüber der königlichen Macht, wie sie in unserem Lande besteht, auf einer Basis, die von Rom nicht anerkannt wird. Es ist meines Erachtens eine Fälschung der Politik und der Ge-

schichte, wenn man Se. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als die Vertreterin des Kirchentums überhaupt betrachtet. Das Papsttum ist eine politische Macht jederzeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat, die diese Eingriffe erstrebt und zu ihrem Programm gemacht hat. Die Programme sind bekannt. Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt, wie den Franzosen die Rheingrenze, ununterbrochen vorschwebte, das Programm, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches aber so alt ist wie die Menschheit; denn so lange hat es auch, seien es kluge Leute, seien es wirkliche Priester, gegeben, die die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt sei als ihren Mitmenschen, und daß sie auf Grund dieser Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen; und daß dieser Satz das Fundament der päpstlichen Ansprüche auf Herrschaft ist, ist bekannt. Ich brauche hier an alle die hundertmal erwähnten und kritisierten Aktenstücke nicht zu erinnern: sie sind nicht nur publici juris, sondern auch jedem, der einen oberflächlichen Einblick in die Weltgeschichte hat, bekannt. Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben, es hat ja sogar einen friedlichen König von Frankreich gegeben, wenn auch Ludwig XVI. in die Lage gekommen ist, Kriege zu führen; also selbst bei unseren französischen Nachbarn fanden sich Monarchen, die weniger Vorliebe für den Krieg, mehr Vorliebe für den Frieden hatten.

Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, aber diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.

Und weiter schleuderte er dem Centrum die ehernen Sätze entgegen:

Rede vom 10.-24. 4. 1873

Ich kann mich auf das Zeugnis mancher Herren Bischöfe selbst berufen, daß es ganz richtig ist, daß von mir sich niemand der That versehen kann, ich würde jemals konfessionelle Streitigkeiten vom Zaune brechen. Wenn ich dennoch dazu gekommen bin, so muß es in mir sehr starke Ueberzeugung gewesen sein, daß durch die Thätigkeit, nicht der katholischen Kirche, sondern der nach weltlicher Priesterherrschaft strebenden Partei innerhalb der katholischen Kirche, eine Politik getrieben wurde, welche die Grundlagen unseres Staates in einer Weise anfaßte resp. erschütterte oder bedrohte, daß ich als Minister die Verantwortlichkeit für längeres Zuwarten nicht mehr tragen konnte. . . .

Ich verweise darauf, daß die Regierung und Seine Majestät der König mit ihr die Ueberzeugung haben, daß der Staat in seinen Fun-

damenten bedroht und gefährdet ist von zwei Parteien, die beide das Gemeinsame haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwickelung in internationaler Weise bethätigen, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen. Gegen diese beiden Parteien müssen meines Erachtens alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wehrhaftigkeit des Staates, gegen die, die ihn angreifen und bedrohen, zusammenstehen, und deshalb müssen sich alle Elemente zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staates und an seiner Verteidigung teils gegen diejenigen, welche offen sagen, was sie an die Stelle des Staates setzen wollen, teils gegen diejenigen, welche einstweilen den Staat untergraben, sich aber noch vorbehalten, was sie an seine Stelle setzen wollen. Gegen diese Gegner müssen sich alle treuen Anhänger des Königs, müssen sich alle treuen Anhänger des preußischen Staates, in dem wir leben, zusammenscharen. . . . Diejenigen, die ich die herrschsüchtige, friedenstörende Partei innerhalb der Priesterschaft nenne, sind sich klar über das, was sie wollen. Sie haben öffentlich erklärt: „Sie wollen den Krieg, sie sollen ihn haben.“ Sie sprechen das Wort „Bürgerkrieg“ in ihren Privatunterredungen gelassen aus. Sie sind die Feinde des Staates, und ich habe recht, sie als solche zu bezeichnen. Die Centrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat; die Artilleristen, die sie leiten, die Ingenieure, die sie erbauten, wissen genau, was sie beabsichtigten.

Den Konservativen, die unter der Führung des Herrn v. Kleist-Retzow gegen die kirchenpolitischen Vorlagen eintraten und es beklagten, daß er sich losgerissen habe von den Konservativen, hielt Bismarck entgegen:

Ich habe mich nicht von der konservativen Partei losgerissen, ich bin mit der konservativen Partei einig geblieben; eine Fraktion, die früher der großen konservativen Partei mit angehörte, hat sich unter Leitung beredter, einflußreicher Führer und aus Fraktionszwang von der konservativen Partei getrennt; sie hat im Kampfe die Regierung in einem entscheidenden Moment zu meinem Bedauern im Stich gelassen. Darauf, daß dies geschah, hat die gefährliche Gabe der Beredsamkeit, mit der Gott den Herrn Vorredner begabt hat, einen erheblichen Einfluß gehabt, und es ist mir lieb, daß ich die Verantwortlichkeit, die er seinerseits für die Zerstörung der früheren Beziehungen unseres Staatslebens zu tragen hat, nicht mit ihm zu teilen habe. Bezeichnend für die ganze Anschauungsweise des Herrn Vorredners und seiner Fraktionsgenossen ist der Ausdruck „losgerissen“. Das Kleine reißt sich von dem Größeren los, das Bewegliche von der Basis, ein angewachsenes Schaltier von dem Schiff. Er betrachtet als Basis und als konservative Partei seine Fraktion; von der hat sich, nach seiner Meinung, Seine Majestät mit der königlichen Staatsregierung losgerissen und schwimmt nun steuerlos in dem Meere umher. Diese außerordentliche Ueberschätzung der Richtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element, verbunden mit dieser Unfähigkeit sich unterzuordnen, mit diesem außerordentlichen Ueberfluß an Zeit um nach-

zudenken über das, was die Regierung thut, und über die Kritik, die daran zu üben, während man den Beruf nicht hat und nicht fühlt.

Die Konservativen haben damals sogar durch die Waffen des Gebetes auf Bismarck einzuwirken gesucht. So schrieb noch vor der Annahme der Maigesetze der alte Senfft von Pilsach an ihn, er solle sich ermannen, denn wenn er Gottes Mahnungen zur Buße beharrlich widerstrebe, so werde er ohne Zweifel seinem Gerichte verfallen. Bismarck antwortete mit der Versicherung, daß das Interesse, welches der alte Herr an seinem geistigen und geistlichen Leben nehme, durchaus auf Gegenseitigkeit beruhe:

Bismarck-Jahrbuch I.

Aber ich hätte gern die Gewißheit darüber, daß Ihre mahnende Stimme auch den Ihnen nahestehenden Gegnern Sr. Majestät des Königs nicht vorenthalten werde, welchen die Demut unseres Erlösers so fremd geworden ist, daß sie im zornigen Dünkel eigener Weisheit und in heidnischer Priesterherrschaft es als ihre Aufgabe ansehen, das Land und die Kirche zu meistern und die Grundlagen beider zum Vorteil ausländischer und dem Evangelium feindlicher Gewalten thatsächlich zu erschüttern. Ich bitte Ew. Excellenz, Sich Ihrerseits vorzusehen, daß Sie dem Gericht Gottes nicht eben durch die Ueberhebung Ihrer an mich gerichteten Warnung verfallen. Ich empfehle Ihnen den 4. und 5. Vers des 12. Psalms zu lesen — „Der Herr wolle ausrotten alle Heuchelei und die Zunge, die da stolz redet, die da sagen: Unsere Zunge soll überhand nehmen, uns gebühret zu reden; wer ist unser Herr?" — und will mich im Vertrauen auf den Schluß des dritten Psalms an diesen halten — „Ich fürchte mich nicht vor viel hundert Tausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott: denn Du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne. Bei dem Herrn findet man Hilfe."

Am 12. März war der Reichstag eröffnet worden; auch hierhin schlugen die Wellen des kirchlichen Streites. Namentlich Mallinckrodt und Windthorst griffen Bismarck auf das schärfste an. Als ihn der erstere objektiver Verleumdung beschuldigte, erwiderte der Kanzler:

Ich erkläre seine Behauptung der Verleumdung für eine Unwahrheit, die durch die Dreistigkeit des Tones, mit der sie vorgebracht wird, nichts an Bedeutung gewinnt.

Mehr aber noch als durch diese Frage wurde der Reichstag in Atem erhalten durch die Vorgänge, die dem „Großen Krach" folgten und durch die sogenannten Enthüllungen Laskers über die „Gründer- und Schwindelperiode" eine geschichtliche Bedeutung erlangt haben. Der Krach nahm im Mai seinen Anfang; er ging aus vor allen Dingen von den Ereignissen, die sich auf dem Eisenbahnmarkte ab-

gespielt hatten. Lasker hatte einzelne Mitglieder des höchsten preußischen Adels, zugleich aber auch Bismarcks einstigen Freund Wagener beschuldigt, daß sie durch unsolide Gründungen große Gewinne eingeheimst hätten. Er forderte eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung des gesamten preußischen Eisenbahnwesens. Die Verhandlungen dieser Kommission blieben ergebnislos, es fand sich nicht einmal hinreichendes Material, um gegen Wagener eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten. Persönliche Rücksprache mit Bismarck veranlaßte jedoch diesen alten Mitstreiter zum freiwilligen Rücktritt. Es stellte sich bald heraus, daß es weniger Adlige und Beamte waren, die sich in jene wilden Spekulationen vertieft hatten, als vielmehr Partei- und Glaubensgenossen des Anklägers selbst.

In jene Zeit fallen auch die ersten amtlichen Auseinandersetzungen mit dem Grafen Harry v. Arnim, der gegen die entschieden ausgesprochene Willensmeinung seines Vorgesetzten nicht nur mit den französischen Legitimisten sympathisierte, sondern alles that, um die Restauration zu unterstützen. Denn Fürst Bismarck ging von der Ansicht aus, daß eine französische Republik für die Sicherheit Deutschlands nicht annähernd die Gefahr berge wie ein Königtum, das naturgemäß zur Revanche schreiten müsse, um seine Stellung zu behaupten. Graf Arnim wurde schließlich von Paris abberufen und aus Schonung nach Konstantinopel versetzt, doch gab er diese Stellung bald darauf wieder auf.

Im Jahre 1873 nahm Bismarck auch an den Gegenbesuchen teil, die sein königlicher Herr in Petersburg und Wien abstattete. Hier wie dort wurde er in der ehrenvollsten Weise aufgenommen. Auch das politische Verhältnis der drei Kaiserstaaten gestaltete sich fortan überaus freundlich, bis es Gortschakow gelang, den Samen der Zwietracht zu säen. Im September erfolgte alsdann in Berlin der Besuch des Königs Victor Emanuel. Hierbei ereignete sich eine Episode, die Bismarck in folgender Weise erzählt:

Ged. u. Er. II. Ich hatte durch Herrn v. Keudell erfahren, daß der König eine Dose mit Brillanten, deren Wert auf 50—60000 Franken, ungefähr auf das Sechs- bis Achtfache des bei solchen Gelegenheiten Ueblichen, angegeben wurde, hatte anfertigen und dem Grafen Launay zur Ueberreichung an mich zustellen lassen. Gleichzeitig kam es zu meiner Kenntnis, daß Launay die Dose mit Angabe des Wertes seinem Hausnachbarn, dem bayerischen Gesandten Baron Pergler v. Perglas, gezeigt hatte, der unseren Gegnern in dem Kulturkampfe persönlich nahe stand. Der hohe Wert des mir zu-

gedachten Geschenkes konnte also Anlaß geben, es in Verbindung zu bringen mit der Anlehnung, die der König von Italien bei dem Deutschen Reiche damals erstrebte und erlangte. Als ich dem Kaiser meine Bedenken gegen die Annahme des Geschenkes vortrug, hatte er zunächst den Eindruck, als ob ich es überhaupt unter meiner Würde fände, eine Porträtdose anzunehmen, und sah darin eine Verschiebung der Traditionen, an die er gewöhnt war. Ich sagte: „Gegenüber einem solchen Geschenke von durchschnittlichem Werte würde ich auf den Gedanken der Ablehnung nicht gekommen sein. In diesem Falle aber hättte nicht das fürstliche Bildnis, sondern hätten die verkäuflichen Diamanten das für die Beurteilung des Vorgangs entscheidende Gewicht; mit Rücksicht auf die Lage des Kulturkampfes müßte ich Anknüpfungspunkte für Verdächtigungen vermeiden, nachdem der den Umständen nach übertriebene Wert der Dose durch die nachbarlichen Beziehungen von Perglas konstatiert und in der Gesellschaft hervorgehoben worden sei." Der Kaiser wurde schließlich meiner Auseinandersetzung zugänglich und schloß den Vortrag mit den Worten: „Sie haben recht, nehmen Sie die Dose nicht an." Nachdem ich meine Auffassung durch Herrn v. Keudell zur Kenntnis des Grafen Launay gebracht hatte, wurde der Dose ein sehr hübsches und ähnliches Porträt des Königs substituiert mit seiner eigenhändigen Unterschrift.

Der König behielt jedoch das Bedürfnis, mir einen verstärkten Ausdruck seines Wohlwollens zu geben durch ein dem ursprünglich beabsichtigten im Werte analoges, aber nicht verkäufliches Geschenk, und ich erhielt als Zugabe zu der schmeichelhaften Unterschrift des Porträts eine Alabastervase von ungewöhnlicher Größe und Schönheit, deren sichere Verpackung und Beförderung bei der überstürzten Räumung meiner Amtswohnung, zu der mein Nachfolger mich nötigte, nicht ohne Schwierigkeit war. Anderer Ansicht über die Annahme einer mit Brillanten gefüllten Dose war übrigens Gortschakow. Bei unserem Besuch in Petersburg fragte mich Seine Majestät: „Was kann ich nur dem Fürsten Gortschakow geben? Er hat schon alles, auch Porträt; vielleicht eine Büste oder Dose mit Brillanten?" Ich erhob gegen eine teure Dose Einwendungen, die ich aus der Stellung und dem Reichtum des Fürsten Gortschakow herleitete, und der Kaiser gab mir recht. Ich sondierte darauf den Fürsten vertraulich und erhielt sofort die Antwort: „Laß Er mir (Russizismus) eine tüchtige Dose geben mit guten Steinen (avec de grosses bonnes pierres)." Ich meldete dies Sr. Majestät etwas beschämt über meine Menschenkenntnis; wir lachten beide, und Gortschakow bekam seine Dose.

Nach seinem Urlaub, den er zum großen Teil in Varzin verbrachte, traf Bismarck mit dem Kaiser in Regensburg zusammen, um mit ihm an der erwähnten Wiener Reise teilzunehmen. Hier verhandelte er mit ihm über eine Frage, die ihm amtlich und persönlich außerordentlich nahe ging, über das Rücktrittsgesuch, das Roon von neuem eingereicht hatte. Zwar waren zwischen ihnen schon manche Differenzen gewesen, und einmal hatte sich Roon sogar bitter über Bismarcks „Explosivität" beschwert, aber alle Differenzen

waren dennoch beigelegt worden, und darum hat das Scheiden des alten Mitarbeiters und Mitkämpfers Bismarck tief ergriffen. Waren doch alle jene Differenzen nicht nur oberflächlich ausgeglichen, sondern stets mit einer Erneuerung des alten herzlichen Verhältnisses beschlossen worden. Die Bitte: „Haben Sie in Erinnerung an zehn Jahre gemeinsamer Arbeit und noch mehr an ältere Zeiten Geduld mit mir", diese Bitte, mit der im Februar der große Staatsmann den letzten ernsten Gegensatz auslöschte, ist ein rührendes und zugleich erhebendes Dokument seiner inneren Bescheidenheit. In seinem Abschiedsbrief nun an Bismarck hatte Roon geschrieben:

Zum Schlusse dieser Zeilen erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein „Adelante, adelantador atrevido!" (Vorwärts, immer vorwärts, kühner Held!) zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gebeihliches und großartiges Wirken zu erflehen; und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuschauerraum meinen Platz habe!

In seiner Antwort schrieb Bismarck:

Denkwürdigk. Roons III.

. . . . . Gott hat die Fahnenflucht unserer Junker von Thron und Evangelium zugelassen und dadurch unser Rüstzeug schwer geschädigt; aber ich schöpfe auch hier wie 63, 66, 70 in allen den Kämpfen, die wir, lieber alter Freund, Schulter an Schulter siegreich bestanden haben, Mut aus dem mich innerlich tief berührenden Worte: „Gott widersteht den Hoffärtigen." Und auch im Kampfe mit Kleist, Waldow und Gerlach wie mit den ehrgeizigen Priestern des römischen Götzendienstes, sehe ich die Hoffart zu meinem Trost im feindlichen Lager. Gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf Deutsch befohlen hätte. Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert. Durch Ihren Austritt bin ich vereinsamt, unter — Ministern — die einzig fühlende Brust. Der alte Rest vom alten Stamm, der bleibt, ist faul.

Ich will nicht zu ihm sagen: Heinrich, mir graut vor Dir, aber ich habe mitunter Lust, falls ich noch körperlich stärker bin, es ihm empfinden zu lassen. Ich wollte Ihnen nur ein herzliches Lebewohl schreiben, und nun komme ich auf sechs Seiten solcher Abirrungen. Sehen werden wir uns ja doch im Winter, und persönlich also nehme ich nicht Abschied. Wir werden mündlich doch noch manchen Rückblick auf die 11 Geschichtsjahre thun können, die Gott uns zusammen hat durchkämpfen lassen, und in denen wir mehr von seiner Gnade erlebt haben, als wenigstens mein Verstehen und Erwarten faßte. Im Amte aber wird es einsam um mich

sein, je länger je mehr; die alten Freunde sterben oder werden Feinde, und neue erwirbt man nicht mehr. Wie Gott will! Im gelben Sitzungszimmer werde ich die Lücke auf Ihrem Sophaplatze nicht ausgefüllt finden und dabei denken: „Ich hatt' einen Kameraden". — Man wird alt, das hat sein Gutes, man ist zufrieden mit Knochen und Leber, an sich und anderen. Der Postbote mahnt. Herzlichen Gruß und auf baldiges Wiedersehen. Ihr treuer Freund v. Bismarck.

So herzlich aber der Abschied von dem alten Kampfgenossen war, so war doch, wie gesagt, auch die letzte Zeit nicht ohne gewisse Meinungsverschiedenheiten geblieben, herbeigeführt namentlich durch das Mißtrauen Bismarcks gegen die sogenannten „Roonschen Konventikel". Ueber dieses Thema erzählt der greise Kanzler:

Geb. u. Er. II.

Die exklusivere Fühlung mit den Nationalliberalen, zu welcher der Abfall der Konservativen mich notwendig führte, wurde in Kreisen der letzteren Grund oder Vorwand zu gesteigerter Animosität gegen mich. In der Zeit, während deren ich, durch Krankheit genötigt, dem Grafen Roon den Vorsitz im Staatsministerium abgetreten hatte, von Neujahr bis November 1873, fanden bei ihm in kleinen und größeren Kreisen abendliche Begegnungen mir feindlicher Politiker der rechten Seite statt. An diesen nahm Graf Harry Arnim, der Herrengesellschaften ohne politischen Zweck nicht zu besuchen pflegte, wenn er sich auf Urlaub in Berlin befand, in der Rolle teil, daß er auf die Anwesenden den Eindruck machte, den mir Roon selbst mit den Worten wiedergab: „In dem steckt doch ein tüchtiger Junker!" Die gesprächliche Verbindung, in welcher dieses Urteil ausgesprochen wurde, und die öftere scharf accentuierte Wiederholung desselben im Munde meines Freundes und Kollegen hatte die Tragweite eines Vorwurfes für mich wegen Mangels gleicher Eigenschaften und einer Andeutung, als ob Arnim die innere Politik schneidiger und konservativer behandeln würde, wenn er an meiner Stelle wäre. In den Unterredungen, in denen dieses Thema des Arnimschen Junkertums breit entwickelt wurde, gewann ich den Eindruck, daß auch mein alter Freund Roon unter der Einwirkung der bei ihm stattfindenden Konventikel in dem Vertrauen zu meiner Politik einigermaßen erschüttert war.

Zu den betreffenden Kreisen gehörte auch Oberst v. Caprivi, damals Abteilungschef im Kriegsminsterium. Ich will nicht entscheiden, zu welchen der S. 147 aufgeführten Kategorien meiner Gegner er damals gehörte, bekannt ist mir nur seine persönliche Beziehung zu Mitarbeitern an der „Reichsglocke", wie dem Geheimrat v. Lebbin, Personalrat im Ministerium des Innern, der auch in seinem Ressort einen mir feindlichen Einfluß ausübte. Der Feldmarschall v. Manteuffel hat mir gesagt, daß Caprivi seinen, Manteuffels, Einfluß bei dem Kaiser gegen mich anzuspannen versucht und meine „Feindschaft gegen die Armee" als Grund zur Klage und als eine Gefahr bezeichnet habe. Es ist erstaunlich, daß Caprivi sich dabei nicht erinnert hat, wie die Armee vor und zur Zeit meines Eintritts ins Amt, 1862, civilistisch bekämpft, kritisiert und stiefmütterlich verkürzt wurde, und wie sie unter meiner Amtsführung aus der Alltäglichkeit des Garnison-

lebens über Düppel, Sadowa und Sedan von 1864 bis 1871 dreimal zum Einzug in Berlin gelangte. Ich darf ohne Ueberhebung annehmen, daß König Wilhelm 1862 abdiziert hätte, daß die Politik, die den Ruhm der Armee gründete, vielleicht nicht oder nicht so, wie geschah, ins Leben getreten wäre, wenn ich ihre Leitung nicht übernommen hätte. Würde die Armee zu ihren Heldenthaten und Graf Moltke auch nur den Degen zu ziehen Gelegenheit erhalten haben, wenn König Wilhelm I. anders und durch Andere beraten worden wäre? Wohl sicher nicht, wenn er 1862 abdiziert hätte, weil er niemand fand, der die Gefahren seiner Stellung zu teilen und zu bestehen bereit war.

Ehe noch das Jahr verlaufen war, geriet Bismarck mit Konservativen und Klerikalen in einen neuen Konflikt. Er war nach Roons Abgang von neuem zum Ministerpräsidenten ernannt worden und sah sich deshalb genötigt, wiederholt in die Debatten einzugreifen, zunächst um das Civilehegesetz zu verteidigen. Besonders scharf griff ihn Herr v. Gerlach an, der ältere von den beiden Brüdern, der ihm den Vorwurf machte, daß er im Jahre 1849 ganz entgegengesetzte Anschauungen vorgetragen habe. Bismarck erwiderte ihm, er habe gelernt, keine Fraktionspolitik zu treiben, sondern seine persönliche Ueberzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen:

Rede vom 17. 1. 1874.

„Meine persönliche Stellung (zur Civilehe) ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Sr. Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen, und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das — ich will den Ausdruck nicht verletzend gebrauchen, sondern wissenschaftlich — revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen. Ich bin entschlossen, dafür einzutreten, wie für so manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht.

Ein Angriff der Klerikalen, die ihm die Verbindung mit den Revolutionären Klapka und Garibaldi vorwarfen und, gestützt auf die sogenannten Enthüllungen des Generals La Marmora, behaupteten, er habe einen Teil des Rheinufers abtreten wollen, erwiderte er mit der Anklage einer „dreisten, lügenhaften und gehässigen Erfindung", und er schloß mit den Worten:

Rede vom 16. 1. 1874.

„In meinem ganzen unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs

und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu teil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, vom Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheines umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin. . . . M. H., ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf diese Weise zu nötigen, durch einen Mißbrauch der Tribüne zur Verleumdung der eigenen Regierung, den Leiter der Regierung zu nötigen, sich hier gegen solche Vorwürfe zu verantworten und Ihre und meine Zeit damit zu töten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt — aber die Presse wird ihn wohl finden!

Im neuen Reichstag, der im Januar 1874 gewählt worden war, waren die konservativen Frondeure dezimiert wieder erschienen, während die Nationalliberalen die stärkste Partei geworden waren und auch die Klerikalen 25 Sitze gewonnen hatten. Das Hauptgesetz, das in der Thronrede angekündigt war, war ein allgemeines Militärgesetz. Ehe jedoch Bismarck in die Verhandlungen hierüber eingreifen konnte, sank er auf das Krankenbett. Das alte rheumatische Fußleiden hatte ihn wieder überfallen, und nur langsam schritt der Heilungsprozeß vorwärts. Erst im Mai, als der Reichstag bereits geschlossen war, konnte er die erste Ausfahrt machen. Der Militärkonflikt wurde bekanntlich durch die Annahme eines Septennates gelöst. In den Julitagen reiste Bismarck mit Frau und Tochter nach Kissingen. Aber ehe ihm noch die Erholung vergönnt war, hatte er infolge des Verhaltens des Grafen Arnim ernste Unannehmlichkeiten durchzumachen. Arnim war für die Konservativen der „kommende Mann“, er war der Mittelpunkt und das Haupt der Intriguen, die gegen Bismarck gesponnen worden sind. Eitelkeit und Selbstüberschätzung bilden die Grundzüge seines Wesens. Graf Arnim hatte einst in der kritischen Zeit das Deutsche Reich in Rom vertreten, er hatte schon da sich in Widerspruch mit den Tendenzen seines Vorgesetzten gestellt. Auch in Paris hat er, wie erwähnt, sich an Konspirationen beteiligt, deren Charakter durchaus im Widerspruch stand mit den Anschauungen Bismarcks. Die Fäden, die sich damals von Paris her bis nach dem deutschen Kaiserhof spannen, waren ungemein fein; Bismarck hat in der folgenden Darstellung nur einige bescheidene Andeutungen gegeben:

Mit der Herstellung einer katholisierenden Monarchie in Frankreich wäre die Versuchung, gemeinschaftlich mit Oesterreich Revanche zu nehmen, Ged. u. Er. II.

erheblich näher getreten. Ich hielt es deshalb dem Interesse Deutschlands und des Friedens widersprechend, die Restauration des Königtums in Frankreich zu fördern, und geriet in Gegnerschaft zu den Vertretern dieser Idee. Dieser Gegensatz spitzte sich persönlich zu gegenüber dem damaligen französischen Botschafter Gontaut-Biron und unserem damaligen Botschafter in Paris, Grafen Harry Arnim. Der erstere war im Sinne der Partei thätig, der er von Natur angehörte, der legitimistisch-katholischen; der letztere aber spekulierte auf die legitimistischen Sympathien des Kaisers, um meine Politik zu diskreditieren und mein Nachfolger zu werden. Gontaut, ein geschickter und liebenswürdiger Diplomat aus alter Familie, fand bei der Kaiserin Augusta Anknüpfungspunkte einerseits in deren Vorliebe für katholische Elemente in und neben dem Centrum, mit denen die Regierung im Kampfe stand, andererseits in seiner Eigenschaft als Franzose, die in den Jugenderinnerungen der Kaiserin aus der Zeit ohne Eisenbahnen an deutschen Höfen fast in gleichem Maße wie die Eigenschaft des Engländers zur Empfehlung diente. Ihre Majestät hatte französisch sprechende Diener, ihr französischer Vorleser Gérard fand Eingang in die kaiserliche Familie und Korrespondenz. Alles Ausländische mit Ausnahme des Russischen hatte für die Kaiserin dieselbe Anziehungskraft wie für so viele deutsche Kleinstädter. Bei den alten langsamen Verkehrsmitteln war früher an den deutschen Höfen ein Ausländer, besonders ein Engländer oder Franzose, fast immer ein interessanter Besuch, nach dessen Stellung in der Heimat nicht ängstlich gefragt wurde; um ihn hoffähig zu machen, genügte es, daß er „weit her“ und eben kein Landsmann war.

Graf Arnim befand sich noch in Paris, als plötzlich am 2. April „diplomatische Enthüllungen“ erschienen, in denen amtliche Aktenstücke veröffentlicht waren. Der Urheber konnte nur Graf Arnim sein. Er wurde auf Befehl des Kaisers aufgefordert, auf seinen Amtseid zu erklären, ob er diese Veröffentlichungen direkt oder indirekt veranlaßt habe. Graf Arnim leugnete wiederholt. Da stellte es sich heraus bei dem Amtsantritt seines Nachfolgers in Paris, des Fürsten Hohenlohe, daß etwa 60 Schriftstücke in dem Archiv der Botschaft fehlten.

Graf Arnim hatte sie, wie er einräumte, mit nach Berlin und von dort nach Karlsbad genommen, und er weigerte sich, einen Teil derselben unter Berufung auf ihren Charakter als Privateigentum herauszugeben. Er wurde verhaftet und von dem Berliner Stadtgericht zu 3 Monaten, vom Kammergericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Antritt der Strafe entzog er sich durch die Flucht.

In Kissingen machte Bismarck eine Trink- und Badekur durch, um sein Nervensystem gründlich zu kurieren. Aber auch hier sollte er keine Ruhe finden; ein Mordgeselle, Kullmann, verübte auf ihn ein Attentat, doch beschützte auch jetzt die Vorsehung das Leben des

großen Staatsmannes. Bismarck trug hierbei eine mehr als 2 cm lange und $^3/_4$ cm breite flache Verletzung an der Hand davon, so daß man deutlich die vollständig entblößte aber unverletzte Pulsader pulsieren sah. Der Vorgang spielte sich in folgender Weise ab:

Der Wagen hatte von der Ausfahrt des Wohnhauses an nur erst etwa 15 Schritte langsam zurückgelegt — da ein katholischer Landgeistlicher in der Fahrbahn stand und nicht ausweichen wollte — als plötzlich aus nächster Nähe ein Pistol auf den Fürsten Bismarck abgefeuert wurde. Er hatte zufällig gerade die Hand zu militärischer Begrüßung der ihn umjubelnden Menge an seine Schläfe erhoben, als der Schuß krachte. Diese Bewegung rettete sein Leben. Der Mörder gestand es später selbst ein mit den ihn bezeichnenden Worten: „Ich habe mich eingeexerziert, schon öfter, ja hundertmal, aus der Pistole geschossen, aber der Kerl hat eine Bewegung gemacht und so habe ich ihn gefehlt.“ Die zum Gruß erhobene Hand entzog dem Mörder das edle Ziel, das Haupt des Fürsten. Die Kugel streifte nur den Knöchel seiner Rechten. Der Kutscher, fast starr vor Schrecken, hatte doch die Geistesgegenwart, sich umzudrehen. Er sieht den Fürsten anscheinend unversehrt, will also weiterfahren und wendet sein Auge wieder den Pferden zu. Da bemerkt er den Mörder, der die Pistole fortwirft und in der dichten Menschenmenge verschwinden will. Durch einen wuchtigen Peitschenhieb über das Gesicht des Mörders bringt der Kutscher diesen zum Stehen. Gleichzeitig wirft sich der als Badegast in Kissingen anwesende Hofschauspieler Lederer aus Darmstadt auf den Mörder und packt ihn an der Kehle, hält ihn auch — obwohl der Mensch um sich beißt — fest, bis hundert Arme ihn dingfest machen, zu zerreißen drohen. Da springt Fürst Bismarck aus dem Wagen und rettet den Mörder vor der Volksvergeltung mit dem Worte: man solle den Menschen dem Gesetze überlassen. Nun wird der Thäter nach dem Stadtgefängnis geschleift.

Nachdem er verbunden war, suchte Bismarck den Attentäter selbst auf und hatte mit ihm im Gefängnis eine Unterredung:

Die Frage des Fürsten: „Kennt Ihr mich?“ beantwortete Kullmann mit lautem „Ja“, dagegen mit Nein die Frage, ob er Bismarck schon früher gekannt habe. Auf die Frage, weshalb er die That begangen, antwortete er ziemlich rasch: „Wegen der Maigesetze!“ — Auch nannte er, wie Bismarck später im Reichstag erzählte, das Centrum „seine Fraktion“. — Alle an ihn gestellten Fragen beantwortete Kullmann mit großer Frechheit und ohne jeden Versuch irgend einer Beschönigung seiner That. Doch war interessant zu sehen, daß der freche Mensch den festen Blick des Fürsten nicht ertragen konnte, sondern immer sofort die Augen niederschlug. Der Fürst schloß mit den Worten: „Das ist nicht schön, wenn Landsleute aufeinander schießen.“ Blum V.

Zahllose Ovationen wurden an dem folgenden Tage dem Geretteten dargebracht. Ueber 2000 Glückwunschdepeschen und -Schreiben trafen ein. Fürst Bismarck hat Schädigungen von der Wunde nicht davongetragen, nur eine gewisse Schwäche im Handgelenk blieb zurück.

Am 15. August begab sich der Reichskanzler nach Varzin, kurz darauf wurde ihm in Charlottenbrunn das erste Denkmal gesetzt, und wiederum wenige Tage später folgte die Gründung des Weltpostvereins. Zur Reichstagseröffnung, die für den 29. Oktober angeregt war, kehrte Bismarck nach Berlin zurück.

Das Attentat von Kissingen hat in den folgenden Kämpfen eine ernste Rolle gespielt. Am 4. Dezember griff der Kanzler in die Debatte ein, als der Klerikale Jörg die Bemerkung gemacht hatte, daß „wegen des verwegenen Verbrechens eines halbverrückten Menschen ein guter Teil der Deutschen geradezu ins Delirieren geraten sei". Ihm rief Bismarck entgegen:

Rede vom 4 12. 1874.

Ich begreife es, daß der Herr Vorredner jeden Gedanken an eine Gemeinschaft mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich weist. Ich bin auch überzeugt, das wird auch vor dem Attentate des Herrn Vorredners Ansicht gewesen sein, und der Herr Vorredner wird gewiß nie im Innersten seiner Seele auch nur den leisesten Wunsch gehabt haben: wenn dieser Kanzler einmal irgendwie verunglücken könnte! (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, er hat das nie gedacht. Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest, er nennt Sie seine Fraktion!

Links und rechts erklang ein stürmisches Bravo, aus dem Centrum aber rief eine schrille Stimme „Pfui". Dem Rufer, Graf Ballestrem, dem künftigen Reichstagspräsidenten, dem ein seltsames Schicksal es bestimmte, dereinst dem heimgegangenen Staatsmanne den parlamentarischen Nachruf zu halten, diente Bismarck mit folgenden Worten:

Meine Herren! Der Herr Präsident hat schon gerügt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte — oder vielmehr, rügen ist nicht mein Beruf, aber ich wollte meine Meinung darüber äußern. „Pfui" ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fern liegen; ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen.

Am 16. Januar wurde alsdann der preußische Landtag eröffnet. Vorher schon hatte der Papst den Kulturkampf von neuem geschürt durch eine Encyklika, in der er erklärte, daß die preußischen Gesetze die göttliche Verfassung der Kirche vollständig umstürzten, und daß sie ungiltig seien, weil sie göttlichen Einrichtungen widerstritten. Es wurde infolgedessen in dem preußischen Landtage das sogenannte „Brotkorbgesetz" eingebracht, das all jenen Geistlichen die staatlichen Leistungen sperrte, die sich nicht ausdrücklich den Gesetzen unterwarfen.

Das Gesetz wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem Bismarck mit zahlreichen Reden eingegriffen hatte. Mit besonderer Schärfe hat er sich über die Gefährlichkeit des Jesuitenordens ausgelassen. Auch für die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde (die der Kirche eine gewisse Selbständigkeit gewährleisteten) setzte sich Bismarck ein, indem er die Unterordnung aller Religionsgesellschaften unter die staatlichen Gesetze forderte.

Die Hauptschlachten des Kulturkampfes sind hiermit vorübergezogen. Bismarck selbst hat später sich bemüht, die Wunden, die dieser Kampf geschlagen, zu heilen, denn er hatte den Kampf niemals als Selbstzweck betrachtet. Drei Jahre später, nachdem Falk hatte weichen müssen, begannen die Friedensverhandlungen mit Rom. Seine Motive hierfür hat Bismarck in späten Jahren dargelegt:

Ged. u. Er. II.

Nach Falks Abgange war ich vor die Frage gestellt, ob und wie weit ich bei der Wahl eines neuen Kultuskollegen die mehr juristische als politische Linie Falks im Auge behalten oder meinen mehr gegen Polonismus als gegen Katholizismus gerichteten Auffassungen ausschließlich folgen sollte. In dem Kulturkampfe war die parlamentarische Regierungspolitik durch den Abfall der Fortschrittspartei und ihren Uebergang zum Centrum gelähmt, indem sie im Reichstage einer durch gemeinsame Feindschaft zusammengehaltenen Majorität von Demokraten aller Schattierungen im Bunde mit Polen, Welfen, Franzosenfreunden und Ultramontanen ohne Unterstützung durch die Konservativen gegenüberstand. Die Konsolidierung unserer neuen Reichseinheit wurde durch diese Zustände gehemmt und, wenn sie dauerten oder sich verschärften, gefährdet. Der nationale Schaden konnte auf diesem Wege größer werden als auf dem eines Verzichtes auf den meiner Ansicht nach entbehrlichen Teil der Falkschen Gesetzgebung. Für nicht entbehrlich hielt ich die Beseitigung der Verfassungsartikel, die Kampfmittel gegen den Polonismus und vor allem die Herrschaft des Staates über die Schule. Wahrten wir die, so behielten wir aus dem Kulturkampfe beim Frieden immer einen wertvollen Siegespreis im Vergleich mit den Zuständen vor Ausbruch des Kampfes.

. . . Meine ersten Versuche zur Anbahnung des kirchlichen Friedens fanden auch bei Sr. Majestät keinen Anklang. Der Einfluß der höchsten evangelischen Geistlichkeit war damals stärker als der katholisierende der Kaiserin und letztere vom Centrum her ohne Anregung, weil dort die Anfänge des Einlenkens ungenügend befunden wurden, und es auch dort wie am Hofe immer noch wichtiger schien, mich zu bekämpfen, als versöhnliche Bestrebungen, die von mir ausgingen, zu unterstützen. Die aus der Situation hervorgehenden Kämpfe wiederholten sich, allmählich schwerer werdend.

Es bedurfte noch jahrelanger Arbeit, um ohne neue Kabinettskrisen an die Revision der Maigesetze gehen zu können, für deren Vertretung in parlamentarischen Kämpfen nach der Desertion der freisinnigen Partei in das ultramontane Oppositionslager die Majorität fehlte. Ich war zufrieden,

wenn es gelang, dem Polonismus gegenüber die im Kulturkampf gewonnenen Beziehungen der Schule zum Staate und die eingetretene Aenderung der einschlagenden Verfassungsartikel als definitive Errungenschaften festzuhalten. Beide sind in meinen Augen wertvoller als die maigesetzlichen Verbote geistlicher Thätigkeit und der juristische Fangapparat für widerstrebende Priester, und als einen wichtigen Gewinn durfte ich schon die Beseitigung der katholischen Abteilung und ihrer staatsgefährlichen Thätigkeit in Schlesien, Posen und Preußen betrachten. Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr wie von mir betriebenen „Kulturkampf", dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Centrum unterstützten, war letzterem gegenüber die Regierung in der Minorität. Der aus Centrum, Fortschritt, Sozialdemokraten, Polen, Elsässern, Welfen bestehenden kompakten Mehrheit gegenüber war die Politik Falks im Reichstage ohne Aussicht. Ich hielt um so mehr für angezeigt, den Frieden anzubahnen, wenn die Schule gedeckt, die Verfassung von den aufgehobenen Artikeln und der Staat von der katholischen Abteilung befreit blieb.

Im Jahre 1886 gelang es, die von mir teils erstrebte, teils als zulässig erkannte Gegenreformation zum Abschluß zu bringen, den modus vivendi zu erreichen, der immer noch, verglichen mit dem status quo vor 1871 ein für den Staat günstiges Ergebnis des ganzen Kulturkampfes aufweist. . . .

Ein ewiger Friede mit der römischen Kurie liegt nach den gegebenen Lebensbedingungen ebenso außerhalb der Möglichkeit wie ein solcher zwischen Frankreich und dessen Nachbarn. Wenn das menschliche Leben überhaupt aus einer Reihe von Kämpfen besteht, so trifft das vor allem bei den gegenseitigen Beziehungen unabhängiger politischer Mächte zu, für deren Regelung ein berufenes und vollzugsfähiges Gericht nicht vorhanden ist. Die römische Kurie aber ist eine unabhängige politische Macht, zu deren unabänderlichen Eigenschaften derselbe Trieb zum Umsichgreifen gehört, der unseren französischen Nachbarn innewohnt. Für den Protestantismus bleibt ihr das durch kein Konkordat zu beruhigende aggressive Streben des Proselytismus und der Herrschsucht; sie duldet keine Götter neben ihr.

Während aber die Wogen des Kulturkampfes allmählich sich zu glätten begannen und hier eine Art von Windstille eintrat, erhoben sich neue Bitternisse und Schwierigkeiten für den großen Kanzler nach zwei anderen Richtungen: in der auswärtigen Politik ballte sich plötzlich eine dunkle Wolke zusammen, und die Abneigung der extremen Konservativen feierte in gewissenlosen Intriguen und in gehässigen persönlichen Angriffen wahrhafte Orgien.

Der Gedanke, daß ein neuer Krieg mit Frankreich notwendig sei, um die Kraft des schnell erstarkten Landes dauernd zu brechen, beherrschte fast die ganzen siebziger Jahre. Es war besonders der Generalstab, der von der Anschauung ausging, daß ein Krieg auch

aus prophylaktischen Gründen geführt werden könne, und daß es geraten sei, den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen, so lange man noch die Gewißheit habe, dem Gegner in jeder Beziehung überlegen zu sein. Auch Moltke war dieser Ueberzeugung. Aber Fürst Bismarck trat ihm mit solcher Entschlossenheit entgegen, daß er bereit war, seine Entlassung einzureichen; er selbst hielt jeden Krieg für eine Ruchlosigkeit, der nicht Deutschland aufgezwungen und aufgedrungen wäre. Das hatte er schon in den Luxemburger Tagen offen ausgesprochen, diese Ansicht vertrat er bis an das Ende seines Lebens. Und gerade weil es so war, wurde er zum Hort des europäischen Friedens, gewann er auch das Vertrauen der Gegner Deutschlands. Auch 1875 lehnte er die Absicht, Frankreich zu überfallen, ab:

Mir lag eine solche damals und später so fern, daß ich eher zurückgetreten sein würde, als zu einem vom Zaune zu brechenden Kriege die Hand zu bieten, der kein anderes Motiv gehabt haben würde, als Frankreich nicht wieder zu Atem und zu Kräften kommen zu lassen. Ein solcher Krieg hätte meiner Ansicht nach nicht zu haltbaren Zuständen in Europa auf die Dauer geführt, wohl aber eine Uebereinstimmung von Rußland, Oesterreich und England in Mißtrauen und eventuell in aktivem Vorgehen einleiten können gegen das neue und noch nicht konsolidierte Reich, das damit die Wege betreten haben würde, auf denen das erste und das zweite französische Kaiserreich in einer fortgesetzten Kriegs- und Prestige-Politik ihrem Untergange entgegengingen. Europa würde in unserem Verfahren einen Mißbrauch der gewonnenen Stärke erblickt haben, und jedermanns Hand, einschließlich der centrifugalen Kräfte im Reiche selbst, würde dauernd gegen Deutschland erhoben oder am Degen gewesen sein. Gerade der friedliche Charakter der deutschen Politik nach den überraschenden Beweisen der militärischen Kraft der Nation hat wesentlich dazu beigetragen, die fremden Mächte und die inneren Gegner früher als wir erwarteten, wenigstens bis zu einem tolerari posse, mit der neudeutschen Kraftentwickelung zu versöhnen und das Reich zum Teil mit Wohlwollen, zum Teil als einstweilen annehmbaren Friedenswächter sich entwickeln und festigen zu sehen. Ged. u. Er. II.

Aber gerade gegen Bismarcks Friedensliebe richtete sich das merkwürdige Komplott, das von dem französischen Botschafter in Berlin Herrn v. Gontaut-Biron und dem russischen Kanzler Grafen Gortschakow angesponnen wurde und seine Fäden bis an den Hof der Kaiserin Augusta zog, deren Vorliebe für Frankreich durch den bei ihr besonders beliebten französischen Botschafter ebenso wie durch ihren Vorleser, Herrn Gérard, noch eifrig genährt wurden. Dieses Komplott trat zu Tage, als Kaiser Alexander nach Berlin kam und während seines dreitägigen Aufenthaltes in langdauernden Unter-

redungen mit dem Fürsten Bismarck sich über die Wahrheit orientierte. Sowohl über den Ursprung der Kriegsgerüchte, die damals die Handhabe zu den folgenden Intriguen boten, wie über die Intriguen selbst, hat sich Fürst Bismarck wiederholt ausgesprochen. So richtete er am 13. August 1875 folgenden Brief an Kaiser Wilhelm:

Bismarck Jahrbuch IV. Brief vom 13. 8. 1875.

Eurer Majestät huldreiches Schreiben vom 8. ds. Mts. aus Gastein habe ich mit ehrfurchtsvollem Danke erhalten und mich vor allem gefreut, daß Eurer Majestät die Kur gut bekommen ist trotz alles schlechten Wetters in den Alpen. Den Brief der Königin Victoria beehre ich mich wieder beizufügen; es wäre sehr interessant gewesen, wenn Ihre Majestät sich genauer über den Ursprung der damaligen Kriegsgerüchte ausgelassen hätte. Die Quellen müssen der hohen Frau doch für sehr sicher gegolten haben, sonst würde Ihre Majestät sich nicht von neuem darauf berufen, und würde die englische Regierung auch nicht so gewichtige und für uns so unfreundliche Schritte daran geknüpft haben. Ich weiß nicht, ob Eure Majestät es für thunlich halten, die Königin Victoria beim Worte zu nehmen, wenn Ihre Majestät versichert, es sei Ihr „ein Leichtes, nachzuweisen, daß Ihre Befürchtungen nicht übertrieben waren". Es wäre sonst wohl von Wichtigkeit, zu ermitteln, von welcher Seite her so „kräftige Irrtümer" nach Windsor haben befördert werden können. Die Andeutung über Personen, welche als „Vertreter" der Regierung Eurer Majestät gelten müssen, scheint auf den Grafen Münster zu zielen. Derselbe kann ja sehr wohl gleich dem Grafen Moltke akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich gesprochen haben, obschon ich es nicht weiß und er niemals dazu beauftragt worden ist.

Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit hat, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es möge thun was es wolle. Ich würde noch heut wie 1867 in der Luxemburger Frage Eurer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn später besser gerüstet beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen. Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff jedenfalls abwarten werde. Deshalb würde ich Münster noch nicht tadeln, wenn er in solchem Sinne gelegentlich geredet hätte, und die englische Regierung hätte deshalb noch kein Recht gehabt, auf außeramtliche Reden eines Botschafters amtliche Schritte zu gründen, und sans nous dire gare die anderen Mächte zu einer Pression auf uns aufzufordern. Ein so ernstes und unfreundliches Verfahren läßt doch vermuten, daß die Königin Victoria noch andere Gründe gehabt habe, an kriegerische Absichten zu glauben, als gelegentliche Gesprächswendungen des Grafen Münster, an die ich nicht einmal glaube. Lord Russel hat versichert, daß er jederzeit seinen festen Glauben an unsere friedlichen Absichten berichtet habe. Dagegen haben alle Ultramontane und ihre Freunde uns heimlich und öffentlich in der Presse angeklagt, den Krieg in kurzer Frist zu wollen, und der französische Botschafter, der in diesen Kreisen lebt, hat die Lügen derselben als sichere

Nachrichten nach Paris gegeben. Aber auch das würde im Grunde noch nicht hinreichen, der Königin Victoria die Zuversicht und das Vertrauen zu den von Eurer Majestät selbst dementierten Unwahrheiten zu geben, das Höchstdieselbe noch in dem Briefe vom 20. Juni ausspricht. Ich bin mit den Eigentümlichkeiten der Königin zu wenig bekannt, um eine Meinung darüber zu haben, ob es möglich ist, daß die Wendung, es sei „ein Leichtes, nachzuweisen“ etwa nur den Zweck haben könnte, eine Uebereilung, die einmal geschehen ist, zu maskieren, anstatt sie offen einzugestehen.

Der Faden der Intrigue war geknüpft worden kurz vor dem Zarenbesuch, als Herr v. Gontaut sich heimlich zu einer Konferenz mit Gortschakow nach Petersburg begeben hatte. Der Theaterkoup, der dann folgte, wird in seinen Motiven von Bismarck in folgender Weise dargestellt:

Von wem der Gedanke ausgegangen ist, weiß ich nicht; wenn von Gontaut, so wird er bei Gortschakow einen empfänglichen Boden gefunden haben, bei dessen eitler Natur, seiner Eifersucht auf mich und dem Widerstande, den ich seinen Ansprüchen auf Präpotenz zu leisten gehabt hatte. Ich hatte ihm in vertraulichem Gespräch sagen müssen: „Sie behandeln uns nicht wie eine befreundete Macht, sondern comme un domestique, qui ne monte pas assez vite, quand on a sonné.“

Ged. u. Er. II.

Gortschakow beutete es aus, daß er dem Gesandten Grafen Redern und den auf ihn folgenden Geschäftsträgern an Autorität überlegen war, und benutzte mit Vorliebe zu Verhandlungen den Weg der Mitteilung seinerseits an unsere Vertretung in Petersburg unter Vermeidung der Instruierung des russischen Botschafters in Berlin behufs Besprechung mit mir. Ich halte es für Verleumdung, was Russen mir gesagt haben, das Motiv dieses Verfahrens sei gewesen, daß in dem Etat des auswärtigen Ministers ein Pauschquantum für Telegramme ausgeworfen sei und Gortschakow deshalb seine Mitteilungen lieber auf deutsche Kosten durch unseren Geschäftsträger als auf russische besorgt habe. Ich suche, obschon er sicher geizig war, das Motiv auf politischem Gebiete. Gortschakow war ein geistreicher und glänzender Redner und liebte es, sich als solchen, namentlich den fremden in Petersburg beglaubigten Diplomaten gegenüber, zu zeigen. Er sprach französisch und deutsch mit gleicher Beredsamkeit, und ich habe seinen docierenden Vorträgen oft stundenlang gern zugehört als Gesandter und später als Kollege. Mit Vorliebe hatte er als Zuhörer fremde Diplomaten und namentlich jüngere Geschäftsträger von Intelligenz, denen gegenüber die vornehme Stellung des auswärtigen Ministers, bei dem sie beglaubigt waren, dem oratorischen Eindrucke zu Hilfe kam. Auf diesem Wege gingen mir die Gortschakowschen Willensmeinungen in Formen zu, die an das Roma locuta est erinnerten. Ich beschwerte mich in Privatbriefen bei ihm direkt über diese Form des Geschäftsbetriebes und über die Tonart seiner Eröffnungen und bat ihn, in mir nicht mehr den diplomatischen Schüler zu sehen, der ich in Petersburg ihm gegenüber bereitwillig gewesen

wäre, sondern jetzt mit der Thatsache zu rechnen, daß ich ein für die Politik meines Kaisers und eines großen Reiches verantwortlicher Kollege sei.

Die Rolle des Friedensengels, sehr geeignet, Gortschakows Selbstgefühl durch den ihm über alles teuren Eindruck in Paris zu befriedigen, war von Gontaut in Berlin vorbereitet worden; es läßt sich annehmen, daß seine Gespräche mit dem Grafen Moltke und mit Radowitz, die später als Beweismittel für unsere kriegerischen Absichten angeführt wurden, von ihm mit Geschick herbeigeführt waren, um vor Europa das Bild eines von uns bedrohten, von Rußland beschützten Frankreichs zur Anschauung zu bringen. In Berlin am 10. Mai 1875 angekommen, erließ Gortschakow unter dem Datum dieses Ortes ein zur Mitteilung bestimmtes telegraphisches Cirkular, welches mit den Worten anfing: „**Maintenant**, also unter russischem Druck, **la paix est assurée**“, als ob das vorher nicht der Fall gewesen wäre. Einer der dadurch avisierten außerdeutschen Monarchen hat mir gelegentlich den Text gezeigt.

Ich machte dem Fürsten Gortschakow lebhafte Vorwürfe und sagte, es sei kein freundschaftliches Verhalten, wenn man einem vertrauten und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter springe, um dort eine Zirkus-Vorstellung auf seine Kosten in Scene zu setzen, und daß dergleichen Vorgänge zwischen uns leitenden Ministern den beiden Monarchien und Staaten zum Schaden gereichten. Wenn ihm daran liege, in Paris gerühmt zu werden, so brauchte er deshalb unsere russischen Beziehungen noch nicht zu verderben, ich sei gern bereit, ihm beizustehen und in Berlin Fünffrankenstücke schlagen zu lassen mit der Unterschrift: **Gortchakoff protége la France**; wir könnten auch in der deutschen Botschaft ein Theater herstellen, wo er der französischen Gesellschaft mit derselben Umschrift als Schutzengel im weißen Kleide mit Flügeln in bengalischem Feuer vorgeführt würde.

Er wurde unter meinen bitteren Invektiven ziemlich kleinlaut, bestritt die für mich beweiskräftig feststehenden Thatsachen und zeigte nicht die ihm sonst eigene Sicherheit und Beredsamkeit, woraus ich schließen durfte, daß er Zweifel hatte, ob sein kaiserlicher Herr sein Verhalten billigen werde. Der Beweis wurde vervollständigt, als ich mich bei dem Kaiser Alexander mit derselben Offenheit über Gortschakows unehrliches Verfahren beschwerte; der Kaiser gab den ganzen Thatbestand zu und beschränkte sich rauchend und lachend darauf, zu sagen, ich möge diese **vanité sénile** nicht zu ernsthaft nehmen. Die dadurch allerdings ausgesprochene Mißbilligung hat aber niemals einen hinreichend authentischen Ausdruck gefunden, um die Legende von unserer Absicht, 1875 Frankreich zu überfallen, aus der Welt zu schaffen.

Auch in seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 sprach sich Bismarck über jene Umtriebe aus:

Rede vom 6. 2. 1888.

Zuerst trat eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow zu Tage, sich mehr um die Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu

machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr gerettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte.

Das Entlassungsgesuch, das Fürst Bismarck im Frühjahr eingereicht hatte, wurde von seinem „tieferschütterten Freunde Wilhelm" abgelehnt und ihm ein längerer Urlaub zur Herstellung seiner Gesundheit bewilligt. Erst am 20. November kehrte er aus den Ferien nach Berlin zurück, um sich lebhaft an den Reichstagsverhandlungen zu beteiligen. Namentlich waren es Steuerfragen, die ihn damals zu interessieren begannen; das Ziel, das er sich stellte, war eine möglichste Einschränkung der direkten Steuern und eine Verminderung der Matrikularbeiträge. In seiner ersten größeren Rede über dieses Thema stellte er folgende Grundsätze auf:

Rede vom 22. 11. 1875.

Ich kann es nicht als eine Reform ansehen, wenn lediglich neue Reichssteuern aufgelegt werden, ohne daß alte erlassen werden. . . . . Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. . . . Für den Staat aber ist es meiner Ueberzeugung nach die Aufgabe, nach Analogie von England, von Frankreich, nach indirekten Steuern zu streben. . . . Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuere. . . . Als Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im ganzen an diejenigen Verzehrungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermag. Das ist der Fall mit dem Kaffee und vor allen Dingen mit dem Tabak. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein; sie bringen aber nicht viel.

Noch ehe das Jahr zu Ende gegangen war, erschien in Zürich Arnims bekannte Brandschrift „Pro Nihilo", Vorgeschichte des Arnimschen Prozesses". In dieser Schrift wurde ausgeführt, daß Bismarck den begabten Diplomaten nur beseitigt habe, weil er in ihm einen amtlichen Rivalen sah; die Verurteilung Arnims sei rechtswidrig erfolgt. Es fehlte auch der Vorwurf nicht, Fürst Bismarck habe seine amtliche Stellung zu Geldgeschäften mit Bleichröder gemißbraucht; dem Kaiser habe er nur eine Scheinherrschaft übrig gelassen, und er sei so der allmächtigste Minister seit Stilichos und Pipins Zeiten

geworden. Auf diese Schrift erfolgte gegen den Grafen Arnim eine neue Anklage wegen Landesverrates, Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Reichskanzlers. Das Ergebnis war das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 5. Oktober 1876, welches den Grafen in allen Punkten für schuldig erklärte und unter Aberkennung der Ehrenrechte zu fünfjährigem Zuchthaus verurteilte. Die Motive seines Handelns hat später Fürst Bismarck offen dargelegt:

Ged. u. Er. II. Mein amtliches Verfahren gegen Arnim war von ihm provoziert durch seine Weigerung, amtlichen Instruktionen Folge zu leisten. Ich habe die Thatsache, daß er Gelder, die er zur Vertretung unserer Politik in der französischen Presse erhielt, 6000 bis 7000 Thaler, dazu verwandte, in der deutschen Presse unsere Politik und meine Stellung anzugreifen, in den Gerichtsverhandlungen niemals berühren lassen. Sein Hauptorgan, in welchem er mich und mit steigender Zuversicht angriff, war damals die „Spenersche Zeitung", die, im Absterben begriffen, ihm käuflich war. . . .

In dem Gerichtsverfahren gegen ihn verfolgte ich nur den Zweck, die von mir dienstlich gestellte, von Arnim definitiv abgelehnte Forderung der Herausgabe bestimmter, zweifellos amtlicher Bestandteile der Botschaftsakten durchzusetzen. Mir kam es nur darauf an, als Vorgesetzter die amtliche Autorität zu wahren; ein Straferkenntnis gegen Arnim habe ich weder erstrebt noch erwartet, im Gegenteile würde ich, nachdem ein solches erfolgt war, seine Begnadigung wirksam befürwortet haben, wenn dieselbe in der durch das Kontumazial-Erkenntnis geschaffenen Lage juristisch zulässig gewesen wäre. Mich trieb keine persönliche Rachsucht, sondern, wenn man eine tadelnde Bezeichnung finden will, eher bureaukratische Rechthaberei eines in seiner Autorität mißachteten Vorgesetzten. War schon das Erkenntnis in dem ersten Prozeß auf neun Monat Gefängnis ein meiner Ansicht nach übertrieben strenges, so war die Verurteilung in dem zweiten Prozesse zu fünf Jahren Zuchthaus doch nur, wie der Verurteilte selbst richtig bemerkt hat, dadurch möglich geworden, daß der regelmäßige Strafrichter nicht in der Lage ist, die Sünden der Diplomatie in internationalen Verhandlungen mit vollem Verständnisse zu beurteilen. Dieses Erkenntnis würde ich dann nur für adäquat gehalten haben, wenn der Verdacht erwiesen gewesen wäre, daß der Verurteilte seine Verbindungen mit dem Baron Hirsch benutzt hätte, um die Verzögerung der Ausführung seiner Instruktionen Börsenspekulationen dienstbar zu machen. Ein Beweis dafür ist in dem Gerichtsverfahren weder geführt noch versucht worden. Die Annahme, daß er lediglich aus geschäftlichen Gründen die Ausführung einer präzisen Weisung unterlassen habe, blieb immerhin zu seinen Gunsten möglich, obschon ich mir den Gedankengang, dem er dabei gefolgt sein müßte, nicht klar machen kann. Der erwähnte Verdacht ist aber meinerseits nicht ausgesprochen worden, obschon er dem Auswärtigen Amte und der Hofgesellschaft durch Pariser Korrespondenzen und Reisende mitgeteilt worden war und in diesen Kreisen kolportiert wurde. Es war ein Verlust für den diplomatischen Dienst bei uns, daß die ungewöhnliche Begabung

Arnims für diesen Dienst nicht mit einem gleichen Maße von Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gepaart war.

In dem Verleumdungsprozeß gegen den Redakteur der „Reichsglocke", Januar 1877, sagte der Staatsanwalt:

„Ich mache für diese verbrecherische Tendenz alle Mitarbeiter des Blattes, auch alle diejenigen, die das Blatt durch Rat und durch That unterstützen, moralisch verantwortlich, zunächst insbesondere den Herrn v. Loë, sodann aber auch den Grafen Harry v. Arnim. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß alle die Artikel ‚Arnim contra Bismarck', die es sich zur Aufgabe gemacht haben, seit Jahr und Tag die Person des Fürsten Bismarck anzugreifen, herabzusetzen, im Interesse des Grafen Arnim geschrieben werden."

Die perfiden Angriffe Arnims wurden von einem Teil der Konservativen mit Schadenfreude begrüßt. Es war besonders die Kreuzzeitung, die sich zum Organ dieser Männer machte und in dem weiteren Verlaufe des gegen Bismarck gerichteten Feldzugs die Führerrolle übernahm, während allerdings die giftigsten Angriffe von der Eisenbahnzeitung ausgingen, die sich später zur „Reichsglocke" entwickelte. In ihr gaben sich all die Zahllosen ein Stelldichein, denen Bismarck „zu groß" geworden war, und jene, die den „Kulturkämpfer" haßten. Der Leiter dieses Blattes, Joachim Gehlsen, war einst klerikaler Reichstagskandidat gewesen, hinter ihm standen nicht nur Graf Arnim und Herr v. Loë, sondern auch Hofbeamte, namentlich aus der Umgebung der Kaiserin. Ihnen gelang es, die „Reichsglocke" täglich in die Hände des Monarchen zu spielen, wie ja auch dieses Blatt in 13 Exemplaren an die verschiedenen Höfe kolportiert wurde. Die Kaiserin Augusta ließ in jener Zeit den Kanzler ihre Ungnade andauernd fühlen, und ihre unmittelbaren Untergebenen, die höchsten Beamten des Hofes, gingen in ihrem Mangel an Formen so weit, daß Fürst Bismarck sich zu schriftlichen Beschwerden beim Kaiser selbst veranlaßt sah. Man war perfide genug, durch diese Angriffe die Gesundheit des verhaßten großen Staasmannes untergraben zu wollen; während des Prozesses gegen die „Reichsglocke" wurde ein an Gehlsen gerichteter Brief des Herrn v. Loë verlesen, in dem es hieß:

„Ich schlage vor, die nächste Nummer der „Reichsglocke" zu einer Benefizvorstellung zu Gunsten des Reichskanzlers zu erheben. Vom psychologisch-medizinischen Standpunkt scheint es mir wichtig, bezüglich der Reihenfolge der Artikel zuerst das Pathetische und dann das Komische zu bringen. Die Hauptsache ist, daß von vornherein

gleich die Verdauung auf einige Tage gestört wird, und das geschieht nur durch leidenschaftliche Erregung."

In der That war es für die Nerven eines Mannes in reifen Jahren eine harte Probe, einen derartigen Kampf führen zu müssen. Besonders that ihm die Notwendigkeit wehe, mit einer großen Anzahl früherer Freunde brechen zu müssen, zumal als die Kreuzzeitung und ihre altkonservativen Freunde sich gegen ihn zum Kampfe stellten. Die berüchtigten Aera-Artikel des Herrn Perrot, die in diesem Blatte erschienen, wiederholten die Anschuldigungen Arnims, Fürst Bismarck hätte sich an faulen Gründungen beteiligt und sich bestechen lassen. Diese Aera-Artikel hat Bismarck im Reichstage scharf gegeißelt:

Rede vom 9. 2. 1876.

Wenn ein Blatt, wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weit verbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen hat, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben, — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird; jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, an Verleumdungen, wie die Kreuzzeitung sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reiches enthalten hat, ohne die leiseste Ahnung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schau trägt.

Also, meine Herren, ich glaube, wir können außerhalb des Strafgesetzes sehr viel thun! Wenn wir alle — und es ist doch die große Mehrzahl, ich will niemanden ausnehmen unter uns —, die Sinn für Ehre und Anstand haben, für christliche Gesinnung und Sitte, — alle, welche die christliche Gesinnung nicht bloß als Aushängeschild für politische Zwecke brauchen, wenn wir alle zusammenhalten gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, so werden wir mehr erreichen als mit dem Strafrichter.

Gegen die Rede erfolgte in der Kreuzzeitung eine Erklärung von 46 Konservativen, den sogenannten Deklaranten, die sich gegen Bismarck für die Kreuzzeitung erklärten:

Ged. u. Er. II.

Gegen mich begannen die Verleumdungen in dem Blatte, das unter dem christlichen Symbol des Kreuzes und mit dem Motto „Mit Gott für König und Vaterland" seit Jahren nicht mehr die konservative Fraktion und noch weniger das Christentum, sondern nur den Ehrgeiz und die gehässige Verbissenheit einzelner Redakteure vertritt. Als ich über die Gift-

mischereien des Blattes am 9. Februar 1876 in öffentlicher Rede Klage geführt hatte, antwortete mir die Kundgebung der sogenannten Deklaranten, deren wissenschaftliches Kontingent aus einigen Hundert evangelischen Geistlichen bestand, die in ihrem amtlichen Charakter mir in dieser Form als Eideshelfer der Kreuzzeitungslügen entgegentraten und ihre Mission als Diener der christlichen Kirche und ihres Friedens dadurch bethätigen, daß sie die Verleumdungen des Blattes öffentlich kontrasignierten. Ich habe gegen Politiker in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen, immer Mißtrauen gehegt, und dieses Pronunciamento einiger Hundert evangelischer Pfarrer zu Gunsten einer der frivolsten, gegen den ersten Beamten des Landes gerichteten Verleumdung war nicht geeignet, mein Vertrauen gerade zu Politikern, die im Priesterrock, auch in einem evangelischen, stecken, zu stärken. Zwischen mir und allen Deklaranten, von denen viele bis dahin zu meinen Bekannten, sogar zu meinen Freunden gehört hatten, war, nachdem sie sich die ehrenrührigen Beschimpfungen aus der Feder Perrots angeeignet hatten, die Möglichkeit eines persönlichen Verkehrs vollständig abgeschnitten.

Für die Nerven eines Mannes in reifen Jahren ist es eine harte Probe, plötzlich mit allen oder fast allen Freunden und Bekannten den bisherigen Umgang abzubrechen. Meine Gesundheit war damals längst geschwächt, nicht durch die Arbeiten, welche mir oblagen, aber durch das ununterbrochene Bewußtsein der Verantwortlichkeit für große Ereignisse, bei denen die Zukunft des Vaterlandes auf dem Spiele stand.

Der Verkehr mit anderen, die man für gleichgestellt hält, erleichtert die Ueberwindung solcher Krisen, und wenn er plötzlich aufhört und aus Motiven, die mehr persönlich als sachlich, mehr mißgünstig als ehrlich, und so weit sie ehrlich, ganz banausischer Natur sind, der beteiligte verantwortliche Minister plötzlich von allen bisherigen Freunden boykottiert, als Feind behandelt, also mit sich und seinen Erwägungen vereinsamt wird, so muß das den Eingriff seiner amtlichen Sorgen in seine Nerven und seine Gesundheit verschärfen.

Der Feldzug der einstigen Freunde war das Schwerste, was Bismarck zu ertragen hatte, nach langen Jahren noch hat er sich stets bitter beklagt über diese Phase seiner Geschichte, wenn auch ihm die Genugthuung nicht vorenthalten war, daß Kaiser Wilhelm in Treue zu ihm hielt und daß auch die meisten der Deklaranten allmählich ihr Unrecht einsahen und Abbitte leisteten. Nur die Kaiserin Augusta blieb ihrer Abneigung gegen Bismarck treu:

Zur Zeit der „Reichsglocke“ und der gehässigen Angriffe der konservativen Partei und der „Kreuzzeitung“ auf mich konnte ich ermitteln, daß die Kolportage der „Reichsglocke“ und ähnlicher verleumderischer Preßerzeugnisse im Bureau des Hausministeriums besorgt wurde. Der Vermittler war ein höherer Subalternbeamter Namens Bernhard (?), der der Frau v. Schleinitz die Federn schnitt und den Schreibtisch in Ordnung hielt. Durch ihn wurden allein an unsere höchsten Herrschaften dreizehn

Ged. u. Er. II.

Exemplare der „Reichsglocke", davon zwei in das kaiserliche Palais, berichtmäßig eingesandt und andere an mehrere verwandte Höfe.

Als ich einmal den geärgerten und darüber erkrankten Kaiser des Morgens aufsuchen mußte, um über eine höfische Demonstration zu Gunsten des Centrums eine unter den obwaltenden Umständen dringliche Beschwerde zu führen, fand ich ihn im Bette und neben ihm die Kaiserin in einer Toilette, die darauf schließen ließ, daß sie erst auf meine Anmeldung herunter gekommen war. Auf meine Bitte, mit dem Kaiser allein sprechen zu dürfen, entfernte sie sich, aber nur bis zu einem dicht außerhalb der von ihr nicht ganz geschlossenen Thüre stehenden Stuhle und trug Sorge, durch Bewegungen mich erkennen zu lassen, daß sie alles hörte. Ich ließ mich durch diesen, nicht den ersten, Einschüchterungsversuch nicht abhalten, meinen Vortrag zu erstatten. An dem Abende desselben Tages war ich in einer Gesellschaft im Palais. Ihre Majestät redete mich in einer Weise an, die mich vermuten ließ, daß der Kaiser meine Beschwerde ihr gegenüber vertreten hatte. Die Unterhaltung nahm die Wendung, daß ich die Kaiserin bat, die schon bedenkliche Gesundheit ihres Gemahls zu schonen und ihn nicht zwiespältigen politischen Einwirkungen auszusetzen. Diese nach höfischen Traditionen unerwartete Andeutung hatte einen merkwürdigen Effekt. Ich habe die Kaiserin Augusta in dem letzten Jahrzehnt ihres Lebens nie so schön gesehen wie in diesem Augenblicke; ihre Haltung richtete sich auf, ihr Auge belebte sich zu einem Feuer, wie ich es weder vorher noch nachher erlebt habe. Sie brach ab, ließ mich stehen und hat, wie ich von einem befreundeten Hofmanne erfuhr, gesagt: „Unser allergnädigster Reichskanzler ist heut sehr ungnädig."

Alle Gegner, die ich mir in den verschiedensten Regionen im Laufe meiner politischen Kämpfe notwendigerweise und im Interesse des Dienstes zugezogen hatte, fanden in ihrem gemeinsamen Hasse gegen mich ein Band, das einstweilen stärker war als ihre gegenseitigen Abneigungen gegen einander. Sie vertagten ihre Feindschaft, um einstweilen der stärkeren gegen mich zu dienen. Den Krystallisationspunkt für diese Uebereinstimmung bildete die Kaiserin Augusta, deren Temperament, wenn es galt, ihren Willen durchzusetzen, auch in der Rücksicht auf Alter und Gesundheit des Gemahls nicht immer Grenze fand.

Während in der inneren Politik eine Art Kleinkrieg entbrannte, begann unter den Mächten die gewaltige orientalische Frage ihre tiefen Schatten zu werfen. Aber Bismarck sah ein deutsches Interesse in diesem Kriege nicht beteiligt, und so sehr auch die Fortschrittspartei für den Großtürken schwärmte und die russenfreundliche Politik Bismarcks verdammte, so sprach er doch das entschlossene Wort:

. . . Ich habe gesagt: ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unserer Landleute und unserer Soldaten sparsamer sein

müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt. . . .

Diese weise zurückhaltende Politik fand ihren Lohn nicht nur in dem lebhaften Beifall der Mehrheit im deutschen Volke, sondern auch im Vertrauen der Mächte, die Bismarck dazu ausersahen, an die Spitze des Kongresses zu treten, der den Abschluß der orientalischen Krise bilden sollte. War es doch Bismarck gewesen, der es im Herbste 1876 bewirkte, daß nicht aus dem Gegensatz der österreichischen und russischen Interessen am Balkan sich ein europäischer Krieg entwickelte, daß das Gewitter sich vielmehr von Galizien nach dem Südosten verzog. Hatte Rußland auf eine aktive Beteiligung Deutschlands an den orientalischen Händeln gehofft, so hatte Bismarck ihm doch keinen Zweifel gelassen, daß auf eine Teilnahme am Kriege nicht zu rechnen sei und daß man es auch nicht gestatten werde, daß die Stellung einer der europäischen Großmächte gefährdet werde. Die Verstimmung, die den Zaren wegen dieser Haltung erfüllte, ertrug Bismarck mit Geduld. Der Zar selbst hielt es daher für richtig, mit Oesterreich in Verhandlungen zu treten, die schließlich nach einer Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph in Reichstadt zu der Konvention vom 15. Januar 1877 führten, durch welche sich Rußland die Neutralität Oesterreichs während des geplanten Krieges mit der Türkei durch die Ueberweisung von Bosnien und der Herzegowina erkaufte. Es ist bekannt, daß dieser Krieg die russischen Truppen bis vor die Thore von Konstantinopel führte. In einer großen Rede im Reichstag legte Fürst Bismarck seine politischen Auffassungen dar. Hier sprach er den bekannten Satz aus:

Rede vom 19. 2. 1878.

Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches (sehr gut!), sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu citieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu stande bringen will. (Heiterkeit.)

. . . Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den andern zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnis der leitenden Minister in allen drei Reichen. . . .

Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern. . . .

Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten!

Am 13. Juni trat der Berliner Kongreß unter Bismarcks Vorsitz zusammen, nur einen Monat hat er gebraucht, um seine Arbeit zu Ende zu führen. Als er geschlossen wurde, brachte Graf Andrassy dem Fürsten Bismarck, seiner Weisheit und unermüdlichen Thatkraft im Namen der Teilnehmer den wärmsten Dank dar. Zehn Jahre später sagte Bismarck im Reichstage über seine Haltung während des Kongresses und die ernsten Verstimmungen, die sich auf russischer Seite an denselben knüpften:

Rede vom 6. 2. 1888.

Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, etwa so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß (Große Heiterkeit); ja ich kann fast sagen der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen. Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield (Disraeli) schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruche nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht. Kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen (Große Heiterkeit). Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.

Welches mußte also meine Ueberraschung und meine Enttäuschung sein, als allmählich eine Art von Preßkampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauffolgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Oesterreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten, denn wenn wir uns Oesterreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit möglich gewesen?

Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir unseren Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von kompetentester Seite. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahren vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten.

Ein helles Licht wirft auf die Gefahren, die sich damals aus der künstlich erregten öffentlichen Meinung ergaben, des Fürsten Bismarck spätere Bemerkung:

In dieser Situation nun kam ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander, das trotz aller Verehrung für den bejahrten Freund und Oheim an zwei Stellen bestimmte Kriegsdrohungen enthielt in der Form, die völkerrechtlich üblich ist, etwa des Inhalts: wenn die Weigerung, das deutsche Votum dem russischen anzupassen, festgehalten wird, so kann der Friede zwischen uns nicht dauern. Dieses Thema war in scharfen und unzweideutigen Worten an zwei Stellen variiert. Daß Fürst Gortschakow, der am 6. September 1879 in einem Interview mit dem Korrespondenten des orleanistischen „Soleil", Louis Peyramont, Frankreich eine sehr auffallende Liebeserklärung machte, auch an jenem Schreiben mitgearbeitet hatte, sah ich dem letzteren an; durch zwei spätere Wahrnehmungen wurde meine Vermutung bestätigt. Im Oktober hörte eine Dame der Berliner Gesellschaft, die in dem Hôtel de l'Europe in Baden-Baden Zimmernachbarin Gortschakows war, ihn sagen: „j'aurais voulu faire la guerre, mais la France a d'autres intentions." Und am 1. November war der Pariser Korrespondent der „Times" in der Lage, seinem Blatte zu melden, vor der Zusammenkunft in Alexandrowo habe der Zar an Kaiser Wilhelm geschrieben, sich über die Haltung Deutschlands beschwert und sich der Phrase bedient: „Der Kanzler Ew. Majestät hat die Versprechungen von 1870 vergessen." (Geb. u. Er. II.)

Angesichts der Haltung der russischen Presse, der steigenden Erregtheit der großen Massen des Volkes, der Truppenanhäufung unmittelbar längs der preußischen Grenzen wäre es leichtfertig gewesen, den Ernst der Situation und der kaiserlichen Drohung gegen den früher so verehrten Freund zu bezweifeln. Daß Kaiser Wilhelm auf den Rat des Feldmarschalls v. Manteuffel am 3. September 1879 nach Alexandrowo ging, um die schriftlichen Drohungen seines Neffen mündlich begütigend zu beantworten, widerstrebte meinem Gefühle und meinem Urteil über das, was not thue.

Unter dem Eindruck der russischen Heftigkeit hielt Bismarck es für erwünscht, einen engeren Anschluß an Oesterreich zu suchen, um die Möglichkeit einer antideutschen Koalition durch vertragsmäßige Sicherstellung der Beziehungen zu wenigstens einer der Großmächte einzuschränken. Bismarck war ursprünglich durchaus für ein Bündnis mit Rußland gewesen, seine „Gedanken und Erinnerungen" klären uns über die zahlreichen und großen Bedenken auf, die er der Verbindung mit Oesterreich entgegenstellte und die vor allen Dingen in der eigentümlichen nationalen Zusammensetzung dieses Landes gipfelte. So begab er sich nach telegraphischer Anfrage an den Grafen Andrassy am 27. August 1879 nach Gastein:

Ged. u. Er. II.

Nachdem ich ihm die Lage dargelegt hatte, zog er daraus die Folgerung mit den Worten: „Gegen ein russisch-französisches Bündnis ist der natürliche Gegenzug ein österreichisch-deutsches." Ich erwiderte, daß er damit die Frage formuliert habe, zu deren Besprechung ich unsere Zusammenkunft angeregt hätte, und wir kamen leicht zu einer vorläufigen Verständigung über ein rein defensives Bündnis gegen einen russischen Angriff auf einen von beiden Teilen, dagegen fand mein Vorschlag, das Bündnis auch auf andere als russische Angriffe auszudehnen, bei dem Grafen keinen Anklang.

Im September verhandelte Bismarck über dieselbe Frage in Wien mit Andrassy, dem Baron Haymerle und Tisza, das Resultat war der deutsch-österreichische Bund. Aber obgleich die Stipulationen bereits am 24. September vollendet waren, ist dieser Vertrag erst am 7. Oktober ratifiziert worden. Denn die Schwierigkeiten, die erhoben wurden, gingen von keinem anderen aus, als von König Wilhelm. Es bedurfte einer harten Arbeit Bismarcks, um hier einen Wandel zu schaffen; in einer ausführlichen Denkschrift hat Bismarck schließlich den Beweis für die Richtigkeit seiner Ansicht erbracht und die Zustimmung seines Monarchen erzielt. Auf der anderen Seite war Kaiser Franz Joseph sofort bereit, den Bündnisvertrag zu unterzeichnen.

Ged. u. Er. II.

Um mich der Zustimmung meines allergnädigsten Herrn zu versichern, hatte ich schon in Gastein täglich einen Teil der für die Kur bestimmten Zeit am Schreibtische zugebracht und auseinandergesetzt, daß es notwendig sei, den Kreis der möglichen gegen uns gerichteten Koalitionen einzuschränken, und daß der zweckmäßigste Weg dazu ein Bündnis mit Oesterreich sei. Ich hatte freilich wenig Hoffnung, daß der tote Buchstabe meiner Abhandlungen die mehr auf Gemütsregungen als auf politischer Erwägung beruhende Auffassung Seiner Majestät ändern werde. Der Abschluß eines Vertrages, dessen wenn auch defensives doch kriegerisches Ziel ein Ausdruck

des Mißtrauens gegen den Freund und Neffen war, mit dem er eben in Alexandrowo von neuem unter Thränen und in der vollsten Aufrichtigkeit des Herzens die Versicherungen der althergebrachten Freundschaft ausgetauscht hatte, lief zu sehr gegen die ritterlichen Gefühle, mit denen der Kaiser sein Verhältnis zu einem ebenbürtigen Freunde auffaßte. . . . Alle Erwägungen und Argumente, die ich dem in Baden befindlichen Kaiser schriftlich aus Gastein, aus Wien und demnächst aus Berlin unterbreitete, waren ohne die gewünschte Wirkung. Um die Zustimmung des Kaisers zu dem von mir mit Andrassy vereinbarten und von dem Kaiser Franz Joseph unter der Voraussetzung, daß Kaiser Wilhelm dasselbe thun würde, genehmigten Vertragsentwurfe herbeizuführen, war ich genötigt, zu dem für mich sehr peinlichen Mittel der Kabinettsfrage zu greifen, und es gelang mir, meine Kollegen für mein Vorhaben zu gewinnen. Da ich selbst von den Anstrengungen der letzten Wochen und von der Unterbrechung der Gasteiner Kur zu angegriffen war, um die Reise nach Baden-Baden zu machen, so übernahm sie Graf Stolberg; er führte die Verhandlungen, wenn auch unter starkem Widerstreben Seiner Majestät, glücklich zu Ende. Der Kaiser war von den politischen Argumenten nicht überzeugt worden, sondern erteilte das Versprechen, den Vertrag zu ratifizieren, nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel in dem Ministerium. Der Kronprinz war von Hause aus für das österreichische Bündnis lebhaft eingenommen, aber ohne Einfluß auf seinen Vater.

Graf Andrassy wurde unmittelbar nach dem Abschluß des Vertrages gestürzt, eine wesentliche Schuld hieran trugen die liberalen Deutschen unter Führung des Abgeordneten Herbst, die Bismarck als die „Herbstzeitlosen" travestierte. Andrassys letzter Abschiedsgruß galt dem Fürsten Bismarck und der Hoffnung, daß dieser von ihm so hochverehrte Freund mit Kraft und Ausdauer seine dornenvolle Bahn zum Heile seines Landes und zu seinem stets wachsenden Ruhme weiter verfolgen werde. Vier Jahre später hat sich durch den Beitritt Italiens das Bündnis zu einem Dreibund gewandelt, und auch der Mann, der unter seinen Landsleuten der eifrigste Vertreter der Verbindung mit Deutschland blieb, Francesco Crispi, hat nie anders als mit der höchsten Verehrung von Bismarck als seinem Meister gesprochen. Das letzte Wort aber, das Bismarck selbst in in seinem herrlichen uns hinterlassenen Werke „Gedanken und Erinnerungen" uns über das Bündnis mit Oesterreich zuruft, lautet:

Wir müssen und können der österreichisch-ungarischen Monarchie das Bündnis ehrlich halten; es entspricht unseren Interessen, den historischen Traditionen Deutschlands und der öffentlichen Meinung unseres Volkes. Die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten haben wird, sind jedoch komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der klerikalen Einflüsse und der in den Breiten des Balkan und des

Ged. u. Er. II.

Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen. Wir dürfen Oesterreich nicht verlassen, aber auch die Möglichkeit, daß wir von der Wiener Politik freiwillig oder unfreiwillig verlassen werden, nicht aus den Augen verlieren. Die Möglichkeiten, die uns in solchen Fällen offen bleiben, muß die Leitung der deutschen Politik, wenn sie ihre Pflicht thun will, sich klar machen und gegenwärtig halten, bevor sie eintreten, und sie dürfen nicht von Vorliebe oder Verstimmung abhängen, sondern nur von objektiver Erwägung der nationalen Interessen. . . . Die internationale Politik ist ein flüssiges Element, das unter Umständen zeitweilig fest wird, aber bei Veränderungen der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückfällt. Die clausula rebus sic stantibus wird bei Staatsverträgen, die Leistungen bedingen, stillschweigend angenommen. Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren ratsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war. Er ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert, und es wäre unweise, ihn als sichere Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zu stande gebracht wurde. Er hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebenso wenig, wie viele frühere Tripel- und Quadrupel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensiert nicht von dem toujours en vedette!

CANOSSA

Elftes Kapitel.

Neue Kämpfe und Bekenntnisse.

Jede Wahl zum Reichstag hatte eine neue Verstärkung der sozialistischen Mandate gebracht. So wenig sympathisch auch die Führer der Arbeiterbewegung dem Fürsten Bismarck sein konnten, und so oft er auch Gelegenheit nehmen mußte, sich gegen die aufhetzende Art der Agitation auszusprechen — schon am 9. Februar 1876 hielt er eine überaus scharfe Rede gegen die sozialdemokratischen Umtriebe, — so war er doch der Ueberzeugung, daß mit dem Kampfe gegen diese Bewegung parallel gehen müßte eine Reihe von Arbeiten, in denen der rechtmäßige Kern dieser Bewegung herausgeschält würde und berechtigte Forderungen Befriedigung fänden. Mit der Abneigung gegen die Agitatoren verband Bismarck ein ehrliches Mitleid mit dem Schicksal der Enterbten, der Invaliden des Alters und der Arbeit, und schon im Jahre 1877 trat er für eine weitgehende soziale Reform ein. Aber in diesem friedlichen Streben und in seinen menschenfreundlichen Absichten wurde er gestört durch eine der schrecklichsten Thaten, die jemals vollbracht worden sind. Am 11. Mai 1878 schoß ein verlumpter Maurergeselle, Max Hödel aus Leipzig, Unter

den Linden auf das ehrwürdige Haupt des Kaisers Wilhelm. Die Vorsehung hat es verhütet, daß der kaiserliche Held durch jenen ruchlosen Gesellen versehrt wurde. Aber während durch ganz Europa ein Schrei der Entrüstung hallte, war Bismarck der Mann, der sofort handelte. Schon am 20. Mai wurde dem Reichstag ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie vorgelegt. Aber Bismarck war in den Tagen, in denen das Gesetz zur Beratung kam, in Friedrichsruh an der Gürtelrose erkrankt, er konnte an den Reichstagsverhandlungen nicht teilnehmen, und da überdies die Fassung einzelner Bestimmungen des Gesetzes den Volksvertretern als zu kautschukartig erschien, so wurde das Gesetz mit ungeheurer Majorität abgelehnt. Unmittelbar darauf wurde der Reichstag geschlossen. Da erfolgte wenige Tage später, am 2. Juli nachmittags 3 Uhr, ein neues Attentat auf das Leben des Kaisers. Der Ausgang war entsetzlich, die Schrotschüsse, die Nobiling gegen den greisen Monarchen abgefeuert hatte, verwundeten ihn schwer am Kopf, an beiden Armen und im Rücken. Bismarck erhielt die erschütternde Nachricht in Friedrichsruh bei der Rückkehr von einer Spazierfahrt, er blieb einen Augenblick wie erstarrt stehen, stieß den Spazierstock in die Erde und bemerkte dann plötzlich: „Jetzt wird der Reichstag aufgelöst werden.“ Sofort reiste er nach Berlin, um einem Ministerrat zu präsidieren, in dem die Berufung des Kronprinzen zur Stellvertretung des schwerverwundeten Kaisers beschlossen wurde, dann eilte der Kanzler zu seinem greisen Herrn, um ihm sein schmerzliches Beileid auszusprechen. Vom Kronprinzen erhielt er sofort die Genehmigung zur Reichstagsauflösung. Die Stimmung, die lebhafte, alles fortreißende Erregung, die ganz Deutschland durchzuckte, fand ihren Ausdruck am deutlichsten in einem Briefe des alten Freundes Roon:

Ged. u. Er. II. Hochverehrter Freund! Gestatten Sie Ihrem einstigen alten Kampf- und Leidensgefährten diese vertrauliche Anrede, heute wie sonst. Ich habe Sie, seitdem mein Beruf im Zuschauen besteht, niemals mit politischen Ratschlägen belästigt. Warum sollte ich heute Wasser ins Meer tragen? — Aber einen Zuruf mögen Sie mir gestatten: „Handeln Sie!“ Es muß etwas Ernsthaftes, Energisches geschehen, um dem verletzten, nach Hilfe rufenden Rechtsbewußtsein der Nation Stütze und Trost zu geben. . . . Handeln Sie — unverzüglich, energisch — ohne oder mit dem Reichstage, oder auch gegen ihn! Das übelriechende „laissez aller“ würde, ferner angewandt, sicher in das Chaos, in den Abgrund führen, angefüllt mit den Trümmern aller bisherigen Errungenschaften, aller Pietät und Civilisation. Mit den wärmsten Sympathien für Sie und die Lösung

Ihrer schwierigen Aufgabe, die Sie mit sicherer Hand zu Ihrem größten Ruhme zum Ziele führen müssen und werden, schließe ich und verbleibe Ihr altbewährter treuergebener Freund Roon G. F. M. — N. S. Antwort wird weder begehrt noch erwartet.

Die Reichstagswahlen ergaben eine klerikal-konservative Mehrheit, eine starke Verminderung aller Liberalen und geringe Verluste der Sozialisten. Damit war die Machtstellung, derer sich die Nationalliberalen seit der Begründung des Reiches erfreut hatten, für lange Zeit durchbrochen. Ihr Rückgang ist zum großen Teil zurückzuführen auf eine Art von parteipolitischem Doktrinarismus, wie er namentlich während der Verhandlungen des Reichskanzlers mit Herrn von Bennigsen hervorgetreten war. Man hatte es vor allen Dingen versäumt, dem Fürsten Bismarck in seinem Zwiste mit den Konservativen einen starken Rückhalt zu gewähren, und die Fraktionsstreber waren wenig bemüht gewesen, über dem heißen Wunsche, zur Macht zu gelangen, ihre Pflichten gegen den Begründer des Reiches zu erfüllen. Schon frühzeitig konnte man allerdings eine Differenzierung zwischen dem rechten und dem linken Flügel innerhalb der Partei erkennen, aber gerade der Einfluß Laskers war durch lange Zeit maßgebend und drängte die Bemühungen der Gemäßigten zurück. Bismarck war nicht abgeneigt gewesen, im Jahre 1877 den Eintritt von Nationalliberalen in das Ministerium vorzuschlagen; zweimal empfing er Rudolph v. Bennigsen zu eingehenden Besprechungen in Varzin, aber er mußte bald merken, daß der nationalliberale Führer von ihm unerfüllbare Zugeständnisse forderte. Ueberdies war die Schwierigkeit ungemein groß, den Monarchen für nationalliberale Minister zu erwärmen. Endlich beging Herr v. Bennigsen den Fehler, zugleich mit seinem Eintritt den Eintritt seiner Parteifreunde, der später bis zum Fortschrittlertum abschwenkenden Herren v. Forckenbeck und v. Stauffenberg zu fordern, obwohl nur eine einzige Stelle im Ministerium erledigt war. Vergebens stellte Bismarck Herrn v. Bennigsen vor, daß in solchem Fall der Kaiser den Eindruck nicht eines Personen-, sondern eines Systemwechsels haben würde; er möge sich das Beispiel Roons vergegenwärtigen, der als der einzige Konservative in ein liberales Ministerium eintrat und doch der Krystallisationspunkt wurde, um den es sich in ein konservatives verwandelte. Für ihn, Bismarck, seien überhaupt die Parteien gleichgiltig, sein Ziel sei die Befestigung der nationalen

Sicherheit; er sehe die Sache von dem Gesichtspunkte aus an, daß Deutschlands Einheit noch vor dem nächsten großen Kriege fest zusammenwachse, Nebensache sei es, ob es sich etwas konservativer oder liberaler einrichte: das werde eine Zweckmäßigkeitsfrage sein, die man erst ruhig erwägen könne, wenn das Haus wetterfest sei. Bennigsen möge zu ihm in das Schiff springen und ihm bei dem Steuern helfen, er, Bismarck, liege am Landungsplatze und warte auf sein Einsteigen. Ueber die weiteren Verhandlungen, die bekanntlich zu keinem Ziel führten, wissen wir aus Bismarcks eigenem Munde:

Ged. u. Er. II. Bennigsen blieb dabei, nicht ohne Forckenbeck und Stauffenberg eintreten zu wollen, und ließ mich unter dem Eindrucke, daß mein Versuch mißlungen sei, einem Eindrucke, der schnell verstärkt wurde durch das Einlaufen eines ungewöhnlich ungnädigen Schreibens des Kaisers, aus dem ich ersah, daß Graf Eulenburg zu ihm mit der Frage in das Zimmer getreten sei: „Haben Eure Majestät schon von dem neuen Ministerium gehört? Bennigsen!“ Dieser Mitteilung folgte der lebhafte schriftliche Ausbruch kaiserlicher Entrüstung über meine Eigenmächtigkeit und über die Zumutung, daß Er aufhören solle, „konservativ“ zu regieren. Ich war unwohl und abgespannt, und der Text des kaiserlichen Schreibens und der Eulenburgische Angriff fielen mir dermaßen auf die Nerven, daß ich von neuem ziemlich schwer erkrankte, nachdem ich dem Kaiser durch Roon geantwortet hatte, ich könne ihm einen Nachfolger Eulenburgs doch nicht vorschlagen, ohne mich vorher vergewissert zu haben, daß der Betreffende die Ernennung annehmen werde; ich hätte Bennigsen für geeignet gehalten und seine Stimmungen sondiert, bei ihm aber nicht die Auffassung gefunden, die ich erwartet hätte, und die Ueberzeugung gewonnen, daß ich ihn nicht zum Minister vorschlagen könne; die ungnädige Verurteilung, die ich durch das Schreiben erfahren hätte, nötige mich, mein Abschiedsgesuch vom Frühjahr zu erneuern. Diese Korrespondenz fand in den letzten Tagen des Jahres 1877 statt, und meine neue Erkrankung fiel gerade in die Neujahrsnacht.

Der Kaiser antwortete mir auf das Schreiben Roons, er sei über das Sachverhältnis getäuscht worden und wünsche, daß ich seinen vorhergehenden Brief als nicht geschrieben betrachte. Jede weitere Verhandlung mit Bennigsen verbot sich durch diesen Vorgang von selbst, ich hielt es aber in unserem politischen Interesse nicht für zweckmäßig, letzteren von der Beurteilung in Kenntnis zu setzen, die seine Person und Kandidatur bei dem Kaiser gefunden hatte. Ich ließ die für mich definitiv abgeschlossene Unterhandlung äußerlich in suspenso; als ich dann wieder in Berlin war, ergriff Bennigsen die Initiative, um die seiner Meinung nach noch schwebende Angelegenheit in freundschaftlicher Form zum negativen Abschluß zu bringen. Er fragte mich im Reichstagsgebäude, ob es wahr sei, daß ich das Tabakmonopol einzuführen strebe, und erklärte auf meine bejahende Antwort, daß er dann die Mitwirkung als Minister ablehnen müsse. Ich verschwieg ihm auch dann noch, daß mir jede Möglichkeit, mit ihm zu verhandeln, durch den Kaiser schon seit Neujahr abgeschnitten war. . . .

Es ist eine der vielen unwahren Legenden, daß ich die National-liberalen hätte „an die Wand drücken“ wollen. Im Gegenteil, die Herren versuchten es so mit mir zu machen. Durch den Bruch mit den Konservativen infolge der ganzen Verleumdungsära durch die „Reichsglocke“ und die „Kreuzzeitung“ und der Kriegserklärung, die unter Führung meines mißvergnügten früheren Freundes Kleist-Retzow erfolgte, durch das neidische Uebelwollen meiner Standesgenossen, der Landjunker, durch alle diese Verluste von Anlehnungen, durch die Feindschaften am Hofe, die katholischen und weiblichen Einflüsse daselbst waren meine Stützpunkte außerhalb der nationalliberalen Fraktion schwächer geworden und bestanden allein in dem persönlichen Verhältnis des Kaisers zu mir. Die National-liberalen nahmen davon nicht etwa einen Anlaß, unsere gegenseitigen Beziehungen dadurch zu stärken, daß sie mich unterstützten, sondern machten im Gegenteil den Versuch, mich gegen meinen Willen in das Schlepptau zu nehmen. Zu diesem Zwecke wurden Beziehungen zu mehreren meiner Kollegen angeknüpft; durch die Minister Friedenthal und Botho Eulenburg, welcher letztere das Ohr meines Vertreters im Präsidium, des Grafen Stolberg hatte, wurden ohne mein Wissen amtliche Verständigungen mit den Präsidien beider Parlamente nicht nur bezüglich der Sitzungs- und Vertagungsfragen, sondern auch in Betreff materieller Vorlagen gegen meinen, den Kollegen bekannten Willen eingeleitet. . . .

Nicht ich habe Händel mit den Nationalliberalen gesucht, sondern sie haben im Komplott mit meinen Kollegen mich an die Wand zu drängen versucht. Die geschmacklose und widerliche Redensart von dem „an die Wand drücken, bis sie quietschen“ hat niemals in meinem Denken, geschweige denn auf meiner Lippe Platz gefunden — eine der lügenhaften Erfindungen, mit denen man politischen Gegnern Schaden zu thun sucht.

Die Haltung der Nationalliberalen war vielleicht halb bewußt, halb unbewußt beeinflußt durch das Gefühl, daß die Stellung Bismarcks keineswegs vollständig gesichert sei, daß vielmehr mächtige Einflüsse von neuem an seinem Sturze arbeiteten. War es doch wenige Monate vorher zu einer Krise gekommen, die vielleicht die schwerste gewesen ist, die zwischen dem Kanzler und seinem greisen Herrn entstand. Diese Krise knüpfte sich vor allem an den Namen des Generals von Stosch, eines Mannes, der etwa das liberale Gegenstück zu dem konservativen Grafen von Arnim zu spielen und der Nachfolger des Reichskanzlers zu werden gedachte. Der Gegensatz zwischen ihm und seinem Vorgesetzten trat zu Tage in der Reichstagsrede, die Bismarck im März 1877 im Reichstage hielt. Dort hatte er bereits Andeutungen gemacht über den Kampf „zwischen den verschiedenen Persönlichkeiten, Ressorts und Stellen“, der so rasch unter deutschen Gemütern nicht zum Frieden und Ergebnis zu bringen sei. Dieselbe Klage über Verhältnisse, die innerhalb der Ressortministerien

bis zur „Sextuplik und Septuplik" führen, über den Furor teutonicus, der in solchen Kämpfen herrsche, hat Bismarck oft und nachdrücklich erhoben, er fühlte sich ebenso wie den Fraktionspolitikern, so auch den Ressortvertretern gegenüber als der Anwalt des öffentlichen Interesses. In der erwähnten Rede wies Bismarck speziell auf seinen Kampf mit der Marineverwaltung hin, an deren Spitze Herr von Stosch stand; Herr von Stosch fühlte sich durch diese Aeußerungen verletzt und forderte vom Fürsten Bismarck eine schriftliche Genugthuung. Bismarck gab diese Genugthuung nicht und erklärte dies auf einem seiner parlamentarischen Abende mit voller Offenheit, er deutete aber zugleich darauf hin, daß gewisse Strömungen, denen Stosch nicht fern stände, sich gegen ihn seit langem bemerkbar machten. Die Erwartung, daß Stosch zurücktreten werde, erfüllte sich nicht, denn obwohl Bismarck über diese Differenzen eine besondere Denkschrift an den Kaiser einreichte, lehnte dieser das Entlassungsgesuch des Herrn von Stosch ab. Diese Entscheidung führte Bismarck nicht mit Unrecht auf feindselige Einflüsse bei Hofe zurück. Aus dieser Ueberzeugung reichte er sein Entlassungsgesuch ein. Auf die Strömungen aber, die damals in den höchsten Kreisen gegen ihn geltend gemacht wurden, warf eine Reihe von Artikeln ein helles Licht, die in den „Grenzboten" erschienen und zweifellos aus der Feder eines Vertrauten des Kanzlers stammten. In diesen Artikeln wurde auf den Schutz hingewiesen, der den Ultramontanen am Hofe der Kaiserin zu teil wurde, zugleich aber auch auf den Rückhalt, den die Liberalen an gewissen Stellen fanden. Diese Artikel erregten naturgemäß ein ungeheures Aufsehen; wir führen nur einige Stellen aus denselben an:

Berlin, 7. April 1877.

Grenzboten 1877.

Geht der Fürst, so haben in erster Linie die Ultramontanen triumphiert, und so haben wir ihren Erfolg der Einwirkung einer hohen Dame und den Kreisen zu danken, in welchen sich dieselbe schon seit Jahren mit Vorliebe bewegt. Vielleicht nimmt Ihr Blatt künftig einmal einen Aufsatz über die Politik im Unterrock auf, die leider in der Wirklichkeit nicht so komisch ist, als sie aussieht. Man sprach schon vor 1870 von gewissen rheinischen Einflüssen, man wollte während des Krieges vom Verkehr mit einem französischen Monsignore wissen, man erzählte sich unter Leuten, die das nicht bloß von schweizerischen Wirtstafeln her erfahren haben müssen, von Zusammenkünften mit einem römischen Kirchenfürsten, der eines der großen Lichter des Ultramontanismus in der Westschweiz ist. Allbekannt endlich ist, welche Einwirkung eine vornehme polnische Familie in Berlin, in deren Hotel alle Velleitäten der Kaplanokratie zu Tisch sitzen, bis in

die höchsten Kreise der Reichshauptstadt hinauf ausübt. Fürst Bismarck geht, weil er nicht hindern kann, und nicht sehen mag, daß man sich langsam anschickt, nach Kanossa zu gehen.

Berlin, d. 19. 4. 1877.

Der Fürst hat mit Ministern zu rechnen, deren Chef er nicht in dem Sinne ist, in dem er es sein sollte; und deren Selbständigkeit, deren Widerstreben ihn oft sehr gehemmt hat. Es konnte ferner vorkommen, daß hohe Beamte seines speziellen Ressorts eine völlig andere Meinung als er hatten, ihm offen und versteckt Opposition machten, ja seine Stellung zu untergraben versuchten. Eine ganze Kette von Excellenzen und Nicht-Excellenzen, wegen Unfähigkeit und anderer Mängel, ultramontaner und reaktionärer Velleitäten a. D. kalt gestellt, frondierte, konspirierte, intriguierte, immer mit Eifer, oft mit den unlautersten Mitteln, bisweilen im Verein mit recht ordinären Elementen, gegen die Größe, die sie überragte und in ihrer bequemen Herkömmlichkeit störte, versuchte dem Kanzler seine Pläne zu kreuzen, seinen Charakter zu verdunkeln oder ihn wenigstens zu ärgern und so seiner Gesundheit zu schaden. Die Hauptschranke desselben aber ist und bleibt das Unwesen am Hofe, wo um eine gewisse hochgelegene Stelle der Bodensatz der Kreuzzeitungsgesellschaft und der inveterierten Herrenhausopposition mit dem ultramontanen Gifte aus den Kanälen Roms zusammengeflossen ist, und von wo aus der Politik des Kanzlers unaufhörlich Steine in den Weg gewälzt werden. . . .

Der Fürst verglich sich damals mit einem müden Jäger, der von tagelanger ergebnisloser Pürsche abgemattet und fast verschmachtend im Begriff ist, zu Boden zu sinken und die Jagd ganz aufzugeben. In der Krisis jedoch, die Stosch heraufbeschworen hatte, zeigte er dennoch die alte Jägerlust, er trug den Sieg davon. Am 1. April, dem 62. Geburtstage des Kanzlers, erschienen der Kaiser, der Kronprinz und der Großherzog von Baden zum Glückwunsch bei ihm, und am 7. April erfolgte die Ablehnung des Entlassungsgesuches: an den Rand der Eingabe hatte Kaiser Wilhelm sein berühmtes und dreifach gesegnetes „Niemals, Niemals“ geschrieben. An Roon aber schrieb Kaiser Wilhelm folgende rührende Worte:

Alle Ihre Betrachtungen sind auch die Meinigen, und an Meinem Bestreben, den Uebeln der Zeit nach allen Richtungen zu begegnen, soll es wahrhaftig nicht fehlen. Aber Helfer muß Ich haben, und in solcher Zeit wollte Mich der Haupthelfer verlassen! Sie werden mit Mir gefühlt haben, was Ich in jenen Tagen gelitten habe, da Sie schon zweimal von solchen Anwandlungen Zeuge waren und einmal sich opferten! Nun, es bleibt beim Alten, wie Ich es im ersten Augenblick an Bismarck sagte.

Denkwürdigk. Roons III.

Vielleicht hat Bismarck gerade an diese Zeit gedacht, als er sein Urteil über Kaiserin Augusta in folgenden Worten aussprach:

Ged. u. Er. II.

Der Kaiser machte in den letzten Jahren seines Lebens mir gegenüber kein Geheimnis aus seinen häuslichen Beziehungen, beriet mit mir, welche Wege und Formen zu wählen seien, um seinen häuslichen Frieden ohne Schädigung der Staatsinteressen zu schonen; „den Feuerkopf“ pflegte der hohe Herr in vertraulichen, aus Verdruß, Respekt und Wohlwollen gemischten Stimmungen die Gemahlin zu bezeichnen und diesen Ausdruck mit einer Handbewegung zu begleiten, die etwa sagen wollte: „Ich kann nichts ändern“. Ich fand diese Bezeichnung außerordentlich treffend; die Königin war, so lange nicht physische Gefahren drohten, eine mutige Frau, getragen von einem hohen Pflichtgefühl, aber auf Grund ihres königlichen Empfindens abgeneigt, andere Autoritäten als die ihrige gewähren zu lassen.

* * *

Das neue Sozialistengesetz fand im Reichstag eine völlig veränderte Aufnahme. Der Eindruck des zweiten Attentates, der Gedanke an die Leiden des greisen Monarchen, führten zur Annahme des Gesetzes. Bismarck griff mit Energie in den Kampf ein, indem er zugleich durch die Erklärung, daß das Fortschrittlertum nur eine Vorfrucht für den Sozialismus sei, zugleich eine scharfe Abweisung des radikalen Liberalismus vollzog:

Rede vom 9. 10. 1878.

Ich konnte nicht glauben, sagte er, daß ein Monarch, der mehr als irgend ein lebender — und möchte ich wohl sagen, auch als ein der Vergangenheit angehöriger — mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchischen Existenz gethan hat, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei doch ohne jede Ueberhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur, . . . wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, ja, meine Herren, an dieses Verbrechen reicht kein anderes heran, da ist man wirklich auf jedes andere auch gefaßt. Dieser Blitz bei Nacht — doch, wie bekannt, geschah es ja am Tage — hat weithin die Situation beleuchtet und hat auch in die Wählerkreise der ganzen Monarchie hineingeleuchtet.

Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war, aber für einen preußischen, einen deutschen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsch beide gemeinschaftlich helfen sollten.

„Statt positiver Vorschläge“, so charakterisierte Bismarck die sozialdemokratischen Führer, bringen sie die reinste Negation.

Wenn sie diesen ihren Leuten nun glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, ihnen den Glauben an Gott, an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vater=

land, den Glauben an die Familienverhältnisse, den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, — wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor allem der Geduld!" Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch — was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? (Sehr wahr!) Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, m. H., ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Stellung, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt: „An Gott und bessere Zukunft glauben", nicht hätte. (Lebhafter Beifall.) Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben.

Als Quittung für seine Mühen und Sorgen erhielt Bismarck von seinem „treu ergebenen, dankbaren Kaiser" am 6. November aus Koblenz folgendes Schreiben:

Es ist Ihnen beschieden gewesen, in Zeit eines Vierteljahres Europa durch Ihre Einsicht, Umsicht und durch Ihren Mut den Frieden teils wiederzugeben, teils zu erhalten, und für Deutschland auf gesetzlichem Wege einem Feinde entgegenzutreten, der für alle staatlichen Verhältnisse Verderben drohte. Wenn beide weltgeschichtliche Ereignisse von allen Wohlgesinnten begriffen und Ihnen seitens derselben Anerkennung zu teil geworden ist, und Ich selbst Ihnen diese Anerkennung beweisen konnte für das zuerst genannte Ereignis des Berliner Kongresses, so geziemt es Mir nun auch, für die Entschiedenheit, mit welcher Sie den Rechtsboden verteidigt haben, Ihnen diese Anerkennung auch öffentlich darzulegen. Geb. u. Er. II.

Das Gesetz, welches Ich im Sinne habe und welches seine Entstehung einem Meinem Herzen und Gemüt schmerzlichen Ereignis verdankt, soll den deutschen Staaten ihren jetzigen rechtlichen Standpunkt erhalten und sichern, also auch Preußen.

Ich habe als Zeichen Meiner Anerkennung Ihrer großen Verdienste um Mein Preußen die Zeichen seiner Macht gewählt: Krone, Scepter und Schwert, und dem Großkreuz des Roten Adler-Ordens, welches Sie stets tragen, zufügen lassen, welche Dekoration Ich Ihnen beifolgend übersende.

Das Schwert spricht für den Mut und die Einsicht, mit welcher Sie Mein Scepter und Meine Krone zu unterstützen und zu schützen wissen.

Möge die Vorsehung Ihnen noch die Kraft verleihen, um lange Jahre hindurch ferner Ihren Patriotismus Meiner Regierung und dem Wohle des Vaterlandes zu widmen.

Es ist eine der schönsten Erscheinungen in unserer Geschichte, daß in all den aufreibenden Mühen und Kämpfen, daß selbst in den

Tagen, in denen der große Kanzler sich von den ältesten Freunden verlassen sah, Kaiser Wilhelm stets in Treue zu ihm hielt. Die Königstreue ist es, die den Grundzug seines Wesens bildete, und die Mannentreue, wie wir sie seit den Tagen der Nibelungen, seit Hagen und Volker nicht sahen, wurde ihm zum Lohne. Zu ihr bekennt sich noch in seiner Grabschrift der große Kanzler.

Zwölftes Kapitel.

Weitere Kämpfe.

Es ist das Eigentümliche in Bismarcks genialer Thätigkeit, daß sie ihre Grenze nicht fand in dem Gebiete der hohen Politik, auf dem er von Gottes Gnaden ein Herrscher war, sondern daß sie hinübergriff in das weite Feld der wirtschaftlichen und sozialen, der rechtlichen und steuerpolitischen Fragen, die das gesamte staatliche Wesen bedingen und ausmachen. Und nirgends war er ein Nachbeter; stets entsprangen seinem lebhaften Geiste, der überall den Kern erfaßte, neue Anregungen und Gedanken, und wenn er auch wohl, durch höhere Pflichten gebunden, die Aufmerksamkeit seines Geistes auf die auswärtige Politik konzentrieren mußte, wenn er lange Zeit hindurch, der Autorität eines Delbrück vertrauend, die glatten Wege des Freihandels dahinzog, so kam doch einmal die Zeit, wo er die Initiative ergriff und der Reform den Weg bahnte. Wohin wir blicken, zeigt die Entwickelung des Deutschen Reiches die Spuren von Bismarcks genialer Hand. Gerade die Mitte und das Ende der 70er Jahre aber bilden die Scheidegrenze, über die er hinwegschreitet, um das deutsche Wirtschaftsleben neu zu gestalten. Er tritt damit in eine entschlossene Gegnerschaft zu den Führern der liberalen Bewegung,

die alten konservativen Freunde kehren zurück, und der rasche Entschluß führt Deutschland zu ungekannter Blüte. Schon das Reichseisenbahnprojekt ist eine Frucht seines Geistes gewesen, schon hier sah er sich in einen Kampf auf Tod und Leben verwickelt mit dem Manchestertum, dem er von Schritt zu Schritt bewußter entgegentritt, bis es mit gebrochenen Gliedern zu Boden sinkt. Und so sehen wir Bismarck in den folgenden Jahren als den Vorkämpfer auf zahllosen Gebieten des öffentlichen Lebens, wir sehen ihn ringen mit der internationalen Sozialdemokratie, wir hören seine Reden über den russischen und österreichischen Handelsvertrag, er fällt sachverständige Urteile über Getreide- und Holzzölle, über Währungsfragen und Auswanderungswesen, über die Einkommensteuer und die Doppelwährung, über die Unfallversicherung und die Elbschiffahrtsakte, über die Fabrikgesetzgebung und die Einverleibung Hamburgs in das Zollgebiet. Nicht immer ist ihm ein rascher Sieg beschieden, denn es ist das Leiden des Genies, daß die Alltäglichkeit seinem Fluge nicht zu folgen vermag, daß sie vor den Hindernissen zurückscheut, über die jenes in raschem Sprunge hinwegeilt. Das Tabaksmonopol darf hier als Paradigma gelten; als man versäumte, mit seiner Hilfe die Finanzen des Reiches für immer zu sichern, schuf man jene lästigen Fragen, die noch Miquel durch seine Finanzreform vergebens zu lösen versuchte.

Den ersten Anlaß für den Wechsel in den wirtschaftlichen Ueberzeugungen des Fürsten Bismarck bot die Katastrophe, die durch die Aufhebung aller Eisenzölle über die deutsche Eisenindustrie hereinbrach. Die Maßregeln waren getroffen worden ohne Bismarcks Teilnahme, und gerade ihre Folgen haben es bewirkt, daß der Kanzler das Vertrauen zu seinen bisherigen Gehilfen, Delbrück und Camphausen, verlor und die Führerschaft auf neuen Bahnen und zu neuen Zeiten aufnahm. Als Finanzminister wurde der Nationalliberale Hobrecht erkoren, für den Grafen Friedrich Eulenburg und den liberalisierenden Herrn Achenbach traten Botho Eulenburg und Maybach ein, für sich selbst gewann Bismarck einen Stellvertreter in der Person des Grafen Otto zu Stolberg. In ihnen fand Bismarck befähigte Helfer an dem neugeplanten Werke, und auch im Reichstage scharte sich eine große Zahl von Männern zusammen, die seine Ideen zu vertreten bereit waren. Bismarcks Absicht war es, die deutsche Arbeit durch erhöhte Zollschranken zu schützen, den frei-

händlerischen Zolltarif eingehend zu revidieren. Zahlreiche Mitglieder des Centrums, sämtliche Konservative und auch ein Teil der Nationalliberalen stellte sich in der Form einer „Volkswirtschaftlichen Vereinigung" auf seine Seite, eine eingehende Denkschrift an den Bundesrat begründete die Notwendigkeit des neuen Weges, und jubelnd begrüßten die nationalen Elemente im Reiche die That. In der Thronrede aber hieß es:

Ich halte es für Meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wieder näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben.

Rede vom 12. 2. 1879.

Freimütig bemerkte Bismarck an einem seiner parlamentarischen Abende:

Die Zollpolitik sei mit der Medizin zu vergleichen, es gebe darin keine absolute Wissenschaft. Zur Zeit, als er sich Delbrücks Führung überlassen, habe er sich allerdings um volkswirtschaftliche Fragen nicht gekümmert und nichts zu antworten gewußt. Das erinnere ihn an einen Vorfall. Zu Rothschild sei ein Geschäftsfreund gekommen mit der Frage: „Wie ist Ihre Ansicht über schwedisches Eisen?" Rothschild wandte sich verwundert an seinen Kommis und fragte: „Meyer, wie denke ich über schwedisches Eisen?"

Poschinger, Bismarck und d. Parlament.

Der Zorn des Manchestertums war ungeheuer, vor allen Dingen explodierte der Zorn des Herrn Lasker in den wunderlichsten Angriffen gegen den kühnen Staatsmann, und die ganze Presse der Linken hallte wider von dem Rufe: „Fort mit Bismarck!" Hatte der Kanzler es doch gewagt, in einem Briefe an den Freiherrn von Thüngen zu erklären, daß die Landwirtschaft im Verhältnis zu Handel und Gewerbe nicht hinreichend geschützt sei, und zugleich eine Reform der Eisenbahntarife in Aussicht gestellt. Die Generaldebatte über die neue Tarifvorlage dauerte sieben Tage, sie wurde von Bismarck mit einer großen programmatischen Rede eingeleitet, in der er sowohl das bestehende Steuersystem, als auch die wirtschaftliche Lage des Reiches einer eingehenden Betrachtung unterzog. Hier stellte er folgende Grundsätze auf:

Gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während

Rede vom 2. 5. 1879.

es bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen durch die Verfassung die Schlüssel in die Hände des Reiches gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind, der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte. ... Ich werfe dem jetzigen Zustande vor, daß er zu viel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich strebe danach, direkte Steuern abzuschaffen und das Einkommen, welches sie gewähren, durch indirekte Steuern zu ersetzen. ... Einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit verlangen wir. Wir sind weit entfernt von einem System der Prohibition, wie es in den meisten Nachbarländern stattfindet, wie es in unserem früheren Hauptabnehmer Amerika stattfindet, Zölle von 60—80 Prozent ad valorem im Durchschnitt. Alles das, was wir Ihnen als Schutzzoll geben, bleibt innerhalb der finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme derjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachteile für zahlreiche Klassen unserer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzzoll, welches wir im Jahre 1864 besaßen. ... Schließen wir unsere Thüren einmal, errichten wir die etwas höhere Barriere, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf welchem die deutsche Gutmütigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet wird, der deutschen Industrie erhalten! Die Frage eines großen Exporthandels ist immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken giebt es nicht mehr, der Erdball ist umschifft, und wir können kauffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportieren könnten, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen ein sehr günstiger, es fragt sich nur bei jedem Vertrage: qui trompe-t-on ici? wer wird übervorteilt? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich ist. ... In allen diesen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig wie in irgend einer anderen Beurteilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht; die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen heute demselben Rätsel gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt; ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit — auch dieser geht allmählich zum Schutzzoll zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Ich kann damit schließen, daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: Das Reich selbständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben, und demnächst als

den letzten und nicht geringsten Zweck: der einheimischen, nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt und in der Industrie als auch in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen. (Bravo! rechts. Zischen links.)

In seiner folgenden Rede über die Getreidezölle widerlegte Bismarck die Behauptung, daß niedrige Getreidepreise in wirtschaftlicher Beziehung stets als ein Glück anzusehen seien; schon rücke der Augenblick heran, wo die Landwirtschaft nicht mehr produzieren könne, weil die Preise die Kosten nicht mehr decken. Gehe aber die Landwirtschaft zu Grunde, so stürze auch der preußische Staat und das Deutsche Reich in den Abgrund. Auch für den geduldigen Landmann gebe es eine Grenze, auch er dürfe eine gerechte Verteilung der Lasten fordern. Ebenso sprach Bismarck über die Notwendigkeit von Holzzöllen, und hier wie in den anderen Zollfragen errang er einen vollständigen Sieg. Wohl noch nie ist es einem Staatsmann gelungen, in so raschem Laufe alle Hindernisse zu beseitigen und alle Vorurteile zu bezwingen. Durch die neue Zollgesetzgebung wurde natürlich auch das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten alteriert, es war anzunehmen, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen und der neuen Tabaksteuer die Bedürfnisse des Reiches in solchem Maße decken würden, daß keine Matrikularbeiträge ausgeschrieben werden müßten. So sehr auch Bismarck geneigt war, auf diesem Wege den bisherigen Zustand zu beseitigen, und das Reich der Notwendigkeit zu entheben, „bei den Einzelstaaten betteln zu gehen“, so stimmte er doch, um nicht das ganze Werk vereitelt zu sehen, der sogenannten Franckensteinschen Klausel zu, nach der dem Reiche die Einnahmen nur bis zu einer bestimmten Höhe überlassen bleiben, während die Ueberschüsse durch Reichsgesetz den Bundesstaaten überwiesen werden sollen. Nur mit schwerem Herzen hat sich Bismarck für diesen Ausweg entschieden, sein Entschluß führte zu dem Rücktritt des Ministers Friedenthal, dem sich Dr. Falk und Hobrecht anschlossen, wenn auch andere Gründe diese beiden Männer zu ihrem Abgange bestimmten. Wir haben darüber bereits an anderer Stelle die Darlegungen Bismarcks erwähnt. Das Kultusministerium übernahm Herr v. Puttkamer, das Ressort der Landwirtschaft Lucius, die Finanzen Bitter. Mit 217 gegen 107 Stimmen wurde Bismarcks Reform genehmigt, sein Erfolg war ungeheuer, in einem

kurzen Jahre war das herrschende Wirtschaftssystem gestürzt und ein neues System ersonnen und zur Annahme gebracht.

Auch die nächsten Jahre noch waren der weiteren Entwickelung der wirtschaftlichen Erfolge gewidmet. Sie standen unter dem Glaubensbekenntnis, das er schon bei der Beratung des Antrages Franckenstein abgelegt hatte:

Rede vom 9. 7. 1879.

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören wollen, ich bin successive von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, da ist in aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlands=feindlichen Höhe sich der Haß gegen mich verkörperte und bis zu welchem Maße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und auch nie versucht, mich dafür zu rächen; ich habe von Anfang meiner Karriere an nur den einzigen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und durch welche Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher als heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und entscheidendste Reaktionspolitik, mit dem Erfolge, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit voller Segelung zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegenteil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Teils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mich schwere Kämpfe gekostet, das Gegenteil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin; ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform, aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt und gewissenlos zum Absolutismus geraten haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken — und ich habe schwere und mir teure, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weitergehen.

Mit aller Kraft widmete sich Fürst Bismarck der Durchführung des Riesenplanes, die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu vollenden, sowie der Weiterführung der Reichssteuerreform. Hier zwang ihn eine Differenz mit dem Bundesrat zur erneuten Einreichung seines

Entlassungsgesuches. Aber auch jetzt lehnte Kaiser Wilhelm in ehrendster Weise den Antrag ab.

Gerade in jenen Zeiten hatte Fürst Bismarck oft Grund zu der Klage, daß der Reichsgedanke matter geworden sei, daß der Sinn und die Begeisterung für die Einheit nachgelassen, der Geist des Partikularismus zugenommen habe. Immer wieder hat er Zeugnis abgelegt für die nationalen Bestrebungen und sich eingesetzt gegen den Partikularismus und die Fraktionspolitik, die der Entwickelung des Reiches entgegenstehen. Und 10 Jahre, ehe die Wirklichkeit sein Wort erfüllte, sprach er es ahnend aus:

Wenn ich nicht mehr in der Lage sein werde, dieses Zeugnis vor dieser Stelle zu wiederholen, so glaube ich, wenn mir Gott das Leben giebt, doch vielleicht in der Lage zu sein, von denselben Sitzen, wo Sie sitzen, hernach auch den großen Gedanken der Nationalität, der uns vor zehn Jahren noch beinahe alle begeisterte, auch dann als Reichstagsmitglied Ausdruck geben zu können, auch gegen eine partikularistische Handhabung der Reichsverfassung, welche etwa dann von hier aus vertreten werden könnte. (Bewegung.)

Und resigniert und mit einer gewissen Melancholie sprach Fürst Bismarck die Worte:

Rede vom 8. 5. 1879.

Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit dreißig Jahren geführt; es sind nahezu dreißig Jahre, daß ich am Bundestage zuerst dafür eingetreten bin, es sind achtzehn Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem französischen Historiker, den ich vor einiger Zeit in einer schlaflosen Nacht las, wohl sagen kann — er spricht von einem Staatsmanne, dem man mehr Verdienst zuschrieb, als ich für mich in Anspruch nehme —: „Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir." „Er mußte der Gewalt des ungesättigten Hasses erliegen, der sich auf das Haupt jedes Ministers häuft, welcher zu lange am Ruder bleibt."

Ich fürchte, daß ich nach achtzehn Jahren längst in dieser Lage war, ich hatte alle Parteien wechselnd zu bekämpfen, gegen jede hatte ich einen heftigen Strauß zu kämpfen — davon kommen „les haines inassouvies", von denen der französische Historiker spricht. Nein, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt, gefochten auch, und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können, versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen: ich bin müde, todmüde, und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will.

Ich weiß nicht, warum mir das Deutsche Reich und seine Zukunft näher stehen sollte als irgend jemand unter Ihnen. Sie sind alle Deutsche;

Minister kann jeder eine Zeitlang sein und nicht mehr sein; daß ich gerade ein stärkeres Interesse als andere Deutsche am Reich haben müßte, weil ich zufällig lange Kanzler gewesen bin, das glaube ich nicht, wenn ich mich auch nicht zu der saturnischen Politik meines früheren Kollegen, der vor mir gesprochen hat, verstehen kann — — das nicht! — so ruhig zusehen, daß das Deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht! In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller, ich habe ein Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit, dann richten Sie das Reich sich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reiches in Frage zu stellen.

Es waren ja zum großen Teile amtliche und höfische Friktionen, die dem Kanzler das Leben schwer machten; die parlamentarischen Kämpfe, vor denen sonst die Minister zurückscheuen, bildeten für ihn keine Drohung; wie in der auswärtigen Politik, so war auch hier sein Köcher so reich an Pfeilen, daß er niemals zu verzagen brauchte. Darum sind seine „Gedanken und Erinnerungen" auch besonders reich an Stimmungsbildern, deren Untergrund die höfische Intrigue, die Mißgunst der Minister und der Ehrgeiz der Fraktionsführer bildete.

Als ein klassisches Beispiel darf der Streit um die Ernennung des Herrn von Gruner gelten, von dem Fürst Bismarck dem Verfasser dieses Werkes wiederholt erzählt hat, obwohl inzwischen lange Jahre vergangen waren, und obwohl die Persönlichkeit dieses Mannes in der Oeffentlichkeit nur eine geringfügige Rolle gespielt hat. Immerhin gehörte Gruner schon in den 50er Jahren zu den Gegnern Bismarcks, er hat später den Kreisen nahe gestanden, die die „Reichsglocke" kultivierten und speisten. Aber er verfügte über wunderbare Verbindungen bei Hofe, die es ermöglichten, daß er, der persönliche Feind Bismarcks, hoher Auszeichnungen teilhaftig wurde. Fürst Bismarck hat darüber später erzählt:

Ged. u. Er. II. Nachdem der Redakteur der „Reichsglocke" im Januar 1877 verurteilt und ich im März das von Sr. Majestät abgelehnte Abschiedsgesuch eingereicht hatte, kam es im Juni, während ich mich zur Kur in Kissingen befand, im Geschäftswege zu meiner Kenntnis, daß Herr v. Gruner in das Hausministerium berufen, zugleich ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers zum Wirklichen Geheimen Rat ernannt sei, und daß Herr v. Schleinitz an den Kurator des „Reichs- und Staats-Anzeigers" das Ansinnen gestellt habe, diese Ernennung in dem amtlichen Blatte zu publizieren. . . .

Seinem Ablatus von Tiedemann schrieb Bismarck zur Mitteilung an das Staatsministerium einen Brief, in dem er sagte:

Eine Begnadigung des Herrn v. Nathusius, eine Auszeichnung des Grafen Nesselrode und des Herrn v. Gruner gerade in der Zeit, wo die Verleumdungen des Organs dieser Herren gegen mich die öffentliche Meinung und die Gerichte beschäftigten, wo der Zusammenhang jener Herren mit diesen Blättern offenkundig wurde, enthalten einen Akt Königlichen Wohlwollens für Leute, die durch weiter nichts bekannt sind, als durch ihre Feindschaft gegen die Regierung und durch öffentliche Verletzung meiner Ehre. Letztere aber sollte, so lange ich des Königs Diener bin, unter Sr. Majestät Schutze stehen. Wird mir das Gegenteil dieses Schutzes zu teil, so liegt ein persönliches Motiv vor, welches mich viel gebieterischer aus dem Dienste vertreibt, als die Rücksicht auf meine Gesundheit es jemals könnte. Diese Entschließungsgründe liegen nur persönlich für mich vor, werden aber je nach der Entwickelung der Sache für die Möglichkeit meines Wiedereintritts in die Geschäfte entscheidend sein.

Dem Minister von Bülow schrieb Bismarck weiter:

Die Verletzung, die in der Thatsache der Ernennung Gruners liegt, trifft wesentlich mich allein; seine langjährige Feindschaft gegen mich persönlich ist es allein, welche die Aufmerksamkeit auf ihn hat lenken können, denn er besitzt weder Fähigkeiten noch Verdienste, war im Auswärtigen Amte durch seine in wichtigen Momenten an Geisteskrankheit grenzende Unfähigkeit ein Hindernis und hat nunmehr seit 15 Jahren nichts geleistet, als mit der ganzen Verbissenheit verkannter Selbstüberschätzung gegen mich gesprochen, geschrieben, intriguiert. Ich sehe dabei für den Augenblick ganz davon ab, daß gerade diese Reichsglocken-Elemente mir die Erfüllung meiner Amtspflicht in einem meine Kräfte überschreitenden Maße erschweren. Ich spreche jetzt nur von dem Schlag, der dadurch persönlich gegen mich hat geführt werden sollen, daß dieser Mensch Sr. Majestät hat mit Erfolg empfohlen werden können. Wenn ich dem gegenüber in meinem Schreiben an Tiedemann sage, daß für meine Herren Kollegen ein zwingendes Motiv zum Rücktritt in diesem Grunerschen Falle nicht liegt, so erscheint mir meine Lage demselben gegenüber als eine wesentlich andere.

Mir scheint die Kur gut zu bekommen, doch markiert sich jeder Rückschlag über ärgerliche Eindrücke in empfindlicher Weise und läßt mich voraussehen, daß mein Gesundheitszustand ein geschäftsfähiger schwerlich wieder werden wird. Vor der einfachen Besorgung der Amtsgeschäfte würde ich nicht zurückschrecken; aber die faux frais der Hofintriguen vermag ich nicht mehr in der Weise zu tragen wie früher, vielleicht auch deshalb, weil sie an Umfang und Wirkung in erschreckender Weise zugenommen haben. Diese eigentlichen Gründe meiner fortbestehenden Absicht, zurückzutreten, habe ich vor drei Monaten verschwiegen, obschon es wesentlich dieselben waren; und ich werde auch demnächst aus Rücksicht für den Kaiser keine anderen Motive für mein Ausscheiden anführen können, als den Zustand meiner Gesundheit.

Gerade diese Kämpfe persönlicher Natur wirkten schädigend auf Bismarcks Gesundheit, so daß er in eine Art von „Gesundheits-

bankerott" fiel, aus dem ihn dann Schweninger gerettet hat, der Mann, der in den letzten Jahren seines Lebens sein treuester und ehrlichster Freund geworden ist.

Auch die Differenzen mit den Eulenburgs waren zum guten Teil zurückzuführen auf das Bestreben, den überlegenen Mann, der allmählich unbequem zu werden anfing, aus seiner Stellung möglichst zu verdrängen. Ein ganzes Kapitel seines letzten Werkes hat Fürst Bismarck darum den Ressortschwierigkeiten gewidmet, jenen Schwierigkeiten, die einerseits aus dem Bedürfnis der Minister entspringen, möglichst glatt abzuschneiden, andererseits aus einer gewissen Beschränktheit, die das eigene enge Interesse nicht unterzuordnen versteht unter die großen nationalen Fragen und Aufgaben. Bismarck hielt sich stets von der Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Ressorts fern; er ist niemals mit Protektionen selbst den ihm untergeordneten Reichsämtern lästig gefallen, und er konnte stolz von sich behaupten, daß er von Herrn v. Stephan oder einem anderen nie einen Posten für einen von ihm empfohlenen Kandidaten verlangt habe, auch nicht für einen Briefträger. Nur der Neigung, neue eingreifende Gesetze zu machen und vom grünen Tisch zu reglementieren, mußte er oft entgegentreten, jener Neigung, die so oft die wahren Interessen eines Volkes unterordnet unter das Bedürfnis, die eigene Weisheit in hellem Lichte erstrahlen zu lassen.

Bismarck war stets ein Feind der bureaukratischen Methode, er wurde noch nach seiner Entlassung ein heftiger Gegner der neuen Landgemeindeordnung der Herren v. Caprivi und Herrfurth, weil er der Ueberzeugung war, daß durch die neue Ordnung die Dorfverfassung parlamentarisiert, das Schreibwerk vergrößert und die untersten Ausläufer der Bureaukratie vermehrt würden. Er trat für die alte Institution der Landratsposten ein, der letzten Ausläufer einer Verwaltungshierarchie, die mit dem Volke unmittelbar in Berührung stand. Er bekämpfte jene Wandlung, durch die der Landrat ein Regierungsbeamter wurde, der „seine Beziehungen nach oben als Beamter für wichtiger hält als die zu den Insassen seines Kreises". Schon Graf Friedrich Eulenburg war über solche Tendenzen gestürzt, auch sein Vetter Botho scheiterte an der Frage der ländlichen Gemeindeverwaltung. Die Scene, die zu seinem Sturze führte, ist als der „Fall Rommel" in der Geschichte verzeichnet: Als das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und Verwaltungs-

gerichte vor dem preußischen Landtage stand, hatte sich Graf Botho Eulenburg mit gewissen Aenderungen einverstanden erklärt, die des Kanzlers Mißbilligung fanden; durch den Geheimrat Rommel ließ er im Gegensatz zu der Rede des Ministers seine gegenteilige Auffassung aussprechen, da er selbst erkrankt war. Graf Eulenburg forderte infolgedessen seine Entlassung. An seinen Namen hat sich ein überaus interessanter Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Bismarck geknüpft, ein Briefwechsel, der zugleich das vertraute Verhältnis beleuchtet, das zwischen den beiden Männern bestand. Am 18. Dezember 1881 schrieb Kaiser Wilhelm seinem Kanzler folgenden merkwürdigen Brief:

Geb. u. Er. II.

Einen eigentümlichen Traum muß ich Ihnen erzählen, den ich diese Nacht träumte, so klar, wie ich ihn hier mitteile.

Der Reichstag trat nach den jetzigen Ferien zum erstemnal zusammen. Während der Diskussion trat der Graf Eulenburg ein; sogleich schwieg die Diskussion; nach einer langen Pause erteilte der Präsident dem letzten Redner von neuem das Wort. Schweigen! Der Präsident hebt die Sitzung auf. Nun entsteht ein Tumult und ein Geschrei. Keinem Mitgliede darf ein Orden während der Session des Reichstages erteilt werden; der Monarch darf nicht in der Session genannt werden. Anderen Tages Sitzung. Eulenburg erscheint und wird mit solchem Zischen und Lärm empfangen — darüber erwache ich in einer nervösen Agitation, daß ich lange mich nicht erholen konnte und zwei Stunden, von 1/25 bis 1/27 Uhr nicht schlafen konnte.

Das alles geschah in meiner Gegenwart im Hause so klar, wie ich es hier niederschreibe.

Ich will nicht hoffen, daß der Traum sich realisiere, aber eigentümlich bleibt die Sache. Da dieser Traum erst nach dem sechsstündigen ruhigen Schlafe eintrat, so könnte er doch keine unmittelbare Folge unserer Unterredung sein.

Enfin ich mußte Ihnen diese Kuriosität doch erzählen.

Ihr

Wilhelm.

In seiner Antwort sagte Fürst Bismarck:

Brief vom 18. 12. 1881.

Die Bilder des Wachens tauchen im Spiegel des Traumes nicht sofort, sondern erst dann wieder auf, wenn der Geist durch Schlaf und Ruhe still geworden ist. Eurer Majestät Mitteilung ermutigt mich zur Erzählung eines Traumes, den ich im Frühjahr 1863 in den schwersten Konfliktstagen hatte, aus denen ein menschliches Auge keinen gangbaren Ausweg sah. Mir träumte, und ich erzählte es sofort am Morgen meiner Frau und anderen Zeugen, daß ich auf einem schmalen Alpenpfade ritt, rechts Abgrund, links Felsen; der Pfad wurde schmaler, so daß das Pferd sich weigerte, und Umkehr und Absitzen wegen Mangel an Platz unmöglich; da schlug ich mit meiner Gerte in der linken Hand gegen die glatte Felswand und rief Gott an; die Gerte wurde unendlich lang, die Felswand

stürzte wie eine Kulisse und eröffnete einen breiten Weg mit dem Blick auf Hügel und Waldland wie in Böhmen, preußische Truppen mit Fahnen und in mir noch im Traume der Gedanke, wie ich das schleunig Ew. Majestät melden könnte. Dieser Traum erfüllte sich und ich erwachte froh und gestärkt aus ihm.

Der böse Traum, aus dem Ew. Majestät nervös und agitiert erwachten, kann doch nur so weit in Erfüllung gehen, daß wir noch manche stürmische und lärmende Parlamentssitzung haben werden, durch welche die Parlamente ihr Ansehen leider untergraben und die Staatsgeschäfte hemmen; aber Ew. Majestät Gegenwart dabei ist nicht möglich, und ich halte dergleichen Erscheinungen wie die letzten Reichstagssitzungen zwar für bedauerlich als Maßstab unserer Sitten und unserer politischen Bildung, vielleicht unserer politischen Befähigung, aber für kein Unglück an sich: l'excès du mal en devient le remède.

Das große Werk, dem sich Bismarck im Frühling des Jahres 1880 widmete, bestand in der Regelung des Verhältnisses Hamburgs zum Reiche. Auch hier hatte er gegen den Fraktionsgeist und die Engherzigkeit des Partikularismus zu kämpfen, und in flammenden Reden mußte er mühsam zu einem Ziele gelangen, das wir heute als selbstverständlich betrachten, zu der Einheit des deutschen Zollverbandes. Da konnte er wohl klagen, daß der Doktrinarismus der Parteien eines der schwersten Hemmnisse sei auf dem Wege zum Ausbau des Reiches; hatte doch Lasker, der Typus eines Fraktionspolitikers und Doktrinärs, gegen ihn den Vorwurf erhoben, daß er durch die Anschließung der Hansastadt das Recht des Stärkeren gegen den Kleineren geltend mache. Und er konnte wohl ausrufen:

Rede vom 28. 11. 1881.

Ich fand ursprünglich mehr Unterstützung, nicht bei den Regierungen, wie heut bei der hamburgischen, sondern umgekehrt im Parlament; heutzutage muß ich die Regierungen als die stärkeren Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Parlament, mit dem Reichstage betrachten. (Oh! oh! links.) In der Durchführung der nationalen Einheit sehe ich mich durch die Regierungen gefördert, aber durch den Reichstag gehindert, ohne Verschulden des einzelnen, es liegt das an der Zerfahrenheit unseres Fraktions- und Parteilebens, und in der Neigung, die heutzutage vorherrscht, die Bestrebungen, die ein Reichskanzler zur Vollendung unserer nationalen Aufgabe macht, als eine Bedrückung des Schwachen, als eine verfassungsmäßig unberechtigte Pression zu bezeichnen. Von dieser Neigung war in der Zeit, als wir zuerst die deutsche Einheit im norddeutschen Bunde sich anbahnen und bilden sahen, ganz und gar keine Rede; wenn damals ein Mitglied solche Schwierigkeiten gemacht hätte, wie sie jetzt in der Hamburger Frage gekommen sind: unter dem allgemeinen Unwillen hätte er schweigen müssen, meine Herren! (Oh! oh! links.) So weit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung für die deutsche Einheit! Und, meine Herren, Sie stellen, wie das Glück von

Edenhall, diese deutsche Einheit auf harte Proben und scheinen mir bereit zu sein, sie auf noch härtere zu stellen. Die Folge von dem Parteihader, der uns zerreißt, sehen Sie darin, daß die Fraktionen, die dem Deutschen Reich notwendig ihrer ganzen Tendenz nach entgegenstehen, die polnische, die dänische, die welfische, die franzosenfreundliche, in ihrer ganzen Ausdehnung wachsen, zunehmen und gedeihen. Das wäre noch vor fünfzehn Jahres nicht möglich gewesen.

Noch nach langen Jahren hat Bismarck die gleiche Ueberzeugung ausgesprochen:

Ich hatte bei Herstellung der Reichsverfassung befürchtet, daß die Gefährdung unserer nationalen Einheit in erster Linie von dynastischen Sonderbestrebungen zu befürchten sei, und hatte mir daher zur Aufgabe gestellt, das Vertrauen der Dynastien durch ehrliche und wohlwollende Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte im Reiche zu gewinnen, habe auch die Genugthuung gehabt, daß insbesondere die hervorragenden Fürstenhäuser eine gleichzeitige Befriedigung ihres nationalen Sinnes und ihrer partikulären Ansprüche fanden. In dem Ehrgefühle, das den Kaiser Wilhelm I. seinen Bundesgenossen gegenüber beseelte, habe ich stets ein Verständnis für die politische Notwendigkeit gefunden, das dem eigenen stark dynastischen Gefühle schließlich doch überlegen war. (Ged. u. Er. II.)

Auf der anderen Seite hatte ich darauf gerechnet, in den gemeinsamen öffentlichen Einrichtungen, namentlich in dem Reichstage, in Finanzen, basiert auf indirekten Steuern und in Monopolen, deren Erträge nur bei dauernd gesichertem Zusammenhange flüssig bleiben, Bindemittel herzustellen, die haltbar genug wären, um centrifugaler Anwandlung einzelner Bundesregierungen Widerstand zu leisten. Die Ueberzeugung, daß ich mich in dieser Rechnung geirrt, daß ich die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt hatte, war Ende der siebziger Jahre in mir noch nicht zum Durchbruch gekommen, mit so viel Uebelwollen ich auch im Reichstage, am Hofe, in der konservativen Partei und deren „Deklaranten" zu kämpfen gehabt hatte. Jetzt habe ich den Dynastien Abbitte zu leisten; ob die Fraktionsführer mir ein pater peccavi schuldig sind, darüber wird die Geschichte einmal entscheiden. Ich kann nur das Zeugnis ablegen, daß ich den Fraktionen, den arbeitsscheuen Mitgliedern sowohl wie den Strebern, in deren Hand die Führung und das Votum ihrer Gefolgschaften lag, eine schwerere Schuld an der Schädigung unserer Zukunft beimesse, als sie selbst fühlen. „Get you home, you fragments", sagt Coriolan.

Den nationalen Standpunkt hat Bismarck hier wie immer im Gegensatz zu einem großen Teile der Volksvertretung betont, er hat sich auch nicht gescheut, frühere Ansichten preiszugeben, wie er stets es abgelehnt hat, aus rechthaberischen Gründen bei ausgesprochenen Meinungen zu beharren:

Wer auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat, feststeht, der bleibt zurück! Ich will mich damit gar nicht entschuldigen; für mich hat (Rede vom 24. 2. 1881.)

immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: salus publica! Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützlichste, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch welche die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können.

Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern stark gefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen, oder so, es giebt viele Wege, die nach Rom führen. Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe; seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe. (Bravo! rechts.)

Einen Dank für seine Mühe und Arbeiten hat Bismarck nicht verlangt; als ihm Lasker zurief, daß niemanden so wie ihn ein Volk mit Ehren überhäuft habe, da erwiderte er:

Rede vom 28. 11. 1881.

Meine Herren, meine Ehre steht in niemandes Hand, als in meiner eigenen, und man kann mich damit nicht überhäufen; die eigene, die ich in meinem Herzen trage, genügt mir vollständig (Bravo! rechts), und niemand ist Richter darüber und kann entscheiden, ob ich sie habe. Meine Ehre vor Gott und den Menschen ist mein Eigentum, ich gebe mir selbst so viel, wie ich davon glaube verdient zu haben, und verzichte auf jede Zugabe. Was aber die „Statuen" anbelangt, so muß ich ihm doch sagen,

daß ich für diese Art von Dank gar nicht empfänglich bin. Ich wäre in der größten Verlegenheit, wenn ich beispielsweise in Köln wäre, mit welchem Gesicht ich an meiner Statue vorbeigehen sollte (Heiterkeit); ich erlebe das mitunter in Kissingen, es stört mich in Promenadenverhältnissen, wenn ich gewissermaßen fossil neben mir dastehe. Ich glaube, man könnte ebenso- viel von Orden sprechen u. s. w.

Auch hier in der Hamburger Frage siegte Bismarck, die alte Hansastadt wurde mit dem Reichszollgebiet vereinigt, ein neuer be- deutsamer Fortschritt auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiet war erreicht. Aber weiter führte die Bahn des großen Kanzlers, und immer wieder mußte er durch schwere Hindernisse sich den Weg bahnen. Da mußte er mühsam die Verlängerung des Sozialisten- gesetzes erkämpfen gegen eine Opposition, zu der wieder das Centrum einen großen Teil der Mannen stellte, da mußte er es mit ansehen, daß ein großer Teil der Nationalliberalen, unter ihnen Lasker, Forckenbeck, Bamberger und Rickert, sich von der alten Partei trennten, um unter dem Namen der Sezessionisten sich vollkommen in die feindliche Schlachtreihe zu stellen, da wurden die Klerikalen allmählich zu einem Krystallisationspunkt der Opposition, und selbst die fried- lichen Aeußerungen des Papstes vermochten die unerfreuliche Stimmung der Centrumsmänner nicht zu ändern, und dennoch übernahm Fürst Bismarck ein neues großes Werk, indem er der Begründer einer Sozialpolitik wurde, deren Grundgedanken tief im Christentum wurzelten, deren Gestaltung aber Bismarcks eigenes Werk war. Schon am 28. März erklärte er im Reichstage:

Mir schwebt als Ziel vor, den Gemeinden einen großen Teil ihrer Armenlasten dadurch abzunehmen, daß mit staatlicher Unterstützung eine Alters- und Invalidenversorgungsanstalt im ganzen Reich eingerichtet wird.

Rede vom 28. 3. 1881.

Die Gedanken, die Bismarck hier und an vielen anderen Stellen ausgesprochen hat, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer umfassenden sozialpolitischen Gesetzgebung krystallisierte sich in klassischer Form in der „großen Botschaft“, mit der am 17. November im kaiserlichen Auftrage Fürst Bismarck den Reichstag eröffnete. Hier erklärte der Kanzler im Namen des ehrwürdigen Oberhauptes der deutschen Nation, daß er nur dann mit Befriedigung auf alle Erfolge, mit der Gott seine Regierung gesegnet, zurückblicken werde, wenn er dem Vaterlande neue Bürgschaften des inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes hinterlassen könne. Die einzelnen Phasen, die später durchlaufen

wurden, waren hier vorgezeichnet. Zugleich aber war darauf hingewiesen, daß die Mittel für die Durchführung des Planes am sichersten zu gewinnen seien mit Hilfe des Tabakmonopols. Das Ziel, das Bismarck sich gestellt hat, ist nur zum Teil erreicht worden, die Kathederweisheit hat auch hier wieder verdorben, was die Weisheit Bismarcks vorbereitet hatte. Nirgend vielleicht hat sich der Gegensatz zwischen dem praktischen Blicke des Staatsmannes und der doktrinären Engherzigkeit so klar erwiesen wie hier. Daß die Masse vor dem neuen Gedanken zurückschreckte, daß sie sich nicht hineinfinden konnte in eine Reform, für die bis dahin in dem Leben aller Völker noch die Grundlage fehlte, ist ihr nicht zu verdenken; man fürchtete den Sprung ins Dunkle und scheute zurück vor den Millionen, die zu opfern waren. Heute ist der soziale Gedanke tief eingedrungen in das Volk, Centrumsmänner aber und selbst Konservative gedenken kaum noch des Verdienstes, das sich Bismarck erwarb. Und doch waren sie und sind sie nur Scharwerker, nur Handlanger, die mühsam die Steine herbeischaffen: der Plan ist von Bismarck, und den Grundbau hat Bismarck geschaffen!

Dreizehntes Kapitel.

Abendsonne.

Ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit 50 Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne oder Enkel vollständig ins Reine kommen werden", so hat Fürst Bismarck am 2. April 1881 im Reichstag gesprochen. Er hat es in der That gewußt, daß er ein Werk unternahm, das vielleicht erst die Urenkel vollenden werden. Aber diese Gewißheit schreckte ihn nicht zurück, er wollte die Gefahr abwehren, die vom vierten Stande her drohte, und er wollte zugleich durch praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung dem Arbeiter das Gefühl menschlicher Würde schaffen, das auch der ärmste Deutsche behalten soll, und er rief den Zagenden zu: „Umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche und in die Staatskasse greifen wollen, dann werden Sie nichts fertig bekommen":

Rede vom 2. 4. 1881.

„Meine Herren, unsere Unerschrockenheit beruht auf dem guten Gewissen, auf der Ueberzeugung, daß das, was wir bringen, das Ergebnis sorgfältiger pflichtmäßiger Ueberlegung ist und nicht die mindeste Färbung von Parteipolitik hat, und dadurch sind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von ihrem Ursprung, von dem Boden der Parteikämpfe, der an ihren Schuhen klebt, sich niemals werden frei machen können."

Auf den parlamentarischen Abenden, die Bismarck damals veranstaltete, fanden sich einfache Handwerksmeister und Arbeiter ein, Mitglieder des Volkswirtschaftsrates, den der Kanzler berufen hatte. Dieses Bild ist typisch für die Welt, die der große Kanzler erschließen wollte. Hämisch aber und abweisend standen vor allem die Männer des Freisinns dem Kanzler gegenüber, an ihnen prallte alle Beredsamkeit des Kanzlers ab, vielleicht, weil sie die „Konkurrenz in der Beredsamkeit" scheuten. Die Macht der Bismarckschen Ideen zeigte sich schon darin, daß die ganze nächste Wahlbewegung unter dem Zeichen der Sozialpolitik stand.

Am 26. Juni 1881 sagte Bismarck bezüglich der Altersversicherung der Arbeiter: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen, nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist, oder als Beamter durch Alter, Pension haben und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsere Politik einmal zu Grunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen."

Der Wahlausfall zeugte dafür, daß die Masse lange Zeit braucht, wo der Genius im Sturmschritt daherschreitet. Die Nationalliberalen und Freikonservativen verloren fast 100 Mandate, während die extremen Parteien ein beträchtliches Wachstum zeigten: Chronische Krankheiten erfordern eben Zeit und Geduld zur Heilung. Bismarck hielt trotzdem fest, und er fand wiederum Unterstützung und treue Hilfe bei seinem Kaiser, der persönlich, wie wir sahen, in der großen Botschaft für seinen Kanzler eintrat. Allerdings führte dieses innige Verhältnis zu den Schmähungen über das „Hausmeiertum Bismarcks", über die „Kanzlerdiktatur und den Kanzlerabsolutismus", und in gehässigen Wahlreden wurde das Volk aufgereizt, gegen den Staatsmann, der sich feig mit der Person des Monarchen decke, um selbst aus der Schußweite der gegen ihn gerichteten Angriffe zu kommen. Auch im Reichstage wurden die wilden Vorwürfe gegen den Kanzler geschleudert. Da hielt es Kaiser Wilhelm für angemessen, in besonders feierlicher Form die Rechte seiner Krone in Erinnerung zu bringen, und in einer von Bismarck verfaßten Kundgebung an das Staatsministerium erklärte er, das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, sei durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Auch bei der

Gegenzeichnung der Minister handle es sich um Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie ausdrückt. Es sei deshalb nicht zulässig und führe zur Verdunkelung der Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Es sei die Aufgabe seiner Minister, seine verfassungsmäßigen Rechte zu vertreten, das Gleiche erwarte er von allen Beamten, die ihm den Amtseid geleistet hätten:

Erlaß vom 4. 1. 1882.

„Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Dank anerkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten."

Fürst Bismarck hat vielleicht nie eine so erregte Rede gehalten wie damals, da er das Kapitel vom preußischen Königtum las, da er erzählte, wie er seit 1862 kämpfend auf der Bresche stand, zu einer Zeit, da wenige bereit waren, die Deckung des Königtums zu übernehmen, da man von ihm wie bei Strafford und Polignac vom „Wollekrempeln im Zuchthause" sprach und von „Vermögenskonfiskation":

Rede vom 24. 1. 1882.

Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre! Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn sie mir das ins Gesicht werfen! (Bravo! rechts. — Oh! oh! links.) Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König! (Sehr gut! rechts. — Große Unruhe links.) Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören. (Widerspruch links.) — Die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen! (Ruf links: Den Vorwurf hat niemand gemacht!) — Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist, den Sie mir gemacht haben. (Große Unruhe.)

Meine Herren, was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht. Ich habe

in früheren Zeiten meinen Dienst gerne und mit Passion gethan und mit Hoffnungen gethan; die Hoffnungen haben sich zum großen Teil nicht verwirklicht. Ich war damals gesund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Ist es denn ein Vergnügen, hier zu stehen wie der „Auff“ vor der Krähenhütte, nach dem die Vögel stoßen und stechen, und der außer stande ist, sich frei zu wehren gegen persönliche Injurien und Verhöhnungen, die in wohlverklausulierte zweistündige Reden eingeflochten sind, gegen unartikulierte Unterbrechungen sich zu verteidigen? Ein Vergnügen ist das wahrhaftig nicht.

Dem berühmten Geschichtsschreiber und Abgeordneten Mommsen, der das böse Wort von dem Hausmeiertum erfunden hatte, machte Bismarck den Vorwurf „einer für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit; er könne nur annehmen, daß die Vertiefung in die 2000 Jahre, die hinter uns liegen, ihm den Blick für die sonnenbeschienene Gegenwart getrübt habe“.

Damals war es, wo Rudolf v. Bennigsen, an der Zukunft des Liberalismus verzweifelnd, sein Mandat niederlegte, entschlossen, sich fortan der parlamentarischen Thätigkeit zu enthalten. Aber seine Parteigenossen fanden gerade hierin einen Antrieb zu erneuter Betonung ihrer nationalen Tendenzen, und unter Miquels Führung beschlossen sie jene berühmte „Heidelberger Erklärung“ vom 23. März 1884, in der sie für die Sozialpolitik des Reichskanzlers, für seine Steuerreform und seine Zollgesetzgebung eintraten; zu gleicher Zeit verschmolzen sich die Sezessionisten mit den Fortschrittlern zur freisinnigen Fraktion. Gegen diese Partei, gegen den Freisinn, hat Bismarck die heftigste Fehde geführt, der Ton wurde um so schärfer, je mehr Eugen Richter die leitende Stellung übernahm. Was auch geschah, was auch versucht wurde zum Ausbau des Reiches — immer hatte die Fortschrittspartei nur die öde Negation als Antwort, und mit besonderem Groll gedachte der Kanzler immer wieder des Berliner Fortschrittsringes, den er vergebens durch die Unterstützung der konservativ-antisemitischen Gegenströmung zu durchbrechen versuchte.

Es hat großer Mühe bedurft, ehe nur der Entwurf zum Unfallversicherungsgesetz im Reichstage zu stande kam; Kaiser Wilhelm selbst mußte zur Eile mahnen in einer Botschaft, in der er darauf hinwies, daß in seinem Lebensalter die Zeit, die er noch zur Lösung großer Aufgaben habe, nur noch kurz bemessen sei, daß ihm aber seine

kaiserliche Pflicht gebiete, kein Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen zu fördern. Erst am 27. Juni 1884 wurde das Unfallversicherungsgesetz angenommen, nachdem Fürst Bismarck in einer mächtigen Rede für dieses Gesetz eingetreten war. Er hatte gesagt:

Rede vom 15. 3. 1882.

Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne eine solche können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus. Es giebt ja Staaten, die sich vom Sozialismus so fern halten, daß Armengesetze überhaupt nicht bestehen; — ich erinnere Sie an Frankreich. Aus diesen französischen Zuständen erklärt sich ganz natürlich die Auffassung des ausgezeichneten Sozialpolitikers, den der Herr Abgeordnete Bamberger citierte, Léon Say; in diesem spricht sich eben die französische Auffassung aus, daß jeder französische Staatsbürger das Recht hat, zu verhungern, und daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu verhindern. (Hört, hört! rechts.) Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Atmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich thue aus eigenem Antriebe meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, solange ich hier das Wort nehmen kann. . . . Ich glaube, wir werden es noch erleben, daß man auf den heutigen Standpunkt, der sich noch mehr an die Zeitperiode der dreißiger Jahre anschließt, als an die wirkliche Realität des heutigen menschlichen Lebens, mit Achselzucken zurückblicken wird; jedenfalls werden unsere Kinder und Enkel für unsere heutigen Fraktionskämpfe nur ein Achselzucken haben und ihr Bedauern darüber aussprechen, daß unsere Zeit so gehandelt hat. Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der Sozialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar hingestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staatssozialismus genug treibt; er läßt ein Vakuum an einer Stelle, auf der er thätig sein sollte, und dieses wird von anderen, von Agitatoren, die dem Staat ins Handwerk pfuschen, ausgefüllt. Die Machtmittel, die auf diesem Gebiete zu finden sind, fallen in andere als staatliche Hände, und den Gebrauch, der gemacht wird, können wir doch nicht mit sicherer Ruhe abwarten.

Wenn Bismarck mit seinen sozialpolitischen Plänen eine erfolgreiche Bahn zurücklegte, so scheiterte er doch mit der Idee eines Tabakmonopols. Dieser Gedanke stieß in ganz Deutschland auf hartnäckigen Widerstand, vor allem waren die Tabakfabrikanten, die Händler und Tabakbauern gegen den Plan, der selbst von dem Volkswirtschaftsrat verworfen und von dem Bundesrat nur mit

geringer Mehrheit angenommen wurde. Auch die beredte Verteidigung, die Bismarck dem „Patrimonium der Enterbten" angedeihen ließ, trug keine Frucht, aber ebensowenig erfüllte sich die Hoffnung seiner Gegner, daß er an diesem Stein zerschellen werde. Er benutzte den Anlaß, um von neuem in scharfer Weise das Fraktionswesen zu geißeln und für das politische Leben den Satz als geltend hinzustellen: „Fraktion geht vor Reich, das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit." Von neuem führt er aus, daß er nur aus Pflichtgefühl in seiner Stellung beharre:

Rede vom 12. 6. 1882.

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubnis dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe.

Mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammenzustehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte — in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist.

Fürst Bismarck schloß mit den unvergeßlichen Worten:

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen! (Lebhaftes andauerndes Bravo rechts; wiederholtes Zischen links.)

Das Tabakmonopol wurde mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt und so nicht nur die Fortführung der sozialen Gesetzgebung gelähmt, sondern zugleich der Grund geschaffen für jene wenig glückliche Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung, deren Mängel noch heute fühlbar sind. Noch im Jahre 1889 hat Fürst Bismarck hieran erinnert, als er zweimal das Wort ergriff, um für die Altersversicherung, das letzte Vermächtnis seines alten Herrn, einzutreten.

Die Gehässigkeit, mit welcher die Mehrheit des Reichstages den Fürsten Bismarck verfolgte, hat sich niemals so deutlich gezeigt, als an jenem 15. Dezember des Jahres 1884, als man ihm den erbetenen Hilfsarbeiter für das Auswärtige Amt verweigerte. Dieser Tag fand ein Gegenstück nur in jenem anderen seltsamen Beschluß, da man dem Achtzigjährigen im Reichstag den Glückwunsch versagte. Zornig rief Bismarck dem Reichstage zu:

Rede vom 15. 12. 1884.

Im ganzen Ausland — kann ich mit einer gewissen Befriedigung sagen, die mir in der Heimat leider versagt ist — werden die Richtigkeit, die Zweckmäßigkeit, mein Verständnis zur Sache und meine Gewissenhaftigkeit allgemein anerkannt; hier werden sie in Zweifel gezogen, so oft ich amtlich dafür eintrete. Ich werde mich darüber zu trösten wissen — ich bedarf Ihrer Anerkennung nicht.

Jetzt aber wurde der Reichstag von dem Volke beschämt, in ganz Deutschland erhob sich ein Sturm der Entrüstung, ein Elberfelder Komitee sandte ihm sofort die für den Beamten geforderte Summe, und die Presse der ganzen Welt sprach das härteste Urteil über die Männer, welche um die Kosten für eine Politik feilschten, die so großen Segen gebracht. Der Entrüstungssturm wirkte, in der dritten Lesung wurde der Posten bewilligt.

Die Begeisterung, die damals durch ganz Deutschland zuckte, hat wenige Monate nachher ihr Seitenstück gefunden in dem Jubel, der an Bismarcks 70. Geburtstage das ganze Deutsche Reich, die ganze deutsche Welt durchhallte. Zahllose Gaben und Glückwünsche trafen ein, ein glänzender Fackelzug wurde ihm dargebracht, und vom

Kaiser traf mit einem Bilde Anton v. Werners, der „Verkündung des neuen deutschen Kaisertums zu Versailles“, folgendes Schreiben ein:

Mein lieber Fürst! Wenn sich in dem deutschen Lande und Volke das warme Verlangen zeigt, Ihnen bei der Feier Ihres 70. Geburtstages zu bethätigen, daß die Erinnerung an alles, was Sie für die Größe des Vaterlandes gethan haben, in so vielen Dankbaren lebt, so ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, Ihnen heute auszusprechen, wie hoch es mich freut, daß ein solcher Zug des Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht. Es freut mich das für Sie als eine wahrlich im höchsten Maße verdiente Anerkennung; und es erwärmt mir das Herz, daß solche Gesinnungen sich in so großer Verbreitung kund thun, denn es ziert die Nation in der Gegenwart und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An einer solchen Feier teilzunehmen ist mir und meinem Hause eine besondere Freude, und wünschen wir Ihnen durch beifolgendes Bild (die Kaiserproklamation in Versailles) auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung wir dies thun. Denn dasselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohenzollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern. Sie, mein lieber Fürst, wissen, wie in mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird! Ihnen sage ich daher mit diesem nichts, was ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was wir Ihnen zu danken haben. Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige ich diese Zeilen als, über das Grab hinausdauernd, Ihr dankbarer treu ergebener Kaiser und König

Wilhelm.

In freiwilliger Sammlung wurden $1^1/_2$ Millionen zusammengebracht, die Bismarckspende, aus der dem Fürsten als Angebinde das Stammgut Schönhausen gekauft wurde, während ein fast gleicher Betrag ihm für eine mildthätige Stiftung zur Verfügung gestellt werden konnte.

* * *

So wie Bismarck den ersten Schritt wagte auf das weite Feld der Sozialpolitik, so war er es auch, der den alten Gedanken des Großen Kurfürsten wieder aufnahm und in den Wettbewerb eintrat um das reiche Erbe der Welt; er war es, der eine deutsche Kolonialmacht zu begründen versuchte und trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihm vom Auslande her wie aus der Verständnislosigkeit der Fraktionen entgegenstellten, siegreich überwand. Bismarck war es, dem wir es verdanken, daß die deutsche Flagge in fernen Erdteilen weht, daß

der deutsche Name geachtet und angesehen ist, wo immer es Menschen giebt, daß dem deutschen Handel und Gewerbefleiß sich neue weite Gefilde eröffneten, daß dem Ueberschuß an Volkskraft sich die Möglichkeit erschloß, unter dem Schutz des Reiches auch in der Ferne zu weilen und nicht mehr wie bisher den „Kulturdünger“ für fremde Nationen zu liefern. Die Verständnislosigkeit der Fraktionen, die sich der Führung Bambergers überließen, zerstörte wohl anfangs die Hoffnungen, die Samoa erweckte, sie lähmte auch die freudige Thatkraft des Kanzlers, der noch im Jahre 1884 erklären mußte: „Vestigia terrent!“ Aber im Volke hatte die Anregung Wurzel geschlagen, und als der Kaufmann Lüderitz für seine Besitzung in Afrika den Schutz des Reiches erbat, fand er williges Gehör beim Kanzler, der unbekümmert um den englischen Einspruch die Anerkennung der deutschen Schutzherrschaft über Angra Pequena und Lüderitzland durchsetzte. Deutsche Schiffe wurden beauftragt, den Worten des Kanzlers Nachdruck zu verleihen. Nach London aber gingen so scharfe Noten, daß die englischen Minister es für gut fanden, ihre drohende Sprache aufzugeben und die deutschen Rechte willig anzuerkennen.

Der erste Schritt, den Fürst Bismarck unternahm, um die Verbindung der fernen Erdteile dem Mutterlande zu sichern und so die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausnutzung zu schaffen, war in der sogenannten Dampfervorlage gethan worden; es sollten Zuschüsse vom Reichstage bewilligt werden zur Einrichtung regelmäßiger Postdampfschiffahrten zwischen Deutschland und Ostasien. Herr Bamberger war es, der hier mit talmudistischer Beredsamkeit die Wege des Kanzlers durchquerte, obwohl Fürst Bismarck schon jetzt erklärte, daß es nicht seine Absicht sei, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen zu schützen in ihrer freien Entwickelung, sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Dem Vorwurf, daß er sich in eine abenteuerliche Politik stürze, begegnete der Kanzler mit den Worten:

Rede vom 14. 6. 1884.

Ich muß dann noch leider auf einige Worte kommen, die mir trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Herren beweisen, wie gering das Vertrauen ist, das Sie auf die Reichsregierung und persönlich auf meinen guten Willen und meine Einsicht setzen. Also der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, er wolle nicht, daß die Ehre des Reiches nach der Inspiration eines jeden abenteuerlustigen Deutschen engagiert werde; er

nimmt also an, daß das Deutsche Reich im allgemeinen in der Lage ist, daß der Beamte, der an seiner Spitze steht, die Ehre desselben engagieren würde — denn ohne denselben kann sie nicht engagiert werden — für einen jeden Abenteurer, der sich in fremden Meeren umhertreibt. Das ist doch wirklich eine Geringschätzung meiner Urteilsfähigkeit und Sachkunde, wie ich sie in ähnlicher Weise selbst von Herrn Bamberger bisher kaum gehört habe. Als ob es hinreichend wäre, daß ein abenteuernder Lump an mich schreibt, damit ich sofort mit der ganzen Schwerfälligkeit der deutschen Rasse für den Mann mich engagieren würde! Wenn Sie jemals einen solchen Narren von Reichskanzler haben, auf den diese Voraussetzungen des Herrn Bamberger passen, dann streichen Sie ihn und jagen ihn weg; das ist das Beste, was Sie thun könnten.

Die pessimistische Auffassung derer, die sich gegen die Belastung des Reiches wehrten, für Zwecke, deren Wert nicht erkennbar sei, ironisierte Bismarck durch die Erinnerung an die Entstehung der ersten Eisenbahn:

Rede vom 1. 12. 1884.

Als der Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Magdeburg projektiert wurde — es lag damals das nachherige Berlin-Anhalter Projekt vor und gleichzeitig ein Berlin-Leipziger und Berlin-Magdeburger —, da erklärte die damalige preußische Regierung, unter dem Einfluß des älteren Ministers v. Bodelschwingh, sie hätte ganz genau den gesamten Verkehr, den Post und Fracht zwischen Berlin und Magdeburg und Berlin und Leipzig bisher lieferte, festgestellt und hätte sich überzeugt, daß das Quantum von Verkehr, wie er überhaupt zwischen Berlin und den genannten Städten bestände, nicht eine einzige Eisenbahnlinie ernähren könnte (Heiterkeit rechts); sie müßte das Almosen, das von dem Herzog von Anhalt durch den Bau der Roßlauer Brücke gewährt worden sei, dankbar annehmen und daher einen Umweg von fünf Meilen machen, um nicht das Unternehmen mit diesem Brückenbau zu belasten. Infolgedessen sind wir, die älteren Herren werden das alles noch wissen, jahrelang von Berlin nach Dresden über Wittenberg, Roßlau, Köthen, Halle, Leipzig gefahren, den dreifachen Weg, — wir sind nach Magdeburg, der Hauptstadt meiner heimatlichen Provinz, über Wittenberg, Roßlau, Köthen gefahren. Und doch ist die Berechnung, die der Minister v. Bodelschwingh damals anstellte, ganz gewiß ebenso korrekt und vielleicht umfänglicher und genauer gewesen als diejenige der Thatsachen, die sich mir aufdrängten und die den überseeischen Schutz nicht von sich weisen ließen.

Dem ersten Schritt auf der Bahn der Kolonialpolitik folgten andere, auch über einige Küstenpunkte von Guinea wurde die deutsche Schutzherrschaft erstreckt und für Kamerun der Plan einer geordneten Verwaltung entwickelt. Immer wieder trat Bismarck für seine Pläne in gewaltigen Reden ein, indem er zugleich volle Aufklärung über die Umtriebe gab, die von englischer Seite aus die koloniale Ent-

wickelung Deutschlands zu stören drohten. So erklärte Bismarck in seiner Rede vom 10. Januar 1885:

Rede vom 10. 1. 1885.

Ich will zu dem, was einer der Herren Vorredner gesagt hat, indem er die Kolonialbildungen aus dem Gesichtspunkt der Auswanderung besonders befürwortete, doch hinzufügen, daß mir vor der Hand und nach der Genesis unserer Kolonien fast noch wichtiger die Gewinnung neuer Absatzmärkte für unsere Industrie ist, auch selbst für die kleinsten Industrien, wie sie gestern an dieser Stelle ein Abgeordneter aus Sachsen geltend machte, die ja kleinlich in ihrer äußerlichen Bezeichnung erscheinen können, die aber doch zu Hause, wo sie etabliert sind, eine ganze Menge Deutsche ernähren und mit lohnender Arbeit versehen.

Aus diesem Grunde bitte ich, auch die Kolonien nicht außer Augen zu lassen, die für Ansiedelungen deutscher Ackerbauer — ich meine also die tropischen Kolonien — nicht unmittelbare Aussicht bieten, sondern nur dafür, daß wir von den Küstenpunkten aus, die wir okkupiert haben, Wege nach Absatzgebieten finden und Verbindungen für Absatz unserer deutschen Industrieprodukte aller Art anzuknüpfen im stande sind.

. . . Ich möchte Ihnen nochmals ans Herz legen, daß für die kaiserliche Regierung eine wirksame Unterstützung dieser Unternehmungen, eine wirksame Fruktifizierung der Bewegung, welche die deutsche Nation in der Richtung erfaßt hat, ganz unmöglich ist, wenn sie nicht vom Reichstage eine freie, von einer gewissen nationalen Begeisterung getragene Unterstützung hat. Wenn wir den Reichstag bitten, quälen, beweiskräftig demonstrieren müssen und doch jede Mark, die wir verlangen, vom Plenum in die Kommission und von der Kommission ins Plenum geschickt wird, wenn wir sehen, daß der Reichstag für diese Dinge überhaupt kein Herz hat in seiner Majorität, daß er der Regierung die spontane, freiwillige Unterstützung nicht gewährt, deren sie bedarf, daß er die Regierung nicht trägt, sondern sie zurückhält, wie er sie zurückhalten kann — dann müssen wir das aufgeben.

Wir haben schon mal an der afrikanischen Küste zur kurbrandenburgischen Zeit Ansiedelungen gehabt — in der Zeit der Gamaschen und Perücken sind sie aufgegeben und verkauft worden; und wenn Sie der Regierung nicht mehr Unterstützung entgegenbringen, so ist es besser, wir schreiten zu demselben Liquidationsverfahren so früh wie möglich und machen dem Lande keine unnützen Kosten und Hoffnungen, die wir ohne Ihr freiwilliges Entgegenkommen und Ihren Beistand nicht erfüllen können.

Als dann Windthorst einwandte, Deutschland sei rings von Feinden umgeben, es könne also nicht auch noch die Lasten einer schweren maritimen Rüstung tragen, hielt ihm Bismarck entgegen:

Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen. (Bravo!) Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiete sehr dankbar sein; vielleicht ist

mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen. (Heiterkeit.)

Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen, in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte. . . .

Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen; das Gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen, seit der Zeit vor 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden wie heute. Es ist das das Ergebnis einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ihrerseits ebenso hoch zu schätzen weiß wie wir; beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität giebt als einen deutsch-französischen Krieg.

. . . Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein: „Britannia rules the waves", etwas verwunderlich aufsieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indes von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise geteilt.

Ich glaube, daß wir auch mit der englischen Regierung in Beziehungen leben und leben werden, die den Satz des Herrn Vorredners, den er brauchte, um die Folgen der Bewilligung recht schrecklich darzustellen, den Satz, daß wir von Feinden umgeben sind, vollständig unanwendbar machen auf diese augenblickliche Situation. Wir sind von Freunden umgeben in Europa!

Den Reichstag trieb der Kanzler zur Eile mit den Worten:

Indessen geht die Uhr der Welt vorwärts, und Sie sitzen hier als Hofkriegsrat und ich als Feldmarschall Daun. (Heiterkeit rechts.) Unterdessen werde ich geschlagen, wenn ich mich dazu hergebe, Ihr Daun zu sein. Das werde ich aber nicht. (Lebhaftes Bravo rechts.) Kurz und gut, ich muß meinerseits die Mitwirkung an diesen weiteren Hofkriegsberatungen in den Kommissionen ablehnen. Ich will die Mitschuld daran nicht tragen.

Forderungen für die westafrikanischen Besitzungen führten zu erneuten ernsten Debatten und zu einer Anzahl der glänzendsten Reden, die Fürst Bismarck jemals gehalten hat. Wieder handelte es sich um die Einrichtung von Verwaltungsstationen. Die Gegensätze der Parteien stießen hart aufeinander, und obwohl die Regierung nur ein paarmal hunderttausend Mark gefordert hatte, stellte sich doch der Abgeordnete Eugen Richter auf die Seite Englands. Wenige Tage vorher hatte Lord Granville im Oberhause dem Uebelwollen

des englischen Volkes über Deutschlands Kolonialpolitik offenen Ausdruck gegeben mit gehässigen Angriffen gegen den deutschen Kanzler, der in der ägyptischen Frage die englische Politik angeblich übel beraten habe. Indem Fürst Bismarck dem englischen Eigennutz und der englischen Verlogenheit gründlich den Text las, redete er zugleich dem Reichstage ins Gewissen. Er schickte seinen Sohn, den Grafen Herbert Bismarck, nach London, um die von englischer Seite in der Südsee wie in Afrika bereiteten Hindernisse durch beschleunigte Unterhandlung aus dem Wege zu räumen; er gewann durch seine freimütigen Erklärungen die beste Grundlage für die diplomatische Aktion. Nur unscheinbar hob die denkwürdige Rede an, um alsbald mit stolzer Kraft das Ausland zu meistern und zum Schluß in einem ergreifenden Appell an das nationale Gewissen auszuklingen:

Rede vom 2. 3. 1885.

Ich habe, führte Bismarck aus, den Eindruck gehabt, daß durch das Volk selbst ein frischer kolonialer Zug ging; aber ich habe nicht gefunden, daß er in der Majorität des Reichstags Wiederklang gefunden hätte. Ich verlange keine „Schützenhausstimmung“, wie das hier geringschätzig bezeichnet worden ist; aber eine gewisse tiefe Ueberzeugung, die entschlossen ist, die Regierung zu tragen und zu stützen, allen Ansprüchen und Schwierigkeiten gegenüber, die ihr vom Auslande auf diesem Wege entgegentreten, — die müssen wir haben, meine Herren. Wenn das nicht der Fall ist, wenn die Unterstützung übers Jahr ebenso matt, ebenso lau ist, dann, glaube ich, muß ich den verbündeten Regierungen raten, auch diesen Versuch als einen verfehlten zu behandeln, ihn — wie ich mich schon früher ausdrückte — zu den Akten „Samoa“ zu legen und abzuwarten, ob vielleicht ein Nachfolger von mir diesen dritten Teil der sibyllinischen Bücher wiederum der deutschen Nation anzubieten im stande sein werde.

Nachdem dann Bismarck die englische Anmaßung und die schreibselige Ratlosigkeit der britischen Minister zurückgewiesen, schloß er mit den begeisternden Worten:

Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den

deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, respektive niederzustimmen. (Lebhaftes Bravo.)

Der Reichstag nahm die Vorlage an, die Verstimmung mit England aber wurde durch den Grafen Herbert beigelegt, und am 6. März entschuldigte sich Lord Granville im Oberhause öffentlich wegen seiner Aeußerungen, durch die er die Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie verdächtigt hatte; 6 Tage darauf begrüßte sogar Gladstone im Unterhause Deutschland als Genossen Englands auf dem Gebiete der civilisatorischen Bestrebungen. Wenige Tage aber darauf zwang die Bemerkung eines Klerikalen gegen Bismarcks Aeußerung vom Völkerfrühling den Kanzler zu erneuter Antwort:

Rede vom 16. 3. 1885.

Ich habe mir neulich gestattet, eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu citieren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling" gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling" mehr verstanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen, so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen: — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Ueberzeugung, daß diese — ich möchte sagen — „chirurgische Operation" zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war: sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als „ein einig Volk von Brüdern" den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebte mir als „Völkerfrieden" vor; daß wir darauf die deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling" vor. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenige Jahre nach dem großen Siege vor. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki" verstand: Der alte deutsche Erbfeind, der Parteihaber, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Par-

lamente, und wir sind angekommen in einem Zustande unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstag aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn er mit seiner Lockstimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links. Erneuter lebhafter Beifall rechts. — Beifallklatschen auf den Tribünen.)

Auch am folgenden Tage hielt Bismarck eine gewaltige, das nationale Gefühl aufregende Rede. Dem Abgeordneten Richter hielt er entgegen:

Rede vom 14. 3. 1885.

Wie der Herr Abgeordnete über nationale Dinge denkt, das kam in einer Weise heraus, über die ich — weil sie ein so klares Schlaglicht auf seine Denkungsweise wirft — eine gewisse Befriedigung bei mir nicht unterdrücken konnte. Er sagte: je öfter die nationale Frage aufgeworfen wird —. Ja, für den Herrn Vorredner ist also unsere nationale Sache eine Sache, die wohl gelegentlich mal aufgeworfen und dann besprochen wird; dann fängt man an, sich seiner Nationalität zu erinnern, und dann wird man national. Für mich, meine Herren, ist es eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf und die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das bißchen Atem zu setzen, das mir noch übrig bleibt. Das ist eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande, die sich bei dem Herrn Abgeordneten Richter ab und zu einzustellen pflegt; sie stößt ihm ab und zu auf, und dann geht er darauf ein.

Dem Abgeordneten Windthorst aber rief Fürst Bismarck zu:

Der Herr Abgeordnete tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen.“ Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben; ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für niemand kränkenden Weise gethan, und der Herr Abgeordnete kann mir durchaus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können.“ Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegenteil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde — oder Bruderkrieg, wie Sie wollen — aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Oesterreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den 30jährigen

Krieg, Sie haben den schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und die Ghibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne feste Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwickelung. Aber daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866 — allerdings blutig — anbrach. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn wir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch des Herrn von Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja heute schon mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, l egt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange, aber nichtsdestoweniger, wenn wir in dem Buche von Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben; keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien streiten konnten, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn nicht möglich sein, daß wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß man in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Bessern gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschingerleser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation. In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel notwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! Ich habe zu der deutschen Nation

und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier mit einander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde. Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten.

Dieselben nationalen Aspirationen, die in Bismarcks Kolonialpolitik zu Tage traten, bethätigte er auch in dem Kampfe gegen das polnische Element, den er schon am Anfang seiner Laufbahn aufgenommen hatte. Schon am 18. März 1867 rief er ihnen zu:

Rede vom 18. 3. 1867.

Verzichten Sie darauf, diesem Phantom nachzujagen, vereinigen Sie sich mit uns, vereinigen Sie sich mit der Mehrzahl Ihrer polnisch sprechenden Brüder in Preußen, mit den polnischen Bauern an der Teilnahme, an den Wohlthaten der Civilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den Norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt, beteiligen Sie sich ehrlich am gemeinsamen Werk, und Sie werden unsere Hand offen finden, und wir werden Sie mit Freuden als unsere Brüder und Landsleute in unserer Mitte begrüßen.

Der hohen Versammlung aber in ihrer deutschen Mehrzahl möchte ich dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen halten, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer mächtiger Staat, geleitet von einem tapferen, kriegerischen und gewiß auch einsichtigen Adel gelangen kann, wenn er die Freiheit des Einzelnen höher stellt, als die Sicherheit nach außen, ich will nicht sagen als die Einheit, — wenn die Freiheit des Individuums als eine Wucherpflanze die allgemeinen Interessen erstickt!

Daß der Kulturkampf von dem Fürsten Bismarck wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Polenfrage aufgenommen wurde, hat er noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" bezeugt.

Fürst Bismarck stand auf dem Standpunkte, daß das polnische Element im Osten mit aller Kraft zurückzudrängen sei, er stellte die polnische Gefahr als gleichwertig hin mit der sozialdemokratischen, und er nahm keinen Anstand, zu Gunsten des Deutschtums selbst zu den härtesten Maßregeln zu schreiten.

Daß er im Jahre 1885 sich gezwungen sah, zahlreiche russische und österreichische Polen auszuweisen, erregte den Zorn nicht nur der polnischen Fraktion, sondern auch der Klerikalen und ihrer freisinnigen und welfischen Freunde. Obwohl die polnische Frage lediglich Preußen und somit auch nur den preußischen Landtag anging, zog dennoch der Reichstag unter Windthorsts Führung diese Frage vor

sein Forum, jedoch nur um eine feierliche Ablehnung von König Wilhelm selbst zu empfangen, der jede Kontrolle des Reichstages über die Handhabung seiner Landeshoheitsrechte energisch zurückwies. Im Landtage aber, für den die Thronrede eine Reihe positiver Maßregeln zur Sicherung der deutschen Bevölkerung im Osten angekündigt hatte, bot eine der Auffassung Bismarcks zustimmende Resolution des Abgeordneten Achenbach dem Reichskanzler Gelegenheit, seine Auffassung in einer groß angelegten und durchgeführten Rede darzulegen.

Rede vom 28. 1. 1886.

Die Zeit der Ruhe ist auf polnischer Seite keine Zeit der Versöhnung und des Einlebens gewesen, und das Eigentümliche ist, daß in diesem Kampf nicht etwa, wie man im Auslande vielfach glaubt und wie unsere Optimisten meinen, die deutsche Bevölkerung die Siegerin ist und der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt; die polnische Bevölkerung macht ganz zweifellose Fortschritte, und man fragt sich, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von seiten der Regierung hat, möglich ist. Ja, meine Herren, vielleicht lehrt das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von seiten der Opposition haben, stärker ist wie dasjenige, was die Regierung nach der heutigen Verfassung leisten kann; aber die Thatsache, daß die Polen von sich sagen können: vexilla regis prodeunt, unsere Fahnen rücken vor, — die ist ja ganz unzweifelhaft. . . .

Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren; im Gegenteil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, das heißt eine einseitige Verschärfung auf der polnischen Seite. Der Entwickelung derselben kam die Eigentümlichkeit des deutschen Charakters in manchen Hinsichten entgegen, einmal die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, eine Art von Neid, mit dem unsere Landsleute denjenigen betrachten, der im Auslande gelebt und gewisse ausländische Allüren angenommen hat, und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war (hört! hört! rechts), endlich die eigentümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren (Heiterkeit) und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner, kurz und gut etwas derart zu werden.

Unser Eindruck ist nach alledem, in Erwägung all der Erlebnisse, die ich mich bemüht habe zu rekapitulieren, derjenige gewesen, daß das Bestreben, die polnische Bevölkerung, wenigstens deren Führer, den polnischen Adel, für die preußischen Staatsideen wohlwollend zu gewinnen, ein Mißgriff gewesen ist, ein Irrtum, dem wir auf die Initiative des hochseligen Königs 45 Jahre gefolgt sind, von dem uns loszusagen aber wir für

unsere Pflicht gegen unser Land und Deutschland halten (Bravo! rechts), und deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung möglichst bessern zum Vorteil der Deutschen, um, wie der General Grolmann 1832 sagte, sichere Leute, die am preußischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen.

Es kann ja auch sein, daß unsere inneren Verwickelungen den verbündeten Regierungen die Notwendigkeit auferlegen, ihrerseits — und Preußen an ihrer Spitze — danach zu sehen, ne quid detrimenti res publica capiat, die Kraft einer jeden einzelnen unter ihnen und den Bund, in dem sie miteinander stehen, nach Möglichkeit zu stärken und sich, soweit sie es gesetz- und verfassungsmäßig können, von der Obstruktionspolitik der Reichstagsmajorität unabhängig zu stellen. (Hört! Hört! rechts.) Ich gehöre nicht zu den Advokaten, noch nicht zu den Advokaten einer solchen Politik, und sie läuft meinen Bestrebungen aus den letzten Jahrzehnten im Grunde zuwider. Aber ehe ich die Sache des Vaterlandes ins Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Seiner Majestät dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Ratschläge geben und auch für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich wenigstens werde bereit sein, zu leiden, was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewissermaßen, ähnlich wie das in unseren westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Teil der Fall ist, das Erbe einer großen Zeit und die Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Friktionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegenzuwirken. Einstweilen bin ich dankbar für das Entgegenkommen, das ich durch den Antrag, über den wir verhandeln, in dieser Versammlung gefunden habe, und Sie können darauf rechnen, daß wir in gegenseitigem Vertrauen mit Ihnen Hand in Hand gehen werden. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Zischen links und im Centrum.)

Auch in späteren Jahren, nach seiner Entlassung, stand Fürst Bismarck treu auf der Wacht gegen die Polen. Als die Bewohner der Provinz Posen huldigend nach Varzin kamen, da rief er ihnen zu:

Rede vom 16. 9. 1894.

Wir stehen in nationaler Beziehung 48 Millionen deutsche Germanen 2 Millionen Polen gegenüber, und daß in einem solchen Verbande die Wünsche der zwei Millionen für die übrigen 48 Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsbestimmungen gestellt sind. Wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß, aber beides niemals. Wir werden uns nach dem Kaiserwort schlagen bis auf den letzten Mann, ehe wir das Elsaß aufgeben, diese Deckung für unsere süddeutschen Landesteile. Wir singen: „Fest steht und treu die Wacht am Rhein", aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso.

(Lebhaftes Bravo.) Wir können nach keiner von beiden Seiten hin auch nur einen Morgen Landes missen. Es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale der beiden Nationen, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch mit einer für die Zukunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt. Vestigia terrent kann man sagen, wenn von 1848 in Deutschland die polnische Nation und deren Pflege (nein nicht 48, 31 meine ich) mehr in den Vordergrund tritt als die des Deutschtums. Der alte, ich möchte sagen, kindliche Polenkultus wäre jetzt nicht mehr möglich, wie er in meiner Jugendzeit herrschte, wo man uns in der Singstunde polnische Lieder lehrte, allerdings zugleich mit der Marseillaise. Also der polnische Edelmann, eins der reaktionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat, war hier zusammengethan mit der französischen Revolution und der Liberalismus durch den Mangel an politischem Blick mit der Sache der Polen. Das saß bei den Bürgern, ich habe die Berliner besonders im Auge, damals sehr tief. Wenn Sie heute die Gesamtheit Ihrer 48 Millionen deutscher Landsleute fragen und deren Urteil mit dem vergleichen, was zur Zeit der Platenschen Polenlieder in den deutschen Herzen spukte, so können Sie doch die Hoffnung nicht aufgeben auf weitere Entwickelung im deutschen Sinne. Es ist noch ein, wenn auch langsamer Fortschritt zu verzeichnen mit Rückschritten, als wenn man einen sandigen Berg hinaufsteigt, oder in der Lava des Vesuvs einherschreitet. Oft gleitet man wieder zurück, aber im ganzen kommt man doch vorwärts, und je stärker sich unser Nationalgefühl entwickelt, desto stärker wird Ihre Stellung werden.

Und zu den Westpreußen sprach Bismarck acht Tage später:

Rede vom 23. 9. 1894.

Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Sozialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt. Ich spreche nur in der Hoffnung, bei unseren deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisierung und das polnische Junkertum zu bekämpfen und auszurotten, und meine deutschen Landsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen, viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter früher geschehen ist. . . . Wir könnten ohne den Adel und die Geistlichkeit mit der Masse der polnischen Bevölkerung vollkommen im Frieden leben; sie würde für die Wohlthaten eines gesetzmäßig lebenden Staates, für die Möglichkeit, auch gegenüber den stärksten Magnaten Recht zu finden, dankbar sein. Sie verlangen nicht mehr; sie sind auch nicht offensiv gegen das Deutschtum. Offensiv ist nur der Adel, und das Deutschtum hat sich bisher gegen diese Angriffe immer defensiv verhalten. . . . Wir sollten nicht bloß dem König gegenüber, sondern auch unseren Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bittern Reden in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge haben, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist. Für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den Um-

sturz des Bestehenden. Wir können unsererseits den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht vertragen. Wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben.

Zahllos wie die Schwierigkeiten im Innern waren auch die Mühen, die für Bismarck seine Thätigkeit in der auswärtigen Politik heraufbeschwor. Schon in den siebziger Jahren hatte Gortschakow sich bemüht, selbst gegen den Wunsch und Willen seines Souveräns Mißverständnisse zwischen Rußland und Deutschland zu erwecken; vor allem war er seit dem Berliner Kongresse bestrebt, die russische Politik in das französische Fahrwasser zu leiten. Der Tod des Zaren Alexanders II., der den Dynamitbomben feiger Mörder zum Opfer fiel, schien bei den Familienbeziehungen des neuen Zaren zu dem dänischen Hofe seine Hoffnungen noch zu bestärken. Indessen kam es bald nach der Thronbesteigung Alexanders III. zu einer freundschaftlichen Zusammenkunft der beiden Monarchen in Danzig, während gleichzeitig an der Stelle des intriganten Gortschakow der ruhige und zuverlässige Giers die Leitung des russischen Auswärtigen Amtes übernahm. Auch Fürst Bismarck fand sich in Danzig ein und wurde von dem Zaren in besonderer Weise ausgezeichnet. Trotzdem feierte in Rußland, angeregt durch die Thatsache, daß in Frankreich Gambetta an die Spitze der Regierung trat, auch weiterhin der deutsch-feindliche Panslawismus seine Orgien; es war vor allem General Skobelew, der die Leidenschaften durch wilde Reden entzündete. Doch war der Zar von der deutschen Friedensliebe und der Notwendigkeit, mit dem westlichen Nachbar im Einvernehmen zu bleiben, so tief überzeugt, daß er Skobelew verbannte und Gortschakow sowie den deutschfeindlichen Minister Ignatiew entließ. Im November weilte Giers in Varzin, um von dort auch zu einem kurzen Besuch nach Wien zu reisen. So stand die nächste Zeit wieder unter dem Zeichen der Dreikaiserpolitik. Auch im nächsten Jahre traf der russische Minister zum Besuch beim Fürsten Bismarck ein. Da zogen von neuem dunkle Schatten aus dem Orient herauf. Prinz Alexander von Battenberg war im April 1879 zum Fürsten gewählt worden, er hatte siegreich gegen die Serben gekämpft, aber er wurde am 21. August 1886 durch eine von Rußland angezettelte Militärverschwörung seiner Krone beraubt und gezwungen, Bulgarien zu

verlassen. So tief auch die Sympathien in Deutschland für den vertriebenen Fürsten waren, so ließ sich Fürst Bismarck dennoch nicht beirren. Seine Meinung über die Notwendigkeit, mit Rußland günstige Beziehungen aufrecht zu erhalten, hat er in all den Jahren nach seiner Entlassung mit nachhaltigem Eifer betont, zumal als durch die kindliche Politik des Herrn v. Caprivi der Neutralitätsvertrag gekündigt und Rußland gewaltsam in die Arme Frankreichs getrieben worden war. Auch in seinem nachgelassenen Werke stellte er die gleichen Grundsätze auf:

Ged. u. Er. II.

Zwischen Deutschland und Rußland existieren keine Verschiedenheiten der Interessen, welche die Keime von Konflikten und eines Bruches unabweislich in sich trügen. Dagegen gewähren die übereinstimmenden Bedürfnisse in der polnischen Frage und die Nachwirkung der hergebrachten dynastischen Solidarität im Gegensatz zu den Umsturzbestrebungen Unterlagen für eine gemeinsame Politik beider Kabinette. Dieselben sind abgeschwächt worden durch eine zehnjährige Fälschung der öffentlichen Meinung seitens der russischen Presse, die in dem lesenden Teile der Bevölkerung einen künstlichen Haß gegen alles Deutsche geschaffen und genährt hat, mit dem die Dynastie rechnen muß, auch wenn der Kaiser die deutsche Freundschaft pflegen will. Es ist nicht die Aufgabe des deutschen Reichs, seine Unterthanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über die Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist.

Direkte Bedrohung des Friedens zwischen Deutschland und Rußland ist kaum auf anderem Wege möglich, als durch künstliche Verhetzung oder durch den Ehrgeiz russischer oder deutscher Militärs von der Art Skobelews, die den Krieg wünschen, bevor sie zu alt werden, um sich darin auszuzeichnen. Es gehört ein ungewöhnliches Maß von Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands dazu, um zu glauben und zu behaupten, daß die deutsche Politik von aggressiven Tendenzen geleitet worden sei, indem sie das österreichische und dann das italienische Defensivbündnis abschloß. Die Verlogenheit war mehr polnisch-französischen, die Dummheit mehr russischen Ursprungs. Polnisch französische Gewandtheit hat auf dem Felde der russischen Leichtgläubigkeit und Unwissenheit den Sieg über den Mangel solcher Gewandtheit davongetragen, in dem je nach den Umständen eine Stärke oder Schwäche der deutschen Politik liegt. In den meisten Fällen ist eine offene und ehrliche Politik erfolgreicher als die Feinspinnerei früherer Zeiten, aber sie bedarf, wenn sie gelingen soll, eines Maßes von persönlichem Vertrauen, das leichter zu verlieren als zu erwerben ist.

Auch in seiner großen Rede am 6. Februar 1888 sprach es Bismarck aus, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien den Russen zufallen müsse, daß eine loyale deutsche Politik sich nur an die Bestimmungen des deutschen Vertrages zu halten habe.

So gewann Bismarck sich das volle Vertrauen der europäischen Mächte, und er erfuhr auch, als er zur Teilnahme an der Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice seinen greisen Herrn begleitete, daß Rußland und Oesterreich in gleicher Weise seine Friedensliebe anerkannten. Und doch begann bald darauf das Verhältnis zu Rußland sich zu trüben, die panslawistische Presse gewann in Petersburg immer größeren Einfluß, und selbst der Zar wurde von Mißtrauen gegen Bismarck erfüllt. Es sollte nicht lange dauern, bis die Gründe hierfür zu Tage kamen; im September 1887 unterließ Zar Alexander den Besuch, den er von Kopenhagen aus in Berlin beabsichtigt hatte; erst im November kam er auf einen Tag in die deutsche Reichshauptstadt und gewährte dem Fürsten Bismarck, der auf Befehl des Kaisers sofort nach Berlin gekommen war, eine mehr als einstündige Audienz. Hier erklärte der Zar dem Fürsten gegenüber mit voller Offenheit, daß er aus einer Reihe von Dokumenten und Depeschen, namentlich aus einer Depesche des Prinzen Reuß in Wien, den Eindruck gewonnen habe, daß Bismarck in den orientalischen Fragen ein Doppelspiel treibe, indem er heimlich für andere Staaten und nur scheinbar für Rußlands Interessen thätig sei. Da erklärte Bismarck dem Kaiser rundweg, daß man es gewagt habe, ihn auf das schnödeste zu betrügen. Mit lebhafter Empörung erklärte der Kanzler: „Majestät, wenn man Ihnen solche Note als von mir herrührend vorgelegt hat, so hat man Sie betrogen; ich habe dergleichen nie geschrieben, und Aehnliches hat mir auch mein Botschafter nie berichtet.“ Der Zar glaubte dem Staatsmann und nannte ihm auch sofort die Quellen, aus denen ihm die gefälschten diplomatischen Aktenstücke zugeflossen waren. Die Wurzel führte zurück auf eine orleanistische Intrigue. Ein amtliches öffentliches Rundschreiben sprach es alsbald aus, daß kein Grund zu einem Bruche zwischen den beiden Ländern vorhanden sei; Fürst Bismarck habe die vollständigste Neutralität in der bulgarischen Frage ausgesprochen und aus der Unterredung habe sich ergeben, daß alle Mißverständnisse lediglich auf Preßhetzereien zurückzuführen seien. Bismarck behielt dauernd das Vertrauen des Zaren.

Ged. u. Er. II. Ich habe mich stets bemüht, nicht nur die Sicherstellung gegen russische Angriffe, sondern auch die Beruhigung der russischen Stimmung und den Glauben an den inoffensiven Charakter unserer Politik zu pflegen. Es ist mir auch bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amte vermöge des persönlichen Vertrauens, das Kaiser Alexander III. mir schenkte, stets gelungen, dem Mißtrauen die Spitze abzubrechen, das wiederholt durch fremde und einheimische Entstellungen und gelegentlich durch diesseitige militärische Unterströmungen in ihm erregt wurde. Er hat mir, als ich ihn auf der Danziger Rhede zum erstenmale als Kaiser sah, und bei allen späteren Begegnungen auch trotz der über den Berliner Kongreß verbreiteten Lügen und trotz der Kenntnis des österreichischen Vertrags ein Wohlwollen bewiesen, das in Skierniewice und in Berlin zum authentischen Ausdruck kam und darauf beruhte, daß er mir glaubte. Selbst die durch ihre unverschämte Dreistigkeit eindrucksvolle Intrigue mit gefälschten Briefen, die ihm in Kopenhagen zugesteckt worden waren, wurde durch meine einfache Versicherung sofort unschädlich gemacht. Ebenso gelang es mir bei der Begegnung im Oktober 1889, die Zweifel, die er wieder aus Kopenhagen mitgebracht hatte, zu zerstreuen bis auf den einen, ob ich Minister bleiben würde. Er war wohl besser unterrichtet als ich, als er die Frage an mich richtete, ob ich meiner Stellung bei dem jungen Kaiser ganz sicher sei. Ich antwortete, was ich damals dachte, daß ich von dem Vertrauen Kaiser Wilhelms II. zu mir überzeugt sei und nicht glaubte, daß ich jemals gegen meinen Willen würde entlassen werden, weil Seine Majestät bei meiner langjährigen Erfahrung im Dienste und bei dem Vertrauen, das ich mir in Deutschland sowohl wie bei den auswärtigen Höfen erworben hätte, in meiner Person einen schwer zu ersetzenden Diener besäße. Der Kaiser gab seiner großen Genugthuung über meine Zuversicht Ausdruck, wenn er sie auch nicht unbedingt zu teilen schien.

Fürst Bismarck hat im Dezember die ganze ihm vom Zaren anvertraute Sammlung gefälschter Schriftstücke abdrucken lassen, sie führten hin auf ein ganzes Nest von internationalen Verschwörern, deren Mittelpunkt Brüssel gewesen zu sein scheint. Schwieriger noch als zum Zaren gestalteten sich zeitweise die Beziehungen zu Frankreich; hier flammte noch immer der Chauvinismus, der Gedanke an die Revanche beherrschte alle Gemüter. Er führte sogar so weit, daß man die Regeln der internationalen Höflichkeit vergaß und den König Alphons von Spanien, nur weil er den Kaiser Wilhelm besucht hatte und von ihm zum Chef eines preußischen Ulanenregiments ernannt war, bei der Durchreise durch Paris auf das schnödeste beschimpfte. Die Beziehungen spitzten sich am schärfsten zu, als der General Boulanger französischer Kriegsminister wurde und durch künstliche Entfesselung der Leidenschaften und stetigen Hinweis auf die Notwendigkeit der Revanche sich den Weg zur Diktatur zu bahnen suchte. Unter dem Einfluß dieser Stimmung

wurde dem Reichstag der Entwurf eines neuen Wehrgesetzes vorgelegt, da die sieben Jahre des Septennates soeben abliefen. Die Friedensstärke des deutschen Heeres wurde unter dem Hinweis auf die Rüstungen der Nachbarstaaten auf 468 000 Mann festgestellt. Während aber zur nämlichen Zeit der Militärausschuß der französischen Kammer sich bestrebte, die Vorschläge Boulangers auf Verstärkung der Armee nach Möglichkeit zu beschleunigen, schob die Reichtagsmehrheit die Durchberatung und die Fertigstellung des Gesetzes von Tag zu Tag hinaus und bemühte sich zugleich, die geforderte Zahl von Bataillonen und Mannschaften herabzudrücken sowie die Geltungsdauer der Bewilligungen auf drei Jahre festzusetzen. Sogar Papst Leo trat, von Bismarck angeregt, bei dem Centrum für die Bewilligung des Septennates ein; aber die Windthorst und Genossen unterschlugen der Oeffentlichkeit das päpstliche Schreiben, und auf dem Kölner Katholikentage hat sich dann der kleine Welfe, wie er selbst erzählte, „mit Gottes Hilfe glücklich durchgelogen“. Bismarck suchte einen Konflikt zu vermeiden und trat unter eingehender Darlegung der Verhältnisse für die Vorlage ein. Er wies auf die langen Jahre hin, in denen er den Frieden erhalten habe, kriegerische Neigungen lägen ihm auch jetzt fern; aber er habe manche starke Gegenströmung überwinden müssen. Deutschland brauche ein starkes Heer, das die eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicherzustellen vermöge. Die Vorlage sei nicht auf Rußland berechnet, von dessen Seite man weder einen Angriff noch eine feindselige Politik fürchte. Mit besonderer Ironie wies der Kanzler darauf hin, daß dieselben Leute, die jetzt die Mittel zur Kriegsführung versagen wollten, eben erst auf das eifrigste gehetzt hätten, um Bulgariens willen Deutschland in Händel mit Rußland zu verstricken:

Rede vom 11. 1. 1887.

Nun, meine Herren, als ich das gelesen habe, ich muß sagen, hat es mir zunächst den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrats vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen (große Heiterkeit), und es hat mich damals auch wenig verdrossen; wir waren ja die Herren, zu thun und zu lassen, was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen solchen Aufwand von Pathos in der deutschen Presse zu finden, um uns womöglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich diese Deklamationen

zuerst las — sie sind zum Teil weinerlich, zum Teil pathetisch, — so fiel mir unwillkürlich die Scene aus „Hamlet" ein, wo der Schauspieler deklamiert und Thränen vergießt über das Schicksal von Hekuba — wirkliche Thränen, — und Hamlet sagt — ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Virchow das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat, den Ausdruck von „Schuft" —: „Was bin ich für ein Schuft?" oder benutzt er ein anderes Beiwort? — kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Hekuba?" — Das fiel mir damals sofort ein. Was sollen diese Deklamationen heißen? Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgiltig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird, — das wiederhole ich hier; ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. (Bravo! rechts.) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeit rechts.) . . .

Nach Frankreich gewendet, erklärte der Kanzler:

Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es giebt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele giebt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populär ist. Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir recht geben, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind. Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche zu unterhalten. Die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: ne parlez jamais de guerre, mais pensez-y toujours! — und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen. . . .

Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung, als die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher. Diese Ueberzeugung kann beruhen auf Bündnissen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß solche Bündnisse stattfinden werden; es ist eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu streben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündnisse zu haben, wenn dies eintritt. Ich will bloß das Duell zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen. . . .

Wenn aber die Sachen so zweifelhaft sind nach dem Urteil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menschlicher

Berechnung vorhanden ist, daß wir geschlagen werden können, — ja, meine Herren, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Votum tragen könnte.

. . . Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, — wie die Franzosen sagen: saigner à blanc, d. h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsraison und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rate zögen, wie das kriegführende Frankreich das gewohnt ist, 1870 ebenso gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der Fremdherrschaft im Lande angehört hätten, — ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht, wann — in seinen Wirkungen für Frankreich. (Bravo!) Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner à blanc.

Drei Tage hintereinander trat Fürst Bismarck für die Militärvorlage ein, so daß später Kaiser Friedrich wohl an ihn schreiben konnte, daß er stets der beste Förderer der Armee gewesen sei:

Charlottenburg, 25. März 1888.

Ich gedenke mit Ihnen, mein lieber Fürst, der heute abgelaufenen 50 Jahre, welche verstrichen sind, seitdem Sie in das Heer eintraten, und freue mich aufrichtig, daß der Garde-Jäger von damals mit so viel Zufriedenheit auf dieses abgelaufene halbe Jahrhundert zurückblicken kann. Ich will mich heute nicht in lange Auseinandersetzungen über die staatsmännischen Verdienste einlassen, welche Ihren Namen für immer mit unserer Geschichte verflochten haben. Aber das Eine muß ich hervorheben: daß wo es galt, das Wohl des Heeres, seine Wehrkraft, seine Schlagfertigkeit zu vervollkommnen, Sie nimmer fehlten, den Kampf auszufechten und durchzuführen. Somit dankt Ihnen das Heer für erlangte Segnungen, die es Ihnen niemals vergessen wird, und an der Spitze desselben der Kriegsherr,

Ged. u. Er. II

der erst vor wenigen Tagen berufen ist, diese Stellung nach dem Heimgang dessen einzunehmen, der unausgesetzt das Wohl der Armee auf dem Herzen trug.

Ihr
wohlgeneigter
Friedrich.

Um des Heeres willen stürzte sich Fürst Bismarck von neuem ins Kampfgewühl, der Reichstag wurde am 14. Januar aufgelöst, unmittelbar nach der letzten Sitzung, nachdem der Kanzler noch den Gegnern zugerufen hatte: „Sie sind auf einen falschen Strang geraten, meine Herren; ich rate Ihnen: bremsen Sie so früh als möglich." Unter dem Jubel der Menge kehrte Bismarck aus dem Reichstag nach Hause zurück. Der Wahlkampf aber, der alsdann begann, war einer der heftigsten; in geschlossenen Reihen kämpften die Nationalliberalen und die Konservativen, nachdem sie in dem sogenannten Kartell jeder Feindseligkeit gegen einander entsagt hatten. Der Kaiser gab beim Empfange des Herrenhauspräsidiums seiner tiefen Betrübnis über das Geschehene Ausdruck, im Landtage aber hielt Fürst Bismarck eine Art von Aufklärungs- und Wahlrede:

Rede vom 24. 1. 1887.

Meine Herren, ich kenne das Maß von Urteilskraft der fortschrittlichen Wähler allerdings nicht; aber von denjenigen, die zu den anderen Parteien gehören, bin ich ganz sicher, daß sie zwischen einem Abgeordneten, der Monopole bewilligen wird, und einem Abgeordneten, der nur die Heeresvermehrung bewilligen wird, sehr wohl zu unterscheiden wissen. So dumm sind die Leute nicht, daß sie nicht im stande wären, einen Kandidaten aufzustellen und sich darüber zu vergewissern, ob der nicht etwa, nachdem er gewählt ist und die Militärvorlage bewilligt hat, nachher allerhand reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung planen wird (Heiterkeit); solche Leute werden sie eben nicht wählen. Das Wort Reaktion, das ja immer sich einstellt, wo Begriffe fehlen (Heiterkeit), ist auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Blättern, die mit Reichstagsabgeordneten in naher Beziehung stehen, vielfach gehört worden: es ist eine Verleumdung der Regierung, an die, wie ich hoffe, die ehrlichen Unterthanen des Königs nicht glauben werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir sind weit entfernt davon, der absoluten Monarchie zuzustreben; ich halte dieselbe überhaupt für eine ungewöhnliche Einrichtung; denn dann regiert entweder der Bureaukrat oder der Generaladjutant oder irgend jemand, der das Geschäft nicht kennt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Monarchie temperiert werde durch die Freiheit der Presse, durch die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Aenderung des gesetzlichen status quo, das heißt also, daß die gesetzgebende Gewalt geteilt werde, und daß Vertreter des Volkes und eine freie Presse im stande seien, ohne Furcht und ohne Rücksicht den König und seine Regierung auf jeden irrtümlichen Weg, den er einschlägt, aufmerksam zu

machen. Darüber hinaus liegt ein Bestreben, das mit der preußischen Verfassung nicht übereinstimmt: das ist das Mitregieren, und alle Versuche, die in Preußen und im Reich dem Satz der preußischen Verfassung widersprechen: die vollziehende Gewalt ruht beim König allein. Ich spreche dieses politische Glaubensbekenntnis aus, um den Gedanken zu bekämpfen, als ob ich ein Freund des Absolutismus und der unbeschränkten Gewalt wäre. Der Absolutismus herrscht in den parlamentarischen Fraktionen; er herrscht auch dann, wenn eine Majorität ihn ausübt, eine Majorität von einer Stimme. Dann ist er viel gröber, als wenn ein Einzelner ihn ausübt. Ein Einzelner hat immer Rücksicht zu nehmen auf die Meinungen; eine Majorität hat gar keine Rücksichten zu nehmen: stat numerus pro ratione.

Diese Rede Bismarcks, die wir hier nur so weit wiedergaben, als sie den gegen ihn erhobenen Vorwurf reaktionärer Absichten bekämpft, wurde in Millionen von Abzügen in Deutschland verbreitet. Die Wahlen fanden statt und endeten mit einem gewaltigen Siege der Kartellparteien und ihres großen Führers Bismarck. In Sachsen, der Hochburg der Sozialdemokratie, wurde kein einziger Sozialist gewählt, der Freisinn sank von 67 auf 32 Mandate, einer Mehrheit von 222 Stimmen standen nur 174 Mitglieder der Opposition entgegen. Hatte die unnationale Haltung des Reichstages vorher die Hoffnungen Boulangers auf das äußerste belebt, so war die indirekte Folge des günstigen Wahlausganges das ruhmlose Ende dieses abenteuernden Generals, der zuletzt durch die eigene Hand auf dem Grabe seiner Maitresse in Brüssel sich das Leben nehmen sollte. Aber noch ehe sein Schicksal besiegelt wurde, drohten seine kriegerischen Absichten der Erfüllung entgegenzureifen. Ein französischer Spion mit Namen Schnäbele hatte deutschen Boden in der Nähe der Grenze betreten und war von Gendarmen festgenommen worden. Gegen ihn lagen die überzeugendsten Beweise vor. Aber in Frankreich, wo man der Lüge Boulangers glaubte, daß Schnäbele völkerrechtswidrig auf französischem Boden gefangen genommen worden sei, erhob sich alsbald eine ungeheure Erregung. Fürst Bismarck jedoch hielt es nicht für angezeigt, um einer Lappalie willen einen Krieg zu entflammen:

Mein ideales Ziel, nachdem wir unsere Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen zu stande gebracht hatten, ist stets gewesen, das Vertrauen nicht nur der mindermächtigen europäischen Staaten, sondern auch der großen Mächte zu erwerben, daß die deutsche Politik, nachdem sie die injuria temporum, die Zersplitterung der Nation, gut gemacht hat, friedliebend und gerecht sein will. Um dieses Vertrauen zu erzeugen, ist vor allen Dingen Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit im Falle von Reibungen oder von untoward events nötig. Ich habe dieses Rezept

Ged. u. Er. II.

nicht ohne Widerstreben meiner persönlichen Empfindlichkeiten befolgt: in Fällen wie Schnäbele (April 1887), Boulanger, Kaufmann (September 1887), Spanien gegenüber in der Karolinen-Frage, den Vereinigten Staaten gegenüber in Samoa, und vermute, daß die Gelegenheiten, zur Anschauung zu bringen, daß wir befriedigt und friedliebend sind, auch in Zukunft nicht ausbleiben werden. Ich habe während meiner Amtsführung zu drei Kriegen geraten, dem dänischen, dem böhmischen und dem französischen, aber mir auch jedesmal vorher klar gemacht, ob der Krieg, wenn er siegreich wäre, einen Kampfpreis bringen würde, wert der Opfer, die jeder Krieg fordert, und die heute so viel schwerer sind, als in dem vorigen Jahrhundert. Wenn ich mir hätte sagen müssen, daß wir nach einem dieser Kriege in Verlegenheit sein würden, uns wünschenswerte Friedensbedingungen auszudenken, so würde ich mich, so lange wir nicht materiell angegriffen waren, schwerlich von der Notwendigkeit solcher Opfer überzeugt haben. Internationale Streitigkeiten, die nur durch den Volkskrieg erledigt werden können, habe ich niemals aus dem Gesichtspunkte des Göttinger Komments und der Privatmensuren-Ehre aufgefaßt, sondern stets nur in Abwägung ihrer Rückwirkung auf den Anspruch des deutschen Volkes, in Gleichberechtigung mit den anderen großen Mächten Europas ein autonomes politisches Leben zu führen, wie es auf der Basis der uns eigentümlichen nationalen Leistungsfähigkeit möglich ist.

Aber das Jahr 1887, mit dem das Dreikaiserbündnis endete, hatte doch eine Verschärfung der Situation zwischen Deutschland und Rußland gebracht; wenn auch die amtlichen Beziehungen, gestützt auf das Vertrauen des Zaren zum deutschen Kanzler, so freundlich blieben, daß, wie die Welt später durch die sogenannten Hamburger Enthüllungen erfuhr, ein Neutralitätsvertrag für den Fall eines französischen Angriffs auf Deutschland und eines österreichischen Angriffs auf Rußland abgeschlossen werden konnte, so war doch die öffentliche Meinung in Rußland durch die panslawistischen Wühlereien so aufgeregt worden, daß eine Explosion nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehörte. So konnte das neue Wehrgesetz, durch welches eine Organisation der dienstpflichtigen Jahrgänge der Feldarmee getroffen, und eine Verstärkung für den Kriegsausbruch um eine halbe Million Soldaten vorgesehen wurde, auch durch den Hinweis auf die im Osten aufsteigenden Wolken begründet werden. Am 6. Februar 1888 erschien Fürst Bismarck im Reichstage, schon unterwegs begeistert begrüßt von einer nach Tausenden zählenden Menge. Und noch niemals vielleicht hat eine Rede einen so glänzenden Erfolg gehabt, in so sicherer Weise selbst die Gegner bekehrt, wie jene Rede vom 6. Februar, deren Leitwort: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt", das Leitwort der Nation geworden ist. In

einem grandiosen Ueberblick über die Geschichte der letzten Jahrzehnte stellte **Bismarck** es fest, daß Deutschland wiederholt dem Ausbruch eines Krieges viel näher war, als die parlamentarische Schulweisheit es sich träumen ließ, daß durch lange Jahrzehnte eine ununterbrochene Kriegsgefahr bestand, die nur mit aller Anstrengung vermieden werden konnte. Das Verhältnis zu Rußland sei allerdings immer günstig gewesen, aber schon nach dem Berliner Kongreß hätten die Intriguen Gortschakows ihm den Zwang auferlegt, sich nach einem Verbündeten umzusehen, da sogar „Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite" erfolgten. So wäre das Bündnis mit Oesterreich entstanden, dessen Publikation wenige Tage vorher erfolgt war. Dann fuhr Bismarck fort:

Rede vom 6. 2. 1888.

Auch eine bessere Bewaffnung müssen wir anschaffen, denn wenn wir eine Armee von Triariern bilden, von dem besten Menschenmaterial, das wir überhaupt in unserem Volke haben, von den Familienvätern über 30 Jahre, dann müssen wir auch für sie die besten Waffen haben, die es überhaupt giebt (Bravo!); wir müssen sie nicht mit dem in den Kampf schicken, was wir für unsere jungen Linientruppen nicht für gut genug halten (sehr gut!), sondern der feste Mann, der Familienvater, diese Hünengestalten, deren wir uns noch erinnern können aus der alten Zeit, wo sie die Brücke von Versailles besetzt hatten, müssen auch das beste Gewehr an der Schulter haben, die vollste Bewaffnung und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommnisse. (Lebhaftes Bravo.) Da dürfen wir nicht sparen. Aber ich hoffe, es wird unsere Mitbürger beruhigen, wenn sie sich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden — die Möglichkeit ist ja, wie ich Ihnen vorhin an dem vierzigjährigen Zeitraum entwickelt habe, für alle möglichen Koalitionen doch immer vorhanden — wenn das eintritt, so können wir an jeder unserer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defensive haben. Wir können dabei Reserven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million, im Hinterlande behalten und nach Bedürfnis vorschieben. Man hat mir gesagt: das wird nur die Folge haben, daß die anderen auch noch höher steigen. Das können sie nicht. (Bravo! — Heiterkeit.) Die Ziffer haben sie längst erreicht . . . Die Tapferkeit ist ja bei allen civilisierten Nationen gleich; der Russe, der Franzose schlagen sich so tapfer wie der Deutsche; aber unsere Leute, unsere 700 000 Mann sind kriegsgedient, rompus au métier, ausgediente Soldaten, und die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. (Bravo!) Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt. Das Maß von Bildung, welches erforderlich ist, um einen Offizier und Unteroffizier zum Kommando zu befähigen nach den Ansprüchen, die der Soldat an ihn macht, existiert bei uns in sehr viel

breiteren Schichten als in irgend einem anderen Lande. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgend ein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann. (Bravo!)

Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird, wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volkszustimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsere zur vollen Geltung kommen soll. Es wird aber sehr schwer sein, den Provinzen, den Bundesstaaten und ihren Bevölkerungen das klar zu machen: Der Krieg ist unvermeidlich, er muß sein. Man wird fragen: Ja, seid ihr denn dessen so sicher? wer weiß? Kurz, wenn wir schließlich zum Angriff kommen, so wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen als die materiellen Gewichte, auf der Seite unserer Gegner sein, die wir angegriffen haben. Das „heilige Rußland" wird entrüstet sein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen starren. Ganz dasselbe wird überall geschehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der Elan und das Feuer dahinter sein wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. (Bravo!)

Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird. . . . Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! (Bravo!) Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt (lebhaftes Bravo); und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußens unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet

finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Die Vorlage wurde unter dem Eindruck dieser gewaltigen Rede einstimmig angenommen. Es war die letzte große Freude, die Kaiser Wilhelm noch erlebte. Wenig mehr als ein Monat verging, und das deutsche Volk trauerte um seinen geliebten kaiserlichen Herrn. Am 1. März war Kaiser Wilhelm noch bei voller Gesundheit gewesen, zwei Tage darauf aber erkrankte er an einer leichten Erkältung, und bald trat ein ernstes Nierenleiden hinzu. Am 7. März nahm die Krankheit eine ernste Wendung, es mochte vor allem die Trauernachricht schwer das Gemüt des Kaisers bedrücken, die von seinem Sohne aus dem Süden kam. An diesem Tage eilte Fürst Bismarck in das Palais seines alten Herrn und verweilte dort länger als drei Stunden. In dieser Audienz genehmigte der Kaiser den Erlaß, der dem Prinzen Wilhelm seine Stellvertretung übertrug, hier gab er die letzte Unterschrift seines Lebens, durch die der Reichstag geschlossen werden sollte. Auch am Mittag des folgenden Tages äußerte Kaiser Wilhelm den Wunsch, den Reichskanzler zu sehen. Sofort eilte Bismarck herbei zur letzten Unterredung mit seinem teuren Herrn. Noch einmal erörterte mit ihm der Kaiser klar und fest die politische Lage und richtete Worte heißen Dankes an den Mann, der sein Ratgeber zu Glück und Erfolg gewesen ist. Noch einmal kehrte Bismarck an das Sterbelager zurück, aber der Kaiser erkannte ihn nicht mehr; die letzten Worte, die von seinen Lippen drangen, lauteten: „Ich habe jetzt keine Zeit, müde zu sein."

Am 9. März morgens $^1/_2$9 Uhr ist Kaiser Wilhelm entschlafen.

Mittags trat der Reichstag zusammen, der Reichskanzler erbat sich das Wort, und während er mit zitternder Stimme und mit tiefer Bewegung zu reden begann, erhob sich das ganze Haus von seinen Sitzen. Und Bismarck sprach:

Rede vom 9. 3. 1888.

Es steht mir nicht zu, meine Herren, von dieser amtlichen Stelle aus den persönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinscheiden meines Herrn erfüllt, das Ausscheiden des ersten deutschen Kaisers aus unserer Mitte. Es ist dafür auch kein Bedürfnis, denn die Gefühle, die mich bewegen, sie leben in dem Herzen eines jeden Deutschen; es hat deshalb keinen Zweck, sie auszusprechen. Aber das Eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, sondern von meinen Erlebnissen —: daß inmitten der schweren Schickungen, welche der von uns geschiedene Herr in Seinem Hause noch erlebt hat, es

zwei Thatsachen waren, welche ihn mit Befriedigung und Trost erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unseres jetzigen regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur Deutschland, sondern alle Weltteile, kann man sagen; ich habe noch heute ein Telegramm aus New York in dieser Beziehung erhalten — mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweist, welches Vertrauen sich die Dynastie des deutschen Kaiserhauses bei allen Nationen erworben hat. Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird.

Die zweite Thatsache, in der Se. Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwickelung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Befestigung der Nationalität des Volkes, dem er als deutscher Fürst angehört hatte, — daß der Kaiser auf die Entwickelung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Se. Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe — es war gestern — hat er darauf Bezug genommen, wie ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat. Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigener Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unseres dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder Einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zu Grunde liegt.

Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe.

Mit den Worten: „Keines Menschen Mund kann dem Schmerze Ausdruck geben, der ganz Deutschland erfüllt“, schloß der Präsident die Sitzung. Das tiefe und warme Urteil, das Bismarck in seinem letzten Nachruf seinem alten Herrn gewidmet hat, hat er festgehalten in all den Bitternissen der späteren Zeit und noch die Grabschrift,

die er sich gewählt, ist ein rührendes Bekenntnis zu Wilhelm I. Und ein gleiches Bekenntnis sind seine „Gedanken und Erinnerungen“, in denen er selbst die Nachgiebigkeit, die der Kaiser so oft seiner Gemahlin erwies, auf seine ritterlichen Eigenschaften zurückführte:

Das Schwergewicht, das nach dem Antritt der Regentschaft der Wille und die Ueberzeugung des Prinzen von Preußen und späteren Kaisers auf dem außermilitärischen, dem politischen Gebiete darstellte, war das eigenste Produkt der mächtigen und vornehmen Natur, die diesem Fürsten, unabhängig von der ihm zu teil gewordenen Erziehung, angeboren war. Der Ausdruck „königlich vornehm“ ist prägnant für seine Erscheinung. Die Eitelkeit kann bei Monarchen ein Sporn zu Thaten und zur Arbeit für das Glück ihrer Unterthanen sein. Friedrich der Große war nicht frei davon; sein erster Thatendrang entsprang dem Verlangen nach historischem Ruhm; ob diese Triebfeder gegen das Ende seiner Regierung, wie man sagt, degenerierte, ob er dem Wunsche innerlich Gehör gab, daß die Nachwelt den Unterschied zwischen seiner und der folgenden Regierung merken möge, lasse ich unerörtert. Eine dichterische Ergießung datierte er von dem Tage vor einer Schlacht und teilte sie brieflich mit der Unterschrift mit: Pas trop mal à la veille d'une bataille. Geb. u. Er. II

Eine Eitelkeit der Art war dem Kaiser Wilhelm I. durchaus fremd; dagegen war ihm die Furcht vor berechtigter Kritik der Mit- und Nachwelt in hohem Maße eigen. Er war darin ganz preußischer Offizier, der, sobald er durch höheren Befehl gedeckt ist, ohne Schwanken dem sichern Tode entgegengeht, aber durch die Furcht vor dem Tadel des Vorgesetzten und der öffentlichen Meinung in zweifelnde Unsicherheit gerät, die ihn das Falsche wählen läßt. Niemand hätte gewagt, ihm eine platte Schmeichelei zu sagen. In dem Gefühle königlicher Würde würde er gedacht haben: wenn einer das Recht hätte, mich ins Gesicht zu loben, so hätte er auch das Recht, mich ins Gesicht zu tadeln. Beides gab er nicht zu.

Monarch und Parlament hatten einander in schweren inneren Kämpfen gegenseitig kennen und achten gelernt; die Ehrlichkeit der königlichen Würde, die sichere Ruhe des Königs hatten schließlich die Achtung auch seiner Gegner erzwungen, und der König selbst war durch sein hohes persönliches Ehrgefühl zu einer gerechten Beurteilung der beiderseitigen Situationen befähigt. Das Gefühl der Gerechtigkeit nicht bloß seinen Freunden und seinen Dienern gegenüber, sondern auch im Kampfe mit seinen Gegnern beherrschte ihn. Er war ein gentleman ins Königliche übersetzt, ein Edelmann im besten Sinne des Wortes, der sich durch keine Versuchung der ihm zufallenden Machtvollkommenheiten von dem Satze noblesse oblige dispensiert fühlte; sein Verhalten in der inneren wie in der äußeren Politik war den Grundsätzen des Kavaliers alter Schule und des normalen preußischen Offiziersgefühls jederzeit untergeordnet. Er hielt auf Treue und Ehre nicht nur Fürsten, sondern auch seinen Dienern bis zum Kammerdiener gegenüber. Wenn er durch augenblickliche Erregung seinem feinen Gefühl für königliche Würde und Pflicht zu nahe getreten war, so fand er sich schnell wieder und blieb dabei „jeder Zoll ein König“, und zwar ein gerechter

und wohlwollender König und ehrliebender Offizier, den der Gedanke an sein preußisches Portepee auf richtigem Wege erhielt. . . .

Il était de relation sûre; eine von den fürstlichen Gestalten, in Seele und Körper, deren Eigenschaften mehr des Herzens als des Verstandes die im germanischen Charakter hin und wieder vorkommende Hingebung ihrer Diener und Anhänger auf Tod und Leben erklären. Für monarchische Gesinnung ist die Ausdehnung des Gebietes ihrer Ergebenheit nicht jedem Fürsten gegenüber dieselbe; sie unterscheidet sich, je nachdem politisches Verständnis oder Empfindung die Grenzen ziehen. Ein gewisses Maß der Hingebung wird durch die Gesetze bestimmt, ein größeres durch politische Ueberzeugung: wo es darüber hinausgeht, bedarf es eines persönlichen Gefühls von Gegenseitigkeit, das bewirkt, daß treue Herren treue Diener haben, deren Hingebung über das Maß staatsrechtlicher Erwägungen hinausreicht. . . .

Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke einer Eifersucht auf seinen Diener und Untertbanen in den Sinn, und nicht einen Augenblick verließ ihn das königliche Bewußtsein, der Herr zu sein, ebenso wie bei mir alle, auch übertriebene Huldigungen das Gefühl, der Diener dieses Herrn zu sein, und mit Freuden zu sein, in keiner Weise berührten.

Kaiser Wilhelm II. hat seinem Ahnen den Beinamen des „Großen" gegeben, aber das Volk hat in rechtem Gefühl diesem Namen die Anerkennung versagt. Namen, die festhaften, müssen aus dem Volke heraus entstehen, sie müssen, gleich dem Volksliede, aus dem Gemüt, aus der Seele der Menge geboren werden. Amtliche Namen und Titel, die nicht von selbst entstehen — sie sind da, und doch weiß niemand, woher sie stammen — bleiben nicht haften und werden schnell verweht. Vielleicht wird Wilhelm der „Ehrwürdige" fortleben, vielleicht wird auch der Name Wilhelms des „Glücklichen" sich eingraben in die Geschichtstafel; aber auch die Feste von Kiel und der Kaiserspruch werden den Namen des „Großen" nicht hinausführen zu dauernder Geltung. Das Volk grübelt nicht an der Hand logischer Begriffe, sondern es folgt seinem Gefühl, und dieses Gefühl hat noch nie geirrt. Wo immer es die „Größe" zum Namen fügte, da hat ihm die Geschichte recht gegeben, und noch heute hat kein Zweifel daran gerüttelt, daß Karl, Otto und Friedrich, daß Alexander und Peter mit Recht den Schmuck erhielten, dem man dem ersten Napoleon wie dem ersten Habsburger versagte. Unstreitig hat Wilhelm der Erste die höchsten menschlichen Tugenden vereint mit den edelsten Tugenden eines Monarchen, er hat Deutschland zu Macht und Glanz geführt, er hat in Kriegen gesiegt und im Frieden mit Weisheit, Milde und Gerechtigkeit gewaltet, er hat dem erblassenden monarchischen Gedanken neuen, kräftigen Lebenssaft zugeführt, und

er hat erreicht, was kaum vor ihm einer erreichte: Als er starb, da weinten alle. Sein schlichtes, bescheidenes, allem unnützen Prunke abholdes und doch so innerlich vornehmes Wesen wird in aller Zukunft den kostbarsten Spiegel derer bilden, die die Krone tragen, man wird seinen sicheren Takt bewundern und die Entsagung, die er selbst in der Verfolgung seiner Lieblingsgedanken übte, man wird sich vor dem klaren Verstande beugen, der ihn festhalten ließ an seinen geistesgewaltigen Gehilfen, an den glänzenden Gestalten der Bismarck, Roon und Moltke, aber man wird die Gesamtheit seines Wesens nicht zu erschöpfen suchen in dem Beiwort des „Großen". Und man wird überdies in dem Bilde des ersten Kaisers noch einen Zug vermissen: die Genialität, die nicht nur blendet, sondern auch fortreißt, die neue Gedanken denkt und mit ihnen die Welt entzündet, die siegend die Menschen niederzwingt und neue Zeitalter heraufführt, sie fehlt in Wilhelm dem Ersten. Und es fehlt die Phantasie, die Leidenschaftlichkeit, das Dämonische, es weicht dem Menschlichen, dem Rührend-Schönen, dem Königlichen. Das Volk liebt seinen ersten Kaiser mit innigster Liebe, es liebt die silbernen Locken, die sein Haupt schmückten, und wer in seine gütigen Augen jemals blickte, dem wird der Zauber dieses Blickes für alle Zeiten das Herz durchwärmen. Aber zur Größe gehört auch die Kühnheit in Plan und Ausführung, das rücksichtslose Durchbrechen der Schranke, und ein afflatus divinus, ein Hauch aus göttlichem Munde, ein Unbewußtes. Das Attribut der Größe gehört einem Anderen — Bismarck!

Vierzehntes Kapitel.

Bis zu seiner Entlassung.

Todestraurig war das Bild, das uns die erste Hälfte des Jahres 1888 bot. Kaiser Wilhelm der Erste schied von uns, als die Märzstürme brausten, und tiefe Trauer im Herzen folgte ein Volk, dem er so Großes geschenkt, seinem Sarge. Und noch war der Sommer nicht gekommen, da sank Deutschlands zweiter Kaiser ins Grab. Wir alle hatten ihn gekannt, den hochragenden Mann mit den milden blauen Augen und dem blonden Vollbart, in den erst die Zeit der Schmerzen und Leiden graue Fäden zog, und wir alle hatten wohl geglaubt, daß diese kraftvolle Gestalt zahllosen Stürmen trotzen werde, daß auch dem Sohne des großen Kaisers ein segensvolles Alter gleich seinem Vater beschieden sei. Wir alle hatten uns getäuscht. Ein todwunder Mann bestieg den Thron und müde war schon die Hand, als sie das Scepter ergriff. Manche Pläne mochten in seinem Herzen schlummern, manche That zu vollbringen mag er einst sich vorgenommen haben in den langen Jahren, in denen er nur der künftige Erbe, nicht der Träger der

Krone war; es war ihm nicht beschieden, sie auszuführen. Die kurzen Tage seiner Regierung flogen vorüber, und das entgleitende Scepter ergriff der Sohn.

* * *

Als Kaiser Friedrich, ein Sterbender schon, den Thron bestieg, da mochten zahlreiche Gegner des Fürsten Bismarck darauf vertrauen, daß der gewaltige Mann nunmehr stürzen und ihnen selbst Raum schaffen werde. Sie haben sich geirrt. Kaiser Friedrich hat festgehalten an dem Berater seines Vaters, so eifrige Einflüsse auch auf ihn geltend gemacht wurden, und so zweifelhafte Elemente ihn umdrängten. Schon aus San Remo hatte der neue Herrscher an Bismarck telegraphiert: „Ich rechne auf Ihren Beistand bei der schweren Aufgabe, die mir wird.“ Fürst Bismarck fuhr dem neuen Herrn in Begleitung seines Sohnes bis nach Leipzig entgegen, dort begrüßte er ihn, wiederholt wurde er vom Kaiser umarmt und geküßt, und in seinem Salonwagen fuhr er mit ihm nach Berlin zurück. In einem Erlaß vom nächsten Tage stellte Kaiser Friedrich die Gesichtspunkte auf, nach denen er seine Regierung führen werde. Er begann mit den Worten:

Mein lieber Fürst! Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfnis, Mich an Sie, den langjährigen vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. Ihnen bin Ich und bleibt Mein Haus zu warmem Danke verpflichtet. Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen. Blum IV.

Wort für Wort konnte Fürst Bismarck das Programm des Herrschers unterschreiben. Am 19. März verlas Fürst Bismarck in den Parlamenten die allerhöchste Botschaft, in der Kaiser Friedrich seinen Regierungsantritt verkündete. Er fügte eine Darstellung der Beileidskundgebungen hinzu, die aus aller Welt beim Tode des verewigten Kaisers nach Berlin geströmt waren:

Etwas in der Geschichte schwerlich Dagewesenes ist die Teilnahme an dem Todesfalle eines Monarchen in dieser Ausdehnung. Es sind ja große Männer vorher gestorben, und wenn Napoleon I., wenn Peter der Große, wenn Ludwig XIV. aus diesem Leben schieden, so hat das gewiß in weiten Kreisen einen Wellenschlag gemacht; daß aber von den Antipoden und von den benachbarten Völkern Kränze und Palmen auf das Grab des ver- Rede vom 19. 3. 1888.

storbenen Monarchen gebracht worden sind, das ist eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Thatsache; so hochgefürstet ist noch kein Monarch gewesen, daß alle Völker der Erde, ohne Ausnahme, ihm beim Hintritt ihre Sympathie, ihre Teilnahme, ihre Trauer am Sarge zu erkennen gegeben haben. (Bravo!)

Am 73. Geburtstage des Kanzlers hielt der Kronprinz seinen berühmten Trinkspruch:

Eure Durchlaucht! Unter den vierzig Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keins so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige: der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient! Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist. Ew. Durchlaucht werden Ihm, wie wir Alle, mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem Dahingeschiedenen. Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der Nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten. Gott segne und schütze denselben und Ew. Durchlaucht!

Frühzeitig hatte Bismarck mit der Intrigue zu kämpfen, die ihn zu stürzen versuchte. Man mühte sich vor allen Dingen, ihm das Vertrauen des Kaisers durch die Ausstreuung zu entziehen, als habe er beabsichtigt, eine Regentschaft an Stelle des erkrankten Monarchen einzusetzen und die Regierungsfähigkeit desselben abzuleugnen. Es ist längst festgestellt, daß diese Ausstreuung auf einer Legende beruht. Da wurde plötzlich ganz Deutschland in Erregung versetzt durch die Nachricht von der bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Victoria mit dem Prinzen Alexander von Battenberg, dem zugleich das Kommando über ein preußisches Armeekorps verliehen werden sollte, und durch die weitere Kunde, daß Fürst Bismarck die Beziehungen zu Rußland schonen und sein Abschiedsgesuch einreichen wollte. Das Projekt ging zurück auf die Königin von England, bei der das alten Frauen eigentümliche Gelüst, Ehen zu stiften, sich mit der politischen Absicht vereinigen mochte, Rußland und Deutschland von einander zu trennen. Jedenfalls war die Verbindung ein Lieblingswunsch der Kaiserin Friedrich. Schon am 1. April, am Ostertage, sollte der Battenberger in Berlin erscheinen — da überreichte Fürst Bismarck dem Kaiser eine Denkschrift von 30 Seiten, die

später durch eine Indiskretion, wenn auch in apokrypher Form, in französischen Blättern veröffentlicht worden ist. Die Königin von England kam selbst in Charlottenburg an, die Erregung im Volke war jedoch bereits so hoch gestiegen, daß Vorsichtsmaßregeln bei ihrer Ankunft getroffen werden mußten. Mit ihr hatte Fürst Bismarck eine lange Unterredung. Schon vorher war es ihm gelungen, eine Verschiebung der Reise des Battenbergers zu erzielen, und trotz der freisinnigen Hetzer gegen den Kanzler lehnte Kaiser Friedrich diesen Heiratsplan endgiltig ab, noch ehe die Königin Victoria ihren Besuch ausgeführt hatte. Man hat vielfach über das Verhältnis Bismarcks zur Kaiserin Friedrich Legenden verbreitet, man hat von einer tiefinneren Abneigung der beiden erlauchten Persönlichkeiten gefabelt: mochte auch die Sympathie der liberalen Engländerin für Bismarck nicht allzu tief gehen, so war diese Frau doch viel zu klug, als daß sie das Genie dieses Mannes nicht stets nach seinem vollen Werte geschätzt hätte. Wiederholt ist Fürst Bismarck dieser Anschauung entgegengetreten, auch zuletzt noch in seinem hinterlassenen Werke, in dem er erzählt:

Als der Gesundheitszustand Wilhelms I. im Jahre 1885 Anlaß zu ernsten Besorgnissen gab, berief der Kronprinz mich nach Potsdam und fragte, ob ich im Falle eines Thronwechsels im Dienst bleiben würde. Ich erklärte mich dazu unter zwei Bedingungen bereit: keine Parlamentsregierung und keine auswärtigen Einflüsse in der Politik. Der Kronprinz erwiderte mit einer entsprechenden Handbewegung: „Kein Gedanke daran!" *Ged. u. Er. II.*

Bei seiner Frau Gemahlin konnte ich nicht dasselbe Wohlwollen für mich voraussetzen; ihre natürliche und angeborene Sympathie für ihre Heimat hatte sich von Hause aus gekennzeichnet in dem Bestreben, das Gewicht des preußisch-deutschen Einflusses in europäischen Gruppierungen in die Wagschale ihres Vaterlandes, als welches sie England zu betrachten niemals aufgehört hat, hinüberzuschieben und im Bewußtsein der Interessenverschiedenheit der beiden asiatischen Hauptmächte, England und Rußland, bei eintretendem Bruche die deutsche Macht im Sinne Englands verwendet zu sehen. Dieser auf der Verschiedenheit der Nationalität beruhende Dissens hat in der orientalischen Frage, mit Einschluß der Battenbergischen, manche Erörterung zwischen Ihrer Kaiserlichen Hoheit und mir veranlaßt. Ihr Einfluß auf ihren Gemahl war zu allen Zeiten groß und wurde stärker mit den Jahren, um zu kulminieren in der Zeit, wo er Kaiser war. Aber auch bei ihr bestand die Ueberzeugung, daß meine Beibehaltung bei dem Thronwechsel im Interesse der Dynastie liege.

Zu dem Verfasser hat Fürst Bismarck sich in folgender Weise geäußert:

Man hat die Willenskraft des Kaisers Friedrich vielfach unterschätzt. Man glaubte ihn abhängig von Schürzen und Weiberröcken. Das ist ganz falsch. Er hatte ein hohes Bewußtsein von seiner Souveränität, und die guten Leute, die von ihm ein starke Wendung nach links erwarteten und in ihm eine besondere Schwäche für den Konstitutionalismus witterten, hätten sich arg getäuscht, wenn er länger regiert hätte. Er war äußerlich sehr verbindlich, aber durchaus selbstherrlich. Ich hätte selbst gegen Weiberintriguen leicht mit ihm regiert. — Na, Kronprinzen schillern ja immer ein bißchen liberal, das ist nun mal so, sie stehen auch immer ein bißchen in Opposition, weil sie zu wenig zu thun haben, wenn sie nicht ganz in den Gamaschen aufgehen, aber das schleift sich ab. Kaiser Friedrich wäre eher ein Autokrat geworden als ein Richterscher. — Die Kaiserin Friedrich ist eine kluge Frau, aber sie ist im Grunde stets Engländerin geblieben. Wenn sie von „unseren" Truppen, von „unserem" Botschafter spricht, so meinte sie stets die englischen Truppen und Lord Loftus oder wer gerade da ist. Ich wünschte, deutsche Prinzessinnen, die sich wegverheiraten, hätten auch was davon. Daß ich bei meiner Verabschiedung sie um ihre Vermittlung bat — gar mit Thränen — ist natürlich Schwindel. Aber sonst standen wir recht gut mit einander, besonders in den letzten Jahren, wenn ich sie auch oft ärgern mußte, wie beim Battenberger. Unser Verhältnis beruhte ja nicht auf Liebe, aber auf gegenseitiger Hochachtung. Einmal, als ich zum Vortrag in Charlottenburg war, rückte sie mir sogar einen Sessel heran. Kaiser Friedrich hielt überhaupt immer darauf, auf meine Bequemlichkeit Rücksicht zu nehmen. Das wurde freilich später anders.

Die Tage, die Kaiser Friedrich noch zu leben hatte, waren Tage des Kampfes gegen die Intriguen. Sie im einzelnen darzustellen, ist auch heute noch nicht die Zeit, wenn auch dem Verfasser aus dem eigenen Munde des Kanzlers die Mitteilungen reichlich zugeflossen sind. Ein schwaches Bild hat die Schrift des Herzogs Ernst von Koburg gegeben: „Auch ein Programm aus den 99 Tagen". Hier wird erzählt, daß dreimal die Gegner Bismarcks am Ziel zu sein glaubten; die Battenberger Angelegenheit, die Reise der Königin von England und die Entlassung des Minister v. Puttkamer seien eingefädelt worden, um ohne jeden Schein des bösen Willens, lediglich als eine Folge unglückseliger Umstände, den Abgang des Reichskanzlers herbeizuführen.

Auch ein Programm aus den 99 Tagen.

Der Verfasser führte nun aus, daß die Battenbergische Heiratsangelegenheit eine gut ausgespielte Karte gewesen sei, und verfolgte die Angelegenheit durch verschiedene Stadien bis zu dem endgiltigen Fehlschlagen der freisinnigen Erwartungen. Es wurde dann weiter geschildert, „wie der Freisinn in der Herkunft der Königin von England nach Berlin eine Unterstützung seiner Pläne gefunden zu haben hoffte". „Nichts war klarer und schien ihm richtiger berechnet zu sein, als die übliche Wendung,

welche in dem ganzen politischen System des deutschen Reichskanzlers zu Tage kommen mußte, wenn man der Zusammenkunft des neuen kaiserlichen Herrscherpaares mit der Königin von England eine starke politische Färbung zu geben vermochte. War die Eifersucht Rußlands eben nur mühsam beschwichtigt worden, so gab es kein geeigneteres Mittel, neuerdings Mißtrauen zu säen und den Zaren selbst auf falsche Fährten zu lenken, als wenn der Glaube erweckt wurde, daß eine feste, von beteiligten Seiten seit Jahren ersehnte und erstrebte Allianz zwischen Deutschland und England doch nur eine Frage der Zeit sein könnte." Nachdem der Verfasser die Gründe dargelegt hatte, aus denen der Freisinn indessen auch bei diesem Anlaß sich in seinen Erwartungen getäuscht sah, kam er zu der Komödie, welche derselbe gegen den Minister v. Puttkamer in der Wahlbeeinflussungs-Angelegenheit in Scene setzte, und welche den Zweck hatte, der Welt zu zeigen, was die freisinnige Partei bei Kaiser Friedrich galt. Der Sturz des Ministers v. Puttkamer wurde zwar erreicht, der „Erfolg ohne Gleichen" jedoch durch den einen Nebenumstand ein wenig getrübt, daß dem jähen Sturze des inneren Ministeriums der unter anderen d. h. unter normalen Verhältnissen allerdings wenig unwahrscheinliche Abgang des ganzen Ministeriums und vor allem des Präsidiums nicht nachgefolgt war.

Der Verfasser kam sodann zu dem interessantesten Teil seiner Ausführungen, nämlich der Darlegung, wie es „sich schließlich auch herausgestellt habe, daß die sachlichen Motive für alle die geplanten Regierungsveränderungen nicht einmal aus Vorliebe für die Freisinnigen zu erklären waren, sondern der Freisinn bei der Sache nur die Rolle der Wand im Sommernachtstraum spielte". Wir sehen, wie die Welfen für ihre Pläne auf ihn rechnen durften, welche die innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und Preußens durch Wiederherstellung des Königreichs Hannover und Einführung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zum Gegenstande hatten; wie Deutschland alsdann mit Frankreich durch freiwillige Rückgabe von Elsaß-Lothringen versöhnt werden sollte, um für seinen treuen Freund England mit ganzer Kraft den Krieg gegen Rußland führen zu können, der England in Asien entlasten sollte. Dies waren, hieß es, besonders die Programmpunkte, um derentwillen die Führung der Geschäfte nicht in der Hand des Fürsten Bismarck bleiben konnte, und welche gleichsam den tiefen Hintergrund in der großen Konspiration des Freisinns und seiner „intimen Beziehungen" bildeten. —

Die Wogen der Konspiration, welche dieses unerhörte Programm verwirklichen sollte, hatte Fürst Bismarck wohl herankommen sehen, als er beim Tode des Kaisers Wilhelm sich gewappnet hatte, das Reich vor dem Schiffbruch zu retten. Es war daher eine schlaue Berechnung, daß man in erster Linie ihn von dem Steuer zu verdrängen suchte. Das Weitere würde sich gefunden haben.

„Und das ist das Programm", schloß der Verfasser, „welches dicht vor der Verwirklichung stand, und welches auch verwirklicht worden wäre. Das Programm stand seit lange fest und war fertig, als Kaiser Friedrich seine fertigen Thronproklamationen dem Reichskanzler im Eisenbahnwagen übergab. Das Programm war vorhanden, obwohl es der Kaiser selbst am wenigsten kannte, denn es war eben auch ein Programm, welches sich an

ihn herandrängte und durch den Sturz des Reichskanzlers siegen zu können hoffte. Das Programm wurde mit solchem Fanatismus verfochten, daß man vor keinem Schritte zurückschreckte. Um des Programms willen durfte der Kaiser keinerlei Krankheit haben, welche seine dauernde Behinderung in der Regierung beweisen konnte. Um des Programms willen waren jene Aerzte untauglich, welche sich anheischig machen wollten, das Leben zu retten, ohne die Regierungsbehinderung zu verhindern. Deshalb durfte von keiner Regentschaft, ja nicht einmal von einer richtigen Stellvertretung die Rede sein, als der unheilbare Kranke zur Qual seiner regierungslosen Regierung berufen worden war."

Am 15. Juni 1888 ist Kaiser Friedrich gestorben. Unmittelbar nach seinem Tode trat Mackenzie, sein Arzt, die fluchtartige Abreise an. Kaiser Wilhelm II. bestieg den Thron. Ihm sollte es beschieden sein, über den treuen Ratgeber seines Vaters ein hartes Los heraufzuführen, ein Schicksal von solcher Tragik, wie es seit Themistokles die Welt nicht mehr sah.

Die einzelnen Vorgänge, die dem Tode Kaiser Friedrichs folgten, liegen gleichfalls in ihren Einzelheiten noch nicht offen vor der Welt. Es war jedoch vor allem die Veröffentlichung des Tagesbuches des Kronprinzen durch Geffcken, die schon bald nach dem Heimgange des unglücklichen Monarchen die Welt in Erregung versetzte.

In diesem Tagebuche waren Bemerkungen über einzelne Vorgänge während des Feldzuges gegen Frankreich gemacht, deren Veröffentlichung durch Herrn Geffcken nicht nur als eine grobe Indiskretion aufgefaßt werden mußte, sondern zugleich als ein Versuch, Mißtrauen gegen den Reichskanzler nicht nur bei dem jungen Kaiser, sondern auch im Volke zu säen. Ursprünglich war die Meinung allgemein, daß die Veröffentlichung zurückzuführen sei auf ein demokratisches Manöver, auch der Kaiser und Fürst Bismarck waren überzeugt, daß das Tagebuch gefälscht sei, bald aber wurde der frühere hanseatische Diplomat als der Urheber erkannt.

Geffcken gehörte zu jenen ehrgeizigen und selbstbewußten Männern, die nach ihrer Meinung für ihre Verdienste nicht hinreichend belohnt worden waren. Er war schon seit Jahrzehnten einer der intimsten Gegner des Fürsten Bismarck. Die Entrüstung des Kaisers über seine Veröffentlichung war jedoch so groß, daß er sofort vom Kanzler einen Immediatbericht forderte, um Aufklärung über die Strafbarkeit der Veröffentlichung zu verlangen.

Fürst Bismarck hat diesen Bericht zwar eingereicht, jedoch insofern, wie er dem Verfasser mitteilte, mit innerem Widerstreben, als

er von der juristischen Unhaltbarkeit eines strafrechtlichen Vorgehens von vornherein überzeugt war.

Kaiser Wilhelm jedoch bestand auf der Verfolgung Geffckens und so wurde dem Justizminister Dr. Friedberg die Ausführung „der Allerhöchsten Willensmeinung" übertragen. Man hat später behauptet, daß der Rücktritt dieses Ministers durch den Fürsten Bismarck veranlaßt worden sei wegen seines unparteiischen Verhaltens in dieser Affaire, die ja bekanntlich mit der Einstellung des Strafverfahrens schloß; thatsächlich ist dies unwahr, schon weil Minister Friedberg auf die Entscheidung des Reichsgerichts nicht den geringsten Einfluß hatte.

Am Tage nach dem Hinscheiden Kaiser Friedrichs war der Reichstag einberufen worden, bei seiner Eröffnung erschienen in Einigkeit sämtliche deutschen Fürsten und sie vernahmen von dem Kaiser das Gelöbnis, daß er festhalten wolle an der Politik seines Großvaters. Noch vom Throne herab reichte der Monarch seinem ersten Berater die Rechte, um auch öffentlich festzustellen, welch inniges Verhältnis zwischen ihnen herrschte. Wenige Tage später erklärte Fürst Bismarck im vertraulichen Gespräch im Herrenhause, indem er mit hoher Anerkennung von den persönlichen Eigenschaften des jungen Herrschers sprach, daß er ihm die Zusicherung gegeben habe, bis zum letzten Atemzuge nicht von seiner Seite zu weichen. Es sollte anders kommen

Zwar herrschte zunächst noch die vollste Einigkeit zwischen den beiden bedeutendsten Faktoren des öffentlichen Lebens, in zahlreichen Kundgebungen herzlichen Vertrauens sprach der Kaiser seine Gesinnung zu dem großen Kanzler aus; aber schon machten sich Einflüsse geltend, die an dem Sturze des Kanzlers arbeiteten; der Scheiterhaufenbrief des Hofpredigers Stöcker und gewisse Artikel des Herrn von Hammerstein bilden hierfür historische Dokumente. Aber der Wall des Vertrauens war nur schwer zu durchbrechen. Am Ende des Jahres 1889 noch richtete der Kaiser, der im Sommer den Staatsmann in seinem Heim zu Friedrichsruh aufgesucht hatte, an ihn den Neujahrswunsch:

Lieber Fürst! Das Jahr, welches uns so schwere Heimsuchungen und unersetzliche Verluste gebracht hat, geht zu Ende. Mit Freude und Trost zugleich erfüllt Mich der Gedanke, daß Sie Mir treu zur Seite stehen und mit frischer Kraft in das neue Jahr eintreten. Von ganzem Herzen erflehe

Ich für Sie Glück, Segen und vor allem andauernde Gesundheit und hoffe zu Gott, daß es Mir noch recht lange vergönnt sein möge, mit Ihnen zusammen für die Wohlfahrt und Größe unseres Vaterlandes zu wirken.

Eine sachliche Meinungsverschiedenheit trat erst ein, als während des großen Bergarbeiterstreiks des Jahres 1889 der Kaiser sich entschloß, die drei Führer der Ausständigen im Schloß zu Berlin zu empfangen. Hier warnte Bismarck vergebens. Und auch die zahlreichen Reisen des Kaisers an die europäischen Höfe trafen nicht durchweg auf seine Billigung; die zweite Fahrt nach Petersburg gehört mit zu jenen Gründen, die schließlich zur Katastrophe geführt haben. Aber sicherlich ahnte er es nicht, als er am 18. Mai für die Altersversicherung eintrat, daß er an diesem Tage seine letzte amtliche Rede im Parlamente halten würde. Es handelte sich um das Gesetz, das den Veteranen der Arbeit ihr Los erleichtern sollte; mit den Opponenten der Linken traten mehrere Abgeordneten aus der konservativen Partei den Plänen der Regierung entgegen. Den Freisinnigen hielt er ein Register ihrer Sünden vor mit den Worten:

Rede vom 18. 5. 1889.

Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen. Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, daß ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt (oho! bei den Freisinnigen) — wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsere Wehrverfassung gelegt wurde. Ob Sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung Ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben oder in der fraktionsmäßigen Notlage Ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen — (Rufe links: Pfui!) — Meine Herren, von „Pfui“ ist da nicht die Rede, — erlauben Sie, daß ich ganz offen rede; wer mir „Pfui“ sagt, den nenne ich: unverschämt! (Bravo! rechts.) Ich will den Herrn gar nicht fragen — — Sie mögen die Wahrheit nicht hören; ich bin aber hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen; insultieren lasse ich mich nicht, dann insultiere ich wieder. (Bravo! rechts.) „Pfui“ — ich weiß nicht, worauf sich das bezog; ich kann deshalb darauf nicht erwidern. Ich betrachte es als einen allgemeinen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich seit Jahren hier an dieser Stelle für die Herren, welche dort sitzen, gewesen bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler, so lange ich hier stehe, kämpfe ich dagegen und lasse mir dergleichen nicht sagen, ohne darauf zu reagieren.

Kennen Sie außer Ihrer teils schweigenden, teils ausdrücklichen Zustimmung zu unseren Wehrvorlagen irgend eine organische Bestimmung, von der Reichsverfassung angefangen bis an die heutige Vorlage, bei der die freisinnige Partei, oder, wie sie früher hieß, die Fortschrittspartei, der Regierung irgend entgegengekommen wäre, bei der sie das Bestreben gezeigt hätte, sich zu fragen: befestigen wir hierdurch das Reich oder nicht? Sie hat sich vielleicht gefragt; aber wenn sie sich in ihrem inneren Forum die

Frage beantwortet hatte, — für welche Seite sie sich dann entschieden hat, zur Befestigung oder nicht, das zu entscheiden überlasse ich dem Urteil der Geschichte.

Ob wohl eine Ahnung des Kommenden in ihm lag, als er den Konservativen zurief:

Wenn wir jetzt die ganze Sache beiseite legen, dann ist sie in die Versenkung verschwunden. Wer sagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holsteinischen Kanal bis 1870 sechs Jahre lang, von 1864 an auf das lebhafteste interessiert. Ich bin von 1870 bis 1880 gar nicht wieder so weit zu Atem gekommen, daß ich hätte an den Kanal denken können. Wer sagt Ihnen denn, daß wir in der Lage sein werden, uns mit dieser Frage, zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beschäftigen? Ich wenigstens möchte das Vertrauen nicht unbedingt aussprechen. Ich muß mich an die Konservativen wenden mit der Bitte um ein entschlossenes Zusammenhalten, daß sie wirklich als eine einheitliche Partei auftreten, welche sich hier einmal um den Staat und ihr eigenes Prinzip schart, und die nicht — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, der mir einfällt — eigenwillige Sonderbestrebungen verfolgt, deren Motive ich ganz unbeurteilt lasse. Also an die konservative Partei, als deren, ich möchte sagen, „alter Herr“ — ich war früher Mitglied, ich bin es nicht mehr, ich kann keiner Partei angehören — richte ich die Bitte: machen Sie solche Sprünge nicht! (Heiterkeit.)

Aber ich möchte die konservativen Herren ihrerseits besonders bitten, sich von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsässer-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen. (Lebhaftes Bravo.)

Daß die ersten ernsthaften Differenzen zwischen dem Kaiser und seinem Kanzler bis in den Sommer des Jahres 1889 zurückgehen, ist historisch festgestellt. Wenn später ein Pester Blatt berichtete: „Der Gegenbesuch des Zaren in Berlin 1889 schloß mit der Aussicht, daß Kaiser Wilhelm II. im Sommer 1890 wieder Gast in St. Petersburg sein und den russischen Manövern beiwohnen werde. Fürst Bismarck war von dieser Aussicht nicht so erfreut, wie es der Kaiser wünschte“, so ist diese Auffassung ohne Zweifel wohlbegründet gewesen. Und zutreffend war auch die Versicherung: „Daß der frühere Kanzler bestrebt war, mit Rußland, wenn nicht Freundschaft, so doch ein erträgliches Auskommen zu unterhalten, hat man aus seinem Munde oft genug gehört, ebenso aber auch, daß die Bundestreue jener traditionellen Freundschaft voranstehe.“ Denn es ist kein Zufall, daß die letzten Jahre seines Lebens vor allem erfüllt waren von sorgenvollen Betrachtungen über die Ausgestaltung unserer Be-

ziehungen zu unseren östlichen Nachbarn, und nicht ein Zufall ist es, sondern eine wundersame Schickung, daß ebenso wie einst sein ehrwürdiger Kaiser, so auch sein treuer deutscher Diener noch am letzten Tage des Lebens die Notwendigkeit eines Einvernehmens mit Rußland hervorhob. Er hat es vor allem als ein Glück für Deutschland angesehen, daß die orientalische Frage nicht in den Kreis unserer Interessen fiel: „Unsere Interessen sind mehr als die der anderen Mächte mit dem Gravitieren der russischen Macht nach Süden verträglich, wir können die Lösung eines von Rußland geschürzten Knotens länger als andere abwarten.“ Darum hat er auch später unsere Initiative in der griechischen Frage mit Sorge verfolgt.

Man hat es dem Fürsten Bismarck zum Vorwurf gemacht, daß er in kritischer Zeit durch lange Monate der Reichshauptstadt fernblieb. Aber er ist bei der Ausdehnung seines Aufenthaltes in Friedrichsruh lediglich der Anweisung des Monarchen gefolgt und er blieb nur deshalb weit über seine Absicht hinaus bis in das neue Jahr von Berlin fort. Er hat leider so den Intriganten den Weg frei gemacht, die jetzt mit allem Nachdruck den entscheidenden Sturmlauf gegen den verhaßten Kanzler unternahmen.

Aeußerlich blieb auch jetzt noch das alte Verhältnis bestehen. Von seiner Orientreise sandte der Kaiser zahlreiche im herzlichsten Tone gehaltene Telegramme nach Friedrichsruh, und zum Neujahrswechsel empfing der Kanzler jenen berühmten Glückwunsch, der mit den Worten schloß: „Ich bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten.“ Zugleich ließ der Kaiser seinem Kanzler immer wieder auf das dringendste raten, nur seiner Gesundheit zu leben, und bitter hat später der Kanzler es angedeutet, daß falsche Freunde den Kaiser getäuscht hätten über sein Ruhebedürfnis, um Platz für eigene Pläne zu gewinnen.

Die Auffassung der sozialen Frage nach ihrer reformatorischen Seite wie nach der Seite der Abwehr gemeingefährlicher Bestrebungen verschärfte die Spannung zwischen dem Kaiser und seinem Berater. Am 30. September war das Sozialistengesetz abgelaufen und es wurde nicht nur eine Verschärfung desselben, sondern auch die Verlängerung für ewige Zeiten gefordert. Nach der neuen Vorlage sollten sozialistische Agitatoren der Ausweisung unterliegen, solche Organe, die zweimaliger Verwarnung verfallen waren, sollten ver-

boten werden können. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die sozialistische Bewegung in letzter Konsequenz keine Rechts-, sondern eine Kriegsfrage und so zu behandeln sei. Er glaubte, daß der Kampf mit dieser Strömung unvermeidlich sei und deshalb je eher je besser stattfinde. Deshalb wollte er die Staatsgewalt in den Besitz aller Waffen setzen, damit die Regierung bei einer etwaigen Katastrophe die Herrin im Lande bleibe. Im Reichstage wiederum war man höchstens bereit, das alte Sozialistengesetz zu verlängern, und erst in zweiter Lesung entschloß man sich, das Gesetz zwar dauernd anzunehmen, die Verschärfung aber abzulehnen. Die konservative Partei hat ihre damalige kopflose Haltung unter Herrn von Caprivi noch bitter zu bereuen gelernt!

Am Tage vor der dritten Lesung traf Fürst Bismarck in Berlin ein, um den Vorsitz in einer Sitzung des Staatsministeriums zu führen, in der man sich über die Haltung der Regierung schlüssig machen wollte. Sein Eintreffen war herbeigeführt worden durch eine Depesche seines Sohnes, die ihn wohl auch gleichzeitig über die Schwierigkeit der Lage aufklärte. Er traf denn auch innerhalb seiner Kollegen auf Stimmungen, die es ihm deutlich machten, daß der Wind auch in den höheren Regionen umgeschlagen sei. Vor allen Dingen bemerkte er, daß sein Adlatus, Herr von Bötticher, der nach der Verfassung gar nicht das Recht besaß, eine selbständige Politik zu treiben, in direkten Vorträgen beim Kaiser sich zu der Auffassung des Kanzlers in Gegensatz gestellt hatte. Von dem Ministerrat begab sich der Kanzler zum Kaiser, um ihm seinen Wunsch vorzutragen, von der Leitung des Handelsministeriums entbunden zu werden. Unmittelbar darauf fand ein lang andauernder Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers statt. Hier wurden plötzlich zur Ueberraschung des leitenden Staatsmannes von Herrn v. Bötticher die bekannten Erlasse über den Arbeiterschutz vorgetragen, Erlasse, die sich durchaus in Gegensatz stellten zu den Ueberzeugungen des Fürsten Bismarck. Darin wurde es als eine Aufgabe der Staatsgewalt bezeichnet, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibe. Außerdem sollten Bestimmungen getroffen werden, in denen die Arbeiter die Gewähr erhielten, ihre gemeinsamen Angelegenheiten selbständig zu regeln und in besonderen Grenzen ihre Interessen

wahrzunehmen. Fürst Bismarck erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Veröffentlichung dieser Erlasse, er fürchtete, daß sie nur die Begehrlichkeit steigern, keineswegs aber der sozialistischen Agitation ein Ziel setzen würden. Er glaubte auch, daß hiermit ein tiefer Eingriff geschehe in das Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen und daß die deutsche Industrie nicht im stande sein werde, die neuen Lasten, die mit der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit ihr aufgebürdet würden, zu tragen. So sprach sich bald nach seiner Entlassung Fürst Bismarck auch einer Deputation von Kassel gegenüber aus:

Penzler I. Er bemerkte, daß er von internationalen Vereinbarungen zum Schutze der Arbeiter nicht allzuviel halte. An sich zwar seien solche Vereinbarungen ja ganz schön, aber Deutschland käme dabei stets schlecht weg. Er halte ehrlich, was vereinbart sei, während die anderen Staaten sich dann gewöhnlich um vieles herumzudrücken suchen. Auf dem Papier haben sie alles zwar auch, aber die Ausführung lasse immer sehr viel zu wünschen übrig.

Auch das Verbot der Sonntagsarbeit hat, wie ja bekannt, nicht den Beifall des Fürsten. Er betrachtet alles, was hier geschieht, als einen Eingriff in die Selbstbestimmung der Menschen, als Beschränkung der persönlichen Freiheit. Was hier durch die Sitte Gutes geschieht, verdiene gewiß alle Anerkennung, aber Zwang dürfe nicht herrschen.

Und in einem Interview erklärte er:

Penzler I. Wenn ich noch Minister wäre, so würde ich es für besser halten, von aller Einmischung abzusehen, den Dingen ihren natürlichen Lauf zu lassen und eine beobachtende Politik einzuhalten. Wenn Gesetzwidrigkeiten versucht würden, so würde ich sie bekämpfen, aber sonst mit Gleichmut die Sache ansehen. Wenn der Arbeiter sich einen Tag auswählen will, um sich zu amüsieren und einen öffentlichen Aufzug zu veranstalten, so würde ich nichts thun, um ihn daran zu hindern. Eine repressive Gesetzgebung läuft immer auf dasselbe hinaus. Ungeschickte Versuche, Unheil zu verhindern, sind oft der einzige Grund des Entstehens von Unheil. Es wird oft mehr Unglück hervorgerufen durch die Absperrung einer Straße, die durch ein Gedränge gefährdet zu sein scheint, als dadurch, daß man die Cirkulation beaufsichtigt und aufrecht erhält, wie man dies zuweilen in Berlin und anderen großen Städten sehen kann. Alle möglichen Vorsichtsmaßregeln gegen alle möglichen Uebel, die aus einer Lage entspringen können, zu ergreifen, kann zuweilen mehr Unheil schaffen, als wenn man ruhig den Ausgang abwartet. Es ist eine gute Regel in solchen Fällen, Drohungen sowohl wie Versprechungen zu vermeiden. Wenn der lärmende Streikende sieht, daß die Behörden außerordentliche Maßregeln ergreifen, um die Ruhe aufrecht zu erhalten, so weiß er, daß sie ihn fürchten. Und je mehr er dies begreift, um so angriffslustiger wird er. Der Gegensatz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist meiner Meinung nach das Resultat eines Naturgesetzes und kann nach der Natur der Dinge niemals zum Abschluß kommen. Wir

werden niemals in eine Lage kommen, wo die Arbeiter sagen werden: wir sind zufrieden sowohl für uns, wie für unsere Kinder und Nachkommen. Man kann es als eine Grundwahrheit ansehen, daß es der Wunsch des Arbeiters, seine Lage zu verbessern und vorwärts zu kommen, ebenso lange sein wird, als er irgend jemand sieht, dessen Lage besser ist als die seinige.

Nein, dieser Kampf der Klassen wird niemals aufhören. Ihn lösen zu wollen, wäre dasselbe wie das Problem der Quadratur des Kreises lösen zu wollen. Es ist eine Utopie, der Traum eines tausendjährigen Reiches, das Millennium, der nur verwirklicht werden kann, wenn die Menschen Engel werden. Irgend ein Arrangement auf Grund eines festen Arbeitslohnes, z. B. fünf Schilling pro Tag, ist nicht ausführbar.

Der Sozialismus wird uns noch viel Mühe machen. Den Regierungen ist oft der Vorwurf gemacht worden, es sowohl an Energie wie an Wohlwollen haben fehlen zu lassen. Ich nenne es nicht Nachsicht, wenn ein Mensch so feige ist, dem Druck einer Demonstration nachzugeben. Zuweilen besteht das echte Wohlwollen darin, Blut zu vergießen. Das Blut einer aufrührerischen Minorität, und zwar zur Verteidigung der ruheliebenden und dem Gesetz gehorchenden Majorität. Das erste Erfordernis einer Regierung ist Energie. Sie darf nicht der Zeit sich anbequemen, nicht die Zukunft für eine nur zeitweilig bequeme Einrichtung aufopfern. Eine Regierung muß konsequent sein. Die Festigkeit, ja sogar die Härte einer herrschenden Macht ist eine Bürgschaft des Friedens, sowohl nach außen wie nach innen. Eine Regierung, die immer bereit ist, einer Majorität nachzugeben, sei die letztere nun eine lokale oder bloß zeitweilige, eine parlamentarische oder aufrührerische, und welche ihr Ansehen nur durch Zugeständnisse aufrecht erhält, von denen jedes den Weg zu einem neuen Zugeständnis anbahnt, eine solche Regierung befindet sich in einer traurigen Klemme.

Die Erlasse waren eine Lieblingsidee des Kaisers. An ihrer Fertigstellung hatte neben dem Grafen Douglas und dem Maler Heyden auch Herr Hinzpeter, der Erzieher des Kaisers, mitgearbeitet.

Die Form, in der sie später mit starker Abschwächung veröffentlicht wurden, stammte aus der Feder des Kanzlers. Vergebens hatte er, wie er dem Verfasser mitteilte, indem er sie „in den Schubkasten legte", eine dilatorische Politik versucht und vergebens bat er noch vor ihrer Veröffentlichung den Monarchen, er möge ihm gestatten, sie „ins Feuer" zu werfen. Der Kaiser blieb bei seinem Entschluß, in der Hoffnung, einen heilsamen Einfluß auf die Wahlen ausüben zu können. Nur das erreichte der Fürst, daß zur Begutachtung über die Erlasse ein Staatsrat einberufen wurde, der gleichsam, wie Bismarck sich später ausdrückte, ein Sieb sein sollte, eine gewisse Hemmung für den humanen arbeiterfreundlichen Plan des jungen Kaisers.

Das Organ des Kanzlers hat sich über die Motive, die ihn damals bewegten, in folgender Weise geäußert:

Penzler I. Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen.

Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregeln zu überzeugen, weil der Minister infolge seiner Antezedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Ueberzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anrät, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurteilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen.

In dieser Lage dürfte sich Fürst Bismarck dem Kaiser gegenüber in Sachen der auf die Arbeiterfragen bezüglichen Erlasse und weiteren Maßnahmen befunden haben

Die Meinung des Monarchen war eine andere, wie die seines Kanzlers; die übrigen Minister aber, die noch wenige Jahre zuvor mit dem leitenden Staatsmanne eines Sinnes waren, mochten ihre Ansicht geändert, oder sie aus Gründen, deren Erörterung uns hier nicht obliegt, zurückgedrängt haben. So blieb als letzter Rat zur Wahrung dessen, was der Kanzler in diesem Falle als die salus publica erkannte, nur der Vorschlag zur Berufung des Staatsrats, resp. der internationalen Konferenz übrig. Wenn diese Beratungskörperschaften den auf sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen haben, so beweist das höchstens, daß der frühere Reichskanzler in seinen bezüglichen Voraussetzungen eine Enttäuschung erfuhr, die ihn als Menschenkenner irre machen konnte; keinesfalls war das Ergebnis der Staatsrats- und Konferenz-Beratungen vorauszusehen. Die Berufung dieser Berufungsinstanzen war vollständig berechtigt, auch wenn sie schließlich nicht dem Zwecke entsprach.

Nachdem die Ansicht des leitenden Staatsmannes nicht durchgedrungen war, sondern die des Monarchen, mußte ersterer entlassen werden, da von ihm die Uebernahme der Verantwortung für die Ausführung der zu fassen-

den Beschlüsse nicht zu gewärtigen war. So fand die Trennung statt; von einer Untreue dabei zu reden, ist sinnlos. Thatsächlich ist Fürst Bismarck wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und ihm entlassen worden; aber das ist weder ein Geheimnis, noch ist daraus irgend ein Vorwurf gegen ihn zu konstruieren.

Wer die Reden, die Fürst Bismarck im Jahre 1885 im Reichstage zur Frage des Arbeiterschutzes gehalten hat, mit Aufmerksamkeit liest und sie mit den entsprechenden Vorlagen der jetzigen Regierung vergleicht, dem kann die Unvereinbarkeit beider Anschauungen nicht entgehen. Der ehemalige Kanzler ist arbeiterfreundlich im Sinne der durch ihn ins Leben gerufenen kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, der Basis der deutschen Sozialreform; er will die Arbeiter gegen die Gefahren der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Invalidität sichern, aber er glaubt nicht, durch Eingreifen in die Autonomie des Arbeiters diesem oder dem Staate wahrhaften Nutzen bringen zu können. Das schöne Ziel der Beschränkung der Sonntags-, der Frauen- und Kinderarbeit schwebt auch ihm als erstrebenswert vor; aber so lange nicht nachgewiesen ist, wie die vielen Millionen, die dem Arbeiterstande durch diese Beschränkung an Arbeitslohn entzogen werden, anderweitig beschafft werden können, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und der Staat darunter leiden, glaubt er auf diesem Wege nur so weit vorgehen zu dürfen, als durch die allerdringendste Notwendigkeit erheischt wird. Der ehemalige Kanzler meint auch wahrscheinlich nicht, daß durch Paktieren mit der Begehrlichkeit der Arbeiter zur Sicherung des sozialen Friedens zu gelangen ist.

Auch in der Frage des Sozialistengesetzes und der anzuwendenden Taktik entstand zwischen dem Monarchen und seinem Ratgeber eine ernste Meinungsverschiedenheit, so daß er bei der Reichstagsberatung nicht mehr auftrat und das Schicksal seinen Weg gehen ließ. Das Gesetz wurde, da die Konservativen für das abgeschwächte Gesetz nicht stimmen wollten, abgelehnt, es ist dann später nicht mehr erneuert worden.

Am 4. Februar erschienen dann ohne Gegenzeichnung des Fürsten Bismarck die kaiserlichen Erlasse. An demselben Tage noch fand bei dem Fürsten Bismarck eine parlamentarische Zusammenkunft statt, an der auch der Kaiser teilnahm und sich auf das freundlichste mit den Anwesenden unterhielt. Hier bemerkte der Kanzler einer Gruppe von Gästen gegenüber, daß er die Last der Jahre immer mehr fühle und dem Gedanken gern praktische Folge geben möchte, die preußischen Angelegenheiten jüngeren Kräften anzuvertrauen. Er fügte hinzu: „Der Kaiser hat mich ja ganz gern, aber imponieren kann ich ihm nicht, versuchen Sie einmal, ob Sie es können." Schon am Vormittage hatte eine Unterredung stattgefunden, in der Fürst Bismarck den Kaiser fragte: „Bin ich Ew. Majestät im Wege?" und zum

erstenmale einen Tadel darüber hörte, daß er den Ministern verboten habe, Immediatberichte einzureichen: „Ich will durchaus, daß Meine Minister sich Mir persönlich vorstellen.“

Am 14. Februar wurde der Staatsrat eröffnet. Schon vorher stand es bei dem Fürsten Bismarck fest, daß er von seinen Aemtern zurücktreten müsse, doch hatte er im Hinblick hauptsächlich auf die auswärtige Politik und das Verhältnis mit Rußland den Vorschlag gemacht, den Rücktritt allmählich sich vollziehen zu lassen. Die Vorgänge, die zu einer Beschleunigung der Entlassung führten, entwickelten sich erst zu Beginn des März. Inzwischen fanden die Wahlen zum Reichstage statt, der Kartellreichstag wurde gesprengt und das „Dreiblatt: „Windthorst-Richter-Grillenberger“ triumphierte. Aber dieser Ausfall erweckte nicht etwa Argwohn gegen die Heilkraft der in den Erlassen ausgesprochenen Politik, sondern er wurde lediglich geltend gemacht zu Ungunsten des Kanzlers, der hierdurch eine schwere Niederlage erlitten habe. In dem Staatsrat, an dem der Kanzler nur passiv teilnahm, wurden natürlich die Absichten des Monarchen gebilligt und sämtliche Minister erklärten sich darauf in einer gemeinsamen Sitzung für die Erlasse. Erst später ist es bekannt geworden, daß Kaiser Wilhelm bereits am 1. Februar dem General v. Caprivi in einer Audienz gesagt hatte: „Ich habe Sie kommen lassen, um Ihnen zu sagen, daß Sie sich für alle Fälle bereit halten müssen. Ueber kurz oder lang wird der Reichskanzlerposten vakant. Ich habe Sie zum Nachfolger Bismarcks designiert. Mein Großvater hat bereits Sie als solchen mir bezeichnet, nämlich für den Fall des Todes Bismarcks. Es scheint aber, daß ich mich früher von ihm trennen muß. Er ist meinem Vorgehen in der Arbeiterfrage so abgeneigt und bequemt sich demselben so schwer an, daß unsere Wege nicht lange mehr werden zusammen gehen können.“

Fürst Bismarck äußerte sich in einer späteren Zeit über die Unterredung, die er selbst Anfang Februar mit dem Kaiser hatte und in der er seinen Rücktritt von dem Ministerpräsidentenposten vorschlug, in folgender Weise:

Penzler I. In einer Zeit, wo ich nicht daran denken konnte, daß der Kaiser mich gerne los wäre, sprach ich einmal mit Sr. Majestät von der Möglichkeit, daß das Reichskanzleramt versuchsweise von der deutschen Ministerpräsidentschaft getrennt werden könnte, einer Möglichkeit, die vielleicht zum erstenmale dann sich wieder einstellen würde, wenn ich tot wäre. Damals sagte ich dem Kaiser, für diesen Fall würde ich ihm raten, an die Spitze des

preußischen Ministeriums einen schneidigen General zu stellen. Ich that das, weil ich der Meinung war, daß Verhältnisse eintreten könnten, wo die damaligen Chefs der drei wichtigsten preußischen Ressorts an der nötigen Schneidigkeit zu wünschen übrig ließen. Der Chef der Polizei war liberal, der Chef des Kriegswesens war liberal und Schwadroneur, der Chef der Staatsanwaltschaften zwar nicht gerade liberal, aber doch zerfahren und unsicher. Beispielsweise nannte ich, weil der mir gerade zuerst einfiel, den Namen Caprivi — aber mein Vorschlag galt nicht dieser Persönlichkeit, sondern nur dem Generalsrange und der Schneidigkeit. Bezüglich letzterer habe ich mich gründlich getäuscht. Es ist mir das nicht oft passiert. Bis dahin war mir Caprivi immer eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Er war stramm und aufrecht, kurz im Reden und überhaupt schweigsam. Als ich seine ersten Reden als Ministerpräsident und Reichskanzler in den Parlamenten las, da wußte ich, daß ich mich getäuscht hatte. Wie mir nun später gesagt worden ist, hat sich der Kaiser schon damals Caprivi von Hannover herüberkommen lassen und ohne mein Wissen mit ihm verhandelt. Wenn Windthorst wirklich gesagt hat, Caprivi werde mein Nachfolger und er sei seit langem dazu bestimmt gewesen, so hat er nicht mit meinem, sondern mit des Kaisers Kalb gepflügt. Ich habe außer vor dem Kaiser vor niemanden den Namen Caprivis in solchem Zusammenhange genannt und meine bezügliche Unterredung mit dem Kaiser war ohne Zeugen. Lange übrigens, bevor der Kaiser mich rundweg auffordern ließ, meine Entlassung zu erbitten, was ich zu thun mich weigerte, indem ich passiven Widerstand leistete, hat er mich unter Gründen der Schonung meiner Gesundheit von Berlin und aus dem lebendigen Zusammenhang der Dinge ferngehalten. Es war keineswegs mein Bedürfnis und mein Wunsch, wenn ich oft so lange von Berlin abwesend war.

Am 4. März war Bismarck wieder zur Audienz befohlen, es handelte sich vornehmlich um sein Verlangen, von den Ressortchefs rechtzeitig orientiert zu werden und besonders dem Kaiser über jede Angelegenheit persönlich Bericht zu erstatten. Das Entlassungsgesuch, das erst nach seinem Tode veröffentlicht wurde, hat diese Frage beleuchtet; die Zeiten des neuen Kurses haben die volle Berechtigung des von Bismarck betonten Standpunktes erwiesen. In der Audienz wurde die Differenz nicht geschlichtet, die Erregung des Kaisers hallte noch nach in der Rede auf dem brandenburgischen Provinziallandtage, die in den Worten gipfelte: „Wer sich Mir bei Meiner Arbeit entgegenstellt, den zerschmettere Ich.“ Fürst Bismarck wurde beauftragt, eine Denkschrift über diese Frage auszuarbeiten, eine Frage, die ihre Begründung fand in der bekannten Kabinettsordre vom Jahre 1852. Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Herrn v. Bötticher, der sicherlich nicht als ein Freund des Kanzlers gelten durfte, konnte als ein weiterer Beweis dafür dienen, daß Fürst

Bismarck das Vertrauen seines Herrschers verloren hatte. Zahlreiche Bundesfürsten suchten in jenen Tagen zu vermitteln. Daß auch der Großherzog von Baden zu ihnen gehört habe, ist eine Legende.

Die Ereignisse überstürzten sich seit dem Beginn des März. Am 12. erschien beim Fürsten Bismarck sein Bankier Herr v. Bleichröder, um ihm im Auftrage Windthorsts die Bitte vorzutragen, den Centrumsführern eine Unterredung zu gewähren. So erstaunt der Kanzler auch war über eine Frage, die er für vollständig überflüssig hielt, da er grundsätzlich jedem Parlamentarier Zutritt gewährte, so ging der Kanzler doch ohne Arg auf den Vorschlag ein. Man hat hieran die Verdächtigung geknüpft, daß Bleichröder einen besonders tiefgehenden Einfluß auf den Kanzler ausgeübt habe. Das ist nie der Fall gewesen, der Berliner Bankier war für Bismarck nie etwas anderes als lediglich sein Buchhalter. Charakteristisch sind auch folgende Aeußerungen des Kanzlers nach seiner Entlassung:

Memmingers Bericht. (Penzler VII.)

Stöcker und seine Leute haben mir öfter am Zeuge flicken wollen und haben mir namentlich mein Verhältnis zum Bankier Bleichröder vorgeworfen. Ich weiß, was ich von Bleichröder als Mensch und seinen Söhnen zu halten habe, ich weiß alles und billige nicht alles, aber seine Tochter ist eine Frau von vornehmer Gesinnung und Geist. Für mich selbst war Bleichröder mein Bankier, der einen Teil meiner Finanzen verwaltete. Es ist erlogen, daß ich ihm wichtige Mitteilungen politischer Natur gemacht habe, damit er solchergestalt bessere Geschäfte für sich und mich machen könne. Wahr ist aber, daß mir Bleichröder im Jahre 1866 die Mittel zur Kriegsführung, die uns Niemand verschaffen wollte, beschaffte. Das war eine That, für welche ich dem Manne zu Danke verpflichtet war. Als anständiger Mann lasse ich mir auch von einem Juden nicht nachsagen, daß ich ihn gebraucht und ihn dann für geleistete Dienste verachtet habe.

Die Unterredung hat stattgefunden, und lange, aber vergebens haben sich die Klerikalen bemüht, dem Kanzler statt dem Welfen die Initiative zu der Besprechung zuzuschieben. Fürst Bismarck hat um so mehr sich nicht dem Argwohn entziehen können, daß das Gespräch mit Windthorst lediglich veranstaltet worden sei, um ihm eine Falle zu stellen. In der Unterhaltung, von der der Fürst dem Verfasser sagte, sie habe sich zum größten Teil um gleichgiltige Dinge gedreht und sei augenscheinlich in bestimmter Absicht möglichst lange ausgedehnt worden, wurde das politische Gebiet nur insofern berührt, als der Kanzler sich über die Haltung des Centrums orientieren wollte; da jedoch die Ansprüche, die Windthorst stellte und die auf die Wiederherstellung der Zustände vor 1870 hinausliefen, viel zu

weit gingen, so war der Zweck der Unterredung erschöpft. Eifrige Leute müssen alsbald dem Kaiser unter Entstellung der Wahrheit Mitteilung von der Unterredung gemacht haben, vor allem war ihm schon damals fälschlich berichtet worden, daß Bismarck der Urheber der Besprechung gewesen sei. Am 15. März frühmorgens erschien der Kaiser, um den zwei Tage vorher angemeldeten Vortrag des Fürsten zu hören, im Auswärtigen Amt. Fürst Bismarck, der noch im Bette lag, kleidete sich schnell an und eilte zu dem harrenden Monarchen. In erregter Weise forderte Kaiser Wilhelm Auskunft darüber, was die Unterhaltung mit Windthorst zu bedeuten hatte, und obwohl der Kanzler betonte, daß es sich nur um eine private Besprechung gehandelt habe, verlangte doch der Kaiser, daß er von den Verhandlungen seines Kanzlers mit Parteiführern vorher in Kenntnis gesetzt werde. Diesen Anspruch wies Bismarck mit der Erklärung zurück, er lasse seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Aufsicht unterwerfen und über seine Schwelle niemanden gebieten. „Auch nicht, wenn ich es Ihnen als Souverän befehle?" rief der Kaiser in großer Erregung. „Auch dann nicht", erwiderte Bismarck. Dann fügte er noch hinzu: Nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er im Amte geblieben. Er sei aber, wenn er dem Kaiser unbequem werde, gern bereit, sich zurückzuziehen. Eine ablehnende Aeußerung des Monarchen ist nicht bekannt geworden.

An demselben Tage wurde die internationale Arbeiterschutzkonferenz eröffnet. Zwei Tage darauf fand der Ministerrat statt, in dem der Fürst seinen Rücktritt erklärte. Inzwischen aber hatte der Kaiser selbst bereits Schritte unternommen, um den Kanzler in seinem Entschluß zu bestärken, er hatte wiederholt in ihn dringen lassen, die Denkschrift über die Kabinettsordre des Jahres 1852 einzureichen. Schon am Morgen war General v. Hahnke im Reichskanzlerpalais erschienen, um dem Fürsten mitzuteilen, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch des Kanzlers erwarte und bereit sei, ihn zu diesem Behuf am Mittag zu empfangen. Da der Auftrag des Königsboten sich nicht direkt als amtlich charakterisierte, so erwiderte Bismarck, daß er aus Gesundheitsgründen nicht ausgehen könne, daß er auch für eine schriftliche Eingabe um Frist bitten müßte. Denn er hielt es für eine Art von Fahnenflucht, gerade jetzt zu gehen, er wollte die Verantwortlichkeit nicht tragen und er hat auch niemals die Ordre

seiner Entlassung gegengezeichnet. Die weiteren Vorgänge wurden später in den „Hamburger Nachrichten" in einer Polemik gegen ein Straßburger Blatt in folgender Weise dargestellt:

Hambg. Nach.

Der Schritt vom 17. abends war nicht der erste; selbst der vom 17. morgens war nicht der erste, er enthielt nur die erste nach der dienstlichen Stellung des Ueberbringers notwendig amtliche und eine clausula ausgesprochene Aufforderung zum Rücktritt an den Reichskanzler. Infolge dieses amtlichen Schrittes vom Morgen des 17. fand um 3 Uhr desselben Tages der Ministerrat statt, dessen die „Straßb. Post" gedenkt. Auch in diesem kann der Fürst seinen Rücktritt noch nicht in einer als „unerschütterlich" bezeichneten Erklärung gegeben haben, sonst wäre der nicht erste, sondern letzte amtliche Schritt vom Abend zur Herbeiführung des Rücktritts nicht mehr erforderlich gewesen. Die Ministersitzung hat um 3 Uhr nachmittags stattgefunden. Erst am späteren Nachmittage, also nehmen wir an um 5 oder 6 Uhr, erhielt der Kaiser „zufällig" Kenntnis von den Vorgängen im Ministerrate, also einer der Kollegen des Kanzlers teilte Sr. Majestät einseitig mit, was soeben im Ministerrate vorgefallen war. Diese „zufällige" Meldung muß doch noch nicht den Eindruck einer „unerschütterlichen Erklärung" des Reichskanzlers über seinen Rücktritt gemacht haben; denn sonst wäre der letzte amtliche Schritt, durch welchen der Kanzler am Abend des 17. nochmals zum Rücktritt aufgefordert wurde, überflüssig gewesen. Die Ausführung einer „unerschütterlichen Erklärung" des Kanzlers hätte ohne wiederholtes Verlangen abgewartet werden können; das Excitatorium, durch welches die am Morgen des 17. bereits amtlich erfolgte Aufforderung zum Rücktritt amtlich erneuert wurde, und welches die „Straßb. Post" fälschlich für das „erste" erklärte, wäre nicht erforderlich gewesen. Daß es dennoch erfolgte, daraus läßt sich schließen, daß die „unerschütterliche Erklärung" des Reichskanzlers im Ministerrate nach der Darstellung des darüber „zufällig" berichtenden Kollegen des Ministerpräsidenten noch keine hinreichende Sicherheit für seinen wirklichen Rücktritt geboten hat.

In dem Ministerrat erklärten sich sämtliche Teilnehmer mit der Auffassung ihres Vorsitzenden über die Ordre des Jahres 1852 einverstanden, aber alle mit Ausnahme der Herren Scholz und Maybach haben später ihre Ansicht geändert, und vor allem war es General v. Verdy, der mit Eifer dem Kaiser den Wechsel seiner Ueberzeugung klarlegte. Wieder erfuhr der Kaiser unmittelbar, was im Ministerrat vorging, auch daß man hier noch weitere Schritte geplant habe, um den Kanzler in seinem Amte zu erhalten, und als die Minister am Abend bei Herrn v. Bötticher zusammentraten, ohne daß der Fürst Bismarck teilnahm, erschien bereits ein kaiserlicher Adjutant mit der Erklärung, daß alles weitere Bemühen überflüssig sei, ein Entschluß sei bereits gefaßt. Wieder kam ein kaiserlicher Bote, Herr v. Lucanus, zu Bismarck, um die Verwunderung des

Monarchen darüber auszusprechen, daß das Entlassungsgesuch noch nicht erfolgt sei.

Eine kurze Darstellung der Ereignisse hat Fürst Bismarck einem journalistischen Besucher gegeben:

H. Kleser, Zeitungsmitteilungen.

Mit der Trennung des Reichskanzlerpostens von dem Präsidium des preußischen Staatsministeriums hatten wir unter Roon, der gewiß ein vortrefflicher Mann war, so schlechte Erfahrungen gemacht, daß ich geglaubt hatte, frühestens nach meinem Tode könnte dieser Plan vielleicht wieder auftreten. Wenn aber ein von mir in Vorschlag gebrachter schneidiger General, als welchen ich gesprächs- und beispielsweise Caprivi benannt hatte, an die Spitze des preußischen Staatsministeriums gestellt würde, hatte ich mich bereit erklärt, die Reichskanzlerschaft allein weiter zu führen, weil die Lage des Reiches damals so wichtigen Entscheidungen ausgesetzt war, daß ich es nicht glaubte vor meinem Gewissen verantworten zu können, gerade jetzt zu gehen. Auch dieser Lösung war der Kaiser abgeneigt. Windthorst erfuhr davon und ersuchte mich um eine Unterredung, die ich ihm gewährte, wie ich sie jedem Abgeordneten nach Möglichkeit stets gewährt hatte. Wenn Windthorst gesagt hat, ich hätte ihm gegenüber Caprivi als Nachfolger erwähnt, so ist das ein Irrtum Windthorsts gewesen. Windthorst hat vielleicht aus der Umgebung des Kaisers gehört, daß ich dort auf die Lösung mit einem General, etwa Caprivi, als preußischen Ministerpräsidenten, hingedeutet hatte. Ich hatte, als Windthorst bei mir war, noch nicht gewußt, daß Caprivi dem Centrumsführer besonders erwünscht sei. Richtig ist, daß Windthorst mir sagte, er wünsche aufrichtig, daß ich in meinen Aemtern verbleibe. Es fand am 16. März ein Ministerrat statt, in welchem die Lage beraten und einstimmig die Entschließung gefaßt wurde, daß die Lage erheische, mich zu bitten, im Amte zu verbleiben. Es fand sich ein Mitglied des Ministerrates, welches den für geheim erklärten Beschluß hinterbrachte, und am 17. erschien General Hahnke bei mir, um mir, ohne direkten Allerhöchsten Auftrag, wie er sagte, doch die Erwartung Seiner Majestät bekannt zu geben, ich werde meine Entlassung erbitten. Ich erwiderte dem General, wenn der Kaiser mich nicht länger glaube brauchen zu können, so möge er mich entlassen. Dazu brauche es eines Gesuches meinerseits nicht. Meine Entlassung selber zu beantragen aber sei mir unmöglich, da ich diese unter den obwaltenden politischen Verhältnissen für eine schwere Schädigung der deutschen Politik halten müsse. Noch am selben Tage kam Lucanus mit dem direkten Allerhöchsten Auftrage. Auf die Mitteilung, daß der Kaiser mein Abschiedsgesuch sofort zu erhalten erwarte, erwiderte ich, daß ich bereit sei, meinen schlichten Abschied sofort selber zu unterzeichnen, zu einem Gesuch indessen von solcher politischen Tragweite immerhin einiger Zeit bedürfe. Ich sagte ihm zu, das Schriftstück so bald wie thunlich an Se. Majestät gelangen zu lassen. Ich verfaßte es am 18. und in der Nacht zum 19.

* * *

Am Abend des 19. März erfolgte die Einsendung des Gesuches, und am 20. wurde dem Fürsten die Annahme seines Wunsches, aus

den Aemtern zu treten, übermittelt. Dieses historische Dokument hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. haben Eure Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende alleruntertha̋nigste Darlegung.

Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums" war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden, und es wurde zuerst auf dem geeinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premier-Ministers" anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums" ernannt in Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr v. Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister v. Auerswald, der Prinz v. Hohenlohe. Aber es lag ihm ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben, und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister, namentlich dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir ein-

verstanden und auch darüber, daß auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich einem Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicherzustellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Eurer Majestät sicherzustellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mitteilungen, welche mir der General v. Hahnke und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Versprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner Aemter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich aller Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim Alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Euere Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Uebersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, deren ich zur Uebernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige

Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände wie der bayerischen oder sächsischen und von der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in . . . . gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu Rußland unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir Schuwalow nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intensionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät alleruntertthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Aemtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. gez. von Bismarck.

Das Handschreiben aber, mit dem der Kaiser den Fürsten Bismarck scheiden ließ, enthielt folgende Sätze:

Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. Mts. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen; wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rück-

tritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Aemtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werde. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Ueberzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen. Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters. In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König

Berlin, den 20. März 1890.

Wilhelm I. R.

Zwei Tage später telegraphierte der Kaiser an den Grafen **Görtz**:

Mir ist so weh ums Herz, als hätte Ich Meinen Großvater noch einmal verloren! Es ist Mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe Ich es zu tragen, wenn Ich auch darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte; und nun „Volldampf voraus!"

Zugleich wurde Fürst Bismarck zum Herzog von Lauenburg und zum Generaloberst ernannt. Die Ueberweisung einer Dotation, wie sie der Kaiser geplant hatte, lehnte der greise Staatsmann ab.

Ungeheuer war der Eindruck, den die Nachricht von der Entlassung **Bismarcks** erregte. Das Unglaubliche war geschehen, ein Hohenzoller hatte den treuverdienten Mann, der dem Ahnen einst die **Kaiserkrone** gegeben, der das Reich zur Einigkeit geführt hatte,

von sich gehen lassen wie einen Diener, der seine Arbeit schlecht ausgeführt, wie einen Handlanger, der dem Willen des Meisters nicht gehorcht hat. Der 20. März 1890 war ein Trauertag für Deutschland, wie es ihn nie erlebt hatte, ein Tag des Jubels für alle Feinde im Osten und Westen. Er wurde um so schmerzlicher von ganz Deutschland empfunden, als die Umstände, die ihn begleiteten, gar bald die Gewißheit brachten, daß dem Unrecht auch die Kränkung hinzugefügt sei. Die ärgsten Rücksichtslosigkeiten gingen von seinem Nachfolger aus. Dieser Mann, den weder Talente noch Kenntnisse für sein Amt befähigten, hat nicht einmal den Weggang seines großen Vorgängers erwarten können; ehe noch Fürst Bismarck den amtlichen Bescheid in seinen Händen hatte, fand er Herrn Leo v. Caprivi in seinem Hause, und selbst die Zeit ist ihm nicht geblieben, das, was er besaß, ordnungsgemäß einzupacken und abzusenden. Er kam sich mit den Seinen vor „etwa wie eine deutsche Familie, die im Jahre 1870 aus Paris ausgewiesen wurde". Ehe er fortging, hat er noch der Kaiserin Friedrich und später der Kaiserin den letzten Besuch gemacht. Der Kaiser empfing ihn allein; was zwischen den beiden Männern gesprochen wurde, ist nicht bekannt. Herzlich zeigte sich die Kaiserin, die ihre Knaben herbeirief. Am Vormittag des 28. März aber fuhr Bismarck hinaus zum Mausoleum und legte auf den Sarg seines alten Herrn als letzten Gruß drei blühende Rosen. Welche Gedanken mögen damals durch sein Haupt gegangen sein! Noch niemals hat die Künstlerin Geschichte ein so ergreifendes Bild gezeichnet wie an diesem Tage, da der treueste Diener dem treuesten Herrn zum letztenmale huldigend sich nahte!

Am Tage darauf verließ der alte Reichskanzler Berlin.

National-Ztg. Heller warmer Sonnenschein durchflutete die Straßen, ein maienhaft schöner Frühlingstag begünstigte die Ansammlung der vielen Tausende, welche dem scheidenden großen Staatsmann ein Lebewohl zurufen wollten. Die Menge konzentrierte sich von 4 Uhr ab in den Straßen, durch welche der Weg nach dem Bahnhof führt, in der Wilhelmstraße, Unter den Linden, am Brandenburger Thor, auf dem Königsplatz bis zum Lehrter Bahnhof. Unter den Linden waren der südliche Bürgersteig, die Fahrdämme und die Mittelpromenade von dichtgedrängten Menschenreihen besetzt; Fenster und Balkone waren dicht gefüllt; ein größeres Aufgebot von Schutzleuten hatte alle Mühe, die Fahrwege frei zu halten und den Verkehr zu regeln. Auf dem Pariser Platz waren zu beiden Seiten mehrfache Reihen von Equipagen und Droschken aufgefahren, deren Insassen sämtlich darauf harrten, dem Fürsten Bismarck ihren Scheidegruß zuzurufen. Ein dunkles, dichtes

Menschengewühl erfüllte die Wilhelmstraße von den Linden bis zum Wilhelmsplatz. Hier bemerkte man viele Damen in schwarzer Kleidung, mit Blumenbouquets und Kränzen in den Händen. Zahlreiche Schutzleute zu Fuß und zu Pferde hatten den Bürgersteig und die Straße vor dem Reichskanzlerpalais frei gehalten; gleichwohl gelang es mit Blumenspenden beladenen Damen und Herren, die Schutzmannskette zu durchbrechen und vor dem Gitterthor des Palais Aufstellung zu nehmen. Schweigend und in tiefer Bewegung harrten die Tausende des Moments der Abfahrt.

Fünf Minuten nach 5 Uhr kam Bewegung in die Menschenmenge. Der erste der auf dem Hofe des Palais haltenden Wagen war vor dem Portal vorgefahren, und Fürst Bismarck in seiner Kürassieruniform mit den Abzeichen seiner neuen Würde trat heraus, hinter ihm Graf Herbert Bismarck in Civilkleidung. Der Fürst hatte noch einen letzten Abschied von seinen nächsten Gehilfen genommen. Er warf auf die ihm so vertrauten Räume vor dem Einsteigen noch einen langen Blick. Schon aber hatten die brausenden Hurras und Hochrufe eingesetzt, Tücher wurden geschwenkt und ein wahrer Regen von Blumen und Kränzen flog in den offenen Wagen hinein, als der einfache Wagen zum Ehrenhof hinausfuhr. Eine unbeschreibliche Begeisterung war in die Menschenmassen beim Anblick des scheidenden Kanzlers gekommen; die Menge warf sich dem Wagen entgegen, stürzte zu beiden Seiten vor und brachte die Pferde zum Stehen. Einen Augenblick schien es, als ob man die Pferde ausschirren wollte. Fürst Bismarck dankte nach allen Seiten grüßend, ein freundliches Lächeln war über seine ernsten Züge geflogen. Langsam nur konnte der Wagen vorwärts kommen, wie widerwillig nur machten die Menschenmassen vor dem Wagen Platz. Die begeisterten Hochrufe, das Tücherschwenken, die Abschiedsrufe, die Blumenspenden wiederholten sich Unter den Linden bis zum Brandenburger Thor hinaus. Ein nachdrängender unendlicher Menschenstrom wälzte sich immer anschwellend und alles mit sich ziehend dicht hinter dem Wagen des Fürsten einher, so daß die anderen Wagen bald weit von dem Wagen des Fürsten getrennt waren. In dem zweiten Wagen saßen die Fürstin Bismarck mit dem Grafen und der Gräfin Wilhelm Bismarck, im dritten Professor Schweninger, im vierten Wagen — was viel bemerkt wurde — Reichskanzler v. Caprivi.

Die Fahrt gestaltete sich zu einem Triumphzuge, wie ihn Berlin lange nicht gesehen hat. Auf den Bürgersteigen der Straßen standen Kopf an Kopf Männer aus dem Volke, elegant gekleidete Damen und Herren aus den besten Gesellschaftsschichten, darunter sehr viele Offiziere; es schien, als ob sie alle in der Herzlichkeit der Huldigungen wetteiferten, welche sie dem Fürsten Bismarck darzubringen bemüht waren. Die Großartigkeit dieser unvorbereiteten Huldigung verfehlte auf den Fürsten ihre Wirkung nicht. Der Schmelz aufrichtiger Rührung verklärte die Züge des eisernen Mannes, und die zuckenden Winkel seines lächelnden Mundes verrieten tiefe Bewegung.

Auf dem vom hellen Sonnenlicht übergossenen Lehrter Bahnhof, von dem aus die Abreise nach Friedrichsruh mit dem Expreßzuge um 5 Uhr 40 Minuten erfolgte, herrschte bereits in den ersten Nachmittagsstunden ein außergewöhnliches Leben. Die Wartesäle waren bereits um 3 Uhr überfüllt; alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten; neben den Damen

der Aristokratie, die meistens in tiefste Trauer gehüllt waren, hatten sich zahlreiche Frauen aus dem Handwerkerstand und aus den arbeitenden Klassen eingefunden. Noch bunter zusammengesetzt war womöglich das Männerpublikum: Generale in goldstrotzender Uniform, Offiziere der Gardetruppen und der Linie. Zu ihnen gesellten sich Parlamentarier, bekannte Rechtsanwälte, Aerzte, Studenten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, jeder Stand schien vertreten. Vor dem Bahnhofe hatten zahlreiche Blumenverkäufer Posto gefaßt; so voll ihre Körbe auch von Blumen waren, ein Augenblick genügte, und sie waren entleert. Alle Frauen trugen Blumensträuße; der Wartesaal schien in einen einzigen Blumenhain verwandelt; die Vorsitzenden und Leiter zahlreicher Vereine hatten gleichfalls Blumenstücke von seltener Pracht und Größe mitgebracht. Bemerkenswert war besonders eine von englischen Damen dem Fürsten bei seiner Abfahrt überreichte Gabe: aus florüberzogenem Veilchenkissen hob sich der Erdball, ebenfalls mit schwarzer Gaze umzogen, hervor.

Die vierte Stunde war herangekommen; in den Wandelgängen des Bahnhofes schob sich die Menge; alles drängte nach den Ausgangsthüren, aber dieselben waren verschlossen, und an der Billethalle prangte ein Plakat, laut welchem nur denjenigen Personen, die Fahrkarten gelöst hätten, der Eintritt zum Perron gestattet sei. Nun galt es, sich mit Billetten zu versehen, und die Schalter wurden gestürmt: „Ich bin ein Preuße“, so schmetterte mit einem Male die Musik; eine Ehreneskadron der Gardekürassiere mit Fahnen rückte heran; das gesamte Offizierskorps des stolzen Regiments befand sich bei der Eskadron. In zwei Gliedern nahmen die Mannschaften mit gezogenem Pallasch auf dem Bahnhof Aufstellung. Vor dem Fürstenzimmer stellten sich zwei Gardekürassiere als Ehrenwache auf.

Als der Fürst auf dem Lehrter Bahnhofe anlangte, stürzte sich von allen Seiten die Menge unter Hochrufen auf den Wagen. Die Schutzleute, welche zur Absperrung des Bahnhofes aufgeboten waren, konnten oder wollten diesen Sturmlauf nicht hemmen; halb stieg der Fürst aus dem Wagen, halb wurde er hinausgehoben, und hinter ihm her stürzte die Menge auf den Bahnsteig. Mit so überwältigender Macht vollzog sich die Kundgebung, daß gar nicht an einen Versuch gedacht werden konnte, ihr Einhalt zu gebieten. Der Kanzler empfing sodann aus den Händen des Offiziers, der die Ehrenwache befehligte, unter den Klängen des Präsentiermarsches den Rapport und schritt die Front ab.

Es war 20 Minuten nach 5 Uhr; Fürst Bismarck betrat den Perron; alle Häupter entblößten sich; tief gerührt und freundlich lächelnd reichte der Fürst allen die Hand und schritt dann langsam die Ehreneskadron ab. Vor dem Coupé seines Salonwagens nahm der Fürst Aufstellung; nun spielten sich Scenen ab, geradezu überwältigend, unbeschreiblich. Von einer Begeisterung, Glut, von einer Wärme, von einem Feuer, von einer Nachhaltigkeit, die wie mit elementarer Wucht hervorbrachen. Hinter den Gardekürassieren, in den Fenstern der Wartesalons, stand in dichter, undurchbrechbarer Kette die Menge, ein Hurrarufen ohne Ende brach los; wenn die Hochs auf der einen Stelle zu ersterben drohten, dann setzten sie an der anderen gewaltiger wieder ein. Da erhob sich mit einem Male eine laute, schrille Stimme mit dem Ruf: „Auf Wiedersehen!“ und „Auf

Wiedersehen!" fielen Hunderte und Tausende in diesen Ruf ein. „Auf Wiedersehen! auf Wiedersehen!" so hallte es durch den weiten Raum. „Der Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, lebe!" ließ sich eine Stimme vernehmen, „er lebe hoch", alle, alle ohne Ausnahme fielen ein. Es stand der Fürst noch über fünf Minuten auf dem Perron, umbraust, umstürmt von den Hoch- und Hurrarufen; dann begab er sich in sein Coupé; von allen Seiten flogen Blumen in dasselbe hinein; der ganze Salonwagen glich einem duftenden Hain; da fingen die Rufe: auf Wiedersehen von neuem an, sie wurden stärker, mächtiger. Die Glocke erklang; die Truppen präsentierten, die Musik spielte; ihre Klänge erstarben in den Hoch- und Hurrarufen. Die Wacht am Rhein wurde nochmals gesungen, und langsam fuhr der Zug aus der Halle. Fortwährend winkte der Fürst Abschiedsgrüße zu; die Damen wehten mit den Tüchern. Es war ein überwältigender Moment, man sah rings thränende Gesichter, hörte lautes Schluchzen: „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen" donnerten die Rufe hinter dem nun schnell fortdampfenden Zuge.

NIEMALS!

Fünfzehntes Kapitel.

Nach der Entlassung.

Der Tag der Entlassung war vorübergegangen, trauernd begrüßt von den treuesten Söhnen des Vaterlandes. Da aber hat sich das Wundersame ereignet: Der Stein, der von den Baumeistern verworfen worden war, ist zum Eckstein geworden, der Mann, dem ein kaiserlicher Machtspruch das Amt des Kanzlers genommen hatte, wurde Deutschlands heimlicher Kanzler, er blieb des Volkes Berater in Freude und Leid. Man hat versucht, ihn auszulöschen aus dem Gedächtnis, in Vergessenheit zu bringen, was er geleistet, selbst das Wort vom Handlanger fiel kränkend in sein Herz: Er blieb dennoch, der er war.

Wer in der Ordnung der Welt nicht ein loses Gefüge willkürlichen Zufalls erblickt, sondern dem großen Gedanken des Ewig-Zweckmäßigen nachsinnt, der wird auch erkennen, daß die weltgeschichtliche Aufgabe Otto v. Bismarcks noch nicht an jenem Tage gelöst und beendet war, da ihm das Steuer aus den arbeitsgewohnten, treuen Händen entrissen wurde. Es hieße den Weltengeist meistern wollen, ihn, der auch die Könige einst nach ihrem Pfunde fragt, wenn man verlangt hätte, daß jene ungemeine Kraft, die sich in dem

greisen Staatsmann verkörperte, auf ein irdisches Machtwort hin zerstört sei. Die Kleinen der Menschheit mögen so handeln, wie es der zweite Kanzler that; der Genius kennt nur selbstgeschaffene Gesetze, denen er folgt, auch wenn des Philisters nebelbefangener Sinn ihm das eigene Wesen als Muster und Richtschnur empfiehlt. Ein Bismarck, der ruhig den Geschicken sich beugte, der, des Amtes beraubt, sich auch der Verantwortung für ledig erkannte, der die Tage der sinkenden Sonne des Lebens still und ruhig auf seinem Gute verträumte, ein Bismarck, der nur noch rezeptiv und nicht mehr schaffend thätig war, der wäre ein Widerspruch gewesen gegen sich selbst, gegen seine Vergangenheit und seine Thaten, er wäre in Wahrheit nur jener brave Handlanger geworden, als den ihn eine irrende Legende zu zeichnen sich mühte. Zum Unsegen Deutschlands fehlte ihm das geschriebene Recht, das mit dem Amte sich einte. Aber indem er das bürgerliche Recht der Kritik ausübte, indem er zum Türmer wurde, der auf nahende Gefahren weist, erhob er dieses Recht zu einer Bedeutung, die das Volk freudig anerkannt hat, als es ihm die glänzende Fahrt nach Wien, Kissingen und Jena schuf, die ein paar Erlasse dumpfsinniger Bureaukratie vergebens zu beschränken sich mühten. Nur ein Mann, der anders war als die Wanderer auf der Heerstraße des Gewöhnlichen, konnte schaffen, was ihm die deutsche Welt verdankt: So mußte er auch anders sein als all die Kleinen, auch in den Jahren des Alters, in denen dennoch das Blut seine Adern jünglingsheiß durchwallte. So ist die Geschichte Bismarcks in acht Jahren nichts anderes gewesen als der Kampf des Genies gegen eine wichtigthuende Staatskunst, die das Bücken und Beugen des höfischen Menuetts vom Parkett des Schlosses hinübernimmt in das amtliche Leben. Eine gewaltige Tragik aber lag in dem allen. Im „Zauberlehrling“ ist die Allegorie gegeben. Die Wasser drängen und brausen, der Meister aber weilt abseits. Nur daß die Wirklichkeit schärfer zeichnet: In Fingerhüten suchten die Schüler die Wogen zu schöpfen, um die Gefahr zu vermindern, und die Stimme des Meisters verhallte. Aber der Meister war von Fleisch und Blut, und es zehrte an ihm, daß er die Hand nicht mehr rühren sollte. Nicht für sich wollte er schaffen, er brauchte nicht mehr des Ruhmes und des Erfolges, aber für sein deutsches Volk und für das Reich wollte er noch den Hammer schwingen und den Meißel.

Es war das Martyrium des Genies, das Bismarck durch acht Jahre ertrug. Daß er es in Größe ertrug, ja, daß er über sich selbst noch hinauswuchs, daß er, auf sich allein gestellt, doch nicht wankte und nicht wich, daß er den Mut der Einsamkeit besaß, hob ihn hinaus weit in die Sphären, in denen das Kleinlich-Menschliche verschwindet. Zagend stand die Welt, als er aus dem Amte schied, die Instinkte der Masse sahen beklommen einen Gegensatz zwischen der Kaisertreue und der Kanzlertreue, und der stürmenden Jugend wandte sich die Neigung zu. Aber die Zeiten zogen dahin und ein Wandel trat ein: Die Bismarckfahrten sind das Merkmal der Stimmung geworden, sie wurden Ehrenmale unseres Volkes.

„Nicht von umsichtigen Bewegungen werden die Völker geleitet, sie werden von großen Gefühlen bestimmt", so schreibt Altmeister Ranke in seiner englischen Geschichte. Der greise Historiker hat unsre Tage nicht mehr erlebt, er hat nicht mehr gesehen, wie die starken Empfindungen, die immer wachsend, immer zunehmend an ursprünglicher Kraft unser Volk erfüllen, glänzenden Sieg erfochten über die nüchternen Erwägungen der Nützlichkeit, wie selbst ein Kaiser unter ihren Bann geriet und sich fügte. Der große Schilderer der Geschichte hätte vielleicht, wenn er die Bewegung unserer Tage noch mit sterblichem Auge erblickte, sein Urteil erweitert: Die großen Gefühle der Völker sind ihre höchste Ehre, und gesund im innersten Kern ist die Nation, bei der solche Gefühle sieggekrönt bleiben. Denn in der That ist es nicht ein Zufälliges, ein willkürlich Gewordenes, daß aus allen Gauen die Männer und Frauen hinzogen zum Norden, daß sie die Mühen und Beschwerden des Wanderns aufnahmen, um nur einen kurzen Augenblick zu genießen — wenn dereinst künftige Geschichtsschreiber die Ereignisse schildern an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts, wenn sie sprechen werden von dem Materialismus, von dem Schwinden der Ideale, von den harten, sozialen Kämpfen und der Not der Tausende, dann werden sie plötzlich vor einem fremdklingenden Worte stehen: „Bismarckfahrten", und nur dem feinsten Kenner der Volksseele, nur dem, der da weiß, daß der deutsche Idealismus unvergänglich ist, daß er schlummern mag, aber nicht sterben kann, nur ihm wird es gelingen, diese seltsam schöne Erscheinung zu ergründen. Denn seltsam ist es, daß Tausende und abermals Tausende, Männer, Frauen, Mädchen und Jünglinge hinwanderten zum Sachsenwalde; seltsam ist es, so

seltsam wie einst die Bewegung, die zuerst Peter von Amiens wachrief; und wenn auch nur ein schlichtes Festzeichen, ein Band oder eine Schleife, und nicht das Kreuz die Gewänder der Wallfahrenden schmückte, so trugen doch die Männer von heute das Zeichen mit demselben freudigen Stolz und derselben sehnenden Begeisterung, wie einst jene anderen, die Gottfried folgten und Bohemund und Tancred. Le peuple ne comprend que ce qu'il sent — immer wird das Volk nur das verstehen, was es durch das Gefühl begreift. Wer das Gefühl der Nation, nicht den Verstand allein sich zum Bundesgenossen erkor, wird seiner Wirkung sicher sein. Das ist das Geheimnis der Bismarckschen Erfolge, daß er es verstand, nicht mit den nüchternen Argumenten der Zweckmäßigkeit zu wirken, daß er nicht verstandesgemäße Zustimmung allein suchte, sondern daß er das Gemüt ergriff und die Menschen mit sich fortriß.

Selbst wer die Ereignisse nicht mit dem öden Maßstab der Nützlichkeit mißt, wer nur dort von Erfolgen spricht, wo die Bilanz mit einem greifbaren Plus abschließt, wer die augenblickliche Wirkung berechnet und nicht die Früchte, die langsam aus der Saat emporreifen, wird den Gewinn der Bismarckfahrten hoch einschätzen müssen. Die Jahre der Aera Caprivi hatten den nationalen Gedanken verdunkelt, sie hatten die Fortentwicklung gelähmt, sie hatten dort, wo die berufensten Träger dieses Gedankens waren, Unfroheit und Entmutigung geschaffen. Auch die Träger der späteren Politik vermochten selbst da, wo ihre Maßregeln die Billigung verdienten und fanden, das Defizit nicht zu decken, das diese Jahre erzeugten. Die Freudigkeit der Arbeit war geschwunden, der Pessimismus war geblieben. Da zogen denn Tausende und wiederum Tausende hin zum Sachsenwalde. Und während der Fahrt stiegen die Erinnerungen auf an die großen Tage von einst, und die Herzen wurden warm und man sprach vom Kaiser Weißbart und vom Versailler Schloß und von Sedan und von den Schlachtfeldern allen, und die Augen leuchteten, wenn einer, der „dabei war", erzählte wie er den eisernen Kanzler damals gesehen, als er gen Donchery ritt, und wenn ein anderer berichtete, wie er vor dem Reichstage stand, als Bismarck eben für die deutsche Furchtlosigkeit gezeugt, und daß er ihn herausschreiten sah, ernst und bleich, und daß das Volk schwieg, weil kein Ton das ausdrücken mochte, was alle ergriffen hielt. Und war man am Ziele, blickten die Mauern von Friedrichsruh durch das Grün,

harrten schweigend die Scharen des Augenblickes, um dessetwillen sie kamen, und schritt dann langsam, ernst, den Blick nach innen gekehrt, der greise Kanzler heran, um sich schweigend zu verneigen und zu horchen, was ihm Westpreußen und Schlesier, Schleswiger und Sachsen zu sagen haben, dann war die drängende Masse nicht nur ergriffen, sie war erschüttert: Hier steht die große Vergangenheit in Einem lebendig vor uns, hier blickt sie auf uns nieder mit der ernsten Frage: Werdet Ihr Euch wert erzeigen dessen, was wir für Euch thaten? In dem brausenden Hoch, das dann ertönte, lag mehr als die Liebe zu diesem Mann, da lag auch das Gelöbnis: Wir werden uns wert erzeigen und wir werden, wenn es gefordert wird, gleich unseren Vätern und Brüdern freudig unser Blut auf den Schlachtfeldern verspritzen!

So hat Bismarck auch nach der Entlassung das große nationale Werk seines Lebens fortgeführt, er hat keine Ruhe gekannt, er hat gekämpft, auch als man ihn vom Kampfplatz trieb, und er ist wie stets der Sieger geblieben. Denn wenn auch die Jüngeren versuchten, die Bahnen zu verlassen, auf denen er glorreich dahingeschritten war, wenn sie sich klüger dünkten als der Vielerfahrene, so hat doch die Geschichte ihnen unrecht gegeben und beschämt mußten sie zurückkehren zu seinen Bahnen.

Aber jeder Kampf hat seine Bitterkeit, vor allem der Kampf des Genies gegen das Vorurteil und die Selbstgefälligkeit der Masse. Unter dem Eindruck des Ungeheuerlichen, das am 20. März 1890 geschah, haben selbst Männer in ihrem rechtlichen Empfinden geschwankt, die sonst in treuer Gesinnung zu dem nationalen Werke Bismarcks gestanden haben: er war verlassen fast von allen, und als er es gar wagte, noch das Recht der freien Meinung zu fordern, die Thorheit der Neuen zu bekämpfen, zu warnen, wo es ihm Pflicht schien, da hat man ihn geschmäht, und man hat ihm mit Gefängnis und Zuchthaus gedroht. Schon im Juli 1890 klagte er:

Ja, mir giebt man beim Leben die Ehren des Todes. Mich begräbt man wie Marlborough. Man wünscht nicht bloß, daß Marlborough nicht wiederkehre, sondern man wünscht, daß er wirklich sterben möge oder wenigstens auf den Rest seiner Tage schweige. Mit meiner Lage söhne ich mich aus. Alles hat sich in so legalen Formen vollzogen, daß ich auch gar nicht daran denken kann, zu protestieren. Wenn ich frühmorgens inmitten dieser Natur aufwache, so fühle ich sogar eine große Freude darin, daß keine Verantwortlichkeit auf mir liegt, man fühlt sich frei, unabhängig,

sowie ein rechtschaffener Landedelmann sein soll. Aber zugleich damit kann ich nicht vergessen, daß ich mich 40 Jahre mit der Politik beschäftigt habe — und auf einmal darauf verzichten, ist unmöglich. In der That hilft man mir darin eifrig — und niemand von meinen Gefährten in der Politik, niemand von meinen zahlreichen Bekannten führt mich durch seine Besuche in Versuchung. Man ruft mir Halt! zu, mich meidet man wie einen Pestkranken, indem man sich fürchtet, sich durch einen Besuch bei mir zu kompromittieren, und nur meine Frau besuchen noch von Zeit zu Zeit ihre Bekanntinnen. Deshalb bin ich immer erfreut über die Repräsentanten der Presse, welche sich für Fragen der Politik interessieren, und mit welchen ich über Dinge sprechen kann, die fortfahren, mich zu beschäftigen. Aber auch das ruft Unzufriedenheit hervor. Man kann mir nicht verbieten, zu denken, aber man möchte mich gerne hindern, meinen Gedanken Worte zu geben, und wenn es möglich wäre, hätte man mir längst ein silence cap, einen Maulkorb angelegt.

Die einzelnen Phasen, die der Entlassung folgten, hat M. Harden in einem Vortrag zu Leipzig zutreffend dargelegt:

M. Harden, Vortrag.

Als ich zum erstenmale dorthin kam, als ich in das Zimmer trat und der Riese sich erhob und mir entgegenging, da war ich doch recht verlegen. Aber gleich darauf trat mir seine Art entgegen, Menschen sprechen zu machen. Der Fürst hatte die große Kunst, jede Verlegenheit auszuwischen, und man hatte nach ganz kurzer Zeit seine volle Unbefangenheit wieder und nicht mehr das Gefühl, einer so ungeheuren Gestalt gegenüberzustehen. Damals, darf ich wohl sagen, war eine Zeit, wo er politisch ganz außerordentlich leidenschaftlich gestimmt war; der Fürst war überhaupt eine freie leidenschaftliche Natur, und jeder Freund oder Feind wird ihm Unrecht thun, ihn als Mann der kühlen Erwägung zu betrachten. In ihm war die politische Leidenschaft so ungeheuer stark, daß er eigentlich für nichts anderes Sinn hatte, wenigstens nicht auf die Dauer. Es giebt welche, die sich seine Freunde nennen — man kann das ja von Toten sehr leicht sagen — aber im Grunde hat er nie einen Freund gehabt, selbst auf seiner Höhe war er, wie Lenbach sagte, der große Löwe, der sein eigenes inneres Dasein hat. Diese Stimmung war in den ersten Tagen nach der Entlassung am stärksten, denn die Entlassung war ihm doch recht unerwartet gekommen, wie ich als bekannt voraussetzen darf, sie ging ziemlich schnell, und er konnte den Groll darüber und über die Gestaltung der politischen Verhältnisse nicht unterdrücken. Er sprach mit ziemlicher Schärfe über diese Dinge und man konnte da allerlei hören. Schon damals aber mußte es jedem, der sah, auffallen, wie ähnlich er sich in seinem ganzen Wesen blieb. Der Fürst war in seinem Hause genau derselbe, als er politisch sein mußte, nach allem, was er gethan und gesprochen und unterlassen hatte. Es war immer dasselbe Gefühl, ein starkes, sehr starkes Bewußtsein der eigenen Persönlichkeit, ein, ich möchte sagen, Gefühl eines Jägers, der außerordentlich oft auf der Jagd etwas erlegt hat, und sich sagt: „Ich werde es schon wieder treffen." Sein Leben war damals ganz außerordentlich betrübend für den fremden Beobachter. Wenige wissen es, wie einsam dieser Mann damals war. Es kam niemand! Es waren wohl

drei, vier Männer, die ihm politisch nahe gestanden hatten und hin und wieder kamen — einzelne darunter auch bei Nacht, wie Joseph von Arimathia — aber die Leute, die an markantesten Stellen mit ihm und durch ihn Politik getrieben hatten, hielten es doch für geraten, nicht zu erscheinen. Es war einfach das Leben eines im Altenteil sitzenden Landedelmannes, welches er führte. Die Landwirtschaft, die ihn ungemein früher interessierte, hatte für ihn das Interesse verloren, weil er gewöhnt war, sie nach der großen Arbeit des Tages als Erholung zu betrachten, sich aber nicht entschließen konnte, ganz darin aufzugehen. Ihm ging, wenn er nach Varzin kam, wo ich auch mit ihm gewesen bin, das Herz auf und er wurde warm, aber es war kein Lebensinhalt für ihn mehr da auf seine alten Tage.

Das war die Zeit, wo der Fürst, wenn ich richtig verstanden habe, doch noch mit der Möglichkeit einer Rückkehr ins Amt rechnete. (?) Er selbst sagte allerdings immer, daß er es nicht glaube, und hatte den immerwiederkehrenden Ausdruck: „Ich werde doch nicht zum zweitenmale in ein Haus gehen, wo man mich hinausgeworfen hat!“ Aber innerlich hat er doch wohl das Gefühl gehabt, dieses politische System — dieses Wort paßt vielleicht nicht ganz für das, was wir erleben, aber man kann es wohl ein System nennen — würde sich nicht lange halten. Er rechnete mit der Möglichkeit, daß man doch vielleicht genötigt sein würde, wenn auch nicht ihn selbst, so doch seinen Geist zurückzurufen.

Das ging bis 1892 hinein, wo die Brautfahrt kam, die ihn ja auch nach Dresden führte, dessen Empfang einen außerordentlich sympathischen Klang in ihm erweckte. Er zog damals als Triumphator oder, wie die „Kölnische Zeitung“ sagte, als „Reichsnörgler“ — ja Eugen Richter nannte ihn sogar einen „abgetakelten Komödianten“, und andere nannten ihn anders — dort ein. Der Fürst erlebte dann jene Reihe großartig mächtiger Erlebnisse, die wohl, in der neuen Geschichte wenigstens, beispiellos sind, denn die Thatsache, daß ein Mann, der das Reich geschaffen, der dreißig Jahre beinahe allmächtiger Minister war, auf einem Marktplatz unter Studenten steht und den Fehdehandschuh hinwirft dem, der in der Macht und der Gunst sitzt, eine solche Thatsache dürfte wohl noch nicht oft dagewesen sein. Auf ihn selbst hat der ganze Triumphzug nicht den Eindruck gemacht, den er auf einen Durchschnittsmenschen gemacht hätte. Er sah jauchzende Menschen, hörte die Hurras, sah eine Fülle von Liebe, aber er vermißte die politische Aktion, und ich möchte behaupten, daß gerade nach dieser Reise eine Ermattung bei dem Fürsten eingetreten ist. Er rechnete auf nichts mehr, hatte sich ausgetobt, und schließlich war es doch nicht gelungen, um seinen Namen das deutsche Volk zu scharen. Vielleicht ist es gut, daß es nicht gelungen ist; er war zu alt, und das Schlimmste, daß er das fühlte. Wallenstein konnte sagen: „Laßt sehen, ob sie das Angesicht noch kennen, das ihre Sonne war in dunkler Nacht“, aber ein Mann, der 80 Jahre alt war, konnte das nicht, und ein so guter Realist, wie er trotz alledem war und blieb, hätte auch nicht diesen Wunsch haben können. Wohl aber wird er gewünscht haben, daß der ganze Jubel von 1892 sich in eine gewisse politische Aktion umsetzte. Dies blieb aus, weil solche Dinge eben heute immer ausbleiben.

Es kam nun die zweite Epoche, eine solche der inneren Heiterkeit, wenn ich so sagen darf. Man hörte damals selten noch ein heftiges Wort über die politische Konstellation, die sich herausgebildet hatte. Er nahm die Dinge mit Humor, was wohl auch das Richtige war. Er war vergnügt und hatte jeden Gedanken an die Möglichkeit einer Rückkehr, einer Aenderung der politischen Stimmung aufgegeben. Damit hielt er sich auch viel mehr zurück, und der Bundesfürst und deutsche Standesherr, welcher einmal, vorher, 1892, den Mut gehabt hatte, von Bismarck zu sagen: „Der Mann gehört nach Spandau!“ hatte nun keinen Grund mehr, ähnliche Aeußerungen zu thun. Der Fürst war ruhig geworden, zum mindesten ruhig nach außen, und eher geneigt, sich heiter zu stellen, als sich zu erhitzen. So ging es ungefähr bis zum Tode der Fürstin. Dieser Tod, über dessen Wirkung auf den Fürsten ungeheure Legenden erfunden wurden — man ließ ihn völlig gebrochen sein — ist Gott sei Dank nicht von solcher Wirkung gewesen. In diesem Alter und mit dieser Ruhe der philosophischen Auffassung wirken die Ereignisse, auch die schmerzlichsten, nicht mehr so zerschmetternd wie auf jüngere, weniger großartig veranlagte Menschen. Es soll ein sehr ergreifender Anblick gewesen sein, als der Fürst nach der Beisetzung seiner Frau an den großen Haufen der Kränze herantrat und mit seiner feinen, wundervollen Hand eine weiße Rose herausbrach, sie nahm und still in sein Zimmer ging. Es war also von einem außerordentlichen Zusammenbruch und dergleichen, der ihm völlig fremd war, nicht die Rede. Immerhin aber war es wie ein Wächterruf, der ihm sagte: „Sie ist fort, nun kommst du auch!“ Seit der Zeit ist wieder eine Wandlung bemerkbar in ihm: er wurde weder mehr hitzig, noch sehr zu Scherzen gestimmt. Jedes Wort von ihm war durchleuchtet von geistiger Eleganz, nie eine Brutalität in seinem Munde, gleichviel, ob er vom Essen sprach oder vom Monarchen oder von größten Staatsaktionen. Jedes Wort war Bismarckisch. Aber gerade das humoristische Element ist seitdem nicht mehr in dieser Frische wieder hervorgetreten. Er litt unendlich unter dem Gefühl des Alters.

Es war sein Thema, wie fürchterlich es sei, dieses langsame Abbröckeln, dieses Bewußtsein, daß jeder Tag ihm ein Stückchen raubte von dem, was er besaß, und daß er nicht mehr „Dandy“ sei, wie man im Parlament so oft sagt: Er litt so sehr darunter, daß er in den allerletzten Jahren mit Neid und Bewunderung von der Art sprach, wie in der antiken Welt große Geister ihrem Leben ein Ende gemacht, weil sie nicht dem Alter verfallen wollten. Er rühmte es und sagte, es sei bedauerlich, daß man bei uns zu anderer Anschauung gekommen sei; derartiges müsse doch jedermann gestattet sein. Wenn er fühle, daß es um ihn herum kälter und dunkler werde, dann müsse er sich sachte wegstehlen. Freilich war diese Stimmung nicht beständig, dazwischen trat der eigenartige Natursinn, der ihn so sehr auszeichnete, das intime Verhältnis zu allen Naturvorgängen hervor. Er freute sich an den kleinen Hühnern seines Hofes, knüpfte Bemerkungen an jeden Vorgang in Haus und Garten, aber es lag doch dabei etwas wie ein Schleier über seinem ganzen Wesen, eine Erhabenheit, eine Stille. Selten hörte man noch ein erbittertes Wort mehr von fern her.

Vorher bereits hat Herr von Caprivi in einem Rundschreiben an die deutschen Missionen im Auslande vor dem Fürsten Bismarck gewarnt:

Ew. . . . wird nicht entgangen sein, daß gegenwärtige Stimmungen und Anschauungen des Fürsten v. Bismarck, Herzogs v. Lauenburg, mehrfach durch die Presse an die Oeffentlichkeit gebracht worden sind. Wenn die Regierung Seiner Majestät in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange seine Aeußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Seine Majestät der Kaiser sind indes der Ueberzeugung, daß . . . der thatsächliche Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden . . . Seine Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres großen Staatsmanns zu trüben. Indem ich Ew. . . . hiervon mit der Ermächtigung, erforderlichenfalls demgemäß sich zu äußern, in Kenntnis setze, gebe ich mich der Hoffnung hin, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden.

Der Höhepunkt der Verfolgungen, den Bismarck, den man amtlich mied wie einen Pestkranken, erreichte, war gegeben, als er die Fahrt zur österreichischen Kaiserstadt antrat, zur Vermählung seines Sohnes. Da wurde er sogar in seiner persönlichen Ehre schwer verletzt. Was war der Grund gewesen? Er hatte die Stellung des neuen Kurses zur Sozialdemokratie befehdet — heute hat man längst erkannt, daß er recht gehabt hat; er hatte den deutsch-englischen Vertrag, der uns „einen Knopf für eine Hose gab", bekämpft; es giebt niemanden mehr, der in diesem Vertrage eine rühmliche That erblickt; er hat davor gewarnt, den Draht mit Rußland zu zerschneiden: die Tage von Toulon und Kronstadt, von Moskau und Paris, das Bündnis zwischen Russen und Franzosen, das seine Politik so lange aufgehalten hatte, der Verlust der deutschen Hegemonie in Europa, die unsichere Lage Deutschlands am Ausgang des Jahrhunderts haben ihm auch hier recht gegeben; er hat gewarnt, das Bündnis mit Oesterreich mit wirtschaftspolitischen Lasten zu bepacken und die eigene Volkskraft zu schwächen, selbst um des Bundesgenossen willen, er hat den Handelsvertrag mit Rußland bekämpft und

er hat recht gehabt; er ist gegen die Auslieferung der Sperrgelder eingetreten und in der That ist das Centrum nicht versöhnt worden; er hat hier wie überall Front gemacht gegen jene weichliche Politik, die bald die Franzosen, bald die Klerikalen, bald die Sozialdemokraten, bald die Freisinnigen versöhnen wollte, die alle Parteien national für gleichwertig erklärte, die sich mit Welfen einließ und mit Polen; er hat es nie begreifen wollen, daß Windthorst geehrt wurde wie ein Vater des Vaterlandes, und er hat mit bitterer Ironie die Erwartung ausgesprochen, daß man diesem welfisch-jesuitischen Führer des Centrums und seiner reichsfeindlichen Annexe ein Denkmal errichte; er hat die Mahnung ausgesprochen: „Quieta non movere“, man solle das Ruhende nicht stören, man solle nicht rütteln an dem Bewährten. An kleinen Zeichen der Ungnade für solchen Mut hat es schon frühzeitig nicht gefehlt. An dem 90. Geburtstage Moltkes, des Mannes, zu dem er in der Scheidestunde Kaiser Wilhelms sagte: „Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr hält uns im Geleise“, nahm Bismarck nicht teil, zu seinem Begräbnis wurde er nicht geladen. Aber das deutsche Volk erwachte langsam, von allen Seiten wurden ihm Ovationen dargebracht, Kundgebungen der Liebe und Treue. Vor allem war es die Jugend, die zu ihm hielt, die auch den Kern jener auserwählten Mannschaft bildete, die auf der Wiener Reise ihn mit hellem Jubel empfing, wohin er auch seine Schritte lenkte. „Wenn Sie schweigen, so werden die Steine reden“, so rief dem greisen Kanzler schon in Berlin eine Stimme zu. Unvergessen ist jene herrliche Fahrt nach Dresden, Wien, München, Augsburg, Kissingen und Jena. Da allerdings blitzte mit aller Macht der Kampfeszorn aus ihm, denn eben hatte man gewagt, jenen Uriasbrief der Oeffentlichkeit zu übergeben, in dem man ihn gesellschaftlich an den Pranger stellte. Dieses amtliche Schriftstück hat das traurigste Blatt in der deutschen Geschichte gebildet. An den Prinzen Reuß, den deutschen Botschafter in Wien, gerichtet, hatte es folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Ew. Durchl. nach Vortrag bei Sr. Majestät Folgendes ergebenst mit: Falls der Fürst oder seine Familie sich Ew. Durchl. Hause nähern sollten, ersuche ich Sie, sich auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten zugleich für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Se. Majestät von der Hoch-

zeit keine Notiz nehmen werden. Ew. Durchl. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mitteilung zu machen." Neben der deutschfreisinnigen und ultramontanen Presse fühlte sich auch die edle „Kreuzzeitung" gedrungen, dem Grafen Caprivi für diese „That" den Dank des Vaterlandes auszusprechen. „Uriasbriefe" nannte dagegen Bismarck verächtlich diese Erlasse. In den „Hamburger Nachrichten" vom 5. Juli wurden sie mit den Worten vernichtet: „Wir sind der Ansicht, daß die Kontrolle privater Geselligkeit im Auslande und die Einwirkung auf private Dinereinladungen nicht zu den Aufgaben gehören, zu deren Lösung hochgestellte Staatsmänner berufen und Botschaftsgehalte bewilligt werden. Wir glauben nicht, daß die auswärtigen Akten einer anderen Großmacht, wenn sie veröffentlicht würden, ein Gegenstück dieses deutschen Vorgangs aufzuweisen hätten."

Die Antwort aber erklang: Wir kennen keinen Unterschied zwischen Bismarck früher und jetzt, wir lassen nicht von ihm! Und mannhaft erklärte der alte Kanzler in Jena:

Rede vom 30. 7. 1892.

Ich habe als Reichskanzler nach meinem Gewissen gehandelt, bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem Gewissen und meinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, was auch immer die Folgen für mich sein könnten. Die sind mir völlig gleichgiltig.

Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums, und dem hänge ich treu an, und wenn man mir in jedem Falle, wo ich nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik glaube, daß die Ratgeber meines Monarchen besser andere Wege einschlagen würden, den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so möchte ich doch einmal auf unsere bestehende Verfassung aufmerksam machen, nach welcher die Verantwortlichkeit für alle Regierungsmaßregeln nicht bei dem Monarchen, sondern bei dem Reichskanzler und den Ministern ruht.

Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen eine altgermanische, aber — eine uns in Fleisch und Blut liegende, lange, ehe wir Verfassungen hatten, gewesen ist. Ich will Sie nur an ein Beispiel aus den Werken des großen Geistes, dessen Manen hier auf dieser Stätte uns umschweben, erinnern. Goethe stellt uns in seinem Götz von Berlichingen einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Verehrung und Anhänglichkeit hat, daß er einen kaiserlichen Rat mit den Worten bedrohte: Trügest Du nicht das Ebenbild des Kaisers, das ich in dem gesudeltsten Conterfey verehre! Dieser Ritter trug kein Bedenken, als ihn der Hauptmann zur Uebergabe auffordern ließ, diesem eine scharfe Kritik aus dem Fenster entgegenzurufen. Es zeigt das klar, daß Götz von Berlichingen und Goethe beide Sachen nicht zusammengeworfen und identifiziert haben. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie, des Königs und des Kaisers sein, ohne von der Weisheit der Maßregeln seiner Kommissare — wie es im Götz heißt — überzeugt zu sein. Ich bin letzteres nicht und werde diese meine Ueberzeugung auch nicht zurückhalten.

Da nahte die erste Spur des Alters; die Erregungen und Bitterkeiten, die ihm geworden, beugten die Eiche zu Boden. Im

August 1893 erkrankte Bismarck schwer in Kissingen. Da zog auch in das Herz des Kaisers plötzlich der Gedanke, daß er nicht unversöhnt scheiden, daß er, wenn der Kanzler zur Ewigkeit zog, nicht ausgeschlossen bleiben dürfte von denen, die in der letzten Stunde um ihn wären. Dem herzlichen Beileidstelegramm folgte ein Besuch des Kaisers in Friedrichsruh. Eine innerliche Versöhnung aber hat nicht stattgefunden, es stand zuviel zwischen den beiden Männern. Aber gerade damals konnte Fürst Bismarck zu seiner Freude einer That des Kaisers herzlich zustimmen, dem scharfen Eintreten gegen den polnischen Uebermut, er konnte seine Ansprache an die Westpreußen schließen mit den Worten:

.... Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie herbeigeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir berechtigt sind, uns zu sagen, daß Seine Majestät der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln (stürmischer Beifall). In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn! (Stürmische Hochrufe.)

Da traf Bismarck der härteste Schlag seines Lebens. Er verlor die treue Gefährtin, die 47 Jahre hindurch eine liebevolle Gattin gewesen war, das Vorbild einer deutschen Frau. Sie hatte es verstanden, ihn sowohl in der Zeit der höchsten Machtfülle als auch in den letzten Jahren, wo der Glanz kaiserlicher Gunst und Gnade verblaßt war, eine Häuslichkeit zu schaffen, die ihm wohl that und in der sein reiches Gemütsleben sich entfaltete und manche schöne Blüte trieb. Auch Johanna v. Bismarck war eine Kämpferin. So reich ihr Leben war an Freude und Glück, an äußeren Ehren und an innerer Genugthuung, so schwer mag es ihr manchmal geworden sein, der seltenen Eigenart des Mannes sich zu fügen, es zu ertragen, daß mit ihr ein anderes Weib sein Herz und seine Liebe teilte: Germania! Sie hat nicht nur in Treuen neben ihm gestanden, sie hat es nicht nur durch lange Jahrzehnte ertragen, daß sie und ihre Kinder zurücktreten mußten vor jenem anderen königlichen Weibe — sie war es, die ihn ermutigt hat, wenn er vom Kampfe müde war, die ihn getröstet hat, wenn die Enttäuschung ihn lähmen wollte, die ihm die Wunden mit leichtem Finger heilte, wenn ein Pfeil die Brünne durchdrang. „Ein edler Mann wird durch ein gutes Wort der Frauen weit geführt", so heißt es in Goethes Iphigenie. Fürst

Bismarck selbst hat oft, wenn sein Blick, unendlicher Liebe und unendlichen Dankes voll, auf der Gefährtin ruhte, es ausgesprochen, daß diese es war, die ihn zu jener Höhe, die er erklommen, geführt hat; wie sie allein die Königin blieb in dem reichen Leben seines Gemütes, so blieb sie bis zum letzten Kampfe das edle Vorbild einer deutschen Frau, deren Amt es ist, den Sonnenschein in diese Schattenwelt zu senden, Freude, Trost und Frieden zu verbreiten.

Johanna v. Puttkamer ist ein Stück von Bismarcks Wesen geworden. Sie kannte nichts als ihren Gatten, sie lebte für nichts Anderes als für ihn, und noch als hochbetagte Greisin hingen ihre Blicke an ihm mit schwärmerischer, hingebender Verehrung. Still und freundlich war ihr Walten, sie wußte und fühlte es, daß nicht sie den Mittelpunkt des Hauses bildete, sondern ein anderer, und willig ordnete sie sich in ihrer stillen Art unter, noch in späten Tagen glücklich über jedes Wort der Liebe und Verehrung, das dem Gefährten ihres Lebens galt. So hat sie schon damals bescheiden ihre Wünsche, ihre ganze Person zurückgestellt, als die Stürme des politischen Lebens den jungen Bismarck zuerst hinaustrieben nach Frankfurt, Petersburg und Paris. Sie ließ sich genügen, wenn er sie rief, ihm das Heim nach seinem Wunsche behaglich und vornehm zu gestalten, aber sie sorgte zugleich, daß alles, was geistige Interessen besaß, sich wohl fühlte in ihrem Hause. Schon in Frankfurt galt die Wohnung Bismarcks als der Mittelpunkt eines geistig gehobenen Verkehrs. Man sah dort Künstler und Gelehrte, Diplomaten und Militärs, Bürgerliche und Fürsten ein- und ausgehen, nicht um an steifen Gesellschaften teilzunehmen, sondern um bei echt deutschen, häuslichen Festen sich an angeregter Unterhaltung und gastfreier Bewirtung zu erfreuen. Und wie gern wiederum saß Bismarck daheim am Kamin, allein mit seiner innig verehrten Johanna, wie gern vergaß er Aerger und Sorgen, wenn sie oder die Töchter des Malers Jakob ihm Beethovens Sonaten vorspielten! War sie zu ihren Eltern verreist oder weilte sie aus anderem Grunde fern von ihm, dann schrieb er wohl: „Es ist mir, als wenn man an einem schönen Septembertage das gelbwerdende Laub betrachtet; gesund und heiter, aber etwas Wehmut, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und Kindern, alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt."

Wenn die Frau die beste ist, die das größte Verständnis für den Gatten zeigt, so war Johanna v. Bismarck die beste. Ihr

durfte er ausdrücken, was seine Seele empfand, ob er in den Schluchten der Pyrenäen wandert oder in den weiten Einöden Norwegens pürscht, ob er seine Kämpfe gegen österreichische Intriguen ausfechten muß, ob er vom Schlachtfelde von Königgrätz aus seine Hoffnung für die Zukunft enthüllt, ob er in den herben Tagen der Konfliktszeit seine Kämpfe besteht oder in dem berühmten Briefe von Vendresse die Erlebnisse des Tages von Sedan schildert. Sie war es auch, die mit ihm die Bitterkeit jener Zeit teilte, da er scheiden mußte von seinem Amte, um in der Einsamkeit von Friedrichsruh über Dank und Undank zu sinnen, die mit ihm die Erinnerungen an eine reiche Vergangenheit wachrief und sie mit treuem Gedächtnis belebte.

Auf das tiefe Leid ist die große Freude gefolgt, die Fürst Bismarck empfinden mußte, als ganz Deutschland sich rüstete, seinen 80. Geburtstag festlich zu begehen. Nur wenige schlossen sich aus; unter diesen wenigen die Mehrheit des deutschen Reichstages, die unter der Führung Liebers, Richters und Bebels dem greisen Helden die Ehrung versagte, die längst die Geschichte ihm zu teil werden ließ. Dunkler noch als jener Tag, da man ihm den Hilfsarbeiter versagte, war der Märztag des Jahres 1895, da er unsterbliche Lächerlichkeit auf sich herabzog. Kaiser Wilhelm sprach aus der Seele des Volkes, als er nach Friedrichsruh telegraphierte:

Eurer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstages aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker.

Der Kaiser selbst eilte zum Sachsenwalde und brachte dem greisen Helden seine Huldigung dar, mit ihm der Kronprinz, der Vertreter der Zukunft, der im Namen seiner Mutter eine herrliche Blumenspende darbrachte. Alle Herrscher des Reiches, alle Souveräne der fremden Staaten sandten ihren Glückwunsch; aber am meisten mag ihn, den Vertreter der Vergangenheit, erfreut haben, daß die Jugend ihm huldigend nahte. Ihr rief er zu:

Rede vom 1. 4. 1895.

Geben Sie sich dem deutschen Bedürfnis der Kritik nicht zu sehr hin, acceptieren Sie, was uns Gott gegeben hat und was wir mühsam unter dem bedrohenden — Angriff kann ich nicht sagen — aber Gewehranschlag der übrigen Europäer ins Trockene gebracht. Es war nicht so sehr leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenkonvent vor Abschluß unserer französischen Angelegenheiten citiert worden, wir wären lange nicht so gut weggekommen, wie es gewesen ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dabei nicht alles erreicht werden konnte, was jeder wünscht, ist natürlich, und ich spreche davon nur, um

die Nachsicht derer in Anspruch zu nehmen, die ganz berechtigt sind, mehr zu erwarten, vielleicht auch mehr zu erstreben; aber nur nicht zu früh und nur nicht zu rasch. Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir haben.

Wer die meisten Opfer für die Herstellung des Deutschen Reiches gebracht hat, sind offenbar die deutschen Fürsten, der preußische nicht ausgeschlossen, und mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er seine Reichsunabhängigkeit bereitwillig aufgab. Also seien wir denn denen dankbar, die für das Reich Opfer gebracht haben, die den Dynastien schwer fallen mußten nach der ganzen deutschen tausendjährigen Geschichte; seien wir dann auch der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie auf ihrem Herd das Feuer der deutschen Einheit jahrhundertelang erhalten haben, bis die Zeit kam, daß ihm wieder Brandstoff zugeführt wurde und daß es höher aufflammte und uns eine befriedigende Leuchte und Wärme gewährte.

Also ich möchte vor allen Dingen — Sie werden mir sagen, ich bin ein alter Konservativer — mich dahin zusammenfassen: Halten wir, was wir haben, vor allen Dingen, ehe wir neues versuchen. Fürchten wir uns auch nicht vor denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen. Und die heutigen Fraktionsspaltungen sind ja doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten, zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im Dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schlage; und wir müssen mit unseren Gegnern doch auch Nachsicht haben, wenn auch nicht darauf verzichten, unsererseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung, und ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesentum an und versteinern. Ohne Kampf kein Leben. Nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich, nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter dafür ist, und deshalb bitte ich Sie, mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich; und mögen Sie Anno 1950, so viel von Ihnen noch leben, mit voller Zufriedenheit das Hoch mit ausbringen: „Kaiser und Reich, sie leben hoch!“

Zahllos waren die Huldigungszüge, die dem Tage der Feier folgten, zahllos auch jene, die Fürst Bismarck nicht annehmen konnte, weil das Alter ihm es wehrte. Und doch vergingen nur wenige Monate, da wagte ein Führer des Centrums den alten Helden einen Buschklepper zu nennen und abermals nach wenigen Monaten da begann jene wilde Hetze, die sich stützte auf die Andeutungen des Hamburger Organs des Fürsten über den russischen Neutralitätsvertrag.

In der That hatte der geniale Staatsmann nur gethan, was seine Pflicht war, wie er keine der gegebenen Möglichkeiten unbenutzt ließ, um den Bestand des Deutschen Reiches und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu sichern.

Herr v. Marschall hat selbst zugegeben, daß diese Politik so kompliziert war, daß nur Bismarcksche Kunst sie aufrecht erhalten konnte. Und doch haben „Deutsche" es fertig gebracht, den greisen Patrioten als einen Vaterlandsverräter zu geißeln und nach dem Gefängnis zu schreien.

Es war eine der tollsten Ironien der Zeitgeschichte, daß im Reichstage das Centrum es wagen durfte, im Verein mit den Sozialdemokraten und dem Freisinn die deutsche Politik und die deutsche Ehre gegen einen Bismarck zu verteidigen. Aber jene Hetzereien übten leider ihre Wirkung, selbst an den Kaiserhof drang ein Laut von ihnen und manches Zeichen hat darauf gedeutet, daß der Monarch das Wohlwollen, das er dem alten Berater seines Großvaters wieder zugekehrt hatte, ihm abermals entzog. Erst die letzte Krankheit und der Tod hat wieder erneuten Wandel geschaffen.

Und der Tag des Verhängnisses kam. Wohl hatten Gerüchte von einer Erkrankung des Kanzlers die Welt durchschwirrt und die Herzen erschüttert, und doch, als in der Nacht zum letzten Juli die Kunde kam, daß Bismarck tot sei, da wollte man es nicht glauben, denn unmöglich schien es, daß auch dieser gewaltige Mann der Natur den menschlichen Tribut gezahlt habe.

Noch heute vermag man es nicht zu fassen, daß er uns fehlen soll, er, dessen Gestirn am deutschen Himmel emporstieg, als eben das Werk der Befreiung von Napoleons Zwingherrschaft vollbracht wurde, dessen Mittag getaucht war in die Sonnengluten ungeheuren Erfolges, dessen Lebensabend umstrahlt war von der hingebenden Liebe eines dankbaren Volkes. Wie lange noch, und wie Barbarossas Haupt, wird auch ihn die Legende umspielen. Er war und er wird sein der Lieblingsheld des deutschen Volkes. Denn er war es, der das Träumen und Sehnen der Jahrhunderte erfüllte, der mit gewaltigem Hammer das Eisenband der Einheit schmiedete, der die Pforte zum Kyffhäuser zerschlug, daß wir den Kaiser schauen durften im Glanze seiner Krone. Welch ungeheures Werk hat er vollbracht, welche Arbeit geleistet, seit er zuerst zu seinem Könige trat, ihn zu stützen im Kampfe, bis zuletzt, da er im stillen Sachsenwalde als

getreuer Eckard, ohne Dank und Lohn zu heischen, die Wacht hielt am Deutschen Reich! Wie konnten seine Augen noch zornig blitzen, wenn er die Epigonen dahinwandeln sah auf den Bahnen des Irrtums! Welch unvergleichlich mildes und gütiges Lächeln umspielte sein Antlitz, wenn er in die Erinnerungen versank an seinen alten kaiserlichen Herrn! Leidenschaftlich im Haß, hat er auch leidenschaftlich zu lieben gewußt! Nicht kalte, rechnende Männer schaffen den höchsten Erfolg, sondern jene, die warmen Herzens sind und fähig zu lohender Begeisterung!

Und jetzt sind die Flammen erloschen, und dem Riesen, dem die Welt zu eng war, bleibt nur noch ein Grab. Aber es werden Rosen und Veilchen aus diesem Grabe sprießen, und wie zu dem Lebenden, so werden auch zu dem Toten die Söhne Deutschlands pilgern, und heilig wird die Stätte sein, geheiligt durch des Volkes Dank und Liebe, an der Otto v. Bismarck ruht.

Auf Bismarcks Grabe aber steht ein schlichtes Wort, er hat selbst es gewählt, auf daß kein unwahrer Zug sein Bild entstelle. Seines Wesens Art, seine Treue, sein Streben und sein Leid hat er ausgesprochen in der Grabschrift: Er war in Wahrheit der treue, deutsche Diener Kaiser Wilhelms I. Zu ihm, zu seinem alten Herrn, zog er himmelan zur Ewigkeit!

Berlin, Druck von W. Büxenstein.